PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE · ERGÄNZUNGSBAND

1896–1917

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES ZENTRALKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN
PARTEI DER SOWJETUNION

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1972

W. I. LENIN

ERGÄNZUNGSBAND

1896 – OKTOBER 1917



DIETZ VERLAG BERLIN

1972

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

2. Auflage · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1969
Printed in the German Democratic Republic ·
Lizenznummer 1
Gesamtherstellung: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker", Leipzig, III 18 138
ES 1 C · 7,50

VORBEMERKUNG

Der vorliegende Band ist der erste von zwei Ergänzungsbänden zur 40bändigen deutschen Ausgabe der Werke W. I. Lenins. Sie entsprechen den 1965 und 1966 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU herausgegebenen Bänden 41 und 42 der 4. russischen Ausgabe. Mit ihnen werden dem Leser die wesentlichsten neuen Dokumente aus der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins zugänglich gemacht, die mit ihren 55 Bänden die umfangreichste und vollständigste Sammlung Leninscher Schriften ist. Es handelt sich dabei einerseits um Arbeiten, die in den letzten Jahren aufgefunden und erstmalig in der 5. russischen Ausgabe veröffentlicht wurden, anderseits um Artikel, Reden und andere Dokumente, die vorher in keiner Werkausgabe erfaßt waren, sondern in zeitgenössischen Publikationen bzw. in verschiedenen sowjetischen Zeitschriften der zwanziger und dreißiger Jahre oder in den Lenin-Sammelbänden erschienen sind. Die in der 5. russischen Ausgabe erfaßten Briefe Lenins erscheinen z. Z. in deutscher Sprache als gesonderte Reihe in zehn Bänden und finden daher in den beiden Ergänzungsbänden keine Berücksichtigung.

Der vorliegende Band enthält, chronologisch geordnet, Arbeiten, die W. I. Lenin in den Jahren 1896–1917, bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, geschrieben hat. Sie stehen in engem Zusammenhang mit den in Bd. 1–25 der Werke W. I. Lenins enthaltenen Schriften und Reden. Das betrifft besonders die zahlreichen ergänzenden Dokumente zu Parteitagen, Parteikonferenzen und Beratungen sowie vorbereitende Materialien – Entwürfe, Pläne, Thesen, Notizen – zu Arbeiten, die in der Werkausgabe veröffentlicht sind. Daneben enthält der Band Entwürfe

zu Arbeiten, deren entsprechende endgültige Fassung noch nicht aufgefunden werden konnte oder die von Lenin nicht vollendet wurden. Breiten Raum nehmen Artikel und Notizen ein, die Lenin zu aktuellen politischen Problemen für die bolschewistischen Presseorgane geschrieben hat.

Von besonderem Interesse für den deutschen Leser sind die Arbeiten, in denen sich Lenin Problemen der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung zuwendet. Hier sei vor allem auf den „Brief an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" vom März 1913 hingewiesen sowie auf die Materialien zum Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart und zur ersten und zweiten Internationalen Sozialistischen Konferenz in Zimmerwald und in Kienthal.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

1896–1904

MITTEILUNG IM NAMEN DER „ALTEN“ AN DIE MITGLIEDER DES PETERSBURGER „KAMPFBUNDES ZUR BEFREIUNG DER ARBEITERKLASSE“[1]

Michailow tauchte 1891 in St. Petersburg als ein wegen Teilnahme an Unruhen relegierter Charkower Student auf. Er trat einer Studentenorganisation bei, die auch nach ihrem Auseinanderfallen den Namen „Korporation“[2] trug. Im zahnärztlichen Institut war ein Gerücht über sein Verhalten im Zusammenhang mit irgendeiner verdächtigen Bekanntschaft im Umlauf; man beschuldigte ihn, Gelder veruntreut zu haben, die für die Hungernden gesammelt worden waren. Er habe jedoch das veruntreute Geld ersetzt. In dieser Zeit näherte er sich . . .*

Im Januar 1894 wurde bei vielen ehemaligen Mitgliedern der erwähnten „Korporation“, so auch bei Michailow, Haussuchung gehalten. In den Verhören wurden allen die Namen der Mitglieder der Organisation u. a. Einzelheiten verlesen. Die Gendarmen erklärten, daß die ganze Sache durch die Denunziation eines ehemaligen Mitglieds ins Rollen gekommen sei. Von Michailow wurde jeglicher Verdacht durch die Erklärung der Gendarmen abgewendet, dieser nichtigen Sache habe man nur deshalb Bedeutung beigemessen, weil ein offenkundiger Revolutionär in sie verwickelt sei. Zur selben Zeit fand in der Fabrik Woronins ein Streik statt.[3] Michailow gelang es, an die Arbeiter heranzukommen, und er begann Sammlungen für sie zu organisieren. Im Februar wurden 8 Arbeiter, die mit Michailow zu tun gehabt hatten, und ein Student (Talalajew), der in seinem Auftrag Geld gesammelt hatte, verhaftet. Danach bemühte sich Michailow erneut um Kontakte zu den ouvriers**, und es gelang ihm, in

* Diese Stelle konnte nicht entziffert werden. *Die Red.*

** Arbeitern. *Die Red.*

Zirkel einzudringen, die von Narodowolzen[4] geleitet wurden. Im Sommer 1894 wurden letztere festgenommen. In der Untersuchung stellte sich heraus, daß der Polizei vieles bekannt war. In der Untersuchung gegen uns Alte wurde die Beschuldigung erhoben, wir hätten mit einigen dieser Narodowolzen Bekanntschaft gepflegt, doch . . .* Bald danach wurde der erste Prozeß gegen Michailow abgeschlossen: . . .* u. a. wurden in die Verbannung geschickt, er wurde nicht verurteilt und erzählte überall, er habe ein Gnadengesuch eingereicht, und zwar mit der Absicht, seine Arbeit fortzusetzen. Unglücklicherweise fanden sich Leute, die daran nichts Schändliches fanden und ihn unter ihre Fittiche nahmen. So erhielt er, der persönlich kein Ansehen bei den Arbeitern genoß, die Möglichkeit, seine Verbindungen zu festigen und zu erweitern.

Es folgt eine Beschreibung seiner Methoden: Er drängt den Arbeitern Geld auf, lädt sie zu sich in die Wohnung ein, versucht, hinter Decknamen zu kommen u. a. Mit Hilfe dieser Methoden und auf Grund des vollen Vertrauens, das er bei den erwähnten Personen genoß, erfuhr er bald die Namen vieler Mitglieder verschiedener Gruppen. Sie alle wurden verhaftet. Als ein Arbeiter . . .* erklärte, daß er von Michailow Bücher erhalten habe, wurde er zunächst festgenommen, doch sogleich wieder freigelassen, und er befindet sich bis auf den heutigen Tag in St. Petersburg. Während der Untersuchung belastete er als Angeklagter alle seine Genossen, einigen Angeklagten . . .* hat man seinen ausführlichen Bericht über die Zusammensetzung verschiedener Gruppen vorgelesen. (Unterschriften.)

Geschrieben 1896.

Zum erstenmal veröffentlicht 1958 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 2.

Nach dem Manuskript.

* Diese Stelle konnte nicht entziffert werden. *Die Red.*

ZUM ENTWURF DER VEREINBARUNG MIT STRUVE[5]

Die Vertreter der sozialdemokratischen Gruppe „Sarja"-„Iskra" und der Gruppe der demokratischen Opposition „Swoboda" haben folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Gruppe „Sarja" gibt zu der gleichnamigen Zeitschrift eine besondere Beilage unter dem Titel „Sowremennoje Obosrenije" heraus, an deren Redaktion sich die Gruppe „Swoboda" beteiligt.

2. Die Redaktion vollzieht sich auf folgender Grundlage: Jede der beteiligten Seiten besitzt das Vetorecht bezüglich der Materialien und Artikel der anderen Seite.

3. Das Programm der Publikation: a) Materialien und Dokumente über die Tätigkeit der Regierung*, der Regierungsinstitutionen, öffentlicher und ständischer Einrichtungen usw.

b) Artikel zu Fragen des gesellschaftlichen Lebens in Rußland, der Innen- und Außenpolitik der Regierung.

c) Innerpolitische Übersichten.

4. Beide Seiten verpflichten sich, das „Sowremennoje Obosrenije" mit Materialien zu versorgen. Die Redaktion der „Sarja"[6] kann jedoch die ihr zur Verfügung stehenden Materialien zu den in Punkt 3 genannten Themen auch für ihre eigenen Publikationen verwenden, wenn sie ihrem Charakter nach hierfür besser geeignet erscheinen.

5. Die Gruppe „Sarja" übernimmt voll und ganz die Herausgabe, den Transport und den Vertrieb des „Sowremennoje Obosrenije". Die Gruppe X trägt ihrerseits sämtliche dadurch entstehenden Kosten.

6. Falls das genannte Unternehmen liquidiert wird, werden die vorhandenen Exemplare des „Sowremennoje Obosrenije" zu gleichen Teilen auf beide Partner verteilt.

---

* Der petit gedruckte Text wurde von A. N. Potressow geschrieben. *Die Red.*

Anmerkung. Die Redaktion der „Sarja" hat das Recht, auf den Umschlagseiten des „Sowremennoje Obosrenije" Ankündigungen ihrer Publikationen zu veröffentlichen.

Geschrieben im Januar 1901, vor dem 17. (30.).
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 4.

Nach dem Manuskript.

EIN GEHEIMDOKUMENT

Wir möchten unsere Leser auf die von der „Sarja" herausgegebene und bei Dietz in Stuttgart verlegte Denkschrift Wittes aufmerksam machen.[7] Die „Denkschrift", die sich gegen das Projekt des früheren Innenministers Goremykin zur Einführung von Semstwos in den Gouvernements ohne Semstwoinstitutionen wendet, ist interessant als ein Dokument, das die geheimsten Wünsche unserer Machthaber schamlos enthüllt. Wir hoffen, in der nächsten Nummer unserer Zeitung[8] dieses bemerkenswerte Dokument wie auch das ihm vorangestellte Vorwort des Herrn R. N. S. eingehend besprechen zu können. Dieses Vorwort läßt zwar Verständnis für die politische Bedeutung der russischen Arbeiterbewegung bei dem Verfasser erkennen, ist jedoch im übrigen durch die übliche Unreife des politischen Denkens gekennzeichnet, die für unsere Liberalen charakteristisch ist.

„Iskra" Nr. 5, Juni 1901.

Nach dem Text der „Iskra".

BEMERKUNGEN ZU RJASANOWS ARTIKEL „ZWEI WAHRHEITEN"[9]

Seite

1. Der Verfasser wählt als Ausgangspunkt die Worte von Marx (von den zwei Wegen), die im Grunde genommen nur bedingt und unter *besonderen* Verhältnissen gesagt wurden.[10] Der Verfasser entstellt jedoch die Sache, wenn er es gerade Marx *zuschreibt*, die Frage der 2 Wege *überhaupt aufgeworfen* zu haben.

7. Das „Lachen" über die Leute der siebziger Jahre (Hinwendung zur Geschichte) beweist *nicht* „nur die absolute Unfähigkeit, einen historischen Standpunkt einzunehmen" – es beweist ebenso die theoretische *Unterschätzung* der Leute der siebziger Jahre im Vergleich zu denen der vierziger und der sechziger Jahre.

7a. Wenn der Verfasser hervorhebt, daß Michailowski gegen W. W. auftrat, und nicht darüber spricht, daß Michailowski viel häufiger und viel mehr mit W. W. solidarisch war, macht er Michailowski besser, als er ist.

8. Das ist eine himmelschreiende Unwahrheit: die *Tragödie* des Untergangs der *„Narodnaja Wolja"* und des „Ins-Volk-Gehens" gerade Michailowski zuzuschreiben. Der Artikel ist Michailowski gewidmet, dessen ˌUntergangˌ* eben ein ˌ*persönlicher*ˌ ist, und dessen Schicksal für einen Groschen „Tragisches" und für einen Rubel Komisches aufweist.

9. Es ist *töricht*, die *scharfe Kritik* an Michailowski gleichzusetzen einem „Mit-Schmutz-Bewerfen der Generation der revolutionären Sozialisten der siebziger Jahre".

9. NB „verzichtet" darauf, zu verfolgen, wie sich die revolutionäre Mehrheit in der legalen Literatur widerspiegelt.

9–10. Der Stimme des Profanen lauschen begierig alle ˌ„Gekreuzigten und Verbannten"ˌ (der siebziger Jahre) ? ??

13. „Gesellschaftliche Fragen werden durch persönliche Fragen abgelöst" (*und bis zum Ende der Seite* NB). (Pissarewsche Ansichten.) | ?? |

* Deutsche Wörter, die Lenin innerhalb des russischen Textes gebraucht, wurden im vorliegenden Band in Häkchen ˌ ˌ eingeschlossen. *Die Red.*

15. ... (Pissarew) „Lebensfrohe Predigt des persönlichen Glücks"
| ?? | – – – „individualistischer Ideale".
18. „ „ „die sich kopfüber in die Fragen der persönlichen Selbstvervollkommnung gestürzt hatten".
24–25. (§ III) Charakterisiert wird der utopische Sozialismus der *Revolutionäre* (der siebziger Jahre), der mit der Richtung Michailowskis in einen Topf geworfen wird.
28–29. Michailowski hat oft eine der Wahrheiten „geopfert". *D o c h* uns interessiert nicht die „spätere Phase" seiner Tätigkeit. Michailowski beschäftigt uns nur als Wortführer einer bestimmten Strömung unter der *J u g e n d* der siebziger und achtziger Jahre.
31. Welche „Grenzen" hat „die Natur dem Verstand" gesetzt? (Erkenntnistheorie.)
29–35. Darlegung eines „Systems der Wahrheit".
35. ... Dieses System „ist bemüht, in der Wirklichkeit ein solches gesellschaftliches Element ... zu entdecken", das „an der Verwirklichung des Ideals interessiert wäre".
41. Von dem Streit mit Jusow und Co. (trockene Wiedergabe) – ein Sprung zu Jakowenko (1886).
46–48. Pendant = *T k a t s c h o w.*

Weiter *Axelrod*

und Übergang zur Sozialdemokratie.

Das alles ist langweilig dargelegt und hat sehr wenig mit den „zwei vorangegangenen" und mit *M i c h a i l o w s k i* zu tun.

Und N.–on (52)!! – mit Schlußfolgerungen, die Michailowski aus seinen Gedanken zieht (53).

§ V, von Seite 57 bis S. 77 (78–80 über die „Kritiker") – Entstehung des Marxismus. Zum Sterben langweilig, erst auf S. 82 kommt er auf die „*a l t e W a h r h e i t*" zurück.

– 85 – Wir lehnen die Einteilung der Welt in Noumena und Phänomena[11] ab.

Geschrieben im September–Oktober 1901.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 5.

Nach dem Manuskript.

MATERIALIEN ZUR AUSARBEITUNG DES PROGRAMMS DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS[12]

1

KONZEPT EINZELNER PUNKTE DES PRAKTISCHEN TEILS DES PROGRAMMENTWURFS

13. I. 02

Erledigt

Punkt 11. Aufsicht der örtlichen Selbstverwaltungsorgane unter Hinzuziehung von gewählten Arbeitervertretern über den sanitären Zustand der den Arbeitern von den Unternehmern zugewiesenen Wohnräume, über die Hausordnung in diesen Räumlichkeiten und die Mietklauseln, um die Lohnarbeiter vor der Einmischung der Unternehmer in ihr Privatleben und in ihre staatsbürgerliche Betätigung zu schützen.

Punkt 12. Richtig organisierte, allseitige sanitäre Kontrolle der Arbeitsbedingungen in sämtlichen Betrieben, die Lohnarbeit verwenden.

---

13. Ausdehnung der Aufsicht der Fabrikinspektion auf das gesamte Handwerk, die gesamte Kustar- und Hausindustrie, ferner auf die staatlichen Betriebe sowie auf diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe, die Lohnarbeiter beschäftigen.

14.

usw.

Agrarteil. Im Interesse der Beseitigung aller Überreste unserer alten Leibeigenschaftsordnung fordert die Sozialdemokratische Arbeiterpartei:

1. Aufhebung der Ablösezahlungen
2. Freiheit des Ausscheidens aus der Dorfgemeinde
3. Herabsetzung des Pachtzinses auf Gerichtsbeschluß
4. Bodenabschnitte.

Axelrod und Berg: „der *Masse der Bauern* den Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse (bzw. gegen gewisse Tendenzen des Kapitalismus) *erleichtern*".

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 6. *Nach dem Manuskript.*

2

KONSPEKT DES ERSTEN PROGRAMMENTWURFS VON PLECHANOW MIT EINIGEN KORREKTUREN DAZU

Absätze:

I. Herrschaft kapitalistischer Verhältnisse: die Produktionsmittel gehören den Kapitalisten und die besitzlosen Proletarier = Lohnarbeiter – 2.*

II. Ausdehnung des Herrschaftsbereichs des Kapitals: die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe wächst, und die der Kleinbetriebe sinkt – 1.

III. Die kapitalistischen Verhältnisse üben einen immer stärkeren Druck auf die Arbeiterklasse aus: relatives Sinken der Nachfrage und Steigen des Angebots – 4.

IV. Sinken des Preises der Arbeitskraft. Zunahme der sozialen Ungleichheit – 3.

+ somit (hervorgerufen durch den Kapitalismus??) Zunahme der sozialen Ungleichheit, Vergrößerung des Abstands zwischen Besitzenden und Besitzlosen (? + ?)

* Diese Ziffern sind im Manuskript mit Blaustift eingesetzt und weisen offenbar auf eine wünschenswerte Umstellung der Absätze hin. *Die Red.*

V. Krisen – 5.

VI. Anwachsen der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse, Verschärfung des Kampfes + Wachsen der Erkenntnis, daß die *soziale Revolution* notwendig ist, *d. h.*
(letztere erläutern) – 6.

VII. Die soziale Revolution ist im Interesse der gesamten unterdrückten Menschheit – 7.

VIII. Um die Warenproduktion durch die sozialistische Produktion abzulösen, muß das Proletariat die *politische Macht* besitzen – *Diktatur des Proletariats* – 8.

IX. Die Arbeiterbewegung ist international geworden – 10.

X. Die russische Sozialdemokratie ist ein Teil der internationalen Sozialdemokratie – 11.

XI. Die russische Sozialdemokratie hat dasselbe Endziel. Aufgabe der russischen Sozialdemokratie ist

{ die Unversöhnlichkeit der Interessen zu enthüllen
die Bedeutung der sozialen Revolution klarzumachen
die Kräfte der Arbeiter zu organisieren } – 9.

XII. Das Nahziel wird durch die Überreste der Leibeigenschaftsordnung modifiziert (Unterdrückung der gesamten werktätigen Bevölkerung + Haupthindernis für die Arbeiterbewegung).

XIII. Man muß um die juristischen Einrichtungen kämpfen, die eine Ergänzung des Kapitalismus darstellen.

XIV. Die Selbstherrschaft – Überrest der Leibeigenschaftsordnung, der schlimmste Feind – deshalb nächste Aufgabe – Sturz der *Monarchie.*

KORREKTUREN ZUM PROGRAMMENTWURF PLECHANOWS

	Vorgeschlagen am 21. I. 02.	
III. [Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse üben einen immer stärkeren Druck auf die Arbeiterklasse aus, je mehr] der technische Fortschritt, [der	III. Der technische Fortschritt (der die Produktivität der Arbeit steigert?) gibt den Kapitalisten nicht nur die materielle Möglichkeit, den Grad der Ausbeu-	„gestattet“

die Produktivität der Arbeit steigert] usw. {statt verursacht – *hervorruft*}

+ Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, des Elends, der Erniedrigung und Unterdrückung ist das unvermeidliche Ergebnis dieser Haupttendenz des Kapitalismus.

tung der Arbeiter zu erhöhen, sondern macht diese Möglichkeit auch zur Wirklichkeit, wodurch er ein relatives Sinken der *Nachfrage* nach Arbeitskraft und gleichzeitig ein relatives und absolutes Steigen ihres Angebots hervorruft. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, des Elends, der Unterdrückung und Erniedrigung ist das unvermeidliche Ergebnis dieser Haupttendenz des Kapitalismus.

(der genannten Haupttendenzen)

Als § 5 bringen.

Falsch nicht alle.

IV. Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit ist somit begleitet von der Erscheinung, daß eine verschwindende Minderheit **alle** Vorteile dieser Entwicklung monopolisiert und die Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums Hand in Hand geht mit einer Zunahme der sozialen Ungleichheit, einer Vergrößerung des Abstands zwischen Besitzenden und Besitzlosen, mit einer Vertiefung und Erweiterung des Abgrunds zwischen der Klasse der Eigentümer und der Klasse der Proletarier.

Als § 4 bringen.

V.* Zu einer noch größeren Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse und der Kleinproduzenten führen die industriellen Krisen, die durch

* Im Manuskript ist der Anfang dieses Absatzes: „Zu einer noch größeren Verschärfung dieser Widersprüche" durchgestrichen. *Die Red.*

die genannten Widersprüche des Kapitalismus unvermeidlich hervorgerufen werden

bei Fehlen der gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktion, bei der unaufhörlich wachsenden Rivalität der kapitalistischen Länder auf dem Weltmarkt.*

durch das Fehlen der Planmäßigkeit in der Produktion, durch die wachsende Rivalität der kapitalistischen Länder auf dem Weltmarkt. Zu der Armut und dem Elend der Massen kommt noch die Verschleuderung des gesellschaftlichen Reichtums, weil es unmöglich ist, einen Absatz für die produzierten Waren zu finden.

Bei einer solchen Lage der Dinge in der Gesellschaft, bei dem Fehlen der Planmäßigkeit in der Produktion, bei der unaufhörlich wachsenden Rivalität der kapitalistischen Länder auf dem Weltmarkt bleibt der Absatz der Waren notgedrungen hinter ihrer Produktion zurück.*

Geschrieben nicht später als am 8. (21.) Januar 1902.
Zum erstenmal veröffentlicht 1924 im Lenin-Sammelband II.

Nach dem Manuskript.

3

WORTLAUT DER ABSÄTZE I UND II DES ERSTEN PROGRAMMENTWURFS VON PLECHANOW UND KONZEPT DES ERSTEN ABSATZES DES THEORETISCHEN TEILS DES PROGRAMMS

I. Die ökonomische Grundlage der modernen bürgerlichen Gesellschaft ist die kapitalistische Produktionsweise, in der der wichtigste Teil der Mittel für die Produktion und Zirkulation der als Waren produzierten Güter Privateigentum einer

* Diese Variante ist im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

zahlenmäßig relativ kleinen Klasse von Personen ist, während die Mehrheit der Bevölkerung ihre Existenz nicht anders aufrechterhalten kann als durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Demzufolge befindet sie sich in der abhängigen Lage von Lohnarbeitern (Proletariern), die durch ihre Arbeit das Einkommen der Eigentümer der Mittel der Warenproduktion und -zirkulation (der Kapitalisten und Großgrundbesitzer) schaffen.

II. Der Herrschaftsbereich der kapitalistischen Produktionsweise dehnt sich in dem Maße aus, wie die unaufhörliche Vervollkommnung der Technik die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe erhöht und dadurch die Rolle der selbständigen Kleinproduzenten im wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft beschränkt, ihre Lebenshaltung herabdrückt, die einen in die Reihen des Proletariats verdrängt, während sie die anderen direkt oder indirekt in Diener und Tributpflichtige des Kapitals verwandelt.

*

||?|| I (?). Die ökonomische Entwicklung Rußlands führt dazu, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hier immer mehr um sich greifen und immer mehr zur Herrschaft gelangen.

Geschrieben nicht vor dem 8. (21.) Januar 1902.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 6.

Nach dem Manuskript.

4

URSPRÜNGLICHE VARIANTE DES THEORETISCHEN TEILS DES PROGRAMMENTWURFS

URSPRÜNGLICHE FORMULIERUNG	VERBESSERTE FORMULIERUNG
A.	
I. Die ökonomische Entwicklung	I. Die verstärkte Einbeziehung Rußlands in den internationalen

Rußlands und seine immer größere (verstärkte) Einbeziehung in den internationalen Handel führen dazu, daß die kapitalistische Produktionsweise hier immer mehr um sich greift und zu immer vollerer Herrschaft gelangt.

{ Anders ausdrücken }

Handel und die Zunahme der Warenproduktion im Lande führen dazu, daß die kapitalistische Produktionsweise, die sich durch die nachfolgenden Hauptbesonderheiten auszeichnet, hier zu immer vollerer Herrschaft gelangt.

II.* Die unaufhörliche Vervollkommnung der Technik erhöht immer mehr die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe, verringert die Rolle der selbständigen Kleinproduzenten (Bauern, Kustare**, Handwerker u. a.) im wirtschaftlichen Leben des Landes, drückt ihre Lebenshaltung herab, indem sie die einen direkt oder indirekt in Diener und Tributpflichtige des Kapitals verwandelt und die anderen in die Reihen der besitzlosen, der Produktionsmittel beraubten Klasse (des Proletariats) verdrängt.

III.* Die unaufhörliche Vervollkommnung der Technik erhöht immer mehr die Zahl, den Umfang und die wirtschaftliche Bedeutung der kapitalistischen Großbetriebe, drückt die Lebenshaltung der selbständigen Kleinproduzenten (Bauern, Kustare, Handwerker) herab, verwandelt die einen in Diener und Tributpflichtige des Kapitals und ruiniert die anderen vollständig, indem sie sie in die Reihen der besitzlosen, der Produktionsmittel beraubten Klasse (des Proletariats) verdrängt.

III. Der wichtigste Teil der Mittel der Warenproduktion und -zirkulation wird immer mehr in den Händen einer zahlenmäßig relativ kleinen Klasse von Personen konzentriert, während die ständig wachsende Mehr-

---

* Im Manuskript ist „II" mit Blaustift durchgestrichen und durch „III" ersetzt und umgekehrt. *Die Red.*

** Kustare – die vorwiegend ländlichen russischen Hausindustriellen. *Die Red.*

heit der Bevölkerung ihre Existenz nicht anders aufrechterhalten kann als durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Demzufolge befindet sie sich in der abhängigen Lage von Lohnarbeitern (Proletariern), die durch ihre Arbeit das Einkommen der Eigentümer der Mittel der Warenproduktion und -zirkulation (der Kapitalisten und Großgrundbesitzer) schaffen.

IV. Der technische Fortschritt, der die Produktivität der Arbeit erhöht, gestattet den Kapitalisten, den Grad der Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen, wodurch er ein relatives Sinken der Nachfrage nach Arbeitskraft (d. h. eine nicht proportional mit dem Kapital [langsamer] wachsende Nachfrage) und gleichzeitig ein relatives und absolutes Steigen ihres Angebots hervorruft. Diese, wie auch die obengenannten Haupttendenzen des Kapitalismus führen zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, des Elends, der Ausbeutung, der Unterdrückung und Erniedrigung.

V. Zu einer noch stärkeren Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse und der Kleinproduzenten führen die industriellen Krisen, die durch die genannten Widersprüche des Kapitalismus, durch das ihm eigene (und durch keinerlei Unternehmerverbände zu beseitigende) Fehlen der Planmäßigkeit in der Produktion, durch die wachsende Rivalität der kapitalistischen Länder auf dem Weltmarkt unvermeidlich hervorgerufen werden. Zu der Armut und dem Elend der Massen kommt noch die Verschleuderung des gesellschaftlichen Reichtums, weil es unmöglich ist, einen Absatz für die produzierten Waren zu finden.

<table>
<tr>
<td>VI. Somit ist die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit begleitet</td>
<td>Anders ausdrücken</td>
<td>VI. Somit ist die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen und immer mehr vergesellschaftet werdenden Arbeit begleitet</td>
</tr>
</table>

von der Erscheinung, daß eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung alle Hauptvorteile dieser Entwicklung monopolisiert und die Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums Hand in Hand geht mit einer Zunahme der sozialen Ungleichheit, mit einer Vergrößerung des Abstands zwischen Besitzenden und Besitzlosen, mit einer Vertiefung und Verbreiterung des Abgrunds zwischen der Klasse der Eigentümer (der Bourgeoisie) und der Klasse der Proletarier.

VII. Aber während alle diese unvermeidlichen Widersprüche des Kapitalismus wachsen und sich entwickeln,

wächst auch die Unzufriedenheit und Empörung der Arbeiterklasse, erhöht sich allein kraft der Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise ihre Geschlossenheit, verschärft sich

wächst auch die Zahl und Geschlossenheit, die Unzufriedenheit und Empörung der Proletarier, verschärft sich

der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse, wächst das Bestreben, sich von dem unerträglichen Joch des Kapitalismus zu befreien.

VIII. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Um das kapitalistische Joch abzuschütteln, ist die soziale Revolution notwendig, d. h.

VIII. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, denn alle übrigen Klassen der modernen Gesellschaft sind für die Erhaltung der Grundlagen des bestehenden ökonomischen Systems.

Für die wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse ist die aus der ganzen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise folgerichtig hervorgehende soziale Revolution notwendig, d. h.

die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, deren Übergang in gesellschaftliches Eigentum und die Ablösung der kapitalistischen Warenproduktion durch die sozialistische Organisation der Gütererzeugung auf Rechnung der gesamten Gesellschaft, zur Sicherung der höchsten Wohlfahrt und der freien allseitigen Entwicklung *aller* ihrer Mitglieder.

IX. Um diese soziale Revolution zu vollbringen, muß das Proletariat die *politische Macht* erobern, die es zum Herrn der Lage machen und ihm gestatten wird, alle Hindernisse zu beseitigen, die seinem großen Ziel im Wege stehen. In diesem Sinne ist die *Diktatur des Proletariats* die unerläßliche politische Vorbedingung der sozialen Revolution.

X. Die Revolution des Proletariats wird der ganzen jetzt unterdrückten und leidenden Menschheit die Befreiung bringen, denn sie wird alle Formen der Unterdrückung und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen.

XI. Die russische Sozialdemokratie stellt sich die Aufgabe, vor den Arbeitern den unversöhnlichen Gegensatz zwischen ihren Interessen und den Interessen der Kapitalisten zu enthüllen; dem Proletariat die geschichtliche Bedeutung, den Charakter und die Bedingungen jener sozialen Revolution, die es zu vollbringen hat, klarzumachen; die revolutionäre Klassenpartei zu organisieren, die fähig sein wird, den Kampf des Proletariats gegen die ganze moderne gesellschaftliche und politische Ordnung in allen seinen Erscheinungsformen zu leiten.

XII. Aber die Entwicklung des internationalen Austauschs und der Produktion für den Weltmarkt hat eine so enge Verbindung zwischen allen Völkern der zivilisierten (?) Welt geknüpft (geschaffen), daß das große Ziel des proletarischen Befreiungskampfes nur durch die vereinten Anstrengungen der Proletarier aller Länder erreicht werden kann, weshalb* die moderne Arbeiterbewegung international werden mußte und schon seit langem international geworden ist, und die russische Sozialdemokratie sich als einen Trupp der Weltarmee des Proletariats, als einen *Teil der internationalen Sozialdemokratie* betrachtet.

B.

I. Die nächsten Ziele der russischen Sozialdemokratie werden jedoch dadurch wesentlich modifiziert, daß die bei uns zahlreich vorhandenen Überreste der vorkapitalistischen, auf Leibeigenschaft beruhenden Gesellschaftsordnung die Entwicklung der Produktivkräfte in sehr hohem Maße hemmen, die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung herabdrücken, asiatisch-barbarische Formen des Hinsterbens der viele Millionen zählenden Bauernschaft bedingen und das ganze Volk in Unwissenheit, Rechtlosigkeit und Unterdrückung halten. Die russische Sozialdemokratie muß erst noch um solche freien staatsbürgerlichen und politischen Einrichtun-

---

* Die Worte „das große Ziel des proletarischen Befreiungskampfes nur durch die vereinten Anstrengungen der Proletarier aller Länder erreicht werden kann, weshalb" sind im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

gen kämpfen, wie sie in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern bereits bestehen und die unbedingt notwendig sind für die volle und allseitige Entfaltung des proletarischen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie.*

II. Die zaristische Selbstherrschaft ist der bedeutendste Überrest der Leibeigenschaftsordnung, die machtvollste Stütze dieser ganzen Barbarei und all dieser Not, die die politisch freien Länder bereits abgeschüttelt haben; sie ist der schlimmste und gefährlichste Feind der Befreiungsbewegung des Proletariats.	Der bedeutendste von diesen Überresten der Leibeigenschaftsordnung, die machtvollste Stütze dieser ganzen Barbarei ist die zaristische Selbstherrschaft. Sie ist der schlimmste und gefährlichste Feind der Befreiungsbewegung des Proletariats und der kulturellen Entwicklung des gesamten Volkes.

Darum stellt sich die russische Sozialdemokratie als nächste politische Aufgabe den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft und ihre Ersetzung durch die *Republik* auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung, die gewährleistet:

1. die Selbstherrschaft des Volkes, d. h. ...

Geschrieben zwischen dem 8. und 25. Januar (21. Januar und 7. Februar) 1902.
Zum erstenmal veröffentlicht 1924 im Lenin-Sammelband II.

Nach dem Manuskript.

5

DISPOSITIONEN FÜR DEN PLAN DES PROGRAMMENTWURFS

I–VI. A) Die ökonomische Entwicklung Rußlands und die Hauptbesonderheiten des Kapitalismus.

* Dieser Satz ist im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

VII–XII. B) Der Klassenkampf des Proletariats und die Aufgaben der Sozialdemokratie.
C) Die nächsten Ziele der russischen Sozialdemokraten und ihre politischen Forderungen.
D) Soziale (Fabrik-)Reformen.
E) Finanzreform und Forderungen zur Beseitigung der Überreste der auf Leibeigenschaft beruhenden Gesellschaft.
F) Schluß („Rest").

A) Die ökonomische Entwicklung Rußlands und die allgemeinen Aufgaben der Sozialdemokratie.
B) Die besonderen politischen Aufgaben und politischen Forderungen der Sozialdemokratie.
C) Soziale Reformen.
D) Umgestaltungen (Reformen) in bezug auf die Finanzen und die Bauernschaft.

Geschrieben zwischen dem 8. und 25. Januar (21. Januar und 7. Februar) 1902.
Zum erstenmal veröffentlicht 1924 im Lenin-Sammelband II.

Nach dem Manuskript.

6

URSPRÜNGLICHE VARIANTE DES AGRARTEILS UND DES SCHLUSSTEILS DES PROGRAMMENTWURFS

Außerdem fordert die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands:

a) im Interesse einer demokratischen Organisation des Staatshaushalts – Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer progressiven Einkommensteuer

b) im Interesse der Beseitigung aller Überreste unserer alten Leibeigenschaftsordnung

1. Aufhebung der Ablöse- und Fronzinszahlungen wie auch aller

übrigen Lasten, die heute der Bauernschaft als abgabenpflichtigem Stand auferlegt sind;

2. Aufhebung der solidarischen Haftung und aller Gesetze, die den Bauern in der freien Verfügung über sein Land beschränken;

3. Rückerstattung aller Geldsummen an das Volk, die ihm in Form von Ablöse- und Fronzinszahlungen abgenommen wurden. Zu diesem Zweck Konfiskation der Klostergüter und Apanageländereien sowie besondere Besteuerung der Ländereien der adligen Großgrundbesitzer, die von Ablösekrediten Gebrauch gemacht haben. Überweisung der dadurch erhaltenen Summen an einen besonderen Volksfonds für kulturelle und wohltätige Zwecke der Dorfgemeinschaften;

4. Gründung von Bauernkomitees,

(a) um den Dorfgemeinschaften die Landstücke zurückzugeben (durch Enteignung oder, falls diese Landstücke von Hand zu Hand gegangen sind, durch Ablösung usw.), die bei der Aufhebung der Leibeigenschaft vom Land der Bauern abgetrennt worden sind und den Gutsbesitzern als Werkzeug zur Knechtung der Bauern dienen;

(b) um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die sich im Ural, im Altai, in den Westgebieten und in anderen Teilen des Reiches erhalten haben;

5. Bevollmächtigung der Gerichte, übermäßig hohe Pachtzinsen herabzusetzen und Verträge mit knechtendem Charakter für ungültig zu erklären.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands ist der Meinung, daß die vollständige, konsequente und dauerhafte Verwirklichung der genannten politischen und sozialen Umgestaltungen nur erreicht werden kann durch den Sturz der Selbstherrschaft und die Einberufung einer vom gesamten Volk frei gewählten konstituierenden Versammlung.

Geschrieben nicht später als am 25. Januar (7. Februar) 1902.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 6.

Nach dem Manuskript.

7

KONZEPTE FÜR DEN PROGRAMMENTWURF

ERSTE VARIANTE

Immer rascher entwickelt sich in Rußland die Warenproduktion, verstärkt sich seine Teilnahme am internationalen Handel*, zu immer vollerer Herrschaft gelangt hier die kapitalistische Produktionsweise.

Die ständig wachsende Mehrheit der Bevölkerung kann ihre Existenz nicht anders aufrechterhalten als durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Sie befindet sich somit in der Lage von Lohnarbeitern (Proletariern), abhängig von einer zahlenmäßig relativ kleinen Klasse von Kapitalisten und Großgrundbesitzern, die in ihren Händen den wichtigsten Teil der Mittel der Warenproduktion und -zirkulation konzentrieren.**

Der wichtigste Teil der Produktionsmittel wird in den Händen einer winzig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern als deren Privateigentum konzentriert. Eine immer größer werdende Anzahl von Werktätigen, die ihre Produktionsmittel verlieren, sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Sie befinden sich somit in der abhängigen Lage von Lohnarbeitern (Proletariern), die durch ihre Arbeit das Einkommen der Eigentümer schaffen.

Die Entwicklung des Kapitalismus erhöht immer mehr die Zahl, den Umfang und die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe, drückt die Lebenshaltung der selbständigen Kleinproduzenten (Bauern, Kustare, Handwerker) herab, verwandelt die einen in Diener und Tributpflichtige des Kapitals, verdrängt die anderen in die Reihen des Proletariats.

Je weiter die technische Entwicklung fortschreitet, um so größere Möglichkeiten haben die Kapitalisten, den Grad der Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen, um so mehr bleibt das Steigen der Nachfrage nach Arbeitskraft hinter dem Steigen des Angebots von Arbeitskraft zurück.

---

* Die Worte „verstärkt sich seine Teilnahme am internationalen Handel" sind im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

** Dieser Absatz ist im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

Die Zunahme des Elends, der Arbeitslosigkeit, der Ausbeutung, der Unterdrückung und Erniedrigung ist das Ergebnis der Haupttendenzen des Kapitalismus.	Unsicherheit der Existenz, Arbeitslosigkeit, Joch der Ausbeutung und Erniedrigungen jeder Art werden das Los immer breiterer Schichten der werktätigen Bevölkerung.

Noch mehr verschärfen diesen Prozeß die industriellen Krisen, die durch die genannten Widersprüche des Kapitalismus unvermeidlich hervorgerufen werden. Armut und Elend der Massen gehen Hand in Hand mit der Verschleuderung des gesellschaftlichen Reichtums, weil es unmöglich ist, einen Absatz für die produzierten Waren zu finden.

Somit ist die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen und immer mehr vergesellschaftet werdenden Arbeit begleitet von der Erscheinung, daß eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung alle Hauptvorteile dieser Entwicklung monopolisiert. Mit dem gesellschaftlichen Reichtum wächst die soziale Ungleichheit, vertieft und erweitert sich der Abgrund zwischen der Klasse der Eigentümer (der Bourgeoisie) und der Klasse der Proletarier.

(A) § III. Der Kleinbetrieb wird immer mehr durch den Großbetrieb verdrängt. Die selbständigen Kleinproduzenten (Bauern, Kustare, Handwerker) verwandeln sich entweder in Proletarier oder in Diener und Tributpflichtige des Kapitals.

Die unaufhörliche Vervollkommnung der Technik führt dazu, daß der Kleinbetrieb immer mehr durch den Großbetrieb verdrängt wird. Der wichtigste Teil der Produktionsmittel (des Grund und Bodens, der Fabriken, der Werkzeuge und Maschinen, der Eisenbahnen und anderer Verkehrsmittel) wird in den Händen einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern als deren Privateigentum konzentriert. Die selbständigen Kleinproduzenten (Bauern, Kustare und Handwerker) werden immer mehr ruiniert, sie verlieren die Produktionsmittel und verwandeln sich somit in Proletarier oder werden zu Dienern und Tributpflichtigen des Kapitals. Die ständig wachsende Mehrheit der Werktätigen wird gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Sie werden somit zu Lohnarbeitern, die abhängig sind von den Eigentümern, deren Reichtum sie durch ihre Arbeit schaffen.	Diese Lohnarbeiter (Proletarier) sind somit abhängig von den Eigentümern, deren Einkommen sie durch ihre Arbeit schaffen.

ZWEITE VARIANTE

Immer rascher entwickelt sich in Rußland die Warenproduktion, zu immer vollerer Herrschaft gelangt hier die kapitalistische Produktionsweise.

Der wichtigste Teil der Produktionsmittel (des Grund und Bodens, der Fabriken, der Werkzeuge und Maschinen, der Eisenbahnen und anderer Verkehrsmittel) wird in den Händen einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern als deren Privateigentum konzentriert.

Eine immer größer werdende Anzahl von Werktätigen, die ihre Produktionsmittel verlieren (einbüßen), ist gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Diese Lohnarbeiter (Proletarier) sind somit abhängig von den Eigentümern, deren Einkommen sie durch ihre Arbeit schaffen.

Eine immer größere Anzahl von Werktätigen wird gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, sie werden Lohnarbeiter, die sich in Abhängigkeit von den Eigentümern befinden, deren Reichtum sie durch ihre Arbeit schaffen.

Die Entwicklung des Kapitalismus erhöht immer mehr die Zahl, den Umfang und die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe, verschlechtert die Lage der selbständigen Kleinproduzenten (Bauern, Kustare, Handwerker), verwandelt die einen in Diener und Tributpflichtige des Kapitals und verdrängt die anderen in die Reihen des Proletariats.

Je weiter die technische Entwicklung fortschreitet, um so größere Möglichkeiten haben die Kapitalisten, den Grad der Ausbeutung der Arbeiter zu erhöhen, um so mehr bleibt das Steigen der Nachfrage nach Arbeitskraft hinter dem Steigen des Angebots von Arbeitskraft zurück. Unsicherheit der Existenz und Arbeitslosigkeit, Joch der Ausbeutung und Erniedrigungen jeder Art werden das Los immer breiterer Schichten der werktätigen Bevölkerung.

Noch mehr verschärfen diesen Prozeß die industriellen Krisen, die durch die Grundwidersprüche des Kapitalismus unvermeidlich hervorgerufen werden. Armut und Elend der Massen gehen Hand in Hand mit der Verschleuderung des gesellschaftlichen Reichtums, weil es unmöglich ist, einen Absatz für die produzierten Waren zu finden.

Somit ist die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen und immer mehr vergesellschaftet werdenden Arbeit begleitet von der Erscheinung, daß eine verschwindende Minderheit der Bevölkerung alle Hauptvorteile dieser Entwicklung monopolisiert. Mit dem gesellschaftlichen Reichtum wächst die soziale Ungleichheit, vertieft und erweitert sich der Abgrund zwischen der Klasse der Eigentümer (der Bourgeoisie) und der Klasse des Proletariats.*

Geschrieben zwischen dem 25. Januar und 18. Februar (7. Februar und 3. März) 1902.
Zum erstenmal veröffentlicht 1924 im Lenin-Sammelband II.

Nach dem Manuskript.

8

ERGÄNZUNGEN ZUM AGRARTEIL UND ZUM FABRIKTEIL DES PROGRAMMENTWURFS

„Um anderseits die Überreste der alten Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, strebt sie an".

Sollte man nicht einfügen „und die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern".

Dafür spricht, daß wir uns auch hier entschieden von der *bürgerlichen Demokratie* abgrenzen müssen, die, und das gilt für alle ihre Schattierungen, die erstgenannte Motivierung, für sich allein genommen, natürlich gern unterschreiben wird.

*

* Auf der Rückseite des Manuskripts steht, mit Bleistift geschrieben: „... sie lehnt aber entschieden alle jene Reformpläne ab, die irgendwie auf eine Erweiterung oder Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Massen hinauslaufen ...". Diese Formulierung wurde von W. I. Lenin als Änderung für den Schlußteil des „Programmentwurfs der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" vorgeschlagen. (Siehe Werke, Bd. 6, S. 18.) *Die Red.*

NB: im *Fabrik*teil hinzufügen:
Gesetzliche Festlegung der wöchentlichen Lohnzahlung in allen und jeglichen Arbeitsverträgen.

Geschrieben zwischen dem 25. Januar und 18. Februar (7. Februar und 3. März) 1902.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 6.

Nach dem Manuskript.

ANTWORTEN AUF PLECHANOWS UND AXELRODS BEMERKUNGEN ZU DEM ARTIKEL „DAS AGRARPROGRAMM DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE"[13]

„4. Gründung von Bauernkomitees:

a) um den Dorfgemeinschaften die Landstücke zurückzugeben (durch Enteignung oder, falls diese Landstücke von Hand zu Hand gegangen sind, durch Ablösung usw.), die bei der Aufhebung der Leibeigenschaft vom Land der Bauern abgetrennt worden sind und den Gutsbesitzern als Werkzeug zur Knechtung der Bauern dienen . . ."*

Plechanow. *NB.* Ich bitte folgendes zu beachten: *Enteignung* (Nr. 3) schließt *Ablösung* nicht aus; *Ablösung* schließt *Enteignung* nicht aus (bedarf keiner Beweise); „Ablösung usw." (Nr. 2) ist einfach Ablösung, – „usw." muß gestrichen werden. Und der Satz, der in Klammern steht, kann durch folgenden ersetzt werden (durch Ablösung, wenn nach 1861 *das* Land [und nicht *die* Land*stücke*] (Nr. 1) durch

Nr. 1 – da im Programm „Landstücke" steht, widerspricht es der Grammatik, in den Klammern „das Land" zu schreiben.

Nr. 2 – „usw." beinhaltet den Austausch sowohl von Land gegen Land als auch von Servitut gegen Land sowie Flurbereinigung *und anderes.* Deshalb wäre Streichen ganz und gar nicht richtig.

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 100. *Die Red.*

Verkauf in andere Hände übergegangen ist). Dann wird auch klar sein, daß in den anderen Fällen die Rückgabe ohne Entschädigung der jetzigen Besitzer erfolgt. Wenn das Land jedoch durch Erbschaft oder *Schenkung* oder *Tausch* in andere Hände übergegangen ist, so darf es keine Ablösung geben. Ich denke, daß wir mit dieser Änderung zurechtkommen.

Axelrod. *Ich schließe mich an.* P. A.

Nr. 3 – „Enteignung" bedeutet üblicherweise *Entziehung* des Eigentums, d. h. Wegnahme ohne Entschädigung. Deshalb ist es gar nicht so sonderbar, sie der Ablösung gegenüberzustellen, wie dies dem Autor der Bemerkungen erscheint.

„Wir sind verpflichtet, gegen alle Überreste der Leibeigenschaftsverhältnisse zu kämpfen – darüber kann bei einem Sozialdemokraten kein Zweifel bestehen. Da aber diese Verhältnisse sich auf eine höchst komplizierte Art mit den bürgerlichen verflechten, so sind wir *gezwungen*, in das, mit Verlaub zu sagen, Innerste dieses Wirrwarrs vorzudringen, ohne vor der Schwierigkeit der Aufgabe zurückzuschrecken."*

Plechanow. Um zu wissen, wie dieses Innerste beschaffen ist, braucht man nicht um *Erlaubnis* zu bitten.

??

„... daß der Abschnitt über die Arbeiter Forderungen enthält, die sich gegen die *Bourgeoisie* richten, der Abschnitt über die Bauern dagegen Forderungen, die sich gegen die *Fronherren* richten (gegen die Feudalherren, würde ich sagen, wäre nicht die Anwendbarkeit dieses Ausdrucks auf unsere adligen Grundbesitzer so umstritten[1]).

[1] Ich persönlich neige dazu, diese Frage im bejahenden Sinne zu lösen, aber hier ist natürlich weder der Ort noch die Zeit, diese Lösung zu begründen oder auch nur vorzubringen, denn hier handelt es sich um die Verteidigung eines kollektiven, von der gesamten Redaktion ausgearbeiteten Entwurfs des Agrarprogramms."**

Axelrod. NB. In einer *programmatischen* Broschüre sollte man solche

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 104. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 6, S. 106. *Die Red.*

Anspielungen auf Meinungsverschiedenheiten wahrhaftig lieber unterlassen.

„Versucht man dagegen im voraus, vor dem endgültigen Ausgang des Kampfes, während er noch im Gange ist, festzustellen, daß wir das *ganze* Maximum wohl gar nicht erreichen werden, so heißt das glatt in Philistertum verfallen."*

Plechanow. „Versucht man ... festzustellen", daß wir das ganze Maximum nicht erreichen werden usf. – das ist sehr ungeschickt ausgedrückt. Ich schlage vor, es durch den Satz zu ersetzen, den ich im Text geschrieben habe.** Ich bitte, über diesen Vorschlag *abzustimmen. Begründung:* es sind Spötteleien von seiten der Gegner zu befürchten.

Außerdem beantrage ich, daß über meinen Vorschlag, die Betrachtungen des Verfassers über den russischen Feudalismus *wegzulassen, abgestimmt* wird. *Begründung:* Solche Überlegungen sind in einem allgemeinen, sozusagen *redaktionellen* Artikel nicht am Platze. Die Vorbehalte des Autors lassen nur den Gedanken aufkommen, daß in der Redaktion *Meinungsverschiedenheiten* bestehen.

Axelrod. Weiter oben habe ich mich schon in diesem Sinne geäußert.

Ein klein wenig Takt hätte dem Autor der Bemerkungen gesagt, daß es sehr fehl am Platze ist, auf einer *Abstimmung* über die von ihm gewünschten Änderungen (vielleicht zum Schlechteren?) des *Stils* zu bestehen. Ebenso lächerlich ist die Befürchtung, daß man (die Martynow?) wegen der kleinen Frage des „Feudalismus" ein Geschrei über „Meinungsverschiedenheiten" erheben wird. Ich habe mich sehr allgemein ausgedrückt.

„‚Unsere Bewegung' ist die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Die *Masse* der Bauern kann *daran* gar nicht ‚teilnehmen', das ist nicht proble-

---

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 108. *Die Red.*

** Plechanow hatte vorgeschlagen, diesen Satz folgendermaßen zu ändern: „Läßt man sich dagegen vor dem endgültigen Ausgang des Kampfes, während er noch im Gange ist, durch die Überlegung aufhalten ..." *Die Red.*

matisch, sondern *unmöglich*, und davon ist auch nie die Rede gewesen. Die Masse der Bauern *kann aber nicht umhin*, an der ‚Bewegung' gegen alle Überreste der Leibeigenschaft (darunter auch gegen die Selbstherrschaft) *teilzunehmen*."*

Plechanow. Ich schlage vor, (in dem Satz über die *Teilnahme*) an Stelle der Worte: „die Masse der Bauern" zu schreiben: die Masse der Bauern als solche, d. h. *als Stand* und außerdem *als ein einheitliches Ganzes* usw.

Ich bitte, darüber abzustimmen.

Axelrod. Ich schließe mich an. P. A.

Siehe 28 Rückseite.**

„Wir müssen möglichst weit den Gedanken verbreiten, daß die Entscheidungsschlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie nur in der Republik geschlagen werden kann, wir müssen in allen Kreisen der russischen Revolutionäre und unter möglichst breiten Massen der russischen Arbeiter eine republikanische Tradition *schaffen* und festigen, wir müssen durch diese Losung der ‚Republik' zum Ausdruck bringen, daß wir im Kampf um die Demokratisierung der Staatsordnung bis zu Ende gehen werden, ohne nach rückwärts zu blicken ..."***

Plechanow. Die Worte: wir müssen den Gedanken verbreiten, daß die Entscheidungsschlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie nur in der Republik geschlagen werden kann – rate ich zu streichen *(ich bitte, darüber abzustimmen)*. Ich bin gar nicht davon überzeugt, daß die politische Entwicklung, beispielsweise in England, über die Republik verlaufen muß. Die Monarchie wird die Arbeiter dort wohl kaum irgendwie behindern, und des-

Das Beispiel Englands ist gerade angesichts seiner Sonderstellung nicht sehr am Platze. Und Rußland *jetzt* mit England vergleichen heißt im Publikum eine Menge Mißverständnisse hervorrufen. Die Bemerkungen von Marx (1875) und von Engels (1891) über die Forderung der Republik in Deutschland[14] weisen gerade auf die „Notwendigkeit" der Republik hin –

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 108. *Die Red.*

** Siehe die vorhergehende Antwort auf die Bemerkung Plechanows. *Die Red.*

*** Siehe Werke, Bd. 6, S. 110/111. *Die Red.*

halb braucht ihre Beseitigung *nicht Vorbedingung* für den Sieg des Sozialismus, sondern kann seine *Folge* sein.

Ausnahmen sind allerdings überall möglich.

Axelrod. Bin für den Vorschlag.

P. A.

„Den ganzen Inhalt des Punktes 4 kann man also der Einfachheit halber in drei Worten ausdrücken: ‚Rückgabe der Bodenabschnitte'. Es fragt sich, wie ist der Gedanke einer solchen Forderung entstanden? Als direkter Schluß aus der allgemeinen und grundlegenden These, daß wir den Bauern helfen und sie zur möglichst vollständigen Vernichtung aller Überreste der Leibeigenschaft vorwärtstreiben müssen. Damit sind wohl ‚alle einverstanden', nicht wahr? Nun, wenn ihr aber einverstanden seid, diesen Weg zu beschreiten, dann bemüht euch gefälligst, selbständig darauf weiterzugehen, zwingt uns nicht, euch mitzuschleppen, laßt euch nicht einschüchtern durch das ‚ungewöhnliche' Aussehen dieses Weges, nehmt keinen Anstoß daran, daß ihr an vielen Stellen überhaupt noch keinen ausgetretenen Weg finden, sondern genötigt sein werdet, an Abgründen entlang zu kriechen, Waldesdickichte zu durchqueren und über Gräben zu springen. Beschwert euch nicht über die Unwegsamkeit: diese Beschwerden werden nutzloses Geflenne sein, denn ihr mußtet im voraus wissen, daß ihr nicht eine breite Straße beschreitet, an der alle Kräfte des sozialen Fortschritts gearbeitet haben, um sie eben und gerade zu machen, sondern Pfade, die durch entlegene und verlassene Winkel führen, aus denen es freilich einen Ausweg gibt, doch einen geraden, einfachen und leichten Ausweg wird nie jemand finden, weder ihr noch wir, noch andere – ‚nie', d. h. solange diese absterbenden, und zwar qualvoll langsam absterbenden, entlegenen und verlassenen Winkel noch existieren.

Wollt ihr aber diese Winkel nicht aufsuchen, so sagt offen, daß ihr nicht wollt, und windet euch nicht mit Phrasen heraus."*

Plechanow. Ich stelle zur Abstimmung, diese Seite zu streichen. Sie verleiht der Abhandlung, die an sich klar und folgerichtig ist, einen etwas feuilletonistischen Charakter. Um die Forderung nach Rückgabe der Boden-

Ich stelle zur Abstimmung, *ob es anständig ist,* sich einem Redaktionskollegen gegenüber in einem derart *unverschämten* Ton zu äußern? und wohin wir geraten,

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 117/118. *Die Red.*

abschnitte zu erheben, besteht keine Veranlassung, „an Abgründen entlang zu kriechen" u. ä. Diese Bildhaftigkeit erweckt den Gedanken, daß der Verfasser selber die „Bodenabschnitte" nicht ganz mit seinem Glauben in Einklang gebracht hat.

A x e l r o d. Ich schlage vor, diese Seite, beginnend mit den Worten: „Damit sind" bis zum Ende der nächsten Seite (47) wegzulassen. P. A.

wenn wir *a l l e* anfangen, so miteinander umzuspringen??

„Die direkten Überreste der Fronwirtschaft, die von allen ökonomischen Forschungen in Rußland unzählige Male festgestellt worden sind, behaupten sich nicht kraft irgendeines sie besonders schützenden Gesetzes, sondern kraft der tatsächlich bestehenden Bodenverhältnisse. Das gilt in einem so hohen Maße, daß die von der bekannten Walujew-Kommission[15] befragten Personen ganz offen sagten: Die Leibeigenschaft würde zweifellos wieder auferstehen, wäre sie nicht durch das Gesetz ausdrücklich verboten. Eins von beiden also: Entweder man kümmert sich überhaupt nicht um die Bodenverhältnisse zwischen Bauern und Gutsbesitzern – dann lassen sich alle übrigen Fragen sehr ‚einfach' lösen, dann aber werdet ihr auch die Hauptquelle aller Überbleibsel der Leibeigenschaft auf dem Lande nicht antasten, dann werdet ihr euch vor einer sehr brennenden Frage, welche die wichtigsten Interessen der Fronherren und der geknechteten Bauernschaft berührt, ganz ‚einfach' drücken, vor einer Frage, die morgen oder übermorgen leicht zu einer der akutesten sozialpolitischen Tagesfragen Rußlands werden kann. Oder ihr wollt auch die Quelle ‚der rückständigen Formen der wirtschaftlichen Knechtung', nämlich die Bodenverhältnisse, antasten – dann müßt ihr mit einer solchen Kompliziertheit und Verworrenheit dieser Verhältnisse rechnen, daß eine leichte und einfache Lösung geradezu unmöglich wird. Dann habt ihr, da ihr mit der von uns vorgeschlagenen konkreten Lösung der verwickelten Frage nicht einverstanden seid, *kein Recht* mehr, euch mit einer allgemeinen ‚Beschwerde' über die Verworrenheit aus der Affäre zu ziehen, sondern *müßt* versuchen, euch selbständig zurechtzufinden und eine andere konkrete Lösung vorzuschlagen.

Daß die Bodenabschnitte in der heutigen Bauernwirtschaft von großer Bedeutung sind – das ist eine Tatsache."*

Plechanow. Ich würde raten, alle Betrachtungen über „Einfachheit" und „nicht Einfachheit" hinauszuwerfen und den Artikel fortzusetzen mit den Worten: „Daß die Bodenabschnitte ... von großer Bedeutung sind usw." Der Artikel wird dadurch gewinnen, denn die ganze genannte Stelle verdirbt ihn durch ihre schreckliche (??) Langatmigkeit. Ich beantrage, darüber abzustimmen.

Die Betrachtung über die Einfachheit als Schlußfolgerung aus dem Vorangegangenen (und als Antwort auf eine *Unmenge* von Bemerkungen sogar mit uns sympathisierender Personen) ist keinesfalls überflüssig, und ich rate, sie nicht anzutasten.

„Die Abarbeit bedingt Stagnation der Technik und Stagnation *aller* gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse auf dem Lande, denn sie verhindert die Entwicklung der Geldwirtschaft und die Auflösung der Bauernschaft, bewahrt den Gutsbesitzer (relativ) vor dem anspornenden Einfluß der Konkurrenz (anstatt die Technik zu verbessern, verringert er den Anteil des Halbpächters; diese Verringerung ist übrigens in zahlreichen Gegenden während vieler Jahre in der Zeit nach der Reform festgestellt worden), fesselt den Bauern an die Scholle, hält dadurch die Entwicklung der Umsiedlungen und der Wandergewerbe auf usw."**

Plechanow. Ich schlage vor, die Worte: „und die Auflösung der Bauernschaft" zu streichen; sie können beim Leser ein Vorurteil gegen eine Maßnahme erwecken, die an sich volle Billigung verdient. Wenn Sie diese Worte jedoch stehenlassen wollen, so machen Sie eine Ergänzung dazu, erklären Sie (wenigstens in einer Anmerkung), was Sie darunter verstehen. Ich bitte abzustimmen.

Was für eins? ein Vorurteil *bei wem?* warum? – dunkel ist der Rede Sinn.

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 119. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 6, S. 121. *Die Red.*

Ferner: was bedeutet: bewahrt ... relativ? Das Wort „relativ" paßt hier nicht.

Sehr einfach. Das bedeutet: bewahrt ... *relativ* zum gegenwärtigen Zustand in Rußland (und nicht im Vergleich beispielsweise zu Amerika).

„Und überhaupt: Nachdem allgemein anerkannt ist, daß die Bodenabschnitte eine der Hauptursachen des Systems der Abarbeit sind, dieses System aber ein direktes Überbleibsel der Leibeigenschaft darstellt, das die Entwicklung des Kapitalismus hemmt, wie kann man da noch daran zweifeln, daß die Rückgabe der Bodenabschnitte das System der Abarbeit erschüttern und die gesellschaftlich-ökonomische Entwicklung beschleunigen wird?"*

Plechanow. Eben deshalb ist es nicht nötig, das so ausführlich zu beweisen.

Eine übereilte Schlußfolgerung. Siehe das Ende dieser (55) und den Anfang der nächsten Seite.**

„Soweit ich beurteilen kann, lassen sich *alle* Einwände ‚gegen die Bodenabschnitte' unter den einen oder andern dieser vier Punkte einreihen, wobei die meisten Opponenten (darunter auch Martynow) auf alle vier Fragen verneinend geantwortet und die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte für grundsätzlich falsch, politisch unzweckmäßig, praktisch undurchführbar und logisch inkonsequent erklärt haben."***

Plechanow. Ich schlage vor, Martynow wegzulassen: von ihm ist schon viel zu viel überall hineingestopft worden.

Axelrod. Ja, des Guten, d. h. Martynows, mehr als zu viel†. P. A.

Siehe S. 28 Rückseite.††

Martynow hat Argumente angeführt, die von sehr vielen unserer Freunde wiederholt wurden. Es wäre sehr *taktlos*, diese Argumente unbeantwortet zu lassen und Martynow zu übergehen, wenn er zur Sache spricht.

---

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 121. *Die Red.*

** W. I. Lenin meint den Anfang des VII. Kapitels seines Artikels. (Siehe Werke, Bd. 6, S. 121/122.) *Die Red.*

*** Siehe Werke, Bd. 6, S. 122. *Die Red.*

† „des Guten" „mehr als zu viel" bei Axelrod deutsch. *Die Red.*

†† Gemeint ist W. I. Lenins Antwort auf Plechanows Bemerkung auf S. 26 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

„Und wir werden uns keineswegs widersprechen, wenn wir in der nächsten Geschichtsperiode, in der die Besonderheiten der gegenwärtigen sozialpolitischen ‚Konjunktur' vorbei sein werden, in der die Bauernschaft, sagen wir, sich mit winzigen Almosen für einen winzigen Teil der Eigentümer zufriedengeben und dem Proletariat bereits entschieden ‚die Zähne zeigen' wird, wenn wir dann den Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft aus unserem Programm hinauswerfen. Wir werden dann wahrscheinlich auch den Kampf gegen die Selbstherrschaft aus dem Programm streichen müssen, denn es ist keinesfalls anzunehmen, daß die Bauernschaft *vor* Erringung der politischen Freiheit das widerwärtigste und drückendste Joch der Leibeigenschaft abschütteln wird."*

Plechanow. Ich schlage vor, die Stelle zu *streichen*, die mit den Worten: „Und wir werden uns keineswegs widersprechen" beginnt und mit den Worten: „drückendste Joch der Leibeigenschaft abschütteln wird" endet. Sie *mindern* die Überzeugungskraft des Vorhergehenden, anstatt sie zu *verstärken*.

Axelrod. Bin dafür. P. A.

Diese Worte sollte man nicht streichen, denn sie sind durch *notwendige* Vorsicht bedingt. Andernfalls könnte man uns nachher leicht ungenügender Voraussicht bezichtigen.

„Man wird uns entgegnen: ‚Wie sehr sich die auf Abarbeit beruhende Wirtschaft gegen den Ansturm des Kapitalismus auch stemmen mag, sie gibt schließlich doch nach, ja, mehr als das: sie ist zum vollständigen Verschwinden verurteilt. Der auf Abarbeit beruhende Großbetrieb wird unmittelbar durch den kapitalistischen Großbetrieb abgelöst und muß ihm den Platz überlassen. Ihr aber wollt den Prozeß der Liquidierung der Leibeigenschaft durch eine Maßnahme beschleunigen, die im Grunde eine Zersplitterung (wenn auch nur eine teilweise, aber dennoch eine Zersplitterung) des Großbetriebs bedeutet. Bringt ihr damit nicht die Interessen der Zukunft den Interessen der Gegenwart zum Opfer? Wegen der problematischen Möglichkeit eines Bauernaufstands gegen die Leibeigenschaft in der nächsten Zukunft erschwert ihr den Aufstand des Landproletariats gegen den Kapitalismus in der mehr oder minder fernen Zukunft!'

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 124. *Die Red.*

Eine solche Betrachtung, so überzeugend sie auf den ersten Blick auch sein mag, leidet an starker Einseitigkeit ..."*

Plechanow. Sie ist auch auf den ersten Blick sehr wenig überzeugend. Sie hinterläßt den Eindruck so übler Haarspalterei, daß man lieber nicht so ausführlich auf sie eingehen sollte: das ist beschämend für Sozialdemokraten. Besonders beschämend jetzt, da sich Tausende russischer Bauern für die Beseitigung der alten Ordnung *erheben.* Ich bitte, über den Antrag abzustimmen, dieses Argument für nicht einmal auf den ersten Blick überzeugend zu erklären.

Axelrod. Meiner Meinung nach muß man das Kompliment für die Gegner à la Martynow weglassen. P. A.

Meiner Meinung nach ist es lächerlich, hier, wo man sie widerlegt, ein „Kompliment für die Gegner" zu sehen (das ist auch faktisch unrichtig, denn dieses Argument haben enge Freunde der „Iskra" in Briefen wiederholt). Das vom Autor der Bemerkungen erhobene *Geschimpfe* an ihre Adresse ist völlig unangebracht.

„... das *könnte nicht* ohne den *tiefsten Einfluß* auf den Geist des Protestes und selbständigen Kampfes der gesamten werktätigen Landbevölkerung bleiben."**

Plechanow. Was bedeutet: „selbständiger Kampf"?

Siehe Belgien im April 1902.[16] Es gibt Antwort auf diese „schwierige" Frage.

„Und um unseren Landarbeitern und Halblandarbeitern späterhin den Übergang zum Sozialismus zu erleichtern, ist es überaus wichtig, daß die sozialistische Partei *jetzt sofort* für die Kleinbauernschaft ‚einzutreten' beginnt, daß sie alles für sie tut, ‚was in ihren Kräften steht', auf die Teilnahme an der Lösung der brennenden und verwickelten ‚fremden' (nichtproletarischen) Fragen nicht verzichtet und die gesamte werktätige und ausgebeutete Masse dazu bringt, in der Partei ihren Führer und Vertreter zu sehen."***

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 124/125. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 6, S. 125. *Die Red.*

*** Siehe Werke, Bd. 6, S. 125/126. *Die Red.*

P l e c h a n o w. Warum sind die Worte: „was in ihren Kräften steht“ in Anführungszeichen („Gänsefüßchen“) gesetzt? Das ist unverständlich. Außerdem ist die Frage der Lage der „Halblandarbeiter“ dem Proletariat keinesfalls fremd. Es ist politisch äußerst ungeschickt, jetzt dieses Wort zu gebrauchen, und sei es auch in Anführungszeichen.

Es ist doch nicht schwer zu verstehen, daß jeder die Anführungszeichen auf seine Weise setzt? Oder will der Autor der Bemerkungen auch über die Gänsefüßchen „*a b s t i m m e n*“ lassen? Das sähe ihm ähnlich!

„‚Verspätet‘ hat sich die russische Bourgeoisie mit der eigentlich *ihr* zukommenden Aufgabe, alle Überreste des alten Regimes hinwegzufegen – und wir müssen und werden dieses Manko ausgleichen, solange es nicht ausgeglichen ist, solange bei uns die politische Freiheit nicht errungen ist, solange die Lage der Bauernschaft die Unzufriedenheit fast der gesamten Masse der gebildeten bürgerlichen Gesellschaft nährt (wie wir es in Rußland sehen), anstatt in dieser Masse das Gefühl der konservativen Selbstzufriedenheit über die ‚Unzerstörbarkeit‘ des angeblich stärksten Bollwerks gegen den Sozialismus zu nähren (wie wir es im Westen sehen, wo sich diese Selbstzufriedenheit bei allen Ordnungsparteien bemerkbar macht, angefangen von den Agrariern und Konservativen pur sang* über die liberalen und freisinnigen Bourgeois bis zu den – die Herren Tschernow und der ‚Westnik Russkoi Rewoluzii‘[17] mögen verzeihen! – bis zu den Mode‚kritikern des Marxismus‘ in der Agrarfrage).“**

P l e c h a n o w. Ich *rate dringend*, hier den „Westnik Russkoi Rewoluzii“ zu streichen. Gleich daneben steht der Name Tschernows, und man könnte uns beschuldigen, unvorsichtige Hinweise oder Anspielungen auf ein Pseudonym gemacht, ja es geradezu preisgegeben zu haben. Das muß auf jeden Fall vermieden werden.

Einverstanden, aber lieber streiche ich „Tschernow“.

* reinen Blutes. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 6, S. 127. *Die Red.*

„Anders steht es um die Nationalisierung des Grund und Bodens. Diese Forderung (wenn man sie im bürgerlichen und nicht im sozialistischen Sinn auffaßt) ist tatsächlich ‚weitergehend' als die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte, und im Prinzip teilen wir diese Forderung durchaus. In einem bestimmten revolutionären Augenblick werden wir es selbstverständlich nicht unterlassen, sie aufzustellen."*

P l e c h a n o w. Ich schließe mich dieser Bemerkung[18] voll und ganz an. Eben das ist der *„Kern"* der Frage.

A x e l r o d. Ich verstehe nicht recht; weiter oben haben Sie eine ausgezeichnete Definition des sozial revolutionären Charakters des Agrarprogramms gegeben; außerdem ist die Nationalisierung des Grund und Bodens auch als Losung des *Aufstands* jetzt antirevolutionär. Dem Vorschlag Bergs schließe ich mich an.

Der „sich Anschließende" hat nur leider vergessen, daß sich die Bemerkung auf den *unkorrigierten* Artikel bezog. Ein klein wenig Sorgfalt hätte ihn vor diesem komischen Fehler bewahrt.

„Aber unser jetziges Programm arbeiten wir nicht nur und sogar nicht so sehr für die Zeit des revolutionären Aufstands aus als vielmehr für die Zeit der politischen Sklaverei, für die Zeit, die der politischen Freiheit vorangeht. In einer solchen Zeit aber bringt die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens die unmittelbaren Aufgaben der demokratischen Bewegung im Kampf gegen die Leibeigenschaft *viel schwächer* zum Ausdruck."*

P l e c h a n o w. Weiter oben war gerade davon die Rede, daß unser Agrarprogramm ein sozial revolutionäres Programm ist.

Die Nationalisierung des Grund und Bodens in einem Polizeistaat würde eine neue, kolossale Stärkung dieses Staates bedeuten. Deshalb darf man sich nicht so ausdrücken wie hier: „bringt ... viel schwächer zum Aus-

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 129. *Die Red.*

druck" usw. Die eine Maßnahme ist *revolutionär* und die andere *reaktionär*.

Axelrod. Plechanows Vorschlag stimmt sinngemäß mit den Bemerkungen von Berg und mir auf der vorigen Seite überein.

Falsch. Bei weitem nicht immer und bei weitem nicht jede Nationalisierung ist „reaktionär". Das ist stark übertrieben.

Wenn die Autoren der Bemerkungen sich sogar beim *zweiten* Lesen des Artikels nicht die Mühe machen wollen, die Abänderungsvorschläge genau zu formulieren (obwohl diese Forderung mit Absicht erhoben und allen mitgeteilt worden ist), so werden sich die Abstimmungen über eine „Umarbeitung" im allgemeinen (und dann über den Wortlaut der Umarbeitung??) endlos hinziehen. Es würde nichts schaden, wenn man sich weniger davor fürchtete, daß der Verfasser eines von ihm unterzeichneten Artikels sich auf seine Weise *ausdrückt*.

„Deshalb meinen wir, daß das Maximum unseres Agrarprogramms auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht über die demokratische Revision der Bauernreform hinausgehen darf. Die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens, die grundsätzlich durchaus richtig und für bestimmte Zeitpunkte durchaus geeignet ist, ist in diesem Augenblick politisch unzweckmäßig."*

Plechanow. *Ich schließe mich* der Bemerkung von Berg[19] *an*. Schlage aber vor, folgendermaßen zu formulieren: in einem Polizeistaat ist die *Nationalisierung* des Grund und Bo-

Siehe S. 75 Rückseite.**

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 130. *Die Red.*

** Gemeint ist W. I. Lenins Antwort auf Plechanows Bemerkung auf S. 35 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

dens schädlich, in einem konstitutionellen Staat aber wird sie *als Teil* in die Forderung nach Nationalisierung *aller* Produktions*mittel* eingehen. *Ich bitte abzustimmen.*

Axelrod. Schließe mich an. P. A.

„Eine solche Zusammensetzung würde den demokratischen Charakter des Gerichts sichern und die Gewähr bieten, daß die verschiedenen Klasseninteressen der verschiedenen Schichten der Landbevölkerung frei zum Ausdruck kommen."*

Plechanow. Der Stil ist hier fürchterlich. Ich schlage vor, darüber abzustimmen, daß er verbessert wird.

Axelrod. Wie denn?

Eine „fürchterliche" Vorstellung von der „Abstimmungs"spielerei! Wir haben ja weiter nichts zu tun!

„Bekanntlich hat bei uns auf dem Lande die Pacht öfter leibeigenschaftlichen als bürgerlichen Charakter, und der Pachtzins ist viel eher eine ‚Geldrente' (d. h. eine verwandelte feudale Rente) als eine kapitalistische Rente (d. h. ein Überschuß über den Unternehmerprofit). Die Herabsetzung des Pachtzinses würde folglich die Ablösung der leibeigenschaftlichen Wirtschaftsformen durch die kapitalistischen unmittelbar fördern."**

Plechanow. Der Verfasser hat versprochen, nicht über den russischen Feudalismus zu sprechen (siehe oben), hat aber sein Versprechen nicht gehalten. Schade. Ich bitte über den Vorschlag *abzustimmen*, hier die Worte: *feudale* (Rente) zu streichen.

Stimmt nicht. Gerade wer „oben nachsieht", wird feststellen, daß der Verfasser nichts dergleichen „versprochen" hat. Und da der Verfasser absichtlich den Vorbehalt gemacht hat, daß dies *nicht die allgemeine Meinung* ist, sind Kritteleien hier sehr taktlos.

„Sogar die Selbstherrschaft sieht sich daher genötigt, immer häufiger einen besonderen (selbstverständlich höchst kümmerlichen und mehr von den beamteten Kassendieben und Bürokraten geplünderten als den Hungernden zugute kommenden) ‚Fonds für kulturelle und wohltätige Zwecke der Dorfgemeinschaften' zu schaffen. Auch wir können nicht umhin, neben

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 132. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 6, S. 133. *Die Red.*

anderen demokratischen Umgestaltungen die Schaffung eines solchen Fonds zu verlangen. Dagegen läßt sich wohl kaum etwas einwenden."*

Plechanow. Diese Stelle über die „Selbstherrschaft" ist *äußerst ungeschickt.* Was ist sie uns schon für ein Beispiel? Als ob wir nicht irgend etwas vorschlagen könnten, ohne uns nach ihr umzuschauen?

Die Rückerstattung an die Bauern muß damit begründet werden, daß es eine revolutionäre Maßnahme wäre, die eine solche *„Ungerechtigkeit"* wiedergutmachen würde, die nicht nur allen in Erinnerung ist, sondern die in bedeutendem Maße dazu beigetragen hat, die russische Bauernschaft zu ruinieren (vgl. Martynow).

PS. Als die französischen Emigranten (während der Restauration) ihre Milliarde verlangten[20], redeten sie nicht von Wohltätigkeit. Sie verstanden die Bedeutung des Klassenkampfes besser.

Ich schlage vor, darüber abzustimmen, daß diese Stelle radikal umgearbeitet wird.

Axelrod. Vgl. die Bemerkung Plechanows zu S. 90.[21] Lesen Sie aufmerksam die Bemerkungen hier und jene Bemerkung, und Sie werden selbst mit ihnen einverstanden sein. P. A.

Daß *sogar* die Selbstherrschaft gezwungen ist, eine (kümmerliche) Wohltätigkeit zu beginnen, das ist eine *Tatsache*, deren Erwähnung zu fürchten recht sonderbar erscheint. Daß dies jedoch als „Beispiel" angeführt wird, das ist die „schlechte Erfindung" eines Menschen, der darauf aus ist herumzukritteln.

„Dieser Tribut *kann aber nicht* ganz zurückerstattet werden, erwidert man uns. – Sehr richtig *(wie man auch die Bodenabschnitte nicht ganz zurückerstatten kann)!*"**

Plechanow. Warum kann man die Bodenabschnitte nicht ganz zurück-

Völlig falsch. Die Einfügung Lenins in seinem Artikel verändert

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 134. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 6, S. 135. *Die Red.*

erstatten? Darüber steht im Programm nichts.

Ich mache alle darauf aufmerksam, daß hier der Sinn des von uns angenommenen Paragraphen verändert worden ist.

A x e l r o d. Wozu wollen Sie durch die Einfügung die prinzipielle Lösung einschränken und abschwächen?

den Sinn *dessen, was im Programm gesagt ist,* nicht und *k a n n* *ihn* *n i c h t* verändern. Der Autor der Bemerkungen hat die Binsenwahrheit vergessen, daß „das Gesetz angewendet wird, und nicht die Motive des Gesetzes".

„Tatsächlich wird natürlich die Aufhebung der solidarischen Haftung (diese Reform wird Herr Witte wohl noch vor der Revolution durchführen können), die Abschaffung der ständischen Gliederung, die Freizügigkeit und das freie Verfügungsrecht über den Grund und Boden für jeden einzelnen Bauern zur unvermeidlichen und raschen Beseitigung jener fiskalisch-fronherrlichen Bürde führen, welche die heutige Bodengemeinschaft zu drei Vierteln ist. Aber dieses Ergebnis wird nur die Richtigkeit unserer Ansichten über die Dorfgemeinde beweisen, es wird deren Unvereinbarkeit mit der gesamten gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus beweisen."*

P l e c h a n o w. Es gehen jetzt Gerüchte um über ihre Beseitigung. Deshalb muß die betreffende Stelle geändert werden.

„Deshalb" sagt hier rein gar nichts. „Gerüchte" gehen schon lange um, und *selbst wenn sie sich bewahrheiten sollten,* braucht dennoch nichts geändert zu werden.

Ich schlage vor, statt „des Kapitalismus" hier zu schreiben: mit der gesamten gesellschaftlich-ökonomischen Entwicklung unserer Zeit. *Begründung:* damit wird die „demagogische Kritik" entkräftet, die die Verteidiger der Dorfgemeinde vorbringen werden.

Ich finde diese Angst vor der „Demagogie" völlig überflüssig, denn diese Herren werden stets eine ebenso „*schlechte* Kritik" bei der Hand haben.

„Wir antworten darauf: Aus unserer Formulierung ergibt sich noch nicht, daß jeder Bauer das Recht haben soll, zu verlangen, daß ihm sein Land unbedingt als besonderes Grundstück abgetrennt werde. Es ergibt sich daraus nur die Freiheit des Bodenverkaufs, wobei auch dieser Frei-

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 136. *Die Red.*

heit das Recht der Mitglieder der Dorfgemeinde, den zum Verkauf angebotenen Boden bevorzugt zu kaufen, *nicht widerspricht*."*

Plechanow. Ich schließe mich dieser Bemerkung[22] voll und ganz an und schlage vor, sie zur Abstimmung zu bringen.

Axelrod. Bin dafür.

Ich „schließe mich dem an", was die ausgemerzte Stelle betraf??!!?? Ein guter Vorschlag „zur Abstimmung".

„Ein solcher Einwand wäre unbegründet. Unsere Forderungen zerstören nicht die genossenschaftliche Vereinigung, sondern sie schaffen im Gegenteil an Stelle der archaischen (de facto halbfronherrlichen) Macht der Dorfgemeinde über den Bauern die Macht der *modernen* genossenschaftlichen Vereinigung über die frei eintretenden Mitglieder. Insbesondere widerspricht es unserer Formulierung z. B. auch nicht, daß den Mitgliedern der Dorfgemeinde unter bestimmten Bedingungen das Recht zuerkannt wird, den von ihrem Kollegen zum Verkauf angebotenen Boden bevorzugt zu kaufen."

Plechanow. Damit bin ich nicht einverstanden. Dieses Recht würde den Wert des bäuerlichen Bodens nur herabsetzen.

Die solidarische Haftung aber ist teilweise bereits aufgehoben, und teilweise wird sie, wenn nicht heute so morgen, von Herrn Witte aufgehoben werden.

Widerspruch. Ich verstehe nicht: einerseits kann ich *frei* in die genossenschaftliche Vereinigung eintreten und *frei* aus ihr austreten. Anderseits hat die Dorfgemeinde das Recht, meinen Boden bevorzugt zu kaufen. *Hier liegt ein Widerspruch.*

Der Autor der Bemerkungen übertreibt in seiner Feindschaft zur Dorfgemeinde. Hier muß man schrecklich auf der Hut sein, um nicht (wie der Autor der Bemerkungen) in den Armen der Herren A. Skworzow und Co. zu landen. *Unter bestimmten Bedingungen* ist es möglich, daß das Recht des bevorzugten Kaufs den Wert des Bodens nicht herabsetzt, sondern erhöht. Ich drücke mich absichtlich möglichst allgemein und umfassend aus, der Autor der Bemerkungen aber beeilt sich unnötigerweise, den gordischen Knoten zu zerhauen. Durch eine unvorsichtige „Negierung" der Dorf-

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 137. *Die Red.*

gemeinde *(als einer genossenschaftlichen Vereinigung)* können wir leicht unseren „guten Willen" gegenüber den Bauern unglaubhaft machen. Die Dorfgemeinde ist doch auch mit der gewohnten Weise der *Ansiedlung* usw. verbunden, und nur die A. Skworzow bringen es fertig, das alles in ihren Projekten mit einem Federstrich „umzumodeln".

„Um den Weg für die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu bahnen, ist es notwendig, alle Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die jetzt die Keime der kapitalistischen Antagonismen innerhalb der Landbevölkerung *verdecken* und ihre Entwicklung verhindern."*

Plechanow. Zum erstenmal sehe ich, daß das Wort *Antagonismus* in der *Mehrzahl* gebraucht wird.

Der Autor der Bemerkungen irrt, wenn er meint, daß es schon gar nichts mehr geben könne, was er zum erstenmal sieht.

*

Die Bemerkungen des „Autors der Bemerkungen" zeigen mit aller Deutlichkeit nur folgendes. Wenn er sich das Ziel gesetzt hat, den Genossen, die, wenn auch in unwesentlichen Fragen, nicht mit ihm einverstanden sind, die gemeinsame Arbeit mit ihm in der Redaktion *unmöglich* zu machen, so geht er diesem löblichen Ziel sehr schnell und sicher entgegen. Er möge aber auch die Folgen tragen, wenn er dieses Ziel erreicht.

1. Die Bemerkungen sind derart nachlässig geschrieben, daß nicht einmal verglichen wurde, was vor der Korrektur dastand, und was danach.

2. Die Liste der Korrekturen wurde sogar einfach *weggeworfen!* „So bin ich eben, und niemand hat mir zu widersprechen!"

---

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 138/139. *Die Red.*

3. Fast *keine der Änderungen*, die der Autor der Bemerkungen vorgeschlagen hat, ist von ihm selbst formuliert worden, *entgegen der genauen Vereinbarung*, die notwendigerweise zur Vermeidung unzulässiger Verzögerungen getroffen worden war.

4. Die Bemerkungen sind absichtlich in einem beleidigenden Ton gehalten. Wollte ich in diesem Ton einen Artikel Plechanows über das Programm (d. h. eben einen *persönlichen „Artikel“* von ihm, und nicht den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung, des gemeinsamen Programms o. ä.) „auseinandernehmen“, so würde dies sofort das Ende unserer Zusammenarbeit bedeuten. Und ich „bringe zur Abstimmung“: dürfen Mitglieder der Redaktion andere Mitglieder dazu *provozieren?*

5. Das Bestreben, sich *durch Abstimmungen* sogar in die Ausdrucksweise der Redaktionsmitglieder einzumischen, ist der Gipfel der Taktlosigkeit.

Der Autor der Bemerkungen erinnert mich an jenen Kutscher, der meint, er müsse, um sein Gefährt gut zu lenken, die Pferde recht oft und recht stark am Zügel reißen. Ich bin natürlich nicht mehr als „ein Pferd“, eines *der* Pferde des Kutschers Plechanow. Es kommt jedoch vor, daß selbst ein aufs äußerste geschundenes Pferd den allzueifrigen Kutscher abwirft.

Geschrieben am 1. (14.) Mai 1902.
Zum erstenmal veröffentlicht 1925
im Lenin-Sammelband III.

Nach dem Manuskript.

EINLEITUNG ZU DER PROKLAMATION DES DONKOMITEES DER SDAPR „AN DIE RUSSISCHEN BÜRGER“[23]

Wir bringen die ausgezeichnete Proklamation des Donkomitees unserer Partei im vollen Wortlaut. Diese Proklamation zeigt, wie die Sozialdemokraten das Heldentum der Balmaschow zu schätzen wissen, ohne jedoch in den Fehler zu verfallen, den die Sozialrevolutionäre[24] begehen.

An erster Stelle steht bei den Sozialdemokraten die Arbeiter-(und-Bauern-)Bewegung. Die Forderungen an die Regierung stellen sie im Namen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes, und nicht unter Androhung weiterer Attentate und Morde. Den Terror betrachten sie als *ein* mögliches Hilfsmittel, nicht aber als eine *besondere* Methode der Taktik, welche die Loslösung von der revolutionären Sozialdemokratie rechtfertigt.

Geschrieben nach dem 9. (22.) Mai 1902.

Zum erstenmal veröffentlicht 1931 in dem Buch: W. Pleskow, „In den kämpferischen Jugendjahren. Die Jugend am Vorabend der ersten Revolution", Verlag „Molodaja Gwardija".

Nach dem Manuskript.

EINLEITUNG ZU DER PROKLAMATION „AN DIE BÜRGER GANZ RUSSLANDS"[25]

Die von uns abgedruckte Proklamation des Donkomitees zieht das Fazit aus den bedeutsamen Ereignissen, gibt eine äußerst klare und richtige Einschätzung derselben und zieht praktische Schlußfolgerungen, die zu wiederholen die Sozialdemokratie niemals müde werden wird. Diese Proklamation wurde in 6500 Exemplaren herausgebracht und im Dezember in verschiedene Städte Rußlands versandt.

Geschrieben am 20. Dezember 1902 (2. Januar 1903).

Veröffentlicht am 1. Januar 1903 in der „Iskra" Nr. 31.

Nach dem Manuskript.

PLAN EINER BROSCHÜRE GEGEN DIE SOZIALREVOLUTIONÄRE[26]

Die Tatsache des Kampfes. Er beginnt eben erst. Polemik in der Literatur.

Warum? Klärung der Gründe, die den Kampf unvermeidlich machen.

Besondere Aufmerksamkeit muß den theoretischen, den prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zugewandt werden.

A) *Die zwiespältige und prinzipienlose Position zwischen revolutionärem Marxismus und opportunistischer Kritik.*

1. Der (redaktionelle) Artikel in Nr. 2 des „Westnik Russkoi Rewoluzii". Analyse desselben.
2. Die *Theorie des Zusammenbruchs.* Z i t a t S. **55–56** = Verneinung der ökonomischen Notwendigkeit des Sozialismus. (Die Trusts vergessen.)
3. Die Agrarfrage. Zitat S. 57 („sogar").
4. Die *Wert*theorie. Zitat S. 64. *„E r s c h ü t t e r t" !*
   S. 66 (wieder „sogar"!)
   {S. 67 und 48 = Krise des *g e s a m t e n* Sozialismus}
5. *„D e r r a d i k a l e u n d a u s s c h l i e ß l i c h e M a r x i s m u s w i r d f o r t a n s c h o n i n s G e b i e t d e r G e s c h i c h t e g e h ö r e n" (7 5) ! !* NB
6. *Shitlowski in „Sozialistische Monatshefte"*[27] . . .
7. „Eine aktuelle Frage". Lobhudelei auf Hertz (S. 8, Anmerkung).

Ein „neuer Gesichtspunkt" = über die Genossenschaft zum Sozialismus. ad B 3

8. „Westnik Russkoi Rewoluzii" Nr. 2, S. 82 und 87. „Korrekturen", „Revision" etc.*
9. Σ = völlige Prinzipienlosigkeit. Jeder, der will, kann Sozialrevolutionär sein.
10. Völlige Isolierung vom internationalen Sozialismus: „Eigenständigkeit".

---

* Im Manuskript hat Lenin ein Zeichen gesetzt, mit dem Punkt 8 vor Punkt 6 gezogen werden soll. *Die Red.*

B) *Die zwiespältige und prinzipienlose Position zwischen dem russischen Marxismus und dem Narodowolzentum, richtiger: der liberal-volkstümlerischen Richtung.*

1. Die neue revolutionäre Bewegung wird begleitet vom Kampf zwischen der alten und der neuen Theorie. Die Überreste des russischen Sozialismus (die liberal-volkstümlerische Richtung) und der russische Marxismus. Wie verhalten sich die Sozialrevolutionäre? Typisch „Der Vorabend der Revolution". (Völliges Unverständnis für die Bedeutung des theoretischen Meinungsstreits.)

   Das Entarten des alten russischen Sozialismus zur liberal-volkstümlerischen Richtung.

2. „Arbeitswirtschaft" (Theorie der Sozialrevolutionäre) (aus Nr. 11 der „Rewoluzionnaja Rossija"[28], S. 7). *Vulgärsozialismus + Volkstümlerideologie.* [Vgl. „Westnik Russkoi Rewoluzii" Nr. 2, S. 100/101: *Klassenkampf = Kampf aller Unterdrückten!!*]

3. Die progressiven und die negativen Seiten des Kapitalismus. Nr. 9 der „Rewoluzionnaja Rossija", S. 4.

   Contra: *Die progressive Bedeutung der Wanderarbeit und des Umherziehens:* Nr. 8, S. 8, Spalte 2[29]

Besonderes Blatt, S. 2 unten

Vgl. „Eine aktuelle Frage" (S. 8): Ein „*neuer* Gesichtspunkt": „*Über die Genossenschaft zum Sozialismus*". Vgl. A 7.

Aus der deutschen Statistik: Genossenschaften = Vorherrschaft der Bourgeoisie

4. Σ = die rein eklektische Vereinigung von Volkstümlerideologie und Marxismus mit Hilfe der „Kritik".

C) *Zwiespältige Stellung zum Klassenkampf und zur Arbeiterbewegung.*

1. Von den theoretischen Sünden der Position geht man zu praktischen über. Ihre Stellung zum *Klassenkampf* und zur *Arbeiterbewegung.* Wie stellen sie die Frage?
2. Zitat aus „Westnik Russkoi Rewoluzii" Nr. 2, S. 224. *Partei* und *Klasse.* Verwirrung, deren Bedeutung einzig und allein: vom Klassenkampf des Proletariats abzurücken und der völlig unentschlossenen und schwankenden Intelligenz Tür und Tor zu öffnen.
3. *Intelligenz* + *Proletariat* + *Bauernschaft* (Nr. 8, S. 6, Spalte 2) (gegen die „engstirnigen" Orthodoxen). Das bedeutet = völlige Leugnung des Klassenkampfes. Vermischung verschiedener Schichten. Sowohl den intelligenzlerischen Sozialreformismus und den nur demokratischen Revolutionarismus – als auch den proletarischen Sozialismus – als auch die unentwickelten bäuerlichen Forderungen in einen Topf werfen.
4. *Intelligenz* und *Proletariat.* Und die Narodowolzen ebenfalls!!! Nr. 3 des „Westnik Russkoi Rewoluzii" – S. 9–11. *Besonderes Blatt.*
5. Ihr Verhalten in der Praxis? Wird durch den „Ökonomismus"[30] illustriert. „Iskra": langer Prozeß der Arbeit, der Überzeugung, der Erziehung. Ablehnung von Illusionen über die Einheit durch die „Iskra".

   Vgl.: Schadenfreude

   + dem revolutionären Marxismus Knüppel zwischen die Beine werfen.

   Σ = beschaulich-dilettantisch.
6. Wie erklären sie den Unterschied zwischen sich und den Sozialdemokraten? Nr. 9, S. 4, Spalte 2.

Nicht darauf kommt es an, was „man sein will", sondern darauf, was die *A r b e i t e r b e w e g u n g* ist.
Arbeit schlechthin ist Unsinn.

Gleichgültig, ob Lohnarbeiter oder Selbständige = Verflachung des Sozialismus durch kleinbürgerliche Elemente und völlige Beseitigung der Grenze zu den Volkstümlern.
„Reine ideologische Vertreterin" *eines* Prinzips. *Keines* Prinzips!

D) *Unabhängig von ihrem Willen führen sie zur Unterordnung der Arbeiterklasse unter die bürgerliche Demokratie.*

1. Wir haben die theoretische Position der Sozialrevolutionäre und ihre Stellung zur Arbeiterbewegung untersucht.
   Σ = Zwiespältigkeit, Eklektizismus.
   Ihre Stellung zur russischen bürgerlichen Demokratie.
2. Es gibt sie nicht! „Westnik Russkoi Rewoluzii" Nr. 2, *S. 132!!* Schon während des Krieges gegen die „Ökonomisten" haben die Sozialrevolutionäre das bemerkt.
   Vgl. „Eine moderne Vestalin"[31].
3. Und Herr Struve? Und die liberal-volkstümlerische Richtung? Gerade vor ihr kapitulieren sie doch!!! Das heißt aber, daß sie vor der bürgerlichen Demokratie kapitulieren, daß sie den Arbeitern nicht die Klassengegensätze erklären, daß sie keine *s e l b s t ä n d i g e* sozialistische *Ideologie* ausarbeiten.
4. Was aber heißt *Intelligenz + Proletariat + Bauernschaft?* Praktisch sind die *Intelligenz* und die *Bauernschaft* nichts anderes als eben die *bürgerliche* Demokratie!!
5. Und ihre Stellung zu den Liberalen? Kehrt zurück zur Formel + und – des Kapitalismus (Nr. 9, S. 4)!
   Die Liberalen stützen sich auf keine Klasse (Nr. 9, S. 4).
   Weit mehr als ihr!
   Ein Kuriosum: *Sie haben den Liberalen aufs Wort geglaubt!!*
   Nr. 9, *S. 3–4.*
   (Varianten W. W.)

Wir führen einen schärferen
Kampf gegen die Liberalen als ihr.
Wir führen *K r i e g* und nicht wortreiche Debatten: einerseits, anderseits.
Doch wir begreifen, daß die Liberalen eine Klasse vertreten, daß sie zählebig sind, daß sie über eine *g e s e l l s c h a f t l i c h e*, eine *V o l k s*bewegung *verfügen*, die Sozialrevolutionäre aber nicht!!

6. Recht hatte L. M. in der „Sarja" (Nr. 2–3): Die Sozialrevolutionäre tragen deshalb ihren Doppelnamen, weil ihr Sozialismus ganz und gar nicht revolutionär ist und ihr Revolutionarismus nichts mit dem Sozialismus gemein hat. *Eben dies = führt zur Niederlage vor der bürgerlichen Demokratie.*

Damit endet die prinzipielle Kritik an der *gesamten Position* der Sozialrevolutionäre. Man muß beachten, daß wir eben ihre gesamte Position ablehnen, *nicht nur* Fehler im Programm (Agrarprogramm), *nicht nur* Fehler in der Taktik (Terror).

Warnung vor kleinbürgerlichem Sozialismus, Revolutionarismus und Schwankungen.

E) *A g r a r f r a g e.*

1. Primitiver Vulgärsozialismus. Glauben an Worte. Keine Analyse der Bewegung. Begreifen nicht den Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft NB (Nr. 8, S. 4: die Reformen von 1861 gaben dem Kapitalismus freie Bahn!!).
2. Das „ausgleichende Prinzip" der Bauernschaft etc. – ist nur Verblendung durch *demokratische* Forderungen. Nichts Sozialistisches. Man muß die Wahrheit sagen und

Der „Westnik Russkoi Rewoluzii" gegenüber der „Iskra" mangelhaft vorbereitet. „Eine aktuelle Frage" (Hertz). „Rewoluzionnaja Rossija" Nr. 4, Februar, S. 2 (in f.*): Polemik über den Bauern[1], und Nr. 8 *(J u n i)*: Aufruf des *„Bauernbundes"* etc. Ja, ihr seid weniger vorbereitet als die Sozialdemokraten!

* in fine – am Schluß. *Die Red.*

darf nicht zur Demagogie abglei-
ten.

---

1) Das heutige Dorf kann den Druck auf die Regierung unterstützen und verstärken, „und es kann dies wahrscheinlich energischer, als wir uns das denken, die wir durch die Bespitzelung und Unterdrückung seitens der Regierung meist schon jahrelang vollkommen vom Bauern isoliert sind". „Rewoluzionnaja Rossija" Nr. 4 (Februar 1902), S. 2.

---

3. „Sozialisierung des Grund und Bodens". Bürgerliche Nationalisierung? (und ihre Bedeutung im Klassenstaat?) „Sozialisierung des Grund und Bodens" – eine leere *Versprechung* (Minimum!). Das ist doch = dem narodowolzischen „*das Volk ist bereit zur Revolution*" *de facto.*
4. *Genossenschaften* (statt Klassenkampf!) rein (bürgerlich-) *kleinbürgerliche* Forderung.
5. Für die Dorfgemeinde. Gegen die freie Verfügung.
6. „Narodnoje Delo"[32] Nr. 2, S. 18–19. Wie ist der Kampf der Bauern und der Arbeiter zu vereinen?
   „Narodnoje Delo" Nr. 2, S. 51: „volkstümlich". Vulgär.
   „Narodnoje Delo" Nr. 2, S. 63: „verdummt nur, wo und wie ihr könnt"!!
   Beispiele für die Verdummung: „Rewoluzionnaja Rossija" Nr. 11, S. 6: Zubeißen und Blut saufen, bestechliche Beamtenbrut usw. usf.

F) *Terror.*

1. Die Polemik wegen Balmaschow. Beispiellos.
   Und die Kritik der Deutschen ist nicht beispiellos?
   (Ihr ruft Unzufriedenheit hervor, und dann drängt ihr euch danach, sie zu erklären!!)
2. *Polemik anläßlich der Proklamation vom 3. April. Zitat (Nr. 11, S. 25 in f.)*[33] und die Schlußfolgerung einer *Fiktion.*
3. „*Wperjod*" *Nr. 5.* Zitat, Nr. 5, S. 7–8

   | nebenbei S. 9 |[34]

4. Terror. Zitat aus Nr. 7 (idem, was auch in der Proklamation vom 3. April enthalten ist: uns sind nicht die Worte wichtig). Nr. 7, S. 4: „Der Terror zwingt die Menschen, *politisch zu denken.*"
   – „sicherer als monatelange Propaganda"
   – „flößt den Entmutigten Kraft ein"[35].

Die Logik des Terrors: ihn an die erste Stelle, dann alles übrige. Beweis: schon im Februar 1902 stellte die „Revoluzionnaja Rossija" (Nr. 4) an die erste Stelle nicht die Kampforganisation. *Siehe Rückseite (α)*.*

5. „Nicht anstatt, sondern zugleich".
   In Wirklichkeit *keine* Verbindung mit den Massen. Unglauben, Unbeständigkeit. 4 *Jahre* (1897 bis 1901), aber jetzt gerade beginnt erst die demokratische Periode.
   Ablenkung von den dringenden, direkten Aufgaben.
   Die Führer sind hinter den Massen zurückgeblieben.

Der Terror ist nicht gefährlich, denn es gibt eine Massenbewegung. „Stimmung". Ihr nachgeben?
*Siehe Rückseite (β)**.*

Nr. 12, S. 3, Spalte 1 („Stadientheorie"). Ebendort: man darf nicht in die Gefängnisse eindringen.[36]

(α) „Alle Fragen der revolutionären Technik, die Methoden des Straßenkampfes gegen die Truppen, *die Hinrichtungen der verhaßtesten Zarenschergen* (Hervorhebung von mir) usw., *treten in den Hintergrund* vor der dringendsten, wichtigsten und unaufschiebbaren Frage: der Schaffung einer zentralen revolutionären { und jetzt?

---

* Der mit (α) bezeichnete Text befindet sich im Manuskript auf der Rückseite des Blattes. *Die Red.*

** Der mit (β) bezeichnete Text befindet sich im Manuskript auf der Rückseite des Blattes. *Die Red.*

Organisation" („Rewoluzionnaja Rossija", 1902, Nr. 4, Februar, S. 3).

(β) „... Während die Buchstabengelehrten einen Federkrieg führten ..." (ob man dem Terror nur exzitative oder auch abschrekkende Wirkung zuschreiben könne) „... *rückte das Leben ein solches Bedürfnis* nach terroristischen Mitteln *in den Vordergrund, das alle früheren Einwände verstummen ließ.* Terroristische Akte wurden als Mittel der Selbstverteidigung zur Notwendigkeit ..." „Rewoluzionnaja Rossija" Nr. 7, S. 2 (Juni 1902).

(G) *Schluß.*

Die Aufgaben der Revolutionäre von heute:

α) Theoretische Verteidigung und Entwicklung des revolutionären Marxismus.

β) Größtmögliche Teilnahme am internationalen ideologischen Kampf.

γ) Entwicklung des russischen Marxismus, seine Anwendung, Kampf gegen die liberal-volkstümlerische Richtung, Aufdeckung ihres bürgerlichen und kleinbürgerlichen Charakters vor der Arbeiterklasse.

δ) Organisierung des Proletariats. Ungeheuer viele Mängel. Dringende Forderungen.

ε) „Menschen sind in Massen da, und es fehlt an Menschen." Die Führer müssen die Massen zum *Aufstand* vorbereiten.

Geschrieben im Frühjahr 1903.

Zum erstenmal veröffentlicht 1939 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

II. PARTEITAG DER SDAPR[37]
17. (30.) Juli–10. (23.) August 1903

1
PROGRAMM DES II. ORDENTLICHEN PARTEITAGS DER SDAPR[38]

A. Geschäftsordnung des Parteitags und seine Konstituierung.

B. Liste und *Reihenfolge* der auf dem Parteitag zu erörternden und zu entscheidenden Fragen.

A. Geschäftsordnung des Parteitags.

1. Ein vom Organisationskomitee[39] dazu bevollmächtigter Genosse eröffnet den Parteitag.

{{ In Klammern gewünschte Ergänzungen, Erläuterungen, Ratschläge und sonstige Bemerkungen *speziellen* Charakters.

2. Der Parteitag wählt 1 Vorsitzenden, 2 Vizevorsitzende (und Stellvertreter) und 9 Sekretäre. Diese 9* Personen bilden das Büro und nehmen zusammen an einem Tisch Platz.

Bericht des OK

3. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Delegiertenvollmachten und zur Untersuchung aller Erklärungen, Beschwerden und Proteste, die die Zusammensetzung des Parteitags betreffen.

(Diese Kommission nimmt auch die Erklärung des OK entgegen über die von ihm besorgte Einladung *bestimmter* Personen mit beratender Stimme zum Parteitag.)**

---

* Im Manuskript ist offensichtlich ein Schreibfehler unterlaufen: die von Lenin vorgesehene Gesamtzahl der Büromitglieder beträgt 12. *Die Red.*

** Der Text in der Klammer wurde von Lenin durchgestrichen. *Die Red.*

4. Entscheidung über die Zulassung der polnischen Sozialdemokraten[40].

ad 3*

5. Festlegung der Tagungszeiten des Parteitags: zweimal am Tag, von 9 Uhr morgens bis 1 Uhr und von 3 Uhr bis 7 Uhr abends (etwa).

6. Beschränkung der Redezeit der Delegierten: Referenten höchstens 1/2 Stunde für die Rede, die übrigen höchstens 10 Minuten. Niemand hat das Recht, zu einer Frage mehr als 2mal zu sprechen. Zu Fragen der jeweiligen Tagesordnung sprechen nicht mehr als 2 Redner für und zwei gegen jeden Antrag.

7. Die Protokolle des Parteitags werden von den Sekretären, unter Beteiligung des Vorsitzenden oder eines seiner Stellvertreter, angefertigt. Jede Sitzung des Parteitags beginnt mit der Bestätigung des Protokolls der vorhergehenden Sitzung. *Jeder Redner ist verpflichtet, spätestens 2 Stunden nach Beendigung der Sitzung dem Büro des Parteitags eine kurze Aufzeichnung jeder seiner Reden zu übergeben.*

---

* Punkt 4 wurde, ebenso wie Punkt 11 im Abschnitt B, von Lenin eingefügt. Da außerdem auch noch einzelne Punkte umgestellt wurden, veränderte Lenin die Numerierung. Hier bringen wir die letzte Variante der Numerierung.

Später hat Lenin den Punkt 4 durchgestrichen und dahinter geschrieben: „ad **3**". *Die Red.*

8. Die Abstimmungen zu allen Fragen, außer der Wahl der leitenden Funktionäre, haben offen zu erfolgen. Auf Antrag von 10 Stimmen müssen die Abstimmungen namentlich durchgeführt und alle abgegebenen Stimmen im Protokoll festgehalten werden.

(Um die namentlichen Abstimmungen zu beschleunigen und um Fehler zu vermeiden, wäre es wünschenswert, daß das Büro des Parteitags an alle Teilnehmer des Parteitags mit beschließender Stimme Stimmzettel zu jeder Frage ausgibt. Auf jedem Stimmzettel vermerkt der Delegierte seinen Namen (s. § 8*) und sein Votum (für, gegen, Stimmenthaltung) und gibt an, auf welche Frage sich sein Votum bezieht. Die Fragen können kurz oder sogar durch Ziffer, Buchstaben u. ä. bezeichnet werden. Das Parteitagsbüro bewahrt diese Zettel bis zur Beendigung des Parteitags für jede Frage gesondert auf.)**

9. Konspirativer Deckname jedes Parteitagsteilnehmers (oder ohne Namen: erster und zweiter Delegierter der und der Parteiorganisation usw.)**

10. Erklärung des Vorsitzenden, daß der Parteitag sich endgültig als II. ordentlicher Parteitag der SDAP Rußlands konstituiert hat und daß *folglich* die Beschlüsse dieses Parteitags alle im Widerspruch zu ihnen stehenden früheren Beschlüsse des I. ordentlichen Parteitags[42] und der Teilparteitage aufheben, – daß *folglich* die Beschlüsse

(Die Frage des „Bund"[41] *sollte man nicht* bei diesem Punkt berühren: es ist besser, sie *direkt* an die erste Stelle auf der Liste der vom Parteitag zu behandelnden Fragen zu setzen.)

* Gemeint ist Punkt 9 (nach der ursprünglichen Numerierung Punkt 8). *Die Red.*

** Der Text in der Klammer wurde von Lenin durchgestrichen. *Die Red.*

dieses Parteitags für die gesamte Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands *unbedingt* bindend sind.

11. Erörterung der Liste und der Reihenfolge der Fragen.

B. Liste und Reihenfolge der Fragen.

1. *Die Stellung des „Bund" in der SDAP Rußlands.* (Nimmt die SDAP Rußlands das vom „Bund" geforderte föderative Prinzip der Organisation der Partei an?)*

(Zu dieser Frage *muß* man für die *Resolution,* die angenommen werden soll, vorher einen *Entwurf* ausarbeiten.)

NB: Warum soll diese Frage an die erste Stelle gesetzt werden: aus formalen Gründen (Erklärungen des „Bund", *Zusammensetzung* des Parteitags, Unterordnung unter die Mehrheit) und aus moralischen Gründen (völlige Beseitigung der Spaltung und Zersplitterung in einer Grundfrage).

2. *Bestätigung des Wortlauts des Programms* der SDAP Rußlands.

Erste Lesung: Annahme eines der vorhandenen Entwürfe *im ganzen als Grundlage* für die Erörterung im einzelnen.

Zweite Lesung: Annahme jedes einzelnen Punktes und Paragraphen des Programms.

(*α.* Mit wieviel Programmentwürfen wird sich der Parteitag zu beschäftigen haben? [„Iskra", „Borba"[43], „Shisn"[44]?]

β. Alle Entwürfe prüfen oder einen zur Grundlage nehmen? Oder anders: *in erster Lesung* einen der vorgelegten Entwürfe annehmen.)

3. *Gründung eines Zentralorgans der Partei (einer Zeitung) oder Bestätigung eines solchen.*

(Notwendigkeit, diese Frage gesondert zu stellen: *Beendigung des Kampfes der Richtungen in der Sozialdemokratie.*)*

* Der Text in der Klammer wurde von Lenin durchgestrichen. *Die Red.*

α) Will der Parteitag ein neues Organ gründen?

β) Wenn nicht, welche der vorhandenen Zeitungen will der Parteitag zum Zentralorgan der Partei *machen?*

4. *Berichte der Komitees* (darunter der Bericht des OK, von einem seiner Mitglieder) *und anderer Organisationen der Partei sowie einzelner Mitglieder.**

α) Wieviel Berichte gibt es?

β) *Sollen alle Berichte vorgetragen werden* oder soll man sie einer Kommission überweisen?

γ) Soll man jeden Bericht einzeln oder alle zusammen diskutieren? (besser einzeln)

δ) Festlegungen für die Berichterstattung.

5. *Die Organisation der Partei.* Bestätigung eines allgemeinen Organisationsstatuts der SDAP Rußlands.

Erste Lesung: Auswahl eines der Entwürfe im ganzen.
Zweite Lesung: Erörterung eines der Entwürfe nach Punkten.**

6. *Die Bezirks- und nationalen Organisationen.*

(Anerkennung oder Nichtanerkennung jeder einzelnen von ihnen in einer ganz bestimmten Zusammensetzung und [eventuell] mit bestimmten Ausnahmen vom allgemeinen Statut der Partei.)***

---

* Punkt 4 ist durchgestrichen. Darüber steht, von unbekannter Hand geschrieben: „Delegiertenberichte". *Die Red.*

** Der Text von „Bestätigung" bis „nach Punkten" wurde von Lenin durchgestrichen. *Die Red.*

*** Der Text in der Klammer wurde von Lenin durchgestrichen. *Die Red.*

7. *Einzelne Gruppen der Partei.* „Borba" Gruppe „Shisn" „Befreiung „Wolja"[45] der Arbeit"[46] Die russische „Iskra"-Organisation[47] „Jushny Rabotschi"[48] usw.* *Endgültige* (oder vorläufige, d. h., dem Zentralkomitee wird anheimgestellt, noch notwendige Auskünfte einzuholen und einen endgültigen Beschluß zu fassen***) *Bestätigung einer Liste sämtlicher Parteikomitees, -organisationen, -gruppen usw.*	Notwendig sind Resolutionsentwürfe über jede einzelne Gruppe und einzelne Organisation.**
8. *Die nationale Frage.*	Notwendig ist eine Resolution zur nationalen Frage überhaupt (Erläuterung der „Selbstbestimmung" und *taktische* Schlußfolgerungen aus unserer Erläuterung). (Vielleicht auch noch eine besondere Resolution gegen die PPS[49]?)
9. *Der ökonomische Kampf und die Gewerkschaftsbewegung.*	(Notwendig ist eine sowohl prinzipielle als auch die nächsten Aufgaben der Partei behandelnde Resolution.)
10. *Feier des 1. Mai.*	*Ebenfalls.*
11. *Der Internationale Sozialistenkongreß 1904 in Amsterdam.*[50]	*Ebenfalls.*

* Der Text von „‚Borba'" bis „usw." wurde von Lenin durchgestrichen. *Die Red.*

** Der Absatz wurde von Lenin durchgestrichen. *Die Red.*

*** Der Text von „d. h." bis „zu fassen" wurde von Lenin durchgestrichen. *Die Red.*

12. *Demonstrationen und Aufstand.*	*Ebenfalls.*	
13. *Terror.*	*Ebenfalls.*	
21. *Stellung der SDAP Rußlands zu den „Sozialrevolutionären".* [und zu den Revolutionärsozialisten?? etc.?]	*Ebenfalls.*	Diese beiden Fragen hinter Nr. 7 setzen.**
22. *Stellung der SDAP Rußlands zu den russischen liberalen Strömungen.**	*Ebenfalls.*	
14. *Innere Fragen der Parteiarbeit: Organisierung der Propaganda.*		Wünschenswert wären *Resolutionen.*
15. „ „ *Agitation.*		
16. „ „ **Partei***literatur.*		
17. „ „ *Arbeit unter den Bauern.*		
18. „ „ „ *im Heer.*		
19. „ „ „ *unter den* **Studenten.**		
20. „ „ „ *unter den* **Sektenanhängern.**		
24. *Wahl des ZK und der Redaktion des ZO der Partei.*	Der Parteitag wählt *drei* Genossen in die Redaktion des ZO und *drei* in das ZK. Diese sechs Genossen *zusammen* ergänzen, falls es notwendig ist, mit Zweidrittelmehrheit die Redaktion des ZO und das ZK durch Kooptation und erstatten hierüber dem Parteitag Bericht. Nachdem dieser Bericht vom Parteitag bestätigt worden ist, erfolgt die weitere Kooptation durch die Redaktion des ZO und durch das Zentralkomitee getrennt.	

* Neben diesem Punkt steht, von unbekannter Hand geschrieben: „23. Stellung der SDAPR zu den anderen in Rußland existierenden revolutionären und oppositionellen Parteien und Strömungen." Vor der Nummer des Punktes steht, von Lenin geschrieben: „23." *Die Red.*

** Der Text wurde von Lenin durchgestrichen. *Die Red.*

⌈24. Wahl des Rats der Partei[51].⌉
25. Bestimmungen über die Veröffentlichung der Beschlüsse und Protokolle des Parteitags sowie Bestimmungen über den Funktionsantritt der neu gewählten leitenden Funktionäre und Körperschaften.

Geschrieben in der zweiten Junihälfte und ersten Julihälfte 1903.
Zum erstenmal veröffentlicht 1927 im Lenin-Sammelband VI.

Nach dem Manuskript.

2
AUSFÜHRUNGEN BEI DER PRÜFUNG DER LISTE DER VOM PARTEITAG ZU ERÖRTERNDEN FRAGEN[52]
17. (30.) JULI

1

Entsprechend dem Plan wurde die Frage des Programms an die zweite Stelle gesetzt. Die nationale Frage gehört zum Programm und wird bei seiner Erörterung mit entschieden. Die Frage der Bezirks- und nationalen Organisationen im allgemeinen ist eine Organisationsfrage. Die Frage des Verhältnisses zu den Nationalitäten im einzelnen jedoch ist eine taktische Frage und beinhaltet die Anwendung unserer allgemeinen Prinzipien auf die praktische Tätigkeit.

2

Der erste Punkt der Liste betrifft speziell die Organisation des „Bund". Der sechste jedoch betrifft die Organisation der Partei. Nach einer allgemeinen Festlegung über das Verhältnis zu den örtlichen, Bezirks-,

nationalen und anderen Organisationen wird die spezielle Frage zu klären sein: Welche Organisationen konkret sind nun in die Partei aufzunehmen und unter welchen Bedingungen?

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904. *Nach dem Text des Buches.*

3
AUSFÜHRUNGEN ÜBER DIE HANDLUNGSWEISE DES ORGANISATIONSKOMITEES[53]
18. (31.) JULI

Das Organisationskomitee kann zusammentreten, nicht aber als Kollegium, das auf die Angelegenheiten des Parteitags Einfluß nimmt. Die praktische Tätigkeit des Organisationskomitees wird nicht unterbunden, unterbunden wird lediglich der Einfluß, den es unter Umgehung der Kommission auf den Parteitag ausüben will.

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904. *Nach dem Text des Buches.*

4
AUSFÜHRUNGEN ÜBER DIE TEILNAHME DER POLNISCHEN SOZIALDEMOKRATEN AM PARTEITAG[54]
18. (31.) JULI

Ich sehe keine schwerwiegenden Argumente gegen die Einladung. Das Organisationskomitee hat den ersten Schritt getan zur Annäherung zwischen den polnischen Genossen und den russischen. Wenn wir sie zum

Parteitag einladen, tun wir den zweiten Schritt auf diesem Wege. Ich sehe keinerlei daraus entstehende Komplikationen.

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904. *Nach dem Text des Buches.*

5
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DES ALLGEMEINEN TEILS DES PARTEIPROGRAMMS 29. JULI (11. AUGUST)

Diese Einfügung würde eine Verschlechterung bringen.[55] Sie erweckt die Vorstellung, daß das Klassenbewußtsein spontan wachse. In der internationalen Sozialdemokratie gibt es jedoch außerhalb des Einflusses der Sozialdemokratie keine klassenbewußte Tätigkeit der Arbeiter.

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904. *Nach dem Text des Buches.*

6
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DER ALLGEMEINPOLITISCHEN FORDERUNGEN DES PARTEIPROGRAMMS 30. JULI (12. AUGUST)

I

L e n i n hält den Abänderungsvorschlag Strachows für verfehlt, da durch die Formulierung der Kommission gerade der *Wille des Volkes* unterstrichen wird.[56]

2

L e n i n ist gegen das Wort „provinzial", weil das sehr unklar ist und so ausgelegt werden kann, als fordere die Sozialdemokratie die Aufteilung des ganzen Reiches in kleine Gebiete.[57]

3

L e n i n hält die Einfügung „und Ausländers" für überflüssig, da es sich von selbst versteht, daß die sozialdemokratische Partei für die Ausdehnung dieses Paragraphen auch auf Ausländer eintreten wird.[58]

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904.

Nach dem Text des Buches.

7
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DER ALLGEMEINPOLITISCHEN FORDERUNGEN DES PARTEIPROGRAMMS
31. JULI (13. AUGUST)

Das Wort „Miliz" ergibt nichts Neues und erzeugt Verwirrung. Die Worte „allgemeine Volksbewaffnung" sind klar und durchaus russisch. Ich halte den Abänderungsantrag des Gen. Liber für überflüssig.[59]

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904.

Nach dem Text des Buches.

8
ANTRÄGE ZU EINZELNEN PUNKTEN DER ALLGEMEINPOLITISCHEN FORDERUNGEN DES PARTEIPROGRAMMS[60]

1. Am Schluß von Punkt 6 „und Sprache" lassen.

2. Einfügung eines neuen Punktes:

„Das Recht der Bevölkerung, in der Muttersprache unterrichtet zu werden, das Recht eines jeden Bürgers, sich in Versammlungen, gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen der Muttersprache zu bedienen.

3. In Punkt 11 den Satz über die Sprache streichen.

Geschrieben zwischen dem 30. Juli und 1. August (12. und 14. August) 1903.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 7.

Nach dem Manuskript.

9
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DES TEILS DES PARTEIPROGRAMMS, DER DEN ARBEITERSCHUTZ BETRIFFT
31. JULI (13. AUGUST)

1

Lenin hat nichts gegen eine 42stündige Ruhepause einzuwenden, und zu Liber bemerkt er, daß im Programm von der Aufsicht über alle Produktionszweige die Rede ist. Ein Hinweis auf eine bestimmte Größe würde nur den Sinn einschränken. Wenn unser Programm erst Gesetzentwurf sein wird, dann werden wir die Details einfügen.[61]

2

Ich spreche mich gegen den Abänderungsantrag des Gen. Ljadow aus.[62] Seine ersten beiden Änderungen sind überflüssig, da wir in unserem Pro-

gramm Arbeitsschutz für *alle* Wirtschaftszweige fordern, folglich auch für die Landwirtschaft. Was die dritte betrifft, so gehört sie völlig zum Agrarteil, und wir werden auf sie zurückkommen, wenn wir unseren Entwurf des Agrarprogramms erörtern.

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904.

Nach dem Text des Buches.

10
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DES AGRARPROGRAMMS
1. (14.) AUGUST

1

Lenin beantragt folgende Änderung: statt *„strebt sie an"* zu sagen *„fordert sie vor allem"*.[63] In den Reden während der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß im Entwurf bewußt gesagt ist: „strebt sie an", um damit zu betonen, daß wir das nicht jetzt zu tun beabsichtigen, sondern in Zukunft. Um solche Mißverständnisse auszuschalten, schlage ich diese Änderung vor. Durch die Worte „vor allem" will ich zum Ausdruck bringen, daß wir außer dem Agrarprogramm *noch andere* Forderungen haben.

2

Ich bin gegen den Antrag des Gen. Ljadow.[64] Wir schreiben keinen Gesetzentwurf, sondern zeigen nur die allgemeinen Merkmale. Es gibt bei uns unter den Bewohnern der Städte auch Angehörige abgabenpflichtiger Stände; außerdem gibt es die Bewohner der Marktflecken und andere, und um das alles in unser Programm aufzunehmen, müßten wir in der Sprache des IX. Bandes des Gesetzbuches reden.

3

Martynows Frage scheint mir überflüssig.[65] Statt allgemeine Prinzipien aufzustellen, zwingt man uns, auf Einzelheiten einzugehen. Wollten wir das tun, dann wäre das Ende des Parteitags nicht abzusehen. Das Prinzip ist vollkommen klar: Jeder Bauer hat das Recht, über sein Land zu verfügen, ganz gleich, ob es *Eigentum der Dorfgemeinde* oder *Privateigentum* ist. Damit wird für den Bauern nur das Recht gefordert, über sein Land zu verfügen. Wir bestehen darauf, daß es keine besonderen Gesetze für die Bauern geben soll; wir wollen nicht nur allein das Recht des Austritts aus der Dorfgemeinde. Alle Einzelheiten, die sich bei der Verwirklichung als notwendig erweisen werden, können wir jetzt nicht entscheiden. Ich bin gegen den Zusatz des Gen. Lange; wir können nicht die Abschaffung aller Gesetze über die Nutzung fordern. Das geht zu weit.

4

Bei Martynow handelt es sich offensichtlich um ein Mißverständnis. Wir erstreben die einheitliche Anwendung der allgemeinen Gesetzgebung – jener, die jetzt in allen bürgerlichen Staaten üblich ist und die, ausgehend von den Grundlagen des römischen Rechts, sowohl das Gemeineigentum als auch das persönliche Eigentum anerkennt. Den Grundbesitz der Dorfgemeinde würden wir als Gemeineigentum betrachten.

5

Wir haben jetzt die den Kaukasus betreffenden Ergänzungen zu Punkt vier zu redigieren. Man sollte diese Ergänzungen nach Punkt a) einfügen. Es gibt zwei Resolutionsentwürfe. Wenn wir die von Gen. Karski vorgeschlagene Änderung annehmen, so verliert der Punkt zu sehr an Konkretheit. Im Ural beispielsweise gibt es eine Unmenge Überreste; dort ist ein richtiger Herd der Leibeigenschaft. Was die Letten betrifft, so kann man sagen, daß sie unter die Formulierung „und in anderen Teilen des Reiches" fallen. Ich unterstütze den Vorschlag des Gen. Kostrow, und zwar unbedingt die Forderung aufzunehmen, wonach die Ländereien in das Eigentum der Chisanen, der zeitweilig Verpflichteten u. a. übergehen.[66]

6

Paragraph 5 steht im Zusammenhang mit Paragraph 16 des Arbeiterprogramms: Dort sind Gerichte vorgesehen, die paritätisch aus Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzt sind; wir müssen eine gesonderte Vertretung der Landarbeiter und der armen Bauernschaft fordern.[67]

7

Mir scheint das überflüssig, weil sich die Kompetenz der Gerichte übermäßig ausweiten würde.[68] Wir verfolgen das Ziel, den Pachtzins herabzusetzen, die Festlegung einer Taxe jedoch gäbe den Grundbesitzern die Möglichkeit, unter Hinweis auf bestimmte Fakten den Versuch zu unternehmen, ihr Recht zu beweisen. Die Herabsetzung der Pachtpreise schließt jeden Gedanken an eine Erhöhung derselben aus. Kautsky weist in seinen Ausführungen über Irland darauf hin, daß dort die Einführung von Gewerbegerichten gewisse Resultate gezeitigt hat.

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904.

Nach dem Text des Buches.

11
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DES PARTEISTATUTS
2. (15.) AUGUST

L e n i n besteht darauf, daß die Worte von der materiellen Unterstützung aufgenommen werden, da von allen anerkannt wird, daß die Partei von den Mitteln ihrer Mitglieder existieren muß. Bei der Schaffung einer politischen Partei kann man nicht von moralischen Erwägungen ausgehen.

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904.

Nach dem Text des Buches.

12
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DES PARTEISTATUTS
4. (17.) AUGUST

1

L e n i n hält die erste Formulierung für ungeeignet, weil sie dem Rat den Charakter einer Schiedsinstitution verleiht.[69] Der Rat soll jedoch nicht nur eine Schiedsinstitution sein, sondern auch die Tätigkeit des ZK und des Zentralorgans koordinieren. Außerdem spricht er sich dafür aus, daß das fünfte Mitglied vom Parteitag ernannt wird. Es kann vorkommen, daß die vier Mitglieder des Rats außerstande sind, das fünfte Mitglied zu wählen; dann bleiben wir ohne diese notwendige Körperschaft.

2

L e n i n hält die Argumente der Genossin Sassulitsch für nicht stichhaltig.[70] Der Fall, den sie darstellt, ist bereits Kampf; in einem solchen Fall aber helfen keinerlei Statuten. Wenn wir die Wahl des fünften Mitglieds den vier Mitgliedern des Rats überlassen, so tragen wir damit ein Element des Kampfes in das Statut. Er hält es für notwendig festzustellen, daß der Rat nicht nur den Charakter einer Schlichtungskörperschaft trägt: so haben, beispielsweise, laut Statut zwei Ratsmitglieder das Recht, den Rat einzuberufen.

3

L e n i n ist für die Beibehaltung dieser Worte; man könne niemandem verbieten, sich auch an die zentralen Körperschaften zu wenden. Das ist eine notwendige Voraussetzung der Zentralisierung.[71]

4

Hier geht es um zwei Fragen. Die erste betrifft die qualifizierte Mehrheit, und ich bin gegen den Antrag, sie von vier Fünftel auf zwei Drittel herabzusetzen. Einen begründeten Protest einzuführen ist nicht zweckmäßig, und ich bin dagegen.[72] Unvergleichlich wichtiger ist die zweite

Frage, nämlich das Recht der gegenseitigen Kontrolle des ZK und des Zentralorgans über die Kooptation.[73] Die Übereinstimmung der beiden Zentralstellen ist eine notwendige Bedingung der Harmonie. Es geht hier darum, einem Bruch zwischen den beiden Zentralstellen vorzubeugen. Wer keine Spaltung will, der muß dafür sorgen, daß Harmonie besteht. Aus dem Parteileben ist bekannt, daß es Leute gibt, die in die Partei Spaltung hineintragen. Es ist dies eine prinzipielle, eine wichtige Frage, von ihr kann das ganze künftige Schicksal der Partei abhängen.

5

Wenn das Statut bis jetzt auf einem Bein gelahmt hat, so lahmt es dank Gen. Jegorow auf beiden.[74] Der Rat kooptiert nur in Ausnahmefällen. Beide Seiten, beide Zentralstellen brauchen gerade deshalb vollständiges Vertrauen, weil das ein komplizierter Mechanismus ist; ohne vollständiges gegenseitiges Vertrauen ist eine erfolgreiche Zusammenarbeit unmöglich. Und die ganze Frage des richtigen gemeinsamen Wirkens hängt eng mit dem Kooptationsrecht zusammen. Die Frage der technischen Schwierigkeiten wird von Gen. Deutsch ohne Grund überschätzt.

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904.

Nach dem Text des Buches.

13
ERGÄNZUNG ZU § 12 DES ENTWURFS DES PARTEISTATUTS

Die Kooptation von Mitgliedern des Zentralkomitees und der Redaktion des Zentralorgans ist nur mit Zustimmung aller Mitglieder des Rats der Partei zulässig.

Eingebracht am 5. (18.) August.

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904.

Nach dem Text des Buches.

14
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DES PARTEISTATUTS
5. (18.) AUGUST

1

Ich will kurz auf die beiden Einwände[75] antworten. Gen. Martow behauptet, ich schlage Einstimmigkeit beider Kollegien bei der Kooptation von Mitgliedern vor; das stimmt nicht. Der Parteitag hat beschlossen, nicht jedem Mitglied der zwei vielleicht ziemlich umfangreichen Kollegien das Vetorecht einzuräumen, das heißt aber nicht, daß wir diese Macht nicht einer Körperschaft geben können, die die gesamte gemeinsame Arbeit der zwei Zentralstellen zu koordinieren hat. Die gemeinsame Arbeit der zwei Zentralstellen erfordert völlige Einmütigkeit, ja sogar persönliche Einigkeit, das aber ist nur möglich bei einstimmiger Kooptation. Und wenn zwei Mitglieder eine Kooptation für notwendig halten, so können sie den Rat einberufen.

2

Der Abänderungsantrag Martows widerspricht dem bereits angenommenen Punkt über die einstimmige Kooptation in das ZK und das ZO.[76]

3

Die Auslegung des Gen. Martow ist nicht richtig, denn die Ausnahme widerspricht der Einstimmigkeit.[77] Ich wende mich an den Parteitag und bitte zu entscheiden, ob der Abänderungsantrag des Gen. Martow zur Abstimmung gebracht werden soll.

4

Im Grunde genommen wollte ich mit den Genossen Glebow und Deutsch gar nicht streiten, aber ich hielt es für notwendig, die Liga[78] im Statut zu erwähnen, erstens, weil alle von der Existenz der Liga wußten, zweitens, um die Vertretung der Liga in der Partei gemäß den alten Statuten zu unterstreichen, drittens, weil alle übrigen Organisationen den

Status von Komitees haben, die Liga aber soll aufgenommen werden, um ihre besondere Stellung zu betonen.[79]

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904. *Nach dem Text des Buches.*

15
RESOLUTIONSENTWURF ZUR ERKLÄRUNG MARTYNOWS UND AKIMOWS[80]

Der Parteitag ist der Meinung, daß die Erklärung der Genossen Martynow und Akimow unserer Vorstellung von einem Parteitagsteilnehmer und sogar von einem Parteimitglied widerspricht, und fordert die Genossen Akimow und Martynow auf, entweder ihre Erklärung zurückzunehmen oder ausdrücklich ihren Austritt aus der Partei zu erklären. Was die Protokolle betrifft, so gibt der Parteitag ihnen auf jeden Fall die Möglichkeit, an einer Sondersitzung teilzunehmen, auf der die Protokolle bestätigt werden.

Geschrieben am 5. (18.) August 1903.
Zum erstenmal veröffentlicht 1927 im Lenin-Sammelband VI. *Nach dem Manuskript.*

16
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERORTERUNG DER ERKLÄRUNG MARTYNOWS UND AKIMOWS 5. (18.) AUGUST

1

Das Büro hat die Erklärung der Genossen Martynow und Akimow, die von ihnen in der Vormittagssitzung abgegeben worden ist, erörtert. Ich werde nicht auf die Begründung eingehen, obwohl sie unrichtig und

äußerst seltsam ist. Von niemandem und nirgends ist der Auslandsbund[81] für aufgelöst erklärt worden, und die Genossen Martynow und Akimow haben eine falsche indirekte Schlußfolgerung aus dem Beschluß des Parteitags über die Liga gezogen. Doch selbst die Auflösung des Auslandsbunds könnte den Delegierten nicht das Recht nehmen, an der Arbeit des Parteitags teilzunehmen. Genausowenig kann der Parteitag die Weigerung, sich an der Abstimmung zu beteiligen, zulassen. Es geht nicht an, daß ein Teilnehmer des Parteitags nur Protokolle bestätigt und an seiner sonstigen Arbeit nicht teilnimmt. Das Büro bringt einstweilen keine Resolution ein, sondern legt diese Frage dem Parteitag zur Diskussion vor. Die Erklärung Martynows und Akimows ist in höchstem Grade anormal und mit dem Namen eines Parteitagsteilnehmers unvereinbar.

2

Was für eine unsinnige und anormale Lage ist hier entstanden. Einerseits sagt man uns, daß man sich den Beschlüssen des Parteitags unterordne – aber anderseits will man wegen eines Beschlusses zum Statut fortgehen. Jeder von uns, der als Delegierter einer vom Organisationskomitee anerkannten Organisation hierherkam, wurde Teilnehmer des Parteitags. Die Auflösung irgendeiner Organisation kann diesen Titel nicht aufheben. Wie sollen wir als Büro uns bei einer Abstimmung verhalten? Die, die fortgegangen sind, überhaupt nicht rechnen, geht nicht, da der Parteitag seine Zusammensetzung bereits bestätigt hat. Es gibt hier nur eine logische Schlußfolgerung – ganz aus den Reihen der Partei auszuscheiden. Die Protokolle kann man bestätigen, indem man speziell dazu auch die Genossen aus dem Auslandsbund einlädt, obgleich der Parteitag das Recht hat, seine Protokolle auch ohne sie zu bestätigen.

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle“. Herausgegeben vom ZK, Genf 1904.

Nach dem Text des Buches.

17
ERGÄNZUNG ZU DER RESOLUTION MARTOWS ÜBER DEN AUSTRITT DES „BUND" AUS DER SDAPR

Der Parteitag beschließt, alles zu tun, um die Einheit der jüdischen und nichtjüdischen Arbeiterbewegung wiederherzustellen und um möglichst breiten Massen der jüdischen Arbeiter zu erläutern, wie die russische Sozialdemokratie die nationale Frage stellt.

Geschrieben am 5. (18.) August 1903.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 7.

Nach dem Manuskript.

18
AUSFÜHRUNGEN BEI DEN WAHLEN DES ZENTRALKOMITEES DER PARTEI
7. (20.) AUGUST

Man hat uns vorgeworfen, daß eine kompakte Mehrheit existiert. Letztere ist gar nichts Schlechtes. Da sich hier eine kompakte Mehrheit herausgebildet hat[82], sind bereits Überlegungen angestellt worden, ob sich das gewählte ZK als arbeitsfähig erweisen wird. Man kann nicht von einem Zufall sprechen. Es gibt eine vollkommene Garantie. Man kann die Wahlen nicht aufschieben. Wir haben nur noch sehr wenig Zeit. Der Antrag des Gen. Martow, die Wahlen zu verschieben, ist unbegründet. Ich unterstütze den Antrag des Gen. Russow.[83]

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904.

Nach dem Text des Buches.

19
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DER RESOLUTION POTRESSOWS (STAROWERS) ÜBER DIE STELLUNG ZU DEN LIBERALEN[84]
10. (23.) AUGUST

Die Resolution Starowers wird falsch verstanden werden: Die Studentenbewegung und das „Oswoboshdenije"[85] sind zwei verschiedene Dinge. Sich ihnen gegenüber in gleicher Weise zu verhalten wäre schädlich. Der Name Struves ist zu bekannt, auch die Arbeiter kennen ihn. Gen. Starower meint, man müsse eine bestimmte Direktive geben; meines Erachtens müssen wir eine bestimmte prinzipielle und taktische Haltung einnehmen.

„Zweiter ordentlicher Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf 1904.

Nach dem Text des Buches.

DAS GESETZ ÜBER DIE ENTSCHÄDIGUNG VON ARBEITERN, DIE UNFÄLLE ERLITTEN HABEN

Das unlängst erschienene neue Gesetz, dessen Inhalt in der Überschrift des Artikels genannt ist, sowie das Gesetz über die Fabrikältesten, das wir in der vorigen Nummer untersucht haben*, sind recht typische Beispiele dafür, wie unsere russische Arbeitsgesetzgebung auf zwei Gebieten das eine oder andere Zugeständnis an den Geist der Zeit zum Ausdruck bringt. Außer den reaktionären Kampfgesetzen, die es bei uns in Hülle und Fülle gibt und die alle bürokratischen Hürden besonders schnell überwinden und die zudem besonders gründlich ausgearbeitet und besonders energisch angewandt werden, können alle übrigen die Arbeiterklasse betreffenden Gesetze in Rußland ihrem politischen Charakter nach in zwei

* *Siehe Werke, Bd. 6, S. 509–516. Die Red.*

Gruppen eingeteilt werden. Entweder sind es Gesetze, die, und sei es auch nur in irgendeiner Weise, und sei es in ganz geringem Ausmaß, die Selbständigkeit, die Selbsttätigkeit, die Rechte der Arbeiter erweitern – und dann werden diese Gesetze durch Hunderte und Tausende von Ausnahmen, Vorbehalten, Ausführungsbestimmungen und Einschränkungen verklausuliert, die alle – um es mit den Worten unseres Programmentwurfs auszudrücken – auf die „Erweiterung oder Festigung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Klassen" hinauslaufen. Dieser Art sind die Gesetze über die Fabrikältesten, über die Fabrikinspektion überhaupt usw. Oder aber die Gesetze sind Ausdruck eines solchen Zugeständnisses, das mit Selbständigkeit und Selbsttätigkeit der Bürger nichts gemein hat – und dann ist die absolutistische Regierung unvergleichlich großzügiger. So muß es vom Standpunkt der allgemeinen Taktik der Selbstherrschaft, vom Standpunkt der „richtig verstandenen" Polizeiinteressen natürlich auch sein. Die westeuropäischen Demokraten, die reich sind an mannigfaltigen Erfahrungen im Kampf gegen den Polizeistaat, charakterisieren seine Politik seit langem mit den Worten Zuckerbrot und Peitsche. Zuckerbrot – das sind Almosen für die revolutionären Klassen, das sind wirtschaftliche Zugeständnisse mit dem Ziel, Zwietracht in diese Klassen zu tragen, einen Teil von ihnen zu sich herüberzuziehen und zu bewirken, daß sie an die Aufrichtigkeit und an das Wohlwollen der bürgerlichen Regierung gegenüber dem Proletariat glauben. Die Peitsche – das ist die polizeiliche Verfolgung aller derjenigen, die selbst kein Vertrauen zur Regierung haben und das Mißtrauen weiterverbreiten, die Peitsche – das ist die Zügelung aller derjenigen, die die volle Freiheit und Selbständigkeit für die Arbeiterklasse, ihre Vereinigungen, ihre Versammlungen, ihre Zeitungen, ihre politischen Institutionen und Organe erstreben.

Das Gesetz über die Fabrikältesten gibt den Arbeitern eine Vertretung, die ihnen gegen die Bourgeoisie und die Regierung dienlich sein *könnte.* Deshalb wird die Vertretung derart entstellt und eingeengt, daß nur Spione, oder zumindest hauptsächlich Spione, aus ihr Nutzen ziehen können. Deshalb bleibt von der gesetzlich proklamierten Arbeitervertretung in Wirklichkeit, bei der praktischen Anwendung, wie von Trischkas Rock*

* Trischkas Rock – Titel einer Fabel von I. A. Krylow. *Die Red.*

nur der Kragen übrig. Und der Kragen ist dazu da, um den unglückseligen „Ältesten" „am Kragen" aufs Revier zu zerren. Umgekehrt berührt das Gesetz über die Entschädigung der Arbeiter nicht im geringsten ihre politische Selbsttätigkeit, und hier kann man folglich großzügiger sein. Hier kann man sich mit geringerem Risiko als „Reformator" aufspielen, und man *muß* es sogar tun, denn die wachsende Arbeiterbewegung rückt immer bedrohlicher heran. Die bürokratische Maschine hat vor *zwanzig Jahren* die Arbeit an einem Gesetzentwurf über die Haftpflicht der Unternehmer aufgenommen. Zehn Jahre lang hat man an diesem Gesetzentwurf gearbeitet; schließlich hat ihn eine Sonderkommission gebilligt, und im Jahre 1893 wurde der Entwurf veröffentlicht und dem Reichsrat[86] unterbreitet..., um wiederum für ein weiteres Jahrzehnt in der Versenkung zu verschwinden! „Mit noch mehr Weile zu eilen" war wohl schon nicht mehr möglich, und der Gesetzentwurf wäre wahrscheinlich noch ein, zwei Jahrzehnte durch die Ministerien und Kanzleien gewandert, hätte nicht die Arbeiterklasse Rußlands durch ihren Druck die ganze Selbstherrschaft durchgerüttelt.

Und so wurde der Gesetzentwurf, immer und immer wieder ein bißchen verschlechtert, schließlich zum Gesetz. Um dieses Gesetz zu beurteilen, wollen wir es mit dem vergleichen, was in unserem Entwurf des Parteiprogramms gefordert wird: der „Arbeiterteil" eben dieses Programms muß für uns zur Richtschnur in der Propaganda und Agitation werden. Und nur durch einen Vergleich der einzelnen Punkte und Forderungen unseres Programms mit der heutigen Wirklichkeit und mit den Versuchen der herrschenden Klassen, sie zu reformieren, ohne jemandem zu nahe zu treten, werden wir in der Lage sein, einerseits uns selbst und den Massen den Sinn und die Bedeutung unseres Programms gründlicher und konkreter klarzumachen, anderseits die Mängel der bestehenden Gesetze zu erläutern, und drittens, uns an Hand der Wirklichkeit, an Hand von Tatsachen klarzumachen, in welchem Ausmaß beliebige Reformen zu erbärmlichen Resultaten verurteilt sind, wenn die Grundlage der bürgerlichen Ordnung erhalten bleibt.

Unser Programmentwurf fordert (§ 7 des „Arbeiterteils") die gesetzliche Festlegung der zivilrechtlichen Haftpflicht der *Unternehmer* überhaupt (im Falle von Verstümmelung und Krankheit der Arbeiter), d. h. eines jeden, der Lohnarbeiter beschäftigt, eines jeden, der aus unbezahlter

Arbeit anderer Profit zieht, indem er ihre Arbeitskraft ausnutzt, ohne für die Zerstörung beziehungsweise Beschädigung dieser *Ware* (der Arbeitskraft) bei der Arbeit aufzukommen. Indes bezieht sich das neue Gesetz ausschließlich auf die Arbeiter und Angestellten „in Fabriken und Werken, im Bergbau und Hüttenwesen". Ausgenommen sind folglich die Arbeiter in der Landwirtschaft, in Handwerksbetrieben, im Bauwesen, die Kustare usw. usf. Ausgenommen ist die gewaltige Mehrheit der Lohnarbeiter, die oft unter schlechteren und gefährlicheren Bedingungen arbeiten; zum Beispiel erleiden Bauarbeiter und Landarbeiter an Maschinen nicht seltener, wenn nicht gar häufiger Unfälle als die Fabrikarbeiter. Womit ist denn diese Ausnahme zu erklären? Damit, daß außerhalb der Fabrikindustrie der Schuh noch nicht so sehr drückt: Die Arbeiterbewegung ist erst unter den fortgeschrittenen Schichten des Proletariats drohend in Erscheinung getreten, und die Regierung „sorgt sich" (natürlich nicht um die Arbeiter, sondern um die Niederhaltung der Arbeiter) erst in diesem Bereich. Aber das Proletariat, soweit es an der Bewegung teilnimmt, d. h. das klassenbewußte Proletariat, kämpft nicht zu Nutz und Frommen der einen oder anderen *Kategorie* von Arbeitern, sondern für die ganze Klasse, für alle Klassen, die durch die kapitalistische Ordnung unterdrückt werden. Der Unterschied zwischen den Reformen, die das Proletariat erstrebt, und den Reformen, die die Regierung als Almosen gewährt, tritt hier klar zutage.

Weiter. Das neue Gesetz verpflichtet die Besitzer der Betriebe zur Entschädigung der Arbeiter nur bei Verlust der Arbeitsfähigkeit *„durch eine Verletzung*, die sie bei Arbeiten im Betrieb erlitten haben oder die als Folge solcher Arbeiten eingetreten ist". Unser Programm fordert Festlegung der Haftpflicht nicht nur, wenn der Verlust der Arbeitsfähigkeit die Folge von Unfällen, sondern auch, wenn er die Folge *gesundheitsschädlicher Produktionsbedingungen* ist. Das neue Gesetz engt folglich auch hier die Haftpflicht der Unternehmer ein. Jedermann weiß, wie groß die Zahl der Arbeiter ist, die ihre Arbeitsfähigkeit nicht nur durch Unfälle, nicht durch Verletzungen einbüßen, sondern durch Krankheiten, die als Folge gesundheitsschädlicher Produktionsbedingungen auftreten. Der Kampf gegen diese gesundheitsschädlichen Bedingungen mittels aller möglichen Bestimmungen und Vorschriften führt zu nichts, wenn die Unternehmer den Arbeitern nicht für den Verlust der Arbeitsfähigkeit durch

Krankheit haften. Und es fragt sich, welcher wesentliche Unterschied besteht zwischen einem solchen Fall, daß eine Maschine dem Arbeiter ein Bein abschneidet, und einem Fall, da sich der Arbeiter mit Phosphor, Blei, Farbe usw. vergiftet? Hat die medizinische Wissenschaft nicht schon eine ganze Gruppe von Berufskrankheiten zusammengestellt, von Krankheiten, als deren Ursache gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen ermittelt wurden, was ebenso bewiesen ist wie die Tatsache, daß zwei mal zwei vier ist? Aber die Bourgeoisie und die bürgerliche Regierung lassen sich weder von der Logik noch vom gesunden Menschenverstand leiten, sondern von nackter Habgier: für Unfälle braucht man weniger zu zahlen als für Verstümmelung plus Krankheit auf Grund gesundheitsschädlicher Zustände. Und darauf kommt es ja gerade an, möglichst wenig zu zahlen, nicht aber auf eine „Fürsorge" für die Arbeiter.

Das neue Gesetz befreit den Arbeiter von der Pflicht nachzuweisen, daß der Verlust der Arbeitsfähigkeit auf die Schuld des Kapitalisten zurückzuführen ist. Das ist zweifellos ein Schritt vorwärts im Vergleich zu früher. Aber die russische Regierung kann auf keinem Gebiet einen Schritt vorwärts tun ohne ein „Aber"! – aber den Unternehmern ist es dafür gestattet nachzuweisen, daß nicht nur eine böse Absicht des Geschädigten selbst vorliegt, sondern auch „grobe Fahrlässigkeit (des Geschädigten), die nicht durch die Arbeitsbedingungen und -verhältnisse zu rechtfertigen ist". Dieser Zusatz paralysiert in hohem Maße die Festlegung einer *wirklichen* Haftpflicht, und bei der bekannten Zusammensetzung unserer Gerichte aus Beamten, Karrieristen und bürgerlichen Pedanten kann er die Anwendung des Gesetzes auch völlig paralysieren. Was „grobe Fahrlässigkeit" bedeutet, das ist völlig unbestimmt und unbestimmbar. Welche Bedingungen in welchen Grenzen grobe Fahrlässigkeit rechtfertigen und welche nicht – das zu beurteilen bleibt voll und ganz dem Ermessen der Beamten überlassen. Die Kapitalisten betrachten jede „Fahrlässigkeit" eines Arbeiters stets als grob und nicht zu rechtfertigen, und sie werden das immer tun; und um diese Meinung zu beweisen, wird der Kapitalist stets zehnmal soviel Zeugen und „gelehrte" Anwälte auftreiben (die ständigen Jurisconsulti erhalten sowieso schon ein Jahresgehalt von den Betrieben!) wie die Arbeiter. Die Aufnahme dieses ganzen Punktes über die grobe Fahrlässigkeit in das Gesetz ist ein grobes Zugeständnis an die Habgier der Fabrikanten. Die Arbeiter geraten nicht freiwillig in die Ma-

schinen, aber immer durch Unvorsichtigkeit. Tatsache ist jedoch, daß man bei zehn- und elfstündiger Arbeit zwischen Maschinen mit ungenügenden Schutzvorrichtungen, in einer schlecht beleuchteten Werkstatt, inmitten von Lärm und Gepolter, wenn die Aufmerksamkeit durch die Arbeit abgestumpft ist und die Nerven von der unerträglichen Anspannung überreizt sind, *nicht vorsichtig sein kann.* Bei einer solchen Sachlage dem verstümmelten Arbeiter wegen grober Fahrlässigkeit die Entschädigung zu entziehen bedeutet, den Arbeiter auch noch besonders dafür zu bestrafen, daß er sich von den Kapitalisten skrupellos ausbeuten läßt.

Die angeführten Punkte sind die grundlegenden und wichtigsten Bestimmungen des neuen Gesetzes, die sein Wesen hinreichend kennzeichnen. Auf alle Einzelheiten können wir hier natürlich nicht eingehen, wir werden nur die besonders charakteristischen herausgreifen. Die Entschädigung wird in Höhe eines bestimmten Teils des Jahreseinkommens des Geschädigten festgesetzt, und zwar darf die Rente höchstens zwei Drittel des Jahreseinkommens des Geschädigten betragen (im Todesfall oder bei völligem Verlust der Arbeitsfähigkeit). Das Jahreseinkommen jedoch wird bestimmt auf der Grundlage des durchschnittlichen Tagesverdienstes (beziehungsweise des durchschnittlichen Tagelohnes eines *ungelernten Arbeiters*) multipliziert mit 260. Diese Bestimmung enthält nicht weniger als *drei* weitere Kürzungen der Entschädigungssumme, *drei* Zugeständnisse an die Habgier der Unternehmer. Erstens wird, selbst wenn der Arbeiter 300 Tage im Jahr gearbeitet hat, bei der Festlegung seines Jahreseinkommens von 260 Tagen ausgegangen, ohne jede Begründung, nur weil das Gesetz die Kürzung vorschreibt! Zweitens wird der Berechnung, selbst wenn der Arbeiter ein höheres Einkommen hatte als ein ungelernter Arbeiter – beispielsweise in Betrieben, die nicht das ganze Jahr hindurch arbeiten –, trotzdem nur der Verdienst eines ungelernten Arbeiters zugrunde gelegt. Die Regierung möchte am liebsten alle Arbeiter in die Lage von ungelernten Arbeitern versetzen. Für den klassenbewußten Proletarier ergibt sich hieraus die Lehre, daß nur die feste Einheit aller Arbeiter und aller ungelernten Arbeiter zusammen imstande ist, die Kraft zu schaffen, die die Habgier des Kapitals zu brechen vermag. Drittens wird die Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes eines ungelernten Arbeiters alle drei Jahre (!) von den Fabrik- und Bergbauämtern festgelegt, ohne jede Beteiligung der Arbeiter, versteht sich. Die Arbeiter geht das nichts

an, aber die Gouverneurs- und Gendarmeriekanzleien kennen das Arbeiterleben und die Arbeitslöhne zweifellos ausgezeichnet.

Es muß auch noch bemerkt werden, daß das Gesetz die Besitzer der Betriebe nur solche Unfälle unverzüglich der Polizei zu melden verpflichtet, die unter das Gesetz fallen. Was sind das für Fälle? Wenn sich die Arbeitsunfähigkeit auf mehr als drei Tage erstreckt. Aber wer kann schon *unmittelbar nach* einem Unfall wissen, wieviel Tage der Arbeiter arbeitsunfähig sein wird? Diese Regel ist unsinnig, ja geradezu lächerlich und bietet nur für die Fabrikanten ein Hintertürchen, die sich in den meisten Fällen der Pflicht entziehen werden (und die Gerichte werden sie der Pflicht entheben), den Behörden jeden Unfall zu melden. Freilich bestimmt das Gesetz, daß der Geschädigte die polizeiliche Meldung *ausnahmslos aller* Fälle körperlicher Verletzungen verlangen kann, *auch wenn sie nicht unter das Gesetz fallen.* Das ist in § 20 der „Bestimmungen über die Entschädigung verletzter Arbeiter" direkt gesagt, und wir raten allen Arbeitern dringend, mit ganzer Kraft für die ständige und obligatorische Anwendung dieses Paragraphen zu agitieren. Sollen die Arbeiter darauf bestehen, daß jeder Geschädigte immer und unbedingt verlangt, daß gemäß § 20 *jeder* Unfall dem Fabrikinspektor gemeldet wird; nur dann wird es möglich sein, die Zahl der Unfälle wenigstens annähernd genau zu bestimmen und ihre Ursachen zu studieren. Wir sind überzeugt, daß die klassenbewußten Arbeiter von diesem Recht Gebrauch machen werden, jedoch die übergroße Mehrheit wird nicht einmal wissen, daß sie ein solches Recht besitzt!

Falls es die Unternehmer unterlassen, Unfälle der Polizei zu melden oder die Bestimmungen des neuen Gesetzes überhaupt irgendwie verletzen, haben sie lediglich eine Geldstrafe in Höhe von 25 bis 100 Rubel zu entrichten. Diese Strafe ist natürlich völlig belanglos und für die großen Betriebe (die die gewaltige Mehrheit der Fabrikarbeiter beschäftigen) ganz und gar nicht schrecklich. Hier zeigt sich besonders anschaulich, wie notwendig die Durchsetzung des § 14 unseres Programmentwurfs ist, der die „Festsetzung der strafrechtlichen Haftung der Unternehmer bei Verletzung der Arbeitsschutzgesetze" fordert. Millionären mit Hundertrubelstrafen drohen, wenn sie ein Gesetz nicht einhalten, von dem die Versorgung eines fürs ganze Leben verkrüppelten Arbeiters abhängt, heißt den Arbeiter verhöhnen.

Einer der schädlichsten und heuchlerischsten Punkte des neuen Gesetzes ist Pkt. 31, der es den geschädigten Arbeitern und ihren Familienmitgliedern anheimstellt, mit dem Besitzer des Betriebes die Art und Höhe der ihnen zukommenden Entschädigung zu vereinbaren. Es ist völlig klar, daß diese Vereinbarungen in den allermeisten Fällen nur systematischen Betrug und Einschüchterung der rückständigsten Arbeiter bedeuten werden, die nur eines genau kennen: Teuerung, Bürokratismus und Voreingenommenheit der russischen Gerichte. Die Fabrikinspektoren, denen die Bestätigung dieser Vereinbarungen (die die Kraft eines gerichtlichen Vergleichs haben) obliegt, werden dabei alle möglichen Interessen wahrnehmen, nur nicht die Interessen der Arbeiter.

Nicht genug, daß man den Fabrikinspektoren, die jetzt mehr und mehr zu gewöhnlichen Handlangern der Polizei werden, die Rolle von „Friedensstiftern" einräumt. Das Gesetz will sie sogar zu irgendwelchen Richtern besonderer Art machen. Das Gesetz ermuntert Unternehmer und Arbeiter, sich an die Fabrikinspektoren zu wenden, damit diese den Parteien ihre Rechte und Pflichten erläutern, wobei die Fabrikinspektoren das Recht haben, sowohl „alle notwendigen Angaben" einzuholen als auch zu verlangen, daß sie den Parteien zur Verfügung gestellt werden, sowie auch Ärzte zur Untersuchung hinzuzuziehen. Das ist schon eine ausgesprochen gerichtliche Angelegenheit und obliegt Beamten, die dem Gouverneur unterstehen! Und für dieses Gericht sind keinerlei Bestimmungen, keinerlei Regeln festgelegt: wie der Inspektor die Angaben einholen, wie – und ob – er diese Angaben beiden Parteien zur Verfügung stellen, und wie er die Untersuchung führen wird – all das ist völlig seinem Ermessen überlassen. Das ist ganz etwas von der Art der Polizeigerichte aus der Zeit vor der Reform. Falls man sich jedoch nicht an den Fabrikpolizisten (in seiner Eigenschaft als Richter) wendet, droht das Gesetz sogar einen bestimmten Verlust an: Wer sich nicht, bevor er zum Gericht geht, an den Fabrikinspektor wendet, verliert das Recht, von dem Beklagten die Gerichts- und Prozeßkosten erstattet zu bekommen.

Wir können auch hier nur daran erinnern, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei keine derartigen Gerichte, keine Vermittlung durch Beamte fordert, sondern die Errichtung von Gewerbegerichten, paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer. Nur solche Gerichte können den Arbeitern, in einer politisch freien Staatsord-

nung, eine einigermaßen befriedigende Vermittlung bei der Klärung der Rechte und Pflichten der Parteien, bei der Voruntersuchung der Klagen und Entschädigungsansprüche der Geschädigten geben. Solche Gerichte existieren in allen zivilisierten Staaten, und sogar russische Beamte haben *schon vor 40 Jahren* vorgeschlagen, sie in Rußland einzuführen. Vor vierzig Jahren wurde eine Kommission zur Überprüfung der Fabrik- und Gewerbeordnung ernannt. Die Kommission hat „Arbeiten", fünf ganze Bände, veröffentlicht, die Kommission hat Entwürfe für eine neue Gewerbeordnung verfaßt, die Kommission hat sich für die Schaffung von Gewerbegerichten aus gewählten Vertretern ausgesprochen, und ... und das alles hat man in der Versenkung verschwinden lassen! Ganze Berge guter Wünsche füllen die Archive unzähliger Kanzleien in Rußland und werden sie so lange füllen, bis die Arbeiterklasse diesen ganzen Plunder durchrüttelt.

„Iskra" Nr. 47,
1. September 1903.

Nach dem Text der „Iskra".

AN DIE PROTOKOLLKOMMISSION DES II. PARTEITAGS DER SDAPR

Genossen! Auf Ihre Anfrage, ob wir damit einverstanden sind, unsere Namen in den Protokollen des II. Parteitags zu veröffentlichen, teilen wir Ihnen mit, daß wir von uns aus absolut nichts dagegen haben, daß wir aber nicht entscheiden können, inwieweit das aus konspirativen Gründen im Interesse unserer Genossen in Rußland zulässig ist. Die Entscheidung dieser Frage der Konspiration hängt von der zuständigen Parteiinstanz ab.

Genf, den 4. Oktober 1903

N. Lenin
G. Plechanow

Zum erstenmal veröffentlicht 1927
im Lenin-Sammelband VI.

Nach dem Manuskript.

AN DIE PROTOKOLLKOMMISSION DES II. PARTEITAGS DER SDAPR

Das ZK bittet die Kommission für die Veröffentlichung der Parteitagsprotokolle, ihm unverzüglich den vollständigen Text der folgenden vom Parteitag angenommenen Dokumente zuzustellen: 1. des Programms der Partei; 2. des Organisationsstatuts der Partei und 3. *aller* Resolutionen und Beschlüsse des Parteitags.

Geschrieben am 23. September (6. Oktober) 1903.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 8.

Nach dem Manuskript.

II. KONFERENZ DER AUSLANDSLIGA DER RUSSISCHEN REVOLUTIONÄREN SOZIALDEMOKRATIE[87]

13.–18. (26.–31.) Oktober 1903

1
BEMERKUNGEN ZUR TAGESORDNUNG
13. (26.) OKTOBER

1

Es besteht kein Grund, von vornherein die Arbeit am Statut einzuengen. Es wird ein neues Statut geben – folglich kann man „Ausarbeitung des Statuts" stehenlassen.[88]

2

Eine Stunde für meinen Bericht ist wenig. Ich kann ihn natürlich zusammendrängen, aber ich glaube, daß das nicht im Interesse der Ver-

sammlung liegt. Ich bitte den Vorsitzenden, die Konferenz um ihre Meinung zu fragen, ob sie mir die Redezeit verlängert oder ob ich das Referat kürzen muß?

3

Die Liga hatte zwei Delegierte gewählt. Gen. Martow legte seine Vollmachten nieder, und jetzt bin ich der einzige rechtmäßige Delegierte. Wenn alle Zeitbeschränkungen für die Redner aufgehoben sind, dann verstehe ich nicht, welchen Sinn Martows Antrag[89] hat. Es gibt hier viele, die auf dem Parteitag gewesen sind, und ich glaube, es wird nicht nur ein Korreferat geben, sondern eine ganze Reihe.

„Protokolle der II. ordentlichen Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie", Genf 1903.

Nach dem Text der „Protokolle".

2
VORBEMERKUNG ZUM BERICHT ÜBER DEN II. PARTEITAG DER SDAPR
13. (26.) OKTOBER

Ich habe die Versammlung tatsächlich selbst befragt, und niemand hat mich unterbrochen. Ich glaube, daß es sehr angebracht ist, frei über alles zu sprechen. Es besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen privaten Gesprächen und den Sitzungen der „Iskra"-Organisation. Auf jeden Fall soll sich die Versammlung äußern. Solange es die Liga nicht für notwendig erachtet, daß ich über die internen Versammlungen der „Iskra"-Organisation spreche, werde ich es nicht tun.

„Protokolle der II. ordentlichen Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie", Genf 1903.

Nach dem Text der „Protokolle".

3
ERKLÄRUNG ZUM REFERAT VON MARTOW
16. (29.) OKTOBER

Ich erkläre, daß ich es, nachdem Martows gestriges sogenanntes Korreferat die Diskussion in eine unwürdige Richtung gelenkt hat, für unnötig und unmöglich halte, an irgendwelchen Diskussionen zu diesem Punkt der ⌊Tagesordnung⌋ teilzunehmen, und folglich auch auf mein Schlußwort verzichte, um so mehr, als Martow, wenn er den Mut hat, bestimmte und offene Anschuldigungen vorzubringen, auch verpflichtet ist, dies vor der ganzen Partei zu tun in der Broschüre, die zu schreiben ich ihn gestern offiziell aufgefordert habe[90].

„Protokolle der II. ordentlichen Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie", Genf 1903.

Nach dem Text der „Protokolle".

4
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DES STATUTS DER LIGA
17. (30.) OKTOBER

1

Auf diese Argumente lohnt es nicht, viel zu sagen.[91] Paragraph 6 gibt das Recht, zu organisieren und folglich auch zu reorganisieren[92], und die reorganisierte Liga bleibt trotzdem die Liga, die einzige Parteiorganisation im Ausland.

2

Auf die Frage des Gen. Martow, ob die leitenden Funktionäre vom ZK bestätigt werden müssen, antworte ich, daß ich keinerlei Hindernisse da-

für sehe, daß die in den Vorstand gewählten Funktionäre vom Zentralkomitee bestätigt werden.

„Protokolle der II. ordentlichen Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie", Genf 1903.

Nach dem Text der „Protokolle".

5
AUSFÜHRUNGEN ZU DEN ERGEBNISSEN DER ABSTIMMUNG ÜBER DIE RESOLUTIONEN ZUM STATUT DER LIGA
17. (30.) OKTOBER

... Lenin erklärt in seinem eigenen Namen und im Namen der Genossen, die mit ihm gestimmt haben, daß er die Ablehnung der Resolution des Gen. Konjagin und die Annahme der Resolution des Gen. Martow für eine himmelschreiende Verletzung des Parteistatuts hält.[93] („Welchem Paragraphen des Statuts widerspricht denn diese Abstimmung?") Ich lehne es ab, auf derartige Fragen zu antworten, weil das durch den Verlauf der Diskussion hinreichend klar geworden ist. („Nennen Sie den Paragraphen des Statuts, dem die von uns angenommene Resolution widerspricht.") Die Erläuterung des Statuts ist Sache der zentralen Parteiinstanzen; und sie werden das auch tun.

„Protokolle der II. ordentlichen Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie", Genf 1903.

Nach dem Text der „Protokolle".

BESCHLUSS DES RATS DER PARTEI

Genf, 1. November 1903

Kopie

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands

In der Zusammensetzung Walentinow, Iljin, Ru und Wassiljew, der

bevollmächtigt ist, das Stimmrecht für das fünfte Ratsmitglied Jefimow auszuüben, hat der Rat der Partei, einberufen durch zwei seiner Mitglieder, Iljin und Wassiljew, am 1. November 1903 in Genf getagt und beschlossen: die Handlungsweise des Vertreters des Zentralkomitees auf der Konferenz der Liga als richtig anzuerkennen[94] und ihm die Reorganisation der Liga durch die Aufnahme neuer Mitglieder zu überlassen. Walentinow, Iljin, Wassiljew, für Jefimow Wassiljew, Ru.

Veröffentlicht 1904 in der Broschüre „Kommentar zu den Protokollen der zweiten Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie", Genf.

Nach dem Manuskript, verglichen mit dem Text der Broschüre.

IM RAT DER SDAPR[95]
15.–17. (28.–30.) Januar 1904

1
BEMERKUNG ZUR TAGESORDNUNG
15. (28.) JANUAR

Lenin bittet ums Wort zur Tagesordnung und schlägt, nachdem er das Wort erhalten hat, vor, Maßnahmen zu erörtern, die zur Wiederherstellung des Friedens in der Partei und normaler Beziehungen zwischen Parteimitgliedern mit unterschiedlichen Meinungen beitragen könnten.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband X.

Nach der protokollarischen Niederschrift mit Korrekturen W. I. Lenins.

2
BEMERKUNGEN ZUR TAGESORDNUNG
16. (29.) JANUAR

1

L e n i n besteht darauf, daß über seine Resolution zuerst abgestimmt wird[96], und beruft sich dabei auf die geltende Regel, daß die Resolution, die zuerst eingebracht wurde, vorrangig zur Abstimmung gelangt.

2

Vom Standpunkt der Geschäftsordnung wird das Recht, besondere Meinungen einzureichen, stets anerkannt. Gen. Martow hat den Versuch unternommen, das Allgemeine vom Besonderen zu trennen.[97] Damit bin ich vollkommen einverstanden, ich redigiere seinen Vorschlag nur etwas anders.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband X.

Nach der protokollarischen Niederschrift mit Korrekturen W. I. Lenins.

3
RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DIE HERSTELLUNG DES FRIEDENS IN DER PARTEI
16. (29.) JANUAR

L e n i n (v e r l i e s t s e i n e R e s o l u t i o n) : „Zur Herstellung des Friedens in der Partei und normaler Beziehungen zwischen Parteimitgliedern mit unterschiedlichen Meinungen ist es notwendig, daß der Rat der Partei die Frage klärt, welche Formen des innerparteilichen Kampfes richtig und zulässig und welche falsch und unzulässig sind."

Veröffentlicht 1904 in der Broschüre: N. Schachow, „Der Kampf um den Parteitag", Genf.

Nach der protokollarischen Niederschrift, verglichen mit dem Manuskript.

4
AUSFÜHRUNGEN ZUR DARLEGUNG EINER BESONDEREN MEINUNG DURCH DIE VERTRETER DES ZK
17. (30.) JANUAR

In der Praxis aller Parteitage hat sich die Regel eingebürgert, nach der die Abstimmenden das Recht haben, ihre besonderen Meinungen darzulegen. Natürlich ist jede besondere Meinung an sich schon eine Kritik. Dennoch war dieser Umstand kein Hindernis, auf dem II. Parteitag die besondere Meinung der Vertreter des „Bund" entgegenzunehmen – eine Meinung, die die schärfste Kritik an einem vom Parteitag angenommenen Beschluß darstellte. Unsere besondere Meinung enthält eine Darlegung der Motive, die erklären, warum wir gegen den Antrag des Gen. Plechanow aufgetreten sind, und überhaupt unsere Stellung zu diesem Antrag. Das Verlesen dieser besonderen Meinung ist um so notwendiger, als sie am Schluß die begründete Erklärung enthält, daß wir unsere Resolution zurückziehen.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband X.

Nach der protokollarischen Niederschrift mit Korrekturen W. I. Lenins.

5
AUSFÜHRUNGEN ZUR VERTEIDIGUNG DER BESONDEREN MEINUNG DER VERTRETER DES ZK
17. (30.) JANUAR

Ich protestiere entschieden dagegen, daß unsere besondere Meinung auch nur eine einzige gegen den Rat gerichtete Anschuldigung enthält. Eine solche Auslegung ist absolut falsch, und der Versuch des Gen. Mar-

tow ist ein Anschlag auf unsere freie Meinungsäußerung; seine Resolution ist daher rechtswidrig.[98]

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband X.

Nach der protokollarischen Niederschrift mit Korrekturen W. I. Lenins.

6
BEMERKUNG ZUR TAGESORDNUNG
17. (30.) JANUAR

Die Vertreter des ZK möchten noch einige kleinere Fragen zur Diskussion stellen, ich beantrage aber, vorher die Einberufung des Parteitags auf die Tagesordnung zu setzen.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband X.

Nach der protokollarischen Niederschrift mit Korrekturen W. I. Lenins.

7
RESOLUTIONSENTWURF,
EINGEBRACHT AM 17. (30.) JANUAR

Der Rat der Partei mißbilligt es, daß die Vertreter der Redaktion des ZO dem Sekretär des ZO die Äußerungen des Gen. Wassiljew über ihn mitgeteilt haben, da diese Äußerungen lediglich gegenüber den Mitgliedern des Rats gemacht wurden und daher einen Teil der Beratungen innerhalb der höchsten Parteiinstanz darstellen.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1929 im Lenin-Sammelband X.

Nach der protokollarischen Niederschrift mit Korrekturen W. I. Lenins.

VOM ZENTRALKOMITEE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS[99]

Wir begrüßen von Herzen die großartige Initiative der „Initiatorengruppe" zur Schaffung der Bibliothek und des Archivs beim Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und bitten alle Genossen und alle mit dieser längst notwendig gewordenen Sache Sympathisierenden inständig, unsere Genossen, die es auf sich genommen haben, diese komplizierte und wichtige Sache zu organisieren, nach Kräften zu unterstützen.

29. Januar 1904

Zentralkomitee der SDAPR

Veröffentlicht im Januar 1904 (zusammen mit dem Aufruf der „Initiatorengruppe") in dem Flugblatt „An alle".

Nach dem Text des Flugblatts.

AN DAS RUSSISCHE PROLETARIAT[100]

Der Krieg hat begonnen. Die Japaner haben den russischen Truppen bereits eine Reihe von Niederlagen beigebracht, und jetzt spannt die zaristische Regierung alle Kräfte an, um sich für diese Niederlagen zu rächen. Ein Militärbezirk nach dem anderen führt die Mobilmachung durch, Zehntausende Soldaten werden eilig nach dem Fernen Osten gebracht, verzweifelt sucht man im Ausland eine neue Anleihe zu bekommen, den Unternehmern verspricht man Prämien von Tausenden von Rubeln pro Tag für die Beschleunigung der für die Militärbehörde notwendigen Arbeiten. Alle Kräfte des Volkes werden aufs äußerste angespannt, denn der begonnene Kampf ist ernst. Es ist der Kampf gegen ein Fünfzigmillionenvolk, das ausgezeichnet bewaffnet, ausgezeichnet auf den Krieg vor-

bereitet ist, das für die in seinen Augen dringend notwendigen Bedingungen seiner freien nationalen Entwicklung kämpft. Es wird der Kampf einer despotischen und rückständigen Regierung gegen ein politisch freies und kulturell rasch voranschreitendes Volk sein. Der Krieg gegen die geschwächte Türkei 1877/1878, der dem russischen Volk so teuer zu stehen kam, war eine Kleinigkeit im Vergleich zu dem jetzt begonnenen Krieg.

Worum kämpft denn jetzt der russische Arbeiter und Bauer auf Leben und Tod gegen die Japaner? Um die Mandschurei und Korea, um diese neuen Gebiete, die die russische Regierung an sich gerissen hat, um „Gelbrußland". Die russische Regierung hatte allen übrigen Staaten versprochen, China nicht anzutasten, sie hatte versprochen, die Mandschurei spätestens am 8. Oktober 1903 an China abzutreten, und hat dieses Versprechen nicht gehalten. Die zaristische Regierung hatte es in ihrer Politik der Kriegsabenteuer und der Ausplünderung der Nachbarländer so weit getrieben, daß sie schon nicht mehr zurück konnte. In „Gelbrußland" wurden Festungen und Häfen gebaut, eine Eisenbahnlinie gelegt und Zehntausende Soldaten zusammengezogen.

Aber welchen Nutzen hat nun das russische Volk von diesen neuen Gebieten, deren Aneignung soviel Blut und Opfer gekostet hat und noch viel mehr kosten wird? Dem russischen Arbeiter und Bauern verheißt der Krieg neues Elend, den Verlust zahlloser Menschenleben, den Ruin unzähliger Familien, neue Lasten und Steuern. Der russischen Heeresführung und der zaristischen Regierung scheint der Krieg militärischen Ruhm zu versprechen. Der russische Kaufmann und der Millionär der Industrie halten den Krieg für notwendig, um die neuen Absatzmärkte für ihre Waren, die neuen Häfen im offenen eisfreien Meer zur Entwicklung des russischen Handels zu behaupten. Dem hungernden Bauern und dem arbeitslosen Arbeiter bei sich zu Hause können sie nicht viel Waren verkaufen, man muß Absatzmärkte in fremden Ländern suchen! Die Reichtümer der russischen Bourgeoisie wurden geschaffen durch die Verelendung und den Ruin der russischen Arbeiter, und um diese Reichtümer noch weiter zu vermehren, sollen die Arbeiter jetzt ihr Blut dafür geben, daß die russische Bourgeoisie ungehindert die chinesischen und koreanischen Werktätigen unterwerfen und knechten kann.

Die Interessen der habgierigen Bourgeoisie, die Interessen des Kapitals, das bereit ist, auf der Jagd nach Profit seine Heimat zu verkaufen

und zu ruinieren – das ist es, was diesen verbrecherischen Krieg hervorgerufen hat, der dem arbeitenden Volk unermeßliches Leid bringt. Die Politik der despotischen Regierung, die jedes menschliche Recht mit Füßen tritt und das eigene Volk in Sklaverei hält – das ist es, was zu diesem Hasardspiel mit dem Blut, mit Hab und Gut der russischen Bürger geführt hat. Und als Antwort auf das rasende Kriegsgeschrei, als Antwort auf die „patriotischen" Manifestationen der Sklaven des Geldsacks und der Lakaien des Polizeiknüppels muß das klassenbewußte sozialdemokratische Proletariat mit verzehnfachter Energie die Forderung stellen: „Nieder mit der Selbstherrschaft!", „Her mit der Konstituierenden Versammlung des Volkes!"

Die zaristische Regierung hat es bei ihrem Hasardspiel der Kriegsabenteuer so weit getrieben, daß sie viel zu viel aufs Spiel setzte. Sogar im Falle eines günstigen Ausgangs droht der Krieg gegen Japan die Kräfte des Volkes völlig auszuzehren. Die Ergebnisse eines Sieges hingegen wären völlig bedeutungslos, denn die anderen Mächte werden es Rußland ebensowenig gestatten, die Früchte des Sieges zu genießen, wie sie es Japan im Jahre 1895 gestattet haben.[101] Im Falle einer Niederlage aber wird der Krieg vor allem zum Sturz des ganzen auf der Unwissenheit und Rechtlosigkeit des Volkes, auf Unterdrückung und Gewalt begründeten Regierungssystems führen.

Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Es lebe die brüderliche Einheit der Proletarier aller Länder, die für die vollständige Befreiung vom Joch des internationalen Kapitals kämpfen! Es lebe die japanische Sozialdemokratie, die gegen den Krieg protestiert hat! Nieder mit der räuberischen und schändlichen zaristischen Selbstherrschaft!

Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands

Geschrieben am 3. (16.) Februar 1904.
Veröffentlicht im Februar 1904 als Flugblatt.

Nach dem Text des Flugblatts.

DREI DISPOSITIONEN ZU EINEM VORTRAG ÜBER DIE PARISER KOMMUNE[102]

1

Dem Andenken der Pariser Kommune

Würdigung des größten Arbeiteraufstands des 19. Jahrhunderts. Historischer Abriß.

1. *Frankreich unter Napoleon III.*
   Imperialismus. (S. 45) – Strafe für den VI. 48. Napoleon III.
   – Expropriation Frankreichs durch eine Bande von Abenteurern.[103]

   α. Bonapartismus { die Arbeiter noch nicht fähig / die Bourgeoisie schon nicht mehr }.

   β. Rasche industrielle Entwicklung. Orgien der Plutokratie. Die Spekulation blüht. Korruption.

   γ. – *Arbeiterbewegung* –
   I. A. A.[104] 1862 Londoner Ausstellung[105]
   – 1864 Gründung

   { Proudhonismus / Blanquismus } S. 10

2. *Dynastischer Krieg.* Rettung der Abenteurerbande – *Chauvinismus.*
   Das linke Rheinufer. A Berlin* (besonders nach 1866)[106]

   { 19. VII. 70 Kriegserklärung.
   Deutsche Erklärungen (Wilhelms I.): ‹Verteidigungskrieg›.
   (S. 20 in der Thronrede: Krieg gegen Napoleon III., *nicht* gegen das französische Volk; dasselbe am 11. VIII. 70 im Manifest an die Franzosen beim Überschreiten der Grenze.)

* Nach Berlin. *Die Red.*

3. *Proteste der Arbeiter.*

Erste Adresse des Generalrats der Internationale.	– Französisches Manifest vom 12. VII. 70 (S. 16) (und Resolutionen in der Provinz vom 22. VII. 70) (S. 16/17) Manifest der Pariser Mitglieder der Internationale vom 12. VII. – deutscher Protest (Versammlung in *Chemnitz*) (S. 18) (Versammlung in Braunschweig am 16. VII. 70 (S. 18) – Berliner Sektion der Internationale. – Adresse des *Generalrats* der Internationale 1) *23. VII. 70* gegen den Krieg.

4. *Ausgang des Krieges.*

Sedan 2. IX. 70. Gefangennahme Napoleons III. Débâcle.
Zusammenbruch des korrupten Regimes.

Proklamierung der Republik am 4. IX. 70 durch die Arbeiter in Paris.

Die Macht in den Händen von *Gaunern,* des Polizeiministers Louis-Philippes – *Thiers*, des Generals *Trochu. Jules Favre, Jules Ferry, Ernest Picard.*

(die Macht – den Pariser Deputierten zum gesetzgebenden Körper)

... *„Regierung der nationalen Verteidigung“* ...

Nationale Verteidigung = Bewaffnung der Arbeiter = Revolution. Regierung des nationalen Verrats. Verteidigung ... *gegen die Pariser Arbeiter.*

5. *Ratschläge der Internationale.*

Zweite Adresse des Generalrats (9. IX. 70) (S. 25).	Umwandlung des Verteidigungskrieges in einen Angriffskrieg. Der Zentralausschuß der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei protestierte gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen.[107] (Verhaftung Brackes u. a.) Sich nicht zu einer „verzweifelten Torheit“ provozieren lassen.

Sich nicht blenden lassen durch die nationalen Erinnerungen von 1792.
„Ruhig und entschlossen *ihre eigne Klasse organisieren*", die politische Freiheit ausnutzen.[108]

6. *Die Belagerung von Paris.* Die Komödie *Trochus* (nie!) und *Jules Favres* (nicht einen Zollbreit unsres Gebiets!).[109]
Kapitulation von Paris. 28. I. 71

Verteidigungskomödie: Guiod schrieb an Susane über einen seiner Protegés: er möge auf den Mont Valérien gehen, wo man sich den Anschein gebe, als schieße man aus Kanonen.[110]

7. *Die Nationalversammlung in Bordeaux.*
– Versammlung von Krautjunkern. *Reaktionäre.*
– Friedenskomödie um Paris. *Das Bestreben, Paris zu entwaffnen* („Entwaffnung der Revolution" vom 4. IX. 70).
Bündnis mit der deutschen Armee gegen Paris.

Das Geschütz der Nationalgarde sei Staatseigentum!
Lüge! S. 36/37.

Nach den Kapitulationsbedingungen (28. I. 71) (S. 34) muß die Nationalversammlung *innerhalb 8 Tagen* (!) einberufen werden.
Agitation Thiers' für eine *reaktionäre Versammlung*, Legitimisten etc. (450 Monarchisten auf 750 Mitglieder).

Verschwörung gegen Paris: *Maßnahmen Thiers'* (S. 35).
1. antirepublikanische Demonstration der Nationalversammlung
2. Thiers' zweideutige Aussprüche
3. Drohung gegen Paris (décapiter et décapitaliser*)
4. Unterdrückung der republikanischen Blätter
5. Todesurteil gegen Blanqui
6. Ernennung *Vinoys* zum Gouverneur von Paris, *Valentins* zum Polizeipräfekten, *d'Aurelles de Paladines* zum Oberkommandanten der Nationalgarde.

---

* Enthaupten und enthauptstadten. *Die Red.*

8. *V e r s u c h, d a s G e s c h ü t z w e g z u n e h m e n.* *18. III.* **71.**

(bei der Nationalgarde). {Vinoy. Scheitern}

Kommune.

18. III. Flucht der Regierung nach Versailles.

Erschießung Lecomtes und Clément Thomas', bonapartistischer Offiziere, nicht Werk der Kommune, sondern empörter Soldaten.

Manifest vom **18. III.:** S. 43.

18. III. 71. *Z e n t r a l k o m i t e e* der Nationalgarde

26. III. 71. Kommune.

(Klerikale, Bonapartisten, Gendarmen.)

Ab Anfang April Krieg zwischen Paris und Versailles.

Soldaten (Kriegsgefangene) bei Bismarck ausgebettelt (S. 57/58).

9. *Die Taten der Kommune.*

Ihre *n e g a t i v e n S e i t e n*:
- *mangelndes Bewußtsein* (Proudhonisten, Blanquisten)
- **mangelhafte Organisation** (Man ergriff nicht Besitz von der Bank, man marschierte nicht nach Versailles)
- *Begeisterung für die nationalistische und revolutionäre Phrase.*

10. *Ihre positiven Seiten:*

A) *Politische Reformen*

α. Trennung der Kirche vom Staat (2. IV. 71).
Expropriation der geistlichen Güter. Abschaffung aller staatlichen Zahlungen an die Kirche.
Unentgeltliche Volksbildung (S. 46)

β. Abschaffung des stehenden Heeres (30. III. 71) (S. 46)

Regierung γ. Abschaffung des Beamtentums. *R e g i e r u n g d e r A r b e i t e r* (S. 49). ⌊Regierungsfähig⌋.

der Arbeiterklasse (1) Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Beamten (S. 46).
1. IV. 71

(2) Niedriges Gehalt von nicht mehr als 6000 frs (S. 46)

Man kam mit $^1/_4$ der früheren Beamten aus: Lissagaray, S.

δ. Volle Gleichberechtigung der Ausländer (30. III. 71) ein Deutscher – Minister der Kommune[111] (S. 53). *Beteiligung der Polen* (Dombrowski, Wrublewski).

Die Fahne der Kommune ist die der Weltrepublik

ε. Selbstverwaltung der Gemeinden.

11. B) *Ökonomische Reformen.*

Verwandlung des Paris der Tagediebe und Prasser in das Paris der Arbeiter (S. 55/56).

- Verbot der Nachtarbeit der Bäckergesellen (20. IV.) (S. 53).
- Verbot von Geldstrafen (S. 53).
- Die Kommune zog die Masse der Pariser Kleinbürger auf ihre Seite, die durch Napoleon III. *ruiniert* worden waren (entwickeln) (Aufschub von Zahlungsverpflichtungen) (S. 51). *Die Kommune wendet sich an* die **Bauern** (S. 51).
- Übergabe der verlassenen Fabriken an Arbeitergenossenschaften 16. IV. (S. 54): statistische *Aufstellung* der Fabriken.

12. *Der letzte Kampf.*

- Heldenmut der Föderierten (Gemeinderatswahlen vom 30. IV. gegen die Nationalversammlung. Thiers gibt Bismarck nach: Am 10. V. wird der Friedensvertrag in Frankfurt unterzeichnet. Am 21. V. wird er durch die Nationalversammlung bestätigt).
- Blutwoche 21.–28. V. 71 (S. 62).

Der Hinterlader genügte nicht.
Mitrailleusen.

– Bilanz 35 000 ——— 20 000 ermordet.
15 000 deportiert etc.

(Jahrelang arbeiteten die *G e r i c h t e.*)

Verleumdungschor (S. 64–66).

13. *Ergebnisse und Lehren.* Rache der Bourgeoisie. *Sogar der „Nationalkrieg“ wurde zum politischen Schwindel* (S. 67).
Sie verrieten die Heimat (Bündnis mit den Deutschen: S. 66).
Unbeständigkeit der bürgerlichen Demokratie.
Diktatur des Proletariats.
Bismarck 1871. Confer *1 9 0 4.*

Geschrieben im März 1904, vor dem 9. (22.).
Zum erstenmal veröffentlicht 1934 im Lenin-Sammelband XXVI.

Nach dem Manuskript.

2

1. Frankreich unter Napoleon III. — Regierung der Bonapartisten. Industrielle Entwicklung. Arbeiterbewegung – {Proudhonismus und Blanquismus} I. A. A.

2. Dynastischer Krieg (19. VII. 70) — Chauvinismus. A Berlin. Das linke Rheinufer. – (Deutsche Erklärungen: ‚Verteidigungskrieg‘)

NB

3. Proteste der Arbeiter (Stellung der Arbeiterklasse) — – französisches Manifest. (Resolutionen)

– deutscher Protest
– *Adresse* des Generalrats der Internationale – *Warnung an die Arbeiter:* organisiert euch, *laßt euch nicht provozieren.* NB

4. Verlauf und Ausgang des Krieges.
   – Zusammenbruch des korrupten Regimes.
   – Belagerung von Paris.
   – *Proklamierung der Republik am 4. IX. 70.* Die französischen Arbeiter – ihr Werk – die Bourgeois nutzen es aus.

   Regierung der „nationalen Verteidigung".
   (Darin Gauner.)

5. Verteidigung von Paris. Die *Komödie* Jules Favres (Trochus).
   – seine Kapitulation.

6. Versuch, das Proletariat zu entwaffnen. 18. III. 71. *Kommune.*

7. *Versailler Regierung.* Kammer der Junker, der Gutsbesitzer (Ruraux, ⌊Krautjunker⌋).
   – „Friedens"komödie um Paris
   – Schacher mit Bismarck
   – Bündnis mit der deutschen Armee gegen das Proletariat.

8. *Die Kommune* ... Ihre negativen Seiten
   – mangelndes Bewußtsein (Proudhonismus und Blanquismus)
   – mangelhafte Organisation { man ergriff nicht Besitz von der Bank, man marschierte nicht nach Versailles }
   – Hineinspielen nationalistischer Elemente

9. + A) *Politische Freiheit*

- *Trennung der Kirche vom Staat*
- Abschaffung des stehenden Heeres
- Abschaffung des Beamtentums
- volle Gleichberechtigung der Ausländer. Beteiligung der Polen
- Selbstverwaltung der Gemeinden *(Kommune).*

10. B) *Ökonomische Reformen*

- Verbot der Nachtarbeit der Bäckergesellen
- Verbot von Geldstrafen
- Aufschub von Zahlungsverpflichtungen
- Übergabe der leerstehenden Fabriken an die Arbeiter
- die Pflicht (des Unterhalts etc. der Frau) bei *jeder Art* des Zusammenlebens
- finanzielle Unterstützung (Pension?) für *jede* Witwe.

11. *Der letzte Kampf:*
    Heldenmut der Föderierten.
    Blutwoche.
    Bilanz: *35 000.*
    Terror.

12. *Ergebnisse und Lehren:*
    Rache der Bourgeoisie.
    Aufruf zum Kampf.
    Bismarck 1871 und 1904.

Geschrieben im März 1904, vor dem 9. (22.).
Zum erstenmal veröffentlicht 1934 im Lenin-Sammelband XXVI.

Nach dem Manuskript.

3

I. 1. Napoleon III. und seine Bande.
   2. Schande Frankreichs.
   3. Schuld der *Bourgeoisie* an Napoleon III.

II. 1. Dynastischer Krieg gegen Deutschland.
   2. Protest der französischen Arbeiter (in Paris 12. VII. und Manifest der Internationale 23. VII.).
   3. Feierliches Versprechen Wilhelms I. (11. VIII.). Sein Betrug.
   4. Protest der deutschen Arbeiter (5. IX. 70) und ihre Verhaftung.

III. 1. Republik 4. IX. 70. Erkämpft von den Pariser Arbeitern.
   2. Machtergreifung durch eine *Gaunerbande* (Favre, Trochu, Thiers – ticket-of-leave-men[112]).
   3. „Regierung der nationalen Verteidigung" = Regierung des nationalen Verrats. Kampf gegen die französischen *A r b e i t e r*.

IV. Marx' Warnung (Manifest der Internationale 9. IX. 70).
   Briefe Duponts.[113]

V. 1. Verschwörung der Sklavenhalter und Monarchisten, Paris zu entwaffnen.
   2. Bordeaux und Verlegung der Nationalversammlung nach *Versailles*.
   3. Die Entsendung Vinoys, Valentins und de Paladines' nach Paris.
   4. Monarchistische Reden in der Versammlung der „Krautjunker".

VI. Beginn des Bürgerkriegs durch Thiers: Beschlagnahme der Geschütze am 18. III. 71 (Hinrichtung von Lecomte und Clément Thomas).

VII. 18. III. 71. *Kommune.*
   1. Republik + Selbstverwaltung.
   2. *M a ß r e g e l n d e r K o m m u n e.*
   3. {{Ihre 2 Fehler}} (Sie marschierte nicht nach Versailles
   „ ergriff „ Besitz von der Bank)

VIII. Der Krieg gegen die Kommune: Soldaten von Bismarck erbettelt, Schandfrieden. Blutwoche 21.–28. V. 71.

Ermordete – 35 000 | 20 000 *nach Rechnung* bürgerlicher Zeitungen.

Von Gerichten Verurteilte – 13 450 (darunter 157 Frauen)[114]
(! $5^1/_2$ *Jahre* nach dem 18. III. gab es immer noch Prozesse!).

Geschrieben im März 1904, vor dem 9. (22.).

Zum erstenmal veröffentlicht am 18. März 1926 in der „Prawda“ Nr. 63.

Nach dem Manuskript.

IM RAT DER SDAPR[115]

31. Mai und 5. Juni (13. und 18. Juni) 1904

1
BEMERKUNG ZUR TAGESORDNUNG
31. MAI (13. JUNI)

Lenin schlägt vor, in die Liste der auf der Tagesordnung stehenden Fragen noch die von der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) aufgeworfene Frage aufzunehmen, nämlich, daß es wünschenswert wäre, eine Konferenz aus Vertretern der SDAPR und der PPS einzuberufen, um die Grundlagen und Bedingungen für einen gemeinsamen Kampf beider Parteien zu erörtern.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

2
AUSFÜHRUNGEN ÜBER EINE GEMEINSAME KONFERENZ MEHRERER PARTEIEN[116]
31. MAI (13. JUNI)

1

Ich schließe mich dem Vorschlag an, beide lettischen Organisationen[117] einzuladen. Was die armenische föderalistische Organisation[118] betrifft,

so kann nach den Hinweisen des Gen. Martow, daß diese Organisation den Sozialrevolutionären nahesteht, von ihrer Einladung zur Konferenz gar keine Rede sein. Weiter, mir ist nicht klar, worin der Vorschlag des Gen. Plechanow besteht, der die Notwendigkeit betont, den Finnen unverzüglich zu antworten.

2

Mir scheint, daß die Forderung nach Einstimmigkeit bei der Entscheidung prinzipieller Fragen überflüssig wäre.[119] Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendwer von den Sozialdemokraten die Konferenz nicht verließe, falls dort irgendein ungeheuerlicher Beschluß gefaßt würde.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

3
AUSFÜHRUNGEN ÜBER DIE VERTRETUNG DER SDAPR AUF DEM INTERNATIONALEN SOZIALISTENKONGRESS
31. MAI (13. JUNI)

1

Ich bitte zu klären, ob es angebracht ist, sowohl vom Rat als auch von den einzelnen Organisationen Delegierte zu entsenden. Gibt es analoge Beispiele aus der Praxis anderer Länder auf den vorangegangenen Kongressen? Mir scheint, daß eine solche Art der Vertretung sowohl in prinzipieller als auch in praktischer Hinsicht (vom finanziellen, technischen usw. Gesichtspunkt) gewisse Schwierigkeiten birgt. Ist es nicht besser, wenn der Rat dort in corpore die Vertretung wahrnimmt? Ich kann mir nicht vorstellen, daß man uns majorisieren könnte. Man kann doch unsere Partei nicht um ihre Stimme bringen!

2

Da Gen. Plechanow sagt, daß wir eine gesonderte Vertretung der Partei auf dem Kongreß nicht bekommen werden, die Entsendung einer großen Anzahl Delegierter zum Kongreß jedoch sehr teuer wäre und wir in dieser Hinsicht sowieso nicht mit den Bundisten Schritt halten können, wird es besser sein, wenn die Partei auf dem Kongreß nur vom Rat vertreten wird.

3

Außerdem werden wir uns wohl kaum noch rechtzeitig mit allen Organisationen in Verbindung setzen können, um die Mandate zu bekommen.[120] In Anbetracht dessen schlage ich vor, daß der Rat, ohne sich mit den einzelnen Organisationen in Verbindung zu setzen, nötigenfalls jede gesondert vertreten kann . . .

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

4
BEMERKUNG ZUR NOTWENDIGKEIT DER KONTROLLE ÜBER DIE ZEITUNG DER „GNTSCHAKISTEN“[121]
31. MAI (13. JUNI)

L e n i n schließt sich dem Vorschlag des Gen. Martow an und bemerkt, daß die Zeitung der „Gntschakisten“, die nicht immer sozialdemokratisch war, kontrolliert werden müsse.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

5
ABÄNDERUNGSVORSCHLAG ZUR RESOLUTION MARTOWS ÜBER DAS RECHT DES ZO UND DES ZK, IHRE VERTRETER AUS DEM RAT DER PARTEI ABZUBERUFEN
5. (18.) JUNI

Gen. Martow meinte, er mache seinen Vorschlag unabhängig von konkreten Fällen und nur, um in der Zukunft Konflikte zu vermeiden. Deshalb werde ich ebenfalls keine konkreten Fälle berühren, und wenn diese Resolution ausschließlich zur Aufstellung einer bestimmten Regel für die Zukunft gedacht ist, so werde ich nicht gegen sie polemisieren. Vielleicht wäre es zweckmäßiger, sie zu kürzen und auf das Recht des Kollegiums, seine Vertreter abzuberufen, zu reduzieren, den Satz aber, daß sie dem Parteitag nicht verantwortlich sind, zu streichen.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

6
AUSFÜHRUNGEN ÜBER DIE KOOPTATION IN DIE KOMITEES UND ÜBER DAS RECHT DES ZK, NEUE MITGLIEDER DER KOMITEES EINZUSETZEN
5. (18.) JUNI

Die von Martow angeführte Tatsache ist mir völlig neu.[122] Uns liegen ganz bestimmte Angaben vor, daß die Minderheit des Moskauer Komitees nur einen Kandidaten von sich zur Kooptation vorgeschlagen hat, ohne übrigens diese Frage mit fraktionellen Unterschieden zu verknüpfen. Danach würde ich es, um zur Sache zu kommen, für richtiger und mehr dem Geist des Statuts entsprechend halten, jeden Bruch als Ganzes zu rechnen; indes ist diese Frage so unbedeutend, daß ich bereit bin, für die Resolution des Gen. Martow zu stimmen.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

7
AUSFÜHRUNGEN ÜBER DIE ABSTIMMUNGSORDNUNG BEI DER ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE EINBERUFUNG DES III. PARTEITAGS DER SDAPR
5. (18.) JUNI

1

Lenin schließt sich der Meinung Glebows an, daß die Stimmen der Komitees von Twer und Riga keine Rechtskraft haben[123], und schlägt vor, die Organisationen nicht von dem Zeitpunkt an als existent zu betrachten, da sie Proklamationen erlassen, sondern vom Zeitpunkt ihrer Bestätigung durch das ZK. Außerdem weist er darauf hin, daß aus Martows Resolution der Hinweis auf den Zeitpunkt des Parteitags gestrichen werden muß. Mit welcher Anzahl von Stimmen die Bünde auf dem Parteitag vertreten sein werden, wird durch ihre Statuten bestimmt. Solange aber ihre Statuten nicht bestätigt sind, muß man so rechnen wie auf dem zweiten Parteitag. Dem Kaukasischen Bund[124] beispielsweise muß man sechs Stimmen zuerkennen.

2

Grundsätzlich bin ich, was das Recht der 9 Komitees bei der Abstimmung über den Parteitag betrifft, mit Gen. Martow einig. Dem Bakuer Komitee sollte man meines Erachtens keine gesonderte Stimme geben, weil es zum Kaukasischen Bund gehört. Man muß Erkundigungen über alle fünf Bünde einziehen und dann die entsprechenden Beschlüsse fassen.

3

Grundsätzlich hätte ich nichts gegen den Vorschlag des Gen. Martow einzuwenden, aber formal wäre das nicht richtig.[125] Der Parteitag hat sie nicht bestätigt, und folglich muß man auf sie die Regel anwenden, daß sie für oder gegen den Parteitag erst nach Ablauf eines Jahres abstimmen können. Darüber lohnt es um so weniger zu reden, als dieses Jahr schon fast abgelaufen ist. In bezug auf den Kaukasischen Bund muß man jedoch sehr vorsichtig sein: wir würden ihn tödlich beleidigen, wenn wir ihm statt der früheren sechs Stimmen nur insgesamt zwei Stimmen gäben. Außerdem scheint mir, daß Gen. Martow mit seinem Vorschlag, die

Bünde den Komitees gleichzusetzen, zwei Punkte (*e* und *f*) von § 3 des Statuts durcheinandergebracht hat. Ich schlage daher vor, die Frage des Kaukasischen Bundes zu vertagen und über das ZK Erkundigungen einzuziehen.

4

Ich schließe mich, was den Kaukasischen Bund betrifft, der Meinung des Gen. Martow an.[126] Dann ist da noch eine juristische Frage, nämlich, wie bei der allgemeinen Errechnung der für die Einberufung des Parteitags notwendigen Stimmen die Stimmen des Rats gezählt werden sollen. Meines Erachtens können zwei Auslegungen richtig sein: Entweder man geht bei der Feststellung der notwendigen Anzahl von Organisationen von der Gesamtstimmenzahl aller Organisationen abzüglich der fünf Stimmen des Rats aus und zählt dann jede Stimme des Rats einzeln, oder man nimmt einfach die Hälfte der vorhandenen Anzahl der Organisationen, ohne den Rat, und setzt diese Hälfte der Organisationen als die im gegebenen Fall erforderliche Norm. Ich glaube, es wird das richtigste sein, die Stimmen des Rats einzeln zu zählen.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

8
AUSFÜHRUNGEN ZUR FRAGE DER VERÖFFENTLICHUNG DER SITZUNGSPROTOKOLLE DES RATS DER PARTEI
5. (18.) JUNI

1

Ich bin absolut nicht mit Gen. Martow einverstanden. Es wäre wünschenswert, für alle Sitzungen des Rats die Bestimmungen einzuführen, die für die Protokolle der vorigen Sitzung angenommen wurden.[127] Die Bedingungen der Konspiration können einer solchen Veröffentlichung kaum im Wege stehen, und für die Parteimitglieder wäre es äußerst wich-

tig zu wissen, was in der höchsten Parteiinstanz vorgeht, welche Meinungen beide Seiten dort vertreten.

2

Es wundert mich sehr, daß Gen. Glebow die Frage des auf der vorigen Sitzung gefaßten Beschlusses aufgeworfen hat und vorschlägt, darüber jetzt neu zu entscheiden. Meines Erachtens ist eine solche Neuentscheidung sowohl formal als auch moralisch unzulässig.

3

Bis jetzt ist über ihre Veröffentlichung im ZK noch kein Beschluß gefaßt worden, und ich verteidige nur das *Recht* des ZK, einen solchen Beschluß zu fassen, wenn es das für notwendig erachtet.[128]

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

ERKLÄRUNG ZUR ÜBERGABE DER VOLLMACHTEN DER AUSLANDSVERTRETER DES ZK DER SDAPR

Brunnen, den 28. Juli 1904

Angesichts meiner Abreise aus Genf und angesichts der plötzlichen Abreise des Gen. Glebow halte ich es für selbstverständlich, daß ausnahmslos alle Angelegenheiten beider Auslandsvertreter des ZK von der Kommission seiner Agenten, d. h. von den Genossen Olin, Bontsch-Brujewitsch und Ljadow erledigt werden.

Der Auslandsvertreter des ZK
N. Lenin

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 8.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINER RESOLUTION DER GENFER GRUPPE DER MEHRHEIT

Die Versammlung, die sich im großen ganzen der Rigaer Deklaration[129] als einer völlig richtigen prinzipiellen Darlegung der Ansichten und der Politik der Parteimehrheit des II. Parteitags anschließt, erachtet es für notwendig, zu dem neuen Schritt des ZK eine bestimmte Haltung einzunehmen.

Die Versammlung gibt ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß die Deklaration des ZK[130] (siehe Nr. 72 der „Iskra"[131]) ein neuer Sieg des Zirkelwesens über das Parteiprinzip, ein neuer Verrat an den Interessen der Gesamtpartei ist, ein neuer Versuch, die Partei durch Hineintragen von Heuchelei in die Parteibeziehungen zu zersetzen. Die Versammlung brandmarkt das Auftreten eines rechenschaftspflichtigen Organs der Partei gegen die Einberufung des Parteitags, seine Erklärung, daß jegliche Agitation für den Parteitag schädlich sei, als eine einmalige und unerhörte Schande für eine Arbeiterpartei, die sich selbst achtet. Seine Vollmachten auf dem Parteitag von der Parteimehrheit erhalten und die Politik dieser Mehrheit als Gruppenpolitik bezeichnen; von Frieden zwischen den beiden kämpfenden Seiten reden und ein privates, illegales Abkommen mit den *usurpatorischen Auslandsvertretern der einen Seite treffen*; heuchlerisch das „hohe Niveau" seiner gestrigen Gegner preisen und die Versöhnung mit der Absetzung der Mitglieder und Agenten des ZK beginnen, die es wagen, sich ein solches Verbrechen wie die Agitation für den Parteitag zu erlauben – all das zeigt klar, daß das neue ZK in seiner neuen Politik zusammen mit dem ZO entschlossen ist, die Partei zu ignorieren. Die Versammlung verurteilt energisch diese Politik des Bonapartismus, ruft alle Parteimitglieder zum entschlossenen Kampf gegen Usurpation und Heuchelei, fordert die vollständige Veröffentlichung der Protokolle des Rats und aller nicht konspirativen Angaben über die Tätigkeit der zentralen Körperschaften.

Die Versammlung ruft alle Parteimitglieder, die die prinzipiellen Ansichten der Mehrheit teilen, auf, den von Gen. Bontsch-Brujewitsch ge-

gründeten Verlag[132] zu unterstützen und energisch für die Einberufung des III. Parteitags zu agitieren.

Geschrieben nach dem 25. August (7. September) 1904.

Zum erstenmal veröffentlicht 1960 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 9.

Nach dem Manuskript.

PLAN EINES ZIRKELABENDS FÜR PROPAGANDISTEN ÜBER DIE KRISEN[133]

1. Was ist eine Krise? – Stagnation der Industrie, Arbeitslosigkeit, Stockung im Absatz, Überproduktion.

1. α) Was ist eine Industriekrise?
β) Stillegung von Fabriken, Stockung im Absatz, Bankrotte, Arbeitslosigkeit.
γ) Überproduktion ...

2. *Overproduction*, **underconsumption.**
(Den Widerspruch entwickeln.)

2. α) Overproduction und underconsumption.

3. Wie ist das möglich? (α) Teilung der modernen Gesellschaft in 2 Klassen, Bourgeoisie und **Proletariat.**
(β) Produktion für den Markt.

4. Konkurrenz, ihr internationaler Charakter, Jagd nach Märkten, gigantisches Wachstum der Produktion.

5. Verminderung des Bedarfs an lebendiger Arbeit: *Intensivierung*, *Maschinen*, Frauen *und Kinder*, *qualifizierte* und ungelernte Arbeiter.

5 bis: **Das Angebot wächst, der Absatz ist beschränkt.**

6. Periodische Krisen, ihre Regelmäßigkeit, ihre Unvermeidlichkeit im Kapitalismus. (Illusionen während der Prosperität.)

8\. 7.* *Reservearmee.* Elend der Arbeitslosigkeit. *Sklaverei: Recht auf Leben nur unter der Bedingung, daß man* Profit *schafft.*
(% notleidender Alter): $\left\{{}^1/_3-{}^1/_2\right\}$...

7\. 8. Einfluß der Krise auf Arbeiter und *Kleinunternehmer.* Ruin, Elend: Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins... Meeting von Arbeitslosen 1889 in England.[134]

9\. Krise und Kapitalismus. Krise und Entwicklung der Großproduktion – Trusts etc. Aufgaben des Sozialismus. Sozialistische Revolution: sozialdemokratische Arbeiterparteien.

Beispiele der Großproduktion:
Morosow:
Dampfmühlen:
Eisen und Stahl:

Geschrieben im Herbst 1904.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 3.

Nach dem Manuskript.

PLAN FÜR DREI ZIRKELABENDE ÜBER DAS SOZIALDEMOKRATISCHE PROGRAMM

α) Das gegenwärtige System.
β) Die sozialistischen Ziele und der Klassenkampf.
γ) Der Kampf gegen die Selbstherrschaft.

für 2–3 Stunden	α–γ Auf drei Zirkelabende verteilen

* Später wurden die Punkte 7 und 8 gegeneinander ausgetauscht. *Die Red.*

Plan für den ersten Zirkelabend über das sozialdemokratische Programm

α
1. In der ganzen Welt kämpfen die Arbeiter gegen die Unternehmer für die Verbesserung ihrer Lage. Streiks – Sozialismus. Worum geht es?
2. Die moderne Gesellschaft ist so eingerichtet: sie teilt sich in Werktätige und Ausbeuter. 2 Klassen. Eigentümer und Proletarier. Wer sorgt für wessen Unterhalt?
3. Das Elend der Arbeiter: niedriger Lohn. Hunger. Arbeitslosigkeit. Frauenarbeit. Kinderarbeit. „Entartung der Nation". Prostitution. Soziale und politische Unterdrückung.

β
4. Vereinigung der Arbeiter in der Großproduktion zum Kampf gegen die Unternehmer. Die ganze Gesellschaft schließt sich im Kapitalismus enger zusammen und ermöglicht den Übergang zur sozialistischen Produktion. Beispiel dafür, daß die Unternehmer in den großen Fabriken und Gütern *überflüssig* sind.
5. Sozialistische Revolution = Übergang des Grund und Bodens, der Fabriken *in die Hände der Arbeiter*. Sozialistische Produktion, Verkürzung des Arbeitstags etc.
6. Forderungen an die moderne Gesellschaft, um den Arbeitern den Kampf zu *erleichtern* und sie vor Entartung zu *schützen:* Arbeiterreformen, Achtstundentag, wöchentliche Entlohnung, Wohnungen, medizinische Hilfe, Schulen etc.

γ
7. Politische Forderungen. Was ist die Selbstherrschaft? Kampf um politische Freiheit. (Verfassung – Republik, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit etc. etc.)
8. Die revolutionären Parteien und ihre Rolle im Kampf der Arbeiterklasse. „Narodnaja Wolja" und *Sozialdemokratie.*

Geschrieben im Herbst 1904.
Zum erstenmal veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XV.

Nach dem Manuskript.

ANMERKUNG DER REDAKTION DES „WPERJOD" ZU DEM BRIEF EINES PETERSBURGER KORRESPONDENTEN[135]

Brief aus Petersburg (S. 1–6)*

Von der Redaktion. Die Schlußfolgerung, zu der der Petersburger Genosse gelangt, stimmt voll und ganz mit der Schlußfolgerung überein, die wir in dem Artikel „Es ist Zeit, Schluß zu machen" (Nr. 1 des „Wperjod") gezogen haben.** Die Menschewiki haben vollauf bewiesen, daß sie überhaupt nicht gewillt sind, sich der Mehrheit unterzuordnen und zusammenzuarbeiten, und jetzt, nachdem sie erst die vom zweiten Parteitag gebildeten Körperschaften desorganisiert und nunmehr den dritten Parteitag hintertrieben haben, bleibt der Partei kein anderes Kampfmittel als der Bruch. Je eher und vollständiger dieser Bruch mit den Desorganisatoren erfolgen wird, um so***.

Von der Redaktion. Die Folgerungen des Petersburger Genossen bestätigen vollauf die Richtigkeit unserer Schlußfolgerung („Wperjod" Nr. 1, „Es ist Zeit, Schluß zu machen"). Wir raten allen Komitees und Organisationen der Mehrheit, sich die Desorganisatoren möglichst rasch und entschlossen vom Halse zu schaffen, damit man zu sachlicher Arbeit kommt, statt sich mit Gezänk zu befassen.

Geschrieben nach dem 22. Dezember 1904 (4. Januar 1905).
Zum erstenmal veröffentlicht 1934 im Lenin-Sammelband XXVI.

Nach dem Manuskript.

---

* *„S. 1–6"* – die Seiten des Briefes. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 8, S. 21–26. *Die Red.*

*** Hier bricht das Manuskript ab. Der Text wurde von W. I. Lenin durchgestrichen. *Die Red.*

VORLÄUFIGE THESEN ZU EINEM ARTIKEL „WIE VERTEIDIGEN SIE SICH?"[136]

Wie verteidigen sie sich?

1. Zwei Antworten auf Lenins Broschüre über die „Semstwokampagne und den Plan der ‚Iskra'"* – von der Redaktion *und* von Plechanow. Schon dieses *und* ist merkwürdig (Plechanow *gehört* zur Redaktion), jedoch äußerst interessant ist die *Unterschiedlichkeit* dieser Antworten. Plechanow verteidigt die falsche Position außerordentlich vorsichtig und klug. Die Redaktion – unklug.

Plechanow erwähnt mit *keinem Wort* 1. die Resolution Starowers und *ihren* Zusammenhang mit dem „Plan" der „Iskra", 2. den „höheren Typus der Mobilisierung". Ergo umgeht Plechanow gerade das *Wesen* des Fehlers der „Iskra". (Der Beginn des Fehlers, sein Ausgangspunkt, ist die Resolution Starowers. Sein Schlußpunkt ist das Gerede von dem „höheren" Typus.)

Die Redaktion *betont* gerade den Zusammenhang ihrer Position mit der Resolution Starowers und *verteidigt* den Gedanken vom „höheren Typus".

Sowohl die Redaktion als auch Plechanow *verteidigen* die Phrasen über die Panik sehr schwach (weichen offenkundig aus, ziehen sich zurück).

Plechanow redet die ganze Zeit von einem Widerspruch zwischen dem alten und dem neuen Lenin[137] und sucht zu beweisen, daß die Redaktion der „Iskra" in Übereinstimmung mit dem alten Lenin gehandelt hat.

Plechanow stellt die Sache so dar, als sei Lenin *jetzt* gegen Demonstrationen vor den Semstwoleuten und dagegen, ihnen ein „positives Aktionsprogramm" zu diktieren. Das ist Unsinn, eine Verdrehung.

---

* Siehe Werke, Bd. 7, S. 503–526. *Die Red.*

Welches waren meine Thesen gegen die „Iskra"?

1. Die Phrasen über die Panik sind unangebracht und abgeschmackt.

Antwort? die Tambower bei Plechanow (haha!)[138]
die Anarchisten „ „ (wo?)
„Obstruktion" bei der Redaktion

Die Redaktion schlägt sich schon beinahe in die Büsche: „sind überflüssig".

2. „Abkommen" mit den Liberalen müssen durch die faktische Gemeinsamkeit des Kampfes bestimmt werden und nicht durch „Versprechungen".

   *N i l** – Plechanow

3. Die Bedingungen Starowers sind aufgegeben. (Die Redaktion verteidigt sich äußerst schwach, gibt im Grunde genommen alles zu.)

4. „Neuer Typus". Redaktion – ⌞schwach⌟. Plechanow – *n i l*.

   Zur Frage des *Aufstands* siehe Nr. 62 der „Iskra". Leading**.

   „Rein utopische Ansichten" von
   der Vorbereitung des Aufstands
   „beginnen . . . in Erscheinung zu treten"

Geschrieben zwischen dem 28. Dezember 1904 und 11. Januar (10. und 24. Januar) 1905.

Zum erstenmal veröffentlicht 1926 im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

* Nil, nihil – nichts. *Die Red.*

** Leitartikel. *Die Red.*

ERKLÄRUNG DER INITIATORENGRUPPE, DIE DIE BIBLIOTHEK DER SDAPR IN GENF GEGRÜNDET HAT

Die Initiatorengruppe, die die Bibliothek der SDAPR in Genf gegründet hat, beschloß einstimmig, die Bibliothek zur allgemeinen Verwaltung dem Büro der Komitees der Mehrheit[139] zu übergeben, bis der III. Parteitag einen Beschluß über die Bibliothek fassen wird.

Geschrieben Ende Dezember 1904–
Anfang Januar 1905.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934
im Lenin-Sammelband XXVI.

Nach dem Manuskript.

1905–1910

PLAN ZU EINEM ARTIKEL „1895 UND 1905 (EINE KLEINE PARALLELE)“[140]

1895 und 1905

(Eine kleine Parallele)

Hier ⌊*eigentlich*⌋ zwei Themen:

1. Parallele des Anwachsens der Arbeit; 2. die gegenwärtigen organisatorischen Aufgaben. Man muß sie auf *zwei* kleine Artikel verteilen.

1. Ausmaß, Umfang und Formen der sozialdemokratischen Arbeit von damals und heute gegenüberstellen.
2. Ausmaß: damals nur Zirkel. Kaum spürbare *erste* Anfänge einer Massenagitation. Äußerst schwerfällige Lektionspropaganda. Die Sozialdemokraten bahnen sich den Weg zwischen den Narodowolzen, Volksrechtlern[141] etc.
3. Heute. Partei. Gewöhnlich Massenagitation. Offene politische Straßenaktion. Revolutionäre Epoche.
4. Formen. 10–16 Personen (Komitee). 20–30 Arbeiterzirkel. 100–150 maximum Verbindungen. „Lesungen“. *Selbstbildung* ist das wichtigste.
5. Heute. Die Organisation ist um viele „Stockwerke“ in die Höhe gewachsen. St. Petersburg und Odessa. | Komitee – Bezirke – Zusammenkünfte der Organisatoren (zentrale Zirkel) – Gruppen, und dann das „Zentrum“ und das Büro. Etwa fünf neue *Stockwerke.* |
6. Der „Brief an einen Genossen“* wurde geschrieben, als die neuen Stockwerke entstanden und die „Ökonomisten“ deren Wachstum hemmten. Jetzt sind die Ideen, die im „Brief an einen Genossen“ vertreten wurden, faktisch verwirklicht.

---

* Siehe W. I. Lenin: Werke, Bd. 6, S. 223–244. *Die Red.*

7. Die neuen Aufgaben: *a)* Die Vielzahl der Stockwerke hat eine neue Schicht von Parteiarbeitern, Parteimitgliedern erzogen. Ihre Teilnahme organisieren. 1. Information – Resolutionen – Umfragen – direkte Verbindung mit dem Zentralorgan. 2. Prinzip der Wählbarkeit? 3. Bestimmung oder Wahl der Kandidaten für die Kooptation?
8. Die zweite, vielleicht noch wichtigere Aufgabe: die Arbeit zur Aufschichtung neuer horizontaler Stockwerke durch die Arbeit mit neuen, sozusagen „vertikalen" Methoden der Einflußnahme ergänzen. Das heißt: das Anwachsen der Bewegung macht es notwendig und möglich, diese laufende Arbeit in Stockwerken dadurch zu ergänzen, daß sich die oberen Stockwerke in neuen Formen von Massenversammlungen an die Massen wenden. „Fliegende Versammlungen" und „Massenmeetings" als natürliches Ergebnis der Arbeit in vielen „Stockwerken" führen von selbst zu jener höheren Form, die im Ausland vorherrscht und bei uns le lendemain de la révolution* triumphieren wird, nämlich: zu „Massenmeetings" als dem wichtigsten Mittel zur politischen Einwirkung auf das Proletariat und zu seiner sozialdemokratischen Erziehung.
9. Natürlich sind die „Stockwerke" dafür *nicht weniger* notwendig. Sie werden (immer?) nötig sein. „Ergänzen", nicht „ersetzen" . . .

Geschrieben vor dem 9. (22.) Januar 1905.
Zum erstenmal veröffentlicht 1926 *Nach dem Manuskript.*
im Lenin-Sammelband V.

EIN KAMPFABKOMMEN FÜR DEN AUFSTAND UND DIE BILDUNG EINES KAMPFKOMITEES

PLAN:[142]

1. Motivierung des Abkommens
2. Sein Ziel
3. Das Programm (1) Sturz der Selbstherrschaft
   (2) provisorische revolutionäre Regierung

* am Tage nach der Revolution. *Die Red.*

(3) Bewaffnung des Volkes
(4) Konstituierende Versammlung
(5) revolutionäre Bauernkomitees.

4. Bildung eines *vorläufigen Kampfkomitees* zur
   (1) Sammlung von Geldmitteln
   (2) Feststellung der personellen Kräfte
   (3) Information der Masse der Arbeiter in Rußland über das Abkommen und breite Diskussion über die Mittel zu seiner Realisierung
   (4) Vorbereitung einer *russischen* Konferenz für die Bildung eines *Russischen* Kampfkomitees.
5. Aufgabe des Kampfkomitees: Koordinierung der Maßnahmen zur Vorbereitung des Aufstands.
   2/3 angesichts der Bedeutung der vollen Solidarität und der Wahrung der Selbständigkeit jeder Partei.
6. Die Stellung des Kampfkomitees zum Terror.
7. Aufruf an alle Sozialisten und alle revolutionären Demokraten.

5 bis
Das Kampfkomitee erläßt einen Aufruf *nur* zu Fragen, die *voll und ganz* zu seinem Programm gehören und nicht, ohne jedesmal die Selbständigkeit der Partei extra zu betonen.

Geschrieben im Februar–März 1905.
Zum erstenmal veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

AUFZEICHNUNGEN VON REDEN IM GENFER KLUB DER BOLSCHEWIKI[143]

Protokoll vom 5. März 1905

I

L e n i n. Schlägt vor, daß alle Resultate der Arbeit der Sektion veröffentlicht werden – vor allem, daß Stepanow sein Referat schriftlich vorlegt, und auch die Protokolle. Eine allgemeine Zusammenfassung dieser

Protokolle ist dem Parteitag zu übergeben; sie können dem Parteitag viele praktische Hinweise bei seiner Arbeit geben. Das Referat Stepanows ist leider zu abstrakt. Damit man aus den Referaten exakte Schlußfolgerungen ziehen und in Form von Resolutionen niederlegen kann, müssen sie konkreter sein. Deshalb schlage ich vor, einen Fragebogen für die im Ausland und in Rußland arbeitenden Genossen zu verfassen, wobei sie die gestellten Fragen genau beantworten müssen (ja, nein, soundso viel). Eine Fotografie ihrer Arbeit, z. B. in welcher Stadt gearbeitet, welche Fragen in Versammlungen entschieden usw. Wenn die verallgemeinerten Schlußfolgerungen auch dies oder jenes geben können, so lassen sich doch aus ihnen, wie gesagt, keine exakten Schlußfolgerungen ziehen. Deshalb schlage ich vor, daß eine Gruppe einen solchen Fragebogen ausarbeitet und dieser an die Genossen im Ausland und in Rußland versandt wird, damit sie alle Fragen kurz beantworten. Haben wir ein solches Rohmaterial (wenn 100–200 Genossen antworten), dann kann es der Parteitag benutzen, um exakte Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ich wiederhole meine Vorschläge: erstens, eine Zusammenfassung aller Protokolle sowie die Protokolle selbst dem Parteitag vorlegen, zweitens, einen Fragebogen ausarbeiten. Und damit muß man sich unbedingt jetzt beschäftigen, ohne Aufschub, ich schlage sogar vor, alle Arbeiten in der Sektion einzustellen, alle Protokolle in Ordnung zu bringen und an Hand dieser Protokolle den Bericht an den Parteitag abzufassen.

II

L e n i n. Jetzt, da die Mitteilung über die Einberufung des III. Parteitags erschienen ist, hat die Arbeit der Sektionen einen anderen Charakter angenommen. Zwei Monate arbeiten die Sektionen nun schon, aber wie wenig ist erst getan: Wir haben nicht alle Protokolle, keine Berichte; doch damit muß man sich beeilen, damit diese Arbeiten nicht umsonst getan werden und praktische Bedeutung erlangen, d. h., all das muß dem Parteitag vorgelegt werden. Um die Protokolle schneller vorzulegen, schlage ich vor, daß die ganze Gruppe den Sekretären hilft. Ich wiederhole, wenn die Gruppe diese Arbeit nicht beendet, so besteht die Gefahr, daß alle ihre Arbeiten in dieser Gruppe bleiben, während sie die Ausarbeitung der Organisationspläne unterstützen könnten. Ich schlage weiter vor, sofort mit

der Ausarbeitung des Fragebogens zu beginnen – bei all dem ist Eile geboten, die Ereignisse warten nicht, der Parteitag kann schon sehr bald stattfinden. Am besten wäre es, die Ausarbeitung des Fragebogens einer speziellen Kommission zu übertragen.

III

L e n i n. Ich habe nichts gegen den Vorschlag der Genossin Olga einzuwenden. Was jedoch meine Erfahrungen betrifft, so meine ich, daß ich bei der Schnelligkeit, mit der sich die Ereignisse, die Arbeitsbedingungen jetzt verändern, über solche Erfahrungen nicht verfüge. Ich hatte einen Fragebogen verfaßt, aber er ist zu allgemein. Ich schlage vor, in die Kommission zur Ausarbeitung des Fragebogens erfahrene Genossen zu wählen und diese Angelegenheit möglichst zu beschleunigen.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934
im Lenin-Sammelband XXVI.

Nach der protokollarischen
Niederschrift.

ANMERKUNG DER REDAKTION DES „WPERJOD" ZUR RESOLUTION EINER GRUPPE VON ARBEITERN DER SANKT-PETERSBURGER METALLWERKE[144]

Von der Redaktion. Wir veröffentlichen diese Resolution der Genossen Arbeiter als charakteristische Äußerung einer Stimmung, von der unter bestimmten Bedingungen ein beträchtlicher Teil des kämpfenden Proletariats erfaßt werden kann.* Zweifelsohne wäre eine Spaltung der Partei – besonders eine heimliche Spaltung – ein unermeßliches Unglück für die Arbeiterbewegung. Wie aus der oben angeführten Charkower Resolution[145] ersichtlich, gibt es in Rußland Menschewiki, die sich ihrer Parteipflicht gegenüber viel gewissenhafter verhalten als manche Leute im Ausland. Das beweist auch die neue, vom ZK und vom Büro der Komitees der Mehrheit gemeinsam heraus-

* Der erste Satz wurde von M. S. Olminski geschrieben. *Die Red.*

gegebene Deklaration.[146] Wir wünschen dem letzten Versuch zur Vereinigung nochmals Erfolg.

„Wperjod" Nr. 14,
12. April (30. März) 1905.

Nach dem Text des „Wperjod", verglichen mit dem Manuskript.

III. PARTEITAG DER SDAPR[147]
12.-27. April (25. April-10. Mai) 1905

1
ENTWURF DER BESTIMMUNGEN DES ORGANISATIONSKOMITEES FÜR DIE EINBERUFUNG DES III. PARTEITAGS ÜBER DIE VERTRETUNG EINIGER ORGANISATIONEN[148]

Kaukasus

Das Organisationskomitee hat die Frage der kaukasischen Delegation an Hand von Angaben in der Literatur und Zeugenaussagen von Genossen aus dem Kaukasus geprüft und folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

1. Es ist notwendig und das einzig Richtige, zu den beschließenden Stimmen auf dem Parteitag die 8 Stimmen der kaukasischen Delegation zu rechnen, da das ZK bereits im Herbst 1903 das Statut des Kaukasischen Bundeskomitees bestätigt hat und diesem als einem Bundeskomitee 8 beschließende Stimmen auf dem Parteitag zugebilligt wurden.

2. Was die entgegengesetzten Erklärungen des Gen. Glebow im Rat und den Beschluß des Rats vom Mai 1904 betrifft, vorübergehend, bis zur Klärung der Frage, die Stimmen der vier einzelnen Kaukasischen Komitees (von Baku, Batum, Tiflis, Imeretien-Mingrelien) als beschließende Stimmen zu rechnen, so kann das Organisationskomitee diese Erklärung Glebows und den Beschluß des Rats nicht als Hindernis betrachten, sich die in Pkt. 1 angeführte Schlußfolgerung zu eigen zu machen, da Gen. Glebow offensichtlich nicht unterrichtet war und deshalb den Rat ungewollt irregeführt hat.

3. Das OK konstatiert, da jetzt seiner Meinung nach zweifellos drei Delegierte aus dem Kaukasus mit sechs beschließenden Stimmen anwesend sind, daß das Mitglied des Kaukasischen Bundeskomitees, Gen. Leonow, bezüglich des vierten Delegierten mit zwei beschließenden Stimmen folgendes erklärt: Das Kaukasische Bundeskomitee hatte die Absicht, dem Batumer Komitee die Bestätigung dieses vierten Delegierten zu überlassen. Als das Batumer Komitee darauf eine unbestimmte und ausweichende Antwort gab, hat das Kaukasische Bundeskomitee in einer Sitzung, an der Leonow teilgenommen hat, den Wunsch geäußert, daß die beschließenden Stimmen des vierten Delegierten, falls ein spezieller Delegierter von Batum auf dem Parteitag nicht anwesend ist, dem Gen. Kamenew (Juri) übertragen werden.

4. Nach dieser Feststellung überläßt das OK die Entscheidung über den vierten Delegierten des Kaukasischen Bundeskomitees dem Parteitag selbst.

Krementschug

Bezüglich der Rechtsfähigkeit des Komitees von Krementschug stellt das Organisationskomitee folgendes fest:

1. Das Komitee von Krementschug ist erst im August 1904 vom Zentralkomitee bestätigt worden, wie Gen. Mark, Mitglied des ZK, berichtet, der an der ZK-Tagung teilgenommen hat, auf der diese Bestätigung erfolgte.

2. Auf der in Nr. 89 der „Iskra" veröffentlichten Liste des Rats der Partei ist das Komitee von Krementschug unter den 33 rechtsfähigen Organisationen nicht aufgeführt.

Auf Grund des Dargelegten beschließt das OK: das Komitee von Krementschug *ist nicht zu den vollberechtigten Organisationen zu rechnen,* die auf diesem Parteitag Beschlußrecht haben.

Jekaterinoslaw

Das Organisationskomitee ist, nachdem es den Bericht des Gen. Morosow, Delegierter des Jekaterinoslawer Komitees der Mehrheit, und die schriftliche Mitteilung des Gen. Jewgeni, Mitglied des alten Komitees von Jekaterinoslaw, gehört hat, zu folgendem einstimmigen Beschluß gelangt:

Das Organisationskomitee sieht keinerlei Grund, das gegenwärtige Jekaterinoslawer Komitee der Mehrheit für weniger rechtmäßig zu halten

als das Komitee der Minderheit, sowohl formal gesehen als auch hinsichtlich der Tradition und der Verbindungen mit den örtlichen Arbeitern.

Jedoch faßt das OK in Anbetracht dessen, daß es keine Möglichkeit hat, die Erklärungen der anderen Seite zu hören, keinen Beschluß über die beschließende Stimme des Delegierten des Jekaterinoslawer Komitees der Mehrheit, sondern überläßt die Entscheidung dieser Frage dem Parteitag selbst.

Bezüglich der Rechtsfähigkeit der Komitees von Kasan und vom Kubangebiet ist das OK zu keinem Beschluß gelangt, da die Stimmen des ZK und des Büros der Komitees der Mehrheit geteilt waren.

Das Büro der Komitees der Mehrheit ist der Ansicht, daß diese Komitees nicht als rechtsfähig anerkannt werden können, da sie auf der Maisitzung des Rats im Jahre 1904 (Delegierte des ZK Lenin und Glebow) nicht in der Liste der zum 1. April 1905 bestätigten Komitees genannt werden. Selbst wenn die Komitees von Kasan und vom Kubangebiet nach Mai 1904 vom Zentralkomitee bestätigt worden sind, so erhalten sie jedenfalls das Recht auf Vertretung erst nach einem Jahr. Außerdem können diese Komitees in der Vollsitzung des ZK im Juli 1904 nicht bestätigt worden sein, denn die vollständigen Protokolle dieser Sitzung wurden Lenin durch Glebow ins Ausland zugestellt, und in diesen Protokollen ist von einer Bestätigung der Komitees von Kasan und vom Kubangebiet nichts erwähnt. Schließlich ist auch auf der August- oder Septembersitzung des ZK, an der das ZK-Mitglied Gen. Mark teilgenommen hat, über eine Bestätigung der Komitees von Kasan und vom Kubangebiet ebenfalls nicht gesprochen worden.

Das ZK ist der Ansicht, daß wir, da diese Komitees offensichtlich im Namen des Rats der Partei in die Liste der „Iskra" aufgenommen sind, keinen Grund haben, sie für nicht rechtsfähig zu erklären.

Geschrieben im April,
nicht später als am 11. (24.).

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Manuskript.

2
RESOLUTIONSENTWURF DES ORGANISATIONSKOMITEES ÜBER DIE KONSTITUIERUNG DES PARTEITAGS[149]

Was den Punkt des Vertrags zwischen dem ZK und dem Büro der Komitees der Mehrheit betrifft, dem zufolge der Parteitag eröffnet wird, wenn drei Viertel der Delegierten der russischen Komitees anwesend sind, so beschließt das OK:

Den Sinn dieses Punktes sehen beide Seiten, die das OK bilden, darin, daß sowohl das ZK als auch das Büro der Komitees der Mehrheit die energischsten Maßnahmen treffen mußten, um auf dem Parteitag eine vollständige Vertretung zu erreichen, und auch, um der Partei zu garantieren, daß sich das ZK und das Büro der Komitees der Mehrheit zum Ziel gesetzt hatten, einen Parteitag der gesamten Partei zu organisieren und nicht die Tagung einer Fraktion. Dieser Punkt des Vertrags sollte keineswegs den Paragraphen des Parteistatuts außer Kraft setzen, dem zufolge der Parteitag beschlußfähig ist, wenn die Hälfte aller beschließenden Stimmen vertreten ist. Was die vollständige Vertretung auf dem Parteitag betrifft, so sind in dieser Hinsicht alle Maßnahmen getroffen worden. Nur von den Komitees von Astrachan und der Krim liegen keine Meldungen vor. Die Komitees des Dongebiets, des Berg- und Hüttenreviers, von Kiew, dem Kubangebiet, von Twer, Charkow, Smolensk, Sibirien und Jekaterinoslaw haben ihre Delegierten gewählt und ins Ausland entsandt (in zwei Fällen wurden die Mandate im Ausland lebenden Genossen übertragen, Parvus und durch Ernennung der „Iskra"-Redaktion einem Genossen vom Komitee des Kubangebiets). Insgesamt hätten wir mit den anwesenden Delegierten von 19 Komitees und den genannten 9 Komitees 28 Komitees, d. h. mehr als drei Viertel von 34 Komitees (die Zahl 34 ist das Maximum der rechtsfähigen Organisationen, die ursprünglich auf der Liste des OK standen).

Wenn die neun Delegierten der genannten Komitees auf dem Parteitag nicht erschienen sind, obwohl sie von den Komitees die entsprechenden Mandate erhalten haben und ins Ausland gekommen sind, so ist ihr Fehlen auf dem Parteitag nicht durch Verschulden des OK zu erklären, sondern dadurch, daß alle Anstrengungen des OK, eine vollständige Ver-

tretung auf dem Parteitag herzustellen, an dem unrechtmäßigen Widerstand dreier Mitglieder des Rats der Partei gescheitert sind.

Geschrieben im April, nicht später als am 11. (24.).

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf. *Nach dem Manuskript.*

3
AUSFÜHRUNGEN ZUM BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION ÜBER DIE VERTRETUNG DES KASANER KOMITEES AUF DEM PARTEITAG[150]
13. (26.) APRIL

Man beruft sich auf meinen Antrag*. Der inzwischen eingetroffene Kasaner sagte, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach gewählt worden wäre. Es wäre gut, ihn als Mitglied des Komitees einzuladen. Der Schluß der Resolution der Kommission erscheint mir sonderbar, ich würde vorschlagen, ihn zu ändern.

Zum erstenmal veröffentlicht 1937 in dem Buch „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle". *Nach dem Text des Buches.*

4
ABÄNDERUNGSANTRAG ZUM VORSCHLAG DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION ZUR VERTRETUNG DES KASANER KOMITEES AUF DEM PARTEITAG
13. (26.) APRIL

Es wird folgender Abänderungsantrag gestellt: „Nicht als Delegierten, sondern als Mitglied eines Komitees, das auf dem Parteitag nicht vertreten ist, sich aber für den Parteitag ausgesprochen hat."

Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVI. *Nach dem Manuskript.*

---

* Siehe den vorliegenden Band, S. 131/132. *Die Red.*

5
AUSFÜHRUNGEN ZUR FRAGE DER DISKUSSION ÜBER DEN BERICHT DES OK
13. (26.) APRIL

Ich würde vorschlagen, den Antrag des Gen. Sosnowski und anderer, daß es wünschenswert wäre, die Diskussion zum Bericht des OK auf die formale Seite zu beschränken, zur Kenntnis zu nehmen. Die Resolution des Gen. Andrejew erreicht nicht ihr Ziel.[151] Die Genossen wollten nur vom Standpunkt der Rechtsgültigkeit der Einberufung des Parteitags diskutieren, nicht aber von der faktischen Seite her. Den Bericht von der faktischen Seite her erörtern, das heißt eben die Parteikrise erörtern. Das Büro wird die Redner anhalten, nur die Rechtsgültigkeit der Einberufung des Parteitags zu erörtern.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

6
RESOLUTIONSENTWURF ZUR DISKUSSION ÜBER DEN BERICHT DES OK

Der Parteitag erörtert gegenwärtig den Bericht des OK lediglich vom Standpunkt der Rechtsgültigkeit des Parteitags.*

Eingereicht am 13. (26.) April.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

---

* In der Niederschrift der Protokollkommission hat der Schluß des Resolutions-

7
ENTWURF DER TAGESORDNUNG DES III. PARTEITAGS[152]

A) Taktische Fragen.

1. Der bewaffnete Aufstand.

[2. Beteiligung der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung.]*

2. Vorbereitung zum offenen politischen Auftreten der Sozialdemokratie.

3. Verhalten der Sozialdemokratie zur Politik der Regierung vor, während und nach der Umwälzung.

4. Stellung zur Bauernbewegung.

B) Das Verhältnis zu den anderen Parteien und Strömungen.

5. Verhältnis zum abgespaltenen Teil der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

6. Verhältnis zu den nationalen sozialdemokratischen Parteien und Organisationen Rußlands.

7. Verhältnis zu den Liberalen.

8. Verhältnis zu den Sozialrevolutionären.

C) Die Organisation der Partei.

9. Das Statut der Partei.

10. Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den Parteiorganisationen.

D) Die Arbeit innerhalb der Partei.

11. Die Berichte der Delegierten.

12. Verbesserung der Propaganda und Agitation.

---

entwurfs folgende Fassung: „. . . der Rechtsgültigkeit des Parteitags und seiner endgültigen Konstituierung, nicht aber vom Standpunkt der Parteikrise." *Die Red.*

* Der in eckige Klammern petit gesetzte Text ist im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

[13. Der Erste Mai.]*

14. Wahl der leitenden Funktionäre.

15. Bestimmungen über die Veröffentlichung der Protokolle und über den Funktionsantritt der neugewählten Körperschaften.

Eingereicht am 13. (26.) April.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 im Lenin-Sammelband XXVI. *Nach dem Manuskript.*

8
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DER TAGESORDNUNG DES PARTEITAGS 13. (26.) APRIL

Ich hätte nichts gegen den Vorschlag der Genossen Michailow, Woinow und Simin einzuwenden.[153] Aber der Parteitag läuft Gefahr, sich in Diskussionen über die Tagesordnung zu verlieren. Auf den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie umfaßt die Tagesordnung 5–6 Punkte; wir hatten auf dem II. Parteitag an die 25. Unsere Diskussion droht bereits jetzt ins uferlose zu gehen. Ich schlage vor, die am meisten aufgegliederte Tagesordnung als Grundlage zu nehmen.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf. *Nach dem Text des Buches.*

* Der in eckige Klammern petit gesetzte Text ist im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

9
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DER ARBEITSWEISE DES PARTEITAGS 13. (26.) APRIL

Die Sitzungen des Parteitags durch Kommissionen zu ersetzen ist gefährlich. In den Kommissionen werden viele interessante Fragen erörtert, die dann verlorengehen, da sie nicht in die Protokolle aufgenommen werden. Für ernsthafte Arbeiten haben die Kommissionen wenig Zeit, und es empfiehlt sich nicht, sie auf Kosten der Arbeit des Parteitags zu verlängern. Nützlich wäre es, unverzüglich eine Resolutionskommission zu wählen, um den Arbeitsablauf wenigstens etwas zu lenken. Erforderlich ist auch eine Kommission für die Durchsicht der Berichte. Ob die Kommissionen für Organisationsfragen, für die Agrarfrage und für den bewaffneten Aufstand notwendig sind, bezweifle ich. Wir haben das alte Statut, haben den Entwurf Iwanows, haben die Meinung des Gen. N. F.[154], es sind genügend Materialien vorhanden.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

10
UNTERBREITUNG EINES RESOLUTIONSENTWURFS ÜBER DIE WAHL VON KOMMISSIONEN FÜR DIE DURCHSICHT DER DELEGIERTENBERICHTE UND FÜR DIE VORBEREITUNG DER RESOLUTIONSENTWÜRFE 13. (26.) APRIL

Ich schlage folgende Resolution vor: „Der Parteitag wählt: 1. eine Kommission für die Durchsicht der Delegiertenberichte und die Vorbereitung derselben zur Vorlage an den Parteitag; 2. eine Kommission für die Festlegung von Referenten und für die Vorbereitung von Resolutionsentwürfen zu den wichtigsten Fragen der Tagesordnung."

Die Reden der Delegierten haben mich davon überzeugt, daß wir nur so eine fruchtbare Arbeit leisten können. Wenn man nach dem System verfährt: allgemeine Diskussion und anschließende Beratung in den Kommissionen, dann läuft das auf dasselbe hinaus, was auf dem II. Parteitag war. Man muß darauf bedacht sein, die Arbeiten des Parteitags möglichst vollständig publik zu machen, um die Partei so gut wie möglich zu informieren. Angesichts der Atmosphäre des Argwohns, die unseren Parteitag umgibt, ist es besonders notwendig, die Diskussion möglichst öffentlich zu führen und in den Protokollen festzuhalten.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

11
ANTRÄGE AN DIE MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION DES PARTEITAGS

1
An die Kommission zur Überprüfung der Zusammensetzung des Parteitags

In der Sitzung des OK am 24. April 1905 habe ich vergessen, den Antrag zu stellen, daß der Genosse Arnatski[155] (der *richtige* (NB) Name), Mitglied des Kasaner Komitees, mit beratender Stimme zum Parteitag eingeladen wird. Ich bitte die Kommission, diesen Antrag zu prüfen.

Gen. Arnatski befindet sich im Ausland, in Frankreich, und hat sich mir gegenüber bereit erklärt, auf eigene Rechnung zum Parteitag zu kommen. Er fährt sehr bald nach Rußland und könnte seinem Komitee schnell über den Parteitag berichten. Von dem Kasaner Komitee konnte das

Organisationskomitee trotz aller Bemühungen keine Antwort aus Kasan bekommen. Deshalb besteht jetzt fast keine Hoffnung mehr, daß das Kasaner Komitee am Parteitag teilnehmen wird. Unsere Versuche, uns von hier, vom Ausland her mit Kasan in Verbindung zu setzen, sind ebenfalls fehlgeschlagen; auf unsere Briefe haben wir keine Antwort erhalten. Arnatski ist es ebenfalls nicht gelungen, von hier aus mit Kasan in Verbindung zu kommen. Sollte man nicht, angesichts der Unmöglichkeit, einen *Delegierten* vom Kasaner Komitee auf dem Parteitag zu haben, den Gen. Arnatski als *Mitglied* des Komitees mit *beratender* Stimme einladen?

Lenin

Eingereicht am 13. (26.) April.

2

An die Mandatsprüfungskommission

In der Sitzung des OK habe ich die schriftliche Bitte des Gen. Filatow (der richtige Name) übermittelt, ihn mit beratender Stimme zum Parteitag zuzulassen. Gen. Filatow ist der Verfasser der W. S. gezeichneten Artikel im „Wperjod" über den Aufstand. Zum Parteitag hat er einen Brief und eine Broschüre mit dem Referat „Die Anwendung der Taktik und der Fortifikation auf den Volksaufstand" vorbereitet (ist in einem Koffer, der in Boulogne geblieben ist). Über den Gen. Filatow bitte ich die Genossen Belski und Woinow zu befragen, die in Paris mit ihm zusammengearbeitet haben.[156]

Lenin

Eingereicht am 14. (27.) April.

Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVI.

Nach dem Manuskript.

12
AUSFÜHRUNGEN BEI DER DISKUSSION ÜBER DEN BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION[157]
14. (27.) APRIL

Meiner Meinung nach wäre es unzweckmäßig, die Organisationen unverzüglich durch den Parteitag zu bestätigen. Ich bin gegen die Zuerkennung beschließender Stimmen. Bezüglich des *Coup d'état* bin ich nicht mit Gen. Kamski einverstanden.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

13
RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DIE BESTÄTIGUNG DER KOMITEES VON KASAN UND VOM KUBANGEBIET[158]

Der Parteitag beschließt, die Komitees von Kasan und vom Kubangebiet bei der Konstituierung des Parteitags nicht zu rechnen, sie aber für die Zukunft als vollberechtigte Komitees zu bestätigen.

Eingereicht am 14. (27.) April.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Manuskript.

14
RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DIE VERFAHRENSWEISE BEI ABSTIMMUNGEN AUF DEM PARTEITAG[159]

Von jetzt ab nimmt der Parteitag alle Abstimmungen nach § 7 der Geschäftsordnung vor, nach dem die beschließenden Stimmen von den beratenden getrennt werden.

Eingereicht am 14. (27.) April.
Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

15
BEMERKUNGEN ZUM RESOLUTIONSENTWURF RUMJANZEWS ZUR FRAGE DES OFFENEN POLITISCHEN AUFTRETENS DER SDAPR

Meiner Meinung nach die Resolution so umarbeiten:
Motive:

1. konstatieren, daß unter dem Druck der revolutionären Bewegung das offene Auftreten der politischen Parteien etc. faktisch bereits beginnt;

2. daß die Liberalen in dieser Hinsicht besonders weit gehen, ihr *faktisches* Privileg (Pkt. 1 bei Schmidt);

3. daß bei den Arbeitern das *Streben* danach *kolossal* ist (Pkt. 2 bei Schmidt).

– *Schlußfolgerungen:*

1. sich keine einzige Gelegenheit öffentlichen Auftretens entgehen

lassen und dabei die Arbeiter *in der Aktion selbst* zu einer selbständigen Kraft organisieren;

2. auch die kleinsten legalen Formen utilisieren und dabei bestrebt sein, die legalen Arbeiterorganisationen unter den Einfluß der Sozialdemokratie zu bringen;

3. in allen Arbeiterorganisationen und unter möglichst breiten Massen die Notwendigkeit praktischer Maßnahmen zur Schaffung eines Apparats für das offene politische Auftreten neben unserem konspirativen Apparat zu propagieren.

[+ 0) B e g i n n der tatsächlichen Eroberung der Freiheit des Handelns.

2.
Besser 1.

1. Die Arbeitermassen streben nach öffentlichem Auftreten.
2. Die Liberalen machen *verstärkt* davon Gebrauch und erhalten das Übergewicht.
3. Die Notwendigkeit, sich auf den in nächster Zukunft möglichen Übergang von den gewohnten ausschließlich konspirativen Formen des Wirkens zu offenen Formen vorzubereiten.

Beschließt:

1. sich keine Gelegenheit entgehen lassen ... offene Aktionen – werden an Ort und Stelle von den einzelnen Organisationen ausgearbeitet
2. Utilisierung auch teilweise *legaler* Organisationsformen bei gleichzeitigem Bemühen, sie unter den Einfluß der Sozialdemokratie zu bringen]*

Geschrieben zwischen dem 16. und 19. April (29. April und 2. Mai) 1905.
Zum erstenmal veröffentlicht 1926 im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

* Der in eckige Klammern petit gesetzte Text ist im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

16
THESEN ZUR RESOLUTION ÜBER DIE TEILNAHME DER SOZIALDEMOKRATIE AN EINER PROVISORISCHEN REVOLUTIONÄREN REGIERUNG

Motive der Resolution:

1. Notwendigkeit der politischen Freiheit und der demokratischen Republik.

[2. Existenz einer revolutionären bürgerlichen und kleinbürgerlichen Demokratie, die fähig ist, für sie zu kämpfen und bereits damit beginnt.

3. Notwendigkeit der Unterstützung der revolutionären Demokratie durch das Proletariat . . .]*

4. Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung zum vollständigen Sturz der Selbstherrschaft und zur *tatsächlichen* Gewährleistung der Freiheit der konstituierenden Versammlung.

[5. Anerkennung seitens der revolutionären Sozialdemokratie der revolutionären Aktion nicht nur von unten, sondern auch von oben.

6. Notwendigkeit der Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung im Falle des vollständigen Sieges der Revolution, in dem Falle, daß sie die Führung des Aufstands innehat.]*

7. Der bürgerlich-demokratische Charakter der Umwälzung und die Notwendigkeit einer selbständigen Position des Proletariats zum Unterschied von der bürgerlichen Demokratie.

[8. Existenz einer organisierten sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die fähig ist zur offenen Organisation (mit breiter Beteiligung der Arbeiter), zur Kontrolle der Bevollmächtigten der Partei]*

Beschlußteil der Resolution

über die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung

1. Propaganda und Agitation der Idee einer provisorischen revolutionären Regierung als unerläßlicher Bestandteil der siegreichen Revolution.

---

* Der in eckige Klammern petit gesetzte Text ist im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

2. In Arbeiterversammlungen unser gesamtes Minimalprogramm besprechen, nicht nur unter dem allgemeinen Gesichtspunkt, wie wir das Maximalprogramm besprochen haben und es immer besprechen müssen, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Möglichkeit seiner sofortigen vollständigen Verwirklichung.
3. *Im Falle des siegreichen Volksaufstands* die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung zusammen mit der revolutionären Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Demokratie als möglich anerkennen zum schonungslosen Kampf gegen alle konterrevolutionären Anschläge, zum Zwecke der völligen Säuberung des demokratischen Bodens in Rußland, zum Zwecke der Ausnutzung aller von der Regierung gewährten Mittel einer breiteren Organisation der Arbeiterklasse.
4. Unerläßliche Vorbedingung für eine solche Teilnahme – Kontrolle der sozialdemokratischen Arbeiterpartei über ihre Bevollmächtigten in der Regierung und strikte Wahrung der unabhängigen Klassenpartei der Arbeiter, die in ihrem Streben nach der vollständigen sozialistischen Umwälzung jedweder bürgerlichen Demokratie feindlich gegenübersteht.

Das sind die subjektiven Vorbedingungen. Und die objektiven? zum schonungslosen Kampf gegen die Konterrevolution. Pkt. 3.

5. Auf jeden Fall, unabhängig davon, ob es zur Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung kommt, ist in der Arbeiterklasse die Notwendigkeit selbständiger *revolutionärer* Arbeiterorganisationen zur Kontrolle jeder *beliebigen* revolutionären Regierung und zum Druck auf sie zu propagieren.

{NB *Bewaffnetes* Proletariat}

Geschrieben im April 1905, vor dem 18. April (1. Mai).
Zum erstenmal veröffentlicht 1926 im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

17
AUSFÜHRUNGEN BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE RESOLUTION ZUR FRAGE DES OFFENEN POLITISCHEN AUFTRETENS DER SDAPR
19. APRIL (2. MAI)

Gen. Sergejew hat nicht recht.[160] Wir haben es hier mit der einheitlichen Frage nach der Veränderung des Charakters der Tätigkeit der Sozialdemokratie zu tun, was auch in der Resolution konstatiert wird.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

18
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DES RESOLUTIONSENTWURFS ÜBER DAS VERHALTEN ZUR TAKTIK DER REGIERUNG UNMITTELBAR VOR DER REVOLUTION
19. APRIL (2. MAI)

1

Ich schließe mich der Meinung des Gen. Belski an.[161] Wir setzen den Begriff Revolution herab, wenn wir dieses Wort für die einfache Aneignung einiger geringfügiger Rechte verwenden.

2

Ich bin damit einverstanden, daß der Ausdruck „auf revolutionärem Wege" eine energischere Form des Kampfes bezeichnet, aber es wird da-

mit der Begriff Revolution herabgesetzt. Ich schlage vor, entweder ihn durch die Worte „entgegen dem Gesetz" zu ersetzen oder aber das Wort „Minimalprogramm" nach dem Ausdruck „auf revolutionärem Wege" zu streichen, denn man kann das so auffassen, daß wir die ganze Revolution auf diesem Wege durchführen wollen.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

19
RESOLUTION
ÜBER DIE STELLUNG ZUR BAUERNBEWEGUNG

In der Erwägung:

1. daß sich die gegenwärtig anschwellende Bauernbewegung, obgleich sie spontan und politisch unbewußt ist, dennoch unvermeidlich gegen die bestehende politische Ordnung und gegen alle Überreste der Leibeigenschaft überhaupt richtet;

2. daß es zu den Aufgaben der Sozialdemokratie gehört, jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung zu unterstützen;

3. daß infolgedessen die Sozialdemokratie bestrebt sein muß, den revolutionär-demokratischen Inhalt der Bauernbewegung von allen reaktionären Beimischungen zu reinigen, indem sie das revolutionäre Selbstbewußtsein der Bauern entwickelt und ihre demokratischen Forderungen bis zur letzten Konsequenz führt;

4. daß die Sozialdemokratie als Partei des Proletariats in allen Fällen und unter allen Umständen unentwegt eine selbständige Organisation des Landproletariats anstreben muß und ihm den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen seinen Interessen und denen der Dorfbourgeoisie klarzumachen hat,

– beauftragt der III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands alle Parteiorganisationen,

a) unter breiten Schichten des Volkes zu propagieren, daß die Sozialdemokratie sich die tatkräftigste Unterstützung aller revolutionären Maßnahmen der Bauernschaft zur Aufgabe macht, die geeignet sind, die Lage der Bauern zu verbessern, bis zur Konfiskation der gutsherrlichen, staatlichen, Kirchen-, Kloster- und Apanageländereien;

b) als praktische Losung für die Agitation unter der Bauernschaft und als Mittel, ein Höchstmaß an politischem Bewußtsein in die Bauernbewegung hineinzutragen, die Notwendigkeit der sofortigen Bildung von revolutionären Bauernkomitees zu verkünden, die das Ziel haben sollen, alle revolutionär-demokratischen Umgestaltungen durchzuführen im Interesse der Befreiung der Bauernschaft von der Unterdrückung durch Polizei, Beamtenschaft und Gutsbesitzer;

c) zwecks Desorganisierung der Selbstherrschaft und zur Unterstützung des revolutionären Ansturms gegen sie die Bauernschaft und das Landproletariat zu allen möglichen politischen Demonstrationen aufzurufen, zur kollektiven Verweigerung der Zahlung von Abgaben und Steuern sowie des Militärdienstes und der Durchführung der Anordnungen und Weisungen der Regierung und ihrer Agenten;

d) die selbständige Organisation des Landproletariats, seine Verschmelzung mit dem städtischen Proletariat unter dem Banner der sozialdemokratischen Partei und die Aufnahme seiner Vertreter in die Bauernkomitees anzustreben.

Eingereicht am 20. April (3. Mai).

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Manuskript.

20
AN DAS PRÄSIDIUM DES PARTEITAGS[162]

Ich halte die Annahme einer Resolution (über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen) eben jetzt für angebracht.

Lenin

Geschrieben am 20. April (3. Mai) 1905.
Zum erstenmal veröffentlicht 1934 im Lenin-Sammelband XXVI.

Nach dem Manuskript.

21
DISPOSITION DER REDE ÜBER DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN ARBEITERN UND INTELLEKTUELLEN IN DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN[163]

Disposition meiner Rede vom 3. V. (15. Sitzung).

I. Es stimmt nicht, daß die Träger der revolutionären sozialdemokratischen Ideen bei uns vorwiegend Intellektuelle sind (wie Wlassow sagte).

II. Es stimmt nicht, daß das Prinzip der Wählbarkeit kein besseres Informiertsein der Peripherie mit sich bringen wird etc. (wie Wlassow sagte).

III. Wlassow sagte, die Anstifter (der Spaltungen und der Opposition) seien Intellektuelle. Wird von Latyschew, Ljadow, Kramolnikow etc. bekräftigt.

IV. *Arbeiter* **müssen** *in die Komitees aufgenommen werden.*

Geschrieben am 20. April (3. Mai) 1905.
Zum erstenmal veröffentlicht 1926 im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

22
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DES PARTEISTATUTS[164]
21. APRIL (4. MAI)

1

Praktischer ist der Vorschlag des Gen. Kitajew, dem zufolge zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitags die Hälfte der Stimmenzahl des vorangegangenen Parteitags erforderlich ist.

2

Im Gegenteil, die Festlegung einer bestimmten Anzahl der für die Einberufung eines Parteitags erforderlichen Stimmen erleichtert die Sache. Nach jedem Parteitag wird die erforderliche Stimmenzahl festgelegt. Es muß lediglich eine Anmerkung hinzugefügt werden, daß die Liste der vom ZK bestätigten Komitees im ZO veröffentlicht wird.

3

Die Liste der neu bestätigten Organisationen wird unverzüglich im ZO der Partei veröffentlicht und dabei der Zeitpunkt ihrer Bestätigung durch das ZK angegeben.

4

Ich bin für die ursprüngliche Fassung des § 6, wie sie im „Wperjod" veröffentlicht war[165], weil es sonst nicht richtig herauskommt.

5

Ich schließe mich der Meinung des Gen. Petrow und anderer an. Den Vorschlag des Gen. Belski müßte man als Anmerkung bringen.[166]

6

Im Interesse des ZO muß ich mich für den Vorschlag des Gen. Kitajew aussprechen. Bei wöchentlichem Erscheinen der Zeitung muß man immer auf dem laufenden sein und über genügend Material verfügen.[167]

7

Ich bin für einstimmige Kooptation.[168] Das ZK ist nicht groß, und wir müssen im Interesse einer positiven Arbeit sowie im Interesse der politischen Führung seine einheitliche Zusammensetzung garantieren.

8

Einverstanden mit Gen. Kusnezow: § 13 ist aus dem Statut zu entfernen und dafür die Resolution anzunehmen, die Gen. Belski dem Büro eingereicht hat.[169]

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

23
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DES RESOLUTIONSENTWURFS ÜBER DIE VOLLSITZUNGEN DES ZK[170]
21. APRIL (4. MAI)

Ich bin für Maximows Resolution. Wenn es Schwierigkeiten bereitet, einmal in drei Monaten zusammenzukommen, kann man die Frist auf vier Monate verlängern. Ein ZK-Mitglied im Ausland muß über alles Bescheid wissen und an der Entscheidung der wichtigsten Angelegenheiten

beteiligt sein. Wenn es Schwierigkeiten bereitet, alle zusammenzubringen, kann eine Sitzung auch stattfinden, wenn sie nicht vollzählig ist.

Zum erstenmal veröffentlicht 1924 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR im Jahre 1905. Vollständiger Text der Protokolle".

Nach dem Text des Buches.

24
AUSFÜHRUNGEN ZUM BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION ÜBER DIE VERTRETUNG DES KASANER KOMITEES[171]
22. APRIL (5. MAI)

L e n i n beruft sich auf eine Stelle aus den Protokollen des II. Parteitags, aus der hervorgeht, daß das Kasaner Komitee zu den Organisationen gezählt wurde, zu deren Vollberechtigung es noch der formellen Bestätigung bedurfte. Da die formelle Bestätigung bisher nicht erfolgt ist, besteht kein Grund, den bereits gefaßten Beschluß des Parteitags aufzuheben. Der Kasaner Vertreter kann an dem Parteitag nur mit beratender Stimme teilnehmen, und das Komitee muß, gemäß dem Antrag der Kommission, eben jetzt formell bestätigt werden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1937 in dem Buch „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle".

Nach dem Text des Buches.

25
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DER RESOLUTIONSENTWÜRFE ÜBER DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN ARBEITERN UND INTELLEKTUELLEN IN DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN
22. APRIL (5. MAI)

Ich wende mich, um eine Zersplitterung zu vermeiden, dagegen, daß die Resolutionen einzeln erörtert werden, und schlage vor, sie zur Zusammenfassung einer Kommission zu übergeben. Speziell zu der Meinung des Gen. Kitajew, daß die Komitees nur aus Organisatoren bestehen müßten, möchte ich sagen, daß diese allein nicht genügen, damit ein Komitee funktioniert.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

26
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG EINER ZUSATZRESOLUTION ZUM PARTEISTATUT ÜBER REGELMÄSSIGE KONFERENZEN VON VERTRETERN DER VERSCHIEDENEN PARTEIORGANISATIONEN[172]
22. APRIL (5. MAI)

1

Ich hätte nichts dagegen einzuwenden, aber wird dem ZK nicht zuviel Arbeit aufgebürdet, wenn man ihm die Organisierung von Konferenzen empfiehlt?

Statt „das ZK ... organisiert" schlage ich vor zu sagen: „sowohl das

Zentralkomitee als auch die örtlichen Komitees . . . organisieren" und statt „Konferenzen von Vertretern der örtlichen Komitees": „Konferenzen von Vertretern der verschiedenen Organisationen unserer Partei".

2

Richtig. Ich bin gegen Zusätze, die nur Formalismus und Bürokratismus erzeugen.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

27
ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DEN ABGESPALTENEN TEIL DER PARTEI[173]

Der III. Parteitag der SDAPR beauftragt das Zentralkomitee, alle Maßnahmen zu treffen, um die Bedingungen für eine Verschmelzung mit dem abgespaltenen Teil der SDAPR vorzubereiten und auszuarbeiten, wobei die endgültige Bestätigung solcher Bedingungen einem neuen Parteitag überlassen werden muß.

NB: nicht zur Veröffentlichung bestimmt

Eingereicht am 23. April (6. Mai).

Zum erstenmal veröffentlicht 1924 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR im Jahre 1905. Vollständiger Text der Protokolle".

Nach dem Manuskript.

28
AUSFÜHRUNGEN ZUR RESOLUTION RUMJANZEWS ÜBER DEN ABGESPALTENEN TEIL DER PARTEI[174]
23. APRIL (6. MAI)

Mir scheint, der erste Teil ist nicht annehmbar: wie kann man denn angesichts der Spaltung nicht agitieren? Was die Auflösung der menschewistischen Komitees betrifft, so muß das äußerst vorsichtig geschehen.

Zum erstenmal veröffentlicht 1924 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR im Jahre 1905. Vollständiger Text der Protokolle".

Nach dem Text des Buches.

29
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG EINER RESOLUTION ÜBER DAS VERHÄLTNIS ZU DEN NATIONALEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN[175]
23. APRIL (6. MAI)

Man schlägt uns etwas Unannehmbares vor. Was will der Gen. Michailow eigentlich? Daß Vereinbarungen nur vom ZK und den örtlichen Komitees gemeinsam getroffen werden können? Aber die allgemeinen Beschlüsse des ZK sind doch für die örtlichen Komitees bindend. Es ist nicht zweckmäßig, von einem Einzelfall auszugehen, wo ein menschewistisches ZK irgendwelche Verwirrung gestiftet hat. Man muß auch der Initiative der örtlichen Komitees Raum geben. Wir müssen auch den örtlichen Komitees das Recht zugestehen, ihre Tätigkeit mit den sozialdemokratischen Organisationen örtlich aufeinander abzustimmen. Wenn

das ZK nicht in einer solchen Lage wäre, daß es nicht aufzufinden ist, würde man es natürlich immer fragen.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

30
AUSFÜHRUNGEN ZUR FRAGE DES VERHÄLTNISSES ZU DEN LIBERALEN
23. APRIL (6. MAI)

Es ist jetzt nicht angebracht, die Frage der Abkommen mit den Liberalen aufzuwerfen. Bei uns in Rußland ist der Aufstand herangereift, und unter diesen Bedingungen ist ein Abkommen wenig wahrscheinlich. Wenn sich auch irgendwelche Gruppen der „Befreiung" oder liberal gestimmte Studenten finden sollten, die sich nicht weigern, mit der Waffe in der Hand vorzugehen, so braucht man doch kein Abkommen mit Struve zu treffen.

Ergänzt die Mitteilungen des Gen. Woinow über die Semstwotagung in Moskau (zitiert die „Times")[176].

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

31
AUSFÜHRUNGEN ZUM TÄTIGKEITSBERICHT DES ZK[177]
25. APRIL (8. MAI)

Man wirft mir eine widersprüchliche Meinung hinsichtlich des Urteils vor. Wäre dies ein Parteitag der Gesamtpartei, dann wäre die Frage des Urteils schon früher aufgetaucht, aber jetzt hat alles Vorausgegangene klar gezeigt, wie die Dinge lagen. Das ZK kann keinen Rechenschaftsbericht geben, weil es durcheinander war. Der Ausweg für das ZK war der gleiche wie früher – der Parteitag, der später zusammengetreten ist, als es notwendig gewesen wäre. Wenn ein „geständiger Angeklagter" zur Stelle ist, entfällt die gerichtliche Untersuchung.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

32
VORSCHLAG ZUR WAHLORDNUNG FÜR DIE WAHLEN ZUM ZK
25. APRIL (8. MAI)

Ich schlage vor, zuerst festzulegen, wieviel Personen zu wählen sind, die Wahlen in geheimer Abstimmung durchzuführen und sich dann zu einigen, in welchem Umfange die Abstimmungsergebnisse bekanntzugeben sind.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

33
RESOLUTIONSENTWURF ÜBER DEN ZEITPUNKT FÜR DEN FUNKTIONSANTRITT DES ZK

Der Parteitag beschließt, daß das von ihm gewählte neue ZK sofort seine Funktion antritt.[178]

Eingereicht am 25. April (8. Mai).

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Manuskript.

34
AUSFÜHRUNGEN ÜBER DIE HERAUSGABE DER PROTOKOLLE DES III. PARTEITAGS DER SDAPR
25. APRIL (8. MAI)

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß man über den Umfang der Kürzung der Parteitagsprotokolle nicht im voraus entscheiden könne. Man müsse alle Diskussionsbeiträge zur Tagesordnung veröffentlichen; weiter bemerkt er, daß man die Technik im Ausland neu organisieren müsse, was das Tempo bei der Herausgabe der Parteitagsprotokolle beeinflussen könne.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

35
ABÄNDERUNGSVORSCHLÄGE ZUM RESOLUTIONSENTWURF ÜBER PROPAGANDA UND AGITATION[179]

Die Resolution insgesamt

a) Eine Publizisten- und Propagandistengruppe zu bilden, die ein allgemeines propagandistisches Programm ausarbeitet und dazu eine Reihe populärer Broschüren zu den wichtigsten Fragen des Parteiprogramms, der Taktik und der Organisation verfaßt*,

a) dabei ist der Herausgabe von Broschüren für die Arbeit unter der Bauernschaft besondere Aufmerksamkeit zu schenken,

b) muß man für die Organisierung eines populären Organs in Rußland Sorge tragen;

Pkt. c) ersetzen durch

angenommen

c) sind Maßnahmen zu treffen zur Bildung von Agitatoren- und Propagandistengruppen, die die örtlichen Zentralstellen unterstützen.[180]

Lenin

Geschrieben am 25. April (8. Mai) 1905.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Manuskript.

---

* Petit gesetzt ist der Text des Resolutionsentwurfs. *Die Red.*

36
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DER RESOLUTION ZU DEN EREIGNISSEN IM KAUKASUS
26. APRIL (9. MAI)

1

Das stimmt nicht, daß die Partei sich verpflichtet, den Aufstand festzusetzen, wenn der Kaukasus die Revolution beginnt. Wir beauftragen das ZK nur, die Bewegung zu unterstützen.*

2

Im allgemeinen schließe ich mich dem Abänderungsantrag des Gen. Petrow[181] an, wenn er auch keinen revolutionären Aufruf enthält.**

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Text des Buches.

---

* In der Niederschrift der Protokollkommission ist der Schluß der Ausführungen in folgender Fassung wiedergegeben: „Wir beauftragen das ZK nur, die Bewegung zu unterstützen; die Schlußfolgerung, daß man nur agitieren und propagieren muß, entspricht nicht der Situation im Kaukasus. Ich möchte die Aufmerksamkeit aller auf diesen Absatz lenken.

Es bittet niemand ums Wort. Die Diskussion wird *geschlossen*." *Die Red.*

** In der Niederschrift der Protokollkommission sind diese Ausführungen Lenins in folgender Fassung wiedergegeben: „L e n i n. Sollte man nicht ergänzen ‚dem Proletariat und der Bauernschaft Rußlands'. Rybkin sagte soeben, in der Resolution könnte darauf hingewiesen werden, daß der Kaukasus den Aufstand nicht beginnen soll, solange Rußland ihn nicht unterstützen kann. Aber dazu müßte man die ganze Resolution verändern. Wichtig ist, was die Leute von dort sagen; im allgemeinen schließe ich mich dem Abänderungsantrag des Gen. Petrow an, wenn er auch des revolutionären Aufrufs entbehrt." *Die Red.*

PLAN EINES REFERATS ÜBER DEN III. PARTEITAG DER SDAPR UND SEINE BESCHLÜSSE[182]

Der III. Parteitag und seine Beschlüsse

A) Warum kam es zu einem Parteitag und einer Konferenz?
B) Die Organisationsfrage auf dem Parteitag und auf der Konferenz.
C) Die taktischen Fragen „ „ ~ „ ~ „ ~ „

A) {
1. Die Rechtsgültigkeit der *Einberufung* des Parteitags ohne den Rat.
2. Die Rechtsgültigkeit des Parteitags *selbst.*
3. Warum ist man eigentlich nicht zum Parteitag gegangen? (Umwandlung *eines* Parteitags in zwei.)

B) Die drei Hauptpunkte der Organisationsarbeit des III. Parteitags:
Bb) 1. § 1.
2. „Einzentrigkeit".
3. „Garantie der Rechte der Minderheit".
Bc) Das Organisationsstatut der Konferenz.
(1) leitende „Kollektive" (?).
(2) „örtliche Organisation" (? und § 1?).
(3) ZK und Vollzugskommission – und OK | ??? |
(4) Die Bedingungen einer Vereinbarung? | auf dem Parteitag? |

C) 4 1. Die provisorische revolutionäre Regierung.
3 2. Der bewaffnete Aufstand.
2 3. Die gegenwärtige politische Situation.
1 4. Das Verhältnis zu anderen revolutionären und oppositionellen Parteien.
5. 5. Die Vollzugskommission.
4. 4. ZK = Vollzugskommission + Vertreter der Gebietskomitees = Konferenz.
3. 3. Gebietskomitees = gewählte Vertreter der Gebietstagungen.
2. 2. Gebietstagungen = Delegierte der leitenden Kollektive.

1. Das leitende Kollektiv = Komitee + alle Bezirkskomitees + besondere Gruppe.

Das Komitee erstattet den Bezirkskomitees Bericht und schickt, unterbreitet ihnen eine „Befragung".

Das Komitee wird beinahe gewählt von den Mitgliedern der Bezirkskomitees.

die Gruppen der örtlichen Organisation
Aus den Komplimenten der Menschewiki:
„grobe Verletzung des Versprechens"
„der Partei den Parteitag aufgezwungen"
„ein unerhörtes Verbrechen"
„das Vertrauen der Partei getäuscht"
„skrupellose Verdrehung"
„Unterschiebung"

„Vergewaltigung des Willens des organisierten Proletariats" (S. 13)

Die Bedingungen der Menschewiki

„es muß die *ganze Partei* vertreten sein, d. h. die Masse ihrer tatsächlichen Mitglieder" S. 8

„Kann man denn die taktischen Fragen entscheiden ohne vorherige Erörterung durch die ganze Partei? Ist es denn nicht leichtsinnig ... den bewaffneten Aufstand ... sogar in der Literatur haben die Auseinandersetzungen erst begonnen" (S. 10)

„wir haben gehört" (S. 10/11).

Geschrieben im Mai 1905,
nach dem 15. (28.).
Zum erstenmal veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.

Nach dem Manuskript.

NOTIZEN ZU DEM ARTIKEL „ÜBER DIE PROVISORISCHE REVOLUTIONÄRE REGIERUNG“[183]

1. Folgt aus Marx' „Ansprache“ an die Kommunisten vom März 1850[184], daß Marx *nicht einmal den Gedanken zugelassen hat,* die Kommunisten könnten sich in einer Epoche der demokratischen Umwälzung zusammen mit der Bourgeoisie an einer provisorischen revolutionären Regierung beteiligen?

2. Stimmt es, daß Marx in der erwähnten „Ansprache“ *die Frage* der Beteiligung der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung *überhaupt nicht aufgeworfen hat?*

3. Besteht ein Unterschied zwischen: „den Gedanken der Beteiligung nicht zulassen“ und „die Frage der Beteiligung nicht aufwerfen“?

4. Stimmt es, daß Marx in der erwähnten „Ansprache“ selber auf die Festigung der kleinbürgerlichen demokratischen Partei und auf die Schwächung der kommunistischen Arbeiterpartei in der letzten Zeit hingewiesen hat?

5. . . . *

Geschrieben im Mai 1905,
vor dem 21. Mai (3. Juni).
Zum erstenmal veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

ABRISS DER PARTEISPALTUNG[185]

„Ökonomismus“ und alte „Iskra“. 1900–1903.

1. „Ökonomismus“ und alte „Iskra“. (Resolutionen der Konferenz 1901[186]).

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

Der II. Parteitag. VII. 1903.	2. Der II. Parteitag. 51 = 8 + 10 + 9 + 24.[187] (= „Ökonomisten“ und alte „Iskra“.)
Der Kampf um die Kooptation oder der „Belagerungszustand“ VIII.–XI. 1903.	3. 26. 8. 1903–26. 11. 1903.[188] (Niemals mit Martynow![189] „Kontinuität“. Brief vom 8. X. 1903[190]).
ad 5. {Zirkelwesen und Partei! Frieden mit den „Ökonomisten“! Die Leninschen „Ketzereien“. XI. 1903–I. 1904.}	4. 26. 11. 1903–7. 1. 1904. [Geheime Organisation.]
Versöhnungsversuche *alte und neue „Iskra“* („Abgrund“). I.–VII. 1904.	
	5. 7. I. 1904–? 9. VII. 1904. [Die russischen Komitees und die Redaktion der „*Iskra*“. „22“ und „19“.[191] Der Kampf um den Parteitag. Ein entlarvendes „Dokument“.]
Der Kampf um den Parteitag. VII. 1904–V. 1905.	6. VII. 1904–V. 1905. [Büro der Komitees der Mehrheit = 3 Konferenzen. „Wperjod“.] „Plan der Semstwokampagne“.
III. Parteitag V. 1905.	7. V. 1905. Parteitag und Konferenz.
Nach dem III. Parteitag. VI. 1905–	8. Après le* III. Parteitag.[192]

Geschrieben nicht vor Mai 1905.
Zum erstenmal veröffentlicht 1926 im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

---

* Nach dem. *Die Red.*

LETZTE NACHRICHTEN

Der „Potjomkin" ist vor Feodossija aufgekreuzt.[193] Er hat Proviant an Bord genommen und sich mit unbekanntem Ziel entfernt, nachdem er ein russisches Handelsschiff mit einer Ladung Vieh requiriert hatte. Es wird gemeldet, er habe auch Kohle von einem englischen Handelsschiff erhalten. Von einer Kapitulation ist gar keine Rede: der „Potjomkin" hat sich das Ziel gesetzt, in allen Küstenstädten den Aufstand auszulösen. Hier der Text eines *Manifests*, das (nach Mitteilung einer deutschen Zeitung aus Bukarest) vom „Potjomkin" verbreitet wird:

„An die zivilisierten Bürger und an das arbeitende Volk! Die Verbrechen der absolutistischen Regierung haben jede Geduld erschöpft. Ganz Rußland ist von der Flamme der Empörung erfaßt und fordert: Weg mit den Sklavenketten! Die Regierung will das ganze Land in Blut ertränken, dabei vergißt sie, daß das Heer aus Söhnen des unterdrückten Volkes besteht. Die Besatzung des ‚Potjomkin' hat den ersten entscheidenden Schritt getan. Wir wollen nicht länger Henker unseres Volkes sein. Unsere Losung: Tod oder Freiheit für das ganze russische Volk! Wir fordern die Beendigung des Krieges und die unverzügliche Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts. Für dieses Ziel werden wir bis zum letzten kämpfen: Sieg oder Tod! Alle freien Menschen, alle Arbeiter werden im Kampf um Freiheit und Frieden auf unserer Seite sein. Nieder mit der Selbstherrschaft! Es lebe die konstituierende Versammlung!"

„Proletari" Nr. 7,
10. Juli (27. Juni) 1905

Nach dem Text des „Proletari",
verglichen mit dem Manuskript.

ANMERKUNG DER KOMMISSION FÜR DIE HERAUSGABE DER PROTOKOLLE DES III. PARTEITAGS DER SDAPR ZUM TEXT DER PROTOKOLLE

Was die Anzahl der Stimmen auf dem Parteitag betrifft, so bittet die Protokollkommission die Leser, folgendes zu beachten. Auf dem Parteitag waren 46 Stimmen, vertreten durch 23 Delegierte, von denen einer eine Stimme besaß, einer drei und die übrigen je zwei. (Mit dem Eintreffen des Gen. Golubin, d. h. von der 18. Sitzung an, waren es 24 Delegierte.) Fast alle Abstimmungen auf dem Parteitag wurden nach der Anzahl der Delegierten gezählt, d. h., der Einfachheit halber wurde angenommen, daß jeder Delegierte eine Stimme besitzt. Deshalb also ist die Summe der Ja- und Neinstimmen immer 23 und nicht 46. Es versteht sich von selbst, daß diese vereinfachte Rechnung die Ergebnisse nicht beeinflussen konnte, denn die Zahl der Jastimmen und die der Neinstimmen verringerten sich gleichermaßen um die Hälfte. Eine solche Verteilung der Stimmen aber, daß eine Entscheidung von dem einen Genossen mit 3 Stimmen abhängig gewesen wäre, ist nicht ein einziges Mal vorgekommen.

Geschrieben nicht später als im Juli 1905.

Veröffentlicht 1905 in dem Buch „Der dritte ordentliche Parteitag der SDAPR. Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Genf.

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINES FLUGBLATTS[194]

An die Bürger!

An das russische Volk
und an alle Völker Rußlands

1. Allgemeiner Krieg – Blutvergießen – Blutbad am 9. I. – Barrikaden Riga – Kaukasus, Polen – Odessa etc. etc. – Bauernaufstände.

2. Weshalb?
Konstituierende Versammlung. *Freiheiten* für das Volk.

Schacher

3. Antworten der Regierung. Betrug der Semstwoleute. Die Regierung fordert zum Kampf heraus. Armee und Flotte schwanken.
4. Was tun? Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung.
5. Alle klassenbewußten Arbeiter, alle aufrichtigen Demokraten, alle kampfbereiten Bauern müssen sich sammeln und sich in Gruppen und Abteilungen einer *revolutionären Armee* organisieren, müssen Waffen beschaffen, ihre Vorgesetzten wählen und sich bereit halten, alles zu tun, was zur Unterstützung des Aufstands möglich ist.
6. Die Bildung einer revolutionären Regierung muß zum Ziel gesetzt werden. Vereinigung des Aufstands. Konzentration der Kräfte des Volkes. *Organisation der Freiheit und des Kampfes um die Freiheit.*
7. Losungen und Ziele der revolutionären Regierung.

Fünf hauptsächliche –
– zentrale –
sind Grundlage der Form
des Regierens
durch das Volk

(1) Konstituierende Versammlung.
und Teilwahlen
(2) Bewaffnung des Volkes.
(3) Freiheit.
(4) Bauernkomitees.
(5) Befreiung der unterdrückten Völkerschaften.
(6) Achtstundentag.

8. Revolutionäre Armee und revolutionäre Regierung. Arbeiter, organisiert euch! Sucht die Masse zu führen! Zieht die Bauern heran!

Geschrieben im Juli 1905.
Zum erstenmal veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

SKIZZE ÜBER DEN UNTERSCHIED ZWISCHEN DER TAKTIK DER BOLSCHEWIKI UND DER MENSCHEWIKI GEGENÜBER DER BULYGINSCHEN DUMA

[1. Verstärkte Agitation anläßlich des *Gesetzes* über die Duma.] *

2. Unterstützung des linken Flügels der bürgerlichen Demokratie, die den Boykott der Duma vorgeschlagen hat.
3. Verstärkte Agitation gegen die Duma anläßlich der Wahlen und während derselben.
4. Zentrale Agitationslosung:

   bewaffneter Aufstand
   revolutionäre Armee
   provisorische revolutionäre Regierung
   (6 Punkte).

[1. Dasselbe] *

2. Nein
3. Verstärkte Agitation weniger gegen die Duma als für die Wahl der Entschiedeneren.
4. Agitationslosungen:

   konstituierende Versammlung
   Volksagitationskomitees
   illegale Vertretung
   revolutionäre Selbstverwaltung.

Geschrieben zwischen dem 11. und 23. August (24. August und 5. September) 1905.

Zum erstenmal veröffentlicht 1926 im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

---

* Der in eckige Klammern gesetzte Text ist im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

NOTIZEN ZUR FRAGE DER WAHLEN IN DIE BULYGINSCHE DUMA

1. Teilnehmen und nur Anhänger der Selbstherrschaft wählen („Moskowskije Wedomosti“[195]).
2. *Teilnehmen und nur Liberale wählen* („Westnik Jewropy“[196], „Rus“[197], „Oswoboshdenije“ etc. etc.).
3. Teilnehmen und nur entschiedene Anhänger einer demokratischen und freien Vertretung wählen („Iskra“).
4. *Teilnehmen und nur mit gebundenen Mandaten wählen* (Kiewer Advokaten).
5. Teilnehmen und nur wählen, indem eine revolutionäre Verpflichtung abverlangt wird (Tscherewanin in der „Iskra“).
6. Aktiver Boykott mit der Losung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung („Bund“).
7. Aktiver Boykott mit der Losung: bewaffneter Aufstand, revolutionäre Armee, revolutionäre Regierung („Proletari“[198]).

{ A p a r t *: selber gesondert eine konstituierende Versammlung des ganzen Volkes auf dem Weg der Selbstentstehung wählen. }

(„Iskra“ und *teilweise* „Bund“)[199].

Geschrieben im August 1905,
nach dem 19. August (1. September).
Zum erstenmal veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

* Außerdem. *Die Red.*

PLAN ZU EINEM ARTIKEL „DIE HAUPTAUFGABE DER SOZIALISTISCHEN POLITIK"[200]

Die Hauptaufgabe der sozialistischen Politik

Selbständige *politische Partei* des Proletariats mit klarem *sozialistischem* Programm.

Erste Anwendung in der Praxis.

„Kadetten"partei[201]. Ihre (objektiven) Aufgaben. Vgl. *„Nascha Shisn"*[202] vom 18. IX.: das Volk heranziehen, das Vertrauen des Volkes stärken etc. etc.

Cf. ibid. über die Bildung der Kadettenpartei und Dementi der „Birshewyje Wedomosti"[203].

Dieses Vertrauen zerstören oder unter bestimmten *„Bedingungen"* aufrechterhalten?

Schwankungen der Neuiskristen (Parvus, Tscherewanin, Martow: „Wahl von Entschiedenen").

Bedingungsloser Kampf gegen die Kadetten. „Vereinbarer". Beginn des Verrats.

Einwände: 1. „Absentismus". Slander. On the contrary, the most active agitation.*

2. „Unterstützung der revolutionären Bourgeoisie". Ça dépend.** Im Parlament? ja. Wenn wir bei den Wahlen zwischen Konservativen und Kadetten wählen? ja. Aber jetzt weder das eine noch das andere, denn es gibt *n o c h k e i n e n* *Parlamentarismus.* Kampf dafür. Verrat im Kampf. Reale*** Unterstützung der Kadetten in der gegenwär-

---

* Verleumdung. Im Gegenteil, die aktivste Agitation. *Die Red.*

** Je nachdem. *Die Red.*

*** Zwei Möglichkeiten: (1) Die Reichsduma knurrt nur. (2) Die Reichsduma kämpft für eine Regierung *der Bourgeoisie.* (Tertium non datur. [Ein Drittes gibt es nicht. *Die Red.*] Für die Revolution kann die Reichsduma nicht *konsequent* kämpfen.) Sowohl bei *1* als auch bei *2* entscheidet der Aufstand. Ad (2) – günstiger Anlaß, nicht mehr. Gefährlichkeit der Petrunkewitsch et Co. an der Macht.

tigen Situation ist revolutionärer Kampf, Aufstand. Auf der Straße oder im Parlament? (Cf. Marx über Ledru-Rollin. 1849.[204])

Ausnutzung legaler und halblegaler Mittel? Unbedingt ja. Arbeiterkongreß? – ja. Versammlungen? Ja. Doch etwas Naheliegendes ausnutzen heißt nicht verschmelzen, verschwommenen Charakter annehmen. Um auszunutzen, muß man selbständig, einig, geschlossen sein.

Unsinnigkeit der neuiskristischen Taktik: „Vereinbarung und Unterstützung" plus „Wahlkomödie als möglicher Impuls zum Aufstand". Anlässe kann es tausendundeinen geben.

Nein. Die Taktik ist jetzt eine andere: 1. Schonungsloser Kampf gegen die kadettischen Vereinbarer. 2. Sie anprangern, weil sie in die Duma gegangen sind. 3. Entwicklung der selbständigen Partei der Sozialdemokraten im Kampf gegen die Kadetten und bei der Agitation im Zusammenhang mit der Reichsduma. 4. Vorbereitung zum Aufstand, der herannaht und der – nicht aber der „Parlamentarismus" – *jetzt* Angelpunkt der Situation ist. 5. Ausnutzung aller halblegalen und legalen Mittel für diese Vorbereitung, für die Agitation. 6. Konzentration auf die Losungen: bewaffneter Aufstand, revolutionäre Armee, provisorische revolutionäre Regierung.

Geschrieben im September 1905,
nach dem 18. September (1. Oktober).
Zum erstenmal veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVI.

Nach dem Manuskript.

NOTIZ[205]

Gespräch eines Oswoboshdenzen mit einem Sozialdemokraten

Punkte

1. Unmöglichkeit des Aufstands after* Potjomkin.	– Das Unmögliche wird möglich ⌊*werden*⌋.

* nach. *Die Red.*

2. Überschätzung der Kräfte. – „Du bist armselig* und reich"
3. K. Kautsky über die provisorische revolutionäre Regierung. – Der Aufstand wird mit der provisorischen revolutionären Regierung verbunden. Anerkennung des Aufstands durch die Regierung = Kriegszustand.
4. Unvernunft der Boykottidee: die Waffe nicht ausnutzen. – Auch hier lerne bei den Feinden, wenn du den Freunden nicht glaubst. Regierung fürchtet den Boykott.
5. Aufstand und die „älteren" Arbeiter. Tradeunionismus. „Klassenpartei". – *„die nicht zur kämpfenden Truppe Gehörenden"*. Ja, es ist richtig, sie für den Tradeunionismus auszunutzen, doch sie werden die *Nachhut* bilden.
6. parlamentarische Regel: Unterstützung der Nachbarn, sonst hilft man den „Moskowskije Wedomosti". – ja, im Parlament werden wir euch gegen die „Moskowskije Wedomosti" unterstützen, wenn wir vor einer solchen Wahl stehen, doch jetzt geht es nicht darum. Kampf nicht **im** Parlament, **sondern um das** Parlament. Ihr seid keine Kämpfer.

Geschrieben Ende September 1905.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVI.

Nach dem Manuskript.

DIE FINANZEN RUSSLANDS

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die absolutistische Regierung sich mehr und mehr in ihren Finanzoperationen (oder, was wahrscheinlich richtiger ist, -machenschaften) verstrickt. Die Unver-

* Ganz „armselig" vom Standpunkt der Militärtechnik etc. Aber man betrachte die Bewegung und ihr spontanes Wachstum: 9. I. – Riga, – Polen – $1^1/_2$-Millionen-Streik – Odessa – Kaukasus – Moskau. IX. 1905.

meidlichkeit eines finanziellen Zusammenbruchs wird immer offensichtlicher. Hier eine interessante Bestätigung dafür. Der Berliner Korrespondent eines der einflußreichsten Organe der europäischen Finanzmagnaten, der Londoner Zeitung „The Economist"[206], teilte am 11. Oktober n. St. mit:

„Ein Vertreter der Mendelssohn-Bank war in dieser Woche in Petersburg, um an den Verhandlungen zwischen der russischen Regierung und französischen Bankiers über die breit angekündigte neue russische Anleihe teilzunehmen. Nach hier veröffentlichten offensichtlich authentischen Mitteilungen wird die Höhe dieser Anleihe etwa 75 Millionen Pfund Sterling (etwa 700 Millionen Rubel) betragen, wovon Frankreich etwa die Hälfte übernehmen soll, während das übrige in Deutschland, Holland, England und den Vereinigten Staaten angeboten werden soll. Es wird weiterhin mitgeteilt, daß ein großer Teil der auszugebenden Obligationen (of the issue) zur Tilgung der Schatzanweisungen (?? taking up the Treasury notes?) bestimmt sein soll, die während des Krieges in Frankreich und Deutschland angelegt wurden.

Daß sich Rußland gerade in dieser kritischen Situation (at just this juncture) an Geldmärkte wendet, da alle großen Zentren einem ungewöhnlichen Druck ausgesetzt sind (are under unusual pressure), wird als klarer Beweis für seine finanziellen Schwierigkeiten (straits) angesehen. Eine der Versionen besagt allerdings, daß nur ein kleiner Teil der obengenannten Summe jetzt gezeichnet, der andere Teil jedoch erst später, wahrscheinlich zu Beginn des nächsten Jahres realisiert werden wird (will be raised). Das jedoch verstärkt nur den ungünstigen Eindruck von der Geldnot Rußlands. Daß man in Deutschland gerade im gegenwärtigen Moment keinerlei Enthusiasmus für eine russische Anleihe aufbringt, versteht sich von selbst. Nicht nur die Situation des hiesigen Geldmarkts, sondern vor allem die fortgesetzten politischen Unruhen (turmoil) in Rußland und die offensichtliche Schwächung, um nicht zu sagen Zerstörung (breakdown) der Autorität der Regierung sind Tatsachen, die in Deutschland derart schwer wiegen (are being weighed in a manner), daß dies ein schlechtes Omen für die künftige Subskription ist."

Geschrieben nach dem 1. (14.) Oktober 1905.

Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVI.

Nach dem Manuskript.

EINFÜGUNGEN IN W. KALININS ARTIKEL „DER BAUERNKONGRESS“[207]

1

Wir sehen also, daß die bewußten Sozialisten den revolutionären Kampf der Bauernschaft, sogar der wohlhabenden, gegen die Beamten und Gutsbesitzer unbedingt unterstützen müssen. Die bewußten Sozialisten müssen jedoch klipp und klar sagen, daß die für die Bauern erwünschte „schwarze Umteilung“[208] bei weitem noch kein Sozialismus ist. Der Sozialismus erfordert, daß die Macht des Geldes, die Macht des Kapitals vernichtet, jedes Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben und die Warenwirtschaft beseitigt wird. Der Sozialismus erfordert, daß sowohl der Grund und Boden als auch die Fabriken in die Hände aller Werktätigen übergehen, die nach einem allgemeinen Plan eine Groß- (nicht aber eine zersplitterte Klein-) Produktion organisieren.

Der Kampf der Bauern für Land und Freiheit ist ein großer Schritt zum Sozialismus, aber er ist noch lange, lange nicht der Sozialismus selbst.

2

... Die vom Kongreß angenommene taktische Resolution ist geradezu erschütternd in ihrer Dürftigkeit. Wir neigen zu der Annahme, daß hier einer der bäuerlichen Gönner (der Liberalen) wieder irgend etwas „erläutert“ hat.

Hier die Resolution:

„Die Tätigkeit des Bauernbundes kann je nach den örtlichen Verhältnissen sowohl offen als auch geheim (konspirativ) sein. Alle Mitglieder des Bundes müssen ihre Anschauungen verbreiten und ihre Forderungen mit allen nur möglichen Mitteln durchzusetzen suchen, ohne sich durch den Widerstand der Landeshauptleute, der Polizei und der sonstigen Obrigkeit einschüchtern zu lassen. Dabei empfiehlt es sich dringend, von seinem Recht Gebrauch zu machen, in Dorf- und Amtsbezirksversammlungen sowie in speziellen Zusammenkünften öffentliche Entschließungen über die Vervollkommnung der Staatsordnung und über die Verbesserung des Volkswohlstands anzunehmen.“

Eine solche Resolution ist äußerst unbefriedigend. Anstelle eines revolutionären Aufrufs zum Aufstand erteilt sie nur allgemeine liberale Ratschläge. Statt eine revolutionäre Partei zu schaffen, organisiert die Resolu-

tion nur ein Anhängsel der liberalen Partei. Der Verlauf der Bewegung selbst wird unweigerlich und unvermeidlich die liberalen Gutsbesitzer und die revolutionären Bauern spalten, und wir Sozialdemokraten werden bemüht sein, diese Spaltung zu beschleunigen.

„Proletari" Nr. 25,
16. (3.) November 1905.

Nach dem Text des „Proletari",
verglichen mit dem Manuskript.

AUSFÜHRUNGEN BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE RECHTMÄSSIGKEIT DER VERTRETUNG DER LANDBEZIRKS- UND DER WIBORGER STADTBEZIRKSORGANISATION AUF DER PETERSBURGER STADTKONFERENZ DER SDAPR[209]

11. (24.) Februar 1906

1

Gen. Dan kennt die parlamentarischen Gepflogenheiten nicht. In keinem Land Westeuropas wird einem Mitglied des Büros das Recht abgesprochen, Anträge einzubringen.

2

Es liegen zwei Anträge vor: über die 56 Stimmen zu entscheiden und die ganze Landbezirksorganisation von der Konferenz auszuschließen. Ich bitte abzustimmen.

3

Ich bitte, darüber abzustimmen, ob ein Teil der Petersburger Organisation hier seiner Vertretung beraubt werden darf.

4

Ich bitte, zunächst über meinen Antrag abzustimmen, ob die Versammlung mit einer Abstimmung über den Antrag des Gen. Martow einverstanden ist.

5

Gen. Nikolai hat einen Antrag eingebracht, den er ganz richtig als radikal bezeichnet hat[210]; wenn aber ein Antrag eingebracht wird, der alle übrigen aufhebt, so wird über ihn zuerst abgestimmt.

Zum erstenmal veröffentlicht 1930 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 12.

Nach den im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU aufbewahrten Aufzeichnungen der Sekretäre.

VEREINIGUNGSPARTEITAG DER SDAPR[211]
10.–25. April (23. April–8. Mai) 1906

1
AUSFÜHRUNGEN IN DER 2. SITZUNG DES PARTEITAGS BEI DER NAMENTLICHEN ABSTIMMUNG ÜBER DIE BEIM BÜRO DES PARTEITAGS EINGEGANGENEN SCHRIFTLICHEN ERKLÄRUNGEN[212]

1

Ich schließe mich dem Antrag des Gen. Schmidt an und fordere alle, die diesen Antrag unterstützen möchten, auf, ihre Unterschrift zu geben.

2

Der Antrag des Gen. Larin ist nichts anderes als eine grobe Verhöhnung der Minderheit des Parteitags durch die Mehrheit . . .

Ich wiederhole – das ist eine grobe Verhöhnung der Rechte der Minderheit des Parteitags, das ist ein Versuch, die durch die Geschäftsordnung garantierten Rechte der Minderheit zunichte zu machen.

Zum erstenmal veröffentlicht 1907 in dem Buch „Protokolle des 1906 in Stockholm abgehaltenen Vereinigungsparteitags der SDAPR", Moskau.

Nach dem Text des Buches.

2
AUSFÜHRUNGEN IN DER 3. SITZUNG DES PARTEITAGS

Lenin wendet sich gegen Dan[213] und äußert sich dahingehend, daß eine Diskussion über die Einschätzung der gegenwärtigen Lage notwendig sei, und spricht sich für die Aufnahme der Nationalitätenfrage in die Tagesordnung aus.

Zum erstenmal veröffentlicht 1907 in dem Buch „Protokolle des 1906 in Stockholm abgehaltenen Vereinigungsparteitags der SDAPR", Moskau.

Nach dem Text des Buches.

3
ANTRAG ZUR FORMULIERUNG VON PUNKT VIII DES ENTWURFS DER TAGESORDNUNG DES PARTEITAGS

Zu Pkt. VIII: „Stellung zur Forderung einer gesonderten konstituierenden Versammlung für Polen" hinzufügen: „im Zusammenhang mit der nationalen Frage im Parteiprogramm".

Zum erstenmal veröffentlicht 1907 in dem Buch „Protokolle des 1906 in Stockholm abgehaltenen Vereinigungsparteitags der SDAPR", Moskau.

Nach dem Text des Buches.

4
SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG IN DER 15. SITZUNG DES PARTEITAGS

Auf der ersten Seite unserer Resolutionen, Zeile 27 von oben, heißt es: „Klasseninteressen in der *bürgerlichen Revolution*“[214].

Zum erstenmal veröffentlicht 1907 in dem Buch „Protokolle des 1906 in Stockholm abgehaltenen Vereinigungsparteitags der SDAPR“, Moskau.

Nach dem Text des Buches.

5
AUSFÜHRUNGEN IN DER 24. SITZUNG DES PARTEITAGS[215]

Ich denke, daß ich hiermit im Sinne des ganzen Parteitags handle, wenn ich im Namen der Sozialdemokratie Rußlands deren neue Mitglieder begrüße und dem Wunsch Ausdruck gebe, daß diese Vereinigung das sicherste Unterpfand für den weiteren erfolgreichen Kampf sein möge.

Zum erstenmal veröffentlicht 1907 in dem Buch „Protokolle des 1906 in Stockholm abgehaltenen Vereinigungsparteitags der SDAPR“, Moskau.

Nach dem Text des Buches.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Die „Retsch“[216] ist zutiefst empört, daß die linke Presse im Zusammenhang mit den Gerüchten über ein halb kadettisches, halb bürokratisches Kabinett von einem Kuhhandel zwischen den Kadetten und der Hof-

kamarilla, von Verrat spricht, der bei einem derartigen Geschäft unausbleiblich wäre.

„Ist es nötig, die Verlogenheit und die Unsinnigkeit dieser Behauptungen noch zu beweisen?" entrüstet sich die „Retsch".

Es zeigt sich, daß das nötig ist, meine Herren Kadetten, und sogar sehr nötig, denn im gleichen Artikel („Hunger und Politik") lesen wir:

„Dieser Kampf (der Duma gegen das jetzige Kabinett), ein langwieriger und schwieriger Kampf, hat jedoch dazu geführt, daß die Frage eines verantwortlichen Kabinetts aus dem Bereich abstrakter Erwägungen auf den Boden der konkreten Wirklichkeit übergegangen ist und als eine reale Möglichkeit erörtert wird."

Sehr gut. Nun, und die Frage der Abschaffung des Reichsrats, die Frage der Amnestie, die Frage des allgemeinen usw. Wahlrechts, sind alle *diese* Fragen auch *bereits* „reale Möglichkeiten"? Zweifellos doch nicht? Darüber gibt es doch, wenigstens bisher, nicht einmal irgendwelche Gerüchte.

Wenn das aber so ist, dann kann man nichts machen: „man muß beweisen".

Geschrieben am 24. Juni
(7. Juli) 1906.
Veröffentlicht am 25. Juni 1906
im „Echo" Nr. 4.

Nach dem Text des „Echo".

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Die „Retsch" meint übrigens, daß der General dafür, daß er sich für ein kadettisches Kabinett einsetzt, zuviel verlangt, und erklärt, die Kadetten würden das Prinzip der zwangsweisen Enteignung des Grund und Bodens zugunsten der Bauern und die vollständige Amnestie keinesfalls für irgendwelche Portefeuilles preisgeben. Uns scheint, daß der General, ein praktischer Staatsmann, keinerlei Grund hat, wegen Prinzipien das Geschäft zu vereiteln. Unter die zwangsweise Enteignung wird doch, nach dem Plan der Kadetten, bei weitem nicht der gesamte Grund und Boden fallen, sondern nur soviel, wie den Bauern zugeteilt werden muß, damit

sie die Abgaben an den Staat aufbringen können; außerdem werden die Besitzer des enteigneten Bodens „auf Grund gerechter Schätzung" bares Geld dafür erhalten, und mit Geld läßt sich heutzutage bedeutend mehr anfangen als mit Boden, der schon nichts mehr abwirft infolge des hartnäckigen Widerwillens der Bauern, ihn für andere zu bearbeiten. Was aber die Amnestie betrifft, so haben die Kadetten doch ihre Pflicht gegenüber dem Lande schon erfüllt, indem sie die oberste Gewalt von dem einmütigen Wunsch des Volkes in Kenntnis setzten, die Eingekerkerten und Verbannten in Freiheit zu sehen, und, um den verbrieften Vorrechten der Krone in dieser Angelegenheit nicht zu nahe treten, haben sie beschlossen, den Gesetzentwurf über die Amnestie, den die Trudowikigruppe in der Reichsduma einzubringen beabsichtigt, zu Fall zu bringen.[217] Was will denn der General Trepow noch? Hören Sie doch auf zu schachern, General, und übergeben Sie dem neuen Kutscher die Zügel „ohne Trauer, ohne schwermütige Gedanken, ohne überflüssige und nutzlose Zweifel": die „äußersten Mittel" werden doch im Falle des Mißlingens nach wie vor in Ihrer Verfügungsgewalt bleiben . . .

Geschrieben am 27. Juni
(10. Juli) 1906.
Veröffentlicht am 28. Juni 1906
im „Echo" Nr. 6.

Nach dem Text des „Echo".

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Nach der mißlungenen Kombination mit dem kadettisch-oktobristisch-bürokratischen Kabinett hat die Regierung versucht, die Kadetten mit der Diktatur zu schrecken. Jetzt schrecken die Kadetten die Regierung – mit der Revolution. Die „Retsch" schreibt:

„Der Brand lodert auf – diesen Eindruck gewinnt man aus den Nachrichten, die uns telegrafisch aus allen Teilen Rußlands erreichen . . . Es brennt nicht mehr nur in der revolutionären Intelligenz und in der Arbeiterklasse, es brennt in der Bauernschaft, es brennt im Heer. Das heißt, richtiger gesagt, es brennt ganz Ruß-

land ... *Beim geringsten Anlaß strömen die Bauern zu vielen Tausenden zusammen und beginnen ihre eigene Rechnung mit den Behörden, mit den Grundbesitzern, mit den Herrensitzen und Gütern zu begleichen.*"

Anläßlich dieses „Brandes" beeilt sich Prof. Gredeskul, sein tiefes Verständnis für die historischen Ereignisse zu offenbaren:

„Wir stehen zweifellos an der Schwelle entscheidender Ereignisse. *Entweder nimmt die Regierung innerhalb der allernächsten Tage Vernunft an und übergibt die Macht einem Dumakabinett, oder sie führt uns einer Katastrophe riesigen Ausmaßes entgegen.*"

Also – entweder Revolution oder ein Kadettenkabinett. Es ist nicht verwunderlich, daß ein Kadett alles, und vor allem die revolutionäre Initiative des Volkes, ausnutzt, um die Notwendigkeit eines Kadettenkabinetts zu beweisen. Nur hat er sich umsonst ins Zeug gelegt: Gegen das Gift der revolutionären Initiative, gegen das von der „Retsch" selbst konstatierte Bestreben der Masse, ihr Recht auf Versammlungsfreiheit (nicht auf kadettische, sondern auf vollständige Versammlungsfreiheit) und auf den gesamten Grund und Boden zu verwirklichen, würde sich ein Kadettenkabinett, jenes Gegengift, das die kadettischen Quacksalber jetzt der Revolution verordnen, als unwirksam erweisen.

Bemüht euch nur, ihr Herren – die Revolution ist mit dem System Witte–Durnowo fertiggeworden, sie wird auch mit den kadettischen Gegengiften fertigwerden.

*

Entweder Revolution oder ein Kadettenkabinett, schreibt die „Retsch" und fügt hinzu: wir haben doch, man gestatte uns die Bemerkung, vor der Revolution keine Angst, euch jedoch wird sie schlecht bekommen. Aber den Wert solcher Reden kennt jeder, der in einer Zeit des Kampfes auf Kampfposten zu stehen weiß. Das Organ der Pogromhelden und Wachtmeister „Nowoje Wremja"[218] versteht ebenfalls ausgezeichnet, daß die Herren Gredeskul die Revolution nur deshalb erwähnen, weil sie sie ärger als das Feuer fürchten. Und deshalb enthüllt das „Nowoje Wremja", so meinen wir, das innere Wesen und den politischen Charakter des sich anbahnenden Geschäfts weitaus besser, wenn es erklärt: „Die Revolution fürchten wir ebenso wie Sie, verehrte Herren Kadetten, aber wir haben unsere Reserven im Kampf gegen die Revolution fast erschöpft, Sie jedoch

haben noch irgendwelche Reserven – deshalb versuchen nun Sie es, und schieben Sie die Sache nicht auf die lange Bank!" Gerade so ist es. Die Kadetten sagen: wir können uns auch Zeit lassen, die Herren vom „Nowoje Wremja" aber drängen: beeilt euch, sonst wird die Revolution euch überwältigen.

In der letzten Nummer des „Nowoje Wremja" heißt es denn auch:

„... es wird eine Explosion geben, für die nicht nur das jetzige Kabinett die Verantwortung trägt, sondern auch die Kadettenpartei, die sich insofern schuldig gemacht hat, als sie, aus Furcht, wegen ihrer Zaghaftigkeit einen Teil ihrer Popularität bei der äußersten Linken einzubüßen, die Reichsduma in einen fatalen Dauerkonflikt geführt und ein Verbrechen gegen das Gesetz der friedlichen Evolution begangen hat, indem sie auf der sofortigen kämpferischen Verwirklichung des politischen Programms bestand, während doch dafür eine sehr, sehr lange Zeit erforderlich ist."

So geht es eben: man schachert ein wenig, man erschreckt einander ein wenig, aber dann wird man sich einig: das Anliegen ist das gleiche – und das Ziel ist das gleiche.

Geschrieben am 28. Juni
(11. Juli) 1906.
Veröffentlicht am 29. Juni 1906 *Nach dem Text des „Echo".*
im „Echo" Nr. 7.

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Die Zeitung „Mysl"[219] veröffentlicht eine interessante „Proskriptionsliste" der Behörden von Jaroslawl. Dutzende Personen (56 aus der Stadt Jaroslawl und 17 aus der Stadt Rybinsk) sind darin als „unzuverlässig" angeführt, und in einem Geheimrapport wird beim Polizeidepartement um „entsprechende Anweisungen" nachgesucht. Die „Mysl" schreibt dazu:

„Sollen alle darüber urteilen. Wer Ohren hat, der möge hören. Wer Verstand hat, der möge begreifen. Das Polizeidepartement hat sich gegenwärtig eine grandiose Operation vorgenommen, nämlich eine ganze Reihe von Organisationen in ganz Rußland mit einem Schlag, radikal und ‚endgültig' zu ‚liquidieren', und zwar durch eine in solchem Ausmaß nie dagewesene Massen‚aushebung' von Personen,

die der Zugehörigkeit zur Partei der Sozialrevolutionäre, zur Partei der Sozialdemokraten, zum Bauernbund und zum Eisenbahnerverband verdächtigt werden. Zu diesem Zwecke hat das Polizeidepartement von den örtlichen Stellen vollständige Listen der Verdächtigen angefordert. Diese an einem Ort konzentrierten ‚Proskriptionslisten' enthalten bereits jetzt die Namen von etwa zehntausend Personen, über denen das Damoklesschwert der Verhaftung schwebt."

Die Regierung bereitet also eine neue Verschwörung vor. Militärische Vorbereitungen gegen das Volk, „Maßnahmen" zur Auflösung der Duma, Listen für die Verhaftung von zehntausend Personen! Es ist wie im Oktober–Dezember – die Regierung „liegt auf der Lauer" vor der Revolution, wobei sie die relative Freiheit ausnutzt, um noch Tausende von Freiheitskämpfern herauszulocken und ihnen dann den Garaus zu machen.

Möge nun jeder seinen Posten einnehmen. Die Regierung ist gerüstet – auch das revolutionäre Volk muß sich rüsten.

Geschrieben am 29. Juni (12. Juli) 1906.
Veröffentlicht am 30. Juni 1906 im „Echo" Nr. 8.

Nach dem Text des „Echo".

ZWEITE KONFERENZ DER SDAPR („ERSTE GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ")[220]
3.–7. (16.–20.) November 1906

1
REDE ÜBER DIE WAHLKAMPAGNE ZUR II. REICHSDUMA
4. (17.) NOVEMBER

Resolution
des Petersburger und des Moskauer Komitees,
der PSD und der Letten[221]

1. Nur der Verrat der Bourgeoisie ist schuld, daß wir den Kampf auf dem Boden der Duma aufnehmen mußten.

2. Grundlage der Wahlkampagne muß die Gegenüberstellung des revolutionären und des „friedlichen" Kampfes sein; man muß zeigen, wie gefährlich die Hegemonie der Kadetten in der Befreiungsbewegung ist. Daher die Frage: ist ein Block mit den Kadetten zulässig (Abkommen im ersten Stadium)?

3. Auf der ersten Stufe muß die Sozialdemokratie in der Regel selbständig auftreten; eine Ausnahme sind im ersten Stadium Abkommen mit Parteien, die die konstituierende Versammlung, den bewaffneten Aufstand usw. anerkennen; im zweiten Stadium – technischer Charakter, nur zur proportionalen Verteilung der Mandate. Nichts ist gefährlicher, als den Massen zu sagen: stimmt zusammen mit uns für die Paktierer. Kruschewan ist nicht deshalb gefährlich, weil er in der Duma sitzt, sondern deshalb, weil er ein Teilchen der Schwarzhunderterorganisation ist, die die Regierung unterstützt. Ihr unterstützt wegen einzelner geringfügiger Ausnahmen die Hegemonie der Kadetten und verletzt unsere gesamte prinzipielle Position (der Kaukasus, Moskau, Petersburg, Polen wollen keine Abkommen). Wenn die Schwarzhunderter durchkommen, wird die Duma nur noch scharfmacherischer sein. Warum glaubt ihr, daß die Sozialdemokraten schuld sind und nicht die Kadetten, wenn – bei Teilung der Stimmen – die Schwarzhunderter durchkommen?

Zum erstenmal veröffentlicht 1960 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 14.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

2
SCHLUSSWORT ZUR REDE ÜBER DIE WAHLKAMPAGNE ZUR II. REICHSDUMA
4. (17.) NOVEMBER

Ein Wahlabkommen, das ist ein Block (do ut des*, sagt ihr den Massen). Wir sagen: mit der revolutionären Bourgeoisie gehen wir bisweilen zusammen, mit der opportunistischen und verräterischen – niemals. Die

* ich gebe, damit du gibst. *Die Red.*

Wahlkampagne wird sich zwischen zwei Grenzen bewegen: 400 Kadetten + 100 Sozialdemokraten (durch Abkommen) und 200 Schwarzhunderter + 250 Kadetten + 20 oder 50 Sozialdemokraten (ohne Abkommen). Sowohl den Fürsprecher als auch den Kämpfer aufstellen, das bedeutet, seine eigene Position zu untergraben. Durch Abkommen werden die Schwarzhunderter geschlagen, aber auch die Sozialdemokraten werden geschlagen (moralisch).

Zum erstenmal veröffentlicht 1960
in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 14.

Nach der protokollarischen
Niederschrift.

3
AUSFÜHRUNGEN BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE MENSCHEWISTISCHE WAHLPLATTFORM
6. (19.) NOVEMBER

Ich habe nur gesagt, daß in der Plattform revolutionäre Methoden friedlichen gegenübergestellt werden, weiter nichts; das übrige befriedigt nicht. Es wird nicht gezeigt, wodurch sich die Sozialdemokraten von anderen Gruppen der „Werktätigen" (Sozialrevolutionäre) unterscheiden, wie das in der Deklaration der sozialdemokratischen Dumafraktion[222] geschieht. Der wissenschaftliche Sozialismus wird nicht dem Vulgärsozialismus gegenübergestellt.

Es wird nicht gesagt, daß man zwischen der Position des Proletariats und der Position des Kleinbesitzers unterscheiden muß. Die Plattform tritt nicht für einen Block ein, aber sie ist ein Block, denn auch der Kleinbürger kann sie akzeptieren. Wir können in einer Plattform die anderen Parteien nicht mit Stillschweigen übergehen, hier aber steht kein Wort über sie, lediglich ein verschwommener Hinweis: „entschiedenere" usw.

Zum erstenmal veröffentlicht 1960
in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 14.

Nach der protokollarischen
Niederschrift.

4
AUSFÜHRUNGEN ZUR FRAGE DER EINBERUFUNG EINES „ARBEITERKONGRESSES"
7. (20.) NOVEMBER

1

Lenin weist nachdrücklich darauf hin, daß die Frage des „Arbeiterkongresses" äußerst akut ist und erörtert werden muß!

2

Lenin verweist auf die Veröffentlichung von Briefen Plechanows, Martows u. a. in der bürgerlichen Presse, darauf, daß beispielsweise Kostrow den (vom ZK ausgehenden) Antrag mit der Forderung eines Kadettenministeriums nicht der Dumafraktion unterbreitet und dadurch die Parteidisziplin verletzt hat, daß er aber richtig gehandelt habe. Mit der Agitation für den „Arbeiterkongreß" legt man unserer Parteiarbeit Hindernisse in den Weg. Wir haben ein Organ des ZK, aber kein Zentralorgan, und warum nicht? Geld ist da, das Organ des ZK erscheint regelmäßig, aber es ist keine Organisation vorhanden und deshalb auch kein ZO.

Zum erstenmal veröffentlicht 1960 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 14.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

5
BESONDERE MEINUNG DER DELEGIERTEN DER SOZIALDEMOKRATIE POLENS, LETTLANDS, ST. PETERSBURGS, MOSKAUS, DES ZENTRALEN INDUSTRIEGEBIETS UND DES WOLGAGEBIETS, EINGEBRACHT AUF DER GESAMTRUSSISCHEN KONFERENZ DER SDAPR

Die Delegierten des „Bund" haben der Konferenz eine Resolution vorgelegt, deren Wortlaut fast vollständig dem der Resolution des VII. Kon-

gresses des „Bund" entspricht und die eine historische Einschätzung des Dumaboykotts gibt.[223] Die unterzeichneten Konferenzdelegierten haben sich bei der Abstimmung über diese Resolution aus folgenden Gründen der Stimme enthalten. Es ist falsch und unmöglich, die Frage, *warum* wir in die Duma[224] gehen, von der Frage, *wie* wir dahin gehen, zu trennen. Den Boykott für richtig halten heißt, daß der Grundcharakter unserer gesamten Taktik heute, da wir an den Wahlen teilnehmen, völlig derselbe bleibt wie zur Zeit des Boykotts der ersten Duma. Zugeben, daß die kadettische Mehrheit der ersten Duma der Tätigkeit der revolutionären Kräfte im Wege stand, und gleichzeitig Abkommen zwischen Kadetten und Sozialdemokraten im ersten Stadium der Wahlen gutheißen bedeutet, seine allgemeinen Prämissen durch seine praktische Politik zunichte zu machen. In der Agitation unter den Massen die Hegemonie der Kadetten durch die Aufstellung gemeinsamer Listen anerkennen und unterstützen und danach diese Hegemonie in einer speziellen Zusatzresolution verurteilen, das bedeutet, die gesamte Taktik und alle Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie aufs schwerste zu kompromittieren. Aus diesen Gründen legen wir der gesamten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands die folgende besondere Meinung vor.

„Die Taktik des Boykotts der Reichsduma, die dazu beigetragen hat, daß die Volksmassen die Machtlosigkeit und Unselbständigkeit dieser Körperschaft richtig bewertet haben, hat in der Komödie der gesetzgebenden Tätigkeit der Reichsduma und in ihrer gewaltsamen Auflösung ihre volle Rechtfertigung gefunden.

Indessen haben das konterrevolutionäre Verhalten der Bourgeoisie und die Paktierertaktik des russischen Liberalismus einen unmittelbaren Erfolg des Boykotts verhindert und das Proletariat gezwungen, den Kampf gegen die Konterrevolution der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie auch auf dem Boden der Dumakampagne aufzunehmen.

Diesen Kampf *außerhalb* der Duma und *in* der Duma selbst muß die Sozialdemokratie dazu nutzen, das Klassenbewußtsein des Proletariats zu stärken, die konstitutionellen Illusionen auch weiterhin vor dem ganzen Volke zu entlarven und die Revolution voranzutreiben.

Angesichts einer solchen Lage der Dinge und zu dem oben bezeichneten Zweck muß sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands aufs energischste an der gegenwärtigen Dumakampagne beteiligen.

Die wichtigsten Aufgaben der sozialdemokratischen Wahl- und Dumakampagne bestehen erstens darin, dem Volke klarzumachen, daß die Duma als Mittel zur Verwirklichung der Forderungen des Proletariats und des revolutionären Kleinbürgertums, insbesondere der Bauernschaft, völlig untauglich ist. Zweitens gilt es, dem Volke klarzumachen, daß es unmöglich ist, die politische Freiheit auf parlamentarischem Wege zu erringen, solange die reale Macht in den Händen der Zarenregierung bleibt; gilt es, die Massen von der Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands, einer provisorischen revolutionären Regierung und einer konstituierenden Versammlung zu überzeugen, die aus allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen hervorgeht. Drittens gilt es, Kritik an der ersten Duma zu üben und den Bankrott des russischen Liberalismus aufzuzeigen, insbesondere, wie gefährlich und verhängnisvoll es für die Sache der Revolution wäre, wenn die liberal-monarchistische Kadettenpartei in der Befreiungsbewegung eine überragende und führende Rolle spielte.

Als Klassenpartei des Proletariats muß die Sozialdemokratie in der ganzen Wahl- und Dumakampagne unbedingt ihre Selbständigkeit wahren, sie darf auch hier keinesfalls ihre Losungen oder ihre Taktik mit irgendeiner anderen oppositionellen oder revolutionären Partei verschmelzen.

Deshalb muß sie auf der ersten Stufe der Wahlkampagne, d. h. vor den Massen, in der Regel unbedingt selbständig auftreten und darf als Kandidaten nur Parteimitglieder aufstellen.

Ausnahmen von dieser Regel sind nur im äußersten Fall und nur in bezug auf Parteien zulässig, die die Hauptlosungen unseres unmittelbaren politischen Kampfes vollauf annehmen, d. h. die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands anerkennen und für die demokratische Republik kämpfen. Dabei dürfen sich solche Abkommen nur auf die Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste erstrecken, sie dürfen keinesfalls die Selbständigkeit der politischen Agitation der Sozialdemokratie irgendwie beschränken.

In der Arbeiterkurie tritt die sozialdemokratische Partei unbedingt selbständig auf, ohne Abkommen mit irgendeiner anderen Partei zu treffen.

Auf den höheren Wahlstufen, d. h. in den Versammlungen der Wahlmänner in den Städten, der Bevollmächtigten und der Wahlmänner auf dem Lande, sind Teilabkommen zulässig, sofern sie einzig und allein eine

proportionale Verteilung der Mandate entsprechend der Stimmenzahl der Parteien, die das Abkommen treffen, zum Inhalt haben. Hierbei unterscheidet die Sozialdemokratie unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Konsequenz und Entschiedenheit die folgenden Haupttypen bürgerlicher Parteien: a) Sozialrevolutionäre, PPS und ähnliche republikanische Parteien*; b) Volkssozialisten[226] und Trudowiki ähnlicher Art**; c) Kadetten."

„Proletari" Nr. 8,
23. November 1906.

Nach dem Text des „Proletari".

ARBEITERKONGRESS UND VERSCHMELZUNG MIT DEN SOZIALREVOLUTIONÄREN

(Notiz)

Wie unseren Lesern bereits aus Nr. 9 des „Proletari" bekannt ist[227], hat sich der Menschewik J. Larin in seiner Broschüre für einen parteilosen Arbeiterkongreß und für die Verschmelzung der sozialdemokratischen Partei mit den Sozialrevolutionären, mit der PPS und überhaupt mit allen „sozialistischen" Parteien ausgesprochen. Dabei weist J. Larin selbst darauf hin, daß es nicht bekannt ist, wieviel Mitglieder die Partei der Sozialrevolutionäre zählt. Die Sozialrevolutionäre geben, wie er sagt, die Mitgliederzahl ihrer Partei mit 50 000–60 000 an. J. Larin hält hier eine Übertreibung für möglich, meint aber, daß man mit mindestens 30 000 Mitgliedern bei den Sozialrevolutionären rechnen müsse.

Wir wissen nicht, woher Larin die Zahl 50000–60000 genommen hat. Eine Quelle gibt er nicht an. In der sozialrevolutionären Literatur sind wir solchen „Daten" nicht begegnet. Die einzigen vollständig veröffent-

---

* Hierzu gehören vielleicht auch die zionistischen Sozialisten[225].

** Hierzu gehören vielleicht bestimmte jüdische Demokraten. Wir sind jedoch nicht kompetent, ohne die jüdischen Sozialdemokraten über diese Fragen zu urteilen.

lichten Protokolle des ersten Parteitags der Sozialrevolutionäre (Dezember 1905) *enthalten keinerlei* Angaben über die Mitgliedsstärke der sozialrevolutionären Partei. Solche Angaben konnte es auch gar nicht geben, denn außer der sozialdemokratischen Partei hat es in Rußland zu keiner Zeit irgendeine Partei gegeben, die die Wahlen zum Parteitag mit Beteiligung aller Parteimitglieder und zudem proportional zu einer bestimmten Zahl von Parteimitgliedern durchgeführt hätte. Nur die sozialdemokratische Partei hat dieses Prinzip im November 1905 in der Zeitung „Nowaja Shisn" im Namen des ZK der Bolschewiki verkündet[228], wobei sich die Gesamtrussische Konferenz der bolschewistischen Organisationen im Dezember 1905[229] bereits aus Vertretern zusammensetzte, die für je 300 Parteimitglieder gewählt worden waren. Auf dem (Stockholmer) Vereinigungsparteitag der SDAPR wurden die genannten Prinzipien der Vertretung zum erstenmal auf die gesamte Partei angewandt. Ein kontrollierendes Element war hierbei (bis zu einem gewissen Grade) das Organisationskomitee zur Einberufung des Parteitags, das sich paritätisch aus Vertretern der beiden kämpfenden Fraktionen, Bolschewiki und Menschewiki, zusammensetzte.

Es bleibt also völlig unbekannt, woher Larin die maximale Zahl von 50 000–60 000 genommen hat. Mit Hilfe dieser Zahl aber (etwa ein Drittel der Mitgliederzahl der SDAPR) suchte er die Leser glauben zu machen, daß bei einer Verschmelzung der beiden Parteien das Übergewicht der Sozialdemokraten gegenüber den Sozialrevolutionären völlig gesichert sei. Im Feuilleton des „Proletari" Nr. 9 wurde Larins Fehler bereits vermerkt und darauf hingewiesen, daß in der Praxis eine solche Verschmelzung statt „Frieden und positiver Arbeit" nur eine Ausdehnung der Streitigkeiten bringen würde, ganz zu schweigen von der prinzipiellen Unzulässigkeit einer Verschmelzung. Eine interessante Bestätigung des damals von uns Gesagten war der Artikel von Léon Remy in der französischen sozialistischen Zeitung „l'Humanité"[230] vom 17. Dezember 1906 (n. St.). *Basierend auf dem offiziellen* Auslandsorgan der Partei der Sozialrevolutionäre, der „Tribune Russe"[231], teilt Léon Remy mit, daß der „Rat" der Partei der Sozialrevolutionäre „die Stärke der Partei der Sozialrevolutionäre auf etwa 150 000 organisierte Mitglieder schätzt; legt man jedoch den Begriff Mitgliedschaft etwas weitergehend aus, eine Auslegung, die einige Gebietskomitees dem Statut entnehmen, so sind es 200 000".

Damit sich die Leser ein Urteil darüber bilden können, wie diese komische Zahl zustande gekommen ist, führen wir *alle* in Remys Artikel enthaltenen Angaben nach Bezirken an. Nordwesten – 21 000; Wolgagebiet – 14 000 („wenn man aber alle mitrechnet, die das Programm der Partei akzeptieren, sind es fast doppelt soviel"); Nordkaukasus – 21 000; Transkaukasien – 17 900; Zentralgebiet – 26 000 (davon in Moskau 5000. Es ist seltsam, daß unsere Moskauer Genossen diese fünftausend bis heute noch nicht einmal mit der Lupe finden konnten); Norden – 20 000.

Wir bitten den Leser, folgende Aufgabe zu lösen: Wer hat mehr Leichtfertigkeit an den Tag gelegt – 1. die Sozialrevolutionäre, 2. Larin oder 3. Plechanow und Axelrod?

Wenn sich die beiden Letztgenannten in der Frage der Verschmelzung mit den Sozialrevolutionären von ihrem glühenden Verehrer J. Larin distanzieren, so wird die Sache dadurch nicht besser. Man braucht nur über die Grenze nachzudenken, die die „gesamtrussischen Vertreter" von den Industrie- *und* Landarbeitern, von den Knechten oder Tagelöhnern und von den Bauern, von den Kustaren oder Handwerkern und von den Arbeitern usw. trennt.

„Proletari" Nr. 10,
20. Dezember 1906.

Nach dem Text des „Proletari".

REFERAT AUF DER KONFERENZ DER PETERSBURGER ORGANISATION DER SDAPR ZUR FRAGE DER WAHLABKOMMEN BEI DEN WAHLEN ZUR II. REICHSDUMA[232]

6. (19.) Januar 1907
Kurzer Zeitungsbericht

Der Redner bemerkt, daß in Petersburg keine Schwarzhundertergefahr besteht; die Märchen darüber werden von den Kadetten verbreitet, um die Wähler zu bewegen, für sie zu stimmen. Die örtliche Sozialdemo-

kratie steht vor der Frage, wie die Massen der hauptstädtischen Bevölkerung von der geistigen Hegemonie der Kadetten zu befreien sind. Bedeutende Schichten der städtischen Armut, der Halbproletarier, schwanken noch zwischen Kadetten und Sozialdemokraten. Die Kadetten bestechen sie mit Dumasitzen, um ihren Einfluß auf sie noch zu vertiefen. Deshalb ist es vielleicht zweckmäßig, mit den revolutionär-demokratischen Parteien und Gruppen ein Abkommen einzugehen, um den Einfluß der Kadetten gemeinsam zu untergraben. Ob das Abkommen jedoch praktisch notwendig und möglich ist und in welcher Form es geschlossen werden soll, das muß nach Meinung des Redners von den praktischen Parteiarbeitern der örtlichen Organisation entschieden werden.

„Proletari" Nr. 12,
25. Januar 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

HABEN DIE MENSCHEWIKI DAS RECHT, EINE POLITIK DER UNTERSTÜTZUNG DER KADETTEN ZU BETREIBEN?

Wodurch wird die Politik der Sozialdemokratie bestimmt?

Dem Wesen nach – durch die Klasseninteressen des Proletariats. Der Form nach – durch die Beschlüsse der Parteitage.

Was sind das bei uns für Beschlüsse? Erstens die Beschlüsse des (Stockholmer) Vereinigungsparteitags der SDAPR. Zweitens die vom ZK bestätigten Beschlüsse der Gesamtrussischen Novemberkonferenz der SDAPR.

Was *verlangt* die Resolution des Stockholmer Parteitags über die Reichsduma von uns?

... (Punkt 1, a) „danach zu streben, diese Konflikte (nämlich die Konflikte sowohl zwischen Regierung und Duma *als auch innerhalb der Duma selbst*) bis zu einem solchen Grade *zu erweitern und zu verschärfen*, daß sie zum Ausgangspunkt für breite Massenbewegungen gemacht werden können, die darauf gerichtet sind ..." *usw.*

Erfüllen die Menschewiki diese Forderung des Parteitags? Erweitern,

verschärfen sie in der Frage des Präsidiums den Konflikt zwischen dem linken Flügel in der Duma und den Kadetten?

Nein, die Menschewiki verletzen den Beschluß des Parteitags.

Weiter verlangte der Parteitag in der gleichen Resolution: „... diese ihre Einmischung muß darauf gerichtet sein, daß diese sich verschärfenden Zusammenstöße: (a) die Inkonsequenz aller bürgerlichen Parteien, die sich in der Duma als Repräsentanten des Volkswillens ausgeben, *vor den Massen enthüllen* und (b) *der breiten Masse (des Proletariats, der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums)* bewußt machen, daß die Duma *völlig* untauglich ist" *usw.*

Die Menschewiki konnten also, ohne irgend etwas zu riskieren und sogar ohne den absolut legalen Boden im geringsten zu verlassen – und die Menschewiki waren dazu verpflichtet – vor den *Massen*, d. h. *offen in der Duma* enthüllen, daß ein *kadettisches* Präsidium das Präsidium einer Partei ist, die sich von der Revolution abgewandt hat.

Was verlangte die vom Zentralkomitee bestätigte und von den 18 menschewistischen Delegierten angenommene Resolution der Gesamtrussischen Novemberkonferenz der SDAPR von der Partei?

„In ihrer Wahlkampagne stellt sich die SDAPR, die als selbständige Klassenpartei des Proletariats auftritt, das *Ziel* ... 2. den Massen zu erläutern, daß *jegliche* Hoffnungen auf einen *friedlichen* Ausgang des Kampfes um die Macht *illusorisch* sind.

... 4. die politische *Aktivität der Massen* zu heben und durch Organisation der *Kräfte der Revolution* außerhalb *und innerhalb der Duma* die Bedingungen zu schaffen, um die letztere in einen Stützpunkt der Revolution zu verwandeln ..."

Die Menschewiki haben sich seit dem November 1906 schon so weit nach rechts entwickelt, daß sie ihren eigenen Beschluß sofort verletzt haben. Sie *desorganisieren* die „Kräfte der Revolution" innerhalb der Duma durch ihren ersten Schritt, indem sie in den Massen Hoffnungen auf einen friedlichen Ausgang *bestärken*, denn ein von der gesamten Duma ohne Protest von links gewähltes kadettisches Präsidium würde bedeuten, daß die Sozialdemokratie dieselben Hoffnungen, die sie als „illusorisch" bezeichnet, offiziell und vor dem ganzen Volk *bestätigt*.

Die Kadetten haben sich offen und vollständig von der Revolution abgewandt. Die „Kräfte der Revolution" – das sind die Linken, die Trudo-

wiki, die Sozialrevolutionäre (die revolutionäre Bourgeoisie) und die Sozialdemokraten. Um bei der Organisierung und nicht bei der Desorganisierung der „Kräfte der Revolution" zu helfen, sind wir *verpflichtet*, den Massen zu sagen: die Sozialdemokraten unterstützen ein linkes, trudowikisches Präsidium gegen die Kadetten. Wenn ein trudowikisches Präsidium durchkäme und die Hoffnungen der Demokraten nicht rechtfertigte, so würden wir damit das demokratische Kleinbürgertum vor den Massen entlarven und die Überzeugung festigen, daß die einzige konsequent-demokratische Klasse das Proletariat ist.

Was hat das ZK der ganzen Partei und dem ganzen Volk gesagt, als es die Wahlkampagne begann? In der offiziellen *Wahlplattform* der SDAPR lesen wir:

„... Bürger, in die Duma müssen solche Leute gewählt werden, die die Freiheit für Rußland *nicht nur* wollen, sondern die auch bestrebt sind, *der Volksrevolution zu helfen*, diese Freiheit zu erringen ... Die erste Duma hat das nicht getan. Ihre Mehrheit, geführt von der Partei der ,Volksfreiheit', hatte gehofft, Freiheit und Boden mit *Hilfe friedlicher Verhandlungen* mit der Regierung zu erlangen ... Und deshalb dürfen in die Duma nicht demütige Fürsprecher gewählt werden ... Bürger, wählt Kämpfer der Revolution, die gemeinsam mit euch das große Werk fortsetzen werden, das im Januar, Oktober und Dezember vergangenen Jahres begonnen wurde."

Welch gute, große, des Proletariats würdige Worte! Und wie schade, daß das für die Menschewiki *leere* Worte sind.

In der Wahlplattform der *Partei verurteilt* man die kadettische Mehrheit der ersten Duma und ihre kadettische Politik, jetzt aber hilft man, die kadettische Hegemonie in einer linken Duma *künstlich* wiederherzustellen.

„Nowy Lutsch" Nr. 3,
22. Februar 1907.

Nach dem Text des
„Nowy Lutsch".

ANTWORT AN L. MARTOW[233]

In derselben Nummer der „Russkaja Shisn"[234] ist ein Feuilleton des Gen. L. Martow veröffentlicht, in dem er auf unseren Leitartikel in Nr. 2*

* Siehe Werke, Bd. 12, S. 153–156. *Die Red.*

zurückkommt und, die Erklärung des Fraktionskomitees zu dieser Frage ignorierend, selbst Gericht und Abrechnung hält.

Was will Gen. Martow mit diesem seltsamen Schritt erreichen? Wenn er uns zum Kampf auf *dieser* Ebene herausfordern will – auf der Ebene persönlicher Angriffe und Verdächtigungen –, so befindet er sich in einem schweren Irrtum. Wir werden ihm nicht folgen. Wir haben zuviel *wesentliche* Meinungsverschiedenheiten, um derentwillen wir sowohl in der Fraktion als auch in der Presse und in der Partei einen *prinzipiellen* Kampf führen müssen, als daß wir uns auf den Pfad persönlicher Streitigkeiten und Abrechnungen drängen lassen könnten. Glückliche Reise, Genosse, machen Sie sich allein auf den Weg, wir werden Sie nicht begleiten. Wir überlassen Ihnen gern die Ehre des letzten Wortes, wo es dann wirklich heißt: „Weiter geht's nimmer."

„Nowy Lutsch" Nr. 7,
27. Februar 1907.

Nach dem Text des
„Nowy Lutsch".

V. PARTEITAG DER SDAPR[235]

30. April–19. Mai (13. Mai–1. Juni) 1907

1

EINWAND GEGEN DEN ANTRAG AUF ABBRUCH DER DISKUSSION ÜBER DIE TAGESORDNUNG DES PARTEITAGS[236]

1. (14.) MAI

Ich wende mich kategorisch gegen den Abbruch der Diskussion. Man kann Fragen von prinzipieller Wichtigkeit nicht mechanisch durch einfache Abstimmung entscheiden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1909
in dem Buch „Der Londoner Parteitag
der SDAPR (abgehalten im Jahre 1907).
Vollständiger Text der Protokolle".
Herausgegeben vom ZK, Paris.

Nach dem Text des Buches.

2
AUSFÜHRUNGEN ZUR VERTEIDIGUNG DER NAMENTLICHEN ABSTIMMUNG MIT STIMMZETTELN[237]
2. (15.) MAI

Der Vertreter der lettischen Delegation und ich treten für die Beibehaltung des bis heute praktizierten Verfahrens der Abstimmung mit Stimmzetteln ein. Es ist am demokratischsten, spart Zeit und vermittelt einen klaren Überblick. Von Fälschungen kann gar keine Rede sein. Diejenigen, die vorschlagen, durch Aufruf abzustimmen, wollen nur die namentliche Abstimmung verlängern und ihre Anwendung dadurch unmöglich machen.

Zum erstenmal veröffentlicht 1909 in dem Buch „Der Londoner Parteitag der SDAPR (abgehalten im Jahre 1907). Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Paris.

Nach dem Text des Buches.

3
AUSFÜHRUNGEN ALS VORSITZENDER IN DER 6. SITZUNG DES PARTEITAGS
3. (16.) MAI

1

Ich schlage vor, den Vertretern der englischen Sozialdemokratischen Föderation unseren Dank auszusprechen für die Hilfe bei der Organisierung des Parteitags. (B e i f a l l.)

2

Ich schlage vor zu beraten, in welcher Reihenfolge die Punkte aufgenommen werden sollen: Rechenschaftsbericht des ZK, Rechenschafts-

bericht der Dumafraktion, Stellung zu den bürgerlichen Parteien und zur Reichsduma.

Was die übrigen Fragen betrifft, so wurde von den Vertretern aller Fraktionen einstimmig beschlossen, sie in dieser Reihenfolge aufzunehmen:

5. Arbeiterkongreß, 6. Gewerkschaften und Partei, 7. Partisanenaktionen, 8. Arbeitslosigkeit, Krise und Aussperrungen, 9. organisatorische Fragen, 10. Stuttgarter Kongreß, 11. Arbeit in der Armee, 12. Verschiedenes.

Zum erstenmal veröffentlicht 1909 in dem Buch „Der Londoner Parteitag der SDAPR (abgehalten im Jahre 1907). Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Paris.

Nach dem Text des Buches.

4
EINWAND GEGEN DEN ABÄNDERUNGSANTRAG LIBERS ZU DER VOM PARTEITAG ANGENOMMENEN RESOLUTION DER BOLSCHEWIKI ÜBER DIE STELLUNG ZU DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN[238]

15. (28.) MAI

Liber hat unrecht. Sie ersehen hieraus schon den Charakter der Liberschen Abänderungsanträge. Seine Erklärung ist schülerhaft, und das ist charakteristisch für seine Prinzipienlosigkeit.

Zum erstenmal veröffentlicht 1909 in dem Buch „Der Londoner Parteitag der SDAPR (abgehalten im Jahre 1907). Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Paris.

Nach dem Text des Buches.

5
AUSFÜHRUNGEN ZUR FRAGE DER BEZEICHNUNG DES PARTEITAGS[239]
19. MAI (1. JUNI)

Es wundert mich, daß die Menschewiki Angst haben, den Parteitag als den V. zu bezeichnen. Ist etwa unsere Geschichte für irgend jemanden ein Geheimnis?

Zum erstenmal veröffentlicht 1909 in dem Buch „Der Londoner Parteitag der SDAPR (abgehalten im Jahre 1907). Vollständiger Text der Protokolle". Herausgegeben vom ZK, Paris.

Nach dem Text des Buches.

ÜBER DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS IM GEGENWÄRTIGEN ABSCHNITT DER BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHEN REVOLUTION[240]

In der Erwägung,

1. daß sich auf der Grundlage der anhaltenden Wirtschaftskrise, die Rußland durchlebt, und im Zusammenhang mit der extremen Verschärfung der Reaktion von seiten der Regierung der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie bedeutend zuspitzt und sich auch der Kampf der Bauern gegen die alte Ordnung vertieft und ausweitet;

2. daß das verflossene Jahr der Revolution gekennzeichnet war durch ein schnelles Wachsen des Bewußtseins aller Klassen, durch die Stärkung der extremen Parteien, durch das Schwinden der konstitutionellen Illusionen, durch die Schwächung des „Zentrums", d. h. der liberalen Parteien, die der Revolution durch Zugeständnisse, die für die erzreaktionären Gutsbesitzer und die Selbstherrschaft annehmbar sind, ein Ende setzen wollen;

3. daß die Klasseninteressen des Proletariats in der bürgerlichen Revolution die Schaffung von Bedingungen erfordern, die den breitesten Kampf gegen die besitzenden Klassen für den Sozialismus ermöglichen;

4. daß der einzige Weg, diese Bedingungen zu schaffen, die Erringung der demokratischen Republik, der unumschränkten Macht des Volkes und eines für das Proletariat notwendigen Mindestmaßes sozialökonomischer Forderungen ist (Achtstundentag und andere Forderungen des sozialdemokratischen Minimalprogramms);

5. daß allein das Proletariat imstande ist, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, und zwar nur unter der Bedingung, daß es als einzige bis zu Ende revolutionäre Klasse der modernen Gesellschaft die Masse der Bauernschaft zum schonungslosen Kampf gegen den gutsherrlichen Grundbesitz und den fronherrlichen Staat führt,

erklärt der Parteitag:

a) daß die Hauptaufgabe des Proletariats im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick darin besteht, die demokratische Revolution in Rußland zu Ende zu führen;

b) daß jede Schmälerung dieser Aufgabe unvermeidlich dazu führt, daß sich die Arbeiterklasse aus dem Führer der Volksrevolution, der an der Spitze der demokratischen Bauernmassen steht, in einen passiven Teilnehmer der Revolution verwandelt, der sich im Schlepptau der liberalen Bourgeoisie befindet;

c) daß die sozialdemokratische Partei, während sie sich mit aller Kraft für die Verwirklichung dieser Aufgabe einsetzt, keinen Augenblick die selbständigen, sozialistischen Ziele des Proletariats aus dem Auge verlieren darf.

Geschrieben zwischen dem 21. und 25. Mai (3. und 7. Juni) 1907.

Veröffentlicht am 7. Juli 1907 in der Zeitung „Zihna" Nr. 78.

Nach dem Text der Zeitung. Übersetzung aus dem Lettischen.

BEMERKUNGEN ZUR RESOLUTION DES STUTTGARTER KONGRESSES „DER MILITARISMUS UND DIE INTERNATIONALEN KONFLIKTE"[241]

Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht der arbeitenden Klasse und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft . . ., mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, *sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen . . . wird.**)

. . .

*) In dem russischen Abänderungsvorschlag stand noch der Satz: „so daß die herrschenden Klassen es nicht wagen, sie (die Jugend) als Werkzeuge für die Festigung ihrer Klassenherrschaft gegen das kämpfende Proletariat zu gebrauchen". Diese Worte sind von der Kommission gestrichen worden, nicht weil irgend jemand damit prinzipiell nicht einverstanden gewesen wäre, sondern weil die Deutschen der Ansicht waren, sie seien illegal und könnten einen Vorwand abgeben zur Auflösung der deutschen sozialdemokratischen Organisationen. Der Grundgedanke des entsprechenden Passus der Resolution hat sich durch diese Kürzung nicht geändert.

. . .

Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch . . . das Internationale Büro, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden *Mittel* den Ausbruch des Krieges zu verhindern, *die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation . . . ändern.*)*

. . .

*) In dem russischen Abänderungsvorschlag hieß es, daß diese Mittel (zur Verhinderung des Krieges) je nach der Verschärfung des Klassen-

kampfes usw. ⌊sich ändern und *steigern*⌋. Die Kommission strich: „und steigern" und beließ nur „sich ändern".

Geschrieben in der zweiten Augusthälfte 1907.

Veröffentlicht Anfang September 1907 im ersten Sammelband „Stimme des Lebens", St. Petersburg.

Nach dem Text des Sammelbandes.

ANMERKUNGEN ZU DEM ARTIKEL CLARA ZETKINS „DER INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE KONGRESS ZU STUTTGART"[242]

Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Stuttgart*)

. . .

*) Der vorliegende Artikel ist die Übersetzung eines Leitartikels aus der von Clara Zetkin redigierten deutschen sozialdemokratischen Halbmonatsschrift „Die Gleichheit"[243], Organ der Arbeiterfrauenbewegung in Deutschland. Hier ist sehr richtig und mit außerordentlichem Talent eine Einschätzung des Stuttgarter Kongresses gegeben: In kurzen, klaren, einprägsamen Sätzen ist der gewaltige Ideengehalt der Diskussionen und der Resolutionen des Kongresses zusammengefaßt. Von uns aus fügen wir diesem Artikel einige Anmerkungen bei, um den russischen Leser auf bestimmte Tatsachen hinzuweisen, die aus der westeuropäischen sozialistischen Presse bekannt sind und die von unseren Zeitungen, den kadettischen und halbkadettischen (in der Art des „Towarischtsch"[244]), die über den Stuttgarter Kongreß viel zusammengelogen haben, größtenteils entstellt worden sind.

. . .

Die Frage der Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften hat am meisten die *Einmütigkeit der aufgeklärten Proletarier verschiedener Länder* gezeigt. Im Prinzip hat niemand mehr gegen die geschichtliche Grundtendenz des proletarischen Klassenkampfes opponiert, den politischen und ökonomischen Kampf sowie beide Organisationen möglichst innig zu einer einheitlichen Macht der sozia-

listischen Arbeiterklasse zu gestalten. Nur der Vertreter der russischen Sozialdemokraten, Genosse Plechanow, und die Majorität der französischen Delegation suchten mit ziemlich verunglückten Argumenten*) die Besonderheiten ihrer respektiven Länder gegen dieses Prinzip als einschränkende Rücksichtsmomente ins Feld zu führen.

. . .

*) Die russische sozialdemokratische Delegation in Stuttgart hatte die Fragen im wesentlichen vorher erörtert, um ihre Vertreter für die Kommission zu benennen. In der Kommission zur Frage der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien vertrat Plechanow nicht alle russischen Sozialdemokraten, sondern die Menschewiki. Plechanow ging in die Kommission mit der Absicht, das Prinzip der *„Neutralität"* zu verteidigen. Die Bolschewiki entsandten in die Kommission Woinow, der die *Auffassung der Partei* verfocht, d. h. einen Beschluß im Geiste des Londoner Parteitags gegen die Neutralität, für eine möglichst große Annäherung der Gewerkschaften an die Partei. „Verunglückt" waren also in den Augen Clara Zetkins die Argumente *nicht* des Vertreters der SDAPR, sondern des Vertreters der menschewistischen Opposition in der SDAPR.

. . .

Und auch hier siegte schließlich die revolutionäre Tatkraft und das männliche Vertrauen der Arbeiterklasse auf die eigene Aktionsfähigkeit über das pessimistische Evangelium der eigenen Ohnmacht und des starren Festhaltens an alten, ausschließlich parlamentarischen Kampfmethoden, ebenso wie auch nach der anderen Seite über den simplen antimilitaristischen Sport der französischen Halbanarchisten à la Hervé.*)

. . .

*) Die Verfasserin des Artikels, die beide vom Kongreß zurückgewiesenen Abweichungen vom Sozialismus einander gegenüberstellt: den Halbanarchismus Hervés und den auf „ausschließlich parlamentarische" Kampfformen beschränkten Opportunismus, nennt keinen einzigen Vertreter dieses Opportunismus. In der Kommission des Stuttgarter Kongresses nahm bei der Behandlung der Frage des Militarismus Vandervelde in seiner Erwiderung auf eine opportunistische Rede Vollmars dieselbe Gegenüberstellung vor. Vollmar spielt auf einen Ausschluß Hervés an, sagte Vandervelde, ich möchte dagegen protestieren und Vollmar warnen, könnte doch ein Ausschluß der extremen Linken den Gedanken an den

Ausschluß der extremen Rechten aufkommen lassen (Vollmar ist einer der „rechtesten" deutschen Opportunisten).

...

Endlich hat auch in der Frage des Frauenwahlrechts der prinzipielle, scharfe Klassenstandpunkt, der das Frauenwahlrecht nur als einen organischen Teil der Klassenrechte und der Klassensache des Proletariats betrachtet, über die *opportunistische, bürgerliche Auffassung gesiegt, die ein verkrüppeltes, beschränktes* Frauenwahlrecht als Abschlagszahlung den herrschenden Klassen abzuhandeln hoffte.*)

...

*) Auf dem Kongreß in Stuttgart verteidigte diesen bürgerlichen Standpunkt lediglich *eine Engländerin* aus den Reihen der Fabian Society („Gesellschaft der Fabier" – intelligenzlerische quasisozialistische englische Organisation, die einen extremen Opportunismus vertritt).

...

Gleichzeitig hat der Kongreß – auch in dieser Beziehung den Beschluß der *Internationalen Frauenkonferenz bestätigend – unzweideutig ausgesprochen*, daß die sozialistischen Parteien in ihren Wahlrechtskämpfen die grundsätzliche Forderung des Frauenwahlrechts ohne Rücksicht auf „Zweckmäßigkeitsgründe"*) erheben und vertreten müssen.

...

*) Eine Anspielung auf die österreichischen Sozialdemokraten. Sowohl auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz als auch in der Kommission des Kongresses zur Frauenfrage polemisierten die deutschen Sozialdemokratinnen gegen die österreichischen. Clara Zetkin hatte schon früher in der Presse den österreichischen Sozialdemokraten vorgeworfen, sie hätten in der Agitation für das Wahlrecht die Forderung nach dem *Frauen*wahlrecht hintangestellt. Die Österreicher verteidigten sich sehr ungeschickt, und der Abänderungsantrag Victor Adlers, mit dem vorsichtig versucht wurde, den „österreichischen Opportunismus" in dieser Frage durchzusetzen, wurde in der Kommission mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Geschrieben September–
Anfang Oktober 1907.
Veröffentlicht im Oktober 1907
im Sammelband „Wetterleuchten",
Folge I, St. Petersburg.

Nach dem Text des Sammelbandes.

DIE ANTIMILITARISTISCHE PROPAGANDA UND DIE VERBÄNDE DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERJUGEND

Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart wurde, wie bekannt, die Frage des Militarismus und im Zusammenhang damit auch die Frage der antimilitaristischen Propaganda erörtert. In der hierzu angenommenen Resolution heißt es unter anderem, daß der Kongreß es als Pflicht der arbeitenden Klassen betrachtet, „dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt wird". Darin sieht der Kongreß das Unterpfand dafür, daß das Militär aufhört, blindes Werkzeug in den Händen der herrschenden Klassen zu sein, über das sie nach ihrem Gutdünken verfügen und das sie jederzeit gegen das Volk einsetzen können.

Unter den Soldaten, die im aktiven Dienst stehen, Propaganda zu treiben ist ungeheuer schwierig, manchmal fast unmöglich. Das Leben in der Kaserne, die strenge Aufsicht, die seltenen Beurlaubungen erschweren außerordentlich den Verkehr mit der Außenwelt; die militärische Disziplin, der sinnlose Drill schüchtern die Soldaten ein; die militärische Obrigkeit setzt alles daran, dem „einfachen Mann" jeden lebendigen Gedanken, jedes menschliche Gefühl auszutreiben, ihn zu blindem Gehorsam, zu sinnlosem und wildem Haß gegen „äußere" und „innere" Feinde zu erziehen ... Mit dem aus seinem gewohnten Milieu herausgelösten, alleinstehenden, unwissenden, eingeschüchterten Soldaten, dem man die barbarischsten Ansichten über seine Umwelt eingehämmert hat, Fühlung aufzunehmen, ist viel schwieriger als mit den Jugendlichen im dienstpflichtigen Alter, die im Kreise der Familie und ihrer Kameraden leben und mit ihnen durch gemeinsame Interessen eng verbunden sind. Die antimilitaristische Propaganda unter der Arbeiterjugend zeitigt überall prächtige Resultate. Und das ist von größter Bedeutung. Der Arbeiter, der als bewußter Sozialdemokrat in die Armee eintritt, ist eine schlechte Stütze der Machthaber.

In allen europäischen Ländern gibt es Verbände der sozialistischen Arbeiterjugend. In einigen Ländern, beispielsweise in Belgien, in Österreich, in Schweden, sind diese Verbände große Organisationen, die eine

verantwortungsvolle Parteiarbeit leisten. Natürlich, Hauptziel der Jugendverbände ist die Selbstbildung, die Herausarbeitung einer klaren, geschlossenen sozialistischen Weltanschauung. Daneben aber leisten die Jugendverbände auch praktische Arbeit. Sie kämpfen für die Verbesserung der Lage der Lehrlinge, sind bestrebt, sie vor der maßlosen Ausbeutung durch die Unternehmer zu schützen. Noch mehr Zeit und Aufmerksamkeit widmen die Verbände der sozialistischen Arbeiterjugend der antimilitaristischen Propaganda.

Zu diesem Zweck sind sie bemüht, enge Verbindungen mit den jungen Soldaten herzustellen. Das geschieht folgendermaßen. Solange der junge Arbeiter noch nicht Soldat ist, ist er Mitglied des Verbands und zahlt Mitgliedsbeiträge. Wenn er Soldat wird, hält der Verband weiterhin ständige Verbindung mit ihm, schickt ihm regelmäßig eine geringe geldliche Unterstützung („Soldaten-Sou", wie man das in Frankreich nennt), die, so klein sie an und für sich sein möge, für ihn von wesentlicher Bedeutung ist. Dafür verpflichtet er sich seinerseits, dem Verband regelmäßig von allem Mitteilung zu machen, was bei ihm in der Kaserne vor sich geht, schriftlich von seinen Eindrücken zu berichten. Auf diese Weise verliert der Soldat auch nach seinem Dienstantritt nicht die Verbindung mit der Organisation, der er angehörte.

Man ist immer bemüht, den Soldaten möglichst weit von seinem Heimatort entfernt den Dienst ableisten zu lassen. Das geschieht, damit der Soldat durch keinerlei Interessen mit der örtlichen Bevölkerung verbunden sei, damit er sich ihr gegenüber als Fremder fühle. Dann ist es leichter, ihn zu zwingen, sich dem Befehl zu unterwerfen und auf die Menge zu schießen. Die Arbeiterjugendverbände sind bemüht, dieser Isolierung des Soldaten von der örtlichen Bevölkerung entgegenzuwirken. Die Jugendverbände sind untereinander verbunden. Der Soldat, der Mitglied des Jugendverbandes in seiner Heimat war, wird, wenn er in eine neue Stadt kommt, von dem örtlichen Verband als gern gesehener Gast empfangen, man macht ihn sofort mit den örtlichen Gegebenheiten bekannt, hilft ihm, wie man kann. Er hört auf, ein Fremder, ein Zugereister zu sein. Er weiß auch, wenn ihm irgendein Unglück zustößt, so wird man ihm helfen, ihm beistehen. Dieses Bewußtsein verleiht ihm Mut, er tritt in der Kaserne mutiger auf, verteidigt mutiger seine Rechte und seine menschliche Würde.

Die engen Verbindungen mit den jungen Soldaten ermöglichen es den Jugendverbänden, unter den Soldaten eine ausgedehnte antimilitaristische Propaganda zu treiben. Das geschieht hauptsächlich mit Hilfe der antimilitaristischen Publikationen, die die Jugendverbände besonders in Frankreich, in Belgien und auch in der Schweiz, in Schweden usw. herausgeben und in großer Zahl verbreiten. Es sind dies Publikationen verschiedenster Art: Postkarten mit Bildern antimilitaristischen Inhalts, antimilitaristische Soldatenliederbücher (viele dieser Lieder sind unter den Soldaten sehr verbreitet), ein „Soldatenkatechismus" (der in Frankreich in mehr als 100 000 Exemplaren verbreitet worden ist), Broschüren jeglicher Art, Aufrufe, Flugblätter; wöchentlich, 14täglich oder monatlich erscheinende Zeitungen und Zeitschriften für Soldaten, einige davon mit Illustrationen. „Die Kaserne", „Der Rekrut", „Der junge Soldat", „Pioupiou" (gutmütige Bezeichnung für einen jungen Rekruten), „Vorwärts" haben sehr weite Verbreitung gefunden. Beispielsweise erscheinen in Belgien die Zeitungen „Der Rekrut" und „Die Kaserne" in je 60 000 Exemplaren. Besonders viele Zeitschriften erscheinen zur Zeit der Rekrutenaushebung. Sondernummern der Soldatenzeitungen werden an die Adressen aller Einberufenen versandt. Antimilitaristische Literatur wird den Soldaten in die Kaserne zugestellt, ihnen auf der Straße übergeben, die Soldaten finden sie in den Cafés, in den Wirtschaften, überall, wo sie sich aufhalten.

Besonders große Aufmerksamkeit gilt den Einberufenen. Man veranstaltet feierliche Abschiedskundgebungen. In der Zeit der Rekrutenaushebung werden in der Stadt Prozessionen durchgeführt. So ziehen beispielsweise in Österreich die Rekruten in Trauerkleidung und unter den Klängen eines Trauermarsches durch die ganze Stadt. Vor ihnen fährt ein mit rotem Tuch geschmückter Wagen. An den Wänden sind überall rote Anschläge, auf denen mit großen Buchstaben gedruckt ist: „Ihr werdet nicht auf das Volk schießen!" Zu Ehren der Rekruten finden Abendveranstaltungen statt, bei denen leidenschaftliche antimilitaristische Reden gehalten werden. Mit einem Wort, es geschieht alles, um das Bewußtsein des Rekruten zu wecken, um dem schädlichen Einfluß der Ideen und Gefühle vorzubeugen, die man ihm mit allen Mitteln in der Kaserne einzuflößen bemüht sein wird.

Und die Arbeit der sozialistischen Jugend ist nicht umsonst. In Belgien

gibt es unter den Soldaten bereits etwa 15 Soldatenverbände, die in ihrer Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei nahestehen und die eng miteinander verbunden sind. Es gibt Regimenter, in denen zwei Drittel der Soldaten organisiert sind. In Frankreich hat die antimilitaristische Stimmung die Massen erfaßt. Während der Streiks in Dünkirchen, Creusot, Longwy, Montceaux-les-Mines haben sich die Soldaten, die gegen die Streikenden aufgeboten wurden, mit diesen solidarisch erklärt ...

Von Tag zu Tag wächst in den Reihen der Armee die Zahl der Sozialdemokraten, das Militär wird immer unzuverlässiger. Wenn die Bourgeoisie der organisierten Arbeiterklasse von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen wird – auf wessen Seite wird das Militär sein? Die sozialistische Arbeiterjugend arbeitet mit aller Energie und mit dem der Jugend eigenen Eifer daran, daß es auf der Seite des Volkes stehen möge.

„Wperjod" Nr. 16,
8. Oktober 1907.

Nach dem Text des „Wperjod".

WIE DIE „SOZIALREVOLUTIONÄRE" GESCHICHTE SCHREIBEN

In Nummer 5 des Zentralorgans der Sozialrevolutionäre „Snamja Truda"[245] finden wir einen Leitartikel über den Stuttgarter Kongreß, der mit einem bei den Sozialrevolutionären üblichen Schwall von Phrasen und maßloser Prahlerei geschrieben ist. Es wird ein Telegramm abgedruckt, in dem das ZK der Partei der Sozialrevolutionäre Europa mitgeteilt hat, daß „der revolutionäre Kampf ihm gebiete, auf seinem Posten zu verharren". Es wird die volle Zufriedenheit eben dieses ZK mit der „gewohnten Energie" des Vertreters der Sozialrevolutionäre im Büro[246] zum Ausdruck gebracht. „Die Sozialistische Internationale hat mit ihrer Resolution den Standpunkt zur Gewerkschaftsbewegung gebilligt, den wir immer vertreten haben", versichert das „Snamja Truda". In der Frage der gesetzlichen Einführung eines Mindestlohnes hat der Kongreß, ungeachtet des Dogmatikers Kautsky, „auf unserer Seite gestanden". In drei Jahren sind „wir, die russischen Sozialisten", „zu einer großen Mas-

senpartei herangewachsen. Und das hat die Internationale offen und respektvoll (!!!) anerkannt."

Mit einem Wort, dreißigtausend Kuriere aus Europa wurden geschickt, um den Sozialrevolutionären Respekt zu erweisen.

Die bösen Sozialdemokraten aber haben in der russischen Sektion „ein bißchen intrigiert", nämlich: sie haben gegen die Stimmengleichheit für Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre gekämpft, wie sie von den Sozialrevolutionären gefordert wird. Die Sozialdemokraten verlangten 11 Stimmen für sich, 6 für die Sozialrevolutionäre und 3 für die Gewerkschaften. Das Büro beschloß: 10 für die Sozialdemokraten, 7 für die Sozialrevolutionäre und 3 für die Gewerkschaften. „Adler und Bebel stimmten zwar gegen unsere Forderung, erklärten aber, daß sie keineswegs die Bedeutung der Partei der Sozialrevolutionäre schmälern wollten, in der sie einen wichtigen Faktor des russischen Sozialismus und der Revolution sähen. Sie wollten jedoch gerecht sein und das annähernde Kräfteverhältnis konstatieren" („Snamja Truda").

Unvorsichtig, o wie unvorsichtig sind unsere Chlestakow*! Weder von der Bedeutung der Sozialrevolutionäre noch von einem „wichtigen Faktor" war im Büro die Rede, *konnte gar nicht* die Rede *sein*. Ist eine Partei einmal zum Kongreß und zum Büro zugelassen, so werden das Büro und seine Mitglieder die Einschätzung ihrer Bedeutung und Wichtigkeit nicht einmal mehr berühren. Das Büro kann nur die *Stärke* der Parteien zwecks Verteilung der Stimmenzahl einschätzen. Bebel und Adler stimmten den Argumenten unseres, des sozialdemokratischen Vertreters im Büro zu, daß Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre *nicht gleich* stark sind. Nachdem sie diesen Argumenten zugestimmt hatten, bemerkten sie natürlich, daß sie nicht über Prinzipien, nicht über Richtungen urteilen, nicht die Auseinandersetzung zwischen dem sozialdemokratischen und dem sozialrevolutionären Programm entscheiden, sondern ausschließlich die Stärke zwecks Verteilung der Stimmenzahl abwägen. Aus einem solchen selbstverständlichen Vorbehalt eine Anerkennung der Sozialrevolutionäre als „wichtigen Faktor" zu machen, heißt sich wie ein Chlestakow aufführen.

Und das ist von den Sozialrevolutionären um so unvorsichtiger, als sie den Sinn des Vorbehalts von Bebel und Adler nach dem Gedächtnis

* Chlestakow – Hauptgestalt in Gogols „Revisor". *Die Red.*

wiedergeben, ihn falsch wiedergeben und dabei die *grundsätzlichen Argumente* mit Stillschweigen übergehen. Von den Vorbehalten Bebels berichteten sie mit Ausschmückungen, unseren grundsätzlichen Streit aber verschwiegen sie. Warum wohl?

Dem Wesen nach ging der Streit unserer Vertreter im Büro um folgendes. Der Sozialdemokrat berief sich auf die Zahl der Abgeordneten in der zweiten Duma als das exakteste Kriterium für die Stärke der Parteien, wobei er den Vorbehalt machte, daß das Wahlgesetz für die Bauern günstiger ist als für die Arbeiter. Der Sozialrevolutionär wandte ein, daß es außer der Fraktion der Sozialrevolutionäre in der Duma „Beinahe-Sozialrevolutionäre" gegeben habe: sowohl Trudowiki als auch Volkssozialisten. Einen gewissen Teil von ihnen müsse man doch zu den Sozialrevolutionären hinzurechnen! Unter den Volkssozialisten gebe es zudem, so sagte der Sozialrevolutionär wörtlich, „erstklassige Schriftsteller" („écrivains de premier ordre", sagte Rubanowitsch).

Der Vertreter der Sozialdemokraten antwortete darauf: ja, unter den Volkssozialisten gibt es „erstklassige Schriftsteller" – wie es sie auch unter den französischen Radikalsozialisten und Radikalen[247] gibt, vom Schlage etwa eines Clemenceau (ebenfalls ein „erstklassiger Schriftsteller"!). Gehört es sich aber für eine selbständige Partei, sich zum Beweis ihrer Stärke auf eine *fremde* Partei zu berufen? Gehört sich das, wenn die „erstklassigen Schriftsteller" aus den Reihen der Volkssozialisten selbst gar nicht daran denken, um Zulassung zum Kongreß zu ersuchen?

Gehört es sich, fügen wir von uns aus hinzu, sich in Rußland als Ultrarevolutionäre auszugeben, in Europa aber die Volkssozialisten zur Unterstützung an den Haaren herbeizuziehen?

„Proletari" Nr. 17,
20. Oktober 1907.

Nach dem Text des „Proletari".

DIE DRITTE REICHSDUMA UND DIE SOZIALDEMOKRATIE

Am 1. November 1907 wurde die dritte Reichsduma[248] eröffnet, einberufen auf Grund des vom Zaren nach der Auseinanderjagung der zwei-

ten Duma am 3. Juni 1907 erlassenen Wahlgesetzes. Auch das alte, am 11. Dezember 1905 erlassene Wahlgesetz[249] war weit entfernt von einem allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrecht. Es entstellte den Willen des Volkes, machte die Duma zu einem verstümmelten Ausdruck dieses Willens, besonders nach den „Erläuterungen" zu diesem Gesetz, die der aus alten Beamten und Richtern zusammengesetzte und der zaristischen Selbstherrschaft hörige Senat vor der zweiten Duma abgab. Am 3. Juni raubte der Zar den Arbeitern, den Bauern und der städtischen Armut auch die kümmerlichen Wahlrechte, die sie vorher besessen hatten. Damit beging die Selbstherrschaft ein weiteres schändliches Verbrechen gegen das Volk, sie verfälschte die Volksvertretung und lieferte die Duma den Gutsbesitzern und Kapitalisten aus, diesen Stützen der zaristischen Selbstherrschaft, den ewigen Unterdrückern des Volkes. Es war von vornherein abzusehen, daß sie in der Duma herrschen würden. So ist es auch gekommen.

Zur Zeit ist die Wahl von 439 Dumamitgliedern bekannt. Sieht man von den acht Parteilosen ab, so verteilen sich die übrigen 431 Abgeordneten auf *vier* Hauptgruppen: 1. die größte – die *Rechten*, die Schwarzhunderterabgeordneten – 187; 2. weiter – die *Oktobristen*[250] und ihnen nahestehende Parteien – 119; 3. die Kadetten und ihnen Nahestehende – 93; 4. die Linken – 32 (davon Sozialdemokraten – 16 bis 18).

Was die Schwarzhunderter sind, das weiß jeder. Zwar schließt sich ihnen ein gewisser Teil unaufgeklärter, nicht klassenbewußter Arbeiter, Bauern, städtischer Armut an, ihren wichtigsten, führenden Teil aber bilden die fronherrlichen Gutsbesitzer, für die die Aufrechterhaltung der Selbstherrschaft die einzige Rettung ist, denn nur mit Hilfe der Selbstherrschaft können sie die Staatskasse plündern, indem sie Unterstützungen, Anleihen, hohe Gehälter und alle möglichen Zuwendungen einstreichen. Nur die Selbstherrschaft mit ihrer Polizei und ihrem Militär ermöglicht es ihnen, die Bauernschaft, die unter der Landlosigkeit, verbunden mit Abarbeit und unbezahlbaren Schulden und Verpflichtungen, leidet, weiter in Sklaverei zu halten.

Die Oktobristen – zum Teil gleichfalls Gutsbesitzer – sind hauptsächlich solche, die mit dem Getreide von ihren Gütern einen schwunghaften Handel treiben und des Schutzes der Selbstherrschaft bedürfen, damit dieses Getreide im Ausland nicht mit zu hohen Zöllen belegt wird,

damit der Getreidetransport ins Ausland auf den russischen Eisenbahnen möglichst wenig kostet, damit der Staat den Sprit, den viele Gutsbesitzer in ihren Branntweinbrennereien aus Kartoffeln und Getreide gewinnen, für das Branntweinmonopol möglichst teuer aufkauft. Aber neben diesen räuberischen und habgierigen Gutsbesitzern gibt es unter den Oktobristen nicht wenig ebenso räuberische und habgierige kapitalistische Fabrikanten, Werkbesitzer, Bankiers. Sie bedürfen ebenfalls des Schutzes der Regierung, damit für ausländische Waren hohe Zölle erhoben werden, die es ihnen ermöglichen, die russischen Waren zu überhöhten Preisen zu verkaufen, damit der Staat den Kapitalisten vorteilhafte Aufträge für ihre Werke erteilt, usw. Sie brauchen die Polizei und das Militär, damit diese die Arbeiter ebenso zu ihren Sklaven machen, wie die Bauern Sklaven der fronherrlichen Gutsbesitzer sind.

Es ist verständlich, daß die Oktobristen den Schwarzhundertern so nahestehen. Sollte in der Duma einmal die Rede auf die staatlichen Einnahmen und Ausgaben kommen, dann werden die einen wie die anderen gemeinsam darum besorgt sein, daß die ganze Last der Abgaben auf die Bauern, die Arbeiter, die städtische Armut abgewälzt wird, die Einnahmen jedoch den Kapitalisten, den Gutsbesitzern und den hohen Beamten zukommen. Sollte einmal von Landzuteilung an die Bauern oder von einer Verbesserung der Lage der Arbeiter die Rede sein, dann werden die Schwarzhunderter und die Oktobristen einmütig so auftreten, daß sie für Wucherpreise nur die Ländereien abstoßen, die sie nicht brauchen, und dabei werden sie die ohnehin bettelarmen Bauern bis aufs Hemd ausplündern. Sie werden bemüht sein, die Arbeiter, die unter der Last der kapitalistischen Ausbeutung schmachten, an Händen und Füßen zu fesseln. Und natürlich werden sowohl die Schwarzhunderter wie auch die Oktobristen alle Anstrengungen darauf richten, daß möglichst viel Polizei und Militär ihr „kostbares" Leben und ihr „heiliges" Eigentum schützen: fürchten sie doch wie das Feuer die Revolution, den machtvollen Ansturm der Arbeiter und Bauern, die den großen Kampf für Freiheit und Boden aufgenommen haben. *Zusammen werden die Oktobristen und die Schwarzhunderter in der dritten Duma eine gewaltige Mehrheit bilden: 306 von 439 Abgeordneten.* Was diese Mehrheit will, das wird sie auch tun. Sie ist gegen die Revolution oder, wie man gewöhnlich sagt, sie ist konterrevolutionär.

Bei den Oktobristen kann es jedoch Fragen geben, in denen sie mit der Mehrheit der Schwarzhunderter nicht übereinstimmen. Die Schwarzhunderter gehen in ihrer Unverfrorenheit bis zum Äußersten. Sie glauben, man könne allein mit der Faust des Polizisten, mit Knute, Maschinengewehr und Bajonett jede Revolution niederwerfen, jedes Streben des Volkes nach Licht und Freiheit ersticken. Gestützt auf die Selbstherrschaft, wollen sie nach ihrem Gutdünken und zu ihrem Nutzen über die Staatskasse verfügen, alle einträglichen Posten besetzen, im Staat schalten und walten wie auf ihren Gütern. Die Oktobristen erinnern sich, daß die Gutsbesitzer und Beamten bisher so gewirtschaftet haben, daß sie den Kapitalisten zuwenig gelassen, alles für sich genommen haben. Zwei Räuber, der Schwarzhunderter und der Oktobrist, streiten sich um ein und denselben fetten Happen, streiten sich darum, wer mehr bekommt. Alles oder auch nur einen großen Teil an die Schwarzhunderter abtreten wollen die Oktobristen nicht: Erst kürzlich hat ihnen der japanische Krieg eine Lehre erteilt, der gezeigt hat, daß die Schwarzhunderter derart unvernünftig wirtschaften, daß sie sogar sich selbst Verluste beibringen, um so mehr den Kapitalisten und Kaufleuten. Und deshalb wollen die Oktobristen einen Teil der Macht im Staate in ihre Hände nehmen, wollen sie die Verfassung bekräftigen, zu ihren Gunsten natürlich, nicht zugunsten des Volkes. Dabei wollen die Oktobristen das Volk aber mit verschiedenen Gesetzen betrügen, die dem äußeren Schein nach Reformen, Verbesserungen im Leben des Staates und des Volkes einführen, in Wirklichkeit aber den Interessen der Reichen dienen. Sie sind natürlich ebenso wie die Schwarzhunderter bereit, sich gegen die Revolution auf Maschinengewehr, Bajonett und Knute zu stützen, zugleich aber haben sie nichts dagegen, zur größeren Sicherheit den Volksmassen durch betrügerische Reformen Sand in die Augen zu streuen.

Für all das brauchen die Oktobristen andere Verbündete, nicht die Schwarzhunderter. Zwar hoffen sie auch in diesen Fragen einen Teil der Rechten von den extremen Schwarzhundertern aus dem „Bund des russischen Volkes"[251] abzuspalten, aber das genügt nicht. Daher müssen sie andere Verbündete suchen, gleichfalls Feinde der Revolution, aber auch Feinde der Schwarzhunderter, Anhänger betrügerischer oder unbedeutender Reformen, Anhänger der Verfassung im Interesse der großen und – vielleicht – teilweise der mittleren Bourgeoisie.

Solche Verbündete können die Oktobristen in der Duma leicht finden: Es sind dies die Kadetten, die Partei jenes Teils der Gutsbesitzer, der großen und mittleren Bourgeoisie, der sich völlig darauf eingestellt hat, eine echte, gute kapitalistische Wirtschaft zu führen, ähnlich der in den westeuropäischen Ländern, gegründet ebenfalls auf Ausbeutung, auf Unterdrückung der Arbeiter, der Bauern, der städtischen Armut, aber auf eine kluge, verfeinerte, geschickte Ausbeutung, die nicht jeder sofort begreift und richtig durchschaut. In der Kadettenpartei gibt es viele Gutsbesitzer, die eine echte kapitalistische Wirtschaft betreiben, gibt es ebensolche Fabrikanten und Bankiers, viele Advokaten, Professoren und Doktoren mit guten Gehältern, die sie von den Reichen bekommen. Zwar haben die Kadetten in ihrem Programm dem Volk vieles versprochen: das allgemeine Wahlrecht, alle Freiheiten, den Achtstundentag, Land für die Bauern. Aber all das geschah nur zur Gewinnung der Volksmassen. In Wirklichkeit haben sie jedoch auch in den ersten zwei Dumas das allgemeine Wahlrecht nicht direkt vorgeschlagen; die von ihnen eingebrachten Gesetze über Freiheiten waren in Wirklichkeit darauf gerichtet, dem Volk möglichst wenig Freiheit zu geben; statt des Achtstundentages schlugen sie in der zweiten Duma den Zehnstundentag vor; und Land wollten sie den Bauern nur solches geben, das für die kapitalistische Wirtschaft nicht gebraucht wurde, dazu gegen Ablösung und in einem Umfang, daß die Bauern, hätten sie es bekommen, sowieso als Lohnarbeiter auf den benachbarten Gütern hätten arbeiten müssen. All das war ein schlauer Betrug, auf den die Arbeiter überhaupt nicht und die Bauern kaum hereinfielen, nur die städtische Armut glaubte den Kadetten teilweise. Jetzt aber, nach der Auseinanderjagung der zwei Dumas, sind die Kadetten ganz ruhig geworden und haben begonnen, sich bei den Oktobristen einzuschmeicheln: Sie haben erklärt, daß sie die Revolutionäre und besonders die Sozialdemokraten als ihre Feinde betrachten, sie haben erklärt, daß sie an die Verfassungstreue der Oktobristen glauben, sie haben bei der Wahl des Dumapräsidenten für einen Oktobristen gestimmt. Der Kuhhandel ist perfekt. Zwar will Minister Stolypin allem Anschein nach keine feste Vereinbarung, er will die Kadetten kurzhalten und wirkt in diesem Sinne auf die Oktobristen ein, jedoch *in Wirklichkeit bildet sich trotzdem eine zweite Mehrheit in der Duma, eine Mehrheit aus Oktobristen und Kadetten.* Zusammen sind es 212 Abgeordnete,

etwas weniger als die Hälfte, ihnen werden sich aber noch die Parteilosen anschließen, das sind 8 Abgeordnete, so daß eine Mehrheit zustande kommt; und auch von den Rechten können immerhin einige in bestimmten Fragen mit den Oktobristen und Kadetten stimmen. Natürlich, auch diese *zweite Mehrheit wird konterrevolutionär sein*, wird die Revolution bekämpfen; nur wird sie sich mit jämmerlichen oder für das Volk untauglichen Reformen tarnen.

Können diese zwei Mehrheiten in der dritten Duma die Revolution besiegen?

Die große russische Revolution kann nicht zum Stillstand kommen, solange die Bauern nicht in einigermaßen ausreichender Menge Land bekommen und die Volksmassen nicht entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung des Staates erlangen. Können die beiden Dumamehrheiten das alles geben? Es ist lächerlich, eine solche Frage auch nur zu stellen. Werden denn die fronherrlichen Gutsbesitzer und die kapitalistischen Räuber den Bauern Land geben und die entscheidende Macht dem Volke abtreten? Nein! Sie werden dem hungernden Bauern einen Brocken hinwerfen, nachdem sie ihn bis aufs Hemd ausgeplündert haben, sie werden allein den Kulaken und Blutsaugern helfen, sich gut einzurichten, die ganze Macht aber werden sie sich nehmen, während das Volk unterjocht und unterworfen bleibt.

Es ist klar, daß die Sozialdemokraten alles tun müssen, um die große Sache des Volkes weiterzuführen, die Revolution, den Kampf für Freiheit und Land.

In der Duma wollen die Regierung, die hinter den Oktobristen steht, und die Kadetten ein doppeltes Spiel spielen. Die Regierung möchte sich, während sie ihre Verfolgungen verstärkt, während sie Rußland mit Bajonett, Galgen, Gefängnis und Verbannung zu erobern sucht, als Anhänger von Reformen ausgeben. Die Kadetten, die sich in Wirklichkeit mit den Oktobristen in den Armen liegen, möchten den Anschein erwecken, als seien sie die wahren Verfechter der Freiheit. Die einen wie die anderen aber wollen das Volk betrügen und die Revolution ersticken.

Aber daraus wird nichts! Die Sozialdemokraten, konsequente und treue Kämpfer für die Befreiung des ganzen Volkes, werden den Heuchlern und Betrügern die Maske herunterreißen. In der Duma wie auch außerhalb der Duma werden sie die Gewaltakte der erzreaktionären Guts-

besitzer und der Regierung wie auch die Betrugsmanöver der Kadetten entlarven. Sie werden verstehen, sie müssen verstehen, daß es jetzt nicht nur darauf ankommt, einen schonungslosen Kampf gegen die Regierung zu führen, sondern daß man auch weder direkt noch indirekt die Kadetten *unterstützen* darf.

Vor allem aber und unüberhörbar müssen die Sozialdemokraten drohend ihre Stimme erheben zur Entlarvung des ruchlosen Verbrechens des Zaren vom 3. Juni 1907. Mögen die Vertreter des Proletariats in der Duma dem Volk klarmachen, daß die dritte Duma seinen Interessen nicht dienen, daß sie seine Forderungen nicht erfüllen kann und daß dazu nur eine machtvollkommene, durch allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahl entstandene Konstituierende Versammlung imstande ist.

Die Regierung wird neue Gesetze einbringen. Dasselbe werden die Oktobristen, die Kadetten, die Schwarzhunderter tun. Alle diese Gesetze werden ein frecher Volksbetrug sein, eine grobe Verletzung seiner Rechte *und Interessen, eine Verhöhnung seiner Forderungen, eine* Beleidigung des Blutes, das das Volk im Kampf um die Freiheit vergossen hat. Alle diese Gesetze werden die Interessen der Gutsbesitzer und Kapitalisten schützen. Jedes dieser Gesetze wird ein neues Glied sein in den Ketten der Sklaverei, die die Gewaltherrscher und Parasiten den Arbeitern, den Bauern und der städtischen Armut schmieden. Nicht alle werden das sofort begreifen. Aber die Sozialdemokraten wissen und verstehen das, und deshalb werden sie es dem betrogenen Volk kühn enthüllen. Besondere *Aufmerksamkeit müssen sie dabei den Gesetzen zuwenden*, die die dringendsten Bedürfnisse des Volkes betreffen – die Gesetze über den Grund und Boden, die Gesetze über die Arbeiter, über die Staatsausgaben und -einnahmen. Zugleich mit der Entlarvung der Gewalt und des Betrugs der Fronherren und Kapitalisten müssen die Sozialdemokraten dem ganzen Volk ihre Forderungen erklären: unumschränkte Volksherrschaft (demokratische Republik), uneingeschränkte Freiheit und Gleichheit, Achtstundentag und Erleichterung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter, Konfiskation der großen Güter und Übergabe des Bodens an die Bauern. Sie müssen auch auf das große Ziel hinweisen, das sich das Proletariat aller Länder stellt: auf den Sozialismus, die vollständige Beseitigung der Lohnsklaverei.

Neben den Sozialdemokraten gibt es in der Duma ein kleines Häuf-

lein Linker, hauptsächlich Trudowiki. An sie müssen die Sozialdemokraten appellieren, ihnen zu folgen. Besonders notwendig ist das, wenn es gilt, Interpellationen an die Regierung zu richten, die in Rußland wie eine wilde Bestie wütet. Die Kettenhunde des Zarismus, die Polizisten, Gendarmen und auch die höheren Würdenträger, die Minister und Gouverneure, erlauben sich Tag für Tag eine Reihe grober Gewalt- und Willkürakte. Es gilt, sie zu entlarven und anzuprangern. Und das müssen die Sozialdemokraten tun. Für eine Interpellation bedarf es aber der Unterschriften von 30 Dumamitgliedern, Sozialdemokraten jedoch wird es kaum mehr als 18 geben. Zusammen mit den anderen Linken sind es 32. Die Sozialdemokraten müssen die Interpellation formulieren und die Linken auffordern, sich ihnen anzuschließen. Ist den Linken die große Sache der Freiheit wirklich teuer, so müssen sie sich anschließen. Und dann wird der Regierung ein schwerer Schlag versetzt werden, ähnlich denen, die ihr die Sozialdemokratie mit ihren Interpellationen in der zweiten Duma versetzt hat.

Das sind die Hauptaufgaben der Sozialdemokraten in der dritten Reichsduma. Eine schwere Arbeit steht unseren Genossen dort bevor. Sie werden dort unter Feinden sein, unter böswilligen und unversöhnlichen. Man wird ihnen den Mund verbieten, sie mit Beleidigungen überschütten, sie vielleicht aus der Duma ausschließen, vor Gericht stellen, ins Gefängnis sperren, verbannen. Sie müssen fest sein, ungeachtet aller Verfolgungen, sie müssen das rote Banner des Proletariats hochhalten, bis zum letzten der großen Sache des Kampfes für die Befreiung des ganzen Volkes treu bleiben. Aber auch wir alle, Genossen Arbeiter, müssen sie einträchtig und geschlossen unterstützen, müssen aufmerksam jedem ihrer Worte lauschen, darauf antworten, ihr Auftreten in Meetings und Versammlungen erörtern, sie durch unsere Sympathie und Zustimmung bei jedem ihrer richtigen Schritte stärken, ihnen mit ganzer Kraft und mit allen Mitteln im Kampf für die Sache der Revolution helfen. Möge die Arbeiterklasse in der Unterstützung ihrer Vertreter einig sein und möge sie damit ihre eigene Einheit festigen, die sie für ihren großen Kampf, für die Zeit des „letzten Gefechts" brauchen wird.

„Wperjod" Nr. 18,
November 1907.

Nach dem Text des „Wperjod".

PLENUM DES ZK DER SDAPR[252]

11.–13. (24.–26.) August 1908

1

ERKLÄRUNG ZUR EINBERUFUNG DES ZK-PLENUMS

Erklärung:

In Anbetracht dessen, daß Versuche unternommen werden, den Ausgangspunkt des zur Diskussion stehenden Vorfalls zu vertuschen, erkläre ich kategorisch, daß ich gleich zu Beginn mit aller Bestimmtheit folgendes gesagt habe:

Nach Mitteilung von Grigori hat Esra ihm geschrieben, daß *der kleinere Bruder das ⌊Existenzrecht⌋ des ZK-Plenums leugnet.* Diese Mitteilung, die von Grigori voll und ganz bestätigt und von Esra nicht eindeutig widerlegt wurde, zeigt die *Unrechtmäßigkeit* der Handlungsweise der Menschewiki und die Unrechtmäßigkeit der Erörterung einer *solchen* Frage durch das Zentralkomitee des „Bund". Ich bestehe daher darauf, daß der Text des Briefes selbst ausfindig gemacht wird.

Lenin

Eingebracht am 12. (25.) August 1908.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV. — *Nach dem Manuskript.*

2

ENTWURF EINES BESCHLUSSES ZU DEM VORFALL IM ZUSAMMENHANG MIT DER EINBERUFUNG DES ZK-PLENUMS

Das ZK beauftragt das Auslandsbüro des ZK[253], einen besonders ausführlichen Bericht über den sogenannten Vorfall im Zusammenhang mit der Einberufung des Plenums, über die Briefe Esras, die Erklärungen

Pjotrs und alle Diskussionen abzufassen; dieser Bericht soll im Archiv des Zentralkomitees aufbewahrt werden, wobei es dem engeren ZK überlassen wird, ihn zu veröffentlichen, wenn sich das als notwendig erweisen sollte.

Eingebracht am 13. (26.) August 1908.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 *Nach dem Manuskript.*
im Lenin-Sammelband XXV.

3
ENTWURF DES BESCHLUSSES ÜBER DIE BILDUNG DES ZENTRALEN AUSLANDSBÜROS

1. Die sozialdemokratischen Gruppen im Ausland werden als Gruppen zur Unterstützung der SDAPR anerkannt.

2. Das ZK ernennt ein neues Zentrales Auslandsbüro, bestehend aus 10 Personen. Außerhalb der Plenartagungen des ZK erfolgt eine Kooptation oder ein Austausch nur mit Bestätigung des Auslandsbüros des ZK.

3. Das Zentrale Auslandsbüro dient den Belangen der Gruppen zur Unterstützung der SDAPR im Ausland und erfüllt allgemeine Parteiaufträge des Auslandsbüros des ZK.

4. Dem Auslandsbüro gehört 1 Mitglied des ZK (ernannt vom Plenum oder vom Auslandsbüro) mit Vetorecht an.

5. In möglichst naher Zukunft wird unter Kontrolle des Auslandsbüros des ZK eine Konferenz möglichst aller Gruppen zur Unterstützung der SDAPR im Ausland organisiert.

6. Das Statut der Konferenz wird vom Auslandsbüro des ZK bestätigt.

7. Das Auslandsbüro des ZK wird beauftragt, alle Maßnahmen zu treffen, damit auf dieser Konferenz eine Vereinigung aller nationalen sozialdemokratischen Gruppen im Ausland zu einheitlichen örtlichen Gruppen zur Unterstützung der SDAPR erfolgt. Das Auslandsbüro des ZK muß in dieser Frage mit allen Zentralkomitees der nationalen sozialdemokratischen Organisationen Verbindung aufnehmen.

8. Die Gruppen führen 85–90% ihrer Einnahmen an die Kasse des

ZK ab. Die Genehmigung von Ausnahmen in äußerst dringenden Fällen (beispielsweise Ausgaben für Emigranten) obliegt dem Auslandsbüro des ZK.

Eingebracht am 13. (26.) August 1908.

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV. — *Nach dem Manuskript.*

V. GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ DER SDAPR[254]

21.–27. Dezember 1908 (3.–9. Januar 1909)

1
KONZEPT EINER REDE ZUR ORGANISATIONSFRAGE[255]

I.

Zusammensetzung (12 Apostel
5 [un]antastbare (im Range von Engeln)[256])

II. (A)

1. Streikbewegung und revolutionärer Ansturm;
2. Reformismus und Revolution;
3. Aufgaben des Kampfes gegen den Nationalismus;
   – vor dem Parteitag stellen;
4. wie soll in den legalen Vereinigungen gearbeitet werden.

III. (B)

(1) Dumafraktion.
(2) Legale Zeitungen.
(3) Legale Vereinigungen.
(4) Illegale Agitatoren und ihre geheimen Losungen.

IV. (C)

Resolutionen und ihre Popularisierung...

V. (D)

Vertrauensleute und ihre Nominierung.

Geschrieben am 24. Dezember 1908
(6. Januar 1909).
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 *Nach dem Manuskript.*
im Lenin-Sammelband XXV.

2
ERLÄUTERUNG ZUR REDE ÜBER DIE ORGANISATIONSFRAGE[257]

De-facto-Erklärung

Ich stelle fest, daß ich in meiner Rede zur Organisationsfrage, die heute erst behandelt wurde, weder über das Verhältnis der Kaukasier zum „Golos Sozial-Demokrata"[258] noch über den „Golos Sozial-Demokrata" *überhaupt auch nur ein einziges Wort* gesagt habe oder sagen wollte. Deshalb hat Gen. Pjotr aus Tiflis, als er seine Rede mit der Erklärung begann, daß es in *dieser* Frage zur Zeit keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kaukasiern und dem „Golos Sozial-Demokrata" gäbe, völlig unbegründet meinen Namen genannt. Was frühere Diskussionen betrifft, so habe ich nur von den Meinungsverschiedenheiten gesprochen, die zwischen *einigen* Mitgliedern der Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata" und den Kaukasiern auf dem Augustplenum des ZK 1908 zutage getreten sind.

N. Lenin

Eingebracht am 24. Dezember 1908
(6. Januar 1909).
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 *Nach dem Manuskript.*
im Lenin-Sammelband XXV.

3
ANTRAG ZUR VERFAHRENSWEISE BEI DER ABSTIMMUNG ÜBER RESOLUTIONEN

Wenn nicht verlangt wird, über eine von jemandem auf der Konferenz eingebrachte Resolution abzustimmen, so bringt die Konferenz eine Resolution über die Richtung der Arbeiten der Kommission zur Abstimmung.

Wird aber von vornherein gefordert, über irgendwessen Resolution sofort als Grundlage abzustimmen, so ist dieser Forderung unverzüglich nachzukommen.

Lenin

Eingebracht am 24. Dezember 1908 (6. Januar 1909).
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

4
ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DIE VERÖFFENTLICHUNG DER KONFERENZBESCHLÜSSE

Die Konferenz ersucht das ZK, Maßnahmen zu ergreifen zur Herausgabe der Resolutionen der Konferenz und der eingebrachten Entwürfe sowie möglichst auch der Konferenzprotokolle oder eines kurzen Berichts.

Eingebracht am 26. Dezember 1908 (8. Januar 1909).
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

5
DE-FACTO-ERKLÄRUNG[259]

Ich stelle fest, daß ich gegen Gen. Ljadow von dem Standpunkt aus

opponiert habe, den ich in meiner Rede immer wieder betont habe, daß nämlich das *Veto*recht des ZK *unbestreitbar* ist.

N. Lenin

Eingebracht am 26. Dezember 1908
(8. Januar 1909).
Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

6
ERKLÄRUNG ZU DEM PROJEKT DER MENSCHEWIKI, DAS ZK ZU LIQUIDIEREN[260]

De-facto-Erklärung

Der Brief der Genossen Martynow und Igorew, den sie dem ZK vorzulegen versprachen und in den 4 Monaten nicht vorgelegt haben, betraf nicht die Arbeitsweise des ZK, sondern sein ⌊„Existenzrecht"⌋, d. h., er betraf eben liquidatorische Pläne.

N. Lenin

Eingebracht am 26. Dezember 1908
(8. Januar 1909).
Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

PLAN FÜR LEKTIONEN ÜBER MARXISMUS[261]

Marxismus

(α) ⌊Mehrwert⌋theorie.

(β) Ökonomische Entwicklung.

Agrarfrage

(α) Warenproduktion in der Landwirtschaft.

(β) Kleinproduktion vs* Großproduktion.

* versus – gegenüber. *Die Red.*

(γ) Klassenkampf.　　(γ) Lohnarbeit.
(δ) Philosophischer Materialismus.　　(δ) Rente.

(α) 1. Die früheren Sozialisten: „ungerecht“ etc. Symptom des Gefühls, nicht Verständnis.
2. „Arbeitsprinzip“ (in Rußland).
3. Warenproduktion.
4. Kapitalismus. ⌊*Mehrwert*⌋theorie.

(β) 1. Ökonomische Entwicklung. Industrie (1907).
2. Russische Kustare.
3. Landwirtschaft.
4. Eisenbahnen und Trusts.
5. Finanzkapital.
6. Vergesellschaftung der Produktion. Sozialisierte *Arbeit* und individuelle *Aneignung*.

(γ) 1. Proletariat und sein Zusammenschluß (leibeigener Bauer – Pauper – Proletarier).
2. Einzelne Streiks. Maschinen„stürmer“.
3. Gewerkschaftsverbände und -bewegung.
4. Politischer Kampf:
{ England – Liberale
Frankreich – Radikale (Republikaner)
Deutschland – Liberale (60er Jahre) und Opportunisten.
5. Revolutionäre Ziele der Arbeiterklasse: Expropriation der Kapitalisten.
6. Revolutionärer Kampf und Kampf um Reformen.

(δ) Philosophischer Materialismus.
1. Marx' Theorie = in sich geschlossene Weltanschauung.
2. 2 hauptsächliche Weltanschauungen und philosophische Ausgangspunkte: Pfaffentum und Materialismus.

3. Engels (Ludwig Feuerbach).
4. 1789 Frankreich – Hegel und Feuerbach Deutschland (vor 1848).
5. Dialektischer Materialismus.
6. Rußland: Tschernyschewski
   Volkstümler
   heutige Opportunisten (Bogdanow).

Geschrieben 1908 oder 1909.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV.
Nach dem Manuskript.

BERATUNG DER ERWEITERTEN REDAKTION DES „PROLETARI"[262]

8.–17. (21.–30.) Juni 1909

1

REDEN BEI DER ERÖRTERUNG DER RESOLUTION ÜBER DIE AGITATION FÜR EINEN VON DER PARTEI GETRENNTEN PARTEITAG (ODER EINE KONFERENZ) DER BOLSCHEWIKI

8. (21.) JUNI

1

Einerseits erklärt man, daß es keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten gebe, lehnt man es ab, sich offen zu äußern, anderseits aber spricht man von prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten in der bolschewistischen Fraktion. Ist das nicht Heuchelei? Auf der Konferenz der gesamten Partei sagte Dan: Wer weiß denn nicht, daß Lenin des Menschewismus bezichtigt wird? Ich antwortete ihm: Lesen Sie den „Proletari" und urteilen Sie danach, aber fangen Sie nicht an, Klatsch zusammenzutragen. Maximow schwieg damals. Nichts aber ist schlimmer, als wenn es keinen offenen Kampf gibt. Ich sage, die prinzipielle Einheit ist verletzt, Sie sagen etwas anderes, und zugleich nennen Sie Lenin einen Martow ... Warum ist diese unsere Zusammenkunft vom Standpunkt der Partei illegal? Die

Mitglieder des Bolschewistischen Zentrums sind auf dem Parteitag gewählt, sie sprechen darüber, wie man die bolschewistischen Ansichten am besten verwirklichen kann. Was ist dabei unzulässig? Wenn Sie für einen gesonderten bolschewistischen Parteitag agitieren, zeigen Sie damit, daß Sie den Glauben an das Parteiprinzip endgültig verloren haben. Wir sind immer, seit dem II. Parteitag, für das Parteiprinzip eingetreten, jetzt setzen wir nur eben diese Linie fort. Sie aber predigen die Spaltung in den unteren Organisationen. Auch bei den Menschewiki gibt es eine Strömung für das Parteiprinzip. Wir glauben an das Parteiprinzip und verteidigen es.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari'".

Nach dem Text des Buches, verglichen mit der protokollarischen Niederschrift.

2

Maximow sagt, daß keine Agitation für einen Parteitag getrieben worden sei. Ljadow, Stanislaw, Wsewolod haben sich mit genügender Klarheit geäußert. Seit Mai 1908 haben Ljadow und Stanislaw in Rußland Agitation getrieben. Wir haben die Resolution von Stanislaw, in ihr ist klar genug gesagt, was er will.[263] Das ist eine Verhöhnung der Fraktion. Bei den Menschewiki gibt es eine orthodox-marxistische Strömung, die Plechanowsche, und bei den Bolschewiki gibt es gleichfalls eine orthodox-marxistische Strömung. Bei den Menschewiki und bei uns gibt es eine liquidatorische Strömung, die Walentinow-Maximowsche usw. Was die Erklärung des Gen. Maximow anbelangt, so erinnere ich daran, daß meine Ausführungen eine *Antwort* waren auf die Worte Maximows: „Es zeichnet sich eine eindeutig Lenin-Plechanowsche Fraktion ab."

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari'".

Nach dem Manuskript.

2
REDE BEI DER DISKUSSION ÜBER OTSOWISMUS UND ULTIMATISMUS[264]
9. (22.) JUNI

Ich will auf die „Idee des Zentrums" eingehen. Mit der Konferenz von Kotka[265] hat Maximow etwas durcheinandergebracht; es war so: Für den Fall, daß die Polen für den Boykott gewesen wären und meine Stimme den Ausschlag gegeben hätte, hatte ich erklärt, daß ich es dann vorziehen würde, mit den Bolschewiki zu stimmen. Das war meine Bedingung, die ich im Hinblick auf die Polen stellte. Damals war das ganze Bolschewistische Zentrum gegen den Boykott. Die Fraktion jedoch war für den Boykott, aber es kam zu keiner Spaltung, weil es keine Gruppe gab, die sie gewollt hätte. Ein Jahr später war die Fraktion auf unserer Seite. Es gibt „Bolschewiki", die sich fürchten, gegen die Otsowisten vorzugehen und mit den Menschewiki zusammenzugehen. Auf der Konferenz trat ich zusammen mit den „Menschewiki" gegen die Otsowisten auf. Das ist es, was Sie unter Zentrum verstehen.

Die Geschichte der Spaltung, wie sie Maximow erzählt hat, ist kurios. In den Papieren Maximows ist nichts von einem Zentrum gesagt, aber der Brief Michas ist jetzt bewiesen. In diesem Brief hieß es, Lenin verfolge eine rechtsbundistische Linie. Das steht in den Dokumenten. Micha hat das geschrieben, was heute Maximow sagt. Da ist sie, die Idee des Zentrums. Und diesen Brief übersandten uns unsere kaukasischen Freunde, die ihr Mandat dem rechten Iljitsch erteilten. Diese Politik verfolgte Micha im Juli 1908 unter Mitwirkung der Gruppe. Maximow sagt, daß wir zusammen mit Plechanow Sitzungen abhalten werden. Natürlich, das werden wir, ebenso wie mit Dan, mit Martow im ZO[266]. Die Loyalität der Otsowisten auf der Konferenz wurde in erbittertem Kampf erreicht. Wir stellten ihnen Ultimaten. Als Axelrod den Punkt über die militärischen Kampfaufgaben las, sagte er: „Mit solchen ‚Bolschewiki' ist es nicht schwierig zu arbeiten." Wir werden die Otsowisten nicht in die Dumakommissionen lassen, wo wir mit Dan waren. Ja! Wir werden mit Plechanow Sitzungen abhalten, so wie mit Dan und Martow. Schreiben Sie darüber in der Presse.

Ich habe im ZK Sitzungen mit Marat. Sie, Marat, gehören der Fraktion der „göttlichen" Otsowisten an. Ich spreche nicht von guten Absichten, sondern von der politischen Linie. Ich bitte Sie, Genossen, darüber nachzudenken, was man über Plechanow sagt. Wenn Plechanow über seinen Fehler in bezug auf die Gewerkschaften spricht, wirft man uns vor, daß wir ihn nicht zurückstoßen. Wenn er bereit ist, von seinem Fehler abzulassen, dann ist die Frage, ob wir ihn durch einen Artikel gegen Lunatscharski zu uns heranziehen oder ob Sie die Minderheit der parteitreuen „Menschewiki"[267] und der orthodoxen marxistischen „Menschewiki" wegen der Bogdanow-Lunatscharskischen antimarxistischen Propaganda zurückstoßen? Wir sind eine Abmachung mit Plechanow gegen Lunatscharski nicht eingegangen, aber wir werden sagen, wer mit wem liebäugelt. Wenn Plechanow Potressow hinauswirft, bin ich bereit, ihm die Hand zu reichen. Hier handelt es sich nicht um ein neues Zentrum, sondern um eine neue Karikatur auf den Bolschewismus. Man zieht wieder die alte Geschichte mit Rosa Luxemburg hervor.[268] Aber diese Wiederholung ist eine Karikatur, von der der „Bolschewismus" erlöst werden muß.

Der „Bolschewismus" muß jetzt streng marxistisch werden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari'".

Nach dem Text des Buches, verglichen mit der protokollarischen Niederschrift.

3.
REDE BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE PARTEISCHULE AUF CAPRI[269]
10. (23.) JUNI

Es wundert mich, daß wir dessen noch immer nicht überdrüssig sind. Gen. Maximow braucht sich nicht zu ereifern, hat es doch noch nie eine Spaltung ohne extreme Anschuldigungen gegeben, und immer wurden Fälle der Abspaltung mit Fragen der Ehre vermengt. Ich erinnere mich der Szenen mit Kritschewski 1901, 1905 mit Martow, 1907 mit Plechanow – und alle fielen über mich her mit Geschrei über die Ehre. Es geht nicht um

die Ehre, sondern darum, daß Menschen im Prozeß des Kampfes ihre Fraktion desorganisieren und eine neue organisieren. Zum Beispiel Ljadow. Er ist nicht ein schlechter Genosse geworden, aber er desorganisiert unsere Fraktion und schafft seine eigene. Ich glaube, daß Maximow diejenigen desorganisiert, die er für Menschewiki hält. Das ist sein gutes Recht, aber er spricht uns gegenüber von einer Einladung Lenins zur Schule. Die Frage der Kontrolle ist gleichfalls lächerlich. So geht es nicht. Es ist klar, daß die Schule ein neues Zentrum, eine neue Strömung darstellt. Marat sagt, daß er seine Posten nicht verlassen wird. Sie, Gen. Marat, haben sich der fraktionellen Leidenschaft ergeben, die bestimmt wird durch den politischen Kampf der „göttlichen" Otsowisten.

Was ist eine Fraktion? Es ist ein Bund von Gleichgesinnten innerhalb der Partei. In der Duma ist die Partei ein Bund Gleichgesinnter innerhalb der Duma. Wird doch durch den Übergang eines Dumamitglieds, beispielsweise Chomjakows, in eine andere Partei dieser nicht aufhören, Präsident der Duma zu sein. Dasselbe gilt auch für das Verhältnis der Fraktion zur Partei. Einen Posten, den Sie im Auftrag der Partei übernommen haben, kann Ihnen nur die Partei abnehmen. Wir schimpfen jetzt aufeinander, weil wir keinen Bund von Gleichgesinnten haben. Auf Ihren Parteiposten erhebt niemand Ansprüche, und es hat keinen Sinn, ihn mit hereinzuziehen. Wir haben es mit einer Spaltung der Fraktion zu tun, nicht der Partei. Parteiposten unterliegen nicht der Kompetenz unserer Zusammenkunft. Von Ehre aber soll man hier nicht reden. Ich bin daran gewöhnt: ich werde schon das vierte Mal beschimpft. Man muß anerkennen, was ist: zwei Zentren, zwei Strömungen und die Schule als Tatsache. Und alles wird klarer werden, wenn wir getrennte Gruppen bilden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari'".

Nach dem Text des Buches, verglichen mit der protokollarischen Niederschrift.

4
REDE BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE EINHEIT DER FRAKTION
12. (25.) JUNI

Ich werde Maximow nicht antworten; alle kommen zu dem Schluß, daß dies unsere letzte gemeinsame Sitzung mit ihm ist. Man sollte zu guter Letzt gegenseitige Beschimpfungen vermeiden. Das ist unwürdig. Marat sagt, man schlage ihm vor, sich selbst hinauszuwerfen. Als Marat erklärte, daß er lieber mit den Anti-Otsowisten als mit den Otsowisten arbeiten wolle, wurde diese seine Erklärung mit Bravorufen aufgenommen. Der Organisierung des Spalterzentrums auf Capri hat ihn niemand beschuldigt, über das Gottbildnertum hat er sich hinlänglich bestimmt geäußert. Er ist formal im Unrecht. Wir unsererseits haben die Teilung nicht über das hinausgeführt, was dort war, wo sich bereits einzelne Zentren Gleichgesinnter gebildet hatten.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari'".

Nach dem Text des Buches, verglichen mit der protokollarischen Niederschrift.

5
ERSTE REDE BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE AUFGABEN DER BOLSCHEWIKI HINSICHTLICH DER DUMATÄTIGKEIT
12. (25.) JUNI

Der Bericht Wischnewskis ist der erste positive Beitrag, den wir hier hören.

Was die Nichtentsendung eines Delegierten zur Konferenz der gesamten Partei betrifft, so ist Wischnewski, wie es scheint, im Irrtum. Poletajew hatte gesagt, daß die Abgeordneten kommen werden, wenn Dan ein Telegramm schickt. Dan weigerte sich. Die Konferenz hat sehr unter dem Fehlen eines Delegierten gelitten.[270]

Sie sprechen von den Sachverständigen[271], daß man sie nicht hinauswerfen könne. Das Kampfmittel gegen sie ist die Öffentlichkeit. Man muß mehr über sie informieren. Man muß sie in Gruppen unterteilen und diese charakterisieren.

Die Frage des Redaktionssekretärs des „Proletari" bei der Fraktion. Der Sekretär war nicht auf der Höhe der Aufgaben, er schrieb sehr formal; Steklow ist nicht der Mensch, den man braucht, man braucht einen einfachen Arbeiter. Es ist notwendig, möglichst gründlich zu informieren, sonst werden alle Unterstützungsgruppen keinen Sinn haben.

Die Pariser Gruppe[272], das ist eine heikle Angelegenheit. Wir werden die Linie Plechanows unterstützen, die übrigen Menschewiki sind in dieser Frage sehr nervös. Eine Annäherung an Menschewiki vom Typ Dans ist schwierig. Wie soll man eine Gruppe bilden? Die Menschewiki treiben viele Leute dorthin. Nichts als Streit kann dabei herauskommen. Sollte man nicht, um Gezänk zu vermeiden, eine entsprechende Gruppe beim ZO bilden.

Ohne Sachverständige, die im Auftrage der Bolschewiki handeln, ist in der Fraktion nichts zu machen. Wir müssen dabei zwei, drei Genossen legalisieren. Vorgesehen ist Wadim, eventuell Kamenew.

Über die Teilnahme der örtlichen Organisationen an der Tätigkeit der Dumafraktion. Man muß eine breite Flugblattagitation entfalten. Man muß ein bestimmtes Muster für Flugblätter über die Dumatätigkeit herausgeben. Die revolutionäre sozialdemokratische Ausnutzung der Duma wird ohne Einwirkung der Organisationen weder revolutionär noch sozialdemokratisch sein. Erforderlich sind *Flugblätter zu Themen der Dumareden*. So etwas wird die Organisationen in die Arbeit einbeziehen und ihnen Anregungen geben. Die Versammlungen der Abgeordneten wurden bislang ungenügend genutzt. Ein großer Teil ihrer Zeit entfiel auf den Streit mit den Otsowisten. Erforderlich sind auch *Flugblätter über die Parteiengruppierung in der Duma* und schließlich *Flugblätter allgemein über die Arbeit der Duma.* Die Dumafraktion soll nicht nur von den Vertretern des ZK, sondern auch von den Organisationen gelenkt werden. Erforderlich sind *Flugblätter über die Bedeutung dieses oder jenes Auftretens in der Duma.* Beispielsweise zur Frage der Außenpolitik. Unsere Abgeordneten sind als einzige aufgetreten. Das wurde nicht gebührend gewürdigt. Erforderlich sind *Flugblätter mit Auszügen aus den Reden.* Die

Mitwirkung der Organisationen stelle ich mir nicht anders vor als in Form von Flugblättern. Der Zerfall ist entsetzlich, es gilt, die Flugblattätigkeit in jeder Weise zu entwickeln. Die Kritik der ausländischen Zeitungen kommt zu spät. Parlamentsreden werden niemals alles aussprechen. Die Flugblätter werden den Punkt aufs i setzen.

Den Organisationen fällt es mitunter schwer, Vertreter zu entsenden.

Was die Zeitung anbelangt, so ist die einzige Bedingung: Sicherung der Mehrheit für uns, aber ich glaube nicht an die Möglichkeit, eine solche Zeitung zustande zu bringen.[273]

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari' ".

Nach dem Text des Buches, verglichen mit der protokollarischen Niederschrift.

6
ERGÄNZUNG ZU DER RESOLUTION „ÜBER DIE STELLUNG ZUR DUMATÄTIGKEIT ALS EINEM ZWEIG DER PARTEIARBEIT"[274]

Auf die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten (auf welchem Gebiet bereits einige Erfolge erzielt wurden) gilt es bedeutend mehr Aufmerksamkeit, Initiative und Bemühungen zu richten, als das bisher der Fall war.

Geschrieben zwischen dem 13. und 15. (26. und 28.) Juni 1909.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari' ".

Nach dem Manuskript.

7
AUSFÜHRUNGEN BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE PARTEIPRESSE
15. (28.) JUNI

Den „Proletari" einzustellen ist natürlich unmöglich. Wir brauchen ein populäres Organ, aber diese Frage hängt von verschiedenen anderen Kombinationen ab, beispielsweise von den Finanzen. Man kann nicht so entschieden wie Wlassow die Unterstützung der legalen Presse untersagen. Ich denke, daß es nützlich wäre, eine kleine Zeitschrift herauszugeben, wenn auch nur vom Umfang der Zeitschrift „Dal"[275], die die menschewistischen Liquidatoren herausgeben.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari'".

Nach dem Text des Buches, verglichen mit der protokollarischen Niederschrift.

8
AUSFÜHRUNGEN BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE VERÖFFENTLICHUNG PHILOSOPHISCHER ARTIKEL IM ZENTRALORGAN
15. (28.) JUNI

Man kann nicht voraussehen, wie sich die Debatten über die Philosophie entwickeln werden, daher kann man die Frage nicht so stellen wie Gen. Marat. Man muß daher für das ZO jedes diesbezügliche Verbot aufheben. Ich begrüße die Erklärung des Gen. Marat über die Notwendigkeit philosophischer Artikel in legalen Sammelbänden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari'".

Nach dem Text des Buches, verglichen mit der protokollarischen Niederschrift.

9
VORSCHLAG ÜBER DIE BEREITSTELLUNG VON MITTELN FÜR EINE ZEITUNG DER DUMAFRAKTION[276]
16. (29.) JUNI

In Anbetracht der Bedeutung der Erklärung des Gen. Meschkowski schlage ich vor, von den für die legale Verlagstätigkeit bereitgestellten 1500 Rubeln 1000 Rubel für die Dumazeitung zu verwenden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari'".

Nach dem Text des Buches, verglichen mit der protokollarischen Niederschrift.

10
AUSFÜHRUNGEN UND VORSCHLÄGE BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE REORGANISATION DES BOLSCHEWISTISCHEN ZENTRUMS
17. (30.) JUNI

1

Ich schließe mich Meschkowski an. Ein Referendum betrifft alle Parteimitglieder, und das durchzuführen ist unmöglich. Beratungen sind wünschenswert, aber man muß sie nicht statutenmäßig einführen. Ich glaube, man müßte nur die Idee periodischer Beratungen aufnehmen.

2

Man muß schreiben, daß die russischen Mitglieder des Bolschewistischen Zentrums überhaupt ein Kollegium bilden, ohne ihre Zahl auf drei zu beschränken.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari'".

Nach dem Text des Buches, verglichen mit der protokollarischen Niederschrift.

3

Bei Ausfall von Redakteuren des *„Proletari"* und Mitgliedern der Wirtschaftskommission kann, wenn kein Plenum stattfindet, die Exekutivkommission Vertreter ernennen.

4

Das Auslandssekretariat des Bolschewistischen Zentrums wird in Stärke von zwei Personen durch das Plenum ernannt.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Protokolle der Beratung der erweiterten Redaktion des ‚Proletari' ".

Nach dem Manuskript.

PLAN EINES REFERATS „DER INTERNATIONALE SOZIALISTENKONGRESS IN KOPENHAGEN UND SEINE BEDEUTUNG"

1. Das internationale Kapital, seine internationale Organisation, der internationale Charakter der Arbeiterbewegung.

„Proletarier *aller* Länder, vereinigt euch"

2. Erste Internationale
   1864–1872.

3. Zweite Internationale
   1889 – 1. Kongreß in Paris[277]
   1910 – 8. Kongreß, Kopenhagen[278]

33 Nationen; etwa 1000 Delegierte.

4. Bedeutung der internationalen Kongresse für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und die Festlegung ihrer Linie: Amsterdam.

5. Kopenhagener Kongreß: Tschechen und Österreicher [Nationalismus und Internationalismus, bürgerliche und proletarische Politik].

6. G e n o s s e n s c h a f t e n

(Werkzeug im proletarischen Kampf: Standpunkt

(A) proletarischer und bürgerlicher

(B) Bedeutung der Genossenschaften bei der Verwirklichung des Sozialismus: *Expropriation*

(C) Verhalten der Sozialisten in den Genossenschaften)

7. *U n t e r s t ü t z u n g* der *r e v o l u t i o n ä r e n* Bewegung in *P e r s i e n* – Protest gegen den *f i n n i s c h e n* Feldzug.

Geschrieben im September 1910,
vor dem 13. (26.).

Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

1911–1914

PLAN EINER LEKTION FÜR EINEN LEHRGANG „GRUNDLAGEN DER POLITISCHEN ÖKONOMIE"

Lektion IV

1. Das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise im Vergleich zu anderen, ihr historisch vorausgehenden Produktionsweisen.

2. Übereinstimmung, was das Vorhandensein der Klassenunterdrükkung betrifft, und Unterschiede in den Formen und Bedingungen des Klassenkampfes.

3. Der Kampf des Arbeiters mit dem Kapitalisten um die Länge des Arbeitstags. Die Bedingungen des Verkaufs der Ware „Arbeitskraft". Produktion des absoluten und relativen Mehrwerts.

4. Die „normalen" Bedingungen des Gebrauchs der Ware „Arbeitskraft" werden durch den Kampf des Arbeiters mit dem Kapitalisten bestimmt.

5. Streikkampf, Gewerkschaften und Fabrikgesetzgebung in der Geschichte des Kampfes um die Verkürzung des Arbeitstags.

6. Einige Ergebnisse der 50jährigen Periode der neuesten Geschichte (19.–20. Jahrhundert) in der Frage der Verkürzung des Arbeitstags. Kautskys „Übersicht".[279] Geringfügigkeit des „sozialen Fortschritts".

Geschrieben vor dem 27. Januar (9. Februar) 1911.

1911 in Paris vervielfältigt und als Flugblatt herausgegeben von der Organisationskommission für Lehrgänge der Gesellschaftswissenschaften.

Nach dem Text des Flugblatts.

BERATUNG DER MITGLIEDER DES ZK DER SDAPR[280]

28. Mai–4. Juni (10.–17. Juni) 1911

1
BERICHT ÜBER DIE LAGE IN DER PARTEI[281]

Nach dem ZK-Plenum im Januar 1910[282] unternahmen die Bolschewiki alle Anstrengungen, um das ZK zu ergänzen und seine Tätigkeit zu erneuern. Die ZK-Mitglieder Makar und Innokenti nahmen Verbindung mit örtlichen Parteiorganisationen und parteitreuen Vertretern der legalen Arbeiterbewegung auf, benannten gemeinsam mit ihnen Kandidaten zur Kooptation in das ZK usw. Aber die Versuche der bolschewistischen ZK-Mitglieder endeten mit der Verhaftung beider. Seitens der „Golos"-Leute wurden sie bei der Arbeit in Rußland in keiner Weise unterstützt. Die auf dem Londoner Parteitag gewählten Vertreter der Menschewiki Michail, Juri, Roman, die jetzt zu den unabhängigen Legalisten übergegangen sind, verweigerten nicht nur die Mitarbeit im ZK, sondern erklärten, daß sie schon die Existenz desselben als für die Arbeiterbewegung schädlich betrachten.

Nach einer Pause von einigen Monaten, im Jahre 1910, gründen der aus der Verbannung entflohene Gen. Makar und Gen. Wjasemski erneut ein Büro für die Einberufung des ZK.* An ihrer Arbeit beteiligte sich das Büromitglied Judin vom „Bund". In einem Zeitraum von 6 Monaten nehmen sie erneut Verbindung mit örtlichen Organisationen auf, sie benennen Kandidaten für das ZK, entsenden Vertrauensleute und nehmen bei den Ergänzungswahlen in Moskau zusammen mit der Dumafraktion an der Organisierung der Wahlkampagne teil.

Von Vertretern der Menschewiki konnten sie nur mit Gen. Kostrow in Verbindung treten, der ein- oder zweimal kam, nur um sein Stimmrecht in der Frage der Einberufung des ZK wahrzunehmen.

Nach einer sechsmonatigen Tätigkeit wurden die bolschewistischen ZK-

---

* Dieses provisorische Büro wurde sowohl von den nationalen Organisationen als auch vom Auslandsbüro des ZK und vom ZO unserer Partei anerkannt.

Mitglieder zusammen mit einigen Kandidaten für die Kooptation ins ZK, dem Genossen Sekretär und verschiedenen anderen Personen, die in irgendeiner Beziehung zur Tätigkeit des Büros standen, verhaftet. In einem nach der Verhaftung aus dem Gefängnis abgesandten Brief stellen die Genossen ZK-Mitglieder fest, daß die Gendarmen sie monatelang systematisch bespitzelt hatten und über alle ihre Schritte unterrichtet waren, ferner daß eine Provokation im Zusammenhang mit der Vorbereitung zur Einberufung des ZK in Rußland nicht zu bezweifeln ist. Nach der Verhaftung der zwei Büromitglieder (Makar und Wjasemski) leisteten die in Freiheit gebliebenen ZK-Mitglieder, Judin und Kostrow, $2^1/_2$ Monate lang *keinerlei Arbeit*, sie schickten nicht einmal irgendwelche Briefe an das Auslandsbüro des ZK oder an das ZO.

Nach $1^1/_2$jähriger Arbeit zur Wiederherstellung des ZK in Rußland befinden sich 4 seiner bolschewistischen Mitglieder (Meschkowski, Innokenti, Makar, Wjasemski) in der Verbannung oder im Gefängnis. Die polizeilichen Untersuchungen und eine ganze Reihe von Verhaftungen lassen keinen Zweifel daran, daß *alle* Londoner Kandidaten und Mitglieder des ZK[283] den Behörden genauestens bekannt sind und daß eine sorgfältige Überwachung für sie organisiert ist. Unter all diesen Bedingungen würden neue Versuche, das ZK in Rußland einzuberufen, bedeuten, ohne irgendwelche Hoffnung auf Erfolg die sichere Verhaftung zu riskieren.

Der einzig mögliche Ausweg aus der entstandenen Lage wäre die Einberufung eines Auslandsplenums. Im Ausland befinden sich 9 Personen, die berechtigt sind, an einem Plenum teilzunehmen.[284] Das ist mehr als die Hälfte seiner Gesamtmitgliederzahl (15 Personen). Juristisch können sie sich zum Plenum erklären, und dem Wesen der Sache nach müssen sie das.

Der Vorschlag, die Konstituierung des Plenums bis zur Einberufung seiner übrigen Mitglieder zu verschieben, würde eine weitere Verschleppung für eine ganze Reihe von Monaten bedeuten.

Abgesehen von Michail, Juri und Roman, die offen ihren Bruch mit dem ZK und ihre Sympathien für die Liquidierung der Partei erklärt haben, können die Menschewiki Kostrow und Pjotr „herbeiholen". Die Bolschewiki können Meschkowski, Innokenti, Roshkow und Sammer herbeiholen. Wie viele Monate dafür nötig sind, kann man nicht sagen.

Die reale Bedeutung dieser unbestimmt langen „Arbeit zum Zusammenholen" der formellen Kandidaten ist für die Partei nach den bisherigen Erfahrungen gleich Null. Sie ist schlimmer als Null, denn sie verdeckt vor den örtlichen Organisationen und Gruppen die traurige, energische Initiative erfordernde Wirklichkeit durch ein Spiel um die Verteilung der Plätze. Die Partei nach $1^1/_2$ Jahren erfolgloser Versuche zur Wiederaufnahme der Tätigkeit des ZK mit neuen endlosen Verzögerungen abzuspeisen bedeutet, die Partei zu verhöhnen. Wir haben nicht die Absicht, uns an einer solchen Verhöhnung zu beteiligen.

Die *reale* Lage in der Partei ist jetzt so, daß fast überall im Lande kleine, unregelmäßig zusammentretende, von Arbeitern gebildete Parteigruppen und -zellen bestehen. Überall genießen sie unter den Arbeitern großes Ansehen. Überall kämpfen sie gegen die liquidatorischen Legalisten in den Vereinigungen, Klubs usw. Sie haben einstweilen keine Verbindung miteinander. Literatur erhalten sie höchst selten. In diesen Arbeitergruppen vereinigen sich Bolschewiki und parteitreue Menschewiki und zum Teil auch diejenigen „Wperjod"-Leute[285], die nicht in die im Ausland geschaffene, isolierte Fraktion der „Wperjod"-Leute hineingeraten sind.

Die ganze Zeit nach dem Plenum benutzte die Gruppe „Wperjod", um vom Ausland her ihre Fraktion organisatorisch zu festigen und abzusondern. Ihre Vertreter traten aus der Redaktion des „Diskussionny Listok"[286] und aus der Schulkommission beim ZK[287] aus. Die Beschlüsse des letzten Plenums hat die Gruppe „Wperjod" nicht erfüllt, sie hat im Gegenteil die Parteiarbeit der Sozialdemokraten nach Kräften gestört. In der legalen und illegalen Parteiliteratur hat schon seit langem die Vorbereitung zu den bevorstehenden Wahlen begonnen. Indessen leistet die Gruppe „Wperjod" der Partei bei dieser für die Partei außerordentlich wichtigen politischen Aktion nicht nur keine Hilfe, sondern sie hat nicht einmal offen gesagt, ob sie überhaupt für die Teilnahme an den Wahlen zur IV. Duma[288] eintritt oder sich gegen eine Teilnahme an den Wahlen ausspricht. Selbst in ihren letzten literarischen Veröffentlichungen fahren die im Ausland lebenden Führer der Gruppe „Wperjod" fort, mit den Otsowisten zu kokettieren.

Eine sehr viel ernstere parteifeindliche und antisozialdemokratische Kraft ist die Fraktion der *unabhängigen Legalisten* („Nascha Sarja"[289],

„Delo Shisni“[290] und diejenigen „Golos“-Leute, die sie, wie Dan, Martow und Co., decken). Es ist zur Genüge bewiesen, daß sie sich keinem ZK unterordnen und sich öffentlich über seine Beschlüsse lustig machen. Die Resolutionen des letzten Plenums verwirklichen („die Bedeutung der illegalen Partei nicht herabsetzen“ usw.) *können sie nicht* und wollen sie nicht. Sie können nur eine *entgegengesetzte* Linie verfolgen.

Kein einziger Sozialdemokrat kann daran zweifeln, daß von den „unabhängigen Legalisten“ zu erwarten ist, daß sie eine selbständige Wahlkampagne zur IV. Duma *ohne* die Partei *und gegen* die Partei durchführen werden.

Die Aufgabe der parteitreuen Sozialdemokraten ist klar: Man muß offen und entschlossen an die Arbeiterzirkel der Partei in Rußland appellieren, unverzüglich mit den Vorbereitungen der Wahlen zu beginnen. Man darf als sozialdemokratische Kandidaten *nur* ganz und gar parteiverbundene Menschen, nur Genossen aufstellen, die die Gefährlichkeit der liquidatorischen Strömung erkannt haben. Man darf das *direkte* Auftreten gegen die unabhängigen Legalisten auch nicht um einen Tag verschieben, man muß die Arbeiter sofort vor der Gefahr warnen, die der sozialdemokratischen Partei bei den Wahlen von seiten der unabhängigen Legalisten droht.

Das ist die Tagesaufgabe unserer Partei. Jegliche Abweichung von diesem Herangehen an die real vom Leben (und von den unabhängigen Legalisten) gestellte Frage, jegliche Verzögerungen und Versuche, das Spiel mit den „Versprechungen“ und „Versicherungen“ der Legalisten zu wiederholen, bergen für die Partei größte Gefahren in sich.

Unsere praktische Schlußfolgerung: die Beratung der Neun muß sich unbedingt und sofort mit einem Aufruf an die Partei wenden, in dem der Mißerfolg einer Einberufung des ZK in Rußland wahrheitsgemäß und vollständig dargelegt wird, in dem die örtlichen Zirkel aufgefordert werden, die Initiative zu ergreifen und örtliche Komitees und Gebietskomitees zu schaffen, eine zentrale Organisationskommission zu schaffen und zu unterstützen, sozialdemokratische Publikationsorgane (in denen, wie auch in der mit Beteiligung und Unterstützung der sozialdemokratischen Dumafraktion herausgegebenen „Swesda“[291], kein Platz für Liquidatoren sein darf) zu schaffen und zu unterstützen, entschlossen, unbeugsam gegen die „unabhängigen Legalisten“ zu kämpfen und die wirklich partei-

treuen Elemente ohne Unterschied der Strömungen in der Arbeit einander anzunähern. Falls nicht nur fünf dieser neun ZK-Mitglieder, sondern eine solide Mehrheit dieser Neunergruppe einverstanden ist, sich zum Plenum des ZK zu erklären, muß diese Beratung des ZK unverzüglich eine Kooptation neuer Mitglieder durchführen, eine Organisationskommission zur Einberufung einer Konferenz schaffen und die praktische Vorbereitung der Wahlen zur IV. Duma in Angriff nehmen. In die Organisationskommission und in das ZK müssen unverzüglich Vertreter der parteitreuen Menschewiki aufgenommen werden. Die Beratung des ZK muß den entschlossenen Kampf gegen die Fraktion der unabhängigen Legalisten beginnen. Und es ist selbstverständlich, daß ein solcher Kampf unvereinbar ist mit der Mitarbeit der unabhängigen Legalisten in den zentralen Parteikörperschaften, die sie gesprengt, gehemmt, kraftlos gemacht und anderthalb Jahre „in einem krankhaften Zustand erhalten" haben.

Geschrieben zwischen dem 19. und 23. Mai (1. und 5. Juni) 1911.
Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 20.

Nach einer von F. E. Dzierzynski geschriebenen Kopie.

2
AUSFÜHRUNGEN BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE KONSTITUIERUNG DER BERATUNG 28. MAI (10. JUNI)

1[292]

Wenn die Partei $1^1/_2$ Jahre lang unter der Verzögerung des Plenums leidet, so hätten die nationalen Organisationen schon längst ihre Vertreter wählen sollen. Der Genosse Lette stellte die Frage ganz anders als der Bundist. Er sagte, daß er sich, obwohl er nicht gewählt sei, in Anbetracht der Umstände bei der Einberufung des Plenums für verpflichtet gehalten habe teilzunehmen und daß er dem ZK Lettlands dann Bericht

erstatten werde und die Beschlüsse erst nach Bestätigung durch das ZK Lettlands für Lettland in Kraft treten sollten.

2

Hier hält man die Genossen in der Tat zum Narren.[293] Wir wissen, daß Makar und Lindow etwas getan haben, sie sind mit den Organisationen in Verbindung getreten, haben Vertrauensleute eingesetzt, sind mit einem Kandidaten in Verbindung getreten. Sie sind verhaftet. Seitdem haben wir keinerlei Nachrichten von irgendeinem der Übriggebliebenen erhalten. Nicht einmal das Zentralorgan oder das Auslandsbüro des ZK haben sie benachrichtigt. Es wurde keinerlei Arbeit geleistet. Noch länger kann man die Partei mit dem Russischen Büro[294] und dem Russischen ZK nicht betrügen. Eine Einberufung des ZK in Rußland, das ist eine Phrase, die Stolypin hilft.

In der Erklärung Jonows heißt es, daß er seine Einladung dem ZK des „Bund" zustellen werde.[295] Wann wird er sie denn zustellen? Wieviel Zeit ist seitdem vergangen? Warum liegt keine Antwort vor? Jonow schreibt, daß er ohne Vollmachten nicht zu einer Zusammenkunft der ZK-Mitglieder kommen kann. Warum ist dann Liber hier? Ich schlage vor, zu der Antwort Jonows eine Resolution anzunehmen, da diese Antwort zeigt, daß eine Intrige gesponnen wird.

3

Ziehen wir das Fazit aus dem, was über das Büro gesagt wurde. Es hat sich gezeigt, daß es um die übriggebliebenen Büromitglieder geht. Über die Arbeit ist gesagt, daß keinerlei Arbeit geleistet wurde. Gen. Adrianow ist ein bekannter Menschewik, hätte er gearbeitet, so hätten die Menschewiki das auf jeden Fall gewußt. Sogar seine engsten Gesinnungsgenossen wissen nichts davon. Ein weiteres Operieren damit, daß irgendwo das Büro existiert, ist Betrug an der Partei. Ber konnte wegen der Verhaftungen nicht mit dem ZK des „Bund" in Verbindung treten. Was soll die Partei tun? Sie kann nicht warten. Hier bedarf es dringend der Initiative.

4

Ber schreit nach einer legalen Regelung, und gleichzeitig kämpfte er im Auslandsbüro des ZK entschieden gegen eine solche Regelung und zugunsten der Liquidatoren.[296] Ein solches Verhalten läßt mich an der Aufrichtigkeit seiner Erklärungen zweifeln und von seiner Seite neue Versuche zur Sprengung der Körperschaften der Gesamtpartei erwarten.

Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 20.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

3
AUSFÜHRUNGEN BEI DER DISKUSSION ÜBER DIE EINBERUFUNG DES ZK-PLENUMS 30. MAI (12. JUNI)

1[297]

Ich stelle fest, daß eine untergeordnete Institution (das Auslandsbüro des ZK) $^1/_2$ Jahr lang die Beschlüsse verletzt und sich geweigert hat, die übergeordnete Institution einzuberufen. Ich bin gezwungen, das festzustellen, um davor zu warnen, daß einer Institution irgendwelches Vertrauen entgegengebracht wird, die schon $^1/_2$ Jahr lang versucht, der Partei den Weg zur Erneuerung ihrer zentralen Körperschaft zu versperren.

2

Ich weise darauf hin, daß wir schon seit dem Frühjahr 1910 einen Brief von Inok besitzen, wonach die ZK-Mitglieder bespitzelt wurden. Wir haben mit allen Mitteln gegen ein russisches Abenteuer gekämpft.[298] Makar nahm die Sache 1910 erneut in Angriff, und bei der Geldübersendung erwies sich sogleich die Aussichtslosigkeit dieses Versuchs. Es war sofort ersichtlich: das ZK in Rußland einberufen, das heißt, es ins Gefängnis schicken. Vom Frühjahr 1908 bis zum Plenum 1910 ist das ZK in Rußland nicht ein einziges Mal zusammengetreten. Die Geschichte der

Einberufung in Rußland zeigt die Unmöglichkeit dieser Aufgabe. Man konnte das ZK nicht nach Rußland schicken, es sei denn ins Gefängnis.

3[299]

Im Laufe von $1^1/_2$ Jahren sind in der zentralen Arbeit 4 Bolschewiki hochgegangen. Kein einziger Menschewik ist verhaftet worden, denn sie haben an der Schaffung einer Stolypinschen Partei gearbeitet. Briefe hat man uns nicht geschrieben, aus Gründen der Konspiration hat man den Briefwechsel eingestellt. Die Menschewiki haben nicht nur keine Arbeit zur Bildung des ZK geleistet, sie haben sich sogar geweigert, zur Kooptation zu erscheinen (Michail, Roman und Juri), Pjotr hat niemals auch nur die Schwelle des Büros übertreten, Kostrow hielt sich abseits. Es ist eine unwiderlegliche Tatsache, daß nur die Bolschewiki gearbeitet haben.

4

Was Ljubitsch betrifft, so haben wir einen Brief von Inok mit dem Hinweis auf seine Bereitschaft mitzuarbeiten. In bezug auf Pjotr wissen wir nur, daß er nicht einmal die Schwelle des Büros übertreten hat. Ein ZK-Mitglied, das ist klar, muß zur Arbeit zum ZK fahren. Martynow ist Emigrant = Bogdanow und Nikita. Wenn man ihn einlädt, so muß man sie und Wiktor einladen. Michail, Juri und Roman stehen in keinerlei Beziehung zum ZK. Das sind Leute, die eine Stolypinsche Arbeiterpartei aufbauen, eine Tätigkeit, die vom Januarplenum entschieden verurteilt worden ist. Wie mit den Schöpfern einer Stolypinschen Arbeiterpartei, so haben wir auch mit denen, die ihnen helfen, nichts gemein.

Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 20.

Nach der protokollarischen Niederschrift.

4
ANTRAG ZUR RESOLUTION ÜBER DIE EINBERUFUNG EINER PARTEIKONFERENZ

Die Organisationskommission[300] zieht zur Arbeit für die Einberufung der Konferenz Vertreter der örtlichen Organisationen in Rußland und einflußreiche, unter den Massen tätige Genossen heran, die möglichst sofort ein russisches Kollegium bilden, das im Sinne der Direktiven, die in den Resolutionen und im Brief des Plenums gegeben sind, unter allgemeiner Kontrolle der Organisationskommission die gesamte praktische Arbeit zur Einberufung der Konferenz übernimmt.

Geschrieben am 1. (14.) Juni 1911.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

5
ERKLÄRUNG[301]

Während wir, um möglichst ausnahmslos alle Parteielemente einander anzunähern, für die Resolution als Ganzes[302] stimmen, protestieren wir zugleich entschieden dagegen, daß es für zulässig erklärt wird, zur Organisationskommission die im Ausland lebenden „Golos"- und „Wperjod"-Leute heranzuziehen, d. h. Vertreter parteifeindlicher Gruppen, die sich im Ausland zu gesonderten Fraktionen entwickelt haben, Gruppen, die im Verlauf der anderthalb Jahre nach dem Plenum bewiesen haben, daß sie nur *gegen* die Partei zu handeln vermögen, nur indem sie ihre Arbeit *hemmen*, nur indem sie der unabhängigen legalistischen Arbeiterpartei oder den Otsowisten Hilfe leisten.

N. Lenin

Geschrieben am 1. (14.) Juni 1911.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

ERKLÄRUNG[303]

Als Mitglieder der Beratung erklären wir, die Unterzeichneten, nach Kenntnisnahme des Beschlusses der Technischen Kommission[304], für die Schule[305] kein Geld zur Verfügung zu stellen, daß wir diesen Beschluß für geradezu rechtswidrig halten, und unterbreiten den Mitgliedern der Beratung folgenden Antrag zur Beschlußfassung: *Die Mitglieder der Beratung beschließen, von dem vorhandenen Geld (oder dem Treuhandgeld) die für die Schule erforderliche Summe – laut Beschluß der Schulkommission der Partei (für Reise und Lebensunterhalt bis spätestens 1. IX. 1911) – zur Verfügung zu stellen.*

N. Lenin

30. VII. 11

Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 20.

Nach dem Manuskript.

ZUSATZ ZU DER BROSCHÜRE L. B. KAMENEWS „ZWEI PARTEIEN"*

Zwischen der Partei des revolutionären Proletariats und der Partei der unabhängigen Legalisten *gilt es zu wählen.* Jeder Zirkel, jede Gruppe der SDAPR muß das den Arbeitern sagen, muß das in die Tat umsetzen.

Wir wissen, es gibt Leute, die den Kampf gegen das Liquidatorentum zwar für notwendig erachten, einer vollständigen Abgrenzung aber entgegentreten und fortfahren (sogar jetzt!), von „Versöhnung" oder „Verständigung" zu sprechen. Und zu diesen Leuten gehören nicht nur die „treuen Diener" Trotzkis, den nur noch wenige ernst nehmen. Die

* W. I. Lenins Vorwort zu der Broschüre L. B. Kamenews „Zwei Parteien" siehe Werke, Bd. 17, S. 212–215. *Die Red.*

Versöhnler und Verständiger begehen einen schwerwiegenden Fehler: $1^1/_2$ Jahre haben *praktisch* bewiesen, daß die Legalisten *keinerlei* Verpflichtungen *einhalten*. Wie kann man denn von Verständigung mit Leuten sprechen, die keine Verpflichtungen einhalten?? Ist es nicht lächerlich, von Verständigung zu reden, wenn derjenige, der das *tut*, *weder* die Bedingungen für Verständigungen *noch* die Mittel nennen kann, die die Erfüllung irgendwelcher Bedingungen gewährleisten könnten??

Geschrieben im Juli 1911,
nach dem 20. Juli (2. August).
Veröffentlicht im August 1911
in der von der Redaktion der
„Rabotschaja Gaseta" in Paris
herausgegebenen Broschüre.

Nach dem Manuskript.

PLAN ZU DEM REFERAT „MANIFEST EINER LIBERALEN ARBEITERPARTEI"[306]

1. Warum verdient der Artikel von N. Roshkow in Nr. 9/10 der Zeitschrift „Nascha Sarja" eine solche Bezeichnung und die sorgsamste Analyse? Die Möglichkeit, die Frage der zwei Linien in der Arbeiterbewegung und der „zwei Parteien" außerhalb eines *jeden* „Konflikt"stoffes, *außerhalb* des „Gezänks" zu analysieren.

2. Typ des „Sozialdemokraten der Tage der Freiheit". Bürgerliche Demokraten im marxistischen Gewand. Roshkow als Musterbeispiel; in seinem Artikel ist der Marxismus *vollständig* durch den Liberalismus ersetzt.

3. Rolle der Fronherren im heutigen Rußland vom Standpunkt der Liberalen (Roshkow) und der Marxisten. Die „Dezemberresolutionen" (1908) der SDAPR.

4. Verhältnis der Demokratie zur (Stolypinschen) Lösung des Agrarproblems „durch ein Kompromiß zwischen verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie".

5. Steht Rußland der „Triumph eines sehr gemäßigten bürgerlichen Progressismus" bevor?

6. Vergleich des heutigen Rußlands und der III. Duma mit dem Frankreich der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts mit seiner Gesetzgebenden Körperschaft und mit dem Preußen der achtziger Jahre.

7. Sind die „alten Losungen" zu „leeren Worten" geworden?

8. Warum ist die „Vereinigung zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse", die Roshkow gründen will, eine Vereinigung zur *liberalen* Verteidigung der *auf liberale Weise* verstandenen Interessen der Arbeiterklasse?

9. Proportion: J. Larin verhält sich zum Arbeiterkongreß wie N. Roshkow zur legalen Liquidatorenpartei.

Geschrieben im November 1911, vor dem 14. (27.).
Veröffentlicht im November 1911 in der vom Zirkel der „Rabotschaja Gaseta" herausgegebenen Ankündigung des Referats.

Nach dem Text der Ankündigung.

ANTRAG ZUM STATUT DER AUSLANDSORGANISATION AUF DER BERATUNG DER BOLSCHEWISTISCHEN GRUPPEN IM AUSLAND[307]

Die Beratung wählt zur Leitung der Angelegenheiten der Auslandsorganisation das Komitee der Auslandsorganisation[308], übergibt ihm den Entwurf des Statuts mit allen Bemerkungen und beauftragt das Komitee,

eine Befragung der Gruppen durchzuführen, um auf dem Wege einer solchen Befragung das Statut endgültig zu bestätigen.

Lenin

Geschrieben am 16. (29.) Dezember 1911.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXV.
Nach dem Manuskript.

KONZEPT ZU EINEM REFERAT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE[309]

Die politische Lage

1. Mißernte – und Hunger. „Lebensmittel"kampagne – Lidvalliade[310].
2. „Agrarreform" Stolypins: bürgerlichen Wein in fronherrliche Schläuche gießen. Sie platzen.
3. XII. 1908 über die Stolypinsche Reform[311] und das Unverständnis der Liquidatoren und „Wperjod"-Leute.
4. Intendantenprozesse: es wird gestohlen.
5. Mißwirtschaft und Durcheinander.

– Kadettische und oktobristische Presse. Flug St. Petersburg–Moskau, Fahrt der Lastautomobile, Bau von Eisenbahnen, russische Industrie auf dem ausländischen Markt, Volksbildung und der „neue Besen" Kasso[312] – – – stets und überall Seufzen, Stöhnen, Wehklagen.

6. Die Bourgeoisie weint um die bürgerliche Ordnung. Sie möchte „das Fell (den Pelz) waschen, ohne es naß zu machen".
7. Die Revolution – das einzige Mittel. Furcht, Haß, Unglaube – nicht mit dem Strom.
8. „Nicht mit dem Strom." Für die Revolution. Arbeiterklasse und Revolution. Die Losung, die die politische Lage zusammenfaßt und den gesamten Inhalt der Parteiagitation und -propaganda (insbesondere vor der IV. Duma) *bestimmt* – für die Revolution. (*Nicht* „allgemeines Wahlrecht".)

etc.

Mißernte
Intendantenprozesse
Persien
Kasso und Zerschlagung
Juden und „Nationalisierung des Handels"

Arbeiterklasse und Revolution

1. Die „Belebung", von der alle sprechen, ist Symptom eines neuen Anwachsens der Revolution.

2. Verhältnis zur vergangenen Revolution: Wut, Angst, Haß – Feigheit, Kleingläubigkeit, Mutlosigkeit – Verhältnis der Arbeiterklasse („es kommt ein neues 1905").

3. Aufgaben für die Tätigkeit der Arbeiterklasse unter den neuen Bedingungen.

(α) > Bewußtsein der Massen (δ)
(β) > Entwicklung des Kapitalismus (α)
(γ) > Feindschaft der Bourgeoisie (β)
(δ) > Zusammenschluß der Feinde (γ)

4. Charakter der Agitation und Propaganda.
Man braucht keine illegale Partei
" " die Revolution nicht zu propagieren (nicht Hegemonie)
etc. etc. [Liquidatorentum].

Äußerung bürgerlichen konterrevolutionären Geistes in der Sozialdemokratie.

5. „Es liegt auf der Hand" = III. Duma. Rolle der (Kadetten).

Geschrieben Ende 1911.
Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 21.

Nach dem Manuskript.

VI. (PRAGER) GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ DER SDAPR[313]

5.–17. (18.–30.) Januar 1912

1
ZUM ENTWURF DER RESOLUTION „ÜBER DIE RUSSISCHE ORGANISATIONSKOMMISSION FÜR DIE EINBERUFUNG DER KONFERENZ"[314]

Das hat mit Dankbarkeit *nichts zu tun.*

Das ist Sache der Mandatsprüfungskommission.

An Stelle der „Dankbarkeit" rate ich, die große Wichtigkeit der geleisteten Arbeit (feierlich) *anzuerkennen* und die schwierigen Bedingungen *ausführlich darzulegen.*

Geschrieben im Januar 1912,
nicht später als am 5. (18.).
Zum erstenmal veröffentlicht 1941
in der Zeitschrift „Proletarskaja
Rewoluzija" Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

2
KONZEPT ZUR REDE ÜBER DIE KONSTITUIERUNG DER KONFERENZ

1. Verfall und Fehlen eines ZK.))
((2. Initiative der örtlichen Organisationen beim Wiederaufbau der Partei.))
((Wahlen zur IV. Duma. 3. Die dringenden Aufgaben der praktischen Arbeit haben den Wiederaufbau der Partei zu einer besonders brennenden Aufgabe gemacht.))
4. *Alle* sind eingeladen, und es fehlen nur diejenigen, die der Partei nicht helfen wollten.

5. Vertreten sind alle in Rußland tätigen Organisationen.
   – – Konstituierung der Konferenz als höchstes Organ der Partei, das verpflichtet ist, mit allen Vollmachten ausgestattete zentrale Institutionen zu schaffen und überall den Wiederaufbau der Parteiorganisationen und die Wiederaufnahme der Parteiarbeit zu unterstützen.

---

1. Die nationalen Organisationen wurden drei- bis viermal eingeladen – – (1) es steht fest, daß die Schuld für die Loslösung von den russischen Organisationen voll und ganz die nationalen Organisationen trifft;
2. teilweise Unterstützung offen liquidatorischer (bundistischer) Hoffnungen;
   hilflose Schwankungen in dieser Frage, Sein oder Nichtsein der Partei;
3. daß es die größte Abnormität wäre, wollten die russischen Organisationen, denen die ganze Arbeit in den wichtigsten Zentren der Bewegung obliegt, diese Arbeit und den Wiederaufbau der Partei ablehnen.

---

4 (1) drei Jahre war nichts;
  (2) zweieinhalb Jahre hat man die Notwendigkeit anerkannt und Vorbereitungen getroffen;
  (3) ausnahmslos alle sind benachrichtigt und eingeladen und erhielten die Möglichkeit teilzunehmen;
  (4) um die ROK[315] haben sich 20 russische Organisationen zusammengeschlossen.

Geschrieben im Januar 1912, nicht später als am 5. (18.).

Zum erstenmal veröffentlicht am 18. Januar 1937 in der „Prawda" Nr. 18.

Nach dem Manuskript.

3
BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DES INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN BÜROS
7. (20.) JANUAR 1912

Die Arbeit im ISB gliedert sich in zwei Teile, der eine Teil ist die laufende Arbeit: Korrespondenz, Einteilung der Mitglieder ... u. dgl. m., der andere – das sind die Kongresse: der Kopenhagener und der Züricher[316]. Vom Londoner Parteitag her gehörte [dem ISB] ein [Vertreter] der russischen Sozialdemokratie an. Das Plenum wählte noch Plechanow, er hat abgelehnt und gesagt, daß einer für die Arbeit genüge. Auf dem Kopenhagener Kongreß erfolgte zwischen uns eine Annäherung, wir unterhalten uns freundschaftlich, ich konnte bereits nicht mehr mit den „Golos"-Leuten reden, und Trotzki gegenüber nahm er eine mißbilligende Haltung ein, besonders im Zusammenhang mit dem Brief[317]. Plechanow nahm gegen Ende der Sitzung den Vorschlag des Plenums an. Wir haben zusammen eine Stimme. Bis in die letzte Zeit gab es zwischen uns keinerlei Konflikte. In Kopenhagen arbeitete ich in der Kommission für Genossenschaftswesen. Das Interessanteste sind die äußerst gespannten Beziehungen zwischen den deutschen Sozialdemokraten; nach außen hin Einheit, im Innern aber zwei verschiedene Strömungen. Von den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie ist die Hälfte von der Partei, die andere Hälfte von den Gewerkschaften. Hier kann man beobachten, je größer die deutsche Delegation zahlenmäßig wird, um so mehr schwindet die Hegemonie der deutschen Sozialdemokratie. Auf dem Stuttgarter haben sie sich blamiert, indem sie für die koloniale Resolution stimmten ... Ein Vertreter zum Beispiel behauptet, daß eine Expropriation der Kapitalisten unmöglich sei. Es stellte sich heraus, daß es bei ihnen im Programm das Wort Expropriation in diesem Zusammenhang nicht gibt. Faktisch vertreten sie eine nicht sozialdemokratische Linie. Hier darf man sich keine Illusionen machen, und je weiter, desto größer und schärfer wird der Kampf werden; natürlich, die Masse des Proletariats wird nicht schwanken. Den Magdeburger Parteitag haben sie verlassen, aber damit wird man keinen Sozialdemokraten schrecken.[318]

Bei den Tschechen gibt es eine Spaltung.[319] Wir waren gegen diese

Spaltung, weil wir fanden, daß Sozialdemokraten sich von keinerlei chauvinistischer und nationalistischer Agitation beeinflussen lassen dürfen. In Österreich gibt es eine Menge Skandale um die Frage, in welcher Sprache Schriftstücke abzufassen sind u. dgl. m. Plechanow war Berichterstatter zu dieser Spaltung, und seine Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Trotzki wollte auch hier anfangen zu versöhnen und sagte, daß hier Adler schuld sei, der „friedlichste" und opportunistischste Sozialdemokrat.

Zweifellos geht die deutsche Sozialdemokratie einer neuen Epoche entgegen, der Epoche der sozialistischen Revolution; Wirtschaftskrise, militärische Krise, internationale Komplikationen – all das rückt auch die Symptome dieser Epoche näher. Bisher lief die Vorbereitungsarbeit. Jetzt aber haben wir die Epoche der Schlachten gegen die Bourgeoisie. Auch hier offenbart sich der Unterschied zwischen Reformisten und revolutionären Sozialdemokraten. In Zürich wurde eine Sitzung des ISB im Zusammenhang mit Marokko einberufen. Hier ereignete sich noch ein Zwischenfall. Molkenbuhr schrieb von sich aus einen Brief, daß man nicht zusammenkommen solle. Rosa Luxemburg veröffentlichte diesen Brief, und daraufhin entbrannte Streit.[320] Auf dem letzten Parteitag haben die revolutionären Sozialdemokraten gesiegt. Bebel sagte, er werde Rosa Luxemburg zur Verantwortung ziehen. Von seiten der Franzosen gab es den Versuch, den Streik als Mittel des Kampfes gegen den Krieg in die Resolution zu bringen. Dagegen wandten sich alle revolutionären Sozialdemokraten, sie wiesen darauf hin, daß man der Regierung nicht enthüllen darf, welche Waffe wir anwenden werden, welche wo geeigneter ist. Der Antrag wurde abgelehnt. Bebel warf die Frage auf, die Dokumente nicht zu veröffentlichen, wobei er auf Rosa Luxemburg anspielte und eine Resolution forderte. Ich nahm Rosa Luxemburg in Schutz. Zitierte, zu Bebels großer Entrüstung, Quelch. Bebel trat hier als Versöhnler auf. Der von Rosa Luxemburg veröffentlichte Brief hat mit den [anderen] Dokumenten nichts gemein. Man hätte sie höchstens innerhalb der Partei verurteilen dürfen, und das hat man getan; aber die Angelegenheit vor das ISB zu bringen war nicht gerechtfertigt ...

Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie haben sich verschiedene Strömungen herausgebildet, die nach außen drängen, in der Partei brodelt es. Dort stehen entscheidende Aktionen auf der Tagesordnung. Der

Konflikt zwischen Reformisten und revolutionären Sozialdemokraten ist unvermeidlich.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach der handschriftlichen protokollarischen Niederschrift.

4
AUSFÜHRUNGEN ANLÄSSLICH DER ANNAHME DER RESOLUTION ÜBER DEN KAMPF GEGEN DEN HUNGER
8. (21.) JANUAR 1912

Die Partei muß aktiv eingreifen, die Resolution muß angenommen werden. Die Arbeiter bringen, davon haben wir uns im Meinungsaustausch überzeugt, dem Hunger große Aufmerksamkeit entgegen, greifen aktiv ein und helfen den Hungernden. Hilfe für die Hungernden ist keine Philanthropie. Die Hilfe ist nur in der bürgerlichen Fragestellung Philanthropie. Nicht genug damit. Die Kadetten haben sich tatsächlich auf den Standpunkt von Ministerialbeamten gestellt. In die Komitees, die zum Kampf gegen den Hunger gegründet werden, muß man eintreten. Ich spreche von den Komitees parteiloser Arbeiter. Man braucht nicht zu fordern, daß sie gegründet werden, aber man muß sich an ihnen beteiligen. Die Gelder sind am besten an die sozialdemokratische Fraktion, an die Arbeiterverbände, Klubs u. a. Vereinigungen zu schicken. Auch ein Flugblatt muß herausgegeben werden, aber lieber an die Arbeiter und Bauern. Man muß sich auch um die Verbreitung der Rede von Markow II kümmern, in der er die hungernden Bauern als Faulenzer bezeichnet hat. Das ist eine großartige Rede, soll sie nur gelesen werden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach der handschriftlichen protokollarischen Niederschrift.

5
ENTWURF FÜR ÄNDERUNGEN DES ORGANISATIONSSTATUTS DER PARTEI*

Organisationsstatut

§ 1 – bleibt.

§ 2 – etwas über die Zulässigkeit der Kooptation als provisorische Maßnahme (gemäß der Resolution vom XII. 1908) hinzufügen.

§ 3 – bleibt.

§ 4 – bleibt.

§ 5 – bleibt.

§ 6 – bleibt.

§ 7 – bleibt.

§ 8 – *ganz streichen.* ZK + örtlichen Organisationen überlassen.

§ 9 – statt 1000 Wähler 30 oder 50 setzen und die proportionale Vertretung (zeitweilig) aufheben.

Anmerkung. Die Konferenz von 1912 hat sich, in Anbetracht der außerordentlichen Lage, als *höchstes Organ der Partei* konstituiert (siehe die Resolution über die Konferenz).**

Geschrieben im Januar 1912,
nicht später als am 11. (24.).
Zum erstenmal veröffentlicht 1941
in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

6
REDE ZUR ORGANISATIONSFRAGE 11. (24.) JANUAR 1912

Ich möchte auf eine andere Seite der Frage näher eingehen. Ich meine die Elastizität . . . Die Resolution war richtig.[321] Ich möchte die Aufmerk-

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 474. *Die Red.*

** Im Manuskript ist dieser Absatz durchgestrichen. *Die Red.*

samkeit darauf lenken, welche Seite wichtig ist. Als Beispiel nehmen wir die legale Vereinigung. Ich kann nicht von ganz Rußland sprechen, aber von 5 Städten kann man sagen, daß ... möglich ist. Also, was bietet die legale Vereinigung vor allem? Lektionen marxistischen Charakters; allem Anschein nach erlaubt man sie. Ich entnehme der Presse, daß sie in Großstädten erlaubt sind. Man sagt, es sei schwer, Lektoren zu bekommen ... Die Arbeiter müssen selbst Lektoren hervorbringen und sie selbst bezahlen. Dann gibt es die Bibliothek und die Lesehalle. Ich weiß nicht, ob es erlaubt ist, die „Swesda" zu halten. Dann organisieren die legalen Vereinigungen verschiedene Vergnügungen. Das ist in finanzieller Hinsicht wichtig, und anderseits entsteht durch diese Vergnügungen eine Art Klub. Und wenn dieser Typ der Vereinigung keine Fiktion, sondern Realität ist, und das ist nicht zu bezweifeln, so müssen wir die Frage stellen, [haben] wir an der Verbreitung solcher Vereinigungen gearbeitet? [Haben] wir in den Fabriken und Werken über diese Vereinigungen berichtet? Waren wir bemüht, solche Vereinigungen zu organisieren? Ferner, wie muß man solche Vereinigungen ausnutzen? Wir nähern uns jetzt dem Typ der deutschen Organisation zur Zeit des Sozialistengesetzes. Aber wir haben es sowohl schwerer als auch leichter. Schwerer, weil ihnen legale Möglichkeiten offenstanden. Der Vorstand setzte sich aus Mitgliedern der Parlamentsfraktion zusammen, er versammelte sich legal und lud Illegale ein. Bei uns genießen die Sozialdemokraten unter den Massen große Sympathie und Unterstützung. Wir müssen in jeder Vereinigung kleine sozialdemokratische Zellen haben, die mit der Partei eng verbunden sind, und jede Frage im Sinne des Parteibeschlusses entscheiden ... Diese Zellen dürfen nicht so umfangreich sein wie die Bezirke und Unterbezirke. Dem Typ der [legalen] Vereinigungen nähern sich Petersburg, Riga. In Moskau ist in dieser Hinsicht wenig getan worden. Und diese Zellen gestatten einen anderen Typ des Parteiaufbaus. Früher, zu meiner Zeit, mußten wir alles selber tun. Jetzt aber haben Gewerkschaften und andere Organisationen einen Teil der Arbeit übernommen. Soweit es möglich ist, wird der politische Kampf oft auch von der legalen Dumafraktion geführt, und wenn es mehr legale Vereinigungen dieser Art gäbe, so wäre die Revolution unbesiegbar. Das eben ist die Frage der Elastizität der Organisationen. Das wird das Ideal für die Umgestaltung unserer Organisation sein. Diese von einem Netz legaler

Zellen umgebenen illegalen Zellen bieten uns eine neue Grundlage. Alle Verbindungen sind auf ein Minimum reduziert, als ob es überhaupt keine Organisation gebe. Mag es keine Versammlungen geben. Die Parteiarbeit hat eine andere Form angenommen. Die neue Form ist schon in die alte eingedrungen. Mag sie auch weniger feste Formen haben, so wird sie doch durch die Arbeit in den legalen Vereinigungen breiter werden. Es ist notwendig, daß jeder Schritt zur Kultur von sozialdemokratischem Geist, von sozialdemokratischer Kultur durchdrungen ist. Das wird ein entschiedener Kampf gegen das Liquidatorentum sein ... Man hat die Zelle, ist mit dem ZO verbunden, verständigt sich einmal im Jahr und tut hundertmal mehr als früher. Wir haben in den legalen Vereinigungen zuwenig getan. Sie müssen den Händen der Liberalen entrissen werden, die gesamte legale Bewegung muß ihnen [entrissen werden]. Die legalen Vereinigungen müssen verbreitert, erweitert werden. Man muß das Augenmerk konkret darauf richten, wie die Arbeit in den legalen Vereinigungen gestaltet wird. Überall müssen die illegalen Zellen von einem Netz legaler Zellen umgeben werden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach der handschriftlichen protokollarischen Niederschrift.

7
ZUM ENTWURF DER RESOLUTION „ÜBER DEN CHARAKTER UND DIE ORGANISATIONSFORMEN DER PARTEIARBEIT"*

Am Anfang (α) eine Bestätigung der Resolution vom XII. 1908 bzw. eine Bestätigung ihrer Richtigkeit *durch die Erfahrungen* von drei Jahren einfügen; (β) Feststellung, daß die Arbeit der örtlichen sozialdemokratischen Kräfte bei uns einen Parteientyp schafft, der dem deutschen von

* Siehe Werke, Bd. 17, S. 464/465. *Die Red.*

1878–1890[322] *nahekommt.* Diesen Weg muß man *auch weiterhin* verfolgen |das *an Stelle* von § 1|.

In These 5 *formieren* streichen und statt „erweitern" *konsolidieren* sagen.

§ 7 – vorsichtiger ausdrücken, so wie XII. 1908.

§ 9 – so darlegen, daß sowohl im Sinne der politischen Agitation als auch zur Leitung des revolutionären Kampfes, *als auch für die Verbindung aller illegalen Organisationen und illegalen Zellen* in den verschiedenen Vereinigungen die reguläre Verbreitung einer regelmäßig und oft erscheinenden illegalen sozialdemokratischen Zeitung besonders wichtig sei.

Geschrieben am 11. (24.) Januar 1912.
Zum erstenmal veröffentlicht 1941
in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

8

MATERIALIEN ZUR RESOLUTION ÜBER DIE „PETITIONSKAMPAGNE"*

Resolution über die Petitionskampagne

Themen:

1. Erfindung von Literaten ohne Verbindung mit den Massen, geht [nicht] von den Massen aus;

2. starres Unterschreiben, ohne klare [Losungen], ohne Agitation unter den [Massen], ohne Interesse [von seiten der Massen];

3. Text und Charakter der Petition sind unbefriedigend;

* Das Manuskript dieses Dokuments ist stellenweise beschädigt. Die in eckige Klammern gesetzten Wörter wurden sinngemäß und nach dem Text der angenommenen Resolution ergänzt. *Die Red.*

4. Herausreißen einer Teilforderung, während die Verhältnisse die allgemeinen elementaren Bedingungen der Freiheit [für] das ganze Volk auf die Tagesordnung setzen;

5. Fiasko: 1300 Unterschriften. Nicht mitgemacht haben Kiew, Jekaterinoslaw, der Kaukasus etc.;

6. das Interesse für die proletarischen Meetings hat gezeigt, daß man *nicht dort* den „[Weg]" zu den Massen suchen *darf*, wo es die Liquidatoren wollen.

Fazit:

Das Fiasko als endgültig anerkennen.

Petitionen zu konkreten Bedingungen [der Epoche] sind eines der am wenigsten [tauglichen] Agitationsmittel.

Aufruf zur Agitation für die [Koalitions]freiheit *in Verbindung* mit den allgemeinen [politischen] Forderungen und mit der revolutionären Agitation unter den Massen.

Resolutionsentwurf

Es wird festgestellt:

1. daß die ... begonnene [so]genannte „Petitionskampagne" [von einer Gruppe Petersburger Literaten] liquidatorischer Richtung eingeleitet wurde, keineswegs ein Produkt des [Kampfes der Massen] war und nicht mit der aktiven Initiative ... der Arbeiterorganisationen oder fortschrittlicher Arbeiter verbunden war;

2. daß die genannte [Kampagne sowohl infolge des Charakter]s der Petition als auch infolge der allgemeinen politischen Verhältnisse [unweigerlich zu einem rein formalen] und mechanischen Unterschreiben eines die Massen nicht interessierenden [Papierwisches] wurde, [ohne] breite Beteiligung der Arbeiter selber an der Erörterung ... der Petition, sei es in der Presse oder in Versammlungen;

3. daß die in Umlauf gebrachte genannte Petition und die Kommentare, mit denen die Liquidatoren sie begleiteten, die Forderung nach politischer Freiheit für eine, die fortgeschrittenste und revolutionärste Klasse herausgerissen und diese Forderung oh[ne Zusammenhang mit den allgemeinen] elementaren Bedingungen der politischen Freiheit [des ganzen Volkes] gestellt und somit die Kampfaufgaben des Proletariats, des F[ührers] ... des ganzen Volkes, gegen den Zarismus entstellt und die „Kampagne" zum [Scheitern] verurteilt hat;

4. daß das Schicksal dieser [Petitionskampagne] klar bestätigt hat, wie unrichtig das [ganze] Beginnen und wie losgelöst es von der A[rbeitermasse] war: Für die Petition wurden lediglich 1300 Stimmen zusammengebracht, [wobei] die offensichtlich von den M[assen] nicht unterstützte Petitionskampagne in allen Parteiorganisationen, darunter [im Kaukasus], in Jekaterinoslaw und Kiew und sogar in der mit den Liquidatoren sympathisierenden . . ., [absolut] ohne Unterstützung [blieb], wie [auch unsere sozialdemokratische Dumafraktion] diese [Kampagne] nicht unterstützte.

Geschrieben im Januar 1912,
nicht später als am 17. (30.).
Zum erstenmal veröffentlicht 1941
in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

PLAN ZUM REFERAT „DER REVOLUTIONÄRE AUFSCHWUNG DES RUSSISCHEN PROLETARIATS"[323]

1. Die Ereignisse an der Lena[324] und der Erste Mai in Rußland. Massenstreiks und ihre Rolle.
2. Die Gesetzmäßigkeit des revolutionären Aufschwungs, seine Vorboten und seine Perspektiven.
3. Die Bedeutung des Massenstreiks in Revolutionen der Gegenwart. Die Erfahrungen von 1905.
4. Liberalismus und Demokratie angesichts einer neuen Revolution.
5. Warum haben die Kadetten den „revolutionären Stimmungen" den Krieg erklärt und den Gedanken der „Notwendigkeit einer neuen Revolution in Rußland" verurteilt?
6. Die neue Situation des gegenwärtigen revolutionären Aufschwungs. Die politischen Parteien, die III. Duma, die Wahlen. Die Bauernschaft und die neue demokratische Intelligenz.

7. „Koalitionsfreiheit" und die Losungen der Volksrevolution – Kampf für die Republik, für den Achtstundentag, für die Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes.

Veröffentlicht vor dem 13. Juni 1912 in der von der Pariser Sektion der Auslandsorganisation der SDAPR herausgegebenen Ankündigung des Referats.

Nach dem Text der Ankündigung.

ROSA LUXEMBURG UND DER POLNISCHE „PARTEI"VORSTAND IN MARTOWS FUSSTAPFEN[325]

Der Artikel Rosa Luxemburgs im „Vorwärts" (vom 14. September), in dem sie den sogenannten polnischen ₍Vorstand₎ verteidigt und Anschuldigungen gegen den Genossen Radek erhebt, nötigt mich, wie ungern ich mich auch in diese Angelegenheit einmische, zur Feder zu greifen. Man kann unmöglich schweigen, wenn der Kampf gegen die Liquidatoren der russischen Partei zur Rechtfertigung der übelsten Methoden der Liquidatoren ausgenutzt wird.

Ich habe selbst die Schwankungen des Gen. Radek von der Verteidigung der äußersten Linken bis zur Verteidigung der russischen Liquidatoren beobachtet; ich habe stets politisch gegen jegliche Verteidiger des Liquidatorentums gekämpft und werde das auch weiterhin tun, aber *gerade deshalb* muß ich den abscheulichen Methoden des sogenannten polnischen ₍Vorstands₎ im „Fall" Radek[326] entgegentreten.

Worin besteht die grundlegende Besonderheit der ₍„bekannten"₎ Broschüre Martows, auf die sich Rosa Luxemburg so zur rechten Zeit besann?[327]

Darin, daß der Führer der Liquidatoren Martow, *nachdem* im Januar 1910 das Liquidatorentum feierlich und einstimmig von allen Sozialdemokraten Rußlands verurteilt und auf der Grundlage dieser Verurteilung der *Friede* in der Partei proklamiert worden war[328] – ein Jahr später, als die Liquidatoren das ZK der Partei sprengten und sich von der Partei abspalteten, eine Broschüre herausgab, in der seine Gegner tausendund-

einer ehrlosen und kriminellen Handlung bezichtigt wurden. Die Polen nannten diese Broschüre damals eine ⌊„Stinkbombe"⌋, und *sogar* (⌊sogar⌋, und nicht ⌊selbst⌋) Kautsky nannte sie ⌊„abscheulich"⌋.

Buchstäblich dasselbe tat jetzt der sogenannte polnische ⌊Vorstand⌋, an seiner Spitze Rosa Luxemburg.

Mir selbst wurde Gen. Radek von niemand anders als von Mitgliedern eben dieses ⌊Vorstands⌋ in den Jahren 1909 und 1910 *als Mitarbeiter für unser ZO* der Partei *empfohlen*, und sie machten mich auf dem internationalen Kongreß in Kopenhagen persönlich mit ihm bekannt, wobei sie ihm das *allerbeste Zeugnis* ausstellten.

Später aber, im Jahre 1911, tritt Gen. Radek politisch gegen diesen ⌊Vorstand⌋ auf und unterstützt das Warschauer Komitee der Partei, eine ganze Reihe von Mitgliedern der Partei und zwei ihrer bekanntesten Führer (Malecki und Hanecki), die diesen ⌊Vorstand⌋ desorganisatorischer Handlungen überführt hatten. Gen. Radek trägt dazu bei, die Wahrheit festzustellen, nämlich, daß der polnische ⌊*Partei*vorstand⌋ ein ⌊Vorstand⌋ *ohne* Partei ist. In Warschau, der Hauptstadt Polens, hat dieser ⌊Vorstand⌋ *schon nicht* mehr das Warschauer Komitee hinter sich, sondern sein eigenes fiktives Grüppchen. Die deutschen Genossen werden demnächst über all das Näheres erfahren. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Rußlands wissen, daß es darüber schon eine *ganze Literatur* gibt, und Rosa Luxemburg sucht vergebens, sie vor der Internationale ⌊totzuschweigen⌋!

Und nun, *nachdem* Radek politisch gegen den sogenannten ⌊Parteivorstand⌋ (*ohne* Partei) aufgetreten ist, kommt dieser ⌊„Partei"vorstand⌋ auf die *Idee*, über Radek „Gericht" zu halten, wegen eines „Falls" – man höre! – vom Jahre *1906*!

Das ist es, worum es hier eigentlich geht. Das ist es, was unsere ⌊illustre⌋ Rosa ⌊wegzuschwatzen⌋ *sucht!*

Rosa Luxemburg und ihr ⌊„Partei"vorstand⌋ führen jetzt einen unerhört erbitterten Krieg gegen die besten Funktionäre ihrer eigenen Partei und sinken dabei so tief, daß sie sie der Verbindung zur Ochrana bezichtigen. Rosa Luxemburg und ihr ⌊„Partei"vorstand⌋ haben den Kopf verloren, daß sie einen *derartigen* Krieg gegen ihre politischen Gegner führen.

Sollte es jetzt nicht klar sein, warum ich es, ohne *in das Wesen* des

„Falls Radek" einzudringen, für meine Pflicht halte zu erklären: Das *Wesen* dieser Sache ist die politische Rache Rosa Luxemburgs und ihres ⌊„Partei"vorstands⌋.

Turgenjew hat die bewußten Methoden schon längst in der russischen Literatur charakterisiert. Ein alter Gauner, schrieb Turgenjew, gab einst folgende kluge Ratschläge: Wenn du eine Gemeinheit begehst, so schrei selbst am lautesten über die Niedrigkeit der Handlungen, die du gerade begehst. Wenn du die Staatskasse plünderst, so schrei selbst am lautesten über die Gemeinheit der Veruntreuung von Staatseigentum ...

Als der polnische ⌊„Partei"vorstand⌋ so tief sank, gegen Gen. Radek die Methoden Martows zu wiederholen, schickte dieser ⌊„Partei"vorstand⌋ Rosa Luxemburg in den „Vorwärts", damit sie recht großen Lärm schlage über die Niedrigkeit Martows! ... ⌊Es ist eine alte Geschichte,⌋ doch für uns russische Emigranten ⌊ist sie leider gar nicht „neu"⌋ ...

Rosa Luxemburg versucht den deutschen Lesern weiszumachen, daß Gen. Radek ⌊„nie die geringste Rolle gespielt hat"⌋ usw. usf. Ich habe die Pflicht, als Antwort auf diesen ⌊elenden Altweiberklatsch⌋ die *feststehende Tatsache* zu konstatieren: Gen. Radek hat sowohl im Jahre 1909 als auch im Jahre 1910 als Mitarbeiter des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei Rußlands viel und erfolgreich gearbeitet. Ich war einer der Redakteure des Zentralorgans, und ich kann Rosa Luxemburgs böswilligen Klatsch nicht unbeantwortet lassen.

Rosa Luxemburg lobt sich selbst unter der Bezeichnung ⌊„polnische Wortführer"⌋, um den Gen. Radek zu verleumden. Sie spielt auf die Unbeständigkeit ⌊der „taktischen" Ideen⌋ des Gen. Radek an.

Ich sage ganz offen, daß ich diese Unbeständigkeit, diese Bereitschaft zum „Frieden" mit den russischen Liquidatoren als eine große Sünde des Gen. Radek ansehe. Aber ich glaube, daß eine derartige Sünde verzeihlicher ist bei einem für die Politik des ZO und des ZK nicht verantwortlichen Mitarbeiter, als bei *Mitgliedern* des ZK und des ZO. Aber unter den berüchtigten „polnischen ⌊Wortführern⌋" spielten immer eine ausschlaggebende Rolle solche allgemein bekannte ⌊„Intrigenführer"⌋ wie Tyszka, und ihre *Unbeständigkeit* hat der ganzen Partei kolossalen Schaden zugefügt.

Um keine leere Behauptung aufzustellen, will ich zwei Beispiele anführen. Im Januar 1910 hat das Plenum des ZK der Sozialdemokrati-

schen Arbeiterpartei Rußlands *einstimmig* das Liquidatorentum verurteilt. Der einzige Absatz der Resolution, der dem Opportunismus ⌊Tür und Tor⌋ öffnet (der sogenannte § 1), wurde auf Initiative Tyszkas angenommen. Was sagt Rosa Luxemburg dazu? Ob sie wohl auf den Einfall kommt, diesen § 1 vom Standpunkt der ⌊„radikalen Richtung"⌋ zu verteidigen?

Als die Bolschewiki im Frühjahr 1911 infolge der Sprengung des ZK durch die Liquidatoren das sogenannte Auslandsbüro des ZK verließen, blieben die Polen *noch monatelang* in dieser Institution *zusammen* mit den Bundisten und den Letten[329], über die damals ⌊*sogar*⌋ Plechanow schrieb: ⌊„Diese Parteiinstitution, die zum Werkzeug in den Händen einer Gruppe von Leuten geworden war, die die Partei liquidieren wollten, und die daher der Sache des russischen Proletariats großen Schaden zuzufügen drohte, konnte diesem nur einen Gefallen erweisen: nämlich das Zeitliche segnen."⌋ (Anm.: ⌊„Tagebuch eines Sozialdemokraten", 2. Beilage zu Nr. 15, S. 1, zitiert in der Schrift: „Der Anonymus aus dem ‚*Vorwärts*' und die Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands"; diese Schrift wurde in die Redaktionen aller sozialdemokratischen Blätter in Deutschland gesandt.⌋)

Der Leser kann auf Grund dieser Tatsachen beurteilen, ob in den großtuerischen Worten Rosa Luxemburgs, daß die Polen ⌊„mit starker Faust die liquidatorische Richtung in Rußland niederzuhalten geholfen haben"⌋ viel Wahres steckt.

In Wirklichkeit sind die Polen durch ihre Intrigen dem Kampf gegen diese ⌊„Richtung"⌋ viel eher *hinderlich* gewesen. Bis jetzt, 8 Monate nach dem *formellen* Ausschluß einer *bestimmten* Liquidatorengruppe (Zeitschrift „*Nascha Sarja*") aus der Partei[330], konnten die berüchtigten ⌊„polnischen Wortführer"⌋ keine *direkte* Antwort darauf geben, ob sie „Frieden" mit *dieser* Gruppe wollen oder nicht. Eine klare Antwort zu geben ist freilich nicht so leicht, wie heute mit den Argumenten der Antiliquidatoren und morgen mit denen der Liquidatoren zu operieren und sich auf Grund dessen als „*über*" beiden „Fraktionen" stehend zu erklären!

Rosa Luxemburg nutzt den „Fall Radek" aus, um den deutschen Lesern weiszumachen, daß von der ⌊„russischen Partei"⌋ nichts übriggeblieben sei ⌊„außer Trümmern"⌋.

Als Antwort darauf muß ich feststehende Tatsachen konstatieren.

⌊„Trümmer"⌋, das ist der polnische ⌊„Partei"vorstand⌋, denn er *gehört* schon ein ganzes Jahr *nicht* mehr zur Partei. Ein Jahr schon *steht* er *weder* mit dem ZK der Partei, das auf der Januarkonferenz 1912 gewählt wurde[331], noch mit der sogenannten „Organisationskommission" der Liquidatoren in organisatorischer Verbindung.

Die Partei des sozialdemokratischen Proletariats Rußlands hat, nachdem sie sich von den Liquidatoren und von den Intriganten des polnischen ⌊„Partei"vorstands⌋ befreit hat, so wenig Ähnlichkeit mit ⌊Trümmern⌋, daß sie sich gerade seit Januar 1912 besonders erfolgreich entwickelt. Da einige – und mitunter leider einflußreiche – Genossen aus der deutschen Partei häufig den voreingenommenen Geschichten und dem ⌊Klatsch⌋ der außerhalb der Partei stehenden ⌊Wortführer des polnischen „Partei"vorstandes⌋ ihr Ohr leihen, will ich mich mit einem kurzen Hinweis auf die Tatsachen begnügen.

Der einzige sichtbare ⌊*Maßstab*⌋ für den Einfluß der Sozialdemokraten in Rußland und für ihre Verbindungen mit den Arbeitermassen sind die legalen marxistischen Zeitungen. In Rußland sind *nur* zwei „Strömungen" vertreten: die Partei und die Liquidatoren. Alle anderen sind ⌊Schwindel⌋.

Die Liquidatoren haben in der ersten Hälfte des Jahres 1912 21 Zeitungsnummern herausgegeben, die Antiliquidatoren 100. In 2 Monaten der zweiten Hälfte (Juli und August): die ersten 4, die zweiten 60. Die ersten konnten in 8 Monaten (I.–VIII. 1912) über die direkte Hilfe von *16* Arbeitergruppen berichten, die zweiten von *551*.*

Mag Rosa Luxemburg mit ihren Geschichten von den ⌊„Trümmern"⌋ versuchen, diese Tatsachen zu widerlegen!

Die Geschichten ⌊des polnischen „Partei"vorstands⌋ über die russische Partei verdienen noch weniger Vertrauen als ihre Geschichten über Radek.

N. Lenin

Geschrieben vor dem 4. (17.) September 1912.

Zum erstenmal veröffentlicht in deutscher Übersetzung 1964 in der Zeitschrift „International Review of Social History". Volume IX. Part 3.

Nach dem Manuskript.

---

* ⌊Vgl. die Schrift „Zur gegenwärtigen Sachlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands", Leipzig 1912. Diese Schrift gelangt jetzt in Chemnitz zur Verteilung an die Delegierten der Partei.⌋

ERWIDERUNG AUF EINEN ARTIKEL DER LIQUIDATOREN IN DER „LEIPZIGER VOLKSZEITUNG“[332]

In der „Volkszeitung“ Nr. 226 vom 28. September dieses Jahres erschien eine Notiz über „eine Konferenz der Organisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“, die leider auf einseitigen und unkontrollierten Tatsachen beruht.

Wir halten es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß die fragliche Konferenz in Wirklichkeit keineswegs die der russischen Parteiorganisationen war. Die russischen Arbeiterzentren waren auf jener Konferenz überhaupt nicht vertreten. Petersburg war durch die Liquidatoren von der sogenannten Initiativgruppe[333] vertreten, die der sozialdemokratischen Partei nicht angehören und mit derselben in ihrer Zeitschrift und Zeitung[334] einen heftigen Kampf führen. Moskau war nur durch den Delegierten von einem geringen Teil der Parteiorganisation vertreten, wobei derselbe ein Imperativmandat erhielt, die politische Richtlinie der Parteikonferenz vom Januar 1912 durchzusetzen. Das gesamte übrige Rußland (Kiew, Jekaterinoslaw, Charkow, Wolga- und Uralgebiete, der zentrale Industrierayon, Donrayon und noch mehrere) war überhaupt nicht vertreten, will man von Krasnojarsk und Sewastopol absehen; daß aber in diesen beiden Städten irgendwelche Organisationen bestanden, ist der Partei erst aus den Zeitschriften der Liquidatoren und aus dem Bericht über die „Konferenz“ bekannt geworden.

Es war freilich für die Partei längst kein Geheimnis mehr, daß von einer Gruppe der Liquidatoren erst der Versuch unternommen wird, eine Konferenz einzuberufen, namentlich unter dem Patronat des „Bundes“, der mit der eigentlichen *russischen* sozialdemokratischen Arbeit so gut wie nichts gemein hat. (Es muß zur Kenntnis der deutschen Leser daran erinnert werden, daß, wenn man von der *russischen* Parteiarbeit spricht, der „Bund“, der ausschließlich innerhalb des jüdischen Proletariats tätig ist, nicht mitgerechnet wird.) Der wahre Charakter dieses Versuchs war aber derart durchsichtig, daß Genosse Plechanow auf die Aufforderung, zur „Konferenz“ zu kommen, erwiderte, er würde es nicht tun, nicht nur, weil

er diese „Konferenz" für eine einseitige hielt, sondern auch, weil an ihr „keine Parteielemente" und „Antiparteielemente"* teilnehmen. Buchstäblich so wurde in demselben Bericht verkündet, den das Organisationskomitee der Liquidatorenkonferenz im September 1912 erscheinen ließ. Diese Worte des *neutralen* Genossen Plechanow *fehlen* aber im deutschen Bericht, der in der „Volkszeitung" Nr. 226 vom 28. September d. J. erschienen ist. Wir fragen nun jeden deutschen Genossen, ob man dann diesen Bericht für gewissenhaft halten kann? Selbst aus der Mitte jener ausländischen Gruppen, die ihre formelle Zustimmung dazu gaben, *zusammen* mit den Liquidatoren eine Konferenz zu berufen, hat der frühere Abgeordnete der zweiten Duma, Alexinski, der Vertreter der Gruppe „Wperjod", die im ausgesprochenen Gegensatz zur ...** Parteikonferenz der Liquidatoren *verlassen*, da er sie nicht für eine rechtmäßige Parteikonferenz hielt.

Wir sind verpflichtet, sei es auch nur in zwei Worten, noch auf folgendes hinzuweisen. Während des Halbjahres (vom 1. Januar bis 30. Juni 1912) haben die antiliquidatorischen Zeitungen in Petersburg, „Swesda" und „Prawda", 550 Arbeitergruppen vereinigt, während die Liquidatoren nur 16! Die neue Zeitung der letzten, „Lutsch"[335], ist sofort bei ihrem Erscheinen von den Arbeitern in Petersburg feindselig aufgenommen worden, als ein Versuch, die Spaltung in die Partei hineinzutragen. Bei den Dumawahlen, 16. (29.) September d. J., der Arbeiterbevollmächtigten (Dumawahlen in der Arbeiterkurie) haben die Liquidatoren eine vollständige Niederlage erlitten. Der Gruppe, die diese Privatkonferenz der gegen die Partei kämpfenden Liquidatoren einberufen hat, ist es doch nicht gelungen, trotz aller Reklamemittel, die russischen Organisationen irrezuführen. Jetzt macht sie krampfhafte Versuche, wenigstens die deutschen Genossen mit demselben Aufgebot der Reklamemittel falsch zu unterrichten.

Wir protestieren dagegen mit aller Entschiedenheit, indem wir darauf hinweisen, daß anonyme Informationen der Liquidatoren die deutschen Genossen so lange irreführen werden, bis sie nicht die „Informatoren" auf-

* Gemeint sind „nicht zur Partei gehörige Elemente" und „parteifeindliche Elemente". *Die Red.*

** Hier ist in der „Leipziger Volkszeitung" offensichtlich eine Auslassung. *Die Red.*

fordern, öffentlich unter eigenen Namen mit Belegen in der Hand aufzutreten.

Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands

Geschrieben nach dem 16. (29.) September 1912.

Veröffentlicht am 9. Oktober 1912 in der „Leipziger Volkszeitung" Nr. 235.

Nach dem Text der „Leipziger Volkszeitung".

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

AN ALLE BÜRGER RUSSLANDS[336]

Genossen Arbeiter und alle Bürger Rußlands!

Auf dem Balkan hat ein Krieg von vier Staaten gegen die Türkei begonnen.[337] Es droht ein allgemeiner europäischer Krieg. Zum Kriege rüsten, entgegen allen verlogenen Regierungs-Dementis, Rußland und Österreich. Immer unverschämter wird Italien in seiner Politik des Raubes türkischer Gebiete. Die Börsenpanik in Wien und Berlin, in Paris und London zeigt, daß die Kapitalisten ganz Europas keine Möglichkeit sehen, den europäischen Frieden zu wahren.

Ganz Europa will an den Ereignissen auf dem Balkan teilhaben! Alle treten für „Reformen" und sogar für die „Freiheit der Slawen" ein. Aber in Wirklichkeit will Rußland in Asien ein Stück der Türkei an sich reißen und den Bosporus in seinen Besitz bringen. Österreich ist erpicht auf Saloniki, Italien auf Albanien, England auf Arabien, Deutschland auf Anatolien.

Die Krise lodert auf. Hunderttausende und Millionen Lohnsklaven des Kapitals und von Fronherren ausgepreßter Bauern sollen hingeschlachtet werden für die dynastischen Interessen einiger gekrönter Räuber, für die Profite der Bourgeoisie, die zum Raub fremder Gebiete drängt.

Die Balkankrise ist ein Glied jener Kette von Ereignissen, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts allenthalben zur Verschärfung der Klassengegensätze und der internationalen Gegensätze, zu Kriegen und Revolutionen führt. Der Russisch-Japanische Krieg, die Revolution in Rußland, eine Reihe von Revolutionen in Asien, die Verschärfung der Rivalität und Feindschaft zwischen den europäischen Staaten, die Bedrohung des Friedens wegen Marokko, der Raubzug Italiens nach Tripolis – das ist die Vorbereitung der gegenwärtigen Krise.

Die Kriege mit allen ihren Leiden erzeugt der Kapitalismus, der Millionen Werktätige knechtet, den Kampf zwischen den Nationen verschärft und die Sklaven des Kapitals in Kanonenfutter verwandelt. Nur die sozialistische Weltarmee des revolutionären Proletariats ist imstande, dieser Unterdrückung und Versklavung der Massen, diesen Massakern der Sklaven für die Interessen der Sklavenhalter ein Ende zu setzen.

In Westeuropa und in Amerika verschärft sich der Kampf des sozialistischen Proletariats gegen die imperialistischen bürgerlichen Regierungen, die angesichts des unaufhaltsamen Siegeszugs der Millionen der Arbeiterklasse immer mehr zu verzweifelten Abenteuern neigen. Diese Regierungen rüsten zum Kriege, und gleichzeitig fürchten sie den Krieg, denn sie wissen, daß ein Weltkrieg die Weltrevolution bedeutet.

In Osteuropa – auf dem Balkan, in Österreich und in Rußland – sehen wir neben Gebieten des hochentwickelten Kapitalismus die Unterdrückung der Massen durch den Feudalismus, den Absolutismus, durch Tausende Überreste des Mittelalters. Der Bauer in Bosnien und der Herzegowina an der Küste der Adria ist bis heute von fronherrlichen Gutsbesitzern unterdrückt, wie auch Dutzende Millionen Bauern Zentralrußlands. Die Räuberdynastien der Habsburger und der Romanows unterstützen dieses fronherrliche Joch und trachten danach, Feindschaft zwischen den Völkern zu entfachen, um die Macht der Monarchie zu stärken, um die Versklavung einer ganzen Reihe von Nationalitäten zu verewigen. In Osteuropa teilen noch heute Monarchen die Völker untereinander auf, verschachern sie und tauschen sie aus, fügen entsprechend ihren dynastischen Interessen Staaten aus Fetzen verschiedener Nationalitäten zusammen, ganz so, wie die Gutsbesitzer unter der Leibeigenschaft die Bauernfamilien ihrer Untertanen aufteilten und zusammenfügten!

Eine föderative Balkanrepublik – das ist die Losung, die unsere Brüder,

die Sozialisten der Balkanländer, in die Massen getragen haben. Damit verfechten sie die Selbstbestimmung und die volle Freiheit der Völker, den Weg des breiten Klassenkampfs für den Sozialismus frei zu machen.

Und diese Losung der wahren Demokraten, der wahren Freunde der Arbeiterklasse, müssen wir besonders aufgreifen angesichts der russischen Zarenmonarchie, eines der schlimmsten Bollwerke der Reaktion in der ganzen Welt.

Die internationale Politik des russischen Zarismus ist eine ununterbrochene Kette unerhörter Verbrechen und Gewalttaten, der schmutzigsten und gemeinsten Intrigen gegen die Freiheit der Völker, gegen die Demokratie, gegen die Arbeiterklasse. Der Zarismus knebelt und unterdrückt Persien mit Hilfe der „liberalen" Regenten Englands, der Zarismus unterwühlt die Republik in China, der Zarismus bereitet heimlich den Raub des Bosporus und die Erweiterung „seiner" Gebiete auf Kosten der asiatischen Türkei vor. Die Zarenmonarchie war der Gendarm Europas im 19. Jahrhundert, als das Heer leibeigener russischer Bauern den Aufstand in Ungarn unterdrückte. Die Zarenmonarchie ist jetzt, im 20. Jahrhundert, der Gendarm sowohl Europas als auch Asiens.

Zar Nikolaus der Blutige, der die I. und die II. Duma auseinandergejagt, der Rußland mit Blut überschwemmt, Polen und Finnland versklavt hat, der im Bunde mit den berüchtigten Schwarzhundertern eine Politik der Knebelung der Juden und aller „Fremdstämmigen" betrieben hat, der Zar, dessen treue Freunde die Arbeiter an der Lena zusammengeschossen und die Bauern in ganz Rußland ruiniert und dem Hunger preisgegeben haben – dieser Zar gibt sich als Verteidiger der Freiheit und Unabhängigkeit der Slawen aus!

Das russische Volk hat seit 1877 einiges gelernt und weiß jetzt, daß schlimmer als alle Türken unsere *„inneren Türken"* sind – der Zar und seine Diener.

Aber die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie, die Nationalisten und Oktobristen unterstützen mit aller Kraft diese gemeine, provokatorische Lüge vom freiheitsliebenden Zarismus. Solche Zeitungen wie der „Golos Moskwy"[338] und das „Nowoje Wremja" betreiben an der Spitze eines ganzen Heeres von Regierungsblättern eine unverschämte und zügellose Hetze gegen Österreich. Als ob der russische Zarismus nicht hundertmal mehr mit Blut und Schmutz besudelt wäre als die Monarchie der Habsburger!

Und nicht nur die rechten Parteien, sogar die oppositionelle, liberale Bourgeoisie betreibt mit aller Kraft chauvinistische, imperialistische Propaganda, kaum verhüllt durch diplomatische, ausweichende und heuchlerische Phrasen. Nicht nur das liberal-parteilose „Russkoje Slowo“[339], selbst das offizielle Organ der Partei der „konstitutionellen Demokraten“ (in Wirklichkeit der konterrevolutionären Liberalen), die „Retsch“, ergeht sich in Ausfällen gegen den zaristischen Minister Sasonow wegen seiner angeblichen „Nachgiebigkeit“, wegen seiner „Zugeständnisse“ an Österreich, wegen ungenügender „Wahrung“ der „Großmacht“interessen Rußlands. Die Kadetten klagen die schlimmsten Reaktionäre und Nationalisten nicht wegen ihres Imperialismus an, sondern, im Gegenteil, weil sie Gewicht und Bedeutung der „großen“ Idee von der Eroberung Konstantinopels durch den Zarismus herabgesetzt haben!!

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands erhebt im Namen der Lebensinteressen aller werktätigen Massen ihren entschiedenen Protest gegen diesen niederträchtigen Chauvinismus und brandmarkt ihn als Verrat an der Sache der Freiheit. Ein Land, in dem 30 Millionen Bauern hungern, in dem zügellose Willkür der Behörden herrscht bis hin zur Niederschießung von Hunderten von Arbeitern, ein Land, in dem Zehntausende Freiheitskämpfer in Zuchthäusern gefoltert und gequält werden, ein solches Land braucht vor allem die Befreiung vom Joch des Zarismus. Der russische Bauer muß daran denken, sich von den fronherrlichen Gutsbesitzern und von der Zarenmonarchie zu befreien, und darf sich von dieser wichtigen Sache nicht ablenken lassen durch das verlogene Gerede der Gutsbesitzer und Kaufleute über die „slawischen Aufgaben“ Rußlands.

Wenn der imperialistische Liberalismus in dem Wunsch, mit dem Zarismus Frieden zu schließen, auf der „friedlichen konstitutionellen“ Arbeit besteht und dem Volk unter Beibehaltung der Zarenmonarchie sowohl Siege nach außen als auch konstitutionelle Reformen verheißt, so weist das sozialdemokratische Proletariat diesen Betrug mit Entrüstung zurück. Nur der revolutionäre Sturz des Zarismus kann die freie Entwicklung Rußlands wie auch ganz Osteuropas sichern. Nur der Sieg einer föderativen Republik auf dem Balkan zusammen mit dem Sieg der Republik in Rußland ist imstande, Hunderte Millionen Menschen vor den Leiden des Krieges und vor den Qualen der Unterdrückung und Ausbeutung in den sogenannten „Friedens“zeiten zu bewahren.

In den ersten 5 Monaten des Jahres 1912 haben sich mehr als eine halbe Million Arbeiter Rußlands zum politischen Streik erhoben, haben ihre Kräfte nach schwersten Jahren der Konterrevolution wiederhergestellt. An mehreren Orten haben sich Matrosen und Soldaten zum Aufstand gegen den Zarismus erhoben. Wir rufen zum revolutionären Kampf der Massen, zu einer zielstrebigeren, solideren und umfassenderen Vorbereitung der entscheidenden gemeinsamen Aktion der Arbeiter, Bauern und des besten Teils des Heeres! Darin allein liegt die Rettung Rußlands, das vom Zarismus ausgeplündert und unterdrückt wird.

Die Sozialisten der Balkanländer haben den Krieg scharf verurteilt. Die Sozialisten Italiens und Österreichs wie auch ganz Westeuropas haben sie einmütig unterstützt. Vereinigen auch wir unsere Stimme mit den ihren, entfalten wir noch breiter die Agitation gegen die Zarenmonarchie.

Nieder mit der Zarenmonarchie! Es lebe die demokratische Republik Rußland!

Es lebe die föderative Balkanrepublik!

Nieder mit dem Krieg, nieder mit dem Kapitalismus!

Es lebe der Sozialismus, es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

Zentralkomitee der SDAPR

Geschrieben im Oktober 1912, vor dem 10. (23.).
Veröffentlicht im Oktober 1912 als Flugblatt.

Nach dem Text des Flugblatts.

ÜBER POLITISCHE CHARAKTERLOSIGKEIT

(Brief an die Redaktion)

Als ständiger Leser der „Prawda"[340] kann ich mich nicht enthalten, meiner tiefen Empörung über das Verhalten des Wahlmanns P. Sudakow Ausdruck zu verleihen.

Am 5. Oktober finden die Wahlen statt. Sudakow steht nicht auf der

Liste der „Prawda". Sudakow kommt nichtsdestoweniger mit den Stimmen ihrer Anhänger durch – das ist aus den Wahlergebnissen ersichtlich. Ersichtlich ist auch, daß Sudakow außer den Stimmen der „Prawda"-Anhänger (27–31 von 50) noch etwa ein Dutzend Stimmen anderer, wahrscheinlich Schwankender, erhält.

Und Sudakow beginnt zu schwanken. Am Tage nach den Wahlen, am 6. Oktober, erscheint seine Mitteilung in der „Prawda", in der schwarz auf weiß geschrieben steht: „Alle Gewählten, mit Ausnahme des Gen. Petrow, gehören zu den Anhängern der ‚Prawda' und der ‚Swesda'."

Das ist doch wohl klar?

Wieder einen Tag später erscheint Sudakow bereits im „Lutsch"! Sudakow gibt zu, daß er in der Redaktion der „Prawda" gewesen ist, aber, wie er sagt, „ausschließlich als in der Redaktion einer sozialdemokratischen Zeitung"!! Ist dieser Sudakow denn ein neugeborener Säugling? Wer soll denn glauben, daß er nichts von den 2 sozialdemokratischen Zeitungen gewußt hat? Er wußte nichts von den Liquidatoren, während er selbst die Liquidatoren versteht?

„Wenn ich auch gesagt habe", schreibt Sudakow in dem liquidatorischen „Lutsch", „daß ich die ‚Prawda' lese und ihr nahestehe" (beachten Sie, daß Sudakow erklärt hat, er stehe der „Prawda" nahe!), „so lediglich in dem Sinne (!!), daß ich überhaupt (!!) der Sozialdemokratie nahestehe" (nur?).

Da soll sich einer auskennen! Ein Mensch, der von den zwei Zeitungen weiß, der zugibt, daß er gesagt hat, „ich stehe der ‚Prawda' nahe", trägt einen Tag später eine „Senatserläuterung" in die liquidatorische Zeitung, er meine das „lediglich in dem Sinne, daß ich überhaupt der Sozialdemokratie nahestehe"!!

Ein krasserer Fall von Charakterlosigkeit und Schwankungen ist uns noch nicht begegnet.

„Tuschinoer Überläufer" – Leute, die von einer Seite zur anderen hinüberwechseln – hat es immer gegeben, aber die Arbeiter halten nichts von Überläufern ...

„Prawda" Nr. 145, 17. Oktober 1912.
Unterschrift: E i n s t ä n d i g e r L e s e r d e r „P r a w d a".

Nach dem Text der „Prawda".

BERICHT AN DAS INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE BÜRO „DIE WAHLEN ZUR IV. DUMA"[341]

Der Staatsstreich vom 3. (16.) Juni 1907 hat in Rußland eine Epoche der Konterrevolution eingeleitet. Es ist bekannt, welche willkürlichen Verurteilungen, welche Verfolgungen und Folterungen politischer Häftlinge, welche Zügellosigkeit der Behörden diesen Triumph des Zarismus gekrönt haben.

Die Oberschichten der Bourgeoisie unterstützten, erschreckt durch die Revolution, die konterrevolutionären Krautjunker. Der Zarismus glaubte, bei den konterrevolutionären Elementen der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer Hilfe und Unterstützung zu finden.

Das Wahlgesetz vom 3. (16.) Juni 1907 ist ein Musterbeispiel schamloser Fälschung. Hier einige Angaben, die dieses Gesetz charakterisieren:

Die Bevölkerung ist in „Kurien" gezwängt: Gutsbesitzer, Städter erster und zweiter Klasse, Bauern, Kosaken, Arbeiter. Die Wahlmänner, getrennt gewählt nach Kurien (mitunter nicht direkt, sondern durch Bevollmächtigte), werden gouvernementsweise auf die Gouvernementswahlversammlungen aufgeteilt, und diese letzteren wählen die Abgeordneten in die Duma!

Das Gesetz gliedert die Anzahl der Wahlmänner so auf, daß von vornherein in 28 Gouvernements (von 50) die Gutsbesitzer allein die Mehrheit in den Wahlversammlungen erhalten, in den übrigen dieselben zusammen mit den Wahlmännern der ersten städtischen Kurie (Großkapitalisten).

Das Gesamtbild ist folgendes: 200 000 Krautjunker schicken in die Wahlversammlungen von 53 Gouvernements 2594 Wahlmänner, das heißt 49,4% aller Wahlmänner; ½ Million oder ungefähr soviel Kapitalisten der ersten städtischen Kurie verfügen über 788 Wahlmänner (15%); ungefähr 8 Millionen Bürger der zweiten städtischen Kurie entsenden 590 Wahlmänner (11,2%); etwa 70 Millionen Bauern und Kosaken verfügen über 1168 Wahlmänner (22,2%) und fast 12 Millionen Arbeiter über 112 Wahlmänner (2,1%).

Es ist nicht erstaunlich, daß ein solches Wahlgesetz eine „schwarze", konterrevolutionäre Duma ergibt – eine richtige „Chambre introuvable"[342].

Erstaunlich aber ist, daß nicht nur die bürgerlichen Liberalen, sondern sogar die Sozialdemokraten ihre Vertreter in diese Duma zu bringen vermögen.

In der Arbeiterkurie sind alle Wahlmänner Sozialdemokraten. Die ultrareaktionären Krautjunker, die in den Gouvernementswahlversammlungen über die Mehrheit verfügen, sind gezwungen, Sozialdemokraten zuzulassen (in sechs Gouvernements verlangt das Gesetz die Wahl eines Abgeordneten aus den Reihen der Arbeiter; in anderen Gouvernements kommen die Sozialdemokraten durch Abmachungen mit den Liberalen zu Mandaten).

In der dritten Duma herrschte die Partei der Oktobristen – die Partei der dem Zarismus völlig ergebenen reaktionären Krautjunker und Großkapitalisten. Aber selbst diese Hörigen konnten die Hofkamarilla Nikolaus' II., diese schwarze Bande, die Pogrome und Attentate auf die Abgeordneten der Opposition organisiert, nicht zufriedenstellen.

Und die Regierung, die die Wahlen fälschte, um die Oktobristen in die dritte Duma zu bringen, fälscht jetzt die Wahlen, um „loyalere" Parteien – „Nationalisten" und „äußerste Rechte" – in die vierte Duma zu schicken.

Der Druck überstieg alles. Die Popen wurden angewiesen, sich in Massen an den Wahlen zu beteiligen und die Rechten zu wählen; Verhaftungen von Kandidaten der Opposition, Geldstrafen für die Presse, Zeitungsverbote, Streichung Verdächtiger aus den Wählerlisten – all das wurde mit einem solchen Zynismus angewandt, daß dagegen sogar die Rechten und sogar die Krautjunker protestiert haben.

Und als Ergebnis haben wir eine noch „schwärzere", noch „rechtere" Duma, aber die Besiegten von heute sind die Oktobristen. Die liberale Opposition und die revolutionäre Demokratie (sozialdemokratische Arbeiter und bäuerliche bürgerliche Demokraten) haben fast den Status quo behauptet.

Die letzten Angaben über 438 (von 442 zu wählenden) Abgeordneten der vierten Duma gestatten uns, folgenden Vergleich anzustellen:

	III. Duma	IV. Duma	
Demokratie:			
Sozialdemokraten	13	14	
Trudowiki	14	11	25

	III. Duma	IV. Duma	
Liberale:			
Kadetten	52	61	
Progressisten	36	33	
Polen	18	14	
Mohammedaner	9	5	113
Rechte:			
Oktobristen	131	79	
Nationalisten	91	74	
Äußerste Rechte	46	140	293
Parteilose	27	7	
Insgesamt	437	438	

Fügen wir noch einige ergänzende Worte hinzu, um die Bezeichnungen und die Gruppierung der Parteien besser erläutern zu können:

Sozialdemokraten: Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands; Trudowiki: bäuerliche Demokratie, das heißt revolutionäre bürgerliche Demokratie, deren Programm die Expropriation der Krautjunker enthält; Kadetten: Konstitutionell-demokratische Partei, in Wirklichkeit eine konterrevolutionäre liberale bürgerliche Partei; Progressisten[343]: die gleichen Liberalen, nur etwas gemäßigter. Polen und Mohammedaner – das gleiche, aber nationale Gruppen. Insgesamt besteht die Opposition aus 25 Demokraten und 113 Liberalen oder 138 Abgeordneten (142 in der dritten Duma).

Die Regierungsparteien: die Oktobristen sprechen selten und nur insgeheim von der Verfassung; die Nationalisten sprechen überhaupt nicht von der Verfassung. Die Rechten sind offen für die Rückkehr zur Selbstherrschaft und gegen die Verfassung. Die Verfälschung drängt nicht nur die Oktobristen, sondern sogar einen Teil der Nationalisten zur Opposition.

Was die Sozialdemokraten betrifft, so sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt gewählt:

Die sechs Abgeordneten der Arbeiterkurie sind Sozialdemokraten: Badajew von Sankt Petersburg; Malinowski von Moskau; Samoilow von Wladimir; Schagow von Kostroma; Muranow von Charkow; Petrowski von Jekaterinoslaw. Alle sechs sind Arbeiter. Weiter sind Sozialdemokraten in drei Gouvernements dank dem Abkommen von Demokraten (So-

zialisten und Trudowiki) und Liberalen gegen die Rechten durchgekommen. So kamen durch: Chaustow in Ufa; Burjanow vom Gouvernement Taurien; Tuljakow vom Dongebiet. Dann kamen noch drei Sozialdemokraten im Kaukasus durch: Tschcheïdse, Tschchenkeli und Skobelew, dieser wurde von der russischen Bevölkerung des Kaukasus gewählt.

Zwei Sozialdemokraten kamen in Sibirien durch: Russanow und vom Amurgebiet Ryslew.

Fügen wir noch hinzu, daß im Gouvernement Irkutsk (Sibirien) die Wahl eines Sozialdemokraten fast gesichert war (von 20 Wahlmännern waren 11 Sozialdemokraten). Der Gouverneur erklärte jedoch die Wahl von sechs Sozialdemokraten in der Stadt Irkutsk für ungültig. Die Wahlen haben noch nicht stattgefunden.

Es muß noch hinzugefügt werden, daß in Warschau infolge eines Blocks zwischen Polen und Juden Jagiello, Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei (Lewica), als Abgeordneter gewählt wurde.[344]

All dies sind nur vorläufige Angaben. Die vollständige Zusammensetzung aller Gruppen der vierten Duma, darunter auch der sozialdemokratischen Gruppe, wird sich nach Eröffnung der Duma zeigen, die am 15. (28.) November stattfindet.

Krakau, 11. November 1912

„Le Peuple" Nr. 325,
20. November 1912.
Unterschrift: N. Lénine.

Nach dem Text des Buches „Correspondance entre Lénine et Camille Huysmans. 1905–1914", Paris.
Übersetzung aus dem Französischen.

NOCH EINMAL ÜBER DIE BAUERNABGEORDNETEN IN DER IV. DUMA

Das „Nowoje Wremja" teilte unlängst mit, daß sich in der IV. Duma endgültig eine besondere Bauerngruppe gebildet habe. Ihr gehören dieser Mitteilung zufolge 40 Personen an. Das Büro der Gruppe ist vertreten durch Jewsejew, Karaulow, Itschas, Firsow und Merschtschi.

„Als einer der energischsten Vertreter der neuen Gruppe", schrieb das „Nowoje Wremja", „wird Karaulow (ein Kosak) genannt, der durch eine eigenartige Defini-

tion seiner Parteizugehörigkeit beim Ausfüllen des Formulars, das den Dumamitgliedern vom Verwaltungsbüro vorgelegt wird, die Aufmerksamkeit auf sich lenkte. In der Spalte ‚Parteizugehörigkeit' schrieb Karaulow: ‚Ich gehöre keiner Partei oder Fraktion an. Ich bin, was jeder sein muß, der seine Heimat wahrhaft liebt, ich bin monarchistischer Demokrat.'"

Kann man akzeptieren, daß eine solche Definition der Parteizugehörigkeit „eigenartig" ist? Ja und nein. Ja, sofern Karaulow offen ausgesprochen hat, was viele nicht offen sagen. Nein – denn im Grunde genommen teilt bekanntlich noch eine sehr bedeutende Anzahl von Bauern und Kosaken die Meinung des Abgeordneten Karaulow.

Der Abgeordnete Karaulow glaubt also, daß „jeder, der seine Heimat wahrhaft liebt", ein Demokrat sein *müsse*. Der Abgeordnete Karaulow irrt sich offensichtlich. Möge er sich einmal die ganze rechte Hälfte oder sogar die „rechten" zwei Drittel der Duma ansehen: gibt es wirklich unter allen „Rechten", „Nationalisten", Oktobristen *nicht* Leute, „die die Heimat wahrhaft lieben"? Aller Wahrscheinlichkeit nach gibt es sie, das muß Karaulow sicher zugeben.

Dabei sind aber sowohl die Rechten als auch die Nationalisten als auch die Oktobristen (und, ehrlich gesagt, auch die Kadetten) *bekanntlich keine* „Demokraten". Sie sind alle Monarchisten, ohne Zweifel, aber sie sind *keine* Demokraten. Sie sind entweder überhaupt nicht für ein demokratisches Wahlgesetz, für demokratische Gesetze über die Presse, über Vereinigungen und Versammlungen, für eine demokratische Aufteilung des Grundeigentums, oder sie begnügen sich in den ernsten Fragen der Demokratie mit leerem Gerede.

Was ist also zu tun? Ist es nicht offensichtlich, daß zum Beispiel die Gutsbesitzer unter „wahrhafter Liebe zur Heimat" etwas *anderes* verstehen als die Bauern, selbst wenn die einen wie die anderen „Monarchisten" wären?

Man kann sich dafür verbürgen, daß die Arbeit der IV. Duma Karaulow und seinesgleichen zwingen wird, hierüber nachzudenken.

Geschrieben am 27./28. November (10./11. Dezember) 1912.

Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 22.

Nach dem Manuskript.

RESOLUTION DER KRAKAUER BERATUNG DES ZENTRALKOMITEES DER SDAPR MIT PARTEIFUNKTIONÄREN[345]

ÜBER DIE REORGANISIERUNG UND DIE ARBEIT DER REDAKTION DER „PRAWDA“

1. Die Redaktion ist nicht konsequent genug im Sinne der Partei. Der Redaktion wird dringend empfohlen, alle Parteibeschlüsse strikter zu beachten und durchzuführen. Die Legalität muß unbedingt gewahrt bleiben.

Das ZK ergreift Maßnahmen zur Reorganisierung der Redaktion.

2. Die Redaktion reagiert nur schwach auf das Parteileben der sozialdemokratischen Arbeiter in Petersburg. Es ist notwendig, daß die Parteiresolutionen unbedingt in legaler Form wiedergegeben oder erwähnt werden.

3. Die Redaktion muß der Aufklärung über die Unrichtigkeit und Schädlichkeit des Liquidatorentums im allgemeinen und der Propaganda des „Lutsch“ im besonderen mehr Aufmerksamkeit widmen.

4. Die Redaktion muß der Agitation für Abonnements und Sammlungen unter den Arbeitern mehr Aufmerksamkeit widmen.

5. Der bolschewistische Teil der Abgeordneten muß dem erweiterten Redaktionskollegium der Zeitung angehören und eine systematische, beharrliche Mitarbeit sowohl an der literarischen als auch an der wirtschaftlichen Seite des Unternehmens organisieren.

6. Die Redaktion muß sich gegenüber ihren Mitarbeitern aus den Reihen der „Wperjod“-Leute besonders behutsam verhalten, um die begonnene Annäherung nicht zu erschweren und um keine fehlerhafte prinzipielle Linie zuzulassen.

7. Es sind größte Anstrengungen nötig, um die Kosten für die Herausgabe einzuschränken und ein kleines führendes Kollegium (zur Leitung des ganzen Unternehmens) zu schaffen, dem unbedingt wenigstens ein Vertreter der Sechs[346] angehören muß.

Ein ebensolches führendes Kollegium (eine Wirtschaftskommission), an dem unbedingt einer der Sechs beteiligt sein muß, ist notwendig, um die wirtschaftliche Seite der Sache zu leiten.

8. Artikel, die das ZK zu veröffentlichen für notwendig hält, müssen (wenn sie die vereinbarte Unterschrift tragen)[347] umgehend veröffentlicht werden.

9. Es ist notwendig, bei strenger Wahrung der Legalität der Zeitung, sowohl die Arbeitervereinigungen, -verbände, -komitees und -gruppen als auch Einzelpersonen in Petersburg und in der Provinz zur aktiven Teilnahme sowohl an der literarischen Gestaltung der Zeitung als auch an ihrer Verbreitung heranzuziehen.

10. Die Initiative der Gruppe St.-Petersburger Sozialdemokraten zur Herausgabe eines allgemeinen Gewerkschaftsorgans antiliquidatorischer Richtung ist zu unterstützen, nachdem die Organisation der Sache an Ort und Stelle sorgfältig überprüft ist.

11. Es sind Maßnahmen zu treffen, um die literarische und die wirtschaftliche Seite der Zeitung und der Zeitschrift[348] in Einklang zu bringen.

12. Es ist notwendig, in Moskau energisch die Schaffung einer Arbeitertageszeitung als Filiale der Petersburger in Angriff zu nehmen. Hierzu sollte die Moskauer Gruppe mit den drei Abgeordneten des Moskauer Gebiets organisatorisch in Verbindung gebracht werden.

Zum erstenmal veröffentlicht 1956 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii" Nr. 11.

Nach einer von N. K. Krupskaja geschriebenen Kopie.

BRIEF AN DEN VORSTAND DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS[349]

Sehr geehrte Genossen!

Auf Antrag des Zentralkomitees hat unsere beratende Versammlung der Vertreter des Zentralkomitees und der in Rußland tätigen Parteimitglieder, die in verschiedenen Zweigen der sozialdemokratischen Arbeit tätig sind, Ihren Brief vom 28. Dezember 1912, in dem Sie den Wunsch äußerten, „eine Konferenz einzuberufen und die Verhandlungen zu leiten", beraten.

Die Versammlung dankt Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit für unsere Parteiangelegenheiten, hat aber gleichzeitig einstimmig beschlossen, Ihren Vorschlag *abzulehnen.*

Wir russische revolutionäre Sozialdemokraten achten in höchstem Maße die Partei des deutschen revolutionären Proletariats. Wir streben danach, daß zwischen der deutschen und russischen sozialdemokratischen Partei die allerbrüderlichsten Beziehungen herrschen. Und, damit keinerlei Mißverständnisse bleiben, wollen wir Ihnen, werte Genossen, aufrichtig diejenigen Bewegungen darlegen, die uns dahin bestimmten, Ihren Antrag abzulehnen.

Beginnen wir einmal mit dem *Zweck* der von Ihnen vorgeschlagenen Konferenz!

Sie meinen, der Zweck der Konferenz müsse sein, „ein einheitliches Programm und Organisationsstatut zu beschließen", und schlagen uns demzufolge vor, unsere Projekte des einen sowie des anderen mitzuteilen.

Jedoch unsere Partei besitzt schon seit langer Zeit ein Parteiprogramm. Schon im Jahre 1903, d. h. vor 10 Jahren, wurde unser Programm auf dem II. Parteitag unserer Partei bestätigt. Und seit dieser Zeit haben Hunderttausende – in den revolutionären Jahren sogar Millionen – Proletarier Rußlands ihre Treue diesem Programm kundgegeben und unter dem Banner unserer Partei gekämpft. Wir bleiben auch jetzt diesem Programm treu. Eine Revision desselben halten wir für *gänzlich* unnötig.

Zu Ihrer Kenntnis teilen wir Ihnen mit, daß bis jetzt *sogar* die Liquidatoren keine Revision unseres Parteiprogramms verlangten – wenigstens nicht öffentlich.

Die Beratung eines neuen Programms durch verschiedene Gruppen und Grüppchen setzt *die Abwesenheit der Partei* voraus. Jedoch die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei *existiert*, unter ihrem Banner kämpft, wie früher, die Arbeiterklasse Rußlands. Unsere Partei hat sehr schwere Zeiten erlebt und erlebt sie teilweise auch jetzt. Doch hat sie keinen Augenblick aufgehört zu existieren – ungeachtet der Behauptungen der Liquidatoren. Nur für die letzteren (d. h. für außerhalb der Partei stehende Leute) sind Besprechungen betreffs Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms, offensichtlich für eine neue Partei, annehmbar. (Das Gesagte bezieht sich auch mit einigen Abänderungen auf die Ausarbeitung eines neuen Parteistatuts.)

Weiterhin trennen uns von den Liquidatoren tiefgehende prinzipielle Meinungsverschiedenheiten – vor allem in der Frage betreffs einer neuen Revolution in Rußland. Unsere Partei (und auch die Menschewiki-*Antiliquidatoren* mit G. W. Plechanow an der Spitze) steht auf dem Standpunkt, daß die russische Arbeiterklasse und ihre Partei für eine neue Revolution in Rußland kämpfen muß, die nur allein die wirkliche politische Freiheit unserem Lande bringen kann. Die Liquidatoren verneinen gerade dieses. In ihrer ganzen Taktik stützen sie sich auf die Annahme, daß die Entwicklung Rußlands einen mehr oder weniger friedlichen konstitutionellen Weg nehmen wird.

Sie werden leicht ersehen, werte Genossen, daß aus *solchen* entscheidenden Meinungsverschiedenheiten unbedingt eine ganze Reihe Uneinigkeiten in allen Fragen der Parteiarbeit entspringt. Die Liquidatoren verneinen unsere jetzige Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die jetzt nur illegal existieren kann (obwohl sie in vielen Hinsichten eine legale sozialdemokratische Arbeit führen kann und *führt*). Die Liquidatoren zerstören unsere jetzige Organisation in der Hoffnung, daß sie im jetzigen Rußland eine legale Arbeiterpartei werden errichten können. (Hierbei muß bemerkt werden, daß sogar die liberalen Kadetten eine Legalisation ihrer Partei nicht erzwingen können.) Hieraus folgt die Spaltung, die ganz und ausschließlich von den Liquidatoren veranstaltet wurde.

Es ist verständlich, daß diese Streitigkeiten, diese entscheidenden Meinungsverschiedenheiten *nur* von den aufgeklärten russischen Arbeitern selbst entschieden werden können, nur von unseren eigenen russischen sozialdemokratischen Organisationen und *niemand anders*.

Die russischen Arbeiter haben auch schon einen bedeutenden Schritt in dieser Richtung gemacht.

Die unlängst beendeten Wahlen in die IV. Duma zeigten, daß das russische Proletariat in seiner erdrückenden Mehrheit auf dem Standpunkt der alten Partei mit ihrem revolutionären Programm und Taktik steht.

Alle 6 Abgeordneten, die nach dem Gesetze von der Arbeiterkurie gewählt werden, sind Bolschewiki.

Diese 6 Abgeordneten vertreten $^{9}/_{10}$ des arbeitenden Rußlands, und sie erklären sich offen als Gegner der Liquidatoren.

Die *erste* sozialdemokratische Arbeitertageszeitung in Rußland

(St.-Petersburger „Prawda") wurde von Arbeitern selbst gegründet und unterhalten, *und zwar von Arbeitern derselben* (Bolschewiks-) Richtung. Somit wird die Einigkeit der großen *Mehrheit* der Arbeiter faktisch erreicht, und zwar von unten auf, aus den Tiefen der Arbeitermassen. Nur solch eine Einigkeit ist lebensfähig, nur sie führt zum vollständigen Zusammenschluß aller Arbeiter.

Wir wollen vor Ihnen, Genossen, nicht verheimlichen, daß wir die Vermittlung des deutschen Parteivorstandes bei gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt für unannehmbar halten. Ist es aus Unkenntnis oder einem anderen Grunde geschehen, aber der Vorstand hat keine Unparteilichkeit gegenüber uns sowie den Liquidatoren an den Tag gelegt. Wir erinnern Sie bloß an zwei Tatsachen:

1. Im Zentralorgan der deutschen Bruderpartei („Vorwärts"[350]) werden ganze Spalten für schwere Angriffe der Liquidatoren gegen unsere Parteikonferenz im Januar 1912 hergegeben, und uns wird sogar die Aufnahme einer rein sachlichen Widerlegung versagt, wodurch die allerelementarsten Pflichten uns gegenüber verletzt werden.

2. Während der Wahlkampagne hat der Vorstand ungeachtet unserer Proteste den Liquidatoren materielle Unterstützung geleistet und lehnte eine solche an das Zentralkomitee ab. Der Vorstand leistete eine Unterstützung an den „Bund", das Kaukasische Gebietskomitee[351] und die Letten, d. h. an das Liquidatoren-OK[352], denn ein jeder weiß, daß gerade diese 3 Organisationen hauptsächlich das Liquidatoren-OK darstellen. Mit dem Gelde der deutschen Arbeiter haben die Liquidatoren die Herausgabe des Konkurrenzorganes „Lutsch" in St. Petersburg begonnen, das *am Tage der Wahlen* zum erstenmal erschien und die Spaltung verschärfte.

Während einer Spaltung dem einen Teil Geldunterstützung gegen den anderen zu gewähren, ist ein ganz unerhörter Schritt in der ganzen Internationale. Mit diesem Schritt hat der Vorstand eine Herausforderung gegenüber den Anhängern der Januarkonferenz getan und gezeigt, daß er keine Unparteilichkeit üben konnte.

Mit großem Bedauern müssen wir Ihnen, Genossen, offen gestehen, daß die Information der deutschen Genossen über die russischen Verhältnisse gänzlich *unnormal* bestellt ist. Hieraus folgt auch, daß Sie bald eine Konferenz aus 12 „Richtungen" (ausländische, halbstudentische Gruppen) vor-

schlagen und dabei die russischen Organisationen ignorieren, bald den Plan einer Einberufung von 5 Organisationen usw. hervorheben. Hieraus folgen auch die dreisten Versuche der Liquidatoren, Sie direkt zu betrügen: z. B. ihr Versuch, von Ihnen Geld zu bekommen infolge der Versicherungen, daß im Sommer 1912 in Charkow und Moskau sich die Bolschewiki mit den Liquidatoren vereinigt hätten. In Wirklichkeit aber sind gerade in Charkow und Moskau Bolschewiki zu Abgeordneten gewählt worden, und zwar unversöhnliche Gegner des Liquidatorentums, die *im Kampfe* gegen diese gewählt wurden (die Abgeordneten Muranow und Malinowski). Daraus folgt, daß Sie während der Wahlkampagne gerade denjenigen Gruppen („Bund", PPS, PSD[353]) eine Geldunterstützung geleistet haben, die zu den Wahlen besonders schroff gegeneinanderstießen und aus deren Mitte Jagiello hervorkam, der *einzige* Abgeordnete, der in die sozialdemokratische Fraktion nur als nicht vollberechtigtes Mitglied *aufgenommen wurde, und das nur mit einer Mehrheit von 7 Stimmen* gegen 6.

Damit, Genossen, wäre es schon längst an der Zeit, einen Schluß zu machen. Anstatt unberufene Informatoren zu hören, sollten Sie die Spalten Ihrer Presse zur sachlichen Aufklärung über die Verhältnisse in der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und zur prinzipiellen Beleuchtung derselben öffnen, und zwar für Artikel, die mit Unterschrift der verantwortlichen Vertreter einzelner Parteigruppen versehen sind.

Wenn Sie unsere Verhältnisse kennenlernen wollen, so müssen Sie dieselben nach den Dokumenten und der Literatur verfolgen, also ebenso, wie Sie z. B. den Kampf der Richtungen in Italien, England etc. verfolgen. Andernfalls werden Sie unwillkürlich Schritte unternehmen, die die russischen Arbeiter oft als ganz unverdiente Kränkung werden aufnehmen müssen.

Geschrieben am 2. (15.) März 1913.
Zum erstenmal veröffentlicht 1960 in der Zeitschrift „Kommunist" Nr. 6.

Nach einer deutschsprachigen maschinegeschriebenen Kopie.

ZUM JAHRESTAG DER „PRAWDA"

(Die Unterstützung der Arbeiter für die Arbeiterzeitung)

Ein Jahr ist vergangen seit dem Erscheinen der ersten Nummer der „Prawda". Sie entstand als *Arbeiter*zeitung, geschaffen durch den bekannten Aufschwung der Arbeiterbewegung in Rußland im April–Mai 1912.

Im Kampf mit ungeheuren Schwierigkeiten und Verfolgungen hat sich die „Prawda" behauptet und gefestigt (soweit eine „festfundierte" Zeitung der Arbeiter im gegenwärtigen Rußland möglich ist) dank der Unterstützung der Arbeiterklasse. Die „Prawda" hat sich nicht nur als *Arbeiter*zeitung *bezeichnet*: eine Bezeichnung kann sich jede beliebige Zeitung zulegen. Die „Prawda" war *wirklich* eine Arbeiterzeitung sowohl überhaupt, was ihre Richtung, ihren Leserkreis aus der Masse der Arbeiter und ihren Inhalt betrifft, als auch im besonderen, wenn man die Masse der Arbeiterkorrespondenzen (1783 Arbeiterkorrespondenzen in den ersten 99 Nummern; insgesamt *etwa fünftausend*) in Betracht zieht, und schließlich *hinsichtlich der Unterstützung* der „Prawda" durch die Arbeiter überhaupt und besonders durch die Arbeitergruppen.

Wir haben schon in der „Prawda" (siehe die Nummern 80 und 103 von 1912)* darauf hingewiesen, welch außerordentlich große Bedeutung die Angaben über die Unterstützung der „Prawda" durch die Geldspenden der Arbeitergruppen haben. Diese Bedeutung geht weit über den Rahmen der finanziellen Hilfe hinaus, obgleich die finanzielle Hilfe der Arbeiter für die Verbesserung der Zeitung stets äußerst wichtig und notwendig ist.

Aber die Beiträge der Arbeitergruppen sind nicht weniger wichtig, wenn nicht gar wichtiger, vom Standpunkt ihrer moralischen, erzieherischen, organisatorischen Bedeutung für alle klassenbewußten Arbeiter, für die gesamte Arbeiterklasse Rußlands.

Indem es den Arbeitern zur Gewohnheit wird, *ihre* Arbeiterzeitung nicht nur durch ein Abonnement, nicht nur durch Verbreitung, sondern auch durch regelrechte Beiträge *regelmäßig* zu unterstützen, schließen sie sich noch enger um die Zeitung *ihrer* Richtung zusammen, *organisieren sich* die Arbeiter zu einer ideologisch geschlossenen Einheit, prüfen die

* Siehe Werke, Bd. 18, S. 177–190 und 290–292. *Die Red.*

Arbeiter die Erfolge ihres Erwachens, wenn sie Berichte über die Beiträge dieser oder jener benachbarten oder bekannten Fabrik sehen. Man kann deshalb nicht eindringlich genug betonen, wie notwendig es ist, den Brauch *ständiger* (lieber kleiner, aber *ständiger*) Beiträge und Sammlungen von Arbeitergruppen für die Arbeiterzeitung nach Kräften zu erweitern und zu entwickeln.

Wie aus den veröffentlichten Berichten bekannt ist, wurden bis zum Erscheinen der „Prawda“ mehr als viertausend Rubel gesammelt, die von 500 Arbeitergruppen über die Zeitung „Swesda“ eingeschickt wurden. Seit dem Tag des Erscheinens unserer Zeitung bis zum 10. April sind allein nach den in der „Prawda“ veröffentlichten Berichten in diesem Zeitraum Spenden in Höhe von 3932,42 Rbl. eingegangen. Davon 79,9 Prozent von Proletariern verschiedener Kategorien, 20% von verschiedenen Gruppen der Intelligenz und $^1/_{10}$% von Bauern. Die Gesamtsumme verteilt sich auf folgende Bezirke: Petersburg – 66,3% (2605,81 Rbl.), davon entfallen nur 10% auf die Intelligenz; Moskau, Wladimir und Kostroma – 4,6%, davon nur im Bezirk Moskau gelegentlich Spenden der Intelligenz. (Hier *muß* erwähnt werden, daß der geringe Anteil dieser drei Bezirke an den Spenden für die „Prawda“, von anderen Ursachen abgesehen, sich daraus erklärt, daß dort Sammlungen für eine Moskauer Zeitung[354] durchgeführt wurden. Die allein über unsere Zeitung geschickten Gelder belaufen sich auf eine Summe von über zweitausend, wovon 70 Prozent auf diese drei Bezirke entfallen und 25% auf den Bezirk Petersburg. Die politische Reife der Petersburger Arbeiter hat sich auch hier gezeigt; sie haben sich aktiv auch an der Schaffung einer Moskauer Zeitung beteiligt); der Ural, Sibirien, das Baltikum und Polen – 10,3%; die Bezirke Charkow und Jekaterinoslaw – 4,4%; verschiedene (Finnland, Westeuropa usw.) – 14,5%.

Diese Zahlen zeigen überzeugend genug, wem die „Prawda“ gehört, von wessen Mitteln sie existiert hat und wie sehr die Zeitung mit den Arbeitermassen verbunden ist.

Die Erfolge der „Prawda“ im ersten Jahr ihres Bestehens sind in dieser Hinsicht *sehr* groß. Um den Leser nicht mit Zahlen zu ermüden, bringen wir Angaben über die Zahl der Sammlungen von Arbeitergruppen für die „Prawda“ nicht nach Monaten, sondern nach Quartalen (d. h. nach Zeiträumen von drei Monaten).

Jahre		Zahl der Sammlungen von Arbeitergruppen	
		Für die „Prawda“	Für die Moskauer Arbeiterzeitung
1912	1. Quartal	108	—
„	2. „	396	—
„	3. „	81	—
„	4. „	35	5
1913	1. „	309	129
1913	die ersten 10 Apriltage	93	43
	Insgesamt:	1022	177

Wir sehen also, daß die „Prawda“ im ersten Jahr ihres Bestehens von *mehr als tausend Arbeitergruppen* unterstützt wurde und den Grundstein für eine *Arbeiter*zeitung des *wichtigsten* Industriebezirks in Rußland gelegt hat, nämlich des zentralen Bezirks Moskau.

Selbstverständlich bedeutet die *finanzielle* Unterstützung der „Prawda“ durch tausend Arbeitergruppen eine *mannigfaltige* Unterstützung durch eine weit größere Zahl von Arbeitergruppen, sie bedeutet den Zusammenschluß und die Vereinigung von *vielen Zehntausenden* von Arbeitern um die „Prawda“. Zweifelsohne ist die Zahl der Gruppen, die finanzielle Beiträge entrichteten, sehr viel kleiner als die Zahl der Gruppen von Lesern und Freunden der „Prawda“, die sie durch ihre Briefe und Korrespondenzen unterstützten, die die Zeitung verbreiten halfen, die halfen, einen neuen Kreis von Arbeitern, eine neue Schicht von Werktätigen mit ihr bekannt zu machen usw. usf.

Die Arbeiterklasse hat eine ganze Avantgarde von „Vorkämpfern“ hervorgebracht, die eine *eigene*, marxistische, liberalen Schwankungen feindliche Arbeiterzeitung in der Hauptstadt auf die Beine gestellt und den Grundstein für eine *zweite* Arbeiterzeitung im Zentrum des industriellen Rußlands gelegt haben. Das, was die fortgeschrittenen klassenbewußten Arbeiter für die „Prawda“ und für die Moskauer Arbeiterzeitung getan haben, gestattet uns, den Gesamtumfang der von den Arbeitern geleisteten großen Arbeit zur Aufklärung und Organisierung ihrer Klasse richtig zu beurteilen. Denn die „Prawda“ und die Moskauer Zeitung sind, wenn auch ein wichtiger Teil, so doch eben nur ein *Teil* dieser großen Sache.

Durch einmütige gemeinsame Anstrengungen, durch unermüdliche beharrliche Arbeit werden die fortgeschrittenen Arbeiter jetzt, angespornt durch den Erfolg ihrer Arbeiterzeitung im ersten Jahr, das große Werk der Aufklärung und des Zusammenschlusses immer breiterer Massen des Proletariats um die Ideen des Marxismus fortsetzen!

„Prawda" Nr. 92, *Nach dem Text der „Prawda".*
23. April 1913.

DER KAMPF DER PARTEIEN IN CHINA

Dem chinesischen Volk ist es gelungen, die alte, mittelalterliche Ordnung und die Regierung, die diese Ordnung aufrechterhalten hat, zu stürzen. In China ist die Republik errichtet worden, und das *erste Parlament* des großen asiatischen Landes, das durch seine Unbeweglichkeit und Stagnation die Herzen der Schwarzhunderter aller Nationalitäten so lange erfreut hat – das erste chinesische Parlament ist gewählt, zusammengetreten und hat bereits vor einigen Wochen zu tagen begonnen.

Von den zwei Kammern des chinesischen Parlaments hatten im Unterhaus die Anhänger Sun Yat-sens, die Partei Guomindang (oder Kuomintang), die „Nationalisten", eine kleine Mehrheit; um das Wesen dieser Partei, verglichen mit den russischen Verhältnissen, zu zeigen, muß man sie als radikal-volkstümlerische republikanische Partei bezeichnen, als Partei der Demokratie. Im Oberhaus hat sie eine bedeutendere Mehrheit.

Dieser Partei stehen kleinere gemäßigte oder konservative Parteien mit allen möglichen Bezeichnungen wie „Radikale" u. ä. gegenüber. *Alle* diese Parteien sind in Wirklichkeit Parteien von *Reaktionären*, und zwar von Bürokraten, Gutsbesitzern und der reaktionären Bourgeoisie. Sie alle tendieren zu dem chinesischen Kadetten Yüan Schi-kai, dem provisorischen Präsidenten der Republik, der immer mehr den Diktator hervorkehrt. Und wie es sich für einen Kadetten geziemt, war er gestern Monarchist, ist heute, da die revolutionäre Demokratie gesiegt hat, Republikaner, und schickt sich an, morgen Oberhaupt eines wieder monarchistischen Staates zu werden, d. h. die Republik zu verraten.

Die Partei Sun Yat-sens stützt sich auf den *Süden* Chinas, der in bezug auf Industrie und Handel am weitesten entwickelt ist, der am stärksten beeinflußt von Europa, der am fortgeschrittensten ist.

Die Parteien Yüan Schi-kais stützen sich auf den rückständigen *Norden* Chinas.

Die ersten Zusammenstöße endeten vorläufig mit einem Sieg Yüan Schi-kais: Er hat alle „gemäßigten" (d. h. reaktionären) Parteien vereinigt, einen Teil der „Nationalisten" abgespalten, *seinen* Kandidaten zum Vorsitzenden des Unterhauses des Parlaments gemacht und *gegen* den Willen des Parlaments eine *Anleihe* bei „Europa", d. h. bei den europäischen Gaunermilliardären aufgenommen. Die Anleihe wurde zu schweren, geradezu wucherischen Bedingungen gegen Zusicherung der Gewinne aus dem Salzmonopol abgeschlossen. Die Anleihe zwingt China in die Knechtschaft der räuberischen und reaktionärsten Bourgeoisie Europas, die bereit ist, die Freiheit eines jeden Volkes zu ersticken, wenn es um den Profit geht. Und die Anleihe von etwa 250 Millionen Rubel bringt den europäischen Kapitalisten kolossale Profite.

So kommt es zu einer Allianz der europäischen Bourgeoisie mit den reaktionären Klassen und Schichten Chinas, einer Allianz der reaktionären Furcht vor dem europäischen Proletariat.

Der Kampf gegen diese Allianz ist für die Partei Sun Yat-sens keineswegs leicht.

Worin besteht die Schwäche dieser Partei? Darin, daß sie es noch *ungenügend* verstanden hat, die *breiten Massen* des chinesischen Volkes in die Revolution einzubeziehen. Das Proletariat ist in China noch sehr schwach, deshalb gibt es keine fortgeschrittene Klasse, die fähig wäre, entschieden und bewußt für die Vollendung der demokratischen Revolution zu kämpfen. Die Bauernschaft, die keinen Führer in Gestalt des Proletariats besitzt, ist furchtbar unterdrückt, passiv, unwissend und gleichgültig gegenüber der Politik. Trotz des revolutionären Sturzes der alten, durch und durch morschen Monarchie, trotz des Sieges der Republik gibt es in China *kein* allgemeines Wahlrecht! Die Parlamentswahlen waren Zensuswahlen, es wählte nur, wer über ein Eigentum im Wert von etwa 500 Rubel verfügt! Auch daraus ist ersichtlich, wie *wenig* wirklich breite Volksmassen in die aktive Unterstützung der Chinesischen Republik einbezogen sind. Ohne eine solche Unterstützung der *Massen*

aber, ohne eine organisierte und standhafte fortgeschrittene Klasse ***kann*** die Republik ***nicht*** von festem Bestand sein.

Und doch hat die revolutionäre Demokratie in China, trotz der großen Mängel ihres Führers Sun Yat-sen (Träumereien und Unentschlossenheit, die daher rühren, daß ihm ein proletarischer Rückhalt fehlt), sehr viel getan, um das Volk wachzurütteln, um Freiheit und konsequent demokratische Einrichtungen zu erkämpfen. Durch die Einbeziehung immer breiterer Massen der chinesischen Bauernschaft in die Bewegung und in die Politik (und in demselben Maße, in dem diese Einbeziehung vor sich geht) wird die Partei Sun Yat-sens zu einem großen Faktor des Fortschritts in Asien und des Fortschritts der Menschheit. Die Arbeit dieser Partei wird niemals umsonst gewesen sein, welche Niederlagen ihr auch politische Hochstapler, Abenteurer und Diktatoren, gestützt auf die reaktionären Kräfte des Landes, zufügen mögen.

Geschrieben am 28. April
(11. Mai) 1913.
Veröffentlicht am 3. Mai 1913
in der „Prawda" Nr. 100.

Nach dem Text der „Prawda".

AUS ANLASS EINES LEITARTIKELS IM „LUTSCH" NR. 189

. . .* Die Phrase vom Kampf „mit allen angängigen Mitteln" verpflichtet niemanden zu irgend etwas. Das ist sonnenklar. Im Gegenteil, diese Phrase ist gerade mit Absicht gewählt, um das Lavieren der Liberalen zu rechtfertigen. Was sind denn „angängige" Mittel? Ist denn der Leitartikler des „Lutsch" wirklich so kindlich naiv, solch ein politischer Einfaltspinsel, um nicht zu wissen, daß für den russischen Liberalismus *unverschämte* Mittel „angängig" sind?? Er weiß es, aber er schweigt, und er beschönigt so den Liberalismus.

* Der Anfang des Artikels wurde nicht aufgefunden. *Die Red.*

Ein liberaler Millionär, der Fabrikant Konowalow, der durch groben Betrug an der Demokratie (ein recht unverschämtes Mittel!) in die Duma gelangt ist, erhielt die Erlaubnis zur Gründung der Gesellschaft „Russkaja Molwa" mit einem Kapital *von einer halben Million Rubel* und mit dem Ziel, die Kadetten in der „progressistischen" Zeitung „Russkaja Molwa"[355] mit den Oktobristen zu vereinigen.

Das ist eine Tatsache. Dem „Lutsch" ist sie bekannt. Und der „Lutsch" unterschreibt gedankenlos zusammen mit diesen Konowalows und ihren gedungenen Literaten die Resolution über den „Kampf mit allen angängigen Mitteln". Ich möchte einen beliebigen Arbeiter oder einen beliebigen des Schreibens und Lesens kundigen Bauern fragen: Ist es nicht klar, daß diese Resolution das *Volk* mit Hilfe der absichtlich unklaren Worte von der „Angängigkeit" *betrügt*, da die Konowalow *bekanntermaßen* nur die Mittel für „angängig" halten, die die Herren Purischkewitsch und Co. nicht ernstlich zu beunruhigen vermögen?

Das ist klar. Die gesamte Tätigkeit der Herren Konowalow – und natürlich nicht nur der Konowalow, sondern aller Liberalen – hat hinreichend bewiesen, daß sie als *angängige* Mittel nur die Mittel betrachten, die die Grundlagen des Wohlstands und die Grundlagen der Privilegien der Herren Purischkewitsch und Co. *nicht untergraben*.

Man mußte zu der Beratung gehen, um zum tausendsten Mal (und wir werden nicht müde werden, dies zu tun) den Betrug aufzudecken und den naiven oder unwissenden oder bornierten Demokraten klarzumachen, worin der „Witz" (oder, wenn Sie die unverblümte Wahrheit wollen, worin die *Schmutzigkeit* und worin die *Verlogenheit*) des Wortes „angängig" besteht.

Das ist das abscheulichste, schändlichste, niederträchtigste Wort im russischen politischen Sprachschatz. Vom grammatikalischen Standpunkt aus ist es lächerlich zu sagen: „Ich erkenne nur angängige Mittel an", denn wer weiß wohl nicht, daß das *nicht Angängige* nicht angängig ist? Aber das ist es ja gerade, daß es sich hier nicht um eine grammatikalische Frage handelt, sondern um eine politische. Die Arbeiter halten *nicht* dasselbe für angängig wie die Konowalow, die Miljukow und Co.

Ich nehme ein negatives Beispiel. Die Arbeiter halten ein solches „Mittel" für *nicht* angängig, daß man heute die Rede Rodsjankos als eine „konstitutionelle" Rede bezeichnet und morgen die Oktobristen (die sich

selbst und den Purischkewitsch seit dem 17. Oktober oder sogar seit einem noch früheren Zeitpunkt treu geblieben sind) wegen ihrer Niedertracht beschimpft.

Die Arbeiter, das weiß ich genau, halten ein solches Mittel und eine solche Methode für eine „nicht angängige" Unverschämtheit. Die Konowalow und die Miljukow halten das für eine „angängige" „konstitutionelle Taktik".

Ich nehme jetzt ein positives Beispiel ... Übrigens ... der Artikel 129 ... Nein, wissen Sie, meine Herren, gestatten Sie mir, in diesem Artikel, in dieser Zeitung bzw. Zeitschrift *kein* positives Beispiel zu wählen! Aber dafür hätte ich, wäre ich auf der Beratung gewesen, und hätten die Konowalow und die Miljukow auf der Beratung versprochen, nicht zu denunzieren, ein lebendiges, gutes, vortreffliches, sehr überzeugendes, sowohl historisches als auch statistisches positives Beispiel angeführt! ... Es ist, weiß Gott, verlockend, davon zu erzählen, was einerseits die Arbeiter und anderseits die Konowalow und die Miljukow sowohl auf dem Gebiet der Aktionen im allgemeinen als auch auf dem Gebiet des *Geldbeutels* im besonderen für angängig halten ... Aber ich halte mich zurück ...

Zu der Beratung mußte man gehen. Dort *konnte* es mehr Redefreiheit geben als „irgendwo anders". Dort mußte man der Demokratie vorschlagen, sich zur Schädlichkeit des Reformismus zu äußern – das wäre vom Standpunkt der aufgeworfenen Frage angebracht gewesen. Es hätte *zwei* Resolutionen gegeben: eine demokratische und eine liberale, eine für die Liberalen „nicht angängige" (aber für die Arbeiter und für die bewußten Kleinbürger, wenigstens für einen Teil von ihnen, angängige) und eine für die Konowalow „angängige". Die Öffentlichkeit hätte beide Resolutionen gelesen oder von beiden Resolutionen gehört und hätte über sie *nachgedacht*. Sie wäre in die Sache eingedrungen. Die Hirne wären in Bewegung gekommen. Die Menschen hätten angefangen zu vergleichen und gegenüberzustellen.

Und nach einer gewissen Zeit hätte sich sicherlich von dem durch liberale Worte und leere Phrasen verblendeten Teil der Demokratie jene Demokratie zu *trennen* begonnen, die die liberale Unverschämtheit für „nicht angängig" und etwas anderes für angängig hält. Das wäre *ebenfalls* eine „gemeinsame Aktion" gewesen, nur nicht im Sinne gemeinsamer

Gespräche mit den Liberalen über die Grenzen des für den Liberalismus „Angängigen".

Ja, ja, der „Lutsch" wird von widerlichen Liberalen geleitet, aber noch einige solcher nützlichen Leitartikel wie in Nr. 189, und die Arbeiter durchschauen endgültig diese „üblen Seelenhirten". Macht nur so weiter, ihr Herren vom „Lutsch", viel Glück auf den Weg!

Geschrieben im Mai 1913, nicht vor dem 10. (23.).
Unterschrift: Ein Außenstehender.
Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 23.

Nach dem Manuskript.

DIE GUTSBESITZER ÜBER DIE LANDWIRTSCHAFTLICHEN WANDERARBEITER

Die Zeitung der erzreaktionären Gutsbesitzer „Nowoje Wremja" bringt interessante Dispute der Gutsbesitzer in Polen und überhaupt in den Grenzgebieten Rußlands über die Abwanderung von Landarbeitern nach Deutschland und anderen europäischen Ländern auf der Suche nach Verdienstmöglichkeiten.

Diese Abwanderung nimmt schnell zu. 1901 wurde errechnet, daß jährlich 218 000 Personen abwandern. 1911 wurde eine Abwanderung von 740 000 Personen festgestellt, d. h. mehr als das Dreifache gegenüber 1901. 1912 betrug die Abwanderung wahrscheinlich etwa 800 000.

Dabei muß bemerkt werden, daß außer polnischen Bauern und Arbeitern auch russische Arbeiter aus dem Zentrum Rußlands nach Deutschland abzuwandern beginnen. „Jetzt ist es keine Seltenheit, an der Grenze und im Ausland Tulaern, Orjolern und Rjasanern zu begegnen." Die Ausgabe von *kostenlosen,* zehn Monate gültigen Auslandspässen für Arbeiter, die in die Landwirtschaft gehen, verstärkt diese Bewegung.

Wodurch wird sie hervorgerufen? Dadurch, daß die russischen Bauern immer mehr verarmen, daß es in Rußland immer weniger Verdienstmöglichkeiten gibt infolge der allgemeinen Stagnation des Wirtschaftslebens, das durch die Fronherren und durch die Rechtlosigkeit gehemmt

ist. Der Lohn wird in Rußland auf einem fronwirtschaftlich niedrigen Niveau gehalten.

Der jährliche Durchschnittslohn eines Landarbeiters wird in Rußland auf 62 Rubel geschätzt; wenn man 46 Rubel jährlich als Wert der Lebensmittel hinzuzählt, erhalten wir einen Gesamtverdienst von 108 Rubel jährlich. In Deutschland aber beträgt der Durchschnittslohn 180 *Rubel* jährlich, d. h. etwas weniger als *das Doppelte!!* (In England beträgt der Lohn eines Landarbeiters, nebenbei bemerkt, 300 Rubel und in Amerika 500 Rubel jährlich.)

Es ist natürlich, daß aus dem rechtlosen, hungernden und bettelarmen Rußland *Hunderttausende* Arbeiter weglaufen, Verdienstmöglichkeiten in Deutschland suchen und auch noch weiter ziehen – nach Dänemark, in die Schweiz, nach Frankreich. Die Arbeiter lernen dort eine höhere Kultur kennen, eine sehr viel bessere Bodenbearbeitung, unvergleichlich höhere Ernteerträge und vor allem politische Freiheit, Freiheit der Arbeiterpresse und der Arbeiterorganisationen.

Und nun streiten sich die Herren Gutsbesitzer: die einen meinen, daß es für den Besitzer von Nutzen sei, wenn unsere Arbeiter in Massen die besten landwirtschaftlichen Methoden kennenlernen. Die anderen Gutsbesitzer dagegen empören sich darüber, daß die Abwanderung der Arbeiter in den betroffenen Gebieten den Arbeitslohn in die Höhe treibt.

In Rußland überhaupt und in der russischen Gesetzgebung im besonderen herrscht die Meinung dieser *letzteren* Gutsbesitzer vor, die die Bauern „seßhaft" sehen möchten (d. h. an die Scholle gefesselt), untertänig (damit sie nirgendwo hin können), eingeschüchtert, verwildert (damit sie nicht sehen, wie man besser leben kann und wie die Arbeiter in anderen Ländern besser leben).

Zum Glück sind diese fronherrlichen Gutsbesitzer, wie sie das Leben in Rußland auch zerstören, wie sie es verkrüppeln mögen, schon zu schwach, um den Weltkapitalismus aufzuhalten, der auch den russischen Bauern aus seiner Weltabgeschiedenheit herausreißt.

Geschrieben am 10. (23.) Mai 1913.
Veröffentlicht am 18. Mai 1913
in der „Prawda" Nr. 113.
Unterschrift: D.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE ARBEITERPARTEI UND DIE LIBERALEN KUNSTREITER

(Über Potressow)

. . .* Herr Potressow zitiert (richtiger: entstellt) den 1905 im August erschienenen Artikel G. W. Plechanows. Damals bestand eine vollständige, formelle Spaltung zwischen den Bolschewiki, die sich auf dem III. Parteitag der sozialdemokratischen Partei (London, Mai 1905) zusammengeschlossen hatten, und den Menschewiki („Konferenz" in Genf zur selben Zeit[356]). Gesonderte Presseorgane der Bolschewiki und der Menschewiki existierten sowohl 1905 als auch im Frühjahr 1906.

All das sind allgemein bekannte historische Tatsachen, der Kunstreiter Herr Potressow aber spekuliert darauf, daß sie in Vergessenheit geraten sind.

Er muß sie *verschweigen,* denn sie entlarven die Unverschämtheit des Kunstreiters!

In keiner der damaligen *zwei* sozialdemokratischen Parteien (und Plechanow stand damals außerhalb beider Parteien) *existiert auch nur ein einziger Partei*beschluß, daß der Artikel G. W. Plechanows nicht im Sinne der Partei, daß er liquidatorisch sei, daß er die Partei zerstöre oder negiere!

Damit ist alles gesagt, Sie liberaler Kunstreiter, der Sie Ausflüchte machen und sich verstecken.

Das Liquidatorentum ist eine *Strömung,* die sowohl im Dezember 1908 als auch im Januar 1910 durch formelle *Partei*beschlüsse (von allen Strömungen *einstimmig*) verurteilt worden ist.

Aus Plechanows Artikel hat *keine einzige* Konferenz (oder sonstige Institution) der Partei *irgendwann* Liquidatorentum „herausgelesen". *Damit ist alles gesagt!* Herr A. N. Potressow klammert sich an einen alten Artikel, führt eine Menge Zitate an, um die Tatsache zu *vertuschen,* daß die *gesamte Partei* ihn, Potressow, seine liquidatorische *Richtung* verurteilt hat.

---

* Die erste Seite des Manuskripts wurde nicht aufgefunden. *Die Red.*

Die Kunstreiter aus der liberalen Intelligenz vom Schlage des Herrn Potressow sind voll hochmütiger Verachtung gegenüber den Beschlüssen der *Arbeiterpartei*. Sie, diese Kunstreiter, kümmern doch die *Partei*beschlüsse nicht!

Und die Arbeiterpartei kümmert der liberale „Lutsch" und der Liberale Herr Potressow nicht, der aus alten Plechanowschen Artikeln Liquidatorentum „herausliest", wie Herr W. Tschernow bei Liebknecht Volkstümlerei „herausgelesen" hat.

Erbärmlich und lächerlich ist Herr Potressow in seinen Bemühungen, die Verurteilung des Liquidatorentums durch die Partei hinwegzuschwatzen!

Herr Potressow und der „Lutsch" führen den Leser mit ihrem Geschwätz über ein *Gericht* gegen Plechanow an der Nase herum. Sie wissen, daß jedermann sie *anklagen* und ihre Bemühungen, Plechanow anzuklagen, verspotten wird.

Geschrieben am 27. Mai
(9. Juni) 1913.
Zum erstenmal vollständig veröffentlicht
1961 in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 23.

Nach dem Manuskript.

DIE KAPITALISTEN UND DIE AUFRÜSTUNG

Die englische Arbeiterpresse fährt fort in ihrer interessanten und lehrreichen Kampagne, mit der sie enthüllt, wie die Syndikate der international vereinigten Kapitalisten die Völker in den Krieg treiben.

Nehmen wir einmal den *Dynamittrust* (bzw. das Syndikat) Nobels. Sein Kapital beträgt 30 Millionen Rubel. Der Reingewinn im letzten Jahr 3 300 000 Rubel. Elf Prozent Reingewinn, gar nicht übel, nicht wahr?

Und in ihrem Jahresbericht erklären die vornehmen Händler mit Menschenvernichtungsmitteln ihre Erfolge bescheiden mit dem kurzen Satz: „Nach Kriegsmaterial bestand in diesem Jahr eine verstärkte Nachfrage."

Und ob! Die kapitalistische Presse und die den Kapitalisten dienenden

Politiker reden dauernd vom Krieg, fordern neue Rüstungen – das ist ja so vorteilhaft für die Industriellen, die Kriegsmaterial fabrizieren!

Aber wer sind denn diese Industriellen?

Es sind die vereinigten Kapitalisten *aller* Nationen, Brüder von Ministern, Parlamentsmitglieder und so weiter!

Unter den Aktionären des „Dynamit"trusts (der Teilhaber, wenn nicht gar Besitzer von *vier* Dynamitfabriken in Deutschland ist) finden wir die Namen:

Deutsche Armee: General von Mühlburg, Major Baron von Fritsch usw.;

Britische Armee: General G. Donald, Oberst Neil Findlay usw. usf.;

Französische Armee: Oberst François Laffargue;

Lord Glenconner, Bruder von Lady Asquith, der Frau des *englischen Premierministers*, Sir North, Minister, Harold Tennant, Mitglied des Parlaments, die „Deutsche Bank", die „Hannoversche Bank" *und so weiter.*

Die Führer der *nationalen* Parteien in den verschiedenen Parlamenten, die viel von der „Macht des Staates" und von „Patriotismus" reden (siehe die Formeln der Kadetten, Progressisten, Oktobristen in der IV. Duma!)[357], setzen diesen Patriotismus in die Tat um, indem sie Frankreich gegen Deutschland, Deutschland gegen England usw. aufrüsten. Sie alle sind so flammende Patrioten. Sie alle machen sich solche Sorgen, sorgen sich so um die „Macht des Staates" – ihres eigenen, versteht sich – gegen den Feind.

Und sie sitzen, zusammen mit diesen „Feinden", in den Verwaltungen und Aktionärsversammlungen des Dynamittrusts und anderer Trusts (Syndikate), erzielen Millionen Rubel Reingewinn und treiben – jeder „sein" Volk – in den Krieg gegen andere Völker.

„Prawda" Nr. 133,
12. Juni 1913.

Nach dem Text der „Prawda".

BILLIGES FLEISCH – FÜRS „VOLK"

Was für eine aktuelle Neuigkeit! Was für ein dringendes Bedürfnis der Arbeiter wird nun befriedigt! Billiges Fleisch fürs Volk – wo? was? wie?

In Moskau wurde bei den städtischen Schlachthöfen eine „Freibank“ eröffnet, d. h. ein Laden zum Verkauf von billigem, unschädlich gemachtem, bedingt tauglichem Fleisch. So meldete das „Russkoje Slowo“.

Billiges Fleisch, das ist gut. Aber was bedeutet das: „unschädlich gemachtes“, „*bedingt* taugliches“ (folglich kann man mit dem gleichen Recht sagen: *bedingt untaugliches!*) Fleisch? Es bedeutet folgendes:

Wenn das Vieh zum Verkauf gelangt, wird es einer tierärztlichen Untersuchung unterzogen. Krankes Vieh wird beanstandet. Es wird nicht zur Schlachtung freigegeben, denn seine Verwendung als Nahrungsmittel droht die Menschen mit verschiedenen Krankheiten zu infizieren. Besonders häufig wird tuberkulöses (schwindsüchtiges) und „finniges“ (Blasenwürmer) Vieh beanstandet.

Aus der Gesamtzahl von etwa 450 000 Stück Vieh, das durch die Moskauer Schlachthöfe geht, werden etwa 30 000 Stück als *verdächtig* beanstandet.

Und nun wird dieses verdächtige, finnige und tuberkulöse Vieh unschädlich gemacht, indem man es etwa drei Stunden lang in einem besonderen Raum, unter Aufsicht eines Tierarztes, kochen läßt. Die Würmer und die Tuberkelbazillen werden durch dieses Kochen abgetötet.

Nun, wahrscheinlich werden alle oder fast alle völlig oder fast völlig abgetötet! So erhält man ein unschädlich gemachtes, ausgekochtes und billiges Fleisch.

„Sterben wird man davon natürlich nicht“, sagt man, wie das „Russkoje Slowo“ berichtet, im Volk, „aber die Schwindsucht kann man immerhin bekommen, oder Bauchschmerzen, weil das Vieh ja bekanntlich krank ist.“

Vor Käufern kann man sich kaum retten. Die Arbeiter kommen sogar aus Moskau. Die Menschen stehen lange Schlange. Morgens stehen meistens Frauen an, Hausfrauen, tagsüber Arbeiter, hauptsächlich Bauarbeiter.

Ausgekochtes, unschädlich gemachtes Fleisch, von dem man nicht stirbt, aber Bauchschmerzen bekommt – das ist gerade das richtige fürs Volk. Vollwertiges Fleisch ist für das Volk unerschwinglich.

Es heißt, je gründlicher die tierärztliche Untersuchung ist, desto mehr Fleisch wird beanstandet. „So“, folgert das „Russkoje Slowo“, „ist die Bevölkerung von zwei Seiten an einer gründlichen Untersuchung inter-

essiert: die Mittelklassen daran, daß von den Schlachthöfen gesundes Fleisch zum Verkauf gelangt; die Armen, daß mehr Vieh beanstandet und die Freibank mit genügend Fleisch versorgt wird."

Da sieht man, in was für einer kultivierten und menschenfreundlichen Zeit wir leben: man hat gelernt, die Bevölkerung „von zwei Seiten zu interessieren". Und welche „Freiheit" für billiges Fleisch: bedeutet doch das Wort „Freibank" im Deutschen soviel wie „freier Laden".

Kultur, Freiheit, billige Nahrungsmittel, Belebung des Handels – alles fürs Volk! Wenn Sie eine Bekanntmachung sehen: „Verein für Volkswohnungen" – so sollen Sie wissen, daß der Keller oder Boden billig sein und unter ärztlicher Aufsicht stehen wird: sterben wird man natürlich nicht davon, aber man kann die Schwindsucht bekommen.

Wenn Sie einen Aushang sehen: „Volksspeisehalle" – treten Sie nur mutig ein. Es wird billiges ausgekochtes Fleisch geben, das unter Aufsicht durch den Schlachthof gegangen ist und das ohne Aufsicht nicht durch den Schlachthof gegangen ist.

Wenn Sie die Aufschrift sehen: „Volksbibliothek" – so können Sie frohlocken. Es wird eine billige, manchmal auch kostenlose Broschüre geben, herausgegeben vom Bund des russischen Volkes oder vom allrussischen Klub der Nationalisten, unter ärztlicher Aufsicht der geistlichen Zensur.

Es heißt, bald werde eine „Freibank" eröffnet – für „Volks"brot ... aus Gras, das unschädlich gemacht, ausgekocht, unter tierärztlicher, wollte sagen, unter ärztlicher Aufsicht zubereitet ist.

Kultur, Freiheit, billige Nahrungsmittel, Belebung des Handels – alles fürs Volk! Und die Bevölkerung wird sich immer mehr von zwei Seiten interessiert zeigen: die Reichen daran, daß ihr Fleisch gesund ist, und die Armen, daß die „Freibank" mit bedingt tauglichem Fleisch versorgt wird.

Geschrieben am 8. (21.) Juni 1913.
Veröffentlicht am 16. Juni 1913 in der „Prawda" Nr. 137.
Unterschrift: W.

Nach dem Text der „Prawda".

ENTWURF EINER VEREINBARUNG DES ZK DER SDAPR MIT DER GRUPPE „PRIBOI" ÜBER IHRE ANERKENNUNG ALS VERLAG DES ZK DER SDAPR[358]

Einleitung X)) Verdienste und wichtige Rolle

I In Anbetracht der Entwicklung der Angelegenheit und der Notwendigkeit einer offiziellen Anerkennung ihn nach folgenden Prinzipien richtig *als Verlag des ZK* aufbauen:

a) die Gruppe leitet den administrativ-organisatorischen Teil autonom;

b) alle Bücher und Materialien, die nicht eilig sind, werden vorher dem ZK zur Durchsicht geschickt, ist aber Eile geboten, werden sie ohne derartige Zusendung veröffentlicht, wobei der Vertreter des ZK jedoch Vetorecht hat.

Im Falle von Differenzen und der Unmöglichkeit einer Einigung wird die Frage dem Gesamtkollegium des ZK zur endgültigen Entscheidung vorgelegt.

Das gleiche Gesamtkollegium entscheidet über die Veröffentlichung von Broschüren, wenn es zwischen dem Vertreter des ZK und dem Kollegium des „Priboi" über Broschüren, die durch den Vertreter des ZK eingereicht werden, zu Differenzen kommt.

c) Für die Verwaltung der Finanzen seines Verlages ernennt das ZK den Genossen X.

7. August 1913

Zum erstenmal veröffentlicht 1962 in der Zeitschrift „Istoritscheski Archiw" Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

DIE OKTOBRISTEN UND DIE ARBEITERBEWEGUNG

Die gegenwärtige politische Situation in Rußland ist von besonderem Interesse. Die Verhandlungen zwischen Kadetten, Progressisten und Oktobristen über eine gemeinsame „oppositionelle" Taktik in der Duma einerseits, die Arbeiterbewegung anderseits zeugen nicht nur von einer „Belebung", sondern von etwas Größerem.

Eines der äußerst lehrreichen Dokumente unserer interessanten Zeit ist der Aufruf des Zentralkomitees des „Verbands vom 17. Oktober" an die Mitglieder der Partei, der diese (wie die „Retsch" berichtet) auffordert, „die Apathie abzustreifen und sich energisch an die Arbeit zu machen".

Nach Meinung des oktobristischen ZK „müssen sich jetzt, da die revolutionären Kräfte erneut in Bewegung kommen, was unter anderem die Streiks beweisen, alle wohlgesinnten Bürger, die aufrichtig eine progressive Entwicklung des Staates wünschen, dem ‚Verband vom 17. Oktober' anschließen und damit seine Mitgliederzahl verstärken und seine Autorität erhöhen".

Die Arbeit der Oktobristen, meint ihr ZK, muß „den Einfluß jener verderblichen Elemente paralysieren, die erneut marktschreierisch und aufdringlich ihre Stimme erheben und zu einer neuen Umwälzung in der politischen und sozialen Ordnung Rußlands aufrufen. Das Zentralkomitee erinnert an die Opfer, die Staat und Gesellschaft werden bringen müssen, wenn die wohlgesinnten Menschen jetzt die Hände in den Schoß legen und sich von der gesellschaftlichen Tätigkeit fernhalten. Das Zentralkomitee glaubt daran, daß die Millionen russischer wohlwollender Bürger es der Handvoll Revolutionäre nicht gestatten werden, Rußland ins Verderben zu stürzen."

So gibt die „Retsch" (Nr. 275) den Inhalt des interessanten Aufrufs des ZK der Oktobristen wieder, ohne darin offenbar irgendeine Abweichung von der üblichen oktobristischen Politik zu erblicken.

Betrachten wir den Aufruf des oktobristischen ZK als ein Dokument, das die Geschichte unserer Zeit charakterisiert. Die Oktobristen werden aufgefordert, „die Apathie abzustreifen". Also herrschte bislang Apathie? Als die Kräfte der Reaktion triumphierten, waren die Oktobristen

apathisch. Als *es den Anschein hatte,* daß die Kräfte der Reaktion stark genug seien ... für die „Ordnung", waren die Oktobristen zufrieden und hielten es nicht für nötig, „sich an die Arbeit zu machen". Als sich herausstellte, daß die Kräfte der Reaktion nicht stark genug sind (die den reaktionären Kräften entgegengesetzten Kräfte „kommen erneut in Bewegung"), da ... da machen sich die Oktobristen energisch an die Arbeit, *um die Reaktion zu unterstützen.*

In der Tat, ist das etwa keine Unterstützung der Reaktion, wenn sich eine einflußreiche Dumafraktion anschickt, gegen „das Geschrei und die Aufdringlichkeit" der Linken, gegen ihr Bestreben, „Rußland ins Verderben zu stürzen", loszudonnern? Man denke nur: eine „Handvoll" und droht plötzlich „Rußland ins Verderben zu stürzen"! Die Linken, deren Zeitungen (mindestens ein Dutzend für ganz Rußland) fast täglich beschlagnahmt werden, zeichnen sich, man höre, durch „Geschrei und Aufdringlichkeit" aus! Das ist doch eine wörtliche Wiederholung eben jener fürwahr marktschreierischen und aufdringlichen Phrasen, die man täglich in der erzreaktionären Regierungspresse lesen kann.

Wir sehen hier anschaulich, worauf sich die Propagierung der „progressiven" Ideen „im Geiste des Manifests vom 17. Oktober" in Wirklichkeit reduziert hat. Sobald die erstarkende Arbeiterbewegung eine allgemeine Belebung in das gesellschaftliche Leben brachte, begannen unsere „progressistischen" Bourgeois die Zähne zu zeigen, aber *nicht* der Reaktion, sondern eben dieser Arbeiterbewegung.

Rußland erlebt zum zweiten Mal, nur in größerem Ausmaß, auf breiterem Gebiet, jenes Kräfteverhältnis, das vor etwa acht, neun Jahren zu beobachten war. Oktobristen, Progressisten und Kadetten existierten damals in einer nichtdifferenzierten, in sich geschlossenen Form als einheitliche, angeblich „progressive Gesellschaft". Jetzt, so schien es, haben wir *drei* entwickelte, durch die Erfahrungen der drei Dumas und der an Ereignissen reichen Jahre 1906–1912 erprobte und geprüfte politische Parteien der Bourgeoisie: Oktobristen, Progressisten und Kadetten. Die Arbeitsteilung zwischen ihnen ist *ideal:* Die Oktobristen erklären den Linken offen den Krieg, und zwar in kategorischer Schwarzhundertermanier, die Progressisten haben gestern mit den Oktobristen *paktiert* und tun heute dasselbe, wobei sie versprechen, sich auf lange Zeit dieser ehrenvollen Beschäftigung zu widmen. Und die Kadetten „paktieren"

ebenfalls auf lange Zeit mit den Freunden der Oktobristen, den Progressisten, wobei sie das Volk ihres, man verzeihe den Ausdruck, Demokratismus versichern.

Wenn die Arbeiterbewegung vor acht Jahren über die offenen und versteckten Verrätereien und Schwankungen der Oktobristen und Kadetten hinweggegangen ist, dann haben wir allen Grund zu der Annahme, daß die Arbeiter seitdem *nicht* dümmer geworden sind.

„Sa Prawdu" Nr. 10,
15. Oktober 1913.
Unterschrift: K - p o w.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

ÜBER EIN „JUBILÄUM DER RUSSISCHEN INTELLIGENZ"

Das fünfzigjährige Jubiläum einer Moskauer liberalen Zeitung löste bei den russischen Liberalen aller Schattierungen eine Flut von Lobreden aus. Das ist natürlich, gesetzmäßig, folgerichtig. Den Liberalen steht es zu, das Jubiläum einer liberalen Zeitung zu feiern. Die „Russkije Wedomosti"[359] waren nicht schlechter als andere liberale Zeitungen, und in mancher Hinsicht (zum Beispiel was die Fülle des *wissenschaftlichen* Materials anbelangt) standen sie unbedingt über dem liberalen Durchschnittsniveau.

Wenn jedoch die Phrasenhelden des Liberalismus, die Herren Kowalewski, Miljukow, Manuilow, Bunin usw., die „Russkije Wedomosti" *im Namen der Demokratie* und von angeblich demokratischem Standpunkt aus loben, so muß diese himmelschreiende Lüge zurückgewiesen werden.

Meine angesehenen und berühmten Herren Liberalen! Sie alle beteuern und schwören, daß Sie für die politische Freiheit seien. Aber Sie wollen eine einfache Sache nicht begreifen, nämlich, daß eine solche liberale Gesellschaft, die den konterrevolutionären Aktionen der Liberalen in Rußland nicht entgegentritt, die politische Freiheit nicht verdient hat und sie niemals erlangen kann.

Sie feiern das fünfzigjährige Jubiläum der „Russkije Wedomosti“? Ausgezeichnet. Dann verschweigen Sie nicht die *Wahrheit*. Vergessen Sie nicht, daß die „Russkije Wedomosti“ eine der ersten liberalen Zeitungen waren, die der ersten ernsthaften und tiefgreifenden Massenbewegung in Rußland, deren Ziel die Erlangung der politischen Freiheit war, ein Bein stellte.

Das war *im Sommer* des Jahres 1905. Der Stern der liberalen Wissenschaft und der liberalen Publizistik, Herr Professor Winogradow, Historiker, veröffentlichte damals in den „Russkije Wedomosti“ einen bedeutsamen, unvergessenen, unvergeßlichen, „historischen“ Artikel. Sein Grundgedanke war folgender: Es wäre gut, wenn die Bewegung bei uns nicht über die deutsche von 1848/1849 hinausginge, sonst muß der preußische Korporal bei uns Ordnung schaffen.

Solche Sachen haben also die „Russkije Wedomosti“, das Organ der Liberalen, im Sommer 1905 gedruckt!!

Möge also jeder Bürger Rußlands, der als Demokrat gelten möchte, über diese historische Tatsache nachdenken. Die Geschichte hat die Schwäche, die ungenügende Kraft der *Herbst*bewegung des Jahres 1905 bewiesen, und zwar unwiderruflich bewiesen, aber der bekannte Liberale fand die Bewegung *im Sommer* 1905 zu stark und stellte ihr Hindernisse in den Weg.

Die Tatsache liegt auf der Hand. Die Tatsache ist unbestreitbar. Dieser Liberale und alle seine Gesinnungsgenossen, alle seine – man verzeihe den Ausdruck – Politiker aus den Kreisen der Liberalen sind moralisch und politisch *schuld* an den Judenpogromen im Herbst 1905. Denn ihre Kraft, ihre Unverschämtheit haben die Pogromhelden unter anderem eben aus jener „winogradowschen“ Haltung der liberalen Gesellschaft geschöpft.

Die „winogradowschen“ Liberalen haben die Regierung, die sie *voll und ganz* verdienen. Der „winogradowsche“ Liberale, der in den „Russkije Wedomosti“ schreibt, und Purischkewitsch, der kollektive Purischkewitsch, das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, das sind Erscheinungen, die einander bedingen und voneinander abhängen.

Es *kann* keine politische Freiheit in Rußland geben, solange es dort (oder sofern es dort) keine Massendemokratie gibt, die die ganze Eng-

stirnigkeit, Unsinnigkeit und Niedertracht des „winogradowschen" Liberalismus der „Russkije Wedomosti" klar begreift.

„Sa Prawdu" Nr. 10,
15. Oktober 1913.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

ENTWURF EINER RESOLUTION DER ARBEITERORGANISATIONEN ANLÄSSLICH DER VERLEUMDERISCHEN BESCHULDIGUNG DES VERSICHERUNGSFUNKTIONÄRS X DURCH DIE LIQUIDATOREN[360]

Nach Überprüfung der Beschuldigung, die die Liquidatoren in ihrer „Nowaja Rabotschaja Gaseta"[361] gegen den Versicherungsfunktionär X erhoben haben, sowie nach Einholen aller Auskünfte von der Redaktion der Liquidatorenzeitung und von der Redaktion der Zeitung „Sa Prawdu", die am 17. Oktober den Beschluß der Kommission von *fünf* marxistischen Instanzen veröffentlicht hat, halten wir, der Vorstand der und der Vereinigung bzw. Gesellschaft, diesen Beschluß für richtig, die Kampagne der Liquidatoren hingegen für verleumderisch.

Wir rufen die Arbeiter auf, die Verleumder, falls sie ihre Verleumdung nicht öffentlich und entschieden zurücknehmen, zu boykottieren, um die eigene Organisation vor der Zerstörung zu bewahren.

Geschrieben im Oktober 1913,
nicht vor dem 19. Oktober (1. November).
Zum erstenmal veröffentlicht 1965
in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach dem Manuskript.

EINSCHÄTZUNG DER SPALTUNG IN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN DUMAFRAKTION DURCH DIE ARBEITER[362]

In den beiden sozialdemokratischen Zeitungen Petersburgs, die die Anschauungen der Liquidatoren und der Parteitreuen zum Ausdruck bringen, erscheinen Erklärungen von Arbeitergruppen aus allen Teilen Rußlands. In diesen Erklärungen bestimmen die Arbeiter ihre Stellung zu den zwei sozialdemokratischen Dumafraktionen: 1. sozialdemokratische Fraktion (7 Abgeordnete + Jagiello), 2. sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands – 6 sozialdemokratische Arbeiterabgeordnete.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, für einen ganzen Monat, vom 20. Oktober bis zum 20. November a. St., nach Angaben beider Zeitungen über die Beschlüsse der Arbeiter genau Bilanz zu ziehen.

Die genauesten und noch von keiner Seite angefochtenen Erklärungen der Arbeiter sind Resolutionen mit einer bestimmten Anzahl von *Unterschriften*. Das Gesamtergebnis für ganz Rußland (nicht nur der Kaukasus, sondern auch der „Bund" und die Letten haben eine gesonderte Vertretung im Internationalen Sozialistischen Büro) lautet: **4850** für die sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands (6 Abgeordnete) und **2539** für die sozialdemokratische Fraktion (7 Abgeordnete + Jagiello).

Die Gewerkschaften, vertreten durch ihre Vorstände (die Bezeichnungen der Gewerkschaften in Rußland werden im Hinblick auf die Polizei nicht veröffentlicht) = für die 6 Abgeordneten 9 Gewerkschaften mit 13 500 Mitgliedern, für die 7 Abgeordneten 1 Gewerkschaft mit unbekannter Mitgliederzahl.

Geschrieben zwischen dem 20. November und 1. Dezember (3. und 14. Dezember) 1913.

Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 24.

Nach dem Manuskript.

KONZEPT FÜR EINEN BERICHT IN DEN ÖRTLICHEN PARTEIORGANISATIONEN ÜBER DIE PORONINER BERATUNG DES ZK DER SDAPR MIT PARTEIFUNKTIONÄREN (1913)[363]

Konzept für einen Bericht
in den örtlichen Parteiorganisationen

12. XII.

Allgemeines Thema – die Ereignisse der Streikbewegung und des Parteilebens seit dem Sommer 1913. Die Resolutionen der Beratung. Im einzelnen werden folgende Punkte besonders hervorgehoben:

1. Der Generalstreik für den 9. Januar 1914. Der Beschluß der Beratung. Die Notwendigkeit des Streiks. Seine Losungen (demokratische Republik, Achtstundentag, Konfiskation der Gutsbesitzerländereien). Verstärkte Vorbereitung des Streiks.

2. *Die Versicherungskampagne.* Verstärkte Verbreitung der Zeitschrift „Woprossy Strachowanija"[364]. – Bildung von Parteizellen innerhalb *aller* Kassen und *aller* Vorstände. Erlangung unserer – der Partei – Mehrheit in den Vorständen (ebenso in den Gewerkschaften, Klubs etc. etc.).

3. *Die Sechs und die Sieben.* Die hauptsächlichen Grundlagen der Spaltung: (a) Liquidatorentum = Zerstörung der Partei. *Deshalb* Kampf. Die Sieben *tendiert* zum Liquidatorentum; (b) die Sieben *erkennt* die Parteibeschlüsse *nicht an*; (c) es ist erwiesen, daß die *Mehrheit der Partei* für die Sechs ist. Die wichtigsten Zahlen aus der „Prawda". Man muß die Nummern mit den *Materialien* zur Frage der Spaltung bei sich haben. (Es ist notwendig, weiterhin *verstärkt* Resolutionen für die Sechs zu fassen.)

4. Der Parteitag. Seine Notwendigkeit. Teilnahme *aller* illegalen Parteizellen am Parteitag. Seine Vorbereitung: Hauptsache *Geld.* Einen Partei*fonds* sammeln (hauptsächlich über die Abgeordneten). Die Aufgabe – bis zum Frühjahr hat jede Gruppe oder jeder Gruppenverband das *Doppelte* der Ausgaben zu sammeln (die Ausgaben für einen Delegierten – 150 Rbl. Eine Gruppe oder ein Verband nahe beieinanderliegender Gruppen muß 300 Rbl. sammeln.)

5. Die Notwendigkeit, die Verbindungen auszubauen, sie zu festigen

(erläutern, wie der Schriftverkehr mit dem St.-Petersburger und dem Auslandsbüro zu führen ist). Der Schriftverkehr läßt zu wünschen übrig: *deshalb* sieht es mit dem *Transport* schlecht aus. Überall müssen Vertrauensleute sein.

6. Aus den Resolutionen der Beratung eine Übersicht des Wichtigsten. Zum Beispiel zur nationalen Frage: (a) Kampf gegen jeden Nationalismus, selbst den verfeinerten (national-kulturelle Autonomie); (b) Einheit der Arbeiter *aller* Nationalitäten; (c) Kampf gegen den *großrussischen* Schwarzhunderternationalismus. (Ebenso kurz über die übrigen Resolutionen.)

7. Illegale und legale Presse. Die Sammlungen verstärken. Die legale wird unvermeidlich *zugrunde gehen:* alle Kräfte für die Schaffung der illegalen (siehe die „Mitteilung", besonders S. 9/10).

Geschrieben am 29. November (12. Dezember) 1913.

Zum erstenmal veröffentlicht 1923 in dem Buch „Aus der Epoche der ‚Swesda' und der ‚Prawda' 1911–1914", Lieferung III.

Nach einer von N. K. Krupskaja geschriebenen Kopie.

ZU DEN NÄCHSTEN SCHRITTEN DES BÜROS

Im Ausland hat eine ganze Reihe von Gruppen, Grüppchen und Grüpplein anläßlich der am 1. (14.) Dezember bevorstehenden Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros[365] besonderen Lärm geschlagen. Es ist möglich, daß bis zur nächsten Nummer der Zeitung schon einige telegrafische Nachrichten über einen Beschluß des Büros eintreffen. Deshalb halte ich es für meine Pflicht, über die Lage der Dinge zu informieren, damit es kein Gerede gibt und damit es gelingt, sofort den richtigen Ton zu treffen.

Die Grüppchen und Grüpplein im Ausland, die keinerlei Unterstützung in Rußland haben (wie Rosa Luxemburg und die „Tyszkianer" oder Charles Rappoport, der sich vor kurzem in einem französischen Blättchen in demselben Sinne geäußert hat, oder Alexinski und die Pariser Gruppe

„Wperjod" usw. usf.) – all diese Grüppchen geben sich die größte Mühe zu erreichen, daß das Büro für die „Einheit" stimmt.

Natürlich sind wir auch für die Einheit!! Die Anstrengungen der Grüppchen sind ein klägliches Manöver zur Verteidigung der Liquidatoren. Dieses Manöver wird ihnen nichts einbringen: Sie schlagen ein bißchen Lärm, und basta.

Was wird das Büro beschließen? Wissen kann man das natürlich nicht. Wir haben jedoch von einem *sehr prominenten* Mitglied (bzw. sogar einer Gruppe von Mitgliedern) erfahren, daß man beabsichtigt, *an Stelle* Plechanows das OK der Liquidatoren zuzulassen und von der Dumafraktion *aus formalen Gründen nur* die Sieben oder, richtiger, die Acht zuzulassen. Diese formalen Gründe sind folgende: Die Parlamentsgruppen aller Länder vertreten *nicht* Parteien, sondern *nur sich selbst;* wären es 8 Sozialrevolutionäre und 7 Sozialdemokraten, man würde *nur* die 8 Sozialrevolutionäre schicken. Wenn es so ist (das wird noch geprüft), dann ist hier natürlich *vorläufig* nichts zu machen. Sollen die Liquidatoren Plechanow hinausjagen – wir werden sehen, *ob ihnen das zum Nutzen gereicht!!!* Ich bin sicher, daß das *nicht* der Fall sein wird.

Ich rate deshalb dringend, nicht nervös zu werden und sich weder über die von den Liquidatoren verbreiteten Gerüchte noch über mögliche Beschlüsse des Büros aufzuregen. Wir haben Maßnahmen getroffen, damit die Korrespondenzen über die *russischen* Angelegenheiten aus London *über uns* gehen (über die nichtrussischen Angelegenheiten direkt an Sie); warten Sie sie *ruhig* ab, und Sie werden sehen, daß die Reise nicht notwendig war, daß die „Ertrinkenden" (die Liquidatoren) sich weder durch Lärm noch durch das „Büro" retten werden.

Plechanow fährt laut *privaten* Informationen nicht.

Das braucht vorläufig nicht veröffentlicht zu werden. Ich wiederhole: warten Sie ruhig die Korrespondenzen *Ihres* Korrespondenten ab.

Geschrieben im Dezember 1913, nicht später als am 1. (14.).

Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 24.

Nach dem Manuskript.

DAS ELEND DER VOLKSSCHULLEHRER[366]

Zu dem im Dezember bevorstehenden gesamtrussischen Kongreß für Volksbildung wird es angebracht sein, die Aufmerksamkeit auf die alte, doch ewig neue Frage des Elends der Volksschullehrer zu lenken.

Vor uns liegt der erste Band der „Eintageszählung der Elementarschulen im Reich". Herausgegeben wurde dieser Band vom Ministerium für – mit Verlaub zu sagen – Volksbildung. Unterschrieben ist er von dem bekannten Statistiker Herrn W. I. Pokrowski.

Der bürokratische Charakter dieses Beamtenwerks – im übelsten Sinne der Worte bürokratisch und Beamte – springt sofort ins Auge. Die Zählung wurde am 18. Januar 1911 durchgeführt. Volle zwei Jahre später erscheint lediglich der erste Band allein über die Gouvernements des Petersburger Schulbezirks! Ohne qualvolle, endlose Verschleppung kann man bei uns offensichtlich nur solche Gesetze durchbringen wie das Gesetz gegen die Presse.

Das Programm der Zählung wurde, wie üblich, viele Male während des ganzen Jahres 1910 in vielen Amtszimmern und Beratungen erörtert, wobei es von jedem und jeder weiter verschlechtert wurde. Infolgedessen gibt es beispielsweise zur Frage der Muttersprache der Schüler nur eine allgemeine Rubrik über die „russische" Sprache: die Unterteilung in belorussische, kleinrussische (ukrainische) und großrussische ist offensichtlich verboten. Infolgedessen wurde eine ganze Reihe von Schulen, zum Beispiel die Stadtschulen nach der Verordnung von 1872, die Privatschulen der 1. und 2. Kategorie usw., in die Schulzählung des Reiches *nicht einbezogen.*

Es ist verboten, vollständige Angaben zusammenzutragen. Es ist verboten, die Wahrheit über die Sprache zu kennen, die die Schüler in der Familie sprechen. Es ist verboten, staatliche und private Schulen miteinander zu vergleichen.

Der Verfasser der Statistik, der von den Liberalen so sehr gelobte Herr Pokrowski, hat seinerseits zur *Verschlechterung* des Materials der Zählung beigetragen. Für jede Lehrkraft war beispielsweise gesondert Material über die Höhe des Gehalts gesammelt worden. Es ist natürlich wichtig, über eine so brennende Frage wie das Elend der Volksschullehrer

die Wahrheit zu wissen. Es ist wichtig zu wissen, *wieviel* Lehrer und Lehrerinnen ein extrem niedriges, das niedrigste, ein sehr niedriges, überhaupt ein niedriges Gehalt beziehen usw.

Material darüber ist gesammelt worden. Angaben darüber sind *vorhanden*. Der Herr liberale Statistiker „bearbeitet" es jedoch so, daß *die unangenehme Wahrheit vertuscht wird.*

Der Herr Statistiker teilt uns nur die *Durchschnitts*gehälter der Lehrer und Lehrerinnen nach Gouvernements und nach den verschiedenen Schulkategorien mit. Die staatlichen Unterteilungen sind peinlich genau eingehalten worden. Aber für denjenigen, der die Wahrheit wissen will, ist es nicht interessant, in welchem Gouvernement und in welcher Schulkategorie die Lehrer hungern, sondern *wieviel* Lehrer hungern und Not leiden. An Hand des durch die Zählung gesammelten Materials festzustellen, *wieviel* Lehrer einen Hungerlohn (sagen wir weniger als 360 Rbl., 360 bis 400 Rbl. usw.) erhalten, das war durchaus möglich und hätte unbedingt geschehen müssen. Aber es ist nicht getan worden. Das ist in einem Archiv mit Hunderttausenden von Karteikarten verborgen.

Mitgeteilt wurden der Öffentlichkeit nur die von Staats wegen zurechtgestutzten und von Staats wegen schöngefärbten Zahlen der Durchschnittsgehälter nach Kategorien und nach Gouvernements ... Ganz zu schweigen davon, daß die liberalen Statistiker der Öffentlichkeit vorenthalten wollten, wie viele der hungernden Lehrer eine Familie haben.

Aus den „Durchschnitts"zahlen ist ersichtlich, daß das Gehalt einer Lehrerin (im St.-Petersburger Bezirk) 433 Rbl. jährlich beträgt, das eines Lehrers 376 Rbl. Aber die meisten Lehrer leben auf dem Lande. Hier beträgt das „Durchschnitts"gehalt einer Lehrerin 347 Rbl. und das eines Lehrers 367 Rbl. (Es sei vermerkt, daß die Zahl der Lehrerinnen im allgemeinen etwa doppelt so groß ist wie die der Lehrer.)

Die meisten Lehrkräfte des St.-Petersburger Bezirks leben *außerhalb* des Gouvernements Petersburg. Die Gehälter der Lehrerinnen betragen: im Gouvernement Olonez 375 Rbl., im Gouv. Nowgorod 358 Rbl., im Gouv. Wologda 320 Rbl., im Gouv. Archangelsk 319 Rbl., im Gouv. Pskow 312 Rbl.

Selbst diese die Wirklichkeit beschönigenden Zahlen machen deutlich, daß die *meisten* Lehrerinnen einen Hungerlohn erhalten. Bei der gegenwärtigen Verteuerung der Lebenshaltung sind *26 bis 30 Rubel* monatlich

für die Lehrerinnen, von denen (wiederum durchschnittlich) 11,5 Prozent verheiratet und 4,4 Prozent verwitwet sind, zweifellos ein miserabler Verdienst, der die Lehrkräfte zu Hunger und Not verurteilt.

Aus den nach „Kategorien" sortierten Angaben ersehen wir, daß es in den einklassigen Kirchengemeindeschulen 2180 Lehrerinnen gab (im St.-Petersburger Schulbezirk, wo die Gesamtzahl der Lehrerinnen 7693 beträgt). Wir haben hier folglich eine „Kategorie" mit einer sehr imposanten Lehrerzahl vor uns. Wieviel erhalten nun die Lehrerinnen dieser Kategorie?

Im Durchschnitt 302 Rubel in der Stadt und 301 Rubel auf dem Lande.

Der russische Staat verschwendet Hunderte von Millionen für den Unterhalt der Beamtenschaft, für die Polizei, für militärische Ausgaben usw., aber die Lehrer in den Volksschulen gibt er dem Hunger preis. Die Bourgeoisie bringt der Volksbildung „Sympathie" entgegen, jedoch unter der Bedingung, daß die Lehrkräfte schlechter leben als die Dienstboten in den Häusern der Herrschaften und der Reichen ...

„Sa Prawdu" Nr. 51,
4. Dezember 1913.

Nach dem Text der
„Sa Prawdu".

DIE RUSSISCHEN ARBEITER UND DIE INTERNATIONALE

In der vorliegenden Nummer unserer Zeitung finden die Genossen Arbeiter einen ausführlichen Bericht über die unlängst in London abgehaltene Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros sowie seine Resolution über die Frage der Einheit der sozialdemokratischen Kräfte in Rußland.

Diese Resolution müssen die klassenbewußten Arbeiter ganz Rußlands mit aller Aufmerksamkeit erörtern.

Ein klassenbewußter Arbeiter fühlt und weiß nicht nur, daß er ein Mitglied der *russischen* marxistischen Familie ist, er begreift, daß er auch ein Mitglied der *internationalen* Familie der Marxisten ist. Er hat Pflich-

ten auch gegenüber der Arbeiterinternationale. Er muß der Meinung und den Wünschen der letzteren Rechnung tragen. Er darf sich keinen Augenblick von der internationalen Armee der Arbeiter loslösen.

Die russischen marxistischen Arbeiter können die Tatsache nur begrüßen, daß die Arbeiterinternationale das Bestreben zeigt, sich ernsthaft mit den prinzipiellen Streitigkeiten bekannt zu machen, die in unserer russischen Arbeiterbewegung eine so bedeutende Rolle spielen. Die verfluchten Verhältnisse des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Rußland haben dazu geführt, daß unsere Genossen über unsere Bewegung bedeutend weniger wissen als über die Bewegung irgendeines anderen Landes. Die Unkenntnis der wirklichen Lage in Rußland geht so weit, daß erst kürzlich die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie vorschlugen, alle Auslandszirkel der russischen Sozialdemokraten (12 ausländische „Strömungen") zur Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms zusammenzurufen.* Dabei ist doch allgemein bekannt, daß ein solches Programm vom russischen Proletariat schon im Jahre 1903 ausgearbeitet worden ist ...

Diese Zeit geht zum Glück schon vorüber. Durch seinen großen, heldenhaften Kampf hat das russische Proletariat bewirkt, daß die ganze zivilisierte Welt von ihm spricht. Die Arbeiterklasse Rußlands hat zu Recht ihren Platz in der Arbeiterinternationale eingenommen, und man kann mit Bestimmtheit sagen, daß ihre Rolle in der internationalen Arena mit jedem Jahr bedeutender und größer werden wird.

Der Beschluß des Internationalen Büros gibt den russischen Arbeitern zum erstenmal die Möglichkeit, unsere westeuropäischen Genossen mit dem Wesen unserer Streitigkeiten gründlich bekannt zu machen. Das Büro hat die Frage so gestellt: 1. bietet es seine kameradschaftlichen Dienste für die Erlangung der Einheit an; 2. hält es die Klarstellung der wirklichen Meinungsverschiedenheiten für notwendig; 3. beauftragt es zu diesem Zweck sein Exekutivkomitee, mit allen Sozialdemokraten, die das sozialdemokratische Programm anerkennen, sowie auch mit denjenigen, deren Programm dem sozialdemokratischen nahekommt, Verbindung aufzunehmen und eine Aussprache zu veranstalten.

All das ist durchaus annehmbar für die russischen Marxisten.

Die Meinungsverschiedenheiten *klarzustellen* ist wirklich äußerst wün-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 273–277. *Die Red.*

schenswert, und das nicht nur zwischen Marxisten und Liquidatoren, sondern auch zwischen Marxisten und Volkstümlern, zionistischen Sozialisten (die nach unserer Meinung nur wenig schlimmer sind als der „Bund" oder die PPS) usw. Wenn es dem Internationalen Büro gelingt, hier klare und genaue Formulierungen zu erreichen, die wirklichen Grundlagen der politischen Meinungsverschiedenheiten festzustellen, so wird dies ein bedeutender Erfolg sein.

Aber die Meinungsverschiedenheiten klarstellen bedeutet natürlich noch nicht, sie beseitigen. Die Meinungsverschiedenheiten wurzeln in den völlig verschiedenen Ansichten über die Epoche, die Rußland durchlebt. Das sind *zwei* Taktiken, *zwei* Systeme der Politik: das proletarische und das liberale. Diese Divergenz ist durch nichts zu beseitigen.

Jedoch auch hier ist es äußerst wünschenswert, genau und bestimmt zu klären, *welche Bedingungen* jede der Seiten für die Vereinigung stellt.

Den marxistischen Arbeitern erwächst eine wichtige Aufgabe: Sie müssen das Angebot des Internationalen Büros sorgfältig erörtern, ihm größte Aufmerksamkeit widmen und ihre eigenen Bedingungen für die Einheit stellen.

Diese Bedingungen sind klar. Sie ergeben sich aus dem ganzen Verlauf der Arbeiterbewegung. Die Liquidatoren müssen das marxistische Ganze *in der Tat* anerkennen, müssen anerkennen, daß die Hauptlosungen für die Agitation unter den Massen die drei alten Grundforderungen sind; sie müssen die Programmänderungen (national-kulturelle Autonomie) zurücknehmen; ihr Geschrei über das „Streikfieber" aufgeben; die separatistischen Bestrebungen der Bundisten verurteilen und die örtliche Verschmelzung fordern; die böswilligen persönlichen Angriffe verurteilen, die den ideologischen Kampf vergiften usw. Auf dem Gebiet der Dumaarbeit muß die Sieben unbedingt die Unterordnung unter das marxistische Ganze anerkennen und ihre parteifeindlichen Beschlüsse (Jagiello, Abänderung des Programms usw.) rückgängig machen. Sogar der in vielem mit uns nicht einverstandene Gen. Plechanow schreibt in seinem Brief an das Internationale Büro, daß „die Teilung unserer Dumafraktion infolge einiger bedauerlicher Beschlüsse erfolgte, die von unseren Genossen Liquidatoren angenommen wurden, welche sich mit sieben gegen sechs in der Mehrheit befanden".

Die Frage, mit wem das Internationale Büro zur Organisierung einer

allgemeinen Aussprache nun am besten in Verbindung treten sollte, ist noch nicht geklärt. Klar ist, daß hier zwei Wege möglich sind: Entweder müssen Vertreter der zwei Hauptströmungen eingeladen werden: Marxisten und Liquidatoren oder „alle Sozialdemokraten" und alle, die der Meinung sind, daß sie der Sozialdemokratie nahestehen, dann auch die Partei des Abgeordneten Jagiello (PPS) und die verschiedenen jüdischen sozialistischen Gruppen und diejenigen Volkstümler, die der Meinung sind, daß sie dem sozialdemokratischen Programm nahestehen.

Die vom Internationalen Büro gestellte Frage muß jeden klassenbewußten Arbeiter interessieren. Wir rufen alle Arbeiter auf, in ihren Versammlungen, in Zirkeln, Diskussionen, auf Meetings usw. diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen, sie zu erörtern, ihre Resolutionen zu fassen und ihre Meinung in unserer Zeitung zu veröffentlichen.

Man darf nicht so urteilen, als sei dies eine fernliegende Angelegenheit, die uns nichts angeht. Wenn die Frage auf dem Internationalen Kongreß in Wien[367] aufgeworfen wird (worüber die Marxisten sehr froh wären), muß die Internationale die Meinung der russischen Arbeiter, der proletarischen Organisationen, die in Rußland tätig sind, kennen und nicht nur die der isolierten Auslandszirkel.

Genossen! Erörtert die aufgeworfene wichtige Frage, faßt eure Beschlüsse und teilt sie eurer Zeitung, der „Proletarskaja Prawda", mit. Eurer Stimme lauschen die klassenbewußten Arbeiter aller Länder.

„Proletarskaja Prawda" Nr. 2,
8. Dezember 1913.

Nach dem Text der
„Proletarskaja Prawda".

WIE DIE LIQUIDATOREN DIE ARBEITER BETRÜGEN

Das Internationale Sozialistische Büro hat beschlossen, Schritte zur Klarstellung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den russischen Sozialisten zu unternehmen und seine guten Dienste für die Vereinigung ihrer Kräfte anzubieten.

Was haben die Liquidatoren aus diesem Beschluß gemacht?

Sie haben ihn auf der Stelle dazu benutzt, die russischen Arbeiter zu *betrügen.*

In Nr. 97 schreibt die „Nowaja Rabotschaja Gaseta" in einem feierlichen redaktionellen Artikel:

„Indem das Internationale Büro die Forderung der ‚Sechs' nach einer gesonderten Vertretung in der interparlamentarischen Sektion ablehnte, hat es nicht nur ihren Abfall von der sozialdemokratischen Fraktion eindeutig verurteilt, sondern auch eine der Hauptforderungen, mit deren Ablehnung die sechs Abgeordneten ihren Austritt zu erklären und zu rechtfertigen suchten, gebührend eingeschätzt."

All das ist von Anfang bis Ende *unwahr.*

Darauf haben wir in Nr. 1 unserer Zeitung hingewiesen.[368]

Die auf frischer Tat ertappten Liquidatoren versuchen die Arbeiter durch eine weitere Lüge irrezuführen.

Wir wiederholen, das Internationale Büro hat die Forderung der Sechs nicht abgelehnt. Es hat ihren „Abfall" nicht verurteilt. Es hat sich mit der Untersuchung des Streits zwischen den 6 und den 7 Abgeordneten überhaupt nicht befaßt.

Das ist einfach Liquidatorenart.

Zu der gleichen kriminellen Methode haben die Herren Liquidatoren auch im vergangenen Jahr nach der Sitzung des Internationalen Büros Zuflucht genommen, als Herr Martow dem deutschen Sozialdemokraten Haase von diesem nie getane Äußerungen gegen die Bolschewiki in den Mund legte und dann durch eine veröffentlichte Erklärung Haases entlarvt wurde.

Im Büro hat die Frage der Vertretung der Abgeordneten so gestanden: Der Vertreter der Marxisten hat lediglich erklärt, daß der Delegierte der Sieben nur von der Sieben gewählt ist und daß die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands ihn nicht als ihren Delegierten anerkennt. Der Sekretär des Internationalen Büros, Gen. Huysmans, hat folgendes erläutert. In bezug auf die interparlamentarische Sektion existieren besondere Satzungen. Wenn es in einem Parlament mehrere gesonderte sozialistische Fraktionen gibt, dann wird nach diesen Satzungen eine Vertretung nur der Fraktion gewährt, die die meisten Abgeordneten hat; dabei wird in den Satzungen nicht berücksichtigt, welcher Partei diese Parlaments-

fraktion angehört und wieviel Arbeiter hinter ihr stehen. Denn die Parteien haben ihre gesonderte Vertretung.

Wenn es also in der Duma 2 Fraktionen gäbe, sagen wir 6 Sozialdemokraten und 7 Volkstümler, dann erhielten nach diesen Satzungen *nur* die Volkstümler eine Stimme für die interparlamentarische Vertretung.

Oder noch ein Beispiel: Bulgarien. Dort sind 19 „weitherzige" Sozialisten (Opportunisten) und 18 Marxisten ins Parlament gewählt worden. Beide bilden gesonderte Parteien und haben im Parlament zwei gesonderte Fraktionen. Im Büro haben beide Parteien ebenfalls gesonderte Vertreter. Die parlamentarische Vertretung jedoch kann *nach den Satzungen* nur die „weitherzige" Fraktion der Neunzehn erhalten. Und das heißt selbstverständlich nicht, daß das Büro die 18 marxistischen Abgeordneten „verurteilt" hat.

So stand es formal um diese Angelegenheit. Von diesen Satzungen kann man halten, was man will. Im Moment sind sie nun einmal so. Unter diesen Umständen konnte die Forderung der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands noch nicht einmal vorgebracht werden.

Wie hätte die Sieben auftreten müssen, wenn sie ehrenhaft handeln wollte? Sie hätte selber auf die formalen Bestimmungen verzichten müssen. Es ist jetzt allgemein bewiesen und anerkannt, daß hinter der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands um ein vielfaches mehr organisierte sozialdemokratische Arbeiter stehen als hinter der Sieben. Die Schlußfolgerung hieraus ist klar. Wer den Stimmen der Arbeiter Rechnung zu tragen wünscht, wer so viel über Einheit redet, der dürfte hier keinen nur formalen Standpunkt beziehen.

Die Sieben hat sich jedoch ihr Satzungs„glück" zunutze gemacht. Sie hat die russischen Arbeiter erneut herausgefordert. Aber nicht nur das. Die Herren Liquidatoren haben darüber hinaus die Lüge verbreitet, die Internationale habe die Sechs „verurteilt" usw.

Das war die erste Antwort der Herren Liquidatoren auf die Resolution des Internationalen Sozialistischen Büros.

Die marxistischen Arbeiter werden diese Machenschaft der Liquidatoren dadurch beantworten, daß sie diese Herren öffentlich brandmarken.

Genossen, erörtert auch weiterhin ernsthaft und aufmerksam den Beschluß des Büros, sagt eure Meinung dazu und gebt den Liquidatoren eine

gebührende Antwort auf ihre Versuche, die russischen Arbeiter zu betrügen.

„Proletarskaja Prawda" Nr. 3,
10. Dezember 1913.

Nach dem Text der
„Proletarskaja Prawda".

RESOLUTION ÜBER DEN BESCHLUSS DES SOZIALISTISCHEN BÜROS

Wir begrüßen auf das wärmste den Beschluß der Arbeiterinternationale über die Notwendigkeit einer vollständigen und erschöpfenden Klarstellung der wesentlichen und grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die in Rußland zwischen den politischen Richtungen in der Arbeiterbewegung bestehen.

Um dem Angebot der Internationale entgegenzukommen, halten wir es für notwendig, unserseits die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zu umreißen, die nach unserer Meinung Marxisten und Liquidatoren in zwei unversöhnliche Lager teilen.

Vor allem erklären wir, daß es sich für jeden klassenbewußten Arbeiter nicht um die Schaffung irgendeines neuen Ganzen handelt, sondern nur um die Festigung und völlige Wiederherstellung der alten Organisation, wie sie sich vor mehr als 15 Jahren herausgebildet hat, mit ihrem alten Programm und ihren wichtigen taktischen Beschlüssen. Von dieser marxistischen Organisation haben sich die Liquidatoren abgespalten. Zur Wiederherstellung der Einheit mit ihnen in der Arbeit *außerhalb der Duma* sind folgende Bedingungen unerläßlich:

1. Volle und vorbehaltlose Anerkennung (in der Tat) der „Illegalität", bedingungslose Unterordnung der Zellen unter ihre Beschlüsse und die Verpflichtung, in der Presse auf keinen Fall irgendwelche Angriffe gegen die Illegalität zuzulassen.

2. Volle und vorbehaltlose Anerkennung dessen, daß die Hauptaufgabe der Epoche die drei Grundforderungen sind, die von der Arbeiterklasse Rußlands aufgestellt wurden, die Durchführung der Arbeit in diesem

Sinne und der Verzicht auf die liberal-reformistische Propaganda, die zur Abkehr von den alten Aufgaben auffordert.

3. Zurücknahme aller Versuche, das Programm der Marxisten zu ändern (national-kulturelle Autonomie), und bedingungslose Anerkennung des im Jahre 1903 ausgearbeiteten Programms.

4. Völlige Unterordnung unter die Beschlüsse der marxistisch organisierten Arbeiter in den mit der Streikbewegung zusammenhängenden Fragen und Verzicht auf den Kampf gegen das sogenannte „Streikfieber".

5. Tatsächliche Anerkennung der *selbständigen* Taktik des Proletariats und Verzicht auf die Herabsetzung der Aufgaben der Arbeiterklasse zugunsten von Blocks mit den Liberalen.

6. Anerkennung dessen, daß man sich bei der Arbeit in den Gewerkschaften von den Beschlüssen des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart und des Londoner Parteitags der russischen Marxisten leiten lassen muß.

7. Abkehr von dem Grundsatz des Aufbaus der Arbeiterorganisationen nach dem nationalen Prinzip. Schaffung *einheitlicher* Organisationen in Polen und in den Nordwestgebieten. Durchführung des von der Gesamtheit der russischen Marxisten mehrfach gefaßten Beschlusses, der die örtliche Verschmelzung vorsieht, durch den „Bund".

Auf dem Gebiet der *Duma*tätigkeit sind die Bedingungen für die Einheit folgende:

I. Anerkennung der Fraktion als Organ, das dem organisierten Willen des marxistischen Ganzen bedingungslos untergeordnet ist.

II. Zurücknahme aller Verstöße gegen das Programm (national-kulturelle Autonomie, Aufnahme Jagiellos usw.).

III. Verurteilung der Spaltertätigkeit der Sieben, die auch G. W. Plechanow in seinem Brief an das Internationale Sozialistische Büro verurteilt hat.

Was die Fraktionen anbelangt, mit denen das Internationale Büro zwecks Veranstaltung einer gemeinsamen Aussprache in Verbindung treten sollte, so verlangen wir vor allem, daß an dieser Aussprache *allein und ausschließlich* Vertreter der in Rußland bestehenden Arbeiterorganisationen teilnehmen, auf keinen Fall aber Auslandszirkel, die mit der Arbeit in Rußland nicht verbunden sind.

Ferner sind wir der Meinung, daß 1. entweder *nur* Vertreter der in

Rußland kämpfenden *zwei* Hauptströmungen, d. h. der Marxisten und der Liquidatoren, eingeladen werden sollen oder 2., wenn die Klarstellung überhaupt aller Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sozialdemokraten Rußlands und denen, die sich für Sozialdemokraten halten, erwünscht ist, dann müssen ausnahmslos alle Arbeiterorganisationen, die in Rußland tätig sind und glauben, der Sozialdemokratie nahezustehen, eingeladen werden. In diesem Falle besteht auch kein Grund, einige linke Volkstümler sowie mit dem „Bund" konkurrierende jüdische Gruppen, die sich für sozialistisch halten, usw. auszuschließen.

Schließlich geben wir unserer Überzeugung Ausdruck, daß die sozialistische Presse des Auslands, um die Meinungsverschiedenheiten unter den russischen Sozialdemokraten richtig zu beleuchten, ihre Spalten verantwortlichen Vertretern der russischen Organisationen öffnen wird, die – zum Unterschied von den Emigrantenzirkeln und verantwortungslosen Personen – den ausländischen Genossen eine genaue Vorstellung von der ideologisch-politischen Grundlage der Meinungsverschiedenheiten in der russischen Arbeiterbewegung vermitteln könnten.

Eine Gruppe organisierter Marxisten

„Proletarskaja Prawda" Nr. 9, 17. Dezember 1913.

Nach dem Text der „Proletarskaja Prawda".

ÜBER UNSERE SCHULEN

Die gesamtrussische Schulzählung vom 18. Januar 1911 bietet die Möglichkeit – trotz der äußerst schlechten Bearbeitung der Angaben –, den Schleier des Staatsgeheimnisses ein klein wenig zu lüften.

Angaben liegen vorläufig nur über den Petersburger Schulbezirk vor, getrennt nach Städten und Dörfern. Betrachten wir einmal an Hand dieser Angaben, was unsere *Kirchengemeindeschulen* darstellen.

In den Städten wurden 329 einklassige Stadtschulen, 139 Privatschulen der dritten Kategorie und 177 einklassige Kirchengemeindeschulen gezählt. Vergleichen wir das Durchschnittsgehalt der Lehrerinnen (die Zahl

der Lehrer ist ganz gering): in den Stadtschulen 924 Rubel jährlich, in den privaten 609, in den Kirchengemeindeschulen *302 Rubel.*

Bettelarme, hungernde Lehrerinnen – das sind unsere Kirchengemeindeschulen.

Sehen wir uns einmal an, wie hoch der Prozentsatz der Lehrkräfte mit allgemeiner weltlicher Hoch- und Mittelschulbildung ist. In den Stadtschulen 76 Prozent, in den privaten 67 Prozent, in den Kirchengemeindeschulen 18 Prozent!

Ungebildete Lehrerinnen (von den Religionslehrern ist vorläufig nicht die Rede) – das sind unsere Kirchengemeindeschulen.

Auf dem Lande haben wir 3545 einklassige Semstwoschulen und 2506 einklassige Kirchengemeindeschulen. In den erstgenannten beträgt das Durchschnittsgehalt der Lehrerinnen 374 Rubel jährlich, in den letzteren *301 Rubel.*

In den erstgenannten beträgt der Anteil der ausgebildeten Lehrer (Lehrkräfte überhaupt) 20 Prozent, *in den letzteren* 2,5 Prozent, die Religionslehrer wiederum nicht mitgerechnet.

Aus diesen Angaben kann man ersehen, wie erbärmlich die Lage der Kirchengemeindeschulen ist!

Bei der Zählung wurden auch Angaben darüber gesammelt, wieviel Quadrat-Arschin Fußboden und wieviel Kubik-Arschin Luft im Durchschnitt auf einen Schüler kommen, d. h. Angaben über die Enge in den Schulen.

In den Semstwoschulen sind es 2,6 Quadrat-Arschin Fußboden und 10,1 Kubik-Arschin Luft, in den Kirchengemeindeschulen 2,4 Quadrat-Arschin Fußboden und 9,6 Kubik-Arschin Luft.

Die Fußbodenfläche soll sechsmal so groß sein wie die Lichtfläche der Fenster. In Wirklichkeit ist sie neunmal so groß, d. h. die Schulen sind nicht nur eng, sondern auch *dunkel.*

Natürlich sind diese Angaben äußerst dürftig. Das Ministerium hat alles in seinen Kräften Stehende getan, damit *keine* ausführlichen, genauen, vollständigen Angaben über die elende Lage unserer Schulen gesammelt werden.

Und dennoch ist die erbärmliche, elende Lage der Kirchengemeindeschulen selbst aus den unvollständigen, amtlich zurechtgestutzten, schlecht bearbeiteten Angaben ersichtlich.

Eine der dringendsten Aufgaben der Vertreter der kulturellen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen auf dem bevorstehenden Gesamtrussischen Kongreß für Volksbildung besteht darin, die Frage in ihrem ganzen Umfang zu stellen und die Lage unserer Schule und des Schullehrers von allen Seiten zu beleuchten.

„Proletarskaja Prawda" Nr. 10,
18. Dezember 1913.

Nach dem Text der
„Proletarskaja Prawda".

DIE DUMAFRAKTION UND DIE MEHRHEIT AUSSERHALB DER DUMA

Der Brief von Lomtatidse über den Kampf der Sechs und der Sieben in der Dumafraktion geriet seltsamerweise zusammen mit der Berechnung, daß sich für die Liquidatoren 3701 Personen ausgesprochen hätten, in die Liquidatorenzeitung (Nr. 75, S. 2). Wir behalten uns die Prüfung dieser Zahl für einen weiteren Artikel vor und weisen lediglich darauf hin, daß die „Sa Prawdu" *drei Tage* zuvor (Nr. 26) die von den Opponenten nicht dementierte Zahl 5000 gebracht hatte.

Es wird *immer und immer wieder* sichtbar, daß die Sieben eine Minderheit der Arbeiter vertritt.

Deshalb machen die „derben Worte" Lomtatidses einen besonders unangenehmen Eindruck. Schimpfen, sich verschiedener Episoden des alten, äußerst erbitterten Kampfes erinnern, schreien: „unverschämt, unsinnig, zynisch" usw. usf. – all das sind Zeichen äußerster Schwäche und ohnmächtiger Wut.

Es bleibt unwiderlegt und unwiderlegbar, 1. daß hinter der Sechs die Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter steht; 2. daß die Sieben den Willen und die Beschlüsse der Mehrheit *nicht anerkennt* und auch die von der Mehrheit akzeptierte leitende Körperschaft nicht anerkennt.

Es ist einem geradezu peinlich, man schämt sich für den wütenden Lomtatidse, wenn man bei ihm liest:

„Haben sie (die Sechs) auch nur einen Fall angeführt, wo das politische

Auftreten in der Duma den Interessen unserer Sache, unserer Losungen, unserer Tradition zuwidergelaufen wäre!"

Das Pathos Lomtatidses wirkt geheuchelt, zumal wir wissen, daß nicht nur die Sechs, sondern auch die von ihr anerkannte höchste leitende Körperschaft offiziell, in aller Form, seit langem zumindest auf die *Verletzung des Programms* durch die Sieben *hingewiesen hat!*

Lomtatidse betont mit seiner unangebrachten Wut, mit seinen unpassenden Fragen nur um so stärker das wirklich tiefe *Wesen* des ganzen Konflikts, den Kampf der *Parteilosen* gegen das *Parteiprinzip*. Das ist das Wesentliche. Und das ist kein Scherz, keine Kleinigkeit, sondern eine sehr ernste und brennende Frage.

Nicht jeder, der „Mein Gott! Mein Gott!" sagt, kommt ins Himmelreich. Nicht jeder, der sich an die Brust schlägt und dabei Einheit und immer wieder Einheit schreit, arbeitet wirklich für die Einheit.

Was heißt Einheit der Arbeiterklasse?

Das ist vor allem und hauptsächlich die Einheit ihrer politischen Organisation, ihres Ganzen. Nur eine *solche* Einheit kann die wirkliche Einheit sowohl der Dumafraktion als auch überhaupt aller Aktionen und des ganzen Kampfes der Arbeiterklasse garantieren.

Und gerade diese Einheit ist von der liquidatorischen Strömung verletzt worden, wie dies die offiziellen Resolutionen der Partei seit 1908 wiederholt festgestellt haben. Das ist der Kern der Frage. Wenn Lomtatidse das umgeht, offenbart er nur, daß er im Unrecht ist.

Die Sieben allein ist schuld an der Spaltung, denn *sie* hat das Programm verletzt, *sie* hat die Liquidatoren verteidigt, die die Partei zerstören wollten, *sie* hat sich nicht an die offiziellen Beschlüsse der Mehrheit gehalten, *sie* verletzt den Willen der organisierten Arbeiter. Es gibt keinen anderen Ausweg, als seine Schuld einzusehen, die Sechs als die Vertreter der Mehrheit anzuerkennen und durch ein Abkommen eine systematische Annäherung mit ihnen einzuleiten.

„Proletarskaja Prawda" Nr. 17,
29. Dezember 1913.
Unterschrift: I.

Nach dem Text der
„Proletarskaja Prawda".

THESEN FÜR EIN REFERAT ZUR NATIONALEN FRAGE[369]

Die nationale Frage
(Thesen nach dem Gedächtnis)

A) Die Bedeutung der nationalen Frage in der gegenwärtigen Situation.
B) Der historische Platz der nationalen Bewegungen (resp. historisches Herangehen an die nationale Frage).
C) Zwei Theorien zur nationalen Frage.
D) Selbstbestimmung der Nationen.
E) Gleichberechtigung und Garantie der Rechte der Minderheit. Autonomie.
F) National-kulturelle Autonomie.
G) Das nationale Prinzip im Parteiaufbau.

A. Einleitung.

Die Bedeutung der nationalen Frage in der gegenwärtigen historischen Situation

1. Der Nationalismus der Regierung. Die gesamte Konterrevolution ist nationalistisch gefärbt.
2. Ebenso der bürgerliche Liberalismus (Struve & Co.).
3. Bei der unglaublichen, unerhörten Unterdrückung der Nationen (57% der Bevölkerung Rußlands) – Nationalismus in den unterdrückten Nationen (paneuropäische Rauferei).
4. Verletzung des Programms der SDAPR (Entstellung der Selbstbestimmung + national-kulturelle Autonomie).
5. Spaltung des jüdischen Separatismus. Nationale Absonderung.

B. 6. Die nationale Frage muß historisch und ökonomisch gestellt werden. Die nationale Frage ist eine *internationale* Erscheinung.

7. Epoche der nationalen Bewegungen – Ausgang des Mittelalters und Beginn der Neuzeit, Epoche der *bürgerlich-demokratischen* Revolutionen. *Überall* und allenthalben in dieser Zeit nationale Bewegungen.

8. Die ökonomischen Grundlagen? Kapitalismus erfordert Konsolidierung des inneren Marktes. Der Markt ist das Zentrum der Handelsbeziehungen. Das wichtigste Werkzeug der Handelsbeziehungen der Menschen ist die *Sprache.*
9. Zusammenschluß der nationalen Gebiete (Wiederbelebung der Sprache, nationales Erwachen etc.) und Schaffung eines *Nationalstaats.* Seine ökonomische Notwendigkeit.
10. Der politische Überbau über der Ökonomik. Demokratismus, Souveränität der Nation. *Inde* „Nationalstaat"* ...
11. Der Nationalstaat ist die *internationale Regel* (K. Kautsky in I, 18**, S. 23 und 23–25 ⌊„Internationalität"⌋), und *„der Nationalitätenstaat ist eine Ausnahme"*.[370]

    K. Kautsky über O. Bauer: Bauer *unterschätzt* den Drang nach dem Nationalstaat.

    („die Kraft des ⌊Dranges⌋") | Dies NB |

> Apropos: Einige Leute meinen, der Nationalstaat sei *größerer* Nationalismus als die national-kulturelle Autonomie. Ein naiver und lächerlicher Irrtum! Der Nationalstaat ist nach den Erfahrungen der Weltgeschichte die Regel. Die national-kulturelle Autonomie ist eine nirgends verwirklichte Erfindung schlechter Intellektueller.

12. Die Epoche der nationalen (bürgerlich-demokratischen) Revolutionen des 19. Jahrhunderts (Italien, Deutschland). Im Westen Europas ist sie abgeschlossen. *Im Osten hat sie erst begonnen und in Asien* ...

C. Zwei Theorien des Marxismus zur nationalen Frage.

13. Entstehung proletarischer Parteien in den Nationalstaaten. Der rückständige Osten. *„Theorien"* der nationalen Frage. (Wenig Aufmerksamkeit wird der *theoretischen* Basis gewidmet. K. Kautsky + O. Bauer.)
14. O. *Bauer.* Nation = ⌊Kulturgemeinschaft⌋. Losung der „natio-

* Daher. *Die Red.*

** Hinweis auf Seite 18 des ersten Hefts zur nationalen Frage. *Die Red.*

nalen Kultur" ((als roter Faden)). Nationalcharakter – die Hauptsache. (Eine Menge Vorbehalte, aber das ist unwichtig.)

(Kautskys Einschätzung: ⌊Kulturgemeinschaft⌋ = Hauptfehler O. Bauers.)

15. „Der Sozialismus stärkt das Nationalitätsprinzip" (O. Bauer I, 5* – S. 532 *seines Buches*).
16. Bauers Grundfehler – verfeinerter Nationalismus. Ein fein säuberlicher Nationalismus, ohne Ausbeutung, ohne Gezänk.

NB ||| Proudhon hat den Kapitalismus ein bißchen gesäubert, hat ihn idealisiert, beschönigt, O. Bauer den Nationalismus.

17. Die Politik der herrschenden Klassen ist „konservativ-national", unsere „evolutionistisch-national" (O. Bauer).
18. „Der alte Internationalismus genügt uns nicht mehr" (O. Bauer) (O. Bauer I, 6).
19. $\Sigma\Sigma$ bei O. Bauer
    (α) idealistische Theorie der Nation
    (β) Losung der nationalen Kultur (= bürgerlich)
    (γ) ein gesäuberter, verfeinerter, absoluter Nationalismus, bis dicht heran an den Sozialismus
    (δ) völlige Vernachlässigung des Internationalismus.

    Σ = *n a t i o n a l e r O p p o r t u n i s m u s* (Pannekoek).
20. Der verwirrte, von K. *K a u t s k y* entlarvte O. Bauer.
    (α) ⌊Eigentümlich und hinfällig⌋, daß O. Bauer immer nur von der nationalen Kultur spricht (I, 17). (S. 15 ⌊Internationalität⌋)
    (β) ⌊„Nie ist eine rein nationale Kultur weniger möglich gewesen" (ibidem, 15 Internationalität)⌋ –
    Verdrängung:

		engl.	franz.	dtsch.	
– Beispiel:	1800:	20	– 30	– 30	(Σ = 80)
	1900:	125	– 40	– 70	(Σ = 235)

((Weltsprache wird vielleicht Englisch sein, vielleicht + Russisch))

---

* Hier und weiter unten wird auf die Seiten 5, 6 und 17 des ersten Hefts zur nationalen Frage hingewiesen. *Die Red.*

NB (γ) „Unsere Internationalität stellt nicht eine besondere Art Nationalismus dar, der von dem bürgerlichen bloß dadurch unterschieden ist, daß er nicht aggressiv wirkt wie dieser, sondern jeder Nation das gleiche Recht läßt etc." ... „wirtschaftlich und kulturell einen einzigen Gesellschaftskörper" (ibidem, S. 17).

NB Bei O. Bauer verschwindet diese Anschauung hinter der ⌊„Betonung der nationalen Kultur"⌋.

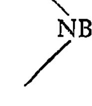
(δ) Die Nation ist keine ⌊Kultur-⌋, keine ⌊Schicksals-⌋, sondern eine ⌊Sprachgemeinschaft⌋.

(ε) Bei O. Bauer ergibt sich eine „*Verstärkung des nationalen Momentes*" ...

NB (ζ) ΣΣ (bei K. Kautsky) – ⌊gewaltige Überschätzung des nationalen ... Momentes (**35** Internationalität). Völlige Vernachlässigung des internationalen.⌋

21. Bei K. Kautsky ⌊Sprache und Territorium⌋
historisch-ökonomische Theorie

damals **Nationalstaat**
in der bürgerlich-**demokratischen Bewegung**
– und
heute **Internationalismus heute.**



D. § 9 des Programms = politische Selbstbestimmung.

22. Ihre prinzipielle Bedeutung und der Gebrauch des Wortes durch die gesamte internationale Demokratie seit 1848 = politische Lostrennung, Bildung eines Nationalstaats.

23. Ihre Bedeutung vom Standpunkt der *Geschichte* der nationalen Bewegungen in der ganzen Welt = Schaffung eines Nationalstaats.

24. Kurios (zum Lachen!) sind die Versuche, diesen Paragraphen anders auszulegen!! Das *demokratische Prinzip* in

(α) (α) der nationalen Frage ist *untrennbar* verbunden mit den *historisch-ökonomischen* Bedingungen der nationalen Bewegungen.

25. Abweichen vom demokratischen Prinzip ist Verrat und Nichtbeachtung der *gesamten* Geschichte.
Die bürgerliche Revolution ist unvollendet.

(β) (β) Rußland = Nationalstaat als Grundlage, als Basis,

Zentrum | Pskow – Rostow am Don |

Randgebiete – nationale.
Äußerste Unterdrückung.
Die bürgerlich-demokratische Revolution, die *unmöglich* ist ohne nationale Bewegung und ohne den Drang nach Schaffung von *National*staaten überhaupt, ist unvollendet.

26. Die internationale Lage Rußlands: nebenan Österreich (mit einer
(γ) (γ) in bezug auf die nationale Frage unvollendeten bürgerlichen Revolution) und das erwachte Asien (das republikanische China).
Der Zarismus – die reaktionärste Staatsordnung. Daher die besondere Unvermeidlichkeit einer nationalen Bewegung und die Forderung an die Großrussen, das Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen.

27. Konkretes Beispiel. Norwegen (6 Jahrhunderte unter Dänemark). Anfang des 19. Jahrhunderts | Epoche der Napoleonischen Kriege | (laut Vertrag zwischen Schweden, England und Rußland) *an Schweden abgetreten.* Erobert durch *Krieg* der Schweden gegen die Norweger.
Wurde an Schweden angeschlossen. Behielt die *volle* Autonomie (Landtag, Heer, Steuern, Zölle usw.). Jahrzehntelang Reibungen und Kämpfe.
1905. Beginn der großen Revolution im Osten Europas – daneben die *unvollendete bürgerlich-demokratische Revolution* in einem benachbarten westeuropäischen, sehr freien Staat. Ergebnis? **Die norwegische Revolution von 1905.**
Die Augustrevolution in Norwegen. Der Beschluß des Landtags (17. August 1905). Agitation der Pfaffen und Gutsbesitzer in Schweden.

Referendum | 5 Mill. Schweden
und 2 „ Norweger. |

Vertrag mit dem Nachbarstaat. Frieden und endgültiger Abschluß.

Die Pflicht des schwedischen Arbeiters? Nicht nur für die Freiheit schlechthin, nicht nur für die Autonomie, sondern unbedingt für das **Recht** auf Lostrennung.

28. 1905. Finnland und Polen.

Schacher der nationalen Bourgeoisie mit der russischen Bourgeoisie. Die Aufgaben der Klassenparteien: Kampf gegen den nationalistischen Schacher, für ein *Bündnis mit dem revolutionären Proletariat in Rußland.*

29. Fazit: (α) Bedeutung des § 9 aus der gesamten Geschichte der nationalen Bewegung.
(β) Nationales Joch in Rußland mit dem Nationalstaat als Basis und nationaler Unterdrückung in den Randgebieten.
(γ) Unvollendete bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland.
(δ) Die internationale Lage Rußlands.
(ε) Die Frage der Lostrennung selbständig entscheiden, aber Propaganda ist unbedingt erforderlich.

---

30. Besondere Position der PSD.

Die Entwicklung des Kapitalismus hat Polen und Rußland eng miteinander verbunden. Lodzer Fabriken für den russischen Markt. Nicht unsere Sache, einen neuen Klassenstaat zu schaffen. Nichts weiter!!

(α) Es wird nicht gesagt: ist die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland und im *Osten* abgeschlossen? *Nein.*

(β) Es geht nicht um Polen und seine Lostrennung, sondern um den *russischen Bauern.*

1863

XI. 1905

Widerstand gegen den Nationalismus des russischen Bauern nicht nur hinsichtlich der Forderung, keine Nationen zu unterdrücken, nicht nur hinsichtlich der Autonomie, sondern unbedingt hinsichtlich des **Rechts auf Lostrennung**.

Es ist unsinnig und reaktionär, das zu negieren oder abzuschwächen.

Das *Recht* auf Lostrennung negieren heißt den Zarismus unterstützen, gegenüber dem Nationalismus des russischen Bauern *zu nachsichtig sein.* — NB

(γ) Beispiel: Marx' Stellung zu Polen (Lopatin) und zu Irland ...[371]

Marx über Irland. *Nie kann ein Volk frei sein, das die Freiheit eines anderen Volkes unterdrückt.* — NB

Woher der Unsinn der PSD?

Nationalismus mit umgekehrtem Vorzeichen.
Erschreckt durch die Papuas.[372]
Krakau – Beispiel.
Nicht auf dieser Linie.

Die Geschichte des Auftretens der PSD mit ihrer unsinnigen und reaktionären Idee.

1895: K. Kautsky

(α) ⌊Materialismus *einseitig*⌋
(β) fürchten Sie, gegenüber dem Nationalismus des Kleinbürgertums zu nachsichtig zu sein? *Sie helfen der russischen Reaktion!*

1903. Die Kommission des II. Parteitags vs Warski.[373]

E. *Gleichberechtigung der Nationen und Rechte der Minderheit ...*

31. Keinerlei Privilegien für irgendeine Nation, für irgendeine Sprache.
Das ist vom Standpunkt des Abc des Demokratismus und der Arbeitersolidarität erforderlich.

32. Staatssprache. Nicht notwendig.
43% Großrussen
17 Kleinrussen
6 Belorussen
66
6 Polen
72% Slawen.

33. Das Beispiel der Schweiz. Besonderes Blatt.

   (α) Drei Sprachen (70 – 22 – 7%).
   (β) Graubünden 100 000 Einwohner
   < 30 000 Romanen [1%].*
   ad (γ) Die Rechte der Minderheit und das *Grundgesetz.*
   (δ) Musterbeispiel für die Lösung der nationalen Frage in der *bürgerlichen* Gesellschaft.
   (Belgien, *Finnland* etc.) [Keine Erfindungen]

34. Autonomie der Gebiete und lokale Selbstverwaltung = allgemeines Prinzip der demokratischen Ordnung. Die Grenzen? Nationale + wirtschaftliche + nach der Lebensweise etc.
35. Durchführbar? *Fortunatow versus Medem.*

   Nationale Zentren müssen nach dem territorialen Minimum und nicht nach dem Maximum beurteilt werden.

   Standpunkt der „Benachteiligten" bei Medem: absoluter Nationalismus der kleinen nationalen Inselchen!!!

36. „Wenn man schon mit der Ökonomik bricht" (Medem).
37. Garantie der Rechte der Minderheit. Das Grundgesetz des Staates (vergleiche Brünn § 4).
38. Medems Einwände **I, 2**** NB))
39. Notwendigkeit eines solchen allgemeinen, zentralen Gesetzes (vgl. die Schweiz).
40. Nur eine allgemeindemokratische und *zentralisierte* demokratische Ordnung bietet eine Garantie.

F. *National-kulturelle Autonomie.*

Termini:
{exterritorial / personell / national}

** Hinweis auf Seite 2 des ersten Hefts zur nationalen Frage. *Die Red.*

* Siehe Werke, Bd. 20, S. 4/5. *Die Red.*

41. Was ist geplant? (1) Kataster
(2) Landtag
(3) Zwangsbesteuerung.

42. Die Erfahrungen Österreichs (Brünn).

Das Programm der national-kulturellen Autonomie. Fiasko. Klerikalismus. Undurchführbar.

Angenommen wurde 1/2* Programm. Die *Unsinnigkeit* ist *sofort* ersichtlich.

43. Die prinzipiellen Grundlagen des Plans.

(0) Absoluter, gesäuberter Nationalismus. Ein zu Ende geführter.

(α) Die Losung der *nationalen Kultur*. Eine bürgerliche Losung, reaktionär versus Arbeiterbewegung und Internationalismus.

Nationale Kultur und internationale Kultur:

Absonderung	– Geschlossenheit
Vereinigung mit der Bourgeoisie, den Klerikalen etc.	– Vereinigung mit der Demokratie und den Sozialisten der and. Nationen.

NB:
Nationalmuseum in Lwow = „nationale Kultur"!!

(β) „Entziehung der Kompetenz". **Utopie!** Ihre kleinbürgerliche Grundlage. Erfindung eines schlechten Intellektuellen.

„Keine Eroberung, keine Majorisierung, kein Kampf" (Medem). Vgl. *K. Kautsky*.

(γ) Nationale Kurien im Schulwesen. Schädlichkeit. Die Neger in Amerika.

(δ) Objektive Logik: „nicht an Stelle, sondern zusammen" mit der zentralisierten Demokratie. Österreich versus Schweiz.

(ε) Ungleichmäßigkeit in der klassenmäßigen Zusammensetzung der verschiedenen Nationen.
Nicht trennen, sondern lostrennen.

* Gemeint ist ein halbschlächtiges, inkonsequentes Programm. *Die Red.*

{ bäuerliche Nationen und Städte }

(ζ) Juden – hauptsächlich Kaufleute.

| Sophismus der Bundisten: wir trennen um des *reinen* Klassenkampfes willen.

44. Nationale Autonomie für die Juden?
O. Bauer und K. Kautsky. „Kaste".
Verdienste der Juden in der Weltkultur und *zwei* Strömungen im Judentum.

45. In Rußland kastenmäßige Absonderung der Juden.
Ausweg? (1) Festigung dieser Absonderung auf diese oder jene Art
(2) Annäherung an die *demokratische* und *sozialistische* Bewegung in den Ländern der Diaspora[374].

| „Die Juden aus der Zahl der Nationen streichen"... |

46. 10½ Mill. in der Welt. Zwei Hälften | Ascher über Wien – 150 000 |.

47. *Sämtliche* bürgerliche Parteien des Judentums haben in Rußland die national-kulturelle Autonomie aufgegriffen
{ + kleinbürgerliche Demokratie 1907
+ „Bund"? *(ein Teil)* }

| Was sollte mit Bauers (kleinbürgerlicher opportunistischer) Erfindung vertuscht werden?

G. Das nationale Prinzip in der Organisation der sozialistischen Parteien.

Österreich. Erst ab Wimberg (1907). (Otto Bauer. I, 7. **1907.**)
Otto Bauer I, 7 über die Gegner
idem I, 8.*

Spaltung und *Fiasko.* Die tschechischen Separatisten (Kopenhagener Kongreß 1910) und ihre Sympathie für den **„Bund".** |

* Hinweis auf Seite 7 und 8 des ersten Hefts zur nationalen Frage. *Die Red.*

R u ß l a n d

„Föderation schlimmsten Typs“[375]	1898–1903. Austritt des „Bund“ aus der Partei. 1903–1906 1907–1911. Medem [besonderes Blatt]

Verschmelzung (Kaukasus, Riga, Wilna).
Einheit von unten.

Sprache*:

1. V g l. d i e V e r b r e i t u n g d e r S p r a c h e n.

Lüttich: 2. II. 1914
Rabinowitsch: Nationale Frage = „Erfindung“

Geschrieben zwischen dem 10. und 20. Januar (23. Januar und 2. Februar) 1914.
Zum erstenmal veröffentlicht 1937 im Lenin-Sammelband XXX.

Nach dem Manuskript.

EINFÜGUNG IN N. K. KRUPSKAJAS ARTIKEL „ZUR POLITIK DES MINISTERIUMS FÜR VOLKSBILDUNG“

In den zivilisierten Ländern gibt es kaum Analphabeten. Man ist dort bemüht, das Volk für die Schulen zu gewinnen. Die Einrichtung von Bibliotheken wird in jeder Weise gefördert. Bei uns jedoch unternimmt das Ministerium für – mit Verlaub zu sagen – Volks„bildung“ die verzweifeltsten Anstrengungen, greift zu den schändlichsten Polizeimaßnahmen, um die Sache der Bildung zu *erschweren,* um das Volk am Lernen zu *hindern!* Bei uns hat das Ministerium die Schulbibliotheken *zerschlagen!!* In keinem Kulturland der Welt gibt es noch besondere Bestimmun-

* Von hier bis zum Schluß sind die Notizen mit Bleistift auf den Schutzumschlag des Hefts geschrieben. Ebendort steht die Adresse: „Parvis St.-Grilles. Maison du Peuple. [№ 15] [10h]“. *Die Red.*

gen *gegen* die Bibliotheken, gibt es solch eine schändliche Einrichtung wie die *Zensur*. Bei uns jedoch werden, abgesehen von den allgemeinen Verfolgungen der Presse, abgesehen von den barbarischen Maßnahmen *gegen* die Bibliotheken überhaupt, noch hundertmal strengere Bestimmungen *gegen* die Volksbibliotheken erlassen! Das ist eine empörende Politik der Volks*verdummung*, die empörende Politik der Gutsbesitzer, die das Land *verwildern* lassen wollen. Einige reiche Leute wie Pawlenkow haben Geld für die Volksbibliotheken gespendet. Jetzt hat die Regierung der barbarischen Gutsbesitzer die Bibliotheken zerschlagen. Ist es für diejenigen, die die Bildung in Rußland *unterstützen* wollen, nicht Zeit zu begreifen, daß man das Geld nicht für die dem Ministerium unterstellten und der Vernichtung preisgegebenen Bibliotheken spenden muß, sondern für den Kampf um politische Freiheit, ohne den Rußland in der Barbarei erstickt.

Geschrieben im Januar 1914.
Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 24.

Nach dem Manuskript.

IV. PARTEITAG DER SOZIALDEMOKRATIE LETTLANDS[376]

13.–26. Januar (26. Januar–8. Februar) 1914

1
BERICHT DES ZK DER SDAPR AUF DEM IV. PARTEITAG DER SOZIALDEMOKRATIE LETTLANDS

Lenin (Vertreter des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands). Gen. Braun hat gesagt, man solle nicht in der Makulatur, in alten Papieren herumkramen. Das ist richtig. Dennoch muß man sich aber auf Dokumente und andere Unterlagen stützen. Wenn man sich mit der Tätigkeit der SDAPR in den letzten zwei Jahren näher befaßt, so wird einem klar, daß es ein Liquidatorentum gibt, welches die

Wiederherstellung der Partei behindert hat. Wenn wir uns nicht mit den politischen Ursachen für die Spaltung der Partei vertraut machen, dann wird uns auch der jetzige Zustand der Zerfahrenheit unverständlich bleiben. Bereits auf der Konferenz 1908 und später auf dem Plenum 1910 wurde auf die fehlerhaften Strömungen hingewiesen. Einerseits der Otsowismus, der die neuen Bedingungen in Rußland nicht begriffen hatte, und anderseits das Liquidatorentum, das die Partei verneint bzw. die Bedeutung der illegalen Partei herabwürdigt. Diese Strömungen entstanden unter dem Einfluß der Bourgeoisie. Das Liquidatorentum ist eine weitverbreitete Erscheinung. Unter den Sozialrevolutionären (Volkstümlern) traten schon im Jahre 1906 Leute auf, die die Partei zu legalisieren suchten. Das ist eine Politik der Anpassung, wie wir sie bei den Kadetten sehen. Derselbe Geist prinzipienloser Anpassung beherrscht das Liquidatorentum der Sozialdemokraten. Nur im Kampf gegen dieses Liquidatorentum kann eine starke Partei geschaffen werden. Das hat bereits die Konferenz von 1908 deutlich erklärt. Die Partei hat sich nach dem Plenum gespalten. Das Auslandsbüro des Zentralkomitees löste sich dann, ohne ein Plenum einberufen zu haben, selbst auf. Die Partei mußte im Kampf gegen die Liquidatoren wiederhergestellt werden, und das tat die Januarkonferenz. Sie beschloß, daß man in der Arbeiterkurie gegen die Liquidatoren kämpfen müsse, Gen. Braun aber nannte diesen Beschluß asiatisch. Jedoch ist ein solcher Beschluß nur eine konsequentere Schlußfolgerung aus der vom Plenum angenommenen Resolution. Die Januarkonferenz wurde von allen Seiten verurteilt.

Wie verhielt es sich nun in Wirklichkeit mit dieser Januarkonferenz? Wäre sie tatsächlich nur eine Konferenz von Spaltern gewesen, so hätte sich in einem solchen Falle die gesamte Partei vereinigen und beweisen müssen, daß diese Konferenz nicht die Partei repräsentiert. Aber das ist nicht geschehen. Genosse Braun sagte: Lenin hat nicht die breiten Massen hinter sich. Aber ein ernst zu nehmender Mensch löst eine Frage nicht auf diese Art; Tatsachen muß man ihrem ganzen Umfang nach untersuchen. Wovon zeugen nun die Tatsachen? Es waren Angaben über die Wahlergebnisse in der Arbeiterkurie veröffentlicht worden: bei den Wahlen zur II. Duma wurden für die Bolschewiki 47 Prozent der Stimmen abgegeben, bei den Wahlen zur III. Duma 50 Prozent, bei den Wahlen zur IV. Duma 67 Prozent. Diese Tatsachen sind unbestreitbar, sie zeugen

davon, daß die Beschlüsse der Januarkonferenz richtig waren. Das, was die Konferenz beschlossen hatte, wurde bei den Wahlen verwirklicht. Die Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands folgt den Bolschewiki, und das beweist, daß der Kampf gegen die Liquidatoren notwendig war. Jetzt gesteht auch die legale Presse ein, daß die Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter hinter den Bolschewiki steht.

Nach den Worten des Gen. Braun hat die Augustkonferenz[377] die von ihm erhobenen Forderungen angenommen: die Losung der demokratischen Republik, die Notwendigkeit der illegalen Partei. Aber warum will Gen. Braun dann aus dem von dieser Konferenz geschaffenen Organisationskomitee austreten? Das zeugt weder von politischer Einsicht noch von Festigkeit in der politischen Arbeit. Genosse Braun sagte, es gebe jetzt nur vereinzelte Liquidatoren unter den Literaten, aber kein eigentliches Liquidatorentum. Aber was zeigt der „Lutsch" mit seinen Angriffen gegen die illegale Partei, mit seinem Kampf gegen die Parteitreuen? Die Liquidatoren haben nicht gehalten, was sie Gen. Braun versprochen hatten: Sie haben die Losung der demokratischen Republik und die Notwendigkeit der illegalen Partei nicht unterstützt. Die Letten wollen aus dem Organisationskomitee austreten. Das beweist ebenfalls, daß der Augustblock nur eine Fiktion war. Es ist lächerlich, ja demagogisch, von Einheit mit den Liquidatoren zu reden, solange die letzteren nicht von ihren jetzigen Ansichten abrücken und diametral (völlig) entgegengesetzte Ansichten vertreten. Solange das Liquidatorentum bleibt, was es ist, ist die Einheit unmöglich. Diejenigen, die für eine legale Partei sind, können sich nicht mit denen vereinigen, die für die illegale Partei sind. Jetzt gibt es zwei Parteien, die eine existiert wirklich, die andere ist eine Fiktion, eine bloße Erfindung. Diese fiktive Partei ist eine Gruppe von Intellektuellen, die die Arbeiter nur desorganisieren mit ihren Angriffen gegen die illegale Partei. Der „Lutsch" vereinigt nicht einmal alle Literaten des Augustblocks, sondern nur die Liquidatoren. Gegen die Liquidatoren kann es nichts geben als Kampf.

„Demagogie", „Einheit", „Spalter" – das sind nur tönende Worte; solche Worte kann auch ein Papagei nachplappern. Aber man muß sich die Tatsachen vor Augen führen. Die „Prawda" hat im Laufe eines Jahres etwa 2000 Arbeitergruppen vereinigt, der „Lutsch" dagegen nur 550. Das Organ, das für die illegale Partei eintritt, hat viermal soviel Anhän-

ger zusammengebracht wie die Zeitung „aller Richtungen". Die Tatsachen zeigen, daß sie, die Bolschewiki, die Mehrheit der russischen Arbeiter vereinigt haben. Die im Sommer einberufene Beratung hat dasselbe bewiesen.

Lenin wird der Spaltung der Fraktion bezichtigt. Aber ein ganzes Jahr lang haben die 6 Abgeordneten gegen das Liquidatorentum in der Fraktion gekämpft. Hinter den Bolschewiki steht die Mehrheit, hinter ihnen steht die Partei. Die Fraktion muß sich der Mehrheit der Partei unterordnen, muß mit ihr gemeinsam handeln. Wenn sie das nicht tut, dann stellt sie sich außerhalb der Partei, neben die Partei. Überall ist es üblich, daß die Fraktion sich den Beschlüssen der Partei unterordnen muß. So muß es auch in Rußland sein. Die Abgeordneten der Reichsduma sind nicht irgendwelche sozialdemokratische Schwätzer, sondern Parteifunktionäre, die sich der Partei unterzuordnen haben.

Hinter den Liquidatoren ist nichts als eine Fiktion, als Phrase und Geschimpfe. Was geschah denn nach der Spaltung der Fraktion? Die sechs Abgeordneten erhielten 6000 Unterschriften, die sieben 2000. Das kann jedermann in der Presse nachlesen. Martow hat gesagt, daß hinter der Sieben die Institutionen der Marxisten stehen, aber das sind doch Institutionen, die nicht die Masse der Parteimitglieder vertreten, sie sind nur eine Fiktion.

Die Bolschewiki treten für die Einheit ein. Aber wer sind denn die Leute, die nicht in die illegale Partei eintreten können? Die Einheit der illegalen Partei ist unerläßlich. Die Einheit von unten. Gegen diejenigen jedoch, die über die illegale Partei herfallen, die Bedeutung dieser Partei herabwürdigen, gegen diejenigen bleibt nur der Kampf. Sollen sie eine Garantie geben, daß die illegale Partei unangetastet bleibt, daß die Losung der demokratischen Republik nicht verunglimpft wird – nur dann ist die Einheit von oben und von unten möglich. Ich weiß nicht, wie es in Asien ist, aber in Europa bezeichnet man diejenigen als Spalter, die die Mehrheit nicht anerkennen. Spalter nennt man eine Minderheit, die sich den Beschlüssen der Mehrheit nicht unterordnet.

Zum erstenmal veröffentlicht am 14. Mai 1915 in lettischer Sprache in der Zeitung „Strahdneeks" Nr. 37 (Boston).

Nach dem Text der Zeitung. Übersetzung aus dem Lettischen.

2
SCHLUSSWORT AUF DEM IV. PARTEITAG DER SOZIALDEMOKRATIE LETTLANDS

Lenin. Man wirft mir „demagogische Methoden", Spaltung usw. vor. Aber wie haben sich denn die Gegner verhalten? Sie bewerfen die Bolschewiki ständig mit Schmutz. Allein Martows schäbige Broschüre kann dafür als Beispiel dienen. – Ich habe lediglich meine Meinung geäußert, daß die Bolschewiki an der Konferenz des Internationalen Büros teilnehmen werden. Darüber wird jedoch noch das Zentralkomitee entscheiden müssen, in dem Arbeiter sitzen. Sie werden diese Frage entscheiden, nicht Lenin. – Diejenigen, die sagen, es gebe kein Liquidatorentum, respektieren den Parteitag nicht. In den Beschlüssen der Partei wird bereits seit 1908 klar gesagt, was das Liquidatorentum ist. Diese Beschlüsse sind nicht aufgehoben, man muß ihnen Rechnung tragen. Jetzt werden die liquidatorischen Ideen in den Zeitungen des „Augustblocks" propagiert. Die Anhänger des Organisationskomitees behaupten hier, sie träten nicht gegen die Partei auf, was aber sagt ihre Zeitung? Solche Beispiele gibt es viele. Auch der Versöhnler An wollte gegen die parteiwidrige Agitation auftreten, aber die Redaktion blieb bei ihrer Meinung. Mit denen, die die Anschauungen des „Lutsch" verteidigen, kann man sich nicht vereinigen. Kampf für eine „legale Arbeiterpartei" ist Liquidatorentum. – Zu der Konferenz, die jetzt einberufen wird, muß man nicht gehen, um sich mit den Liquidatoren zu vereinigen, sondern um sie zu entlarven und zu beweisen, daß der Augustblock eine Fiktion ist. – Die liquidatorische Presse engt die Losungen ein, begrenzt die revolutionäre Taktik. Die Liquidatoren haben keinerlei illegale Literatur, eine solche Literatur haben nur die Bolschewiki. Daß Organisationen der Bolschewiki in Rußland existieren, ist aus der letzten Nummer (31) ersichtlich. Die Wahlen zur IV. Reichsduma haben ebenfalls gezeigt, daß den Bolschewiki die überwiegende Mehrheit der Arbeiter folgt. Das sind Tatsachen, die jeder überprüfen kann. Davon zeugt auch die materielle Unterstützung der Zeitungen. – Das Geschrei über die Einheit bedeutet noch gar nichts, man muß verstehen, die Vereinigung herbeizuführen. Die Bolschewiki haben in Rußland die Mehrheit vereinigt, die Augustkonferenz hingegen hat nichts ver-

einigt. Von ihr rückt Braun ab, rückt Trotzki ab – der „Augustblock" zerfällt. Burjanow gehört auch nicht mehr zu den 7 Abgeordneten. – Um die Vereinigung möglich zu machen, ist die Verurteilung der Liquidatoren unerläßlich.

Zum erstenmal veröffentlicht am 24. Juli 1915 in lettischer Sprache in der Zeitung „Strahdneeks" Nr. 63 (Boston).

Nach dem Text der Zeitung. Übersetzung aus dem Lettischen.

3
ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DIE STELLUNG DER SOZIALDEMOKRATIE LETTLANDS ZUR SDAPR

Resolution Sijemelis'

1. Die Vereinigung aller wirklich sozialdemokratischen Kräfte und die straffe Einheit der Partei in Rußland sind unbedingt notwendig, besonders jetzt, da der Kampf der Arbeiterklasse mehr und mehr in die Breite wächst. Diese Einheit ist nur zwischen den Sozialdemokraten möglich, die in ihrer Tätigkeit folgendes anerkennen:

a) daß die SDAPR gegenwärtig nur illegal existieren kann und daß alle Sozialdemokraten einer illegalen Parteiorganisation angehören müssen;

b) daß die Sozialdemokratie Rußlands unter den Massen eine Agitation im Sinne der revolutionären Forderungen von 1905 betreiben und die Arbeiter aufrufen muß, sich an die Spitze der gesamten Befreiungsbewegung zu stellen und für eine neue Revolution zu kämpfen.

Der Parteitag erkennt an, daß es in jeder Stadt *eine vereinigte sozialdemokratische Organisation* geben soll, der die Arbeiter aller Nationalitäten angehören und die ihre Arbeit in allen Sprachen leistet, die von dem örtlichen Proletariat gesprochen werden. Der Parteitag fordert die Sozialdemokraten aller Nationalitäten auf, energisch für eine wirkliche, feste, von unten durch die Arbeiter selbst herbeizuführende Einheit, für eine wahrhaft proletarische Einheit zu kämpfen.

2. Im Mittelpunkt des innerparteilichen Kampfes steht in den letzten 5 Jahren die Frage der *liquidatorischen Richtung.* Bereits auf der Gesamt-

russischen Konferenz 1908, noch vor allen Spaltungen, beschloß die Partei, daß sie unter Liquidatorentum den Versuch eines gewissen Teils der Parteiintelligenz versteht, die bestehende Organisation der SDAPR zu liquidieren und sie durch eine formlose Vereinigung im Rahmen einer Legalität um jeden Preis zu ersetzen, selbst um den Preis einer offenkundigen Absage an das Programm, die Taktik und die Traditionen der Partei.

Auf der Plenartagung des ZK der SDAPR im Januar 1910, auf der alle Richtungen und Strömungen der Partei vertreten waren, wurde das Liquidatorentum erneut *einstimmig* von der gesamten Partei verurteilt als „Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat", der sich in der Verneinung der illegalen sozialdemokratischen Partei zeigte, in der Herabwürdigung ihrer Rolle und Bedeutung, in Versuchen, die programmatischen und taktischen Aufgaben und Losungen der revolutionären Sozialdemokratie zu beschneiden und so weiter.

Der Versuch der Versöhnler, sich um jeden Preis mit den Liquidatoren zu vereinigen (Augustkonferenz 1912), hat sich als nutzlos erwiesen, und die Vereiniger sind selbst in ideologisch-politische Abhängigkeit von den Liquidatoren geraten.

Der IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands verurteilt entschieden die liquidatorische Richtung und beschließt, den lettischen Vertreter aus dem Organisationskomitee, das sich von den Liquidatoren nicht abgegrenzt hat, abzuberufen.

3. Zur Durchführung breiter politischer Kampagnen beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee, mit den Organisationen Verbindung aufzunehmen, deren politische Linie mit den vom Parteitag angenommenen Resolutionen übereinstimmt.

4. Der Parteitag begrüßt die Initiative des Internationalen Sozialistischen Büros, die Frage der Vereinigung der Sozialdemokratie Rußlands auf die Tagesordnung zu setzen, und beauftragt das Zentralkomitee, dies durch alle geeigneten Schritte zu unterstützen und dabei die in dieser Resolution zum Ausdruck gebrachten Ansichten zu verfechten.

Zum erstenmal (unvollständig) veröffentlicht 1957 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 3.

Nach dem Manuskript.

RESOLUTION DES ZK DER SDAPR ÜBER DIE SCHAFFUNG EINER ORGANISATIONSABTEILUNG DES ZK ZUR LEITUNG DER ILLEGALEN ARBEIT[378]

In Anbetracht der konspirativen Bedingungen wird eine besondere Abteilung des ZK zur unmittelbaren Leitung der illegalen Organisationsarbeit geschaffen.

Gemeinsame Versammlungen aller Abteilungen des ZK finden nur in außerordentlichen Fällen statt unter besonderer Beachtung der konspirativen Bedingungen und nur nach Vereinbarung zwischen den Vertretern beider Abteilungen. Die üblichen Verbindungen werden über einzelne Bevollmächtigte aufrechterhalten.

Die Organisationsabteilung des ZK erhält die Tarnbezeichnung Arbeitergenossenschaftskommission.

Diese Abteilung lenkt 1. die Arbeit des Petersburger Komitees, unterstützt sie systematisch und bringt sie im Falle von Verhaftungen wieder in Gang; 2. sorgt sie für die Koordinierung der Arbeit aller legalen Organisationen im Sinne der Partei; 3. macht sie besonders konspirative Formen zur Tarnung der illegalen Verbindungen und Unternehmen ausfindig; 4. vereinigt sie die Arbeit im gesamtrussischen Maßstab und organisiert regelmäßige Verbindungen und Instruktionsfahrten; 5. leitet sie vor allem die Vorbereitung des Parteitags im August 1914[379].

Die Zusammensetzung der Organisationsabteilung, die aus 3 bis 5 Personen und der gleichen oder doppelten Anzahl von Kandidaten bestehen soll, wird vom Russischen Kollegium des ZK bestimmt.

Geschrieben 2.–4. (15.–17.) April 1914.

Zum erstenmal veröffentlicht 1957 in der Zeitschrift „Woprossy Istorii KPSS" Nr. 3.

Nach dem Manuskript.

REZENSION[380]

I. M. KOSMINYCH-LANIN: Überstundenarbeit in den Fabriken und Werken des Gouvernements Moskau, *Moskau 1914. Preis 1 Rbl.*

In der unlängst erschienenen neuen statistischen Broschüre des Herrn Kosminych-Lanin wird die für die russischen Arbeiter außerordentlich brennende Frage der Überstundenarbeit untersucht.

Es muß erwähnt werden, daß sich die von Kosminych-Lanin angeführten statistischen Angaben nur auf das Jahr 1908 beziehen und ausschließlich die Arbeiter des Gouvernements Moskau betreffen. Außerdem sind die Zahlen von 1908 heute auch als stark überholt anzusehen, besonders wenn man berücksichtigt, daß das Jahr 1908 ein Jahr der industriellen Stagnation war und daß die Entwicklung der russischen Industrie im darauffolgenden Jahr durch einen industriellen Aufschwung und damit auch durch eine verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften gekennzeichnet war. Und das wiederum mußte zu einer verstärkten Anwendung von Überstundenarbeit in einer ganzen Reihe von Industriezweigen führen.

Die Angaben Kosminych-Lanins (eines Fabrikinspektors des Gouvernements Moskau) tragen zweifellos halboffiziellen Charakter – sie wurden durch eine Befragung der Unternehmer ermittelt, so daß ihnen gegenüber eine gewisse Vorsicht geboten ist; dennoch kann man nicht umhin, ihnen größte Aufmerksamkeit zu widmen. Vor allem ist die Literatur zu dieser Frage bei uns in Rußland derart dürftig, daß hier jede Arbeit ausgenutzt werden muß, und außerdem bietet uns selbst diese halboffizielle Statistik außerordentlich viel Interessantes.

Herr Kosminych-Lanin hat mit seiner Untersuchung insgesamt 112 380 Arbeiter in 152 Betrieben, vorwiegend Großbetrieben des Gouvernements Moskau, erfaßt; dabei nahm den weitaus größten Raum in der Untersuchung die Textilindustrie ein.

Aus den in der Broschüre angeführten Zahlen geht hervor, daß die Überstundenarbeit in der Textilindustrie des Bezirks Moskau nicht sehr verbreitet ist. So leisten von 59 000 erfaßten Arbeitern aus der Baumwollverarbeitung nur 767 Personen Überstunden an Feiertagen. Eine be-

deutend größere Zahl leistete Überstunden an Werktagen (1717 Pers.), aber auch hier schwankt der Prozentsatz zwischen 1 und 2 Prozent der Gesamtzahl. Das ist auch verständlich, denn die Textilindustrie erfordert aus technischen Gründen zu jeder Zeit eine mehr oder weniger im voraus bestimmte Zahl von Arbeitskräften; und was die Hauptsache ist, das Jahr 1908 war ein für die Textilindustrie keineswegs günstiges Jahr. Die Unternehmer waren oft eher an einer Einschränkung der Produktion als an einer Erhöhung der Produktivität der Betriebe durch Überstunden interessiert.

Ein anderes Bild bietet ein weiterer wichtiger Industriezweig, die metallverarbeitende Industrie. Hier ist die Überstundenarbeit sehr verbreitet und erfaßt mitunter bis zu 20 Prozent aller Arbeiter.

Was die Dauer der Überstundenarbeit betrifft, so schwankt sie nach den Angaben Kosminych-Lanins bei den Metallarbeitern ebenso wie bei den Textilarbeitern im allgemeinen zwischen 25 und 35 Stunden pro Überstunden leistenden Arbeiter (Werktags- und Feiertagsarbeiten zusammengerechnet). Die Zahl ist sehr hoch. Diese durchschnittlich 30 Stunden, die für Überstundenverdienst von der Freizeit abgehen, gehen selbstverständlich voll und ganz auf Kosten der kulturellen und geistigen Entwicklung des Arbeiters.

Betrachten wir, was die Arbeiter nun für den geistigen Raubbau an ihrer Arbeit, ihren Muskeln, ihren Nerven ... erhalten. Herr Kosminych-Lanin errechnet sehr detailliert den Stundenverdienst der Arbeiter für Überstundenarbeit in den verschiedenen Industriezweigen. Und da sehen wir, daß diese Arbeit bei den Textilarbeitern durchschnittlich mit nur 15–16 Kop. pro Stunde – selten höher – bezahlt wird. Die Bezahlung erhöht sich etwas im April und September, sinkt dann aber wieder in der Zeit von Dezember bis Februar bis auf 13 Kopeken ab. Besonders miserabel sind die Löhne in den Wollwebereien; so betrug der durchschnittliche Stundenlohn hier im Monat März für Sonn- und Feiertagsarbeit nur 6,75 Kop. Wie hoch mag bei solchen Tarifen der Normallohn sein!

Nicht viel besser als die Arbeit der Textilarbeiter wird, wie aus den Tabellen ersichtlich ist, die des Metallarbeiters bezahlt; sein Durchschnittsverdienst je Überstunde schwankt zwischen 13 und 20 Kop. Überhaupt zeigen Bewegung und Höhe der Überstundentarife der Moskauer Metall-

arbeiter deutlich, wie ungünstig die Arbeitsbedingungen hier schon allein im Vergleich zu Petersburg sind.

Für die ganze Überstundenarbeit erhalten die Moskauer Arbeiter tatsächlich nur Pfennige.

So betrug der monatliche Durchschnittsverdienst für Überstunden:

Textilarbeiter		(in Kopeken)
An Sonn- und Feiertagen	obligat.	408
	nicht obligat.	221
An Werktagen	obligat.	353
	nicht obligat.	235
Metallarbeiter		
An Sonn- und Feiertagen	obligat.	337
	nicht obligat.	184
An Werktagen	obligat.	325
	nicht obligat.	231

Abschließend muß betont werden, daß die Untersuchung des Herrn Kosminych-Lanin den Hauptherd der Überstundenarbeit, die Kleinindustrie, fast gar nicht berührt hat (nur 1,45 Prozent der erfaßten Arbeiter waren in Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten tätig). Indes hätte eine Untersuchung der Arbeitsbedingungen in der Kleinindustrie zweifelsohne erstaunliche Resultate ergeben können.

„Prosweschtschenije" Nr. 5,
Mai 1914.
Unterschrift: I. W.

Nach dem Text der Zeitschrift
„Prosweschtschenije".

BESCHLUSS DES ZK DER SDAPR

Das Zentralkomitee spricht der Delegation des ZK auf der Brüsseler Konferenz[381] seinen Dank aus für die geschickte und energische Verteidigung der Parteilinie. Das ZK bittet das Kollegium der Delegierten, einen

Vertreter zu wählen, der auf dem Parteitag oder der Konferenz der SDAPR im August 1914 Bericht erstattet.

Geschrieben am 5. oder 6. (18. oder 19.) Juli 1914.
Zum erstenmal veröffentlicht 1958 in der Zeitschrift „Istoritscheski Archiw" Nr. 6.

Nach dem Manuskript.

DIE POLNISCHE OPPOSITION AUF DER BRÜSSELER KONFERENZ[382]

Die polnische Opposition mit Malecki an der Spitze ist auf der Brüsseler Konferenz auf die Seite der Liquidatoren übergegangen. Worte und Taten stimmen bei diesen Leuten nicht überein. Warten wir die Resultate ihres am 3. Juli mit Alexinski, Plechanow und den Liquidatoren eingegangenen Blocks ab. Eine Prüfung an Hand der Erfahrung ist die beste Prüfung.

Geschrieben im Juli 1914, nach dem 5. (18.).
Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 25.

Nach dem Manuskript.

PLÄNE ZU EINEM ARTIKEL „REVOLUTION UND KRIEG"[383]

Revolution und Krieg

1

I. α) VII-Tage 1914 vs I. 1905
   1. Kirchenfahnen – Barrikaden

2. Gapon – sozialdemokratische illegale Organisation
3. verbreitete Losung – die 3 Grundpfeiler[384]
4. naive Einstellung – hartnäckiger Kampf
5. organisierte Beendigung mit einer bestimmten Losung. { „Kiewskaja Mysl"[385] „Russkoje Slowo". }

II. Losung des Streiks und des bewaffneten Aufstands (der Dummkopf L. W. in Plechanows Zeitung).
III. Krieg zwischen Österreich und Serbien vs europäischer Krieg.
IV. Militarismus, Imperialismus.
Die Gewehre schießen von allein.
Kampf gegen den Krieg
Resolution von Jaurès vs Guesde
Erfahrungen der Arbeiter Rußlands.
Der beste Krieg gegen den Krieg: Revolution.

2

1. Julitage vs 9. I.
2. Politische Krise { Okt. 22. IV. Rasputin Hunger.
3. Anwachsen der Bewegung und Weiterentwicklung der Losungen.
4. Das hinweggewischte Liquidatorentum und die Auslandsgrüppchen.
5. Krieg Österreichs gegen Serbien.
6. Imperialismus und Militarismus.
7. Krieg gegen den Krieg.
8. Die internationale Situation und die Aufgaben des russischen Proletariats.

Geschrieben zwischen dem 15. und 18. (28. und 31.) Juli 1914.

Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 25.

Nach dem Manuskript.

1914–1917

ÜBER DIE LOSUNG DER UMWANDLUNG DES IMPERIALISTISCHEN KRIEGES IN DEN BÜRGERKRIEG[386]

⁂ Die einzig richtige proletarische Losung ist die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Eine solche Umwandlung ergibt sich aus allen objektiven Bedingungen der gegenwärtigen Kriegskatastrophe, und nur durch eine systematische Propaganda und Agitation in *dieser* Richtung können die Arbeiterparteien die Verpflichtungen erfüllen, die sie in Basel übernommen haben.[387]

Nur eine solche Taktik ist eine wirklich revolutionäre Taktik der Arbeiterklasse und entspricht den Bedingungen der neuen historischen Epoche. ⁂

Geschrieben nicht vor September 1914.
Zum erstenmal veröffentlicht 1961 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 26.

Nach dem Manuskript.

PLAN ZU DER BROSCHÜRE „DER EUROPÄISCHE KRIEG UND DER EUROPÄISCHE SOZIALISMUS"[388]

Der europäische Krieg und der europäische Sozialismus

1. Charakter des Krieges: Imperialismus (als das Wesentliche).
   Imperialismus als *letztes* Entwicklungsstadium des Kapitalismus.

2. Nationale Kriege zu Beginn der bürgerlichen Epoche vs ——→ imperialistische Kriege am Ende dieser Epoche.

{ *Nationaler* Krieg: das nationale Territorium als Basis für die Entwicklung des Kapitalismus festigen, die vorkapitalistischen Überreste hinwegfegen.

Imperialistischer Krieg: allen ist es schon zu eng auf dem untergehenden kapitalistischen Schiff, die anderen verdrängen und das Ende des Kapitalismus hinauszögern.

3. Lange (30–40 Jahre) diplomatische Vorbereitung des Krieges: er ist „natürlich", „vorauszusehen" (und „wir sind es nicht mehr gewöhnt": Adler in der letzten Sitzung des Internationalen Büros[389]).
4. Untergeordnete Bedeutung des nationalen Krieges (Serbien) im gegenwärtigen Krieg.
5. Ausnutzung der Tradition des nationalen Krieges durch die Bourgeoisie: *„La patrie"**, *Luzzatti.*
6. „Vaterland". Zitat aus dem „Kommunistischen Manifest". Erläuterung des Zitats.
7. (α) Die Arbeiter haben kein Vaterland.

   (β) Z u e r s t im Rahmen der Nation ——→ cf. Kriege 1790–1814, 1859, 1866, 1870.

   [jetzt ein Krieg Indiens oder Chinas gegen Japan ((eventuell))]

   (γ) auch das *nicht* im bürgerlichen Sinne.

   (δ) Ohne gemeinsame Anstrengungen der Proletarier ist die Befreiung nicht möglich.

   (ε) Fallen der nationalen Schranken.
8. Einstellung zu dieser Wahrheit: Verteidigung des Nationalismus durch die Opportunisten (Jaurès in „L'Armée nouvelle") . . .[390]

* „Das Vaterland". *Die Red.*

(H. Wendel in *„Neue Zeit“*, 1914, **Nr. 19,** S. *8 4 3; für* Jaurès).[391]

9. Schwankungen in der Internationale: Verteidigungs- und Angriffskrieg oder „Standpunkt des proletarischen Interesses“?
10. Zitate aus alten Erklärungen Bebels u. a. und Verschweigen der Resolution von 1912.
11. Basler Manifest (α) Zitate aus Stuttgart
    (β) Gefahr des Bürgerkrieges (1871 und 1905)
    (γ) „Verbrechen“
12. „Schrecken der Invasion“ = Sophismus (Kautsky) ...
    „Tolstoianertum“ = id.
    „Die praktische Frage ...: Sieg oder Niederlage des *eigenen* Landes“ = Sophismus.[392]
    All das läuft auf die Frage der 2 Lager hinaus. Ja, aber welche 2 Lager? Nationen oder Klassen? Was verlieren die Arbeiter mit dem Vaterland? Das „Ewige“ im Vaterland. Vaterland als bürgerlicher Staat und seine Grenzen – Vaterland als Sprache, Territorium etc.
13. Die praktische Haltung der Sozialisten zu diesem Krieg:
    Vor dem Kriege: H. Wendel in „Neue Zeit“, 1914, **Nr. 18.**[393]
    id. „*V o r w ä r t s*“
    „Leipziger Volkszeitung“ über den Kampf gegen den „Zarismus“
    id. „*V o r w ä r t s*“.[394]
14. Nach dem Krieg: serbische Sozialisten. [Invasion? Unterwerfung?] S. 10 der Auszüge
15. Russische Sozialdemokraten (Verlassen des Saales ist kein Einwirken; vgl. Fischer.[395])

Ad 15.

Russen in Paris „freiwillig in den Heeresdienst eingetreten“??

(1) Deklaration russischer Sozialisten.[396]

(2) Deklaration von Leder und Co.

„Golos“ Nr. 9.[397]

Stellung Plechanows

||| „Sowremennoje Slowo“ *Auszüge*.[398]

||| „*Golos*“ *Nr. 3* (15. IX.).[399]

Smirnow (J.) und P. Maslow.[400]

16. Die französischen und die belgischen Sozialisten.
    Sie erdrosseln uns? Daher ... zum bürgerlichen Minister??
    Vandervelde. Guesde. (Autoritäten?)

    Bewilligung der Kredite?
    Was tun? Den Bürgerkrieg propagieren und vorbereiten.
    Nicht Minister werden, sondern illegaler Propagandist!!

    Chauvinismus von Vaillant und Co. in „l'Humanité“.[401]

    Compère-Morel über 1792[402] und ...
    ... die Russen in Polen.

    Der verachtungswürdige G. Hervé und die Anarchosyndikalisten.[403]

    „Demokratie“ – und Bündnis mit dem Zaren??

17. Die englischen Sozialisten
    Hyndman und die Stellung der deutschen sozialdemokratischen Presse zu ihm vor dem Kriege.[404]

    Keir Hardie und MacDonald.
    Der Kampf gegen den Chauvinismus des *eigenen* Landes.
    Der preußische Militarismus, und Ägypten? und die Knechtung der Frauen?
    Beteiligung an der Werbung.

18. Die deutschen Sozialdemokraten. Das Wichtigste. Hegemonie in der Internationale. „Von wem viel verlangt wird“ ...
    Rede Haases ... Rechtfertigung des Krieges.[405]
    Bewilligung der Kredite = Verrat!
    „Zarismus“. Sophismus und Lüge!!
    Bürgerliche Lüge!!
    Bernstein im „Vorwärts“ über Engels (1859) ...[406]

Engels 1890[407] (contra *M e h r i n g*)[408]
„Hamburger Echo“ *vs* „Vorwärts“.[409]

19. Brutaler Chauvinismus vs schaler und heuchlerischer Chauvinismus.

20. R. Fischer und die Antwort an ihn.[410]
(Die Verletzung der Neutralität Belgiens wird verteidigt.)
„Sozialistische Monatshefte“: Die Durchbrechung der Neutralität Belgiens wird moralisch gerechtfertigt.[411]

21. Zwei Strömungen im deutschen Sozialismus
K. Liebknecht („Golos“ Nr. 12[412] und englische Zeitungen).
„Bremer Bürger-Zeitung“ – Mehring – Halle[413]
(schüchterne Proteste) . . .

22. Zusammenbruch der Internationale { „Bremer Bürger-Zeitung“[414] Mehring Schweizer Zeitungen } Über den *Z u s a m m e n b r u c h d e r I n t e r n a t i o n a l e*
„Volksrecht“[415]

Polemik zwischen Franzosen und Deutschen
Manifest der Franzosen und Belgier (vom Internationalen Büro?).[416]

„Die wiederhergestellte und von Überläufern befreite Internationale.“

„Standpunkt der Regierung bei den Franzosen“
(und bei den Deutschen??)

|| „Die von Überläufern befreite Internationale“ („Golos“ Nr. 12).[417] ||

23. *B e s c h ö n i g u n g* des Zusammenbruchs der Internationale.
Vandervelde und Kautsky
„Der Kuckuck und der Hahn“.
„Beide haben recht“
⌊„kleinmütige Freunde“⌋??

NB

Die Reise Südekums.[418]
Die Interessen der französischen und der deutschen Bourgeoisie.

24. Gründe für den Zusammenbruch der Internationale:
Opportunismus
Stuttgart 1907
Linke Beratung 1910 in Kopenhagen.[419]

25. Die Ideen der Opportunisten und die jetzige Haltung { aus der dänischen Resolution über den Opportunismus.[420] }

26. Die gesamte Internationale?

    Nein!!! Die Serben
    Keir Hardie
    Antwort an Fischer.

    Elemente einer dritten Internationale.

    Autoritäten: Kautsky, *Guesde*, Vandervelde??

    (Stellung zu den Autoritäten) . . .

27. Opportunismus vs „Zentrum" in der Internationale.

    { „Sozialistische Monatshefte". Die meisten sozialdemokratischen Zeitungen. Methoden des „Vorwärts" Kautsky. } { Heuchelei oder Beschönigung. }

28. Frieden gegen Krieg oder Bürgerkrieg gegen nationalen Krieg? (Der Frieden der Opportunisten, die sich mit der Bourgeoisie vereinigt haben.)

    „Ein honetter Frieden" – Losung der kleinbürgerlichen Radikalen, des Kleinbürgertums (vgl. Trevelyan und Co. in England).[421] cf. *„Frankfurter Zeitung"*, Auszüge.[422]

29. Umwandlung des nationalen Krieges in den Bürgerkrieg
    1871
    1905

Der historische Charakter dieser Umwandlung.

    „Weg zur Macht" und *„Streben nach Niederwerfung"*.

    Das Tempo dieser Umwandlung ist eine Sache, das Wirken in dieser Richtung eine andere.

30. Legalität und Illegalität der Organisation.

    Riga und das Petersburger Komitee in Rußland (Echo im *„Russkoje Snamja"*)[423]

    || Contra K. Kautsky und Co. über den „Patriotismus" der Arbeiter in Rußland.

Vergleich
mit dem Heer.

30 *bis*. „Vorwärts" und *Klassenkampf*.

„Golos" Nr. 18, Spalte 1
und Nr. 18, Spalte 4.[424]
(„W. C. Modell 70")[425]

nicht auf die legale Organisation verzichten, aber sich auch nicht auf sie beschränken

31. ⌊„Volkskrieg"⌋. Ja! Aber andere Schlußfolgerungen hieraus. ⟶ Miliz durchaus nicht nur zur Verteidigung.
⟶ Es lebe der Krieg und die 42 cm!![426]

32. Frank und ⌊„Opfertod"⌋ . . . „von sozialdemokratischer Warte" . . .

32 *bis*. Der Krieg hat alle Schwächen sowohl der Regierungen als auch der sozialistischen Parteien offenbart.

33. Die Schrecken des Krieges und seine Folgen. Die revolutionäre Bewegung – und der Zusammenbruch der erbärmlichen Diplomatie des „Zentrums".

33 *bis*. Die reaktionären Ziele des Krieges *„Kreuz-Zeitung"*[427] und *„Nowoje Wremja"*.
Der „Pessimismus" MacDonalds?[428]
Verstärkung des Nationalismus.
Der letzte Krieg?

J. Smirnow in den „Russkije Wedomosti" Nr. 202.
Nationalismus in *Rußland*.
PSD und Sozialrevolutionäre.
„Freiwilliger Eintritt in den Heeresdienst": siehe § 15.

34. Richtung der Arbeit: Bewilligung der Kredite = Fanfarenbläser im Kriege.

(1) Nicht für die Kredite stimmen. Das ist Verrat.
(2) Gegen die Chauvinisten des *eigenen* Landes.
(3) Sich nicht auf die legale Organisation beschränken.
(4) Nicht vergessen das Basler Manifest über die Gefahr des Bürgerkrieges.

35. Vielleicht auch noch ein halbes Jahrhundert Sklaverei bis zur sozialistischen Revolution, aber was wird *unsere* Epoche hinterlassen, welchen Beitrag werden wir leisten? Verachtung gegenüber den Opportunisten und Verrätern oder V o r b e r e i t u n g des Bürgerkrieges??
Martow im „Golos“ Nr. 21
noch nicht die Losung der Kommune: Isolierung von den breiten Volksmassen!!?[429]

Geschrieben September–Oktober 1914.
Zum erstenmal veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XIV.

Nach dem Manuskript.

AN DEN AUTOR DES „LIEDES VOM FALKEN“

Voller Schmerz wird jeder klassenbewußte Arbeiter die Unterschrift Gorkis neben der Unterschrift P. Struves unter dem chauvinistisch-pfäffischen Protest gegen die deutsche Barbarei lesen.[430]

In einem Gespräch über den Kniefall Schaljapins sagte Gorki einmal: „Man darf ihn nicht gar so streng verurteilen: Wir Künstler haben eine andere Mentalität.“ Mit anderen Worten: Der Künstler handelt oft unter dem Einfluß einer Stimmung, die bei ihm eine solche Stärke erreicht, daß sie keine anderen Erwägungen aufkommen läßt.

Mag es so sein. Mag man Schaljapin nicht so streng verurteilen dürfen. Er ist Künstler und nur das. Er steht der Sache des Proletariats fremd gegenüber: Heute ist er ein Freund der Arbeiter, morgen ein Erzreaktionär ... je nach Stimmung.

Gorki aber betrachten die Arbeiter als einen der Ihren. Sie haben immer geglaubt, daß ihm die Sache des Proletariats genauso am Herzen liegt wie ihnen, daß er sein Talent in den Dienst dieser Sache gestellt hat.

Darum richten sie an Gorki auch Grußbotschaften, darum ist ihnen sein Name teuer. Und dieses Vertrauen der klassenbewußten Arbeiter erlegt Gorki eine gewisse *Verpflichtung* auf – seinen guten Namen zu hüten und ihn nicht zur Unterzeichnung aller möglichen billigen chauvi-

nistischen Proteste herzugeben, die weniger klassenbewußte Arbeiter in die Irre führen können. Sie sind in vielen Dingen noch nicht imstande, sich selbst zurechtzufinden, und der Name Gorkis kann sie irreleiten. Struves Name wird keinen Arbeiter irreleiten, der Name Gorkis aber kann das.

Und auch die klassenbewußten Arbeiter, die die ganze Verlogenheit und Abgeschmacktheit dieses heuchlerischen Protestes gegen die „deutschen Barbaren" begreifen, werden dem Verfasser des „Liedes vom Falken" einen Vorwurf nicht ersparen können. Sie werden ihm sagen: „In einer so schwierigen, verantwortungsvollen Zeit, wie sie das russische Proletariat jetzt durchlebt, haben wir erwartet, daß Sie Hand in Hand mit den fortgeschrittensten Kämpfern des Proletariats gehen werden, und nicht mit Herrn Struve und Co.!"

„Sozial-Demokrat" Nr. 34,
5. Dezember 1914.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".

ANMERKUNG „VON DER REDAKTION" ZU DEM ARTIKEL „DIE UKRAINE UND DER KRIEG"

Von der Redaktion

Der hier veröffentlichte Artikel stammt von einem bekannten Anhänger der Richtung des „Dswin"[431]. Gegen diese Richtung mußten wir noch vor ganz kurzer Zeit eine heftige Polemik führen. Meinungsverschiedenheiten mit den Publizisten dieser Richtung haben wir nach wie vor. Wir halten die Zugeständnisse, die sie dem Nationalismus gemacht haben, für falsch, wir betrachten die Idee der „national-kulturellen Autonomie" als bürgerlichen Nationalismus, wir sind nicht damit einverstanden, daß der beste Weg für die Organisierung des Proletariats seine Zersplitterung nach nationalen Kurien ist, wir teilen nicht ihre Anschauungen hinsichtlich der Unterscheidung zwischen „Anationalem", Nationalem und Internationalem. Als Verfechter des konsequenten *Internatio-*

n a l i s m u s erlauben wir uns zu hoffen, daß der Verfasser des veröffentlichten Artikels und seine Freunde aus den Ereignissen des europäischen Krieges die nötigen Lehren ziehen werden.

Jedenfalls freuen wir uns, feststellen zu können, daß der genannten Gruppe ukrainischer Funktionäre gerade in der gegenwärtigen schweren Situation besonders stark bewußt wird, daß sie dem „Sozial-Demokrat" nahesteht. Es gereicht ihnen zur Ehre, daß sie sich von dem berüchtigten „Bund zur Befreiung der Ukraine"[432] abzugrenzen vermochten, dessen Tätigkeit mit der Sozialdemokratie nichts gemein hat.

*„Sozial-Demokrat" Nr. 38,
12. Februar 1915.*

*Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat".*

ENTWURF DES DRITTEN PUNKTES DER VON DER KONFERENZ DER AUSLANDSSEKTIONEN DER SDAPR ANGENOMMENEN RESOLUTION „DAS ZO UND DIE NEUE ZEITUNG"[433]

3. Die Konferenz erklärt ihre volle Sympathie für den Plan, das ZO künftig häufiger erscheinen zu lassen und eine populäre Tageszeitung unter Leitung des ZO zu schaffen, sie hält es für möglich, die neue Publikation in Angriff zu nehmen, sobald die Hauptaufgabe – das regelmäßige Erscheinen des ZO – gesichert ist.

Die Konferenz ruft alle im Ausland lebenden Genossen auf, unverzüglich energisch in dieser Richtung zu arbeiten, insbesondere das ZO systematischer durch publizistisches Material zu unterstützen, zu welchem Zweck außerdem Mitarbeiterberatungen usw. organisiert werden.

Geschrieben zwischen dem 14. und 19. Februar (27. Februar und 4. März) 1915.

Veröffentlicht 1915 in einem hektographierten Flugblatt „Die Konferenz der Auslandsorganisationen der SDAPR".

Nach dem Manuskript.

ENTWURF EINER RESOLUTION FÜR DIE INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE FRAUENKONFERENZ[434]

Von der Delegation des ZK vorgeschlagene Resolution

Der gegenwärtige Weltkrieg, der überall, wo er entbrannt ist, so viel Leid verursacht, der Belgien und Galizien verwüstet und ruiniert und Tausende und aber Tausende Arbeiterexistenzen vernichtet hat, ist ein imperialistischer Krieg, hervorgerufen durch den Kampf der herrschenden Klassen verschiedener Länder um die Aufteilung der Kolonien und um die Herrschaft auf dem Weltmarkt sowie durch dynastische Interessen. Er ist die natürliche Fortsetzung der Politik der Kapitalistenklasse und der Regierungen aller Länder, und deshalb ist die Frage, wer den ersten Schlag geführt hat, vom sozialistischen Standpunkt aus völlig uninteressant.

Dieser Krieg dient nicht nur in keiner Weise den Interessen der Arbeiter, sondern ist eine Waffe in den Händen der herrschenden Klassen, um die internationale Solidarität der Arbeiter zu zerschlagen und ihre Bewegung und ihren Klassenkampf innerhalb jedes einzelnen Landes zu schwächen. Ebenso ist die von der Bourgeoisie aufgestellte und von den Opportunisten unterstützte Parole der „Vaterlandsverteidigung" nichts anderes als ein Lockmittel, mit dessen Hilfe die Bourgeoisie das Proletariat dahin zu bringen sucht, daß es Blut und Leben für ihre Interessen opfert.

Auf Grund dieser Tatsachen erklärt die außerordentliche internationale Konferenz der sozialistischen Frauen – gestützt auf die Stuttgarter Resolution, welche empfiehlt, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen; auf die Kopenhagener Resolution, in der es heißt, daß die Abgeordneten gegen die Kriegskredite stimmen müssen, und auf die Basler Resolution, die besagt, daß die Arbeiter es als ein Verbrechen empfinden, aufeinander zu schießen –, erklärt die Konferenz, daß die Vertreter der Mehrheit der sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder diesen Resolutionen völlig zuwidergehandelt haben, daß sie, dem Druck der Verhältnisse nachgebend, den Sozialismus regelrecht verraten

und ihn durch Nationalismus ersetzt haben. Die Konferenz bekräftigt, daß die Proletarier aller Länder keinen anderen Feind haben als ihren Klassenfeind – die Klasse der Kapitalisten.

Die entsetzlichen Leiden dieses Krieges wecken bei allen Frauen, und besonders bei den Proletarierinnen, eine immer stärker werdende Friedenssehnsucht. Die Konferenz erklärt *jedem imperialistischen* Kriege *den Krieg* und gibt der Meinung Ausdruck, *daß die Arbeiterinnen*, wenn diese Friedenssehnsucht sich in eine *bewußte politische Kraft* umwandeln soll, *klar erkennen müssen, daß die besitzenden Klassen nur* nach Annexionen *streben*, nach Eroberungen und Herrschaft, daß in der Epoche des Imperialismus Kriege unvermeidlich sind und daß der Imperialismus die Welt mit einer ganzen Kette von Kriegen bedroht, wenn *das Proletariat nicht genügend Kraft in sich findet, um mit der kapitalistischen Ordnung Schluß zu machen, indem es den Kapitalismus endgültig beseitigt.* Wenn die Arbeiterin die Zeit der Leiden, die die Epoche der imperialistischen Kriege mit sich bringt, abkürzen will, dann muß ihr Streben nach Frieden umschlagen in *Empörung und Kampf für den Sozialismus. Nur durch die revolutionäre Bewegung der Massen, durch die Verstärkung und Verschärfung des sozialistischen Kampfes, wird die Arbeiterin ihr Ziel* in diesem Kampf *erreichen*. Somit ist es ihre vornehmste Pflicht, die gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen zu unterstützen und den Burgfrieden zu brechen durch den Kampf gegen die Kriegskredite, gegen die Beteiligung an bürgerlichen Regierungen, durch Unterstützung und Propagierung der Soldatenverbrüderung in den Schützengräben der Schlachtfelder, durch die Bildung illegaler Organisationen überall dort, wo die Regierung die verfassungsmäßigen Freiheiten aufgehoben hat, und schließlich durch die Gewinnung der Massen für die Teilnahme an Kundgebungen und revolutionären Bewegungen.

Die internationale Konferenz der sozialistischen Frauen appelliert an die Arbeiterinnen aller Länder, diesen Kampf unverzüglich aufzunehmen, ihn international zu organisieren und ihre Arbeit eng mit der Arbeit jener Sozialisten aller Länder zu verbinden, die, wie Liebknecht, den Nationalismus bekämpfen und einen revolutionären sozialistischen Kampf führen.

Gleichzeitig erinnert die Konferenz die Arbeiterinnen daran, daß in den fortgeschrittensten Ländern Europas die objektiven Bedingungen für die

sozialistische Produktion schon herangereift sind, daß die gesamte Bewegung in eine neue Phase eintritt, daß der gegenwärtige Weltkrieg ihnen neue und ernste Verpflichtungen auferlegt, daß ihre Bewegung der Vorbote einer allgemeinen Massenaktion sein kann, die der ganzen sozialistischen Bewegung einen neuen Aufschwung verleiht und die Stunde der endgültigen Befreiung näherrücken läßt. Wenn die Arbeiterinnen bei der Organisierung von Demonstrationen und revolutionären Kundgebungen die Initiative ergreifen und dabei mit dem Proletariat Hand in Hand gehen, kann das zum Auftakt einer neuen Ära des proletarischen Kampfes werden, in deren Verlauf das Proletariat in den fortgeschritteneren Ländern den Sozialismus erringt und in den zurückgebliebeneren Ländern die demokratische Republik.

Beilage zum „Sozial-Demokrat" Nr. 42, 1. Juni 1915. *Nach dem Text der Beilage.*

ERSTE INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE KONFERENZ IN ZIMMERWALD[435]

23.–26. August (5.–8. September) 1915

1 VARIANTE DES RESOLUTIONSENTWURFS DER LINKEN SOZIALDEMOKRATEN FÜR DIE ERSTE INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE KONFERENZ

Entwurf

Der gegenwärtige Krieg ist durch den Imperialismus erzeugt, d. h. durch das höchste Stadium des Kapitalismus, in dem die Entwicklung der Produktivkräfte und das Wachstum des Kapitals über den engen Rahmen der einzelnen Nationalstaaten hinausgewachsen sind und die „Groß"mächte veranlassen, nach Versklavung fremder Nationen und nach Raub von Kolonien als Rohstoffquellen und Kapitalanlagegebiete zu streben.

Die objektiven Vorbedingungen des Sozialismus sind vollständig herangereift, und die Großmächte kämpfen in diesem Krieg für einen künstlichen Aufschub des Zusammenbruchs des Kapitalismus, indem sie die Abhängigkeit der Kolonien erhalten und verstärken, sich Privilegien auf dem Weltmarkt verschaffen, die Arbeiter spalten und ihren internationalen revolutionären Kampf unterdrücken.

Die Sozialdemokraten erkennen voll und ganz die Notwendigkeit der Freiheit aller Nationen an. In der Epoche des Kampfes gegen Feudalismus, Absolutismus und fremdländisches Joch haben sie die Vaterlandsverteidigung anerkannt, und gegenwärtig erkennen sie die Rechtmäßigkeit des Krieges der unterdrückten Nationen (insbesondere der Kolonien) gegen ihre Unterdrücker, die „Groß"mächte, an.

Der jetzige Krieg zwischen den Großmächten ist jedoch ein Krieg der Sklavenhalter um die Stärkung und Festigung der Sklaverei, um die Neuaufteilung der Kolonien, um das „Recht", andere Nationen zu unterdrükken, um die Privilegien des Großmachtkapitals, um die reaktionäre Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Deswegen sind die Phrasen von der „Vaterlandsverteidigung" seitens beider kriegführender Mächtegruppen ein Betrug der Bourgeoisie am Volk. Weder der Sieg irgendeiner der jetzigen Regierungen noch der Status quo ante bellum* kann die Freiheit der Nationen vor den imperialistischen Großmächten schützen oder ein erträgliches Leben für die Arbeiterklasse ermöglichen, auf der selbst in den freiesten Ländern immer schwerer Teuerung, Trusts, Militarismus und die mit ihm verbundene politische Reaktion lasten.

In Wirklichkeit bedeutet die Losung der „Vaterlandsverteidigung" in diesem Krieg die Verteidigung der Privilegien und Vorrechte der Großmächte, die Verteidigung des „Rechts" der jeweiligen Bourgeoisie auf die Unterdrückung fremder Nationen, bedeutet sie nationalliberale Arbeiterpolitik und den Bund eines kleinen Teils der Arbeiter mit „ihrer" nationalen Bourgeoisie gegen die Masse der Proletarier und Ausgebeuteten. Die Sozialisten, die eine solche Politik treiben, sind in Wirklichkeit Chauvinisten, Sozialchauvinisten. Die Politik der Kriegskreditbewilligung, des Eintritts in die Kabinette, des ‚Burgfriedens' usw. ist eine Politik des Opportunismus, ist Verrat am Sozialismus. Und die Arbeiterklasse kann ihre großen Ziele der Emanzipation der Arbeit nicht erreichen

* Der Zustand, der vor dem Krieg bestanden hat. *Die Red.*

ohne entschiedenen Kampf gegen Opportunismus und Sozialchauvinismus.

Das Basler Manifest von 1912, das einstimmig angenommen wurde, da man eben einen solchen Krieg zwischen den Großmächten voraussah, wie er dann auch ausgebrochen ist, hat den reaktionären, imperialistischen Charakter dieses Krieges ganz eindeutig festgestellt und deutlich erklärt, daß eben im Zusammenhang mit einem solchen Krieg die *proletarische Revolution* herannaht. Und der Krieg hat in der Tat eine revolutionäre Situation geschaffen, hat eine revolutionäre Stimmung und Gärung erzeugt. Aufgabe der Sozialdemokraten ist es, diese zu unterstützen und zu entwickeln, die Klärung des revolutionären Bewußtseins der Massen und die Befreiung ihres Bewußtseins von der Lüge des bürgerlichen und des sozialistischen Chauvinismus zu fördern, jeden Versuch des revolutionären Massenkampfes gegen den Imperialismus für den Sozialismus zu unterstützen, die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg für den Sozialismus anzustreben.

Die Sozialdemokraten müssen die Friedenssehnsucht, die unter den Massen wächst und die ihre Ernüchterung und die beginnende Klärung ihres revolutionären Bewußtseins zum Ausdruck bringt, für die Verstärkung der revolutionären Agitation nutzen. Dabei dürfen die Sozialdemokraten jedoch das Volk nicht täuschen mit der Hoffnung auf die Möglichkeit eines baldigen, irgendwie dauerhaften, demokratischen, jede Unterdrückung der Nationen ausschließenden Friedens ohne revolutionäre Niederwerfung der heutigen Regierungen.

Geschrieben vor dem 13. (26.) Juli 1915.
Zum erstenmal veröffentlicht 1937 im Lenin-Sammelband XXX.

Nach dem Manuskript.

2

THESEN ZUM REFERAT AUF EINER BERATUNG LINKER SOZIALDEMOKRATEN[436]

Thesen:

1. ⌊Tatsache des Krieges u. Konsequenzen⌋. Allgemeines Bild.
2. Imperialistischer Charakter
   1. kolonialer Raub
   2. Unterdrückung der Nationen
   3. ⌊Aufteilung der Welt.
3. Herausbildung des Zieles.
4. Fälschung seines Charakters⌋:
   a) Befreiung ⌊der Völker – Unterdrückung
   b) Demokratie – Despotie (Reaktion?)
   c) Kultur – Barbarei des Krieges
   d) Wohlfahrt – soz. Reformen⌋
   e) Profite der Kapitalisten – Teuerung!
5. ⌊Kapitalismus (Trotzki)⌋.
   (Zerfall der bürgerlichen Welt) . . .
6. Im Moment der stärksten Krise des Kapitalismus, *welche* (Krise) dem Proletariat die größten Opfer auferlegt, ruft man es auf, den Kapitalismus zu verteidigen, fordert man Burgfrieden.
7. Kampf gegen den Krieg . . .
8. Beschlüsse der Kongresse . . .
9. Die offiziellen Parteien – gegen diese Beschlüsse
   { Bewilligung der Kredite / Eintritt in die Regierung / für Block } *Vaterlandsverteidigung*
10. Kampf der Minderheiten (und Parteien) gegen den Krieg.
11. Zurückführen der Arbeiterklasse zu ihrer Aufgabe.
12. ISB.
13. Versammlung in Bern.[437] (Herstellung einer **Verbindung.**)
14. ⌊Fahne des Klassenkampfes.

15. a) Aktionen der kriegführenden Länder . . .
    b) „ „ neutralen „ . . .
16. Internationale Zusammenfassung.
17. Bedingungen des Friedens.
18. Appell.

Geschrieben zwischen dem 19. und 23. August (1. und 5. September) 1915.

Zum erstenmal veröffentlicht 1962 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 27.

Nach dem in deutscher und französischer Sprache geschriebenen Manuskript.

3
PLAN EINER REDE AUF DER ZIMMERWALDER KONFERENZ

1. *Imperialismus* und Raub.
2. Ablenkung des revolutionären Proletariats und Schwächung seiner Bewegung . . .
3. Entlarvung der Sophismen der Bourgeoisie – die eine Gruppe
   – die andere
4. devoir socialiste . . .*

5.	Zitat	v. u. 5. S. 5 v. o. – 7. S. 5 v. o. [1]
6.	die deutschen Sozialdemokraten können sich nicht auf den Kampf gegen den Zarismus berufen	

* sozialistische Pflicht . . . *Die Red.*

7. unsere Presse macht uns die Haltung der deutschen Führer zum Vorwurf		
8. Zitat, S. 8, Ende vom Wort Même an	1/2 S.	
9. die russische Sozialdemokratie hat durch Votum und *illegale Proklamation* = remplit son devoir*		
10. den Bankrott der II. Internationale zu verhüllen ist schädlich, besonders schädlich ist das „Zentrum"		
11. dieser Bankrott ist der Bankrott des Opportunismus	S. 11	1

12. Chauvinismus in Rußland bis hin zu einem Teil der Sozialdemokratie
13. das kleinere Übel – Niederlage des Zarismus
14. illegale Organisation und Agitation

Zitat (Ende 15 und 16)	1

Geschrieben zwischen dem 23. und 26. August (5. und 8. September) 1915.

Zum erstenmal veröffentlicht 1962 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 27.

Nach dem Manuskript.

---

* ihre Pflicht erfüllt. *Die Red.*

4
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DES MANIFESTS UND DES RESOLUTIONSENTWURFS ÜBER DEN KRIEG UND DIE AUFGABEN DER SOZIALDEMOKRATIE
25. AUGUST (7. SEPTEMBER)

1

Es war unausbleiblich, daß es hier zum Meinungskampf zwischen uns und Ledebour kommen würde.[438] Ich muß jedoch protestieren gegen die Weise, in der Ledebour Radek hier angegriffen hat. Es ist unerhört zu behaupten, unser Manifest sei bloß unterschrieben von Leuten, die sich in Sicherheit befinden. Auch die lettischen Delegierten und Borchardt haben unterschrieben. Auch ist es ein altes, schäbiges Argument, zu behaupten, es gehe nicht an, die Massen aufzurufen zu revolutionären Aktionen, wenn man sich selbst daran nicht unmittelbar beteiligen kann. Des weiteren bestreite ich, daß man die Kampfesmittel nicht erwähnen soll. Es ist dies in allen revolutionären Perioden geschehen. Man muß die Mittel vor die Massen bringen, damit sie erläutert und diskutiert werden können. Wir in Rußland haben immer nach dieser Methode gehandelt; gerade die Erläuterung der Kampfesmittel hat schon in den Jahren vor der Revolution den Inhalt der Diskussionen zwischen Plechanow und mir gebildet. Als in 1847 die objektive geschichtliche Situation Deutschland vor die Revolution stellte, haben Marx und Engels von London aus den Aufruf erlassen, in dem sie an die Gewalt appellierten.[439] Die deutsche Bewegung steht vor einer Entscheidung. Stehen wir heute wirklich vor einer revolutionären Epoche, in der die Massen zum revolutionären Kampfe übergehen werden, dann müssen wir auch die zu diesem Kampfe notwendigen Mittel erwähnen. Nach der revisionistischen Auffassung von David usw. ist dies selbstverständlich zwecklos: Sie glauben ja gar nicht, wir stünden vor einer revolutionären Epoche. Wir, die es glauben, sollen anders handeln. Man kann nicht Revolution machen wollen, ohne die revolutionäre Taktik zu erläutern. Es war gerade dies eine der schlechtesten Eigenschaften der Zweiten Internationale, daß sie diesen Erläuterungen immer aus dem Wege gegangen ist, das ist es, was die holländischen Tribune-

Marxisten[440] ganz richtig den „passiven Revolutionarismus" des deutschen Zentrums nannten.

Nun zu der Frage der Verfolgungen: Sie in Deutschland werden überhaupt nicht ausschließlich legal vorgehen können, wenn Sie wirkliche Aktion wollen. Sie werden die legale mit der illegalen Tätigkeit vereinen müssen. Die alten Methoden genügen nicht mehr in der neuen Situation. Sie selbst sagen: wir gehen einer Epoche von großen Klassenkämpfen entgegen. Dann müssen Sie auch die Mittel dazu wollen. Es ist doch nicht notwendig, das Manifest mit der Namensunterzeichnung erscheinen zu lassen, es könnte auch ohne Namen erscheinen. Jedenfalls sollen Sie nicht halb legal vorgehen wie z. B. Cl. Zetkin. Das erfordert zuviel Opfer.

Die Sache steht so: entweder wirklicher revolutionärer Kampf oder nur leeres Geschwätz, das nur den Fahnenflüchtigen helfen wird, gegen welche Liebknecht sich in diesem Briefe[441] so scharf äußert. Für den Frieden sein hat an sich keine Bedeutung. Auch David schreibt: Wir sind nicht für den Krieg, sondern nur gegen die Niederlage. Den Frieden will jedermann. Wir müssen der neuen Situation gemäß neue, originelle Kampfesmittel schaffen, die weder den alten deutschen noch den russischen ganz ähnlich sind.

2

Bin mit Serrati darin nicht einig, daß die Resolution entweder zu früh oder zu spät komme.[442] Es werden nach diesem Kriege noch andere, besonders Kolonialkriege geführt werden. Wenn das Proletariat nicht von den Bahnen des Sozialimperialismus einschwenkt, wird die proletarische Solidarität vollkommen zerstört werden, deshalb müssen wir eine einheitliche Taktik feststellen. Nehmen wir bloß das Manifest an, so werden Vandervelde, die „Humanité" usw. von neuem die Massen betrügen; sie werden sagen, daß sie ebenfalls gegen den Krieg und für den Frieden sind. Es wird dieselbe Unklarheit vorherrschen wie bisher.

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach den deutschsprachigen Protokollen der Konferenz.

5
ERGÄNZUNGEN ZU EINER ERKLÄRUNG DER ZIMMERWALDER LINKEN[443]

№ 1. ⌊noch die wichtigste Frage des Opportunismus berührt, noch die besonders schädliche Rolle des s.-d. Zentrums aufdeckt.⌋

№ 2. Wir stimmen dafür, insbesondere weil die zwei französischen Genossen eine wichtige Überlegung vorgebracht haben. Und zwar wiesen sie darauf hin, daß die Arbeiter in Frankreich außerordentlich deprimiert, durch die revolutionäre Phrase aufs äußerste demoralisiert sind, daß es notwendig ist, langsam und vorsichtig zu einer entschiedenen Taktik überzugehen. Jedoch in Europa, als Ganzes genommen, ist der Feind der Arbeiterbewegung eben der Opportunismus.

Geschrieben am 26. August (8. September) 1915.
Zum erstenmal veröffentlicht 1930 im Lenin-Sammelband XIV.

Nach dem Manuskript.

DIE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE UND DAS RECHT DER NATIONEN AUF SELBSTBESTIMMUNG[444]

Die deutsche Sozialdemokratie war die stärkste und einflußreichste Partei der II. Internationale. Deshalb trägt sie einerseits die meiste Verantwortung für deren Zusammenbruch, und anderseits sind ihr Beispiel, ihre Erfahrungen *am allerwichtigsten* für die Erforschung der Ursachen dieses Zusammenbruchs und für die Analyse der Maßnahmen, Mittel und Wege des Kampfes gegen den Opportunismus, der diese Partei erstickt hat.

Der Opportunismus, der die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstickt hat, der diese Partei in eine nationalliberale Arbeiterpartei verwandelt hat, wurde im Krieg 1914/1915 zum Sozialchauvinismus.

Geschrieben 1915.

Zum erstenmal veröffentlicht 1937 im Lenin-Sammelband XXX. — *Nach dem Manuskript.*

ABÄNDERUNGSVORSCHLÄGE UND ERGÄNZUNGEN ZU DEM VON DER BERATUNG DER ERWEITERTEN INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN KOMMISSION ANGENOMMENEN „RUNDSCHREIBEN AN ALLE ANGESCHLOSSENEN PARTEIEN UND GRUPPEN"

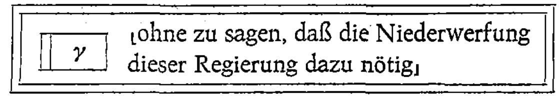
⌊*Änderungsvorschläge:*⌋

1. Genauer und bestimmter zeigen, worin die *politisch-klassenmäßige Bedeutung* und das *prinzipiell* Falsche der Taktik der „offiziellen Parteien" und der „II. Internationale" besteht...
   - (a) Verteidigung des Vaterlands = Verteidigung der imperialistischen Bourgeoisie, ihrer Ausplünderung und Unterdrükkung der Nationen
   - (b) Zusammenhang mit dem Opportunismus
   - (c) Bündnis mit der Bourgeoisie des eigenen Landes gegen das internationale Proletariat.
2. Definition ⌊„Bruch des Burgfriedens"⌋.

   Keinerlei Beteiligung an Institutionen, die direkt oder indirekt den Krieg unterstützen.

$\alpha\beta$ + ⌊Unterjochung der Nationen⌋. Streichen den Schluß über ⌊„In der Ära"⌋ ...	+ Grüße an Liebknecht und Rühle

3. ⌊Nicht nur „geeignete", sondern illegale Literatur, das heißt *freie*, nicht der Zensur unterordnete.⌋



γ ⌊ohne zu sagen, daß die Niederwerfung dieser Regierung dazu nötig⌋

\+

4. Streiks (ökonomische und politische) und Demonstrationen.
5. \+ ⌊bis zur Revolution.⌋
6. \+ Zitieren nicht nur aus der Stuttgarter Resolution, sondern auch aus der Basler: ein Verbrechen, zu schießen, die Kommune, das Jahr 1905.

Geschrieben zwischen dem 23. und 27. Januar (5. und 9. Februar) 1916.

Zum erstenmal veröffentlicht 1962 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 27.

Nach dem Manuskript.

PLAN ZU DEM REFERAT

2 Internationalen

Wiederh.

1. Thema: nicht Einschätzung des Krieges (vor > 1 Jahr und veralt.), sondern die (zwei) *Hauptlinien* in der Entwicklung der Arbeiterbewegung und des Sozialismus.

Alias: nicht *Einschätzung* des Krieges und der *Prinzipien* || der Taktik, sondern Einschätzung der Entwicklung, die die Arbeiterbewegung genommen hat. ||

Das Wichtigste sind deshalb: Tatsachen (in großem Umfang) der Arbeiterbewegung und des Sozialismus und ein *Vergleich* der verschiedenen Länder.

2. *Einleitung.* Huysmans in Arnhem und in Rotterdam vs Wijnkoop et *Henriette Roland-Holst* in der „*Berner Tagwacht*".[446]

? + vgl. „*Avanti!*" (12. II. 1916)?[447]
„Vorwärts"*

2a *Etwa:*

1. Rußland: Patrioten (Plechanow & Co.)	OK und Trotzki – („Nasche Slowo") –
2. Deutschland: Mehrheit	– K. Kautsky & Co. –
3. Frankreich: Mehrheit	– Longuet & Co. –

4. England: Mehrheit (Fabian Society, Labour Party[449],

* Das Wort „Vorwärts" wurde von Lenin, offenbar nachträglich, mit Bleistift eingefügt. *Die Red.*

„ZWEI INTERNATIONALEN"[445]

Thema:

Sozusagen Überprüfung der Theorie an Hand der Erfahrung der internationalen Arbeiter- und sozialistischen Bewegung.

NB:

Beim *OK:* (1) Abwälzen auf die Arbeiter; (2) Außerachtlassen der Verbindung mit den Liquidatoren.

– ZK.

– Minderheit. „ISD"* – *(Rühle)* – *Winnig*

– Bourderon & Co. || Bourderons Resolution || *Korrespondenzen im „Labour Leader"*[448]

Hyndman) – Askew (?) – „Forward"[450]

„Glasgow Socialist"[452] | NB: „Merthyr"[451] NB |

{Ornatski im *„Nasche Slowo"*[453]} (Bruch mit der Labour Party) [*Briefe* im *„Labour Leader"*]

— — — — — —

* „Internationale Sozialisten Deutschlands". *Die Red.*

5. Italien: Minderheit (Bissolati) –
6. *Österreich:* Mehrheit (Pernerstorfer)

7. Amerika: Russel – (Hillquit)
8. Australien. Mehrheit (Regierungspartei)

3. *Rußland.* Wahlen in die *Kriegsindustrie*komitees.
Erste Wahlen – ZK (+ Schwankende) + *Verteidigungsblock* (Larin). Empörung der Bourgeoisie und der Regierung. Denunziation Gwosdews. *Zweite* Wahlen. Sieg der Chauvinisten.

„Nasche Delo"[456] + „Nasch Golos"[457] + „Rabotscheje Utro"[458]
OK

Trotzki und *„Nasche Slowo"* (Fraktion Tschcheïdse?)
ZK

Evolution Martows: vom „der ‚Vorwärts' ist tot" und „wir gehen nicht in die Internationale" – *bis* zur Verteidigung des Bündnisses mit dem *„Nasche Delo"* (Borezki).

Vielleicht ist das großartige „Diplomatie",
aber mit *Sozialismus* hat das **absolut nichts** zu tun.

Schlußfolgerung: zwei Linien in der Arbeiterbewegung Rußlands.
Nur zwei (alles andere ist weggefallen).

Ihre *klassenmäßige Grundlage:*
(α) im Bündnis mit der vaterländischen Bourgeoisie =
(β) im Bündnis mit dem internationalen Proletariat =

Ihre *Ideen:* für die „Verteidigung" („Vaterlandsverteidigung");
(„Vaterlandsverteidiger");
gegen die „Vaterlandsverteidigung" ...
(vgl. Zimmerwalder Manifest)*

4. *Deutschland.*
Kampf innerhalb der Fraktion: Liebknecht und *Rühle* 2 und *20* (ihre Inkonsequenz).[461]

* Die Punkte 2 und 3 sind im Manuskript mit Bleistift durchgestrichen. *Die Red.*

Italienische offizielle Partei. („Avanti!" 12. II. 1916)
– Adler – Minderheit. (Korrespondenz in der „Berner Tagwacht"[454])
– – – Debs (*D e b s*' Artikel[455]) („Bomben und Dollars")
– ? – – Sozialisten.

[„. . . Nicht für die Verteidigung, sondern für die Organisation . . ."]

S o z i a l c h a u v i n i s t e n verhöhnen Martow (Borezki im „*N a s c h e S l o w o*").

N B : Stolypinsche „*C h w o s t o w s c h e A r b e i t e r p a r t e i*"[459]

= für die Stärkung der „vaterländischen" Bourgeoisie (= *f ü r* den Krieg)
= für die proletarische internationale Revolution.

+ Hier vielleicht „Europa und die Revolution"?[460]

{Broschüre „Fall Liebknecht"
„Regeneration"}
„nationalliberale Partei".

Borchardt und „*L i c h t s t r a h l e n*“[462]
W i n n i g.
R ü h l e und die Antwort des „*V o r w ä r t s*“ (Analyse).[463]
{(α) Verbreitung illegaler Literatur und illegale Organisation.
(β) Unterstützung der Regierung.}

5. *F r a n k r e i c h.*
(1) Vaillant in „*l'H u m a n i t é*“ (Briefe?)
(„mit blutgetränkter Watte die Ohren zugestopft“,
„Doktrinäre“ etc. etc.)
{{(2) Die Worte Merrheims in Zimmerwald:
„le parti, le gouvernement et les Jouhaux ne sont
que trois têtes sous un bonnet“*.}}
(3) Die Resolution Bourderons ((Analyse ihres Textes)).
(4) Korrespondenz im „*L a b o u r L e a d e r*“
über die Spaltung.

6. *E n g l a n d.*
Mehrheit (Beteiligung an der Regierung)
Verteidigung.
„The New Statesman“[466] (und seine Stellung)
(Labour Party + Fabian Society).
| contra *BSP*, wo 3/7 Internationalisten |
„Glasgow Socialist“ ((Erklärung in Zimmerwald[467])).
Briefe im „Labour Leader“.
Artikel über den *V e r r a t.*
M e r t h y r.

7. *I t a l i e n.*
Bissolati – Partei
(Treves und seine Rede[469])
{*I t a l i e n:* Bissolati und die Arbeiterpartei
B u l g a r i e n: Engherzige[470] und Weitherzige
S c h w e d e n: Branting und Höglund
H o l l a n d: Troelstra und die „Tribune“[471].} **

* „die Partei, die Regierung und die Jouhaux sind nur drei Köpfe unter einem Hut“. *Die Red.*

** Punkt 7 ist im Manuskript mit Bleistift durchgestrichen. *Die Red.*

Demonstration in Braunschweig.[464]
(Streik in Hannover.)

Flugblatt Louise *Saumoneaus*[465]

(Brizon & Co. in Kienthal)*

Lloyd George in *Glasgow* und die Antwort der Arbeiter.

Britische Sozialistische Partei
(Hyndman verläßt die Konferenz[468])**.

* Der Text von „Regeneration" bis „(Brizon & Co. in Kienthal)" wurde von Lenin, offenbar nachträglich, mit Bleistift eingefügt. *Die Red.*

** Diese Stelle wurde von Lenin, offenbar nachträglich, mit Bleistift eingefügt. *Die Red.*

8. *Österreich.*

Pernerstorfer in „*Neue Zeit*“[472]

– V. Adler – **Internationalisten . . .**

idem: Resolution V. Adlers und die „15“*.

9. *Vereinigte Staaten von Nordamerika.*

(„Abwarten und sehen . . .“)

Russel (V. Berger & Co.) für „preparedness“**.

„Jingo“ Hillquit = Diplomat***

Debs und seine Artikel.

10. *Australien.*

Korrespondenz in der **„Berner Tagwacht“**[473].

Artikel im „New Statesman“

(I. K.[474]).†

11. *Schlußfolgerungen.*

K. Kautsky im Brief an Bukwojed . . .
id. in „Neue Zeit“ viele Male. — „Keine 2 Richtungen“

Heuchelei und Lüge.

K. Kautsky in der Breitsch. Korrespondenz („entweder die alte Internationale oder ein halbes Dutzend“).[475]

Zwei und nur zwei.

In der ganzen Welt.

(„Berg“ und Gironde (Plechanow in Nr. 2 der „Iskra“, 1901 „An der Schwelle des 20. Jahrhunderts“).)

(„Burschen mit 2 $“ und mit kapitalistischem „brain“†† in „Appeal to Reason“[476].)

---

* Diese Stelle wurde von Lenin, offenbar nachträglich, mit Bleistift eingefügt. *Die Red.*

** Gerüstetsein. *Die Red.*

*** Diese Zeile ist im Manuskript mit Bleistift durchgestrichen. *Die Red.*

† Der Text von „Artikel“ bis „(I. K.)“ wurde von Lenin, offenbar nachträglich, mit Bleistift eingefügt. *Die Red.*

†† „Gehirn“. *Die Red.*

Diplomatie – Heuchelei – Schwankungen – Selbstbetrug?
Nicht auf das Wort kommt es an.

Axelrod und Martow	in Rußland	ein Typ
K. Kautsky und Haase	„ Deutschland	
Longuet et	in Frankreich	
Pressemane		
Hillquit in Amerika		
Askew u. a. in England		

$\Sigma\Sigma$ = **Huysmans.***

* Der Text von „Diplomatie" bis „Huysmans" wurde von Lenin mit Bleistift durchgestrichen. *Die Red.*

Nicht diplomatische Bemäntelung („Petersburg – erbärmliches Pack" – das kautskyanische Vaut mieux dire*),
sondern den Massen erklären.
Unvermeidlichkeit der Spaltung.

Revolution (vgl. *L'information* + Europa *und die* Revolution)**

„Iskra" Nr. 2 (1901): Berg und Gironde.

Kampf gegen den Opportunismus {Bernstein. Millerandismus und Jaurèsismus. Englische liberale Arbeiterpolitik. Spaltung in einer Reihe von Ländern.}

Der Krieg beschleunigte die
Entwicklung – – des Zerfalls
in beide Richtungen.
Quid est Kienthal?***

Geschrieben zwischen dem 30. Januar und 4. Februar (12. und 17. Februar) 1916.

Zum erstenmal veröffentlicht 1962 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 27.

Nach dem Manuskript.

* Es ist besser, zu sagen. *Die Red.*

** Der Text von „Burschen" bis „Revolution" wurde von Lenin mit Bleistift durchgestrichen. *Die Red.*

*** Was ist Kienthal? Der Text von „‚Iskra' Nr. 2" bis zum Schluß wurde von Lenin, offenbar nachträglich, mit Bleistift eingefügt. *Die Red.*

NOTIZ ZU DEN THESEN „DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION UND DAS RECHT DER NATIONEN AUF SELBSTBESTIMMUNG"

Es gibt eine gewisse Ähnlichkeit zwischen dem, wie die Menschheit zur Abschaffung der Klassen und wie sie zur späteren Verschmelzung der Nationen kommen muß. Nämlich: zur Abschaffung der Klassen führt nur das Übergangsstadium der Diktatur der unterdrückten Klasse. Zur Verschmelzung der Nationen führt nur die wirkliche Befreiung der unterdrückten Nationen, die wirkliche Entwurzelung der nationalen Unterdrückung, und das Kriterium dieser Wirklichkeit im politischen Sinne besteht eben in der Freiheit der Abtrennung. Die Freiheit der Abtrennung ist das beste und das einzige *politische* Mittel gegen die idiotische Kleinstaaterei und nationale Abgesondertheit, die durch die ganze Entwicklung des Kapitalismus unaufhaltsam zum Glücke der Menschheit zerstört werden.

Geschrieben Januar–Februar 1916.
Zum erstenmal veröffentlicht 1937 im Lenin-Sammelband XXX.

Nach dem deutschsprachigen Manuskript.

BESCHLUSSENTWURF DES ZK DER SDAPR ÜBER DIE EINSTELLUNG DER ZEITSCHRIFT „KOMMUNIST"[477]

Nicht zur Veröffentlichung:

In der Erwägung,

(1) daß der „Kommunist" – zeitweilig und als Versuch – von einer föderativ zusammengesetzten Redaktion gegründet wurde, als sich noch

in *keiner einzigen* wesentlichen Frage irgendeine Meinungsverschiedenheit zwischen der Redaktion des ZO und dem übrigen Teil der Redaktion als Ganzem gezeigt hatte;

(2) daß nach Erscheinen der Nr. 1/2 des „Kommunist" *drei* Redaktionsmitglieder in den von ihnen unterzeichneten Thesen zur Frage der Selbstbestimmung solche Meinungsverschiedenheiten vorbrachten;

(3) daß der Meinungsaustausch zu dieser Frage tiefgreifende Differenzen im Zusammenhang mit der Bewertung der Rolle der demokratischen Forderungen und des Minimalprogramms überhaupt offenbarte

– beschließt das ZK: die Weiterführung der Zeitschrift „Kommunist" für unmöglich zu erklären und bekanntzugeben, daß *diese Publikation eingestellt wird.* –

Weiter. Um die Diskussion zu den strittigen Fragen zu *erweitern* und ihre Klärung vor einem breiteren Kreis leitender Genossen zu erreichen, beschließt das ZK:

> die drei Genossen, die die Thesen unterschrieben haben, um eine *motivierte Darlegung* ihrer Meinungsverschiedenheiten mit der Redaktion des ZO zu bitten.

Diese Darlegung ist zusammen mit der Antwort der Redaktion des ZO einem breiteren Kreis leitender Parteifunktionäre zur Kenntnis zu bringen zwecks *endgültiger* Entscheidung der Frage, ob es wünschenswert und notwendig ist, eine offene Diskussion in die Presse zu bringen.[478]

Ich bedaure sehr, daß *Sie* die „verdammt überdrüssige" Sache in die Länge ziehen. *Ich wiederhole* – und ich bin es ebenfalls verdammt überdrüssig, das zu wiederholen –, daß ich *gezwungen* bin, meine Mitarbeit am *„Kommunist" aufzugeben.*

Ihr Plan ist prinzipienlos und *verwirrt* den Wirrwarr noch mehr. *Wenn* es *keine* tiefgreifenden prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten gibt, dann ist die Übermittlung an das ZK eine Schikane oder Intrige, und jeder „Russe" wird Sie entlarven.

Wenn es sie gibt, muß man *dies* sagen: Die Leute sind nach der Nr. 1/2 in heillose Verwirrung geraten; *wir lehnen die Verantwortung ab;* wir halten es für unsere Pflicht, *nicht* zu fördern, sondern zu entlarven. *Als Zugeständnis* schlagen wir ihnen nochmals (siehe beil. Blatt) eine Diskussion vor einem „erweiterten

Kreis" vor (um sie in der Presse nicht zu blamieren; um sie *nicht* sofort durch die Polemik zu *erledigen*).

{Nur deshalb.}

Für den „*Sbornik ,Sozial-Demokrata'*"[479] haben wir, außer mehreren Artikeln von uns*, Warin + Alexander + Korrespondenzen + die Anklageschrift (habe ich noch nicht erhalten) + Safarow + den Letten + Kollontai (wahrscheinlich).

Die Japaner[480] nur auffordern, um *sie* zu blamieren. Bucharin: *bestellen* nur zu ökonomischen Fragen.

Radek *nicht* auffordern (sein Artikel ist *legal* und in dieser Form jetzt *ganz unwichtig*). *Seine* Thesen müssen *bekämpft* werden.

Das ist meine Meinung. Der „Kommunist" ist ein *Leichnam*, und ich beteilige mich nicht an seiner Wiederbelebung.

Alexander (und den russischen Arbeitern im Büro) muß man *prinzipiell* sagen: Wir *nehmen keine* Leute in die Redaktion, die heillose Verwirrung stiften und nicht lernen wollen, die nicht einmal etwas zur Darlegung ihrer Meinung tun wollen. Sie wollen uns und die PSD *aufeinanderhetzen*, das ist klar, und sich selbst wollen sie heraushalten.

Der „Kommunist" entsprach der *damaligen* Aufgabe: alle *gegen* Sozialchauvinismus und Kautskyanertum zusammenzuschließen.

Jetzt hat sich die Aufgabe **geändert:** auf der Tagesordnung steht der *Kampf* gegen den „imperialistischen *Ökonomismus*".

Salut *Lenin*

PS. Warum haben Sie nicht *geantwortet, ob Sie den Suchanow nach Genf geschickt haben?* Ich schicke die Materialien für Grimm.

Mit den Übersetzungen der Thesen ist es **nichts** *geworden.*

Geschrieben im März 1916,
nach dem 28. März (10. April).

Zum erstenmal veröffentlicht 1962
in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 27.

Nach dem Manuskript.

---

* Die „Schriftsteller" reichen für *zwei* Sammelbände!

ZWEITE INTERNATIONALE SOZIALISTISCHE KONFERENZ IN KIENTHAL[481]

11.–17. (24.–30.) April 1916

1
URSPRÜNGLICHE VARIANTE DER VORSCHLÄGE DES ZK DER SDAPR

Vorschläge des ZK der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz, die von der (Berner) ISK[482] einberufen wurde

(Thesen zu den Punkten 5, 6, 7a und 7b und 8 der Tagesordnung)

Die Internationale Sozialistische Kommission hat die Einberufung der zweiten internationalen sozialistischen Konferenz verkündet und folgende Hauptpunkte der Tagesordnung veröffentlicht:

5. „Kampf für die Beendigung des Krieges"
6. „Friedensfragen"
7a. parlamentarische „Aktion" } „Agitation und
7b. Massen- „ } Propaganda"
8. Das Internationale Sozialistische Büro.

Die ISK hat die Organisationen aufgefordert, diese Fragen zu besprechen und ihre Vorschläge einzusenden. Hier ist die Antwort des ZK unserer Partei auf diese Aufforderung:

1. Wie ein jeder Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit Mitteln der Gewalt ist, nämlich derjenigen Politik, welche von den kriegführenden Mächten und ihren herrschenden Klassen lange Jahre oder Jahrzehnte vor dem Krieg betrieben wurde, so kann auch der einen jeden Krieg abschließende Frieden nur eine Registrierung der tatsächlichen Machtverschiebungen sein, die im Ergebnis des Krieges erreicht wurden.

2. Deshalb ist das ganze Gerede über eine Einschätzung des gegenwärtigen Krieges auf Grund der „einfachen" Begriffe Verteidigung und Angriff und über die Einschätzung des kommenden Friedens auf Grund

„einfacher" frommer Wünsche nach einem dauerhaften, demokratischen, ehrenhaften usw. Frieden vom Standpunkt der Theorie, vom Standpunkt der Lehre des Sozialismus, größter Unsinn und Borniertheit und ein ungeheurer Betrug an der Arbeiterklasse in der Praxis.

3. Der gegenwärtige Krieg ist ein imperialistischer Krieg, d. h. ein Krieg, der durch die Widersprüche auf dem Boden des hochentwickelten, monopolistischen, für den Übergang zum Sozialismus reif gewordenen Kapitalismus hervorgerufen wurde. Dieser Krieg wird um die Vorherrschaft in der Welt, d. h. um eine neue Unterdrückung schwacher Nationen, um die Neuaufteilung der Welt, die Aufteilung der Kolonien, Einflußsphären u. ä. geführt – um eine Aufteilung, bei der die alten Raubmächte, England, Frankreich, Rußland, einen Teil ihrer Beute der jungen und stärkeren Raubmacht, Deutschland, überlassen müßten.

4. Wenn deshalb nicht eine Revolution des Proletariats die jetzigen Regierungen und die jetzigen herrschenden Klassen der kriegführenden „Groß"mächte stürzt, so ist es *absolut unmöglich, einen anderen* Frieden zu schließen als einen mehr oder weniger kurzfristigen Waffenstillstand zwischen den imperialistischen Mächten, einen Frieden, der begleitet wird von einer *Verstärkung* der Reaktion innerhalb der Staaten, einer *Verstärkung* des nationalen Drucks und der Knechtung der schwachen Nationen, einer *Anhäufung* von Zündstoff zur Vorbereitung neuer Kriege usw. usf. Denn aus dem objektiven Inhalt der Politik, die durch die ganze Epoche des Imperialismus erzeugt und von der Bourgeoisie *aller* kriegführenden „Groß"mächte sowohl vor *diesem* Krieg als auch *während desselben* betrieben wurde, ergibt sich unvermeidlich ein Frieden, der auf neuer und noch schlimmerer Unterdrückung der Nationen usw. beruht.

5. In den Volksmassen Gedanken oder Hoffnungen zu wecken, daß ein dauerhafter oder demokratischer usw. Frieden zwischen den jetzigen Regierungen und den jetzigen herrschenden Klassen (d. h. der Bourgeoisie im Bunde mit den Gutsbesitzern) möglich ist, wie das die meisten offiziellen sozialistischen Parteien machen, heißt das Volk nicht nur schamlos betrügen, sondern es auch einschläfern und vom revolutionären Kampf ablenken, der faktisch schon in Form von Streiks und Demonstrationen beginnt.

6. Einen solchen Charakter des Volksbetrugs und der Ablenkung des Proletariats vom revolutionären Kampf trägt das „Friedensprogramm", das jetzt sowohl der offizielle Vertreter der II. Internationale, Huysmans, auf dem Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands in Arnhem als auch der einflußreichste Theoretiker der II. Internationale, der einflußreichste Verteidiger der Sozialpatrioten und Sozialchauvinisten aller Länder, Kautsky, „einmütig" aufstellen. Ihr Programm besteht aus der papiernen und heuchlerischen Anerkennung einiger demokratischer frommer Wünsche: Ablehnung von Annexionen und Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Demokratisierung der Außenpolitik, Schiedsgerichte zur Erledigung von Konflikten zwischen den Staaten, Abrüstung, Vereinigte Staaten von Europa usw. usf.

7. Die anschaulichste Bestätigung dafür, daß dieses „Friedensprogramm" reine Heuchelei ist, ist einmal die Tatsache, daß eine Reihe bürgerlicher Pazifisten und demagogischer Minister der kriegführenden Länder es auf dem Papier anerkennen und daß es zum anderen notorische Chauvinisten auf den Konferenzen der „Sozialisten" der einen Gruppe der kriegführenden Mächte in London (II. 1915)[483] und der anderen Gruppe in Wien (IV. 1915)[484] wiederholen. Gerade jene „Sozialisten", die in bürgerliche Regierungen, die den Raubkrieg führen, eintreten, die für die Kriegskredite stimmten, den Krieg durch die Teilnahme an verschiedenen Organisationen und Institutionen usw. unterstützten, gerade sie, die *in der Tat* eine Politik der Verteidigung alter und neuer Annexionen, kolonialer Unterdrückung usf. durchführen, verkünden vor der ganzen Welt ihr „Friedensprogramm", das in der Ablehnung von Annexionen usw. besteht.

8. Wenn die größte Autorität der II. Internationale, Kautsky, vor der ganzen Welt am 21. Mai 1915 („Neue Zeit") erklärt, daß dieses Einverständnis und diese „Einmütigkeit" der „Sozialisten" in Kopenhagen* und in Wien in bezug auf das Prinzip der „Selbständigkeit" oder Selbstbestimmung der Nationen die „Einmütigkeit" und „Lebensfähigkeit" der II. Internationale im „Friedensprogramm" beweise, so ist diese Verteidigung und Sanktionierung der empörendsten, gemeinsten Heuchelei und Verlogenheit gegenüber den Arbeitern durchaus keine Zufälligkeit, son-

* Muß heißen: „London". *Die Red.*

dern eine systematische Politik, die in einer ganzen Reihe von Ländern von Leuten betrieben wird, die sich in Worten für „Internationalisten" ausgeben, in der Tat aber den imperialistischen Krieg dadurch beschönigen, daß sie die Idee der „Vaterlandsverteidigung" auf ihn anwenden, und die die Herrschaft der Sozialchauvinisten, die den Sozialismus verraten haben, über die Arbeiterbewegung dadurch festigen, daß sie die „Einheit" mit ihnen propagieren. Diese Politik, die äußerst schädlich und gefährlich für die Arbeiterklasse ist, betreiben Kautsky, Haase u. a. in Deutschland, Longuet, Pressemane u. a. in Frankreich, die meisten Führer in England, Axelrod, Martow, Tschcheïdse und Co. in Rußland, Treves u. a. in Italien (siehe die Drohung des Zentralorgans der italienischen Partei „*Avanti!*" vom 5. III. 1916, Treves und andere „Reformisten-Possibilisten"[485] als diejenigen zu entlarven, die „alle Minen springen ließen, um die auf die Zimmerwalder Vereinigung und eine neue Internationale gerichtete Tätigkeit der Parteileitung und Odino Morgaris zu hintertreiben"). Diese internationale Politik, die für die Arbeiterklasse äußerst gefährlich ist, kann man nach ihrem autoritativsten Vertreter *kautskyanische* Politik nennen.

9. Die Sozialisten können nicht auf den Kampf um Reformen verzichten. Sie müssen unter anderem auch in den Parlamenten für jede Verbesserung der Lage der Volksmassen – mag sie noch so geringfügig sein – stimmen, beispielsweise für eine entsprechende Unterstützung der Bewohner der vom Kriege betroffenen Gebiete, für die Milderung des nationalen Drucks usw. Aber es ist offensichtlich, daß auf der Grundlage des *gegenwärtigen* Krieges und des *aus ihm* hervorgehenden Friedens solch eine reformistische Tätigkeit für die Verbesserung der Lage der Massen nur in winzigen Ausmaßen möglich ist. Es wäre ein schreiender Betrug an den Massen, wollte man ihnen direkt oder indirekt den Gedanken suggerieren, daß eine reformistische Lösung der von dem *gegenwärtigen* Krieg aufgeworfenen Fragen möglich sei. Denn *dieser* Krieg hat eine revolutionäre Situation in Europa geschaffen, hat die *grundlegendsten* Fragen des Imperialismus auf die Tagesordnung gesetzt, die nicht anders als auf imperialistische Weise gelöst werden können, es sei denn durch den revolutionären Sturz der jetzigen Regierungen und herrschenden Klassen in Europa. Deshalb muß die wichtigste und grundlegende Aufgabe der Sozialisten im Kampf für einen dauer-

haften und demokratischen Frieden darin bestehen: erstens den Massen zu erläutern, daß der *revolutionäre Massenkampf* unumgänglich ist, ihn systematisch zu propagieren und eine entsprechende Organisation zu schaffen; zweitens die *Heuchelei* und *Verlogenheit* sowohl der bürgerlich-pazifistischen als auch der sozialistischen, besonders der kautskyanischen Phrasen über den Frieden und über die „Einmütigkeit" der II. Internationale in der Frage des „Friedensprogramms" zu entlarven. Solche Phrasen sind doppelt heuchlerisch im Munde von „Sozialisten", die, im Gefolge der Bourgeoisie, die Möglichkeit leugnen, den gegenwärtigen imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg für den Sozialismus umzuwandeln, und die jeder revolutionären Arbeit in dieser Richtung entgegenwirken.

10. Der zentrale Punkt der heute herrschenden Heuchelei in bezug auf das „Friedensprogramm" ist die angeblich einmütige Anerkennung des Kampfes gegen *alte* und *neue* *Annexionen*. Aber diejenigen, die über Annexionen und den Kampf gegen sie sprechen, können oder wollen zum größten Teil nicht darüber nachdenken, *was eine Annexion ist*. Es ist klar, daß man nicht jede Angliederung eines „fremden" Territoriums als Annexion bezeichnen kann, denn im allgemeinen sind die Sozialisten für das Verschwinden der Grenzen zwischen den Nationen, für die Annäherung und Verschmelzung der Nationen, für die Bildung von größeren Staaten. Es ist klar, daß man nicht jede Verletzung des Status quo als Annexion bezeichnen kann: das wäre im höchsten Grade reaktionär und ein Hohn auf die Grundbegriffe der Geschichtswissenschaft. Es ist klar, daß man nicht jede Angliederung eines Landes durch Gewalt oder Krieg als Annexion bezeichnen kann, denn gegen Gewaltanwendung im Interesse der Masse der Bevölkerung und im Interesse des Fortschritts der Menschheit können Sozialisten nichts einzuwenden haben. Es ist klar, daß man unter Annexion bloß die Angliederung eines Landes *gegen den Willen* seiner Bewohner verstehen kann und muß. Mit anderen Worten: Der Begriff der Annexion ist mit dem Begriff des *Selbstbestimmungsrechts der Nationen* aufs engste verbunden.

11. Gerade in dem *gegenwärtigen* Krieg mußte es, weil es ein imperialistischer Krieg seitens *beider* kriegführenden „Groß"mächtegruppen ist, dazu kommen und ist es auch dazu gekommen, daß die Bourgeoisie und die Sozialchauvinisten eifrig gegen „Annexionen" *„kämpfen"*, so-

f e r n dieselben von einer *feindlichen* Macht durchgeführt wurden oder werden. Südekum und seine österreichisch-deutschen Freunde und Verteidiger, bis zu Haase und Kautsky, schweigen über die Annexionen, die von Deutschland in bezug auf Elsaß-Lothringen, Dänemark, Polen u. a. durchgeführt wurden, aber sehr oft „kämpfen sie gegen die Annexionen", die von Rußland in bezug auf Finnland, Polen, die Ukraine, den Kaukasus usw., von England in bezug auf Indien usw. durchgeführt werden. Anderseits schweigen die englischen, französischen, italienischen und russischen Südekum, d. h. Hyndman, Guesde, Vandervelde, Renaudel, Treves, Plechanow, Axelrod, Tschcheïdse und Co. über die Annexionen Englands in bezug auf Indien, Frankreichs in bezug auf Nizza oder Marokko, Italiens in bezug auf Tripolis oder Albanien, Rußlands in bezug auf Polen, die Ukraine usw., aber dafür „kämpfen" sie *z u m g r ö ß t e n T e i l* „gegen Annexionen" Deutschlands.

Es ist klar, daß ein solcher „Kampf gegen Annexionen" seitens der Sozialchauvinisten und Kautskyaner durch und durch heuchlerisch ist. Und die Bourgeoisie unterstützt diesen Kampf sowohl direkt, indem sie Millionen und aber Millionen für die chauvinistische Propaganda assigniert, als auch indirekt, indem sie nur den Sozialchauvinisten und Kautskyanern das Monopol der Legalität gewährt.

Es ist klar, daß sowohl die französischen „Sozialisten", die den Krieg um Elsaß-Lothringen rechtfertigen, als auch die deutschen, die nicht die Freiheit der Lostrennung Elsaß-Lothringens von Deutschland verlangen, gleichermaßen Annexionisten sind, wie sehr sie auch das Gegenteil beteuern mögen. Es ist klar, daß die russischen „Sozialisten", die gegen den „Zerfall Rußlands" sprechen oder schreiben oder die heute direkt oder indirekt einen Krieg rechtfertigen, der darum geführt wird, wer Polen im Namen der Losung „Frieden ohne Annexionen" knechten soll, genau solche Annexionisten sind usw. usf.

12. Soll der „Kampf gegen Annexionen" nicht zu einer hohlen Phrase oder widerlichen Heuchelei werden, so müssen die Sozialisten *e r s t e n s* den Massen die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und für die Herbeiführung der sozialistischen Umwälzung erklären, die aus den ganzen Bedingungen der imperialistischen Epoche und des gegenwärtigen imperialistischen Krieges hervorwächst und die allein imstande ist, das Selbst-

bestimmungsrecht der Nationen verläßlich und überall zu gewährleisten, d. h. die unterdrückten Nationen zu befreien und die Annäherung und Verschmelzung der Nationen nicht durch Gewalt zu verwirklichen, sondern auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Eintracht des Proletariats und der werktätigen Massen aller Nationen; – *zweitens* müssen sie unverzüglich eine breite Propaganda und Agitation gegen den getarnten Chauvinismus und Annexionismus der offiziellen sozialistischen Parteien, besonders in den „Groß"mächten, führen. Die Sozialisten müssen den Massen erklären, daß ein englischer Sozialist, der nicht sofort für die Freiheit der Lostrennung Irlands, Indiens usw. kämpft – ein französischer Sozialist, der nicht für die Freiheit der französischen Kolonien, gegen den Krieg für die Angliederung des Elsaß und Lothringens usw. kämpft – ein deutscher Sozialist, der nicht für die Freiheit der Lostrennung Elsaß-Lothringens, der Dänen, Polen, Belgier, Serben u. a. kämpft – ein russischer Sozialist, der nicht für die Freiheit der Lostrennung der Ukraine, Finnlands u. a., gegen den Krieg um Polen kämpft – ein italienischer Sozialist, der nicht für die Freiheit der Lostrennung von Tripolis, Albanien usw. kämpft – ein holländischer Sozialist, der nicht für die Freiheit der Lostrennung und die Unabhängigkeit Niederländisch-Indiens kämpft – ein polnischer Sozialist, der nicht für die volle Freiheit und Gleichberechtigung der von den Polen unterdrückten Juden und Ukrainer kämpft, usw., nur in Worten Sozialist und Internationalist ist, in der Tat aber Chauvinist und Annexionist.

13. Aus dem Zimmerwalder Manifest und dem Rundschreiben der ISK vom 10. II. 1916 (Bulletin Nr. 3)[486] geht unumstößlich hervor, daß jedes „Krieg dem Kriege" und jedes „Kampf für den Frieden" *Heuchelei* bleibt, sofern es nicht untrennbar mit dem sofortigen *revolutionären Massenkampf*, mit der Propaganda und Vorbereitung eines solchen Kampfes verbunden wird. Aber diese Schlußfolgerung muß man offen und konkret darlegen. Man muß den Massen erstens erklären, wohin die Entwicklung des revolutionären Massenkampfes unter den Bedingungen des europäischen Krieges führen kann und *muß*. Sie führt unausbleiblich zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg für den Sozialismus. Das wird in allen Reden *angedeutet*, in denen davon gesprochen wird, daß die Arbeiter lieber für die eigene Sache ihr Leben lassen sollen, nicht für eine fremde. Aber eine Andeutung genügt nicht. Man muß den

Massen klar das große, wenn auch vielleicht nicht nahe Ziel vor Augen führen. Man muß wissen, wohin man gehen soll und wozu. Zweitens: Wenn wir die Massen aufrufen, „unabhängig von der militärischen Lage des jeweiligen Landes" gegen ihre Regierungen zu kämpfen, so weisen wir damit nicht nur prinzipiell die Zulässigkeit der „Vaterlandsverteidigung" im *gegenwärtigen* Krieg zurück, sondern wir erkennen auch an, daß die Niederlage jeder *bürgerlichen* Regierung *wünschenswert* ist, um diese Niederlage in die Revolution umzuwandeln. Auch dies muß man offen aussprechen: Der revolutionäre Massenkampf kann nicht international werden, wenn sich seine bewußten Vertreter nicht offen im Interesse der Niederlage und des Sturzes *aller* bürgerlichen Regierungen miteinander vereinigen. Drittens – und das ist die Hauptsache – *kann man* den revolutionären Massenkampf *nicht* führen, ohne überall, nicht nur in den Spitzen, sondern auch in den Massen, eine illegale Organisation geschaffen zu haben, die diesen Kampf propagiert, vorbereitet, seinen Verlauf und seine Bedingungen erörtert. Wenn in Deutschland Straßendemonstrationen stattgefunden haben, wenn in Frankreich Briefe von der Front kamen mit der Aufforderung, *keine* Kriegsanleihe zu zeichnen, wenn in England, ganz zu schweigen von Rußland, Massenstreiks stattgefunden haben – dann ist es, um diesen Kampf zu unterstützen, ihn im internationalen Maßstab zu vereinigen, unbedingt notwendig, *jeden* Schritt auf diesem Wege in einer *freien, d. h. illegalen* Presse zu beleuchten, die Erfolge zu prüfen, ihre Bedingungen abzuwägen, den Kampf zu vereinigen und zu entfalten. Ohne eine illegale Organisation und eine illegale Presse bleibt die Anerkennung der „Massenaktion" (wie dies in der Schweiz auch der Fall ist) eine leere Phrase.*

14. Was die parlamentarische Aktion der Sozialisten betrifft, so muß in Betracht gezogen werden, daß die Zimmerwalder Resolution den fünf sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, die unserer Partei angehören und nach Sibirien verbannt worden sind, nicht nur ihre Sympathie ausdrückt, sondern sich auch mit ihrer Taktik *solidarisch erklärt.* Man kann nicht den revolutionären Kampf der Massen anerkennen und sich gleichzeitig mit einer *ausschließlich* legalen, *ausschließlich* reformistischen Tätigkeit der Sozialisten in den Parlamenten zufriedengeben; dies führt

* Die Punkte 12 und 13 sind im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

lediglich zur berechtigten Unzufriedenheit der Arbeiter und zu ihrem Übertreten von der Sozialdemokratie zum antiparlamentarischen Anarchismus oder Syndikalismus. Man muß klar und für alle hörbar aussprechen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Stellung nutzen müssen, *nicht nur* um im Parlament aufzutreten, sondern auch um den illegalen Organisationen und dem revolutionären Kampf der Arbeiter allseitig *außerparlamentarische* Unterstützung zu geben, und daß die *Massen* selber durch ihre illegale Organisation diese Tätigkeit ihrer Führer *kontrollieren* müssen.

15. Die Frage der Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros, die auf der Tagesordnung der jetzt einberufenen zweiten internationalen sozialistischen Konferenz steht, wirft unausbleiblich die wichtigere und prinzipielle Frage auf, ob eine Einheit der alten Parteien und der II. Internationale möglich ist. Je mehr in den Massen die Sympathie für die Zimmerwalder Vereinigung wächst, desto weniger verstehen die Massen, desto mehr schadet der Entfaltung ihres Kampfes die inkonsequente und zaghafte Position, die im Grunde die alten Parteien und die II. Internationale mit bürgerlicher Politik in der Arbeiterbewegung identifiziert (siehe Zimmerwalder Manifest und Rundschreiben der ISK vom 10. II. 1916), zum anderen aber den Bruch mit ihnen fürchtet und verspricht, die ISK aufzulösen, sobald das alte Internationale Sozialistische Büro zusammentritt.

Über dieses Versprechen *wurde* in Zimmerwald *nicht* abgestimmt, ja es kam nicht einmal zur Sprache.

In dem halben Jahr, das nach der Zimmerwalder Konferenz verflossen ist, wurde noch deutlicher, daß die Spaltung unvermeidlich ist, daß man unmöglich in Einheit mit den alten Parteien die Arbeit durchführen kann, die das Zimmerwalder Manifest empfiehlt, daß die Furcht vor der Spaltung jeden Schritt auf diesem Wege hemmt. In Deutschland hat nicht nur die Gruppe ISD die Furcht vor der Spaltung verurteilt und ist offen gegen die Heuchelei der Einheitsprediger aufgetreten, sondern auch das *Mitglied der* ⌊*Reichstagsfraktion*⌋ Otto Rühle, ein enger Kampfgefährte Karl Liebknechts, trat offen für die Spaltung ein. Und gegen Rühle konnte der „Vorwärts" nicht ein einziges ernsthaftes, nicht ein einziges ehrliches Argument vorbringen. In Frankreich ist das Mitglied der Sozialistischen Partei Bourderon in Worten gegen die Spaltung, in der Tat aber schlug er dem

Kongreß eine Resolution vor, die direkt „désapprouve (mißbilligt) CAP (Comité Administratif Permanent = Parteivorstand) et GP" (Groupe Parlementaire = Parlamentsfraktion). Es ist klar, daß die Annahme solch einer Resolution die sofortige und unbedingte Spaltung der Partei bedeuten würde. In England brachte sogar die gemäßigte Zeitung „Labour Leader" mehrmals Ausführungen von T. Russell Williams, der sich offen für die Unvermeidlichkeit der Spaltung aussprach, was von einer Reihe von Parteimitgliedern unterstützt wurde. In Amerika spricht sich, trotz formaler Einheit der Sozialistischen Partei, ein Teil ihrer Mitglieder für Militarismus und Krieg (die sogenannte preparedness) aus, andere, unter ihnen E. Debs, ehemaliger sozialistischer Präsidentschaftskandidat, verfechten offen den Bürgerkrieg für den Sozialismus *im Zusammenhang* mit dem drohenden Krieg.

In der ganzen Welt *ist* die Spaltung faktisch schon *da*, und davor die Augen zu verschließen schadet den Zimmerwaldern nur, macht sie lächerlich in den Augen der Massen, die ausgezeichnet wissen, daß jeder Schritt *ihrer Arbeit* im Geiste von Zimmerwald eine Fortsetzung und Vertiefung der Spaltung bedeutet.

Man muß unbedingt den Mut haben, das Unvermeidliche und das bereits Geschehene offen anzuerkennen, sich von den schädlichen Illusionen über die Möglichkeit einer Einheit mit den „Vaterlandsverteidigern" im gegenwärtigen Krieg loszusagen, den Massen zu helfen, sich vom Einfluß jener Führer frei zu machen, die sie „irreführen" (siehe das Rundschreiben der ISK vom 10. II. 1916) oder mit Hilfe einer „Amnestie" eine „Verschwörung" (Pakt) *gegen* den Sozialismus vorbereiten.

Das sind unsere Vorschläge zum Tagesordnungspunkt über die Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros im Haag.

*

Reformistische Phrasen sind das Hauptmittel, um das Volk zu betrügen in einer Zeit, da die objektive Lage die größte Weltkrise auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt hat, eine Krise, die, unabhängig vom Willen einzelner Parteien, nur entweder hinausgezögert und bis zum nächsten imperialistischen Krieg aufgeschoben oder durch die sozialistische Revolution gelöst werden kann. Nicht der Zufall und nicht der böse Wille

einzelner Regierungen oder der Kapitalisten eines einzelnen Landes, sondern die gesamte Entwicklung der bürgerlichen Verhältnisse führte zum Imperialismus und zum gegenwärtigen imperialistischen Krieg. Ebenso führen nicht der Zufall und nicht das Resultat irgendwelcher Demagogie oder Agitation, sondern die objektiven Bedingungen der durch den Krieg hervorgerufenen Krise und der Verschärfung der Klassenwidersprüche jetzt in einer Reihe kriegführender Länder zu Streiks, Demonstrationen und ähnlichen Erscheinungen des revolutionären Massenkampfes.

Die Frage steht objektiv so und nur so: Soll man diese vorläufig noch schwache, aber innerlich mächtige, tiefe Gärung und Bewegung der Massen, die sich zur sozialistischen Revolution entwickeln kann, unterstützen *oder* soll man eine Politik der Hilfe für die bürgerlichen Regierungen (‚Durchhaltepolitik', politique jusqu'au-boutiste) betreiben? Die reale Bedeutung der süßlichen Reden über einen demokratischen Frieden liegt ausschließlich darin, den Regierungen zu *helfen*, indem man die Massen in heuchlerischer Weise betäubt und betrügt.

*

Dieser Krieg hat die Grundfragen des Imperialismus auf die Tagesordnung gesetzt, d. h. die Fragen des Fortbestands der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt, und dem Volk direkt oder indirekt den Gedanken zu suggerieren, daß eine reformistische Lösung dieser Fragen möglich sei, wäre Scharlatanerie. Es geht um die Neuaufteilung der Welt entsprechend den neuen Kräfteverhältnissen zwischen den kapitalistischen Staaten, die sich in den letzten Jahrzehnten nicht nur außerordentlich rasch, sondern auch – was besonders wichtig ist – außerordentlich ungleichmäßig entwickelt haben. Auf dem Boden der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse ist diese Neuaufteilung der Welt nicht anders als durch Kriege und Gewalt möglich. Die objektive Lage der Dinge schließt eine reformistische Lösung der herangereiften Widersprüche aus, schließt jeden anderen Ausweg als den durch eine Reihe imperialistischer Kriege oder durch die sozialistische Revolution des Proletariats aus, wobei die Voraussetzungen für deren Erfolg eben durch diese Epoche des Imperialismus bereits geschaffen wurden. Eine wirkliche politische Tätigkeit ist unter den gegebenen Bedingungen nur auf zweierlei Art möglich:

entweder der „eigenen" nationalen Bourgeoisie helfen, andere Länder auszurauben, oder der beginnenden . . .*

Geschrieben Ende Februar–März 1916.
Zum erstenmal veröffentlicht am 6./7. November 1927 in der „Prawda" Nr. 255.

Nach dem Manuskript.

2
AUSFÜHRUNGEN BEI DER ERÖRTERUNG DER RESOLUTION ÜBER DIE EINBERUFUNG DES INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN BÜROS[487]
15. (28.) APRIL

1

Die Luganeser Konferenz fand im September 1914 statt.[488] Wenn die Herren Huysmans und Konsorten das Büro hätten einberufen wollen, hätten sie es längst tun können. Aber sie haben es nicht getan. Ihr leugnet die Spaltung der Sektionen der alten Internationale, aber diese Spaltung ist Tatsache. Wir haben als Tatsache heute die Krise der sozialistischen Parteien der ganzen Welt. Einerseits behandelt Ihr die Thomas und Konsorten als traurige Subjekte und Verräter, und anderseits sagt Ihr heute: Oh, wir wollen mit ihnen zusammenkommen, mit ihnen diskutieren und die Internationale wieder aufrichten! Was Ihr da sagt, das sind Phrasen; Phrasen, weil sie heute, 16 Monate nach Lugano, gemacht werden. Die Leute, mit denen Ihr die Internationale aufrichten wolltet, sind gestorben, sie leben nicht mehr, nicht buchstäblich, aber politisch.

2

Wenn Grimm meint, daß man nicht nach Köpfen abstimmen könne, so sind wir ganz einverstanden, die Abstimmung nach Gruppen vorzunehmen. Jeder Gedanke der Majorisierung liegt uns vollständig fern, aber

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

wir wünschen, daß eine Abstimmung stattfinde; nachher werden wir uns gerne an den Kommissionsarbeiten beteiligen.

3

Die Sache wäre längst erledigt, wenn die Abstimmung vorgenommen worden wäre. Es ist höchst unbillig, wenn man nach mehreren Tagen Zusammenarbeit die Abstimmung verweigern will. In fünf Minuten könnte doch die Abstimmung erledigt sein! Der Vorschlag Martows ist ohne weiteres annehmbar.[489]

Zum erstenmal veröffentlicht 1965 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 54.

Nach den deutschsprachigen Protokollen der Konferenz.

ÜBER DIE ERKLÄRUNG DER POLNISCHEN SOZIALDEMOKRATEN AUF DER ZIMMERWALDER KONFERENZ[490]

Aus dieser Erklärung der PSD in Zimmerwald ist ersichtlich, daß die polnischen Sozialdemokraten nicht ganz das sagen wollen, was sie sagen, wenn sie gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wettern. Sie wollen sagen, daß nicht jede Bewegung für nationale Unabhängigkeit die Unterstützung der Sozialdemokraten verdient. Das ist sowohl deshalb unbestreitbar, weil jede demokratische Forderung den allgemeinen Interessen des Klassenkampfes des Proletariats untergeordnet und keineswegs etwas Absolutes ist, als auch deshalb, weil in der Epoche der imperialistischen Konkurrenz um die Herrschaft über die Nationen offene und geheime Bündnisse zwischen der Bourgeoisie des unterdrückten Landes und eines der Unterdrückerländer möglich sind.

Geschrieben im Juli 1916.

Zum erstenmal veröffentlicht 1962 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 30.

Nach dem Manuskript.

PLAN FÜR EINEN ARTIKEL „ZUR ROLLE DES STAATES"[491]

Zur Rolle des Staates

Kommunist oder Sozialdemokrat?
Sozialismus und Kommunismus. (Vollständige Gemeinschaftlichkeit der Konsumtionsmittel oder wenigstens der *notwendigen.*)
Demokratie ist auch Staat. ⌊Absterben⌋ ... „Absterben" des Staates.
Warum nicht ⌊Abschaffung⌋ und nicht ⌊Sprengung⌋?
⌊„Allmähliches Einschlafen"⌋ einer Funktion nach der anderen.
Ohne Demokratie = ohne Herrschaft über Menschen.
„Die Wurzeln der Staatlichkeit in den Seelen der Arbeiter"?
Opportunismus und revolutionäre Sozialdemokratie.
Diktatur des Proletariats.
Ausnutzung des Staates gegen die Bourgeoisie.
Abwehr ihrer Restaurierungsversuche.
Revolutionäre Kriege.
Einführung und Verteidigung der Demokratie.
Rolle der Demokratie:
Erziehung der Massen
Heranführen der Massen an die neue Ordnung
Form der soz. Revolution: Vereinigungen 1905.
Imperialismus: Staat und Wirtschaftsorganisationen der Kapitalisten.
„Staatskapitalistische Trusts" ...
Demokratische Reformen der Imperialisten und soz. Revolution.
Marx 1844 („Nachlaß", II. Band, S. 50, Ende des vorletzten Absatzes).[492]

Nichts als Gegenüberstellung von Sozialismus und Politik. Gegen den rein politischen Radikalismus Ruges. Vor 1847!

Engels („Dell'autorità"*) über Revolution ... (+)
über Organisation ...[493] (+)

* „Von der Autorität". *Die Red.*

Marx (ebenda) ((„Neue Zeit", 32, I, 1913–1914)) über politische Aktion und Kampf um **Konzessionen** – über revolutionäre Ausnutzung der Staatsmacht . . .[494]

Zwei Richtungen in der *Politik* (Politik ist Teilnahme an den *Staats*geschäften, Lenkung des Staates, Festlegung der Formen, der Aufgaben, des Inhalts der staatlichen Tätigkeit), die opportunistische und die revolutionäre, oder zwei Richtungen in der Stellung zum „Staatswesen"?

Demokratie der Reformisten und Demokratie der Revolution. Verschiedener Inhalt: Minderheit und Masse. Beschwichtigung der Masse? Unterstützung des *Kampfes* der Masse? Subordination der Masse unter die Autorität der Führer? Aufstand gegen die Führer? „Unterste Masse" bei Engels *versus* „Masse" *im Schlepptau* der opportunistischen Führer. Läuft hinaus auf Revolution versus Opportunismus.

Geschrieben nicht vor dem 18. November (1. Dezember) 1916.
Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

THESEN ÜBER DAS VERHÄLTNIS DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DER SCHWEIZ ZUM KRIEG*[495]

Praktischer Teil

(1) Vollständige Ablehnung der Landesverteidigung, sowohl militärisch als politisch, und rücksichtlose Entlarvung der bürgerlichen Lüge, die sich unter dieser Parole birgt.

* Siehe Werke, Bd. 23, S. 148–150. *Die Red.*

(2) Unbedingte Ablehnung aller Militärkredite u. Forderungen sowohl im Frieden als im Kriege und zwar unter grundsätzlicher Motivierung. Verpflichtung der Parteivertreter im Parlament sowie in allen anderen staatlichen Institutionen, das zu tun.

(3) Bekämpfung aller militärischen Institutionen, Ablehnung aller militärischen Pflichten des bürgerlichen Klassenstaates durch die Partei in aller Propaganda u. Agitation, und zwar auf dem ersten Plane der praktischen Tätigkeit.

(4) Systematischer Übergang der Partei auf der ganzen Linie zum revolutionären Klassenkampfe u. revolutionärer Taktik statt sich auf Reformismus in praktischer Arbeit zu beschränken.

(5) Als Muster der einzig internationalistischen, den Krieg u. alle Kriege wirklich bekämpfenden Tätigkeit die Tätigkeit u. die Arbeit von K. Liebknecht u. der ganzen Spartakusgruppe in Deutschland aufstellen und zu befolgen.

(6) Gegen Sozialpatrioten (d. h. die „Verteidiger des Vaterlandes") u. Reformisten (d. h. Gegner der sofortigen u. systematischen Anwendung revolutionärer Kampfesmittel) in der schweizerischen sozialistischen Partei propagandistisch, agitatorisch u. organisatorisch zu kämpfen.

(7) Aufklärung der Massen darüber, daß ohne vollständige Änderung *im Bau der Partei u. ihrer Tätigkeit,* ohne die Besetzung aller Vertr.-Posten in den sozialistisch-politischen, als auch gewerkschaftlichen, Konsum- u. allen anderen Arbeiterorganisationen durch entsch. Gegner des Sozialpatriotismus u. des Reformismus jede feierlichste Erklärung gegen den Militarismus u. Kriege notwendig zur bloßen Phrase wird.

(8) Propagandierung u. Vorbereitung energischster revolutionärer Massenkämpfe (Demonstrationen, Streiks *und so weiter,* je nach der Steigerung des allgemeinen revolutionären Kampfes) zum Zwecke der proletarischen Revolution als des einzigen Mittels, die Kriege loszuwerden.

(9) Aufklärung der Massen darüber, daß sie selbst im nötigen Falle spezielle und den schwierigen Umständen der Kriegszeit angepaßte Organisationen zu solchen Kämpfen, von unten aus, zu schaffen haben.

(10) Vorsorge dafür, daß die revolutionären Aufgaben der Partei im Kampfe gegen die Teuerung, Kriege usw. allen Schichten der Ausgebeuteten, die außerhalb der Partei stehen, bekannt u. klar wären.

(11) Systematische Propaganda im angedeuteten Sinne unter der Jugend vor dem Militäralter sowie auch innerhalb des Heeres usw.

Geschrieben Ende November–Anfang Dezember 1916.
Zum erstenmal veröffentlicht 1931 im Lenin-Sammelband XVII.

Nach dem deutschsprachigen Manuskript

BEMERKUNGEN ZU DEM ARTIKEL ÜBER DEN MAXIMALISMUS[496]

S. 6 (2. Absatz). Hier muß eingefügt werden, daß sich Potressow jetzt *in der Tat* von diesen Thesen (Kautskys + Hilferdings etc.) losgesagt hat, die eine prinzipielle Ablehnung des Reformismus enthalten. Potressow ist zum Reformisten geworden.

(Man darf sich nicht auf die Erklärung beschränken: „wir hatten gar nicht die Absicht zu beweisen": man muß das als *bewiesen* hinstellen und Potressow herausfordern: in der Tat, jedoch feige, heimlich, sind Sie und besonders Maslow und Co. vom „Delo"[497] geschlossen *von dieser Position* zum Reformismus übergegangen.)

S. 7 (Ende des § I) „Massenaktionen"?? Das sollte man anders und ohne dieses Wort sagen, das *hauptsächlich* wegen der *deutschen* Zensur (als Pseudonym für *Revolution*) gebraucht wird und daher den Nachteil hat, daß es den Begriff *Revolution* verwischt. (In dieser Frage muß man noch mit Pannekoek + Radek und Co. abrechnen!! Nur *ein* Beispiel: In der Schweiz gibt es keine deutsche Zensur, und hier erzeugt der Terminus „Massenaktionen" *schon* Mißverständnisse, die den Reformisten nützen.)

Aber das ist nicht das Wichtigste, das Wichtigste an Ihrer Idee, die *von Grund aus falsch* ist, besteht darin, daß angeblich „diese seine (des Minimalprogramms) Forderungen ... zusammengenommen den *Übergang* zu einer prinzipiell anderen Gesellschaftsordnung ergeben" (S. 7, § II *u. a.*) (dasselbe S. 9).

Das ist doch völlig falsch!! *W e d e r* die bekannten Forderungen des Minimalprogramms („diese seine Forderungen") *n o c h d i e G e s a m t h e i t* der Forderungen des Minimalprogramms ergeben jemals den „Übergang zu einer prinzipiell anderen Gesellschaftsordnung". So denken heißt prinzipiell auf die Position des Reformismus übergehen und den Standpunkt der sozialistischen Revolution aufgeben.

Das Minimalprogramm ist ein Programm, das mit dem Kapitalismus prinzipiell *vereinbar* ist, über seinen Rahmen *nicht hinausgeht.*

Vielleicht wollten Sie sagen, daß die Verwirklichung der *G e s a m t h e i t* der Forderungen des Minimalprogramms, die objektive Reife der Gesellschaft für den Sozialismus vorausgesetzt, Sozialismus *e r g ä b e?* Aber auch das ist nicht der Fall. Man kann lediglich sagen, in der Praxis ist es *höchst wahrscheinlich,* daß aus jedem ernsthaften Kampf für die *wichtigen* Forderungen des Minimalprogramms ein Kampf um den Sozialismus *e n t b r e n n t,* und daß *wir* das auf jeden Fall anstreben.

Man darf auch das nicht vergessen, was Pannekoek + Radek vergessen, nämlich: Imperialismus ist die Ausbeutung von Hunderten von Millionen in den abhängigen Nationen durch eine kleine Anzahl sehr reicher Nationen. Daher die *Möglichkeit* vollständiger Demokratie innerhalb einer sehr reichen Nation *unter Aufrechterhaltung* ihrer Herrschaft über abhängige Nationen. So war es im alten Griechenland auf der Grundlage der Sklaverei. So verhält es sich heute mit Neuseeland und England.

(Ein Detail: S. 8 ist nicht gut. Das kann man so *n i c h t* sagen. Zum Beispiel, daß man in der Epoche des Imperialismus und der Teuerung nicht einmal „Brot" durch Reformen *allein* bekommen könne.

S. 8 – Verteidigung gegen Potressows Beschuldigung. Man muß sich doch nicht verteidigen, sondern angreifen: *Ihr b e g n ü g t e u c h* mit Reformen, wie die Liberalen 1904 in Rußland.)

S. 10 – 1905 haben sich die Liberalen mit Reformen *b e g n ü g t;* wir forderten, propagierten die Revolution, bereiteten sie vor usw. Hier geht es nicht um „Konkretheit", sondern um das Grundprinzip (das Wesen) jeder Revolution: Absetzung der alten Klasse, Eroberung der *„gesamten Macht"* ⌊(*d e r* Macht)⌋ durch die *neue* Klasse.

(S. 10 am Schluß: es geht um die proletarische „Reform" – das ist schrecklich unvorsichtig und ungeschickt, wenn Sie auch sagen wollen:

„Revolution"!! „Ebenso wie 1904 in Rußland nicht Reformen, sondern *d i e R e f o r m*" – etwa so.)

S. 11 ist insgesamt besonders fehlerhaft. Sowohl den Achtstundentag als auch die „Volksbewaffnung" gewährt der *Imperialismus gegen* die sozialistische Revolution. Der Kampf entbrennt eben *nicht* hierum, und überhaupt **nicht** um das Minimalprogramm.

Der Imperialismus wird „Bulyginsche Dumas", Reformen *gegen* die Revolution gewähren. Wir werden für die Revolution sein.

„Die wichtigsten Fragen der Gegenwart" sind (und werden sein) *n i c h t* die von Ihnen genannten, sondern die Teuerung (1.) + (2.) Kriege imperialistischen Charakters.

Gegen die Teuerung sind Reformen (bei Vorhandensein von Trusts u. ä.) ebenso wirkungslos wie gegen die Selbstherrschaft 1904/1905 in Rußland.

Sie haben die Frage der Reformen und des Minimalprogramms und der Demokratie falsch gestellt.

※ Ich würde dringend raten, das umzuarbeiten und sich dabei *vorläufig* (für die „Woprossy Strachowanija", für einen kleinen Artikel) auf eine Gegenüberstellung zu beschränken: Sie, Herr Potressow, sind durch und durch **Reformist**. Sie begnügen sich mit „Reformen", Sie haben Bedeutung und Sinn der „Formel": „nicht ‚Reformen', sondern ‚die Reform' ", Bedeutung und Sinn der zitierten Erklärungen Kautskys + Hilferdings + Bauers etc. *v e r g e s s e n.* Das „Delo" = ideologisch ein ausgesprochenes Organ des *Reformismus,* einer bürgerlichen Arbeiterpartei.

Die „drei Grundpfeiler" waren eine Ausweitung des Kampfes um Reformen *bis* zur Revolution. So ist die Frage auch im Manifest der Zimmerwalder Linken gestellt: Jeder Kampf um eine Reform muß *in den Kampf* um die Revolution übergeleitet, umgewandelt werden.

Die Selbstbestimmung der Nationen darf man meines Erachtens nicht als „das Wichtigste" überhaupt hinstellen: damit gehen Sie weit über das hinaus, was wir bisher gesagt haben. Durch ein solches Auftreten würden Sie mich zwingen, gegen Sie mit – wie entsetzlich! – mit Bucharin zusammenzugehen!!!

Sollte man diese Frage nicht vorläufig lieber aufschieben, den Artikel à la ※ umarbeiten – und vielleicht eine Art Thesen ausarbeiten über die Stellung zum Minimalprogramm etc., um sie dem Büro zuzuschicken usw.?

※ Die Phrasen über den „Maximalismus" sind nichts anderes als Angriffe eines *Reformisten* gegen die *Revolutionäre* (die „prinzipiellen Gegner des Reformismus" für die Zensur). Eine *s o l c h e* Frage überhaupt unter der Zensur zu behandeln ist eine besonders schwierige Angelegenheit und eine ⌊heikle, sehr heikle Sache⌋!!

Geschrieben nach dem 7. (20.) Dezember 1916.

Zum erstenmal veröffentlicht 1962 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 30.

Nach dem Manuskript.

PLÄNE ZU DER BROSCHÜRE „STATISTIK UND SOZIOLOGIE"*

S t a t i s t i k und **Soziologie**

1

A) Die historischen Bedingungen der nationalen Bewegungen.
B) Einige theoretische Fragen, die die nationalen Bewegungen betreffen.
C) Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Rosa Luxemburg.
D) Die national-kulturelle Autonomie ...

A) Die historischen Bedingungen der nationalen Bewegungen ...

Ablösung der Epochen; Typen von Ländern als historische Stufen dieser Ablösung ...

A. *Die historische Situation der nationalen Bewegungen* (S. 2**)
Kapitel 1. Etwas Statistik ...
S. 4, I und
II, S. 8***

---

* Siehe Werke, Bd. 23, S. 284–291. *Die Red.*

** Gemeint ist S. 2 des Manuskripts der Broschüre (siehe ebenda, S. 284–286). *Die Red.*

*** Siehe ebenda, S. 286–290 und 290/291. *Die Red.*

B) Einige theoretische Fragen
[Some unsettled questions?*]
im Zusammenhang mit den nationalen Bewegungen.

2. Drei „Typen" von Ländern . . .
(Typen = historische Stufen).
„Nationalitätenstaat?" [Stadium der abgeschlossenen nationalen Bewegungen . . .]
3. Imperialismus und Aufteilung der Welt . . .
(Diagramm?)
4. Die Regel: unterdrückende und unterdrückte Nationen . . .
5. „Staatensystem . . ."
System der Nationalstaaten
System der imperialistischen Staaten

(1)
B. Über den Begriff der Realisierbarkeit
1. „Realisierbarkeit" der Selbstbestimmung.

(2) 2 **bis:**
„Dualismus" und Monismus . . .

2. Nationale Kriege in der „Epoche" des Imperialismus.
Hilferding.[498] Der Begriff „Epoche".
Patouillet.
Junius.[499]
ad A. → 6.

(3)
Annexionen und Kolonien

3. Annexionen und Selbstbestimmung.
4. Kolonien und Selbstbestimmung.

7. Verbindung von imperialistischen und nationalen Kriegen . . .
Amerika 1783 – „möglich" und real.

(4)
Lenschs Argumente

5. Lensch vs Struve. Lenschs „Argumente" . . .[500]
6. Engels über den Vertrag von 1866 (besonderes Blatt) . . .

(5)
7. Imperialistischer Ökonomismus und „Ultraimperialismus" . . .

* Einige ungelöste Fragen? *Die Red.*

(6) { 8. Staat und Staatenbildung.
 9. Demokratie und Sozialismus. }
 10. Minimum und Maximum.

(7) || 11. Sozialchauvinismus vs Kautskyanertum in der Frage der Selbstbestimmung und des Imperialismus.

(8) Vereinigte Staaten von Europa: . . .
|| Patouillet (Wilhelm II.) . . .
|| Kolonien.

(9) Sozialpazifismus als Beschönigung des Imperialismus
(K. Kautsky. XII. 1916)[501]

2

Der Unterschied zwischen unterdrück*enden* und unterdrück*ten* Ländern

+ Marx über Irland *1869* (aus Beiträge zur Biographie[502])	Die europäischen Staaten und die Kolonien 18*7*6 und 19*1*6 „Es hat keinen Zweck gehabt, die Neger zu befreien“ (Wirth). Marx über den Staat: ⌊„*der heutige* Staat“⌋?? (NB)
+ Engels über den Vertrag von 1866 und seine Aufhebung (besonderes Blatt).	„Gesetz“ der staatlichen Konzentration????
+ Lenschs „Argumente“ (seine 2 Artikel) . . .	Nationale Besonderheiten der unterdrückten Nationen (Wirth über Irland). Engels über Irland im Falle eines Krieges zwischen Amerika und England. „Neue Zeit“ 1915/1916?
	. . . „Imperialistischer Ökonomismus“ . . . } Zwei Dummheiten „Ultraimperialismus“ . . . }

„Ära der nationalen Kriege“ (Patouillet und Junius)	In der imperialistischen „Epoche“ (um es recht gewichtig zu sagen!) „kann es keine nationalen Kriege geben“. Begriff der „Epoche“ . . .

3

Alte und neue Studien zur nationalen Frage:

Ad **A**:

1. 3 „Typen“ von Ländern.
2. „Typen“ = historische Stufen.
3. Ungleichmäßigkeit der Entwicklung.

{{„Nationalitätenstaat“. Unzulänglichkeit dieses Begriffs.}}

Ad **B** {
Die Weiterentwicklung der Reformen: Bismarck vs 1848
Der imperialistische Krieg 1914–1917 vs 1848 (!!!)
Imperialismus und Aufteilung der Welt
Imperialistische Kriege auf der Grundlage der Sklaverei etc.
Verbindung von imperialistischen Kriegen mit nationalen.

Die historischen Bedingungen der nationalen Bewegungen

Etwa: {
A. Etwas Statistik. (Tatsachen are stubborn things.*)
B. Theoretische Fehler in den Betrachtungen einiger Marxisten zur nationalen Frage.
C. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Rosa Luxemburg
D. National-kulturelle Autonomie

} alte Studien . . .

Ad **B**:

Imperialismus und nationale Frage.
„*Realisierbarkeit*“ der nationalen Selbstbestimmung.
Annexionen und nationale Selbstbestimmung.
Kolonien und nationale Selbstbestimmung.
Staat und Staatenbildung.
„Dualismus“ und „Monismus“ in der nationalen Frage.

---

* Tatsachen sind ein hartnäckig Ding. *Die Red.*

Mannigfaltigkeit der Bewegungen zu *einem* Ziel.
„Fort aus den Kolonien“??
Sozialismus und Kolonien (Engels 1882).
Judentum – Nation?
Verschmelzung der Nationen?

Geschrieben im Januar 1917.
Zum erstenmal veröffentlicht 1937 im Lenin-Sammelband XXX.

Nach dem Manuskript.

DIE MERKMALE DES „ZENTRUMS“ ALS EINER STRÖMUNG IN DER INTERNATIONALEN SOZIALDEMOKRATIE[503]

Bei Grimm:

Die *Merkmale des „Zentrums“* als einer Strömung in der internationalen Sozialdemokratie:

\+ 1. Mit den Sozialpatrioten des *eigenen* Landes weder in den Grundprinzipien noch organisatorisch brechen; hieraus folgt 2.

\+ 2. Gegen die Spaltung.

(+ –) 3. Ausweichende Haltung in der Frage der Vaterlandsverteidigung.

\+ 4. Zimmerwald und Kienthal anerkennen – ohne Bruch mit dem ISB und dem internationalen Sozialpatriotismus.

\+ 5. Nicht mit dem Reformismus brechen: ihn nur in Worten kritisieren (⌊„passiver Radikalismus“⌋).

\+ 6. Zur nahenden Revolution (im *Zusammenhang* mit *diesem* Krieg) sich *abwartend* verhalten (*nicht* aktiv, *keine* Initiative zeigen wie die Linken).

\+ (ΣΣ)

7. ΣΣ = Beschönigung (und Verteidigung) des Sozialpatrio-

(? = Pkt. 1) tismus in größerem oder geringerem Maße, auf die eine oder andere Art, das ist das ⌊*Wesen*⌋ des „Zentrums" . . .

\+ 8. Keine Umgestaltung der jetzigen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften, nichts in der Art der Liebknechtschen „⌊Regeneration⌋ von der Haut bis zum Mark". Dieser Frage wird aus dem Wege gegangen.

(–) 9. Sozialpazifismus als Programm und Taktik.

\+ 10. Keine systematische Propaganda der Revolution im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Krieg.

\+ 11. Keine Vorbereitung der Organisationen etc. für diese Revolution.

– *α*) „Avanti!" 6. III. 1916

β) Morgary in einer schweizerischen Zeitung

γ) Sozialpazifismus

\+ *αα*) ausschließlich Sozialpatrioten

ββ) die Jungen.

Indem Grimm Liebknecht und die Italienische Sozialistische Partei gleichsetzt, wirft er Zentrum und Linke in einen Topf.

Die revolutionäre Aufgabe (Kampf gegen den Krieg) will Grimm mit reformistischen Maßnahmen lösen (⌊„schwächen", erschweren⌋ etc.).

Indirekte Steuer 4./5. XI. 1916.

Reformistischer Kampf gegen die Teuerung (6. VIII. 1916).

Polemik gegen . . .* (⌊„Sozialismus tut not"⌋).

Idem des Reformismus || Verschweigen des Sozialpatriotismus in der Schweizerischen Sozialistischen Partei. Kein Kampf gegen ihn. Idem in der Gewerkschaftsbewegung (Schneeberger & Dürr).

NB [Die Frage des *Zeitpunkts* revolutionärer Aktionen wird *durcheinandergebracht* mit der Frage der systematischen Propaganda, der agitatorischen und organisatorischen Vorbereitung der Möglichkeit revolutionärer Aktionen überhaupt.]

Verlogene, gewissenlose Ausflüchte mit ⌊Entwaffnung⌋ (vgl. die „Thesen" desselben Verfassers). Idem ⌊Dienstverweigerung⌋.

* Hier konnte ein Wort nicht entziffert werden. *Die Red.*

Ausflüchte in der Frage ⌊was heißt *„verweigern"* die „Leipziger Volkszeitung"? Verzerrung der Frage *seitens* Grütli-Verein⌋

NB: *„In Worten"* Zimmerwald + Kienthal anerkennen, in der Tat *bleibt alles beim alten!!*

S. 13 Vom Standpunkt des „Zentrums" wäre es in der Schweiz überhaupt *folgerichtig, für* die Vaterlandsverteidigung zu sein!!!*

Geschrieben im Januar 1917.
Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1962 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 30.

Nach dem Manuskript.

PLAN ZU EINEM ARTIKEL „DIE LEHREN DES KRIEGES"[504]

Die Lehren des Krieges

Etwa:

1. Definition des Imperialismus.
2. Der imperialistische Charakter des Krieges ist aufgedeckt.
3. Weiterentwicklung des monopolistischen Kapitalismus zum Staatskapitalismus.
4. „Not" lehrt. Hunger etc.
5. Frauenarbeit. ⌊„Arbeitszwang" etc. „Kriegssozialismus"⌋?
6. Sozialpatriotismus bzw. Sozialchauvinismus. Internationale Bedeutung.
7. Kautskyanertum bzw. Zentrismus bzw. Sozialpazifismus.
8. Die Linken.

8. *bis.* Basler Manifest. *Widerlegt?*

9. Sozialökonomisches Herangehen. ⌊„Not kennt kein Gebot".⌋ Entweder Sozialismus oder Hunger (idem ⌊Neutrale⌋).

---

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

10. ⌊Wie's gemacht wird? „Wumba"*.⌋
11. Die politischen Aufgaben: Revolution.
12. Bürgerkrieg. ⌊Waffen umkehren. („Entwaffnung der Arbeiter"?)⌋
13. „Die alte Staats"maschine „zerschlagen" (⌊Kautsky gegen Pannekoek.⌋)
14. „Diktatur des Proletariats". 1871 und 1905.
15. Die alte, „fertige" Staatsmacht oder eine *neue?*
16. „Sowjets der Arbeiterdeputierten". Ist das Parlamentarismus?
17. Rolle der *neuen* Demokratie und ihr Absterben.

17 bis. „Neue" Demokratie (⌊„neue Schöpfung"⌋) = arbeitende, sozialistische, proletarische, *kommunistische.*

18. Momente, Elemente, Anzeichen einer Wende zur Revolution.

M. Capy, Urb. Gohier R. Rolland

„The North American Review". „The Atlantic Monthly"?

Themen: **A.** Imperialismus und imperialistischer Krieg (1–2).
B. 3 Richtungen im internationalen Sozialismus (6–8).
C. Vorwärtsentwicklung der Ökonomik (3–5).
D. „Realisierbarkeit" und Dringlichkeit des Sozialismus.
E. Politische Revolution (11–17).
F. ⌊„Der Sturm naht"⌋ (18).

Geschrieben im Februar 1917.
Zum erstenmal veröffentlicht 1939 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" Nr. 1.

Nach dem Manuskript.

* „Wumba" – Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt. *Die Red.*

ENTWURF ZUM FÜNFTEN „BRIEF AUS DER FERNE"[505]

Man kann nicht mit dem alten Programm in die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung gehen. Man muß es ändern:

1. Ergänzung über den Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus
2. über den imperialistischen Krieg, imperialistische Kriege und „Vaterlandsverteidigung"

\+ 2 *bis:* über den Kampf gegen die Sozialchauvinisten und den Bruch mit ihnen

|| NB ||| 3. Ergänzung über den *Staat,* wie wir ihn brauchen, und über das *A b s t e r b e n* des Staates.

4. Ändern
   die letzten 2 Absätze *vor* dem politischen Programm (gegen die Monarchie überhaupt und gegen Maßnahmen zu ihrer Restaurierung)
5. hinzufügen zu § 3 des politischen Teils:
   keine Beamten *von oben*
   (vgl. *Engels* in der Kritik von 1891[506])
   \+ Bezahlung *aller* Beamten: nicht höher als Arbeiterlohn
   \+ das Recht, *alle* Deputierten und Beamten jederzeit abzuberufen
   \+ 5 bis) § 9 über die Selbstbestimmung korrigieren
   \+ internationaler Charakter der sozialistischen Revolution *detailliert*
6. im Minimalprogramm vieles korrigieren und *s t e i g e r n.*
7. Im Agrarprogramm:
   (α) Nationalisierung statt Munizipalisierung
   (ich werde mein Manuskript darüber nach Petrograd schicken; das Buch wurde 1909 verbrannt[507])
   (β) Musterwirtschaften aus den Gütern der Grundbesitzer.
8. „Allgemeine Arbeitspflicht" ˻(Zivildienstpflicht)˼
9. streichen die Unterstützung *„jeder o p p o s i t i o n e l l e n"* Bewegung (revolutionären – das ist etwas anderes).

10. Den Namen ändern, denn
   (α) ist er falsch,
   (β) besudelt durch die Sozialchauvinisten,
   (γ) wird er das Volk bei den Wahlen verwirren, denn Sozialdemokraten = Tschcheïdse, *Potressow* und Co.

Dies ist der Entwurf zum „Brief Nr. 5". Schicken Sie ihn **sofort** zurück.

Haben Sie nicht vielleicht Entwürfe und Bemerkungen über die Änderung des Minimalprogramms in seinem praktischen Teil? ((Erinnern Sie sich, wir haben *mehrmals* darüber gesprochen?))

Mit dieser Arbeit muß man **sofort** beginnen.

Geschrieben zwischen dem 7. und 12. (20. und 25.) März 1917.

Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI. — *Nach dem Manuskript.*

ANTWORTEN AN DEN KORRESPONDENTEN DER ZEITUNG „POLITIKEN"[508] 31. MÄRZ (13. APRIL) 1917

Unsere Freunde wollten keinerlei Interviews geben. An Stelle von Interviews übergaben sie nach ihrer Ankunft der Presse und der Öffentlichkeit durch die Zeitung „Politiken" ein Kommuniqué über ihre Reise.

Das wichtigste ist, daß wir *so schnell wie möglich* nach Rußland kommen, sagte Lenin voll Leidenschaft. Jeder Tag ist kostbar. Die Regierungen haben alles getan, um die Reise zu erschweren.

Sind Sie mit jemandem von den deutschen Parteigenossen zusammengetroffen?

Nein. Wilhelm Jansson aus Berlin versuchte in Lingen* an der schweizerischen Grenze mit uns zusammenzutreffen. Platten wies ihn jedoch ab, wobei er ihm freundschaftlich zu verstehen gab, daß er ihm die Unannehmlichkeit einer solchen Begegnung ersparen wolle.

„Politiken" Nr. 85, 14. April 1917. — *Nach dem Text der Zeitung. Übersetzung aus dem Schwedischen.*

---

* Gemeint ist wahrscheinlich Singen. *Die Red.*

ANTWORT AN DEN VERTRETER DER SCHWEDISCHEN LINKEN SOZIALDEMOKRATEN F. STRÖM 31. MÄRZ (13. APRIL) 1917

Die Behauptung, Fredrik Ström habe entgegen dem Wunsch der Russen verhindert, daß ein Vertreter des „Social-Demokraten"[509] an der Beratung teilnehmen konnte, ist eine glatte Erfindung. Auf Ströms Frage hat Lenin geantwortet:

Wir haben absolut kein Vertrauen zu Herrn Branting. Wenn *Sie* ihm vertrauen, dann können Sie seinen Vertreter einladen.

„Politiken" Nr. 86,
15. April 1917.

Nach dem Text der Zeitung.
Übersetzung aus dem Schwedischen.

DIE DURCHREISE DER RUSSISCHEN REVOLUTIONÄRE DURCH DEUTSCHLAND

Kommuniqué der Gruppe[510]

Die Freitag früh in Stockholm angekommenen russischen Revolutionäre haben der Zeitung „Politiken" folgendes offizielles Kommuniqué über ihre Reise zur Veröffentlichung übergeben:

England, das offiziell die russische Revolution „freudigen Herzens" begrüßt hat, tat sein möglichstes, um *eines* der Ergebnisse der Revolution, die *politische Amnestie*, sofort zunichte zu machen. Die englische Regierung gestattet den im Ausland lebenden russischen Revolutionären, die gegen den Krieg auftreten, nicht die Durchreise nach Rußland. Nachdem das unleugbar erwiesen war – diese Tatsache ist durch eine Vielzahl von Materialien belegt, die in allernächster Zeit veröffentlicht werden, und

die russischen Sozialisten *aller* Richtungen haben das in einer einmütig angenommenen Resolution festgestellt –, beschloß ein Teil der russischen Parteigenossen zu versuchen, aus der Schweiz über Deutschland und Schweden nach Rußland zurückzukehren. *Fritz Platten*, Sekretär der schweizerischen sozialdemokratischen Partei und Führer ihres linken Flügels, ein bekannter Internationalist und Antimilitarist, führte die Verhandlungen mit der deutschen Regierung. Die russischen Parteigenossen haben für ihren Zug das *Exterritorialitätsrecht* gefordert (keine Kontrolle der Pässe oder des Gepäcks; kein Zugang für irgendwelche Beamte zu ihrem Waggon). Mitreisen konnte jeder, unabhängig von seinen politischen Anschauungen, unter der Bedingung, daß die Russen selbst seine Kandidatur billigen. Die russischen Parteigenossen haben erklärt, daß sie dafür die Freilassung in Rußland internierter österreichischer und deutscher Zivilpersonen verlangen werden.

Die deutsche Regierung akzeptierte die Bedingungen, und am 9. April reisten von Gottmadingen 30 russische Parteigenossen ab, Männer und Frauen, darunter *Lenin* und *Sinowjew*, Redakteure des „Sozial-Demokrat", Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie; der Redakteur des „Natschalo"[511] in Paris, *Micha Zchakaja;* einer der Begründer der kaukasischen Sozialdemokratie, der seinerzeit Tschcheïdse in die Partei gebracht hat, sowie einige Mitglieder des jüdischen Arbeiterbundes. Leiter des Transports war *Fritz Platten*, der allein alle notwendigen Verhandlungen mit den Vertretern der deutschen Regierung führte, die den Zug begleiteten.

Während der dreitägigen Durchreise durch Deutschland haben die russischen Parteigenossen den Waggon nicht verlassen. Die deutschen Behörden haben die Abmachung vollkommen loyal eingehalten. Am 12. dieses Monats sind die Russen in Schweden angekommen.

Vor der Abreise aus der Schweiz wurde ein Protokoll über alle Vorbereitungen der Reise angefertigt. *Henri Guilbeaux* als Vertreter der französischen sozialdemokratischen Gruppe „Vie Ouvrière" und Redakteur des „Demain"[512]; einer der Führer der radikalen französischen Opposition in Paris, dessen Name gegenwärtig nicht genannt werden kann[513]; *Paul Hartstein*, Mitglied der radikalen deutschen Opposition; *M. Bronski*, Vertreter der russisch-polnischen Sozialdemokratie, sowie *Fritz Platten* unterzeichneten, nachdem sie sich mit diesem Dokument bekannt gemacht hat-

ten, eine Erklärung, in der sie die Handlungsweise der russischen Parteigenossen voll und ganz billigten.

Geschrieben am 31. März (13. April) 1917.

Veröffentlicht am 14. April 1917 in der Zeitung „Politiken" Nr. 85.

Nach dem Text der Zeitung. Übersetzung aus dem Schwedischen.

REDE AUF EINER BERATUNG MIT SCHWEDISCHEN LINKEN SOZIALDEMOKRATEN 31. MÄRZ (13. APRIL) 1917[514]

Zeitungsbericht

Im Namen der russischen Genossen dankte *Lenin* für den Empfang und sagte, daß der Parteitag der russischen sozialistischen Partei, der in Kürze einberufen würde, einen Vorschlag internationalen Charakters unterbreiten werde. Mit den schwedischen Genossen und besonders mit der Zeitung „Politiken" werde man enge Verbindung halten.

„Politiken" Nr. 86, 15. April 1917.

Nach dem Text der Zeitung. Übersetzung aus dem Schwedischen.

REDE AUF DEM VORPLATZ DES FINNLÄNDISCHEN BAHNHOFS VOR ARBEITERN, SOLDATEN UND MATROSEN 3. (16.) APRIL 1917

Zeitungsbericht

Draußen, auf einem Panzerauto stehend, begrüßte Gen. Lenin das revolutionäre russische Proletariat und die revolutionäre russische Armee, die es nicht nur vermocht haben, Rußland vom Zarendespotismus zu befreien, sondern auch den Grundstein gelegt haben für die soziale Revo-

lution im internationalen Maßstab. Er wies darauf hin, daß das Proletariat der ganzen Welt voller Hoffnung auf die kühnen Schritte des russischen Proletariats blickt.

Die riesige Menschenmenge folgte dem Automobil bis zum Palais der Krzesinska, wo das Meeting fortgesetzt wurde.

„Prawda" Nr. 24,
5. April 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE „FREIHEITSANLEIHE"[515]

(Resolutionsentwurf, ausgearbeitet von der bolschewistischen Fraktion des Sowjets der Arbeiterdeputierten)

Resolution des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten anläßlich der 4. „Freiheitsanleihe"

Ausgehend von der Feststellung, daß der gegenwärtige Krieg ein imperialistischer Raubkrieg ist, daß sein Charakter sich nicht im geringsten dadurch geändert hat, daß in Rußland die Macht an die kapitalistische Provisorische Regierung übergegangen ist, daß die Geheimverträge der Verbündeten, in denen die wahren Kriegsziele festgelegt sind, nach wie vor in Kraft bleiben, protestiert der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten aufs entschiedenste gegen die sogenannte „Freiheitsanleihe" und lehnt es ab, die Provisorische Regierung in ihren Absichten zu unterstützen, den nur für die imperialistische Bourgeoisie vorteilhaften Krieg in die Länge zu ziehen.

Wenn die Arbeiter aller Länder der Welt für die Anleihen stimmen, die die bürgerlichen Regierungen zur Führung des imperialistischen Krieges aufnehmen, dann ist kein Ausweg aus den Schrecken des Krieges zu sehen, und alle Phrasen über die brüderliche Solidarität des Weltproletariats, über Internationalismus u. dgl. verwandeln sich in pure Heuchelei.

Die Verbindung der Abstimmung für die Anleihe mit Wünschen, Erklärungen, Deklarationen u. dgl. zugunsten eines Friedens ohne Annexionen zeigt besonders anschaulich die ganze Verderblichkeit des Wider-

spruchs zwischen Wort und Tat, der die II. Internationale zugrunde gerichtet hat.

Solange die politische und wirtschaftliche Macht nicht in die Hände des Proletariats und der armen Bauern übergegangen ist, solange das Ziel des Krieges durch die Interessen des Kapitals bestimmt wird, so lange lehnen es die Arbeiter ab, ihre Zustimmung zu neuen Anleihen zu geben, die nicht der revolutionären Freiheit Rußlands dienen, sondern gegen sie gerichtet sind.

Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der gleichzeitig anerkennt, daß die Versorgung der Armee mit allem Notwendigen finanzielle Mittel erfordert, und der seine Brüder nicht eine Stunde ohne Brot lassen möchte, ist jedoch der Meinung, daß die Ausgaben für den kapitalistischen Krieg von den Kapitalisten getragen werden müssen, die an diesem Krieg Milliarden Rubel verdient haben und noch verdienen, und daß die nötigen Gelder ausschließlich aus den Taschen der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer genommen werden müssen.

Geschrieben am 11. (24.) April 1917.
Veröffentlicht am 13. April 1917 in der „Prawda" Nr. 31.

Nach dem Text der „Prawda".

PETROGRADER STADTKONFERENZ DER SDAPR(B)[516]

14.–22. April (27. April–5. Mai) 1917

1
REFERAT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE UND DIE STELLUNG ZUR PROVISORISCHEN REGIERUNG
14. (27.) APRIL

Zeitungsbericht

Die alten traditionellen Formeln (Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft) entsprechen schon nicht mehr den veränderten Bedingungen. Die revolutionär-demokratische Diktatur wurde verwirklicht, jedoch

nicht in der von uns vorgezeichneten Form: sie ist verflochten mit der Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie. Der imperialistische Krieg hat alle Karten durcheinandergebracht: Erbitterte Gegner der Revolution, die englischen und französischen Kapitalisten, machte er im Interesse ihres Sieges zu Helfershelfern der Revolution (ebenso die oberste Führung der Armee und die herrschenden Kreise der konterrevolutionären Bourgeoisie).

Diese in der Geschichte außergewöhnliche Verknüpfung von Umständen hat eben eine Doppeldiktatur hervorgebracht: die Diktatur der Bourgeoisie und die Diktatur der revolutionären Demokratie. Das Volk hat in organisatorischer Hinsicht niemals mit der Bourgeoisie Schritt gehalten; in Rußland schuf das Volk eine eigene organisierte Macht, ohne jedoch schon die politische Selbständigkeit erlangt zu haben. Daher die Doppelherrschaft, die auf Grund mangelnden Bewußtseins vertrauensselige Einstellung der kleinbürgerlichen Mehrheit der Soldaten und eines Teils der Arbeiter zur Provisorischen Regierung, die freiwillige Unterordnung der revolutionären Demokratie unter die bürgerliche Diktatur. Die Besonderheit des gegenwärtigen Zeitpunkts besteht darin, daß das mangelnde Bewußtsein der Massen die Bildung einer festen und bewußten Mehrheit auf seiten der proletarischen Politik (alle anderen politischen Richtungen sind vollständig auf die Position des Kleinbürgertums übergegangen) hemmt. Die revolutionäre Demokratie ist ein Sammelbecken der verschiedenartigsten (ihrer Klassen*lage* und ihren *Interessen* nach, was durchaus nicht ein und dasselbe ist!) Elemente. Ihre Differenzierung: auf dem Lande – die wohlhabenden Bauern, die durch das Gesetz vom 9. November erstarkt sind, und die armen Bauern mit nur einem Pferd und ohne Pferd; in der Stadt – die der Arbeiterklasse nahestehenden Schichten und die Kleineigentümer. Die Trennung der Proletarier und *Halb*proletarier vom Kleinbürgertum ist unvermeidlich, aber möglicherweise geht der Zusammenschluß der besitzenden Elemente des revolutionären Blocks so weit, daß er stärker wird als der Zusammenschluß der Massen um die proletarischen Losungen. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, daß die Macht in den Händen der Bourgeoisie bleibt, daß der Übergang der Macht an die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten nicht erfolgt. Schlußfolgerung: Unsere Aufgabe ist nicht der Sturz der Provisorischen Regierung – sie hält sich durch das *Vertrauen*

der kleinbürgerlichen und teilweise der Arbeitermassen –, sondern die sorgfältige Erläuterung der Klassenaufgaben und der Klassenorganisation.

„Prawda" Nr. 40,
8. Mai (25. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

2
REDE ZUR RESOLUTION ÜBER DEN KRIEG
22. APRIL (5. MAI)

Die Resolution über den Krieg wurde in einer Kommission ausgearbeitet, sie ist jedoch noch nicht endgültig fertiggestellt. Fertig bearbeitet, wird diese Resolution, denke ich, der allgemeinen Parteikonferenz unterbreitet werden, jetzt aber schlage ich vor, die Resolution so zu verlesen, wie sie ist.

Die Resolution besteht aus drei Teilen: 1. die objektiven Ursachen des Krieges, 2. die revolutionäre Vaterlandsverteidigung und 3. wie man den Krieg beenden kann.

Zum erstenmal veröffentlicht 1925 in dem Buch „Die Petrograder Stadtkonferenz und die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) im April 1917".

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

REDE AUF EINEM MEETING DER SOLDATEN EINER PANZERWAGENABTEILUNG IN DER MICHAIL-MANEGE
15. (28.) APRIL 1917

Zeitungsbericht

Uns Sozialdemokraten, die wir auf dem Standpunkt des internationalen Sozialismus stehen, legt man zur Last, daß wir über Deutschland nach Rußland gereist sind, man beschuldigt uns, Verräter an der Sache des Volkes, der Freiheit und von den Deutschen gekauft zu sein.

Wer sagt das? Wer verbreitet diese Verleumdungen und Lügen?

Die Genossen Soldaten und Arbeiter, die die Arbeiterzeitungen lesen, wissen, daß in Nr. 32 der „Iswestija Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow"[517] vom 5. April 1917 ein Beschluß des Sowjets veröffentlicht wurde, der nach der Berichterstattung der Genossen Sinowjew und Surabow über das Zustandekommen und den Verlauf der Reise durch Deutschland gefaßt worden war.

Wurde uns vom Sowjet ein Verweis erteilt? Nein. Was hat nun der Sowjet gesagt? Seine Antwort, seine Forderung an die Provisorische Regierung war, außerordentliche Maßnahmen zu treffen, um allen im Ausland lebenden russischen politischen Emigranten die ungehinderte Rückkehr nach Rußland zu ermöglichen.

Dann wies Gen. Lenin darauf hin, daß die Provisorische Regierung bis heute keinerlei Maßnahmen ergriffen hat, und daß unsere Genossen Sozialisten, die im Ausland leben, nicht nach Rußland kommen konnten. Weshalb? Nun einfach deshalb, weil England, das an diesem brudermörderischen Gemetzel interessiert ist, unsere Genossen Sozialisten nicht durchlassen will, jene Sozialisten, die dem Krieg den Krieg erklärt haben, die Frieden fordern. Die Engländer halten sogar einen Sozialisten ihres eigenen Landes[518] gefangen, und auch unseren Genossen Trotzki, den ehemaligen Vorsitzenden des Sowjets der Arbeiterdeputierten von 1905, haben sie verhaftet und halten ihn im Gefängnis fest.

Und ganz genauso verfuhren und verfahren alle Regierungen der Kapitalisten und Gutsbesitzer, die diesen Krieg wollen: wie die französische so auch die deutsche und die italienische Regierung, – sie haben alle Sozialisten, die gegen den Krieg sind, in den Kerker geworfen und halten sie dort gefangen.

Konnte man danach noch über England fahren? Nein. Und deshalb mußte man sich an den Schweizer Sozialisten Platten wenden, der ebenfalls für den Frieden eintritt.

Was ist dabei herausgekommen?

Lenin und seine Reisegefährten wurden hereingelassen, aber unseren Zeugen, Genossen Platten, der bestätigen konnte, daß wir mit den Deutschen keinerlei Verbindungen aufgenommen haben, diesen Genossen hat man nicht nach Rußland hereingelassen.

Worum geht es hier?

Darum, daß dieser Krieg, der jetzt Hunderttausende Menschenleben im Monat auslöscht, von den Kapitalisten geführt wird – ihnen gereicht der Krieg zum Vorteil, er bringt ihnen Nutzen, und deshalb werfen die Kapitalisten aller Länder, auch der Räuber und Plünderer Wilhelm, all jene, die den Frieden wünschen und sich für ihn einsetzen, ins Gefängnis und verbreiten Lügen und Verleumdungen über die Sozialisten.

Weiter erklärt Gen. Lenin eingehend die Ursachen des Krieges und die Ziele des Krieges. Er zeigt, daß die Arbeiterklasse und die armen Bauern weder diesen noch überhaupt einen Krieg wollten und wollen. Er erläutert ausführlich, was unter dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten zu verstehen ist und was die Provisorische Regierung darstellt, in der der Fabrikant Gutschkow und die Gutsherren sitzen.

Unterstützung und Hilfe darf man nicht der Provisorischen Regierung gewähren, sondern der einzig rechtmäßigen Regierung, die allein die Interessen des Volkes zum Ausdruck bringt – dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

„Soldatskaja Prawda" Nr. 2,
18. April (1. Mai) 1917.

Nach dem Text der
„Soldatskaja Prawda"

SITZUNG DER SOLDATENSEKTION DES PETROGRADER SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN

17. (30.) April 1917[519]

1
REDE ANLÄSSLICH EINER RESOLUTION DER EXEKUTIVKOMMISSION DES SOWJETS DER SOLDATENDEPUTIERTEN

Lenin teilt mit, daß er die Resolution der Exekutivkommission und des Komitees über seine Tätigkeit gelesen und beschlossen hat, einen Artikel zu dieser Resolution in der „Prawda" zu veröffentlichen; jetzt

aber will er in kurzen Worten auf die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen antworten. Für ihn ergeben sich vier Fragen, auf die er auch antworten will: 1. eine formale Frage, 2. die Frage des Grund und Bodens, 3. die Frage der Regierung, 4. die Frage des Krieges.

Zur ersten Frage begrüßt er es, daß die Resolution sich zu seiner Reise durch Deutschland nicht äußert, denn dies zeige, daß sich die Kommission auf den Standpunkt der beiden Teile des Komitees gestellt hat, die dazu geschwiegen haben. Er verliest einen Auszug aus der Resolution: „... hält die Propaganda der sogenannten Leninisten usw." und erklärt, daß er für die Propaganda der Leninisten die volle Verantwortung übernimmt. Um auf diese Anschuldigung der Resolution zu antworten, sei es nötig, auf die drei obengenannten Fragen einzugehen. Er geht zur Erläuterung dieser Fragen über. In der Frage des Grund und Bodens tritt er für den entschädigungslosen Übergang aller Ländereien in die Nutzung der werktätigen Massen ein; er spricht vom Übergang laut Beschluß der Bauernkomitees, verweist dabei auf das Telegramm von Schingarjow, in dem die Beschlagnahme des Bodens als eigenmächtiges Vorgehen bezeichnet wird. Das sei falsch, denn wenn dies auf Beschluß der Dorfkomitees erfolgt ist, so ist es bereits eine gesetzliche Besitzergreifung. Es sei naiv zu denken, man könne durch Propaganda von Petrograd aus auf die Bauern einwirken, das ist unmöglich. Die Frage des Grund und Bodens wird an Ort und Stelle entschieden. Angesichts der nahenden Hungersnot muß der Boden sofort in Besitz genommen werden. Eine freiwillige Vereinbarung mit den Gutsbesitzern ist Unsinn, man kann keine Vereinbarung zwischen 300 Bauernfamilien und einem Gutsbesitzer verlangen, ein derartiges Verhältnis besteht aber im Europäischen Rußland.

(Es wird beantragt, die Redezeit zu begrenzen. Der Antrag wird zur Diskussion gestellt. Durch Abstimmung wird die Redezeit auf 30 Minuten begrenzt.)

Lenin sagt, er könne, wenn die Versammlung es wünscht, die Zeit für seine Ausführungen ändern, er könne die Ausführungen auch in 20 Minuten beenden.

Zum Staatsaufbau und zur Verwaltung sagt er, daß wir keine Republik mit Beamten, Kapitalisten und stehendem Heer brauchen, wir brauchen eine Republik des Volkes. Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Land-

arbeiterdeputierten von unten bis oben – das ist das Ideal der Verwaltung. Die Macht muß dem Volk gehören. Zur Frage des Krieges erklärt er, daß er niemals von Marschkompanien gesprochen habe und daß diese Frage ihm überhaupt nicht bekannt sei.[520] Deshalb spreche er nur über den Krieg. Unsere Regierung besteht nur aus Kapitalisten, und der Krieg wird zu Nutz und Frommen der Kapitalisten geführt, die Beendigung eines solchen Krieges kann nur durch eine Revolution der Arbeitermassen herbeigeführt werden. Die von unseren Verbündeten abgegebenen Verpflichtungen sind räuberisch, in ihnen ist nur vom Aufteilen die Rede; Annexionen hängen mit dem Kapital zusammen, und solange das Kapital nicht in unserer Hand ist, kann von Verzicht auf Annexionen keine Rede sein. Die Kapitalisten in Deutschland sind seiner Meinung nach die gleichen wie unsere Kapitalisten, Wilhelm ist ein Blutsauger, und von Verhandlungen mit ihm über einen Separatfrieden kann natürlich keine Rede sein – das wäre unsinnig. Die Kapitalisten haben den Krieg begonnen und können ihn nicht beenden – zur Beendigung des Krieges ist die Arbeiterrevolution notwendig. Die Leninisten sind gegen einen Separatfrieden. Sie haben dies bereits im Jahre 1915 erklärt, sie haben gesagt, daß das Proletariat, nachdem es die Macht in seine Hände genommen und alle Verträge veröffentlicht haben wird, der ganzen Welt den Frieden anbieten muß.* Wenn jemand diesen Frieden ablehnt, wird das Proletariat den revolutionären Krieg beginnen. Nur die Revolution der Arbeiter mehrerer Länder kann den Krieg beenden. Der Weltfrieden kann nur über die Arbeiterrevolution verwirklicht werden. Ein praktischer Weg zur Beendigung des Krieges ist die Verbrüderung an der Front, die Festigung der Macht der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Landarbeiterdeputierten. Nur mit diesen Mitteln kann man die Arbeiterrevolution und den Weltfrieden erreichen.

2
ANTWORTEN AUF FRAGEN

1. Die Rückeroberung Kurlands ist eine Annexion, denn dann hat Deutschland das Recht auf Rückeroberung seiner Kolonien. Man muß

* Siehe Werke, Bd. 21, S. 410. *Die Red.*

einem Volk das Recht zuerkennen, selbst zu entscheiden, wie es leben will. In der kapitalistischen Welt teilt man nach der Stärke – wer stärker ist, erhält mehr. Es lohnt nicht, um Kurland Krieg zu führen, es lohnt aber, dafür zu kämpfen, daß Kurland frei entscheiden kann, an wen es sich anschließen will.

2. Zur Besitzergreifung der Banken und des Geldes. Er fordert dazu auf, die Besitzergreifung nicht eigenmächtig, sondern auf Beschluß der Mehrheit vorzunehmen. (Z u r u f e: „Eure Lehre führt zur Urgesellschaft.") – Nein! (F r a g e a u s d e r V e r s a m m l u n g: „Was tun, wenn andere Länder Frieden wollen?") – Entwicklung der Arbeiterrevolution und Verbrüderung an der Front.

Taktik – man muß sehen, wie sich das Leben gestaltet. Die Erfahrungen des Lebens sind das Allerbeste. Man muß die russische Revolution so entwickeln, daß die Arbeiter-, Bauern- und Landarbeiterdeputierten schließlich die Macht besitzen. (W e i t e r e F r a g e: „Habt ihr das in Deutschland propagiert?") – Wir, d. h. ich und Sinowjew, haben im Ausland eine kleine Broschüre[521] herausgegeben, in der wir dasselbe sagen wie jetzt hier. Wir haben sie in deutscher Sprache veröffentlicht, und die deutschen Sozialisten haben sie in Deutschland verbreitet.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1962 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 31.

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

DEN GENOSSEN ZUR BEACHTUNG!

Die von der bolschewistischen Fraktion des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten bevollmächtigten Genossen Laschewitsch, Krymow und Mawrin bitten uns mitzuteilen, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter, die an den Kundgebungen am 20. und 21. April teilgenommen und Plakate „Nieder mit der Provisorischen Regierung!" getragen haben, diese Losung ausschließlich in dem Sinne verstanden, daß alle Macht an die Sowjets übergehen müsse und daß die Arbeiter die Macht erst dann ergreifen wollen, wenn sie die Mehrheit in den Sowjets der Arbeiter- und

Soldatendeputierten erobert haben. Die derzeitige Zusammensetzung des Sowjets widerspiegelt nicht ganz exakt den Willen der Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenmassen. Deshalb ist die Fraktion der Bolschewiki der Meinung, daß die Resolution des ZK vom 22. April die gegenwärtige Lage nicht genau charakterisiert.

Von der Redaktion. Es versteht sich von selbst, daß die Resolution des ZK keineswegs gegen die Organisatoren der Massendemonstrationen gerichtet ist, und wenn man die erwähnte Losung so versteht, dann ist jeder Gedanke an Leichtsinn oder Abenteurertum ausgeschlossen. Auf jeden Fall ist der friedliche und eindrucksvolle Massencharakter der Kundgebungen das große Verdienst der genannten Genossen als Vertreter der Organisatoren der Kundgebungen. Sie haben nur organisiert, daß der Bourgeoisie, die für *ihre* Provisorische Regierung demonstrierte, eine gebührende Abfuhr erteilt wurde.

Geschrieben am 22. April
(5. Mai) 1917.
Veröffentlicht am 6. Mai (23. April)
1917 in der „Prawda" Nr. 39.

Nach dem Text der „Prawda".

DIE POGROMAGITATION EINER REGIERUNGSZEITUNG

Die Herren Minister gehen, ausgerüstet mit einem neuen Vertrauensvotum seitens der Mehrheit der Führer des Sowjets, zu einem weiteren Angriff gegen die „Prawda" und unsere Partei über.

Die Regierungszeitung „Retsch" hat die übelsten Methoden der „Russkaja Wolja"[522] übernommen.

In den heute erschienenen zwei Leitartikeln lügt die Regierungszeitung für zwei, indem sie Behauptungen der „Russkaja Wolja" nachplappert.

„Ganz (!!) Petrograd ist erwacht, ist auf die Straße gegangen und hat laut und feierlich verkündet, daß es der Provisorischen Regierung vertraut."

„*Ganz*" Petrograd! – mit weniger gibt sich die Regierungszeitung nicht zufrieden ... Wenn man von „ganz" Petrograd alle *Arbeiter* abzieht, die *gegen* die Provisorische Regierung demonstriert haben, wenn man die große Mehrheit der Soldaten abzieht, die auf die Straße gegangen sind und die *gegen* die Provisorische Regierung demonstriert haben, wenn man die vielen Hunderttausende abzieht, die einfach zu Hause geblieben sind, wenn man unter „ganz" Petrograd die verschwindende Minderheit der Bourgeoisie, den kleinen Teil der studierenden Jugend, jenen Teil der höchsten Armeechargen versteht – dann hat die Regierungszeitung recht: „Ganz" Petrograd hat sich für die Gutschkow und die Miljukow ausgesprochen ...

Gestützt auf „ganz" Petrograd (man erinnere sich der Potjomkinschen Dörfer!) geht die Regierungszeitung offen zur Pogromhetze gegen uns über.

„... Diese Schüsse irgendwelcher bewaffneter Leute, diese Ermordung von Soldaten im Zusammenhang mit dem unerhört frechen Hissen defätistischer Fahnen auf dem Gebäude der deutschen Botschaft ... Die gestrigen blutigen Ausschreitungen der Leninleute haben den Becher der Geduld zum Überlaufen gebracht und dieser antinationalen, verräterischen Propaganda einen nicht wiedergutzumachenden Schlag versetzt. Wir wollen hoffen, daß es diese Propaganda nicht mehr wagt, ihr Haupt zu erheben."

Auf wessen Seite hier die „Frechheit" ist, darüber möge der Leser urteilen. Hier ist jedes Wort Lüge und Verleumdung. Unsere Genossen haben keinerlei Fahnen auf dem Gebäude der deutschen Botschaft gehißt. An der Ermordung von Soldaten tragen unsere Genossen keine Schuld. Die Verantwortung für die gestrigen Gewaltakte trägt die Provisorische Regierung, und nur sie.

Möge der Leser urteilen, wessen Propaganda in Wirklichkeit verräterisch ist.

Geschrieben am 22. April (5. Mai) 1917.
Veröffentlicht am 6. Mai (23. April) 1917 in der „Prawda" Nr. 39.

Nach dem Text der „Prawda".

SIEBENTE GESAMTRUSSISCHE KONFERENZ DER SDAPR(B) (APRILKONFERENZ)[523]

24.–29. April (7.–12. Mai) 1917

1

REDE ÜBER DEN PLAN DER EINBERUFUNG EINER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN KONFERENZ[524] 25. APRIL (8. MAI)

1

Variante der protokollarischen Niederschrift

Ich bin mit dem Vorredner nicht einverstanden.

Der Vorschlag von Borgbjerg ist eine politische Tatsache von außerordentlicher Bedeutung, die uns verpflichtet, die Sozialchauvinisten zu entlarven, eine politische Kampagne zu entfalten. Die englischen und französischen „Sozialisten" haben den Vorschlag Borgbjergs abgelehnt. Die englischen und französischen Plechanow gehen nicht zu dieser Konferenz. Die Vorschläge Borgbjergs sind eine Komödie. Die deutschen Sozialchauvinisten schlagen durch Vermittlung Borgbjergs ihre Friedensbedingungen vor. Sie tun dies durch Vermittlung eines Sozialisten, um damit ihre sozialchauvinistischen Intrigen zu verschleiern. Man muß das aufdecken, damit ihnen jede Lust vergeht, sich an die sozialistischen Parteien zu wenden.

Es kann auch nicht der geringste Zweifel bestehen, daß dies ein Vorschlag der deutschen Regierung ist, die ihre Sozialchauvinisten vorschickt. Sie ist es, die diesen Kongreß organisiert... Selbst kann sie das nicht offen wagen, sie tut es durch Vermittlung ihrer Plechanow. Mit diesem diplomatischen Schritt entledigt sich die deutsche Regierung der Verantwortung und läßt gleichzeitig durch diese Mittelsmänner ihre geheimen Wünsche verkünden. Ich will Ihnen die Meldung einer ausländischen Zeitung über Borgbjerg vorlesen: „Der deutsche Kaiser möchte durch Vermittlung eines dänischen Sozialchauvinisten eine Friedenskonfe-

renz in seinem Interesse einberufen." Es ist klar, daß der Vorschlag Borgbjergs ganz gewöhnliche Scharlatanerie und Prellerei ist. Weiterhin haben wir eine Meldung der „Rabotschaja Gaseta"[525]. (Verliest eine Meldung aus der „Rabotschaja Gaseta" vom 25. April 1917.) Es steht also ohne Zweifel fest, daß dies ein Vorschlag der deutschen Regierung ist. Da sehen Sie, wie solche Dinge gemacht werden. Es ist unsere Aufgabe, diese Hintergründe vor aller Welt aufzudecken, d. h. eine ausführliche Resolution anzunehmen, sie in mehrere Sprachen zu übersetzen und in allen Zeitungen zu veröffentlichen. Ich lege einen Resolutionsentwurf vor.

Interessant ist, daß die kapitalistischen Zeitungen diplomatisch schweigen. Sie kennen die Regel: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Die bürgerlichen Zeitungen wissen, wo der Hund begraben liegt. Zeitungen wie die „Rabotschaja Gaseta" fühlen sich ohnmächtig. Nur das „Jedinstwo"[526] schreibt, daß Borgbjerg ein Agent der deutschen Regierung ist. Es weist jedoch sogleich darauf hin, daß sowohl die englischen und französischen Sozialchauvinisten als auch die russischen Plechanow keinesfalls zu dieser Konferenz kommen werden, und entlarvt dadurch die englische, die französische und die russische Regierung, die ihren Appetit auf Kosten Deutschlands zu stillen gedenken, dessen wirklich schwierige Lage sie kennen. Wir müssen dieses Spiel mit verteilten Rollen entlarven. Man muß es aussprechen, wie solche Dinge gemacht werden: Bethmann Hollweg fährt zu Wilhelm, Wilhelm läßt sich Scheidemann kommen, Scheidemann fährt nach Dänemark, und im Ergebnis fährt Borgbjerg mit den Friedensbedingungen nach Rußland. (Verliest die Resolution.)

Trier ist ein dänischer Marxist. Dänemark ist ein kleinbürgerliches Land. Seine Bourgeoisie hat sich am Krieg bereichert und haßt die Arbeiter. Die Führer der Mehrheit der dänischen Sozialdemokratie gehören zu den größten Opportunisten in Europa. Sie haben deutlich gezeigt, daß sie echte Sozialchauvinisten sind. Wir müssen jedoch gerecht sein und über Borgbjerg das gleiche sagen wie über Plechanow. Wenn man uns mit schönen Phrasen über Elsaß-Lothringen in den Ohren liegt, muß man daran denken, daß es hier vor allem um den Geldsack, daß es in Wirklichkeit um die außerordentlich reichen Erzvorkommen geht. Es geht um den Vorteil, um die friedliche Aufteilung der Beute zwischen

den deutschen und den französischen Kapitalisten. Die dänischen Internationalisten haben das abgelehnt. Ich habe vergessen, darauf hinzuweisen, daß die Kautskyaner sich bereit erklärt haben, zu der Konferenz zu gehen, das muß man enthüllen. Der durch Borgbjerg unterbreitete Vorschlag zeugt davon, daß die deutschen Kapitalisten feilschen, denn sie sind nicht in der Lage, das Eroberte zu halten. Die Lage Deutschlands ist verzweifelt, es steht am Rande des Abgrunds. Und die deutschen Kapitalisten hoffen jetzt noch, einen kleinen Teil halten zu können. Die Diplomaten stehen miteinander in enger Verbindung, ihnen ist alles klar, alles bekannt. Nur dem Volk werden diese Dinge nicht gesagt. Die englisch-französischen Chauvinisten lehnten es ab, an der Konferenz teilzunehmen, denn sie kannten ausgezeichnet die wirkliche Lage der Dinge. Sie sind ja nicht umsonst Minister geworden. Jetzt geht es darum, Deutschland zu erdrosseln und auszuplündern, denn es kann die Eroberungspolitik schon nicht länger fortsetzen. Borgbjerg ist ein Agent des deutschen Imperialismus. Wenn die Soldaten diese Resolution erhalten, werden sie begreifen, daß es jetzt darum geht, Deutschland endgültig zu erdrosseln. Solche Kongresse sind Komödien, zu denen die sozialchauvinistischen Diplomaten zusammenkommen. Hier tagt der Kongreß, und nebenan wird man Elsaß-Lothringen aufteilen. Man muß ein für allemal die Wahrheit über diese Kongresse sagen, um dem Volk die Augen zu öffnen. Wenn wir dieses Manifest annehmen, es veröffentlichen, in andere Sprachen übersetzen und unter den Arbeitern und Soldaten verbreiten, dann werden sie die tatsächliche Lage der Dinge begreifen. Diese Kampagne wird eine echte Kampagne sein, das wird eine Klarstellung der proletarischen Linie bringen.

Zum erstenmal veröffentlicht 1958
in dem Buch „Die Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz). Die Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B). April 1917. Protokolle".

Nach dem Text des Buches.

2
Zeitungsbericht

Die Einladung zur Konferenz ist an alle sozialistischen Parteien Rußlands gerichtet, folglich auch an unsere, und wir können diese international bedeutsame Tatsache nicht mit Stillschweigen übergehen. Die Sozialchauvinisten aller kriegführenden Länder treten als inoffizielle Repräsentanten ihrer Regierungen und herrschenden Klassen auf, sagte Gen. Lenin.

Die deutsche Regierung ist unter dem Druck der inneren Gärung bereit, auf einen *Teil* ihrer Annexionen zu verzichten, und Borgbjerg ist ihr diplomatischer Vertreter. Er (ein Vertreter der Partei Staunings, aus der nach dem Eintritt Staunings in das bürgerliche Kabinett eine Gruppe Marxisten mit dem Gen. Trier an der Spitze ausgetreten ist) hat weder mit den deutschen noch mit den skandinavischen Arbeitern etwas gemein. Die Konferenz der sozialpatriotischen Mehrheiten ist für die deutschen herrschenden Kreise ein willkommener Anlaß zu dem Versuch, sich mit den Räubern der anderen Seite zu verständigen.

Die Sozialpatrioten, die, wie Gen. Nogin sich ausdrückte, an dem schmachvollen Krieg teilgenommen haben, wollen auch an seiner schmachvollen Beendigung teilhaben. Anderseits offenbart der Widerstand, den die Imperialisten der Tripelentente diesem Vorschlag entgegensetzen, anschaulich ihr Streben nach Eroberungen. Und das muß die revolutionäre Sozialdemokratie in ihrem Interesse ausnutzen, indem sie den Betrug beider Seiten aufdeckt. Die Partei, die mehr als 70 000 Arbeiter vereint, muß sich an die internationalistischen Arbeiter aller Länder wenden und sie vor dem Betrug warnen.

„Prawda" Nr. 41,
9. Mai (26. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

2
VORSCHLAG BETREFFEND DIE DISKUSSION ZUM REFERAT W. P. NOGINS „DIE STELLUNG ZU DEN SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN"
25. APRIL (8. MAI)

Es wird vorgeschlagen, daß sich die Redner auf die Beantwortung bestimmter Fragen für die Ausarbeitung einer Plattform der Gesamtpartei konzentrieren. Die Fragen: 1. Miliz, 2. Arbeitstag, 3. Arbeitslohn, 4. Steigerung und Rückgang der Produktion, 5. gab es Absetzungen von Behörden? aus wem und wie werden die neuen organisiert? 6. Alleinherrschaft oder Doppelherrschaft, 7. Faktoren, die die revolutionäre Stimmung dämpfen, 8. Entwaffnung der Bourgeoisie, 9. Lebensmittelversorgung, 10. . . .*

Zusätzlich: 1. werden die Sowjets zu Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, 2. ihre Rolle im Zusammenhang mit einem gesamtstaatlichen Sowjet.

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Die Siebente Gesamtrussische Konferenz (Aprilkonferenz) und die Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B). April 1917".

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

3
REDE ÜBER DIE STELLUNG ZU DEN SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN
25. APRIL (8. MAI)

1
Protokollarische Niederschrift

Die Materialien, die die Genossen über die Tätigkeit der Sowjets vorgelegt haben, sind, wenn auch unvollständig, so doch außerordentlich interessant. Vielleicht ist dies das Wichtigste, was die Konferenz an Infor-

* Auslassung in der protokollarischen Niederschrift. *Die Red.*

mationen gebracht hat, ein Material, das die Möglichkeit gibt, unsere Losungen an Hand des wirklichen Lebens zu überprüfen. Das Bild, das wir erhalten haben, gibt uns Anlaß zu optimistischen Schlußfolgerungen. Die Bewegung begann in den Hauptstädten; dort war in der ersten Zeit die ganze Energie des Proletariats auf den Kampf gerichtet. Der Kampf gegen den Zarismus kostete eine kolossale Energie. Dieser Kampf beseitigte in Petrograd die zentrale Staatsmacht. Ein gigantisches Werk wurde vollbracht. Wenn das jedoch dazu führte, daß die Bourgeoisie die Macht ergriff, so darf man aus dieser Tatsache keine pessimistischen Schlußfolgerungen ziehen, darf man es nicht als einen Fehler der Arbeiter ansehen, daß sie die Macht nicht in ihre Hände genommen haben. Anzunehmen, daß die Massen nach einigen Tagen Kampf die Macht in ihre Hände nehmen, wäre eine Utopie. Das konnten sie nicht angesichts der Existenz einer Bourgeoisie, die ausgezeichnet auf die Machtübernahme vorbereitet war.

Von der Hauptstadt greift die Revolution auf die Provinz über. Das ist das gleiche, was sich in Frankreich abgespielt hat – die Revolution wird zu einer munizipalen Revolution. In der Provinz zeigt die Bewegung, daß dort die Mehrheit für die Bauern, für die Arbeiter ist, dort kam es in den seltensten Fällen zu einer Führung durch die Bourgeoisie, dort gerieten die Massen nicht in Verwirrung. Je mehr Angaben wir sammeln, desto mehr zeigt uns dies, daß die Revolution in der Provinz um so besser vorankommt, je größer der proletarische Anteil der Bevölkerung ist und je weniger Zwischenelemente vorhanden sind. Die Kasaner Genossen nehmen unmittelbar die Aufgaben der sozialistischen Revolution in Angriff. Wir sehen, daß dort, wo die Organisationen des Proletariats verschwindend klein sind, die praktischen Erfordernisse dem Proletariat eine völlig richtige Bestimmung der Aufgaben ermöglichten. Ohne solche Elemente wie zum Beispiel die Statistik u. ä. kann die proletarische Revolution nicht verwirklicht werden. Um die proletarische Revolution zu verwirklichen, ist es notwendig, daß die Ingenieure, Techniker u. a. unter der praktischen Kontrolle des revolutionären Proletariats stehen. Die Revolution ging in der Provinz leicht vonstatten. Die Gefahr der Anarchie ist in einer Revolution immer vorhanden. Bei uns ist die Anarchie nicht . . .*

---

* Auslassung in der protokollarischen Niederschrift. *Die Red.*

Die bürgerliche Revolution kümmert sich nicht um die Produktion, aber hier kümmern sich die Arbeiter um die Produktion. Die Arbeiter sind daran interessiert, daß die Produktion nicht zurückgeht. In der Provinz ging die Revolution mit Riesenschritten voran. Die Berichte aus der Provinz haben gezeigt, daß die Revolution um so folgerichtiger vorwärtsschreitet, die Diktatur des Proletariats um so sicherer verwirklicht wird, je schärfer die Klassengegensätze sind. Die Diktatur des Proletariats wird in den kleineren Orten verwirklicht, es zeigt sich, daß die Hauptstädte für den Vormarsch der Revolution am wenigsten geeignet sind.

Es gibt nicht den geringsten Grund für irgendwelchen Pessimismus. Tatsache ist, daß in den Hauptstädten die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie beginnt. Die Bourgeoisie ist bemüht, das Proletariat durch ihre Organisiertheit zu ihrem Diener zu machen, damit die Arbeiter zeitweilige Teilnehmer dessen werden, was die Bourgeoisie aufbaut. Es ist lächerlich zu glauben, daß das russische Volk die Grundsätze, von denen es sich leiten läßt, aus Broschüren schöpft. Nein, aus der unmittelbaren Praxis kommt die Lebenserfahrung der Massen ...* Das Volk kann sie sich in einer Massenbewegung praktisch erarbeiten. Das Volk selbst hat begonnen, Massenerfahrungen zu sammeln ...* Im Gouvernement Pensa formierte sich die Macht unter einer Diktatur der Bauernschaft. Der Vertreter von Pensa verwies auf Resolutionen der Bauern, die die Produktionsinstrumente, den Boden in ihre Hände genommen haben. Es bestätigen sich die Worte von Marx ...* Das Programm der Revolution wird in der Provinz verwirklicht – damit es Brot gibt ...* um selber Beziehungen anzuknüpfen. Aus dieser Revolution kommen die Menschen der Praxis. Und nur unter Kontrolle der örtlichen Praxis kann die Revolution vorwärtsschreiten. Und in ganz Rußland, wo die Bauern die gewaltige Mehrheit bilden, erfüllt uns der Verlauf der Revolution mit großen Hoffnungen.

Nachdem in der Hauptstadt die Kraft nicht ausgereicht hat, um die Produktion in die eigenen Hände zu nehmen, wird das in der Provinz getan, wo es leicht getan werden kann. In der Provinz vollzieht sich eine munizipale Revolution, und sie treibt die Hauptstadt voran; die letztere greift ihre Erfahrungen auf.

---

* Auslassung in der protokollarischen Niederschrift. *Die Red.*

Der Genosse Bergarbeiter sagte, daß ihre erste Aufgabe, als ...* die Fahrt nach Brot war ... Zu glauben, diese Erfahrung könne verlorengehen, ist falsch. Ohne diese Erfahrung haben die Hauptstädte nichts, woher sie den Auftrieb zu einer neuen Revolution erhalten können. Die neue Revolution wächst heran. Der Gang der Ereignisse, die Zerrüttung des Lebens, der Hunger – das ist es, was die Revolution vorantreibt. Daraus ergibt sich der Kampf gegen die Elemente, die die Bourgeoisie unterstützen. Es geht einem solchen Zusammenbruch entgegen, mit dem die Bourgeoisie nicht fertig werden wird. Wir bereiten eine neue, viele Millionen zählende Armee vor, die – wir wissen noch nicht wie – in den Sowjets, in der Konstituierenden Versammlung in Erscheinung treten kann. Wir haben in der Hauptstadt nicht genügend Kräfte. In der Provinz haben wir ein gewaltiges Übergewicht. Diese Entwicklung der Revolution in der Provinz, die vorwärtsdrängt, die vorwärtsschreitet, arbeitet für uns.

Die Menschen machen sich keinerlei kommunistische Pläne. Die revolutionäre Klasse in ganz Rußland sammelt ihre Kräfte, und unsere Aufgabe besteht darin, diese Erfahrungen zusammenzufassen und nach Maßgabe der gesammelten Kräfte einen Schritt weiter zu gehen. Daß sie (die Volkstümler, die Menschewiki) in einer so überwiegenden Mehrheit sind, soll uns nicht schrecken.

Auf Grund der Erfahrungen kann man jetzt in der Resolution darauf hinweisen ...* In der Provinz muß man die Produktion in die eigenen Hände nehmen, sonst ist der Zusammenbruch unvermeidlich. Die Bauern werden kein Getreide abliefern. Um Getreide zu bekommen, sind revolutionäre Maßnahmen notwendig, die von der revolutionären Klasse, die sich auf die Millionenmassen stützen muß, durchgeführt werden können.

Ich habe die Genossen aus der Provinz gefragt, wie steht es bei euch in der Provinz mit der Produktion.

Im Gouvernement Nishni-Nowgorod hat man den Achtstundentag eingeführt, die Produktion ist gestiegen. Darin liegt ein Unterpfand. Anders kommen wir nicht aus der Zerrüttung heraus. Das erfordert gigantische Anstrengungen. Unsere Linie unterscheidet sich von der kleinbürgerlichen. Auf unserer Seite ist das Leben. Man kann die Krise nicht mit den Metho-

* Auslassung in der protokollarischen Niederschrift. *Die Red.*

den der kleinbürgerlichen Demokratie lösen, denn sie machen vor revolutionären Maßnahmen halt. (Schingarjow, Miljukow.) Der ganze Verlauf der Revolution zeigt, daß es vorwärtsgeht.

Der Unterschied zwischen uns und dem Kleinbürgertum besteht nicht darin, daß dieses „Vorsicht" sagt und wir – „Eile", wir sagen „noch größere Vorsicht". Der unerbittliche Kampf gegen das Staatspielen . . .* Lieber etwas später, als zu früh – und die Hauptstadt wird siegen. (B e i f a l l.)

Zum erstenmal veröffentlicht 1934 in dem Buch „Die Siebente Gesamtrussische Konferenz (Aprilkonferenz) und die Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B). April 1917".

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

2
Zeitungsbericht

Gen. Lenin wies darauf hin, daß die französische Revolution eine Periode der munizipalen Revolution durchmachte, daß sie in den örtlichen Selbstverwaltungen festen Fuß faßte, die zu ihrem Stützpunkt wurden. In der russischen Revolution ist in den Hauptstädten ein gewisser Bürokratismus zu beobachten, während in der Provinz eine größere Ausnutzung der in den Händen der örtlichen Sowjets befindlichen Macht zu verzeichnen ist. Die Sowjets der Hauptstädte befinden sich politisch in größerer Abhängigkeit von der bürgerlichen Zentralgewalt als die der Provinz. In den Hauptstädten kann man nicht so leicht die Verfügung über die Produktion übernehmen, in der Provinz ist das zum Teil bereits verwirklicht. Die Schlußfolgerung hieraus lautet: Festigung der örtlichen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Eine Vorwärtsentwicklung in dieser Hinsicht ist vor allem von der Provinz aus möglich.

„Prawda" Nr. 42, 10. Mai (27. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

---

* Auslassung in der protokollarischen Niederschrift. *Die Red.*

4
REDE ZUR RESOLUTION ÜBER DEN KRIEG
27. APRIL (10. MAI)

Zeitungsbericht

Die erste Resolution begründete *Gen. Lenin,* er wies auf die Notwendigkeit hin, die Resolution in drei Teile zu gliedern: den ersten, der eine Klassenanalyse des Krieges enthält; den zweiten, der sich mit der sogenannten „revolutionären Vaterlandsverteidigung" beschäftigt, und den dritten, der die Frage beantwortet, wie man den Krieg beenden kann. Der erste Teil der Resolution enthüllt die Triebkräfte des imperialistischen Krieges, stellt ihren Zusammenhang mit einer bestimmten Entwicklungsphase des Kapitalismus her und deckt die annexionistischen Bestrebungen der herrschenden Klassen aller Länder auf. Der zweite Teil gibt eine Charakteristik dieser eigenartigen Strömung. Der dritte Teil umreißt, indem er gleichzeitig die unsinnige Verleumdung über einen „Separat"-frieden widerlegt, den Weg für die Beendigung des Krieges, den Weg des revolutionären Klassenkampfes um die Macht.

„Prawda" Nr. 44,
12. Mai (29. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

5
ERWIDERUNGEN WÄHREND DER DISKUSSION
ZUR RESOLUTION ÜBER DEN KRIEG
27. APRIL (10. MAI)

1

Gelman schlägt vor, die Worte „die opportunistische Partei der menschewistischen Sozialdemokraten" durch die Worte „den opportunistischen Flügel der Partei" zu ersetzen, und begründet seinen Antrag damit, daß nicht alle Menschewiki der Strömung der Vaterlandsverteidiger angehören, daß der linke Flügel den Standpunkt der Vaterlandsverteidigung nicht teilt.

Lenin spricht sich gegen den Abänderungsantrag aus: Wir sprechen von der Mehrheit, von der Partei der Menschewiki als Ganzem, deshalb braucht man die Charakteristik nicht zu ändern.

2

Wedernikow schlägt vor, die Namen „Tschcheïdse, Zereteli u. a." zu streichen ... Die Resolution verliert nicht, wenn wir die Namen weglassen.

Owsjanikow ... schlägt vor, die Worte Tschcheïdse, Zereteli, OK zu streichen.

Lenin spricht sich gegen beide Abänderungsanträge aus. Eins von beiden – entweder die Namen oder das OK – wenn man nicht beides erhalten will. Der erste Genosse schlägt vor, das OK zu lassen und die Namen zu streichen. Aber ist den Massen das Organisationskomitee hinreichend bekannt, oder ist es notwendig, sich der bekannten Namen Zereteli und Tschcheïdse zu bedienen, um den Massen die Lage zu verdeutlichen?

3

Sokolnikow schlägt vor, in dem Satz „Maßnahmen ..., die zur völligen politischen Unschädlichmachung der Kapitalisten führen würden" das Wort „völligen" zu streichen, da es nur möglich ist, die Kapitalisten politisch unschädlich zu machen, wenn man ihre ökonomische Herrschaft untergräbt ...

Lenin spricht sich gegen die Streichung des Wortes „völligen" aus und schlägt folgende Formulierung vor: „Maßnahmen ..., die die ökonomische Herrschaft der Kapitalisten untergraben und zur völligen ... führen würden".

Zum erstenmal veröffentlicht 1925 in dem Buch „Die Petrograder Stadtkonferenz und die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) im April 1917".

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

6
VORLÄUFIGER ENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES PARTEIPROGRAMMS DER SDAPR[527]

Am Schluß des grundsätzlichen Teils des Programms (nach den Worten „sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen") einfügen:

Der Weltkapitalismus hat jetzt – ungefähr seit Beginn des 20. Jahrhunderts – die Stufe des Imperialismus erreicht. Der Imperialismus oder die Epoche des Finanzkapitals ist die Epoche einer so hoch entwickelten kapitalistischen Wirtschaft, daß die Monopolverbände der Kapitalisten – Syndikate, Kartelle, Trusts – entscheidende Bedeutung erlangt haben, das hochkonzentrierte Bankkapital hat sich mit dem Industriekapital verschmolzen, der Kapitalexport nach fremden Ländern hat sehr große Ausmaße angenommen, die ganze Welt ist territorial bereits unter die reichsten Länder aufgeteilt, und die ökonomische Aufteilung der Welt unter die internationalen Trusts hat begonnen.

Imperialistische Kriege, d. h. Kriege um die Weltherrschaft, um Märkte für das Bankkapital, um die Versklavung der kleinen und schwachen Völkerschaften, sind bei einer solchen Lage der Dinge unvermeidlich. Und gerade ein solcher Krieg ist der erste große imperialistische Krieg 1914 bis 1917.

Die außerordentlich hohe Entwicklungsstufe des Weltkapitalismus überhaupt, die Ablösung der freien Konkurrenz durch den monopolistischen Kapitalismus, die Entwicklung eines Apparats für die gesellschaftliche Regulierung des Produktionsprozesses und der Verteilung der Produkte durch die Banken sowie durch die Kapitalistenverbände, die Schrekken, das Elend, der Ruin, die Verwilderung, die der imperialistische Krieg erzeugt – alles das macht die jetzt erreichte Entwicklungsstufe des Kapitalismus zur Ära der proletarischen, sozialistischen Revolution.

Diese Ära hat begonnen.

Nur die proletarische, sozialistische Revolution vermag die Menschheit aus der Sackgasse herauszuführen, die der Imperialismus und die imperialistischen Kriege geschaffen haben. Wie groß auch immer die Schwierigkeiten der Revolution, ihre eventuellen zeitweiligen Mißerfolge oder die Wellen der Konterrevolution sein mögen – der endgültige Sieg des Proletariats ist unausbleiblich.

Auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Epoche tritt daher, kraft der objektiven Verhältnisse, die allseitige unmittelbare Vorbereitung des Proletariats für die Revolution und der entschiedene Bruch mit der bürgerlichen Entstellung des Sozialismus, die in den offiziellen sozialdemokratischen Parteien als Strömung des Sozialchauvinismus (d. h. Sozialismus in Worten, Chauvinismus in Wirklichkeit oder als Verteidigung der Interessen der Kapitalisten in imperialistischen Kriegen unter dem Deckmantel der Losung „Vaterlandsverteidigung") sowie als Strömung des „Zentrums" (d. h. des prinzipienlosen, hilflosen Schwankens zwischen Sozialchauvinismus und revolutionär-internationalistischem proletarischem Kampf) die Oberhand gewonnen hat,* für die Eroberung der politischen Macht, um die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen durchzuführen, die den Inhalt der sozialistischen Revolution bilden.

*

Die Erfüllung dieser Aufgabe, die das vollste Vertrauen, das engste brüderliche Bündnis und die unmittelbare Einheit der revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse aller fortgeschrittenen Länder erfordert, ist nicht zu verwirklichen, wenn man nicht sofort und grundsätzlich mit der bürgerlichen Entstellung des Sozialismus bricht, die in den Oberschichten der allermeisten offiziellen sozialdemokratischen Parteien den Sieg davongetragen hat. Eine solche Entstellung ist einerseits die Strömung des Sozialchauvinismus, des Sozialismus in Worten, des Chauvinismus in Wirklichkeit, wobei man die Verteidigung der räuberischen Interessen „seiner" nationalen Bourgeoisie durch die Losung der „Vaterlandsverteidigung" bemäntelt, und anderseits die ebenso verbreitete und internationale Strömung des sogenannten „Zentrums", die für die Einheit mit den Sozialchauvinisten, für die Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der bankrotten II. Internationale eintritt – eine Strömung, die zwischen dem Sozialchauvinismus und dem revolutionär-internationalistischen Kampf des Proletariats um die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung schwankt.

*

* Der Text von „für die Revolution und der entschiedene Bruch" bis „die Oberhand gewonnen hat" ist im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

Die Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917, in deren Verlauf die Sowjets der Arbeiterdeputierten und eine Reihe ähnlicher Organisationen entstanden, haben damit die Erfahrungen der Pariser Kommune bestätigt, wonach das Proletariat für die Übergangsperiode zum Sozialismus einen Staat braucht, dieser Staat aber* darf kein Staat üblichen Typus sein, sondern die unmittelbare, allgemeine, allumfassende Massenorganisation der bewaffneten Arbeiter, die die früheren Verwaltungsinstrumente ersetzen: das stehende Heer, die Polizei und das Beamtentum. Dem Proletariat die Aufgaben eines solchen Staates zu erläutern – der in der Lage ist, sowohl die Errungenschaften der Revolution überhaupt zu festigen als auch einen möglichst friedlichen und planmäßigen Übergang zum Sozialismus zu sichern – muß eine der Hauptaufgaben der proletarischen Partei sein neben dem Kampf gegen die Vertreter der bankrotten II. (1889–1914) Internationale, die in der Frage der Diktatur des Proletariats den Marxismus entstellt und den Sozialismus verraten haben.

Der monopolistische Kapitalismus, der während des Krieges in einer Reihe fortgeschrittener Länder besonders schnell in den staatsmonopolistischen Kapitalismus hinüberwächst, bedeutet eine gigantische Vergesellschaftung der Produktion und somit die vollständige Vorbereitung der objektiven Bedingungen für die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft.**

*

Im Minimalprogramm den ganzen Anfang (von den Worten „Auf dem Wege" bis zum § 1) streichen und durch folgendes ersetzen:

---

* Der Text von „Die Erfahrungen der russischen Revolutionen" bis „dieser Staat aber" ist im Manuskript durchgestrichen. Der Schluß des Absatzes wurde zufällig nicht ausgestrichen; er stand auf einer anderen Seite, die am Schluß den von unbekannter Hand geschriebenen Vermerk trägt: „Hinzufügen: die Entwicklung eines Apparats zur Regulierung der Produktion in Gestalt der Trusts und der Konzentration der Banken". (Siehe die Einfügung W. I. Lenins im „Entwurf zur Abänderung des theoretischen, des politischen Teils und einiger anderer Teile des Programms". Werke, Bd. 24, S. 459.) *Die Red.*

** Der Text von „Der monopolistische Kapitalismus" bis „sozialistischen Gesellschaft" ist im Manuskript durchgestrichen. *Die Red.*

Im gegenwärtigen Augenblick, wo in Rußland die Provisorische Regierung, die der Klasse der Gutsbesitzer und Kapitalisten angehört und das Vertrauen – notwendigerweise ein schwankendes Vertrauen – der breiten Massen der kleinbürgerlichen Bevölkerung genießt, sich verpflichtet *hat, die Konstituierende Versammlung einzuberufen – steht* die Partei des Proletariats nunmehr vor der unmittelbaren Aufgabe, um eine Staatsordnung zu kämpfen, die am besten sowohl die wirtschaftliche Entwicklung und die Rechte des Volkes im allgemeinen sichert als auch im besonderen die Möglichkeit, den Übergang zum Sozialismus denkbar schmerzlos zu vollziehen.

Die Partei kämpft und hilft den Volksmassen, unverzüglich für eine demokratische Republik zu kämpfen, beginnend mit der Verwirklichung der Freiheiten durch die selbständige Organisation der Massen von unten, wobei nicht die Schaffung einer bürgerlich-parlamentarischen Republik angestrebt wird, in der sowohl die Herrschaft der Kapitalisten als auch die Möglichkeit der Gewaltanwendung gegenüber den Massen besonders gesichert sind durch die Beibehaltung der alten Organe zur Unterdrükkung der Massen: Polizei, stehendes Heer, Beamtentum –, sondern die Schaffung einer demokratischeren proletarisch-bäuerlichen Republik, in der die Beibehaltung dieser Unterdrückungsorgane unmöglich, unzulässig ist und die Staatsgewalt unmittelbar den bewaffneten Arbeitern und Bauern selbst – ausnahmslos allen – gehört.

§ 1. Die gesamte oberste Gewalt im Staate muß den Vertretern des Volkes gehören, die vom Volke gewählt und jederzeit absetzbar sind und *eine* Versammlung der Volksdeputierten, *eine* Kammer bilden.

§ 2 – hinzufügen:

Proportionale Vertretung bei allen Wahlen; jederzeitige Absetzbarkeit ausnahmslos aller Delegierten und gewählten Beauftragten auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler.

§ 3 – hinzufügen:

Keinerlei Aufsicht oder Kontrolle von oben über die Beschlüsse und Handlungen der provinzialen und örtlichen Selbstverwaltungen.

§ 9 folgendermaßen ändern:

Recht auf freie Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates für alle Nationen, die zum Staate gehören. Die Republik des russischen Volkes soll andere Völker oder Völkerschaften nicht durch Gewalt an sich ziehen,

sondern ausschließlich durch freiwillige Verständigung über die Schaffung eines gemeinsamen Staates. Die Einheit und das brüderliche Bündnis der Arbeiter aller Länder vertragen sich weder mit einer direkten noch mit einer indirekten Vergewaltigung anderer Völkerschaften.

§ 11 – folgendermaßen ändern:

Wahl der Richter und aller beamteten Personen sowohl im Zivildienst als auch im Heer durch das Volk; ihre jederzeitige Absetzbarkeit auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler; die Besoldung aller beamteten Personen des Staates darf nicht höher sein als der Lohn eines guten Arbeiters, 300–500 Rubel, je nach der Anzahl der Familienmitglieder und deren Einkommen; unbedingtes Verbot für alle beamteten Personen, neben dem Gehalt Einkünfte aus anderen Quellen zu beziehen.

§ 12 – folgendermaßen ändern:

Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie im öffentlichen Dienst in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, Lohn erhalten.

*

§ 14 des politischen Teils, § 5 und andere Paragraphen des ökonomischen Teils müssen, *wie auch der gesamte ökonomische Teil*, von Kommissionen aus Gewerkschaftsfunktionären und Pädagogen gesondert überprüft werden.

Nach dem Programmpunkt über die Finanzen (nach den Worten „Einkommen- und Erbschaftssteuer“) einfügen:

Die hohe Entwicklungsstufe des Kapitalismus, die im Bankwesen und in den vertrusteten Industriezweigen bereits erreicht ist, einerseits, und anderseits die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufene Zerrüttung, die überall die Forderung nach staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle der Produktion und der Verteilung der wichtigsten Produkte aufkommen läßt, veranlassen die Partei, die Nationalisierung der Banken, der Syndikate (Trusts) usw. zu fordern.

*

Das Agrarprogramm muß durch die Agrarresolution (ihren Wortlaut siehe gesondert*) ersetzt oder in Übereinstimmung mit ihr umgearbeitet werden.**

*

Den Schluß des Programms (die beiden letzten Absätze, von den Worten „In dem Bestreben, ihre nächsten Ziele zu verwirklichen") ganz streichen.

ZUM PROGRAMM

Verbesserte Variante***

Die Partei des Proletariats kann ihre Bestrebungen nicht auf die bürgerlich-parlamentarische demokratische Republik beschränken, die überall in der Welt die monarchistischen Werkzeuge zur Unterdrückung der Massen – die Polizei, das stehende Heer, das privilegierte Beamtentum – aufrechterhält und zu verewigen sucht.

Die Partei kämpft für eine Republik, die demokratischer ist, für eine proletarisch-bäuerliche Republik, in der die Polizei und das stehende Heer vollkommen beseitigt sind und ersetzt werden durch die allgemeine Volksbewaffnung, durch die allgemeine Miliz; alle beamteten Personen ohne jede Ausnahme sind nicht nur wählbar, sondern auch jederzeit auf Verlangen der Mehrheit ihrer Wähler absetzbar; die Besoldung aller beamteten Personen ohne Ausnahme wird in einer Höhe festgesetzt, die den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters nicht übersteigt; die parlamentarischen Vertretungskörperschaften werden nach und nach durch Sowjets der Vertreter des Volkes (der verschiedenen Klassen und Berufe oder der

---

* Siehe: Resolution zur Agrarfrage (Werke, Bd. 24, S. 282–285). *Die Red.*

** Siehe: Materialien zur Revision des Parteiprogramms (Werke, Bd. 24, S. 463/464). *Die Red.*

*** Diese Variante wurde in den „Entwurf zur Abänderung des theoretischen, des politischen Teils und einiger anderer Teile des Programms" aufgenommen. (Siehe Werke, Bd. 24, S. 461.) *Die Red.*

verschiedenen Orte) ersetzt, die gleichzeitig gesetzgebend sind und ihre Gesetze vollziehen.

Geschrieben im April 1917,
nicht nach dem 28. April (11. Mai).
Zum erstenmal veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXI.

Nach dem Manuskript.

7
REFERAT ZUR FRAGE DER REVISION DES PARTEIPROGRAMMS 28. APRIL (11. MAI)

Zeitungsbericht

Die Kommission hat vorgeschlagen, eine Resolution anzunehmen, die zeigt, in welcher *Richtung* das Parteiprogramm verändert werden muß: 1. hinsichtlich der Charakterisierung des Imperialismus im Zusammenhang mit der herannahenden sozialen Revolution; 2. müssen die §§ über den Staat korrigiert werden – ein Staat ohne stehendes Heer, ohne Polizei und ohne privilegiertes Beamtentum; 3. müssen die veralteten Teile des politischen Programms (über den Zarismus usw.) entfernt werden; 4. muß das Minimalprogramm umgearbeitet werden; 5. ist der offenkundig veraltete ökonomische Teil des Programms wie auch der Programmteil über das Schulwesen umzuarbeiten; 6.–7. sind die Forderungen einzufügen, die sich aus dem Strukturwandel der kapitalistischen Gesellschaft ergeben (Nationalisierung der syndizierten Produktionszweige usw.); 8. ist eine Charakteristik der Strömungen im Sozialismus einzufügen.

„Prawda" Nr. 45,
13. Mai (30. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

8
REFERAT ZUR AGRARFRAGE
28. APRIL (11. MAI)

Zeitungsbericht

Gen. Lenin nannte als Hauptursache für den Fortbestand der Leibeigenschaftsverhältnisse auf dem Lande den gutsherrlichen Grundbesitz, die unglaubliche Gemengelage, die durch das liederliche Wirtschaften – zunächst der Gutsvögte, dann der Friedensrichter im Jahre 1861 und schließlich der Stolypinschen Beamten – auf dem bäuerlichen Boden entstand.

Daher das natürliche Streben der Bauern, „den Grund und Boden von den alten Schranken zu befreien", den *gesamten* Grund und Boden neu aufzuteilen; *dieses* Streben kommt auch in den Worten zum Ausdruck, daß „die ganze Erde Gottes Eigentum" sei. Der Bauer als Eigentümer kann sich nicht mit den Hindernissen abfinden, die unter den neuen Bedingungen des kapitalistischen Warenaustauschs für ihn unerträglich geworden sind. Das hat der Entwurf der 104 Bauernabgeordneten in der I. und II. Duma bewiesen.[528]

Wie die Sozialrevolutionäre selbst zugeben, hat in diesem Entwurf die „Kleinbesitzerideologie" über die „ausgleichenden Prinzipien" den Sieg davongetragen. Der Bauer braucht den Grund und Boden als Eigentum, jedoch aufgeteilt entsprechend den neuen Erfordernissen der Warenwirtschaft. Wenn einzelne Bauern das Prinzip der ausgleichenden Bodennutzung anscheinend auch akzeptieren, so verstehen die Bauern darunter doch etwas anderes als die sozialrevolutionären Intellektuellen. Die Statistik weist bezüglich der Verteilung des gutsherrlichen und des bäuerlichen Grundbesitzes in Rußland folgende Zahlen aus: 300 Bauernfamilien besitzen 2000 Desjatinen, auf *einen* Gutsbesitzer entfällt *ebensoviel*. Es ist klar, daß die Forderung nach „Ausgleich" für sie den Gedanken enthält, die Rechte der 300 und des einen auszugleichen.

Die Notwendigkeit der Nationalisierung des Bodens als einer durchaus bürgerlichen und in höchstem Grade fortschrittlichen Maßnahme ist durch die gesamte vorangegangene Entwicklung der Landwirtschaft in Rußland

und durch die Entwicklung des internationalen Marktes vorbereitet worden. Der Krieg hat alle Widersprüche verschärft. Und jetzt ist der sofortige Übergang des Bodens in die Hände der Bauern eine Forderung, die von den Erfordernissen der Kriegszeit gebieterisch diktiert wird. Die Schingarjow und Co. vergrößern faktisch die Krise, indem sie den Bauern vorschlagen, die Konstituierende Versammlung *abzuwarten* (denn gesät werden muß doch *jetzt*), und drohen, die Lebensmittelnot zu einer regelrechten Hungersnot werden zu lassen. Sie zwingen den Bauern mit Gewalt eine bürokratisch-bürgerliche Lösung der Agrarfrage auf. Man darf indessen nicht warten, bis der Grund und Boden gesetzliches Eigentum wird, denn die Krise naht mit Riesenschritten. Die Bauern haben bereits die revolutionäre Initiative ergriffen – im Gouvernement Pensa nehmen sie das lebende und tote Inventar der Gutsbesitzer in gesellschaftliche Nutzung. Unsere Partei ist selbstverständlich nur für eine *organisierte* Besitzergreifung der Ländereien und des Inventars, da dies für die *Steigerung* der Produktion notwendig ist, jede Beschädigung des Inventars jedoch vor allem den Bauern und Arbeitern selbst schadet.

Anderseits sind wir für die gesonderte Organisierung der Landarbeiter.

„Prawda" Nr. 45,
13. Mai (30. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

9
ERWIDERUNG WÄHREND DER DISKUSSION ÜBER DIE RESOLUTION ZUR AGRARFRAGE 28. APRIL (11. MAI)

Solowjow meint, daß zu Beginn der Resolution auf das Wesentlichste hingewiesen werden müsse: daß die Partei die Nationalisierung des Bodens fordert.

Der Abänderungsvorschlag ist nicht sehr wesentlich. Ich habe die Nationalisierung an die dritte Stelle gesetzt, weil das erste die Initiative und die revolutionäre Aktion sein muß, die Nationalisierung ist jedoch ein Ge-

setz, das dem Willen des Volkes Ausdruck verleiht. Ich bin gegen den Vorschlag.

Zum erstenmal veröffentlicht 1925 in dem Buch „Die Petrograder Stadtkonferenz und die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) im April 1917".

Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

10
REDE ZUR NATIONALEN FRAGE
29. APRIL (12. MAI)

Zeitungsbericht

Gen. Lenin erinnerte daran, daß die polnischen Sozialdemokraten 1903, als diese Frage nicht unter dem Gesichtswinkel der sozialistischen Revolution gestellt wurde, gegen das Recht auf nationale Selbstbestimmung waren. Die Besonderheit ihrer Haltung in der nationalen Frage ist durch ihre besondere Lage in Polen bedingt; die zaristische Unterdrückung nährte die nationalistischen Leidenschaften der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten Polens. Die polnischen Sozialdemokraten mußten einen erbitterten Kampf gegen jene „Sozialisten" (PPS) ausfechten, die bereit waren, sich für die Befreiung Polens auch auf einen europäischen Krieg einzulassen, und nur sie, die polnischen Sozialdemokraten, die das Gefühl der internationalen Solidarität unter den polnischen Arbeitern verbreiteten, führten diese zu einer Annäherung an die Arbeiter Rußlands. Jedoch war ihr Versuch, die Sozialisten der *unterdrückenden* Nationen zur Verneinung des Selbstbestimmungsrechts zu zwingen, völlig falsch und hätte im Falle eines Erfolgs zu nichts anderem führen können als zum Übergang der russischen Sozialdemokraten auf eine chauvinistische Position. Wenn die Sozialisten der unterdrückenden Nationen den unterdrückten Nationen das Selbstbestimmungsrecht absprechen, werden sie zu Chauvinisten, unterstützen sie ihre eigene Bourgeoisie. Die russischen

Sozialisten müssen für die unterdrückten Nationen die *Freiheit der Lostrennung* anstreben, die Sozialisten der unterdrückten Nationen müssen die Freiheit der Vereinigung unterstützen; und die einen wie die anderen müssen auf formal verschiedenen (dem Wesen nach gleichen) Wegen ein einheitliches Ziel verfolgen: die internationale Organisation des Proletariats. Wer behauptet, die nationale Frage sei im Rahmen der bürgerlichen Ordnung gelöst, vergißt, daß sie nur in Westeuropa (und auch dort nicht überall) gelöst ist, wo die Reinheit der Bevölkerung 90% erreicht, nicht aber im Osten, wo die Reinheit der Bevölkerung nicht mehr als 43% beträgt. Das Beispiel Finnlands beweist, daß die nationale Frage praktisch auf der Tagesordnung steht und daß man zu wählen hat zwischen der Unterstützung der imperialistischen Bourgeoisie und der Pflicht der internationalen Solidarität, die eine Vergewaltigung des Willens der unterdrückten Nationen nicht zuläßt. Die Menschewiki, die den finnischen Sozialdemokraten vorgeschlagen haben, auf die Konstituierende Versammlung zu „warten" und die Frage der Autonomie *gemeinsam* mit ihr zu lösen, haben faktisch im Sinne der russischen Imperialisten gesprochen.

„Prawda" Nr. 46,
15. (2.) Mai 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

11
REDE ZUR LAGE IN DER INTERNATIONALE UND ZU DEN AUFGABEN DER SDAPR(B) 29. APRIL (12. MAI)

Zeitungsbericht

Gen. Lenin schlug vor zu erklären, daß die SDAPR nur zu Informationszwecken im Zimmerwalder Block verbleibt und somit *bereits* aus dem Block ausscheidet. Die Erfahrung, sagte er, habe bewiesen, daß ein weiteres Verbleiben im Block nutzlos ist. Zimmerwald ist in vielen Ländern

sogar zu einem Hemmnis für die Vorwärtsbewegung geworden. Die Sozialchauvinisten benutzen es als Deckmantel.

„Prawda" Nr. 46, *Nach dem Text der „Prawda".*
15. (2.) Mai 1917.

12
ERWIDERUNGEN WÄHREND DER DISKUSSION ZUR RESOLUTION ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE LAGE
29. APRIL (12. MAI)

1

Frage vom Platz aus. Handelt es sich bei der Kontrolle über die Syndikate und Banken um Maßnahmen, die nur im gesamtstaatlichen Maßstab empfohlen werden, oder gehören dazu auch solche Maßnahmen wie die Kontrolle der Privatunternehmen usw.?

Ja, darüber ist hier nichts enthalten, da diese Frage der lebendigen Praxis in einer anderen Resolution untergebracht ist, wo sie besser hinpaßt.* Diese Resolution behandelt jedoch ein anderes Thema – die Realisierung von Schritten zum Sozialismus.

2

Solowjow stellt einen Abänderungsantrag: einige Worte über die Charakteristik des Staates dieser Übergangsperiode – das ist sehr wesentlich, denn es bestimmt die allgemeine Richtung der Tätigkeit der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten ...

Lenin ist gegen den Abänderungsantrag des Gen. Solowjow:

In den einzelnen Resolutionen stoßen wir ständig auf konkrete Formulierungen. Die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten können ohne Polizei arbeiten, da ihnen bewaffnete Soldaten zur Verfügung stehen. Die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sind Institutionen, die das alte Beamtentum ersetzen können.

Das alte Agrarprogramm ...** es ist nicht gelungen, aber es muß

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 287. *Die Red.*

** Auslassung in der protokollarischen Niederschrift. *Die Red.*

heißen: „die Partei fordert eine bäuerlich-proletarische Republik, ohne Polizei, stehendes Heer, Beamtentum". So hat also die Konferenz diese Frage schon entschieden*, und jetzt müssen wir nur noch formulieren.

Zum erstenmal veröffentlicht 1925 in dem Buch „Die Petrograder Stadtkonferenz und die Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) im April 1917".

Nach einem handschriftlichen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.

KONZEPT EINER NICHT NACHGEWIESENEN REDE AUF EINEM MEETING

Die Revolution ist von den Petrograder Arbeitern entschieden worden.

Die Revolution ist nicht zum Stillstand gekommen, sie beginnt jetzt erst.

Petrograd hat Rußland wachgerüttelt. Petrograd hat es befreit. Eine große Tat der Petrograder Arbeiter.

Später wird der Sowjet der Soldaten- und Arbeiterdeputierten die Macht ergreifen, und er wird den Krieg und die Macht des Kapitals bannen!

Das, was die Petrograder Arbeiter begonnen haben, wird an der Front durch die Verbrüderung der Soldaten fortgesetzt werden.

Brüderliches Bündnis der Arbeiter aller Länder,

Revolutionäres Bündnis.

Es lebe die russische Revolution!

Es lebe die sozialistische Weltrevolution!

N. Lenin

25. April 1917**

Zum erstenmal veröffentlicht 1933 im Lenin-Sammelband XXI.

Nach einem von unbekannter Hand geschriebenen und von W. I. Lenin durchgesehenen und ergänzten Text.

---

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 272. *Die Red.*

** Die letzten zwei Sätze, Datum und Unterschrift sind von W. I. Lenin geschrieben. *Die Red.*

EINE ALLZU PLUMPE LÜGE

Die überschlaue „Rabotschaja Gaseta" versichert ihren Lesern, Plechanow und Lenin seien Verbündete, denn beide seien gegen die Stockholmer Konferenz der Sozialchauvinisten. Und die „Rabotschaja Gaseta" erwähnt mit keinem Wort unsere Argumente zum Wesen der Sache, sie verschweigt, daß diese Konferenz ein *Deckmantel* für die kapitalistischen Diplomaten ist, und beschränkt sich auf Geschrei!

Eine erbärmliche Methode!

Ein Marxist muß dem Volk die Wahrheit sagen, die Machenschaften der Diplomaten, die *durch Vermittlung* der Sozialchauvinisten handeln, aufdecken.

Ein Marxist wird sich nicht erlauben, wie sich das die „Rabotschaja Gaseta" erlaubt, zu verschweigen, daß die Absage der französischen Sozialchauvinisten dem Wunsch der englisch-französischen und der russischen Bourgeoisie *entspricht*, den Krieg bis zur völligen Vernichtung Deutschlands in die Länge zu ziehen.

„Prawda" Nr. 43,
11. Mai (28. April) 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

EINE UNVOLLENDETE AUTOBIOGRAPHIE[529]

Genossen! Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten übersandte mir Ihren Brief vom 24. April 1917. Sie fragen in diesem Brief nach „meiner Herkunft, wo ich gewesen bin, falls ich verbannt war, dann weshalb? Wie ich nach Rußland zurückgekehrt bin und welche Tätigkeit ich gegenwärtig ausübe, d. h., ob sie (diese Tätigkeit) Ihnen nützt oder schadet."

Ich beantworte alle diese Fragen außer der letzten, denn nur Sie selbst können beurteilen, ob meine Tätigkeit Ihnen nützt oder nicht.

Ich heiße Wladimir Iljitsch Uljanow.

Geboren wurde ich in Simbirsk am 10. April 1870. Im Frühjahr 1887 wurde mein älterer Bruder Alexander von Alexander III. wegen eines Attentats auf diesen (1. März 1887) hingerichtet. Im Dezember 1887 wurde ich wegen Studentenunruhen zum erstenmal verhaftet und von der Kasaner Universität relegiert; danach wurde ich aus Kasan ausgewiesen.

Im Dezember 1895 wurde ich wegen sozialdemokratischer Propaganda unter den Arbeitern in Petersburg zum zweitenmal verhaftet . . .*

Geschrieben nicht vor dem
4. (17.) Mai 1917.
Zum erstenmal veröffentlicht am
16. April 1927 in der „Prawda"
Nr. 86.

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

REFERAT ÜBER DIE ERGEBNISSE DER VII. GESAMTRUSSISCHEN KONFERENZ DER SDAPR(B) (APRILKONFERENZ) IN EINER VERSAMMLUNG DER PETROGRADER ORGANISATION 8. (21.) MAI 1917[530]

Gen. Lenin begann damit, daß unsere Konferenz in einer besonderen, ungewöhnlichen Zeit stattgefunden hat: In Rußland vollzieht sich jetzt eine Umwälzung, eine Revolution, und in der ganzen Welt tobt ein Krieg nie gesehenen Ausmaßes.

Daher muß man sich, um die Beschlüsse unserer Konferenz zu verstehen, vor allem darüber klar sein, was für einen Krieg wir führen und wer diesen Krieg begonnen hat, was für eine Revolution wir durchgeführt haben und was für eine Revolution uns bevorsteht.

Den Krieg haben nicht die Arbeiter und auch nicht die Bauern begonnen: weder die russischen noch die deutschen, französischen, italienischen, belgischen oder englischen Arbeiter und Bauern haben diesen Krieg angefangen. *Diesen Krieg haben die Kapitalisten der ganzen Welt angefangen*: die englischen und ihre Freunde, die französischen, russischen und italienischen Kapitalisten, gegen die deutschen Kapitalisten und deren Freunde, die österreichischen Kapitalisten. Und sie setzen ihn auch fort.

Wofür wird Krieg geführt?

Für die Befreiung, für die Interessen der Arbeiter und Bauern? Nein.

Raub – das ist das Ziel des Krieges, Aufteilung fremder Gebiete – das ist es, was die Kapitalisten dazu treibt, vom Krieg bis zum siegreichen Ende zu schreien.

Zar Nikolaus ist ein ebensolcher Räuber wie Wilhelm, er hat die räuberischen Geheimverträge mit den englischen und französischen Kapitalisten abgeschlossen; diese Verträge werden nicht veröffentlicht, weil dann das ganze Volk den Betrug erkennen und der Krieg bald zu Ende sein würde. Das ist der Grund, weshalb wir in unserem Beschluß über den Krieg diesen Krieg auch so direkt als einen räuberischen, *imperialistischen* Krieg bezeichnet haben.

Wie aber kann man dieses Weltgemetzel beenden? Kann man es beenden, indem einer allein aus dem Krieg ausscheidet?

Nein, das geht nicht. Das geht nicht, weil hier nicht nur zwei, sondern viele Staaten gegeneinander kämpfen, weil Kapitalisten den Krieg nur für eine gewisse Zeit beenden können, um sich auf einen neuen Krieg vorzubereiten. Aber einen solchen Frieden will weder der Arbeiter noch der Bauer, ob er nun Deutscher, Franzose oder Russe ist.

Wer aber kann den Krieg beenden?

Den Krieg können nur die Arbeiter und Bauern beenden, aber nicht allein die Arbeiter und Bauern Rußlands, sondern die der ganzen Welt. Die Arbeiter und Bauern der ganzen Welt haben die gleichen Interessen: den Kampf gegen den Kapitalisten und den Gutsbesitzer. Deshalb können die Arbeiter und Bauern der ganzen Welt nur vereint dem Krieg ein Ende setzen. Das ist der Grund, weshalb wir, die Bolschewiki, gegen einen Separatfrieden sind, d. h. gegen einen Frieden nur zwischen Rußland und Deutschland. Ein Separatfrieden wäre eine Dummheit, denn er löst die Grundfrage nicht, die Frage des Kampfes gegen Kapitalisten und Gutsbesitzer.

Wie aber können sich die Arbeiter und Bauern der ganzen Welt vereinigen? Dem steht der Krieg im Wege.

Die russische Revolution hat die Selbstherrschaft gestürzt und dem russischen Volk eine nie gekannte Freiheit gegeben, wie sie zur Zeit kein einziges Volk der Welt besitzt. Aber hat sie die Grundfrage des russischen Lebens gelöst, die Bodenfrage? Nein, denn der Grund und Boden ist noch immer in den Händen der Gutsbesitzer. Warum ist das so? Weil das Volk, nachdem es den Zaren gestürzt hatte, die Macht nicht nur seinen gewählten Vertretern, den Bauern und Arbeitern, den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, sondern auch der Provisorischen Regierung übertragen hat.

Die Provisorische Regierung aber, das sind die Kapitalisten, die Gutsbesitzer sowie jene, die aufrichtig oder heuchlerisch die Meinung vertreten, daß man Rußland nur gemeinsam mit den Gutsbesitzern retten könne.

Aber die Gutsbesitzer wollen den Grund und Boden nicht an die Bauern abgeben, und die Kapitalisten wollen nicht auf ihre aus dem Krieg und vom Raub fremder Gebiete herrührenden Profite verzichten.

Das ist der Grund, weshalb wir, die Bolschewiki, die Provisorische Regierung nicht unterstützen und weshalb wir den Sozialisten raten, keine Ministerposten anzunehmen.

Die sozialistischen Minister werden mit ihrem Namen nur Raub und Eroberung decken. Und sie tun das schon jetzt. Sie sind in die Regierung eingetreten und haben gemeinsam mit den Kapitalisten gesagt: Der Krieg ist nicht nur ein Verteidigungskrieg, sondern auch eine Offensive, und den Boden bekommen die Bauern nicht sofort, sondern erst nach Einberufung der Konstituierenden Versammlung.

Das ist der Grund, weshalb wir gegen die Provisorische Regierung sind und als Regierung nur *unsere* Regierung anerkennen: den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Eine bessere Regierung gibt es nicht, wurde vom Volk noch nicht geschaffen, und erfinden kann man sie nicht.

Weshalb hat nun aber diese unsere Regierung beschlossen, die Provisorische Regierung zu unterstützen, eine Regierung aus Kapitalisten, Gutsbesitzern und Sozialisten, die dem Volk den Boden nicht sofort übergeben wollen und die Offensive propagieren? Deshalb, weil zur Zeit im Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Mehrheit aus Bauern im Soldatenrock besteht, die nicht sehen, welche Ziele jede Partei *in Wirklichkeit* verfolgt.

Hieraus ergibt sich unsere Aufgabe, den Arbeitern und Bauern geduldig zu erklären, daß alles – die Beendigung des Krieges, der Grund und Boden für die Bauern und der wirkliche (nicht in Worten, sondern in Taten) Kampf gegen die Kapitalisten – erst dann durchgesetzt werden wird, wenn das ganze Volk an Hand seiner eigenen Praxis und nicht aus Büchern begriffen hat, daß nur die vollständige Macht der Arbeiter und Bauern, nur die Macht der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten helfen wird, einen entschiedenen Kampf für Frieden, Grund und Boden und Sozialismus zu beginnen.

Das Volk kann man nicht übergehen. Nur Träumer, Verschwörer haben geglaubt, eine Minderheit könne der Mehrheit ihren Willen aufzwingen. Das war die Meinung des französischen Revolutionärs Blanqui – und er hatte unrecht. Wenn die Mehrheit des Volkes, weil es ihr noch an Einsicht mangelt, die Macht nicht in ihre Hände nehmen will, dann kann die Minderheit, wie revolutionär und klug sie auch sei, der Mehrheit des Volkes nicht ihren Willen aufzwingen.

Hieraus ergibt sich auch unsere Handlungsweise.

Wir, die Bolschewiki, müssen geduldig, aber beharrlich den Arbeitern und Bauern unsere Ansichten erläutern. Jeder von uns muß die alten Auffassungen von unserer Arbeit über Bord werfen, jeder muß, ohne zu warten, daß ein Agitator, ein Propagandist, ein erfahrenerer Genosse kommt und alles erklärt – jeder muß alles in sich vereinen, er muß Agitator, Propagandist und Organisator unserer Partei sein.

Nur so werden wir erreichen, daß das Volk unsere Lehre versteht, daß es die eigenen Erfahrungen zu analysieren vermag und die Macht wirklich in seine Hände nimmt.

Zum erstenmal veröffentlicht 1927 in den „Schriften des Lenin-Instituts", Bd. I.

Nach dem Text der „Schriften".

PLAN EINER RESOLUTION ÜBER ÖKONOMISCHE KAMPFMASSNAHMEN GEGEN DIE ZERRÜTTUNG

1. Der Zusammenbruch ist herangereift.
2. Es ist weder eine bürokratische noch eine bürgerliche *Lösung* möglich.
3. Die Arbeiterkontrolle muß 1. wirklich eine *Arbeiter*kontrolle sein (3/4 der *beschließenden* Stimmen für die Arbeiter).
4. „ „ „ zu einer *Regulierung* weiterentwickelt werden.
5. „ „ „ auf alle Finanzoperationen und auf den gesamten Zustand des Finanzwesens ausgedehnt werden.
6. Die Rettung vor dem Zusammenbruch erfordert unbedingt, daß die revolutionären Maßnahmen mit der **Expropriation** des größten und großen Kapitals *beginnen*.

7. Dann müssen revolutionäre Maßnahmen folgen, die Organisierung der **allgemeinen Arbeitspflicht** *durch die Arbeitermiliz...* (die Arbeiter leisten nach ihrem 8stündigen Arbeitstag unentgeltlich Dienst in der Miliz).
8. Überführung von Arbeitskräften in die Kohlenindustrie, die Rohstoffindustrie und in das Verkehrswesen...

+ 6 *bis* Organisierung des Austauschs von Getreide gegen Geräte, Schuhwerk, Kleidung...

+ 9. Überführung der Arbeitskräfte von den Bomben zu nützlichen Produkten.

+ **Ökonomie der Kräfte...**

+ Die allgemeine Arbeitspflicht muß die größtmögliche und strengste Ökonomie der Kräfte und der Arbeit herbeiführen.

Geschrieben im Mai 1917,
vor dem 25. Mai (7. Juni).
Zum erstenmal veröffentlicht 1925
im Lenin-Sammelband IV.

Nach dem Manuskript.

EINFÜGUNG IN N. K. KRUPSKAJAS ARTIKEL „EINE SEITE AUS DER GESCHICHTE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS“[531]

Am Dienstag, dem 9. Mai, trafen aus der Schweiz über 200 Emigranten, die durch Deutschland gereist waren, ein, unter ihnen der Führer der Menschewiki Martow, der Führer der Sozialrevolutionäre Natanson u. a. Diese Reise hat deutlich bewiesen, daß es aus der Schweiz keinen anderen zuverlässigen Weg gibt als durch Deutschland. In den „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow“ (Nr. 32 vom

5. April) ist ein Bericht Lenins und Sinowjews über ihre Reise durch Deutschland enthalten, und dort sind auch die Namen derjenigen Sozialisten aus zwei neutralen Ländern (der Schweiz und Schwedens) genannt, die durch ihre Unterschrift bestätigt haben, daß die Reise durch Deutschland von der Notwendigkeit diktiert war und daß es dabei keine irgendwie verurteilungswürdigen Beziehungen zur deutschen Regierung gegeben hat.

„Soldatskaja Prawda" Nr. 21, 26. (13.) Mai 1917. *Nach dem Manuskript.*

DE-FACTO-ERKLÄRUNG ZUR FRAGE DER KOMMISSION BEI DER ZEITUNG „WPERJOD" IN EINER SITZUNG DES PETERSBURGER KOMITEES DER SDAPR(B) 30. MAI (12. JUNI) 1917

Zu Gen. Tomskis Verweisen auf die im Jahre 1906 aus Arbeitern gebildete Pressekommission und deren völliges Versagen erkläre ich, daß dieser Verweis sachlich falsch ist und daß diese Kommission bei der Zeitung „Wperjod"[532] (die von A. A. Bogdanow u. a. geleitet wurde) zweifellos von Nutzen war.

Zum erstenmal veröffentlicht 1927 in dem Buch „Das erste legale Petersburger Komitee der Bolschewiki im Jahre 1917". *Nach einem maschinegeschriebenen Exemplar der protokollarischen Niederschrift.*

REDE IN EINER SITZUNG DER BOLSCHEWISTISCHEN FRAKTION DES I. GESAMTRUSSISCHEN KONGRESSES DER SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN 31. MAI (13. JUNI) 1917

Kurzer Zeitungsbericht

Lenin begrüßt im Namen des Zentralkomitees alle internationalistischen Sozialdemokraten ohne Unterschied ihrer Fraktionszugehörigkeit.

Der Redner wendet sich dann der Frage zu, wie der europäische Krieg beendet werden kann. Hier zeigt sich, daß er die Lösung der europäischen Krise nicht so optimistisch sieht wie A. Lunatscharski.[533] Die Formel „ohne Annexionen", sagt er, drückt keineswegs den Wunsch aus, daß Europa zum „Status quo ante" zurückkehren soll. Wir sind der Ansicht: „Ohne Annexionen" bedeutet auch ohne die Eroberungen, die vor diesem Krieg gemacht wurden. Für uns bedeutet diese Losung, daß den Völkern die volle Freiheit zuerkannt werden muß, sich von den einen Staaten loszutrennen und sich anderen anzuschließen. Aber ohne die sozialistische Revolution kann eine solche Losung nicht verwirklicht werden, und deshalb gibt es keinen anderen Ausweg aus dem europäischen Krieg als die Weltrevolution.

Zur Frage der Verbrüderung übergehend, sagt Lenin: Die spontane Verbrüderung wird die Frage des Friedens nicht lösen, aber wir machen sie zum Angelpunkt der revolutionären Arbeit. Die Verbrüderung an sich löst die Frage nicht, aber auch keine andere Maßnahme entscheidet die Revolution, solange sie nicht zu ihr hinführt. Was ist ein Streik, eine Demonstration? Das ist doch ebenfalls nur ein Glied in der allgemeinen Kette des revolutionären Kampfes. Man sagt uns, daß die Verbrüderung die Lage an den anderen Fronten verschlechtert habe. Das stimmt nicht. Sie hat zu einem faktischen Waffenstillstand an unserer Front geführt und kleine Veränderungen an der Westfront bewirkt. Aber zu wessen Gunsten? Zu Gunsten Englands und Frankreichs. Dafür hat England in

Asien einen großen Erfolg erzielt: es hat Bagdad geschluckt. Die Einstellung der Kriegshandlungen an unserer Front ist eine Folge der revolutionären Verbrüderung, gegen die Kerenski Krieg führt, gegen die die von den Menschewiki unterzeichnete Offensive verkündet wurde.

Man muß der Verbrüderung Bewußtheit verleihen, man muß erreichen, daß sie zu einem Gedankenaustausch wird, daß sie auf die anderen Fronten übergreift und die Revolution jenseits der Schützengräben entfacht.

Zur Frage der Regulierung der Industrie stellt der Redner fest: Seit dem 28. Februar hat die Regierung keinen einzigen Schritt unternommen, um die Profite der Industriellen zu beschneiden. Dieser Tage haben wir gelesen, daß aus einigen Ministern unter Leitung von Skobelew eine Kommission zur Ausarbeitung von Kontrollmaßnahmen gebildet worden ist. Aber Kommissionen hat es auch unter dem Zaren gegeben, das ist doch ein einziger Betrug. Der Redner spricht von der Notwendigkeit, unverzüglich vom Grund und Boden der Gutsherren Besitz zu ergreifen, und beendet seine Rede mit dem Hinweis, daß die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die gesamte Macht erhalten müssen oder ein unrühmliches Ende nehmen werden.

Dem Redner werden von allen Seiten Zettel zugereicht. Nach kurzer Zeit sind es bereits 20. Der erste enthält die Frage, ob man die Marschkompanien an die Front schicken solle. Bei der Beantwortung dieser Frage erklärt Lenin: Solange die Zarenmacht bestand, mußten wir in die Armee gehen und dort arbeiten. Liebknecht zog die Uniform an, um gegen den Krieg zu agitieren. Es wäre naiv zu glauben, daß man durch einzelne anarchische Aktionen den Krieg beenden kann.

„Nowaja Shisn" Nr. 37,
1. (14.) Juni 1917.

Nach dem Text der
„Nowaja Shisn".

ENTWURF EINER RESOLUTION FÜR EINE BERATUNG VON VERTRETERN DER STADTBEZIRKSKOMITEES UND DER TRUPPENTEILE PETROGRADS MIT VERTRETERN DES ZK UND DES PETERSBURGER KOMITEES 10. (23.) JUNI 1917

Nachdem wir von den Beschlüssen des Sowjetkongresses und anderer Organisationen Kenntnis erhalten haben – Beschlüssen, die heute in den „Iswestija Petrogradskowo Sowjeta" veröffentlicht sind, sowie von dem in der „Prawda" veröffentlichten Beschluß des ZK über die Einhaltung des Verbots von Demonstrationen in den nächsten drei Tagen –

– nachdem wir von diesen Beschlüssen Kenntnis erhalten und die Lage erörtert haben,

wird beschlossen:

In Anbetracht dessen, daß der Sowjetkongreß und das Exekutivkomitee des Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten in ihrem Aufruf direkt erklärt haben:

„Uns ist bekannt, daß versteckte Konterrevolutionäre eure Aktion ausnutzen wollen"

– in Anbetracht dessen müssen wir zugeben, daß wir uns die Konterrevolution schwächer vorgestellt haben, denn das, was dem Sowjetkongreß bekannt ist, ist uns noch nicht bekannt;

– daß der Kampf gegen die Konterrevolution noch dringender ist und folglich auf die Tagesordnung gesetzt wird;

– daß der Beschluß des ZK über die Einhaltung des direkten dreitägigen Demonstrationsverbots richtig ist;

– daß es notwendig ist . . .*

Geschrieben am 10. (23.) Juni 1917.
Zum erstenmal veröffentlicht 1959 im Lenin-Sammelband XXXVI.

Nach dem Manuskript.

* Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

ZUM FALL GRIMM

Man fragt uns, in welcher Hinsicht wir Grimms Verhalten für „zweideutig" erklärt haben. Wir antworten darauf – für die Leser, denen es nicht möglich war, die von uns genau angegebene Nummer der Zeitung „Wolja Naroda"[534] zu bekommen –, daß in dem von uns unterzeichneten Protokoll (wir würden es gern nachdrucken, wenn in der „Prawda" Platz dafür wäre) *nur* von Grimms Stellung *zu Hoffmann*, einem bürgerlichen Minister *desselben*, neutralen, Landes (der Schweiz) die Rede ist.

„Prawda" Nr. 75,
20. (7.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

EINE SCHANDE!

Man höre nur, wozu sich der Leitartikler der „Nowaja Shisn"[535], Herr Stan. Wolski, heute verstiegen hat:

„... Wenn der Sozialismus das Recht der großen Völker auf Versklavung der kleinen Völkerschaften verneint, so hat er doch niemals eine entgegengesetzte Handlungsweise empfohlen: die Versklavung der großen Völker durch die kleinen Völkerschaften. Aber eben auf eine derartige Vergewaltigung des Willens der gesamtrussischen Demokratie, auf die Verneinung der gemeinsamen revolutionärdemokratischen Arbeit, auf eine Ersetzung des Klassenkampfes durch nationale Feindschaft läuft, wenn nicht das Programm, so doch auf jeden Fall die Taktik der Ukrainischen Rada hinaus ..."

Da sieht man, wohin die Schwankungen der kleinbürgerlichen Schwätzer von der „Nowaja Shisn" führen – zum direkten Schwarzhundertertum! Denn nur die Menschikow gestern und die Katkow vorgestern konnten den Wunsch der Ukrainer nach einem eigenen Sejm, nach eigenen Ministern, eigenen Streitkräften, eigenen Finanzen und so weiter als „Versklavung" des russischen Volkes durch die Ukrainer bezeichnen!

Schmutziger großrussischer Chauvinismus, beschönigt durch süßliche

beinahe marxistische Worte – das ist die Propaganda des Ministers W. Tschernow, des Herrn Wolski und der „Rabotschaja Gaseta".

„Prawda" Nr. 83,
29. (16.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Prawda".

REFERAT ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE LAGE AUF DER GESAMTRUSSISCHEN KONFERENZ DER MILITÄRORGANISATIONEN DER SDAPR(B) DER FRONT UND DES HINTERLANDS 20. JUNI (3. JULI) 1917[536]

Kurzer Zeitungsbericht

In der Vormittagssitzung hielt Lenin ein Referat über die gegenwärtige Lage. Er weist auf den Unterschied hin, der bei einem Vergleich zwischen der heutigen Situation und der Situation zur Zeit der Aprilkonferenz der Partei zu verzeichnen ist. Damals war die Stellung der einzelnen sozialistischen Parteien noch recht unklar. Erst jetzt, unter den Bedingungen der gegenwärtigen und der jüngsten Ereignisse, hat sich das wirkliche politische Antlitz der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre offenbart. Aber das Kleinbürgertum kann, obgleich es nicht sozialistisch ist, eine wirklich demokratische Einstellung haben. Und wenn man von diesem Standpunkt aus die sozialrevolutionären und menschewistischen Massen betrachtet, so kann man ihnen einen konsequenten Demokratismus nicht absprechen. Doch von ihren Führern kann man das nicht sagen, und deshalb stellen wir fest, daß sich zwischen den sozialrevolutionären und menschewistischen Massen einerseits und ihren Führern anderseits ein tiefer Abgrund öffnet. Die Führer dieser Massen machen sich allmählich nicht nur vom Sozialismus, sondern auch vom Demokratismus frei. Das ist daraus zu ersehen, wie sich die sozialistischen Minister zu den drei wichtigsten Fragen der Gegenwart verhalten.

In der Frage des Grund und Bodens stimmen die Ansichten des sozia-

listischen Teils der Regierung, der den Gutsbesitzern hilft, das ihnen gehörende Land in ihrer Verfügungsgewalt zu behalten, ganz offensichtlich nicht mehr mit den Ansichten der Bauernschaft überein. Der zweite Prüfstein für den Demokratismus der sozialistischen Minister war ihre Stellung zur örtlichen Selbstverwaltung. Eine Binsenwahrheit des Demokratismus ist der Grundsatz, daß die örtlichen Machtorgane vom Volk selbst gewählt werden müssen; dennoch kam es in dieser Frage zwischen der Provisorischen Regierung und den örtlichen Selbstverwaltungsorganen zu zahlreichen Konflikten, und der sozialistische Teil des Kabinetts trat diesen wirklich demokratischen Prinzipien aktiv entgegen. Die dritte Frage schließlich ist die Offensive. Der Sozialist Kerenski hat erreicht, was der offenkundige Imperialist Gutschkow nicht zu erreichen vermochte.

Wir revolutionären Sozialdemokraten müssen unsere Tätigkeit darauf richten, das Klassenbewußtsein der demokratischen Massen zu entwickeln. Deshalb müssen wir diese ehemaligen Führer der kleinbürgerlichen Demokratie schonungslos entlarven und der Demokratie den gemeinsamen Weg weisen, auf dem ihr das revolutionäre Proletariat voranschreiten wird.

„Nowaja Shisn" Nr. 54,
21. Juni (4. Juli) 1917.

Nach dem Text der
„Nowaja Shisn".

DIE POLITISCHE LAGE[537]

(Vier Thesen)

1. Die Konterrevolution hat sich organisiert, gefestigt und faktisch die Macht im Staat in ihre Hände genommen.[538]

Die umfassende Organisierung und Festigung der Konterrevolution besteht in dem wohldurchdachten und bereits verwirklichten Zusammenschluß der drei Hauptkräfte der Konterrevolution: 1. die Partei der Kadetten, d. h. die wahre Führerin der organisierten Bourgeoisie, hat durch ihren Austritt aus der Regierung dieser ein Ultimatum gestellt und damit der Konterrevolution den Weg für den Sturz der Regierung frei gemacht;

2. der Generalstab und die Kommandospitzen der Armee haben mit der mehr oder weniger bewußten Hilfe Kerenskis, den sogar die angesehensten Sozialrevolutionäre jetzt einen Cavaignac nennen, die tatsächliche Staatsmacht ergriffen und sind dazu übergegangen, gegen revolutionäre Truppenteile an der Front mit Waffengewalt vorzugehen, revolutionäre Truppen und Arbeiter in Petrograd und Moskau zu entwaffnen, in Nishni-Nowgorod niederzuschlagen und zu unterdrücken, die Bolschewiki zu verhaften und ihre Zeitungen nicht nur ohne Gerichtsverfahren, sondern auch ohne Regierungsverfügung mundtot zu machen. Tatsächlich übt in Rußland jetzt eine Militärdiktatur die eigentliche Staatsmacht aus; diese Tatsache wird noch verschleiert durch eine Reihe von Institutionen, die den Worten nach revolutionär, in Wirklichkeit aber ohnmächtig sind. Diese Tatsache steht zweifellos fest und hat eine so grundlegende Bedeutung, daß man, ohne sie begriffen zu haben, die politische Lage nicht verstehen kann. 3. Die monarchistische Schwarzhunderterpresse und die bürgerliche Presse, die bereits von der wütenden Hetze gegen die Bolschewiki zur Hetze gegen die Sowjets, gegen den „Brandstifter" Tschernow usw. übergegangen sind, haben überaus klar gezeigt, daß der wahre Inhalt der Politik der Militärdiktatur, die heute herrscht und von den Kadetten und Monarchisten unterstützt wird, darin besteht, die Auseinanderjagung der Sowjets vorzubereiten. Viele Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, d. h. der jetzigen Mehrheit der Sowjets, haben dies in den letzten Tagen bereits zugegeben und ausgesprochen, aber als echte Kleinbürger setzen sie sich über diese harte Wirklichkeit mit hohlen tönenden Phrasen hinweg.

2. Die Führer der Sowjets und der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, an ihrer Spitze Zereteli und Tschernow, haben die Sache der Revolution endgültig verraten, haben sie den Konterrevolutionären ausgeliefert und sich und ihre Parteien sowie die Sowjets zum Feigenblatt der Konterrevolution gemacht.

Diese Tatsache wird dadurch bewiesen, daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Bolschewiki preisgegeben haben und stillschweigend die Demolierung ihrer Zeitungsredaktionen guthießen, ohne auch nur den Mut zu finden, dem Volke direkt und offen zu sagen, was sie da tun und warum sie es tun. Sie legalisierten die Entwaffnung der Arbeiter und der revolutionären Regimenter und beraubten sich dadurch jeder realen Macht.

Sie sind zu hohlen Schwätzern geworden, die der Reaktion helfen, die Aufmerksamkeit des Volkes so lange zu „fesseln", bis die Reaktion ihre letzten Vorbereitungen getroffen hat, um die Sowjets auseinanderjagen zu können. Ohne diesen vollständigen und endgültigen Bankrott der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, der jetzigen Mehrheit der Sowjets, erkannt zu haben, ohne erkannt zu haben, daß ihr „Direktorium" und die sonstige Maskerade bloße Fiktion sind, kann man die ganze jetzige politische Lage überhaupt nicht verstehen.

3. Alle Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung der russischen Revolution sind endgültig geschwunden. Die objektive Lage ist so: entweder voller Sieg der Militärdiktatur oder Sieg des bewaffneten Aufstands der Arbeiter, was nur möglich ist, wenn dieser Aufstand mit einer machtvollen Erhebung der Massen gegen die Regierung und gegen die Bourgeoisie zusammenfällt, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Zerrüttung und die Verlängerung des Krieges.

Die Losung „Alle Macht den Sowjets!" war die Losung der friedlichen Entwicklung der Revolution, die möglich war im April, im Mai und im Juni, bis zum 5.–9. Juli, d. h. bis zum Übergang der tatsächlichen Macht an die Militärdiktatur. Jetzt ist diese Losung bereits falsch, denn sie zieht nicht in Betracht, daß sich dieser Übergang der Macht vollzogen hat und daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Revolution in der Tat glatt verraten haben. Weder Abenteuer noch Revolten, weder vereinzelter Widerstand noch aussichtslose Versuche, sich einzeln der Reaktion zur Wehr zu setzen, können der Sache dienen, sondern nur das klare Erkennen der Lage, die Ausdauer und Standhaftigkeit der Avantgarde der Arbeiter, die Vorbereitung der Kräfte zum bewaffneten Aufstand, für dessen Sieg jetzt außerordentlich schwierige Bedingungen bestehen, der aber dennoch bei Zusammentreffen der hier erwähnten Tatsachen und Strömungen möglich ist. Keinerlei konstitutionelle und republikanische Illusionen, keine Illusionen mehr über einen friedlichen Weg, keinerlei zersplitterte Aktionen, sich *jetzt* nicht von Schwarzhundertern und Kosaken provozieren lassen, sondern die Kräfte sammeln, sie umorganisieren und beharrlich vorbereiten zum bewaffneten Aufstand, wenn der Verlauf der Krise die Möglichkeit bietet, ihn bei wirklicher Massenbeteiligung, mit Unterstützung des ganzen Volkes durchzuführen. Daß der Boden an die Bauern übergeht, ist jetzt ohne den bewaffneten Aufstand

nicht mehr möglich, denn die Konterrevolution hat sich, an die Macht gelangt, mit den Gutsbesitzern als Klasse vereinigt.

Das Ziel des bewaffneten Aufstands kann nur der Übergang der Macht an das von der armen Bauernschaft unterstützte Proletariat sein, um das Programm unserer Partei zu verwirklichen.

4. Die Partei der Arbeiterklasse muß, ohne die Legalität preiszugeben, doch ohne diese auch nur einen Augenblick zu überschätzen, die legale Arbeit mit der illegalen *vereinen* wie in den Jahren 1912–1914.

Nicht eine Stunde lang darf die legale Arbeit aufgegeben werden, aber man darf auch nicht die geringsten konstitutionellen und „friedlichen" Illusionen hegen. Sofort sind überall illegale Organisationen oder Zellen für die Herausgabe von Flugblättern usw. zu gründen. Die Umorganisierung muß sofort, konsequent und beharrlich auf der ganzen Linie erfolgen.

Wir müssen so vorgehen wie in den Jahren 1912–1914, wo wir es verstanden haben, vom Sturz des Zarismus durch Revolution und bewaffneten Aufstand zu sprechen, ohne die legale Basis zu verlieren, weder in der Reichsduma noch in den Versicherungskassen oder in den Gewerkschaften usw.

Geschrieben am 10. (23.) Juli 1917.
Veröffentlicht am 2. August (20. Juli) 1917 im „Proletarskoje Delo" Nr. 6.
Unterschrift: W.

Nach dem Manuskript.

BRIEF IM ZUSAMMENHANG MIT DER HERAUSGABE DES „FLUGBLATTS ANLÄSSLICH DER EINNAHME RIGAS"[539]

Dieses Flugblatt kann man natürlich nicht legal herausgeben, sondern man muß sich um seine illegale Herausgabe bemühen. Es wäre äußerst töricht, wollten wir unsere legalen Zeitungen (die wir ohnehin nur mit

großer Mühe erhalten können und die schrecklich wichtig für uns sind) der Gefahr eines Verbots aussetzen, und verstünden wir nicht das zu tun, was wir in den Jahren 1912–1914 fertiggebracht haben: die legalen Möglichkeiten auszunutzen. Man darf den Artikel (das Flugblatt) weder legal veröffentlichen noch dadurch verderben, daß man ihn für die Legalität zurechtstutzt.

Und es wäre nicht nur töricht, sondern auch erbärmlich, würden wir uns auf das legale Wort *beschränken*, da seine Freiheit offenkundig durch die Regierung beschnitten ist und täglich mehr beschnitten wird.

Ich weiß, daß unsere Bolschewiki sehr schwerfällig sind und daß es viel Mühe kosten wird, die Herausgabe illegaler Flugblätter durchzusetzen. Ich werde aber immer wieder darauf bestehen, denn das sind Forderungen des Lebens, Forderungen der Bewegung.

Man muß freie, eine deutliche Sprache sprechende, nicht zurechtgestutzte Flugblätter und Flugschriften illegal herausgeben. Man muß sie unterzeichnen: „Eine Gruppe verfolgter Bolschewiki". Man kann sich mit dieser Unterschrift begnügen, man kann auch darunter in kleiner Schrift hinzufügen: „Die Gruppe verfolgter Bolschewiki hat sich aus jenen Bolschewiki gebildet, die durch die Verfolgungen der Regierung gezwungen sind, illegal zu arbeiten." Oder auch so: „Die Gruppe verfolgter Bolschewiki hat sich aus den Bolschewiki gebildet, die durch die Verfolgungen der Regierung und die Entziehung der Pressefreiheit gezwungen sind, freie Flugblätter illegal herauszugeben, wobei sie außerhalb des Rahmens der legalen bolschewistischen Partei handeln."

FLUGBLATT ANLÄSSLICH DER EINNAHME RIGAS

Arbeiter, Soldaten und alle Werktätige!

Die Truppen des Gegners haben Riga besetzt. Wir haben eine weitere schwere Niederlage erlitten. Die Leiden, die unerhörten Leiden, die der Krieg dem Volk zufügt, werden immer größer und ziehen sich immer mehr in die Länge.

Weshalb zieht sich der Krieg in die Länge? Nach wie vor wegen der Teilung der Beute zwischen den kapitalistischen Räubern, wegen der Frage, ob die deutschen kapitalistischen Räuber Belgien, Serbien, Polen, Riga usw. behalten werden, ob die englischen kapitalistischen Räuber Bagdad und die von ihnen geraubten deutschen Kolonien, ob die russischen kapitalistischen Räuber Armenien usw. be-

halten werden. Die Kerenskiregierung betrügt mit Beteiligung und Unterstützung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre schamlos das Volk, indem sie es mit nichtssagenden und zu nichts verpflichtenden Redensarten über ihre Friedenssehnsucht einschläfert, während sie in Wirklichkeit den Raubkrieg in die Länge zieht und die Geheimverträge nicht veröffentlicht, die der Zar mit den englischen und französischen Kapitalisten um der Bereicherung der russischen Kapitalisten willen abgeschlossen hat, denen Konstantinopel, Galizien, Armenien versprochen wurde.

Das russische Volk vergießt auch unter der Republik sein Blut für die Einhaltung der Geheimverträge, der Raubverträge zwischen den Kapitalisten.

Statt die geheimen Raubverträge zu annullieren, statt allen kriegführenden Völkern präzise, klare, gerechte Friedensbedingungen vorzuschlagen, täuschen die „Republikaner" Kerenski, Skobelew, Tschernow und Co. die russischen Arbeiter und Bauern schon monatelang.

Kerenski hat zusammen mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären das Volk betrogen. Nur eine Arbeiterregierung kann das Land retten, kann es von den Verlusten des Krieges, von der Ausplünderung durch die kapitalistischen Marodeure befreien.

Die Bourgeoisie freut sich anläßlich der Rigaer Niederlage schon auf die Einführung neuer Zwangsgesetze und Zwangsmaßnahmen gegen die Soldaten, Arbeiter und Bauern. Man hat bereits begonnen, den Bauern das Getreide wegzunehmen, den Kapitalisten jedoch läßt man die unverschämt hohen Profite, man schützt ihr geheiligtes „Geschäftsgeheimnis", das die Bankiers und Millionäre vor der Entlarvung bewahrt, indem man die Arbeiterkontrolle nicht zuläßt.

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre aber, die vor der Bourgeoisie schändlich liebedienern, unterstützen diese auch weiterhin und schwatzen von der Notwendigkeit, „jeden Parteienstreit" „einzustellen", d. h. die Allmacht der Kapitalisten und die Ausplünderung des Landes durch die Kapitalisten nicht anzutasten und ihnen die „Freiheit" zu bewahren, den Krieg in die Länge zu ziehen ...

Zehntausende, ja Hunderttausende von Menschen sind durch die Offensive umgekommen, die die Regierung Kerenskis, der Menschewiki und Sozialrevolutionäre im Juni begonnen hatte. Zehntausende, ja Hunderttausende werden durch die Fortsetzung des Krieges umkommen, solange das Volk eine solche Regierung duldet.

Nur eine Arbeiterregierung kann das Land retten. Nur sie wird das Volk nicht betrügen, sondern unverzüglich allen Ländern präzise, klare, gerechte Friedensbedingungen vorschlagen.

Die Bourgeoisie schüchtert das Volk ein, sie sucht Panik zu stiften und unaufgeklärten Menschen weiszumachen, daß man jetzt nicht sofort den Frieden

anbieten könne, daß dies den „Verlust Rigas“ bedeuten würde und so weiter. Das ist Volksbetrug.

Selbst wenn die Regierungen, d. h. Regierungen, die die geheiligten Rechte der Kapitalisten auf die von ihnen geraubten Reichtümer und auf die Eroberung fremder Gebiete (Annexionen) schützen, über einen Frieden verhandelten, selbst dann würde ein Friedensangebot nicht den Verzicht auf Riga bedeuten. Riga ist eine Beute der deutschen kapitalistischen Räuber. Armenien ist eine Beute der russischen kapitalistischen Räuber. Wenn sich die Räuber über den Frieden einig werden, behält entweder jeder seine Beute, oder sie tauschen Stücke der Beute aus. So endeten alle Kriege, und so werden sie enden, solange die Kapitalisten die Macht haben.

Wir sprechen aber von einer *Arbeiter*regierung, die als einzige unverzüglich gerechte Friedensbedingungen vorschlagen kann, das haben die Arbeiter und Bauern ganz Rußlands in unzähligen Aufträgen und Beschlüssen hundertfach ausgesprochen. Diese Bedingungen sind ein Frieden ohne Annexionen, d. h. ohne Einverleibung fremder Gebiete. Das bedeutet: Weder der Deutsche noch der Russe können mit Gewalt, ohne freiwilliges Einverständnis der Polen sich Polen oder Lettland angliedern, weder der Türke noch der Russe können Armenien an sich reißen und so weiter.

Und solche gerechten Friedensbedingungen wird eine Arbeiterregierung ausnahmslos allen kriegführenden Ländern unverzüglich vorschlagen. Solange das nicht getan ist, solange nicht präzise, klare, formelle Friedensvorschläge unterbreitet sind, solange die geheimen Raubverträge in Kraft bleiben, solange Allmacht und Raubgier der Kapitalisten, die an Rüstungsaufträgen Hunderte von Millionen verdienen, nicht gebrochen sind – so lange sind alle Phrasen über den Frieden nur ein Volksbetrug, ein einziger und schamloser Betrug.

Dieses Volksbetrugs bedienen sich alle kapitalistischen Regierungen, darunter auch die Regierung Kerenskis, der Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Alle geben leere, zu nichts verpflichtende Redensarten über den Frieden von sich, niemand schlägt präzise Friedensbedingungen vor, niemand zerreißt die Geheimverträge, alle ziehen in Wirklichkeit auch weiterhin den völkerverderbenden, verbrecherischen, räuberischen Krieg um die Profite der Kapitalisten in die Länge.

Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung Kerenskis, der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die das Volk betrügt, den Krieg in die Länge zieht, die räuberischen Interessen der Kapitalisten schützt, die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung verzögert!

Nur eine von den armen Bauern unterstützte Arbeiterregierung wird ein Friedensangebot machen und damit der Raubpolitik der Kapitalisten ein Ende bereiten; sie wird den Werktätigen Brot und Freiheit geben. Möge jeder Arbeiter

und Soldat das Volk über die Notwendigkeit des Sturzes der Kerenskiregierung und der Errichtung einer Arbeiterregierung aufklären.

Geschrieben im August 1917,
nach dem 22. August (4. September).
Zum erstenmal veröffentlicht 1962
in der 5. russischen Ausgabe der
Werke W. I. Lenins, Band 34.

Nach einer maschine-
geschriebenen Kopie.

AUS DEN THESEN ZUM REFERAT IN DER KONFERENZ DER PETERSBURGER ORGANISATION AM 8. OKTOBER, ZUR RESOLUTION UND ZUR DIREKTIVE FÜR DIE PARTEITAGSDELEGIERTEN[540]

ÜBER DIE KANDIDATENLISTE FÜR DIE KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG[541]

Die vom Zentralkomitee veröffentlichte Kandidatenliste ist in unzulässiger Weise aufgestellt und ruft schärfsten Protest hervor. Denn in der bäuerlichen Konstituierenden Versammlung müssen vier- oder fünfmal so viel Arbeiter sein, die allein in der Lage sind, eine nahe und enge Verbindung zu den Bauernabgeordneten herzustellen. Völlig unzulässig ist auch die viel zu große Zahl wenig erprobter Kandidaten, die sich unserer Partei erst in allerletzter Zeit angeschlossen haben (wie etwa Larin). Wenn das ZK die Liste mit solchen Kandidaten auffüllt, die erst einmal viele Monate in der Partei arbeiten müßten, öffnet es dem Karrierismus, der Jagd nach Sitzen in der Konstituierenden Versammlung Tür und Tor. Die Liste muß dringend überprüft und korrigiert werden.

BEMERKUNG ZUR THESE „ÜBER DIE KANDIDATENLISTE FÜR DIE KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG"

Selbstverständlich hätte niemand etwas dagegen einzuwenden, wenn aus den Reihen der Mitglieder der Zwischengruppe[542], die in der proletarischen Arbeit *im Sinne* unserer Partei noch sehr wenig erprobt sind, beispielsweise eine solche Kandidatur wie die Trotzkis aufgestellt würde, denn erstens bezog Trotzki sofort nach seiner Ankunft eine internationalistische Position; zweitens kämpfte er in der Zwischengruppe für die Verschmelzung; drittens stand er in den schweren Julitagen auf der Höhe der Aufgaben und erwies sich als ergebener Anhänger der Partei des revolutionären Proletariats. Es ist klar, daß man das von einer großen Zahl der in die Liste aufgenommenen, eben erst in die Partei eingetretenen Mitglieder nicht behaupten kann.

Besonders skandalös ist die Aufstellung Larins (und dazu noch vor Petrowski, Krylenko u. a. ...). Larin *half* bereits während des Krieges *den Chauvinisten*, er trat *in ihrem Namen* auf dem Parteitag in Schweden auf und half, Unwahrheiten über die Petersburger Arbeiter und ihren Boykott der Kriegsindustriekomitees zu veröffentlichen. Larin hat sich während des Krieges nicht ein einziges Mal vor der Revolution als *Kämpfer* für den Internationalismus gezeigt. Als Larin nach Rußland kam, hat er lange den Menschewiki geholfen und ist sogar in der Presse mit ungehörigen, eines Alexinski würdigen Ausfällen gegen unsere Partei aufgetreten. Larin ist berühmt für seine „Sprünge": erinnert sei an seine Broschüre über den Arbeiterkongreß und über die Verschmelzung mit den Sozialrevolutionären.

Natürlich hätte man daran nicht zu erinnern brauchen, wäre Larin mit dem Wunsch in unsere Partei eingetreten, sich zu bessern. Aber ihn ein, zwei Wochen nach dem Eintritt in die Partei in die Konstituierende Versammlung schicken – das bedeutet *in Wirklichkeit*, unsere Partei in einen ebenso widerwärtigen Tummelplatz für Karrieristen zu verwandeln, wie es die meisten europäischen Parteien sind.*

---

* Und die Kandidatur M. N. Pokrowskis? 1907 zog er sich von den Bolschewiki zurück und stand jahrelang abseits. Es wäre gut, wenn er endgültig zu uns zurückgekehrt wäre. Aber das muß erst durch lange Mitarbeit bewiesen werden.

Eine ernsthafte Arbeit innerhalb der Konstituierenden Versammlung wird zu einer nahen, engen, festen *Annäherung* an die Bauern führen. Dazu sind nur Arbeiter imstande, deren Leben dem der Bauern ähnelt. Redner und Literaten in die Konstituierende Versammlung stopfen bedeutet den ausgetretenen Pfad des Opportunismus und Chauvinismus gehen. Das ist einer „III. Internationale" unwürdig.

Geschrieben zwischen dem 29. September und 4. Oktober (12. und 17. Oktober) 1917.

Zum erstenmal vollständig veröffentlicht 1962 in der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Band 34.

Nach einer maschinegeschriebenen Kopie.

„DIE GUTSBESITZER STECKEN MIT DEN KADETTEN UNTER EINER DECKE"

Dieser Ausspruch stammt nicht von uns. Ihn gebrauchte die Zeitung „Delo Naroda"[543] in Nr. 170 vom 3. Oktober, als sie mit den Worten „eines Funktionärs aus der Provinz" beschrieb, was sich im Sommer und Herbst 1917 in Rußland vollzogen hat. Das „Delo Naroda" ist bekanntlich das führende, offizielle Organ der Partei der „Sozialrevolutionäre". Der Redaktion dieses Blattes gehört der ehemalige Minister Tschernow an.

Das Eingeständnis einer solchen Zeitung ist besonders wertvoll. Hier dieses Eingeständnis:

„Die Gutsbesitzer stecken mit den Kadetten unter einer Decke, wie sich ein Funktionär aus der Provinz ausdrückt. In eine klarere Sprache übersetzt bedeutet das, daß die Grundeigentümer bei einigen Elementen der Regierung sowohl in der Hauptstadt als auch in der Provinz Sympathie und Unterstützung gefunden, sich vom ersten Schreck erholt und begonnen haben, sich zu organisieren ... Es haben Angriffe auf die Bodenkomitees begonnen, die von Tag zu Tag massiver werden; zuerst, wie aus einem Füllhorn, eine Flut von Beschwerden und Klagen über ‚Plünderungen', ‚Ungesetzlichkeiten', ‚Pogrome' ... Den Beschwerden folgten einschränkende Rundschreiben von oben und gerichtliche Verfolgungen der Boden-

komitees und in frontnahen Gegenden auch die Einmischung der Militärbehörden in Form von Befehlen des Generals Kornilow. Und selbst hier, in Petrograd, gab es ebenfalls Drohungen seitens des Justizministeriums, das Hauptbodenkomitee strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Der häufigste Anlaß für Gerichtsverfahren und Zivilklagen ist die Aufhebung der vorrevolutionären Pachtverträge. Die Gutsbesitzer und ihresgleichen behaupten alle wie aus einem Munde: Das Gesetz über die Verträge ist nicht aufgehoben, folglich bleiben alle Verträge in Kraft, und sie aufzuheben sind ‚weder irgendwelche Komitees noch Privatpersonen' berechtigt ... Und die ‚unvorsichtigen' Komitees geraten wegen der Aufhebung der Verträge und der Herabsetzung der Pachtpreise massenweise mit der alten Justiz in Konflikt. Dabei ist diese Herabsetzung eine völlig unvermeidliche Sache, und es dürfte kaum irgendwo einen Vertrag geben, der nicht verletzt würde."

(Es wird die Aussage des „äußerst gemäßigten Professors Kablukow" angeführt, wonach die Lage eines Bauern, der nur für eine kurze Frist pachtet, „*schlimmer als unter der Leibeigenschaft*" ist) ...

„Unter diesen Bedingungen war die Aufhebung der knechtenden Pachtverträge, die vor der Revolution abgeschlossen worden sind, keineswegs ein Verbrechen, sondern die direkte Pflicht der Machtorgane ... Eine direkte Provokation zum Aufruhr war der Versuch, einen Teil der pachtenden Bauern um jeden Preis in einer Lage zu halten, die ‚schlimmer als die eines Leibeigenen' ist – eine um so verbrecherischere Provokation, als sie ausschließlich im Interesse der Klasse der Fronherren verübt wurde, und zwar zu einem Zeitpunkt, da die Republik und das ganze Volk unerhörte Not leiden ... Es ist doch wirklich kein Zufall, daß gerade im Gouvernement Tambow, wo die Zahl der vor Gericht gestellten Komitees ungeheuer groß ist, Pogrome aufflammten und die Gutsbesitzer‚nester' in Flammen aufgehen ..."

So steht es in der Zeitung „Delo Naroda", dem offiziellen Organ der Regierungspartei der Sozialrevolutionäre!

Diese Zeilen müßten überall nachgedruckt, als Flugblätter herausgegeben und in Millionen Exemplaren als Flugblätter unter der Bauernschaft verbreitet werden, denn in ihnen wird von den Sozialrevolutionären (den „Sozialisten-Revolutionären") selbst, zudem in der Zeitung W. Tschernows selbst, der Beweis erbracht, daß die Sozialrevolutionäre die Bauern an die Gutsbesitzer *verraten* haben, daß die Partei der Sozialrevolutionäre an der Bauernschaft *Verrat geübt* hat, daß sie *ebenfalls*, wenn sie auch nicht mit den Gutsbesitzern „unter einer Decke steckt", so doch vor den Gutsbesitzern *kapituliert* hat.

Das Volk muß diese Zeilen lesen und immer wieder lesen. Jeder bewußte Bauer, Soldat und Arbeiter muß gründlich über die Bedeutung dieser Eingeständnisse nachdenken.

Sieben Monate Revolution sind vergangen. Das Volk hat den Sozialrevolutionären unzählige Male sein Vertrauen ausgesprochen, ihnen bei Wahlen die Mehrheit gegeben, der Partei der Sozialrevolutionäre gesagt: führe uns, wir übertragen dir die Führung! In den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten hat die Partei der Sozialrevolutionäre, seit März 1917 im Block (im Bündnis) mit den *Menschewiki*, monatelang die *Mehrheit* gehabt! Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki waren seit dem 6. Mai *und sind* Minister oder stellvertretende Minister *zusammen* mit den „lieben Kadetten", *neben* den „lieben Kadetten", *im Bündnis* mit den „lieben Kadetten"!!

Die Resultate dieser Koalition (dieses Bündnisses, Abkommens) mit den Kadetten *und mit den Gutsbesitzern* hat das „Delo Naroda" selbst zugegeben.

Sieben Monate Revolution, sieben Monate demokratische Republik, sieben Monate Herrschaft der Sozialrevolutionäre und Menschewiki in den Sowjets haben dazu geführt, daß eine „ungeheuer große" Zahl von Mitgliedern der Bodenkomitees *vor Gericht gestellt* wurde – vor Gerichte der *alten Justiz,* vor alte Gerichte, vor zaristisch-gutsherrliche Gerichte –, haben zum *Aufstand* der Bauern im Gouvernement Tambow und in anderen Gouvernements geführt!

Das also sind die Resultate des Vertrauens der Bauern zur Partei der Sozialrevolutionäre. Und der neue Bodengesetzentwurf des sozialrevolutionären Ministers S. L. Maslow zeigt ein weiteres Mal (siehe den Artikel des Verfassers: „Ein neuer Betrug der Partei der Sozialrevolutionäre an den Bauern"*), wie die Sozialrevolutionäre die Bauern verraten haben.

Geschrieben nach dem 20. Oktober (2. November) 1917.

Zum erstenmal veröffentlicht am 24. Oktober (6. November) 1917 in der „Derewenskaja Bednota" Nr. 11.

Nach dem Text der „Derewenskaja Bednota".

---

* Siehe Werke, Bd. 26, S. 216–222. *Die Red.*

BRIEF AN J. M. SWERDLOW

An Genossen Swerdlow

Erst gestern abend habe ich erfahren, daß Sinowjew *schriftlich* leugnet, am Auftreten Kamenews in der „Nowaja Shisn" beteiligt gewesen zu sein.

Weshalb schicken Sie mir denn nichts???

Alle Briefe über Kamenew und Sinowjew habe ich *nur* an die Mitglieder des ZK geschickt – das wissen Sie; ist es dann nicht seltsam, daß Sie daran, wie es scheint, zweifeln.

Auf dem Plenum werde ich wohl kaum anwesend sein können, denn man „jagt" mich. Wenn *Sie* (+ Stalin, Sokolnikow und Dzierzynski) in der Angelegenheit Sinowjews und Kamenews ein Kompromiß[544] fordern, so bringen Sie *gegen* mich den Antrag ein, die Sache einem Parteigericht zu übergeben (die Tatsachen zeigen klar, daß auch Sinowjew vorsätzlich *sabotiert* hat): das wird ein Aufschub sein.

„Der Rücktritt Kamenews ist angenommen"? Aus dem ZK? Schicken Sie mir den Wortlaut seiner Erklärung.

Daß die Kosakendemonstration abgesagt wurde[545], ist ein gewaltiger *Sieg*. Hurra! *Angreifen*, mit *ganzer Kraft*, und wir werden in einigen Tagen völlig siegen! Beste Grüße! Ihr.

Geschrieben am 22. oder 23. Oktober (4. oder 5. November) 1917.

Zum erstenmal veröffentlicht 1957 in dem Buch „Der bewaffnete Oktoberaufstand in Petrograd". Moskau. Herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Nach dem Manuskript.

ANMERKUNGEN

[1] Der Petersburger *„Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse"* wurde im November 1895 von W. I. Lenin organisiert. Er vereinigte 20–30 marxistische Arbeiterzirkel. Die gesamte Tätigkeit des „Kampfbundes" beruhte auf den Prinzipien des Zentralismus und einer strengen Disziplin. An der Spitze des „Kampfbundes" stand eine zentrale Gruppe, der W. I. Lenin, G. M. Krshishanowski, N. K. Krupskaja, L. Martow (J. O. Zederbaum), P. K. Saporoshez, M. A. Silwin, W. W. Starkow, A. A. Wanejew u. a. angehörten. Die unmittelbare Leitung der gesamten Tätigkeit lag in den Händen von fünf Mitgliedern dieser Gruppe, an deren Spitze Lenin stand. Die Organisation bestand aus 3 Stadtbezirksgruppen. Klassenbewußte Arbeiter (I. W. Babuschkin, W. A. Schelgunow u. a.) waren die Verbindungsleute dieser Gruppen zu den Betrieben. In den Betrieben gab es Organisatoren, die Informationen sammelten und Literatur verbreiteten; in den Großbetrieben wurden Arbeiterzirkel gebildet. Der Einfluß des „Kampfbundes" reichte weit über die Grenzen Petersburgs hinaus. Nach seinem Vorbild erfolgte der Zusammenschluß von Arbeiterzirkeln zu ebensolchen Bünden in Moskau, Kiew, Jekaterinoslaw und anderen Städten und Gebieten Rußlands.

Im Dezember 1895 versetzte die zaristische Regierung dem „Kampfbund" einen empfindlichen Schlag; in der Nacht vom 8. zum 9. (vom 20. zum 21.) Dezember 1895 wurde ein großer Teil der führenden Mitglieder des „Kampfbundes", an ihrer Spitze W. I. Lenin, verhaftet.

Lenin leitete auch vom Gefängnis aus die Tätigkeit des „Kampfbundes", er half durch seine Ratschläge, schickte chiffrierte Briefe und Flugblätter nach draußen, schrieb die Broschüre „Über Streiks" (bisher nicht aufgefunden) und die Arbeit „Entwurf und Erläuterung des Programms der Sozialdemokratischen Partei" (siehe Werke, Bd. 2, S. 85–114).

Die Bedeutung des Petersburger „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse" bestand darin, daß er, wie Lenin schrieb, den ersten Keim einer revo-

lutionären Partei darstellte, die sich auf die Arbeiterbewegung stützt und den Klassenkampf des Proletariats leitet.

Die *„Mitteilung im Namen der ‚Alten' an die Mitglieder des Petersburger ‚Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse'"* schrieb Lenin 1896 im Gefängnis, um die in Freiheit verbliebenen Mitglieder des „Kampfbundes" vor dem Spitzel N. Michailow zu warnen. Sie war in dem Buch von N. I. Tesjakow „Die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Organisation der sanitären Aufsicht im Gouvernement Cherson" (1896), russ., auf Seite 240 zwischen die Zeilen geschrieben. Lenin las dieses Buch bei der Arbeit an seinem Werk „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland".

Die „Mitteilung" wurde aus konspirativen Gründen mit vielen Abkürzungen in sehr kleiner, stellenweise kaum erkennbarer Schrift mit einfachem Bleistift geschrieben und konnte deshalb teilweise nicht entziffert werden. *1*

[2] Die Studentenorganisation *„Korporation"* wurde Ende 1891 an der Petersburger Universität aus Bildungszirkeln der Studenten gegründet. Sie vereinigte die revolutionär gesinnte Jugend, hatte jedoch kein bestimmtes politisches Programm und zerfiel nach einigen Monaten wieder. N. Michailow, der zu ihren Organisatoren gehörte, stand mit der Ochrana in Verbindung und verriet der Polizei die Mitglieder der Organisation. *1*

[3] Der *Streik in der Fabrik Woronins* (Reswy-Ostrower Baumwollweberei des Kaufmanns I. A. Woronin) fand Ende Januar 1894 statt. Anlaß dazu war eine Herabsetzung der Tarife, die Lohnkürzungen für die Weber mit sich brachte. Der Streik dauerte drei Tage und endete mit einem Sieg der Arbeiter: Die Tarife wurden erhöht. Einige Arbeiter, die zu den „Rädelsführern" gehörten, wurden verhaftet und aus Petersburg ausgewiesen. *1*

[4] *Narodowolzen* – Mitglieder der „Narodnaja Wolja" (Volkswille), einer politischen Geheimorganisation, die im August 1879, im Ergebnis der Spaltung der Volkstümlerorganisation „Semlja i Wolja" (Land und Freiheit), entstanden war. Die Narodowolzen gingen nicht über die Positionen eines utopischen Volkstümlersozialismus hinaus, beschritten jedoch den Weg des politischen Kampfes. Als wichtigste Aufgabe betrachteten sie den Sturz der Selbstherrschaft und die Eroberung der politischen Freiheit. Ihr Programm sah vor: die Organisierung einer „ständigen Volksvertretung" auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts, die Verkündung demokratischer Freiheiten, die Übergabe des Grund und Bodens an das Volk und die Ausarbeitung von Maßnahmen für den Übergang der Fabriken und Werke in die Hände der Arbeiter. „Die Narodowolzen", schrieb W. I. Lenin, „taten einen Schritt vorwärts, indem sie zum politischen Kampf übergingen, doch diesen Kampf mit dem Sozialismus zu verbinden gelang ihnen nicht." (Werke, Bd. 8, S. 59.)

Die Narodowolzen führten einen heldenhaften Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft. Da sie sich jedoch auf die falsche Theorie von den aktiven „Helden" und der passiven „Masse" stützten, glaubten sie, die Gesellschaft ohne Beteiligung des Volkes, nur mit ihren eigenen Kräften, durch individuellen Terror, Einschüchterung und Desorganisierung der Regierung umgestalten zu können. Nach dem 1. März 1881 (dem Attentat auf Alexander II.) zerschlug die Regierung durch grausame Verfolgungen, durch Hinrichtungen und Provokationen die Organisation „Narodnaja Wolja".

W. I. Lenin kritisierte ihre falschen Ansichten, sprach jedoch mit großer Hochachtung von dem selbstlosen Kampf ihrer Mitglieder gegen den Zarismus und schätzte ihre konspirative Technik und ihre streng zentralisierte Organisation hoch ein. 2

5 Der Entwurf der Vereinbarung mit P. B. Struve war nach den Verhandlungen W. I. Lenins, W. I. Sassulitschs und A. N. Potressows mit P. B. Struve, die auf Anregung A. N. Potressows am 29. Dezember 1900 begonnen hatten, abgefaßt worden. (Siehe Werke, Bd. 4, S. 379–381.) Die Vertreter des „legalen Marxismus" (in dem Dokument als „Gruppe der demokratischen Opposition ‚Swoboda' [Freiheit]" bezeichnet) P. B. Struve und M. I. Tugan-Baranowski waren an der Schaffung eines illegalen Organs im Ausland interessiert (es sollte „Sowremennoje Obosrenije" [Zeitgenössische Revue] heißen), das parallel zur „Iskra" und zur „Sarja" erscheinen, offiziell jedoch nicht mit der Sozialdemokratie verbunden sein sollte. Die Redaktion der „Iskra" und der „Sarja" erklärte ihr Einverständnis, sich an dieser Publikation zu beteiligen, da sie hoffte, durch P. B. Struve politisches Material und Korrespondenzen für die „Iskra" zu erhalten. Sie stellte jedoch die Bedingung, daß das neue Organ als Beilage zur „Sarja" und nicht öfter als diese erscheint. Der Redaktion des „Sowremennoje Obosrenije" sollten gleichberechtigt die „Iskra"-Redaktion und die Vertreter der „demokratischen Opposition" – Struve und Tugan-Baranowski – angehören.

Im Verlauf der Verhandlungen stellte sich heraus, daß P. B. Struve beabsichtigte, die Redaktion der „Iskra" und der „Sarja" für das „Sowremennoje Obosrenije" auszunutzen, daß er es in ein Organ verwandeln wollte, das in bezug auf Umfang, Inhalt und Häufigkeit des Erscheinens mit der „Iskra" konkurriert. Bei der Ausarbeitung des Entwurfs der Vereinbarung lehnte Struve den von der Gruppe „Iskra" und „Sarja" vorgeschlagenen Punkt 7 ab, der besagte, daß die Redaktion der „Iskra" das gesamte politische Material, das beim „Sowremennoje Obosrenije" eingeht, völlig frei verwenden kann. Den Inhalt der Verhandlungen mit P. B. Struve legte W. I. Lenin in einem Brief an G. W. Plechanow vom 30. Januar 1901 dar, in dem er sich entschieden für den Abbruch

der Verhandlungen aussprach. (Siehe Werke, Bd. 34, S. 39–41.) Die weiteren Verhandlungen zwischen den Vertretern der „Iskra" und Struve endeten mit dem völligen Bruch. *3*

6 *„Sarja"* (Die Morgenröte) – marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift, die von der „Iskra"-Redaktion in den Jahren 1901 und 1902 legal in Stuttgart herausgegeben wurde. Insgesamt erschienen 4 Nummern (3 Hefte) der „Sarja": Nr. 1, datiert vom April 1901 (erschien bereits am 10. [23.] März), Nr. 2–3 im Dezember 1901 und Nr. 4 im August 1902.

Die Aufgaben der Zeitschrift sind in dem von W. I. Lenin in Rußland verfaßten „Entwurf einer Ankündigung der Redaktion der ‚Iskra' und der ‚Sarja'" dargelegt. (Siehe Werke, Bd. 4, S. 316–327.) Da später bei der Diskussion über die Herausgabe dieser Organe im Ausland gemeinsam mit der Gruppe „Befreiung der Arbeit" beschlossen wurde, die „Sarja" legal und die „Iskra" illegal herauszugeben, ist in der im Oktober 1900 veröffentlichten „Ankündigung der Redaktion der ‚Iskra'" (ebenda, S. 348–354) die „Sarja" nicht mehr erwähnt.

Die „Sarja" übte Kritik am internationalen und russischen Revisionismus und verteidigte die theoretischen Grundlagen des Marxismus. In der „Sarja" wurden W. I. Lenins Arbeiten „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie" u. a. veröffentlicht. *3*

7 Gemeint ist die vertrauliche Denkschrift des Finanzministers S. J. Witte „Selbstherrschaft und Semstwo" aus dem Jahre 1899, die 1901 mit einem Vorwort und Anmerkungen von P. B. Struve (R. N. S.) im Verlag von J. H. W. Dietz, Druck: „Sarja", Stuttgart, veröffentlicht worden war. *4*

8 Gemeint ist die *„Iskra"* (Der Funke) – die erste gesamtrussische illegale marxistische Zeitung, die 1900 von W. I. Lenin gegründet wurde und bei der Schaffung einer revolutionären marxistischen Partei der Arbeiterklasse in Rußland eine entscheidende Rolle spielte.

Die erste Nummer der Leninschen „Iskra", datiert vom Dezember 1900, erschien in Leipzig, die folgenden Nummern erschienen in München, ab Juli 1902 in London und ab Frühjahr 1903 in Genf. Eine wertvolle Unterstützung bei der Herausgabe der „Iskra" (Einrichtung einer Geheimdruckerei, Beschaffung der russischen Schrift usw.) leisteten Clara Zetkin, der zu dieser Zeit in München lebende polnische Revolutionär Julian Marchlewski und Harry Quelch, ein Führer der englischen Sozialdemokratischen Föderation.

Der Redaktion der „Iskra" gehörten an: W. I. Lenin, G. W. Plechanow, L. Martow, P. B. Axelrod, A. N. Potressow und W. I. Sassulitsch. Redaktionssekretärin war zunächst I. G. Smidowitsch-Leman und später, ab Frühjahr 1901,

N. K. Krupskaja, die auch den gesamten Schriftverkehr der „Iskra" mit den russischen sozialdemokratischen Organisationen führte. Lenin war faktisch Chefredakteur und Leiter der „Iskra". Er veröffentlichte Artikel zu allen grundlegenden Fragen des Parteiaufbaus und des proletarischen Klassenkampfes in Rußland.

Die „Iskra" wurde zum Zentrum der Vereinigung aller Kräfte der Partei, der Sammlung und Erziehung der Parteikader. In verschiedenen Städten Rußlands (Petersburg, Moskau, Samara u. a.) wurden Gruppen und Komitees der SDAPR gegründet, die sich zur Richtung der Leninschen „Iskra" bekannten, und im Januar 1902 wurde auf einer Konferenz der Iskristen in Samara die russische „Iskra"-Organisation gegründet (siehe auch Anm. 47).

Auf Initiative Lenins und unter seiner unmittelbaren Mitwirkung arbeitete die „Iskra"-Redaktion den Entwurf eines Parteiprogramms aus (veröffentlicht in Nr. 21 der „Iskra") und bereitete den II. Parteitag der SDAPR vor. In einem besonderen Beschluß unterstrich der Parteitag die außerordentliche Bedeutung der „Iskra" im Kampf um die Partei und erklärte sie zum Zentralorgan der SDAPR.

Nach dem II. Parteitag, ab Nr. 52, wurde die „Iskra" Organ der Menschewiki.

Der von Lenin erwähnte Artikel erschien nicht, wie beabsichtigt, in der „Iskra", sondern in Nr. 2–3 der Zeitschrift „Sarja" im Dezember 1901. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 21–73.) *4*

9 Den Artikel „Zwei Wahrheiten" hatte D. B. Rjasanow im Sommer 1901 für die Zeitschrift „Sarja" geschrieben. Er wurde von der Redaktion abgelehnt und ist nicht in der Zeitschrift erschienen.

Die von Lenin in den Bemerkungen angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf das der Redaktion der „Sarja" eingereichte Manuskript des Rjasanowschen Artikels. *5*

10 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 107/108. *5*

11 *Noumena und Phänomena* – Begriffe in der idealistischen Philosophie Kants.

Das Noumenon ist nach Kant das nicht erkennbare „Ding an sich", das unabhängig vom Bewußtsein des Menschen existiert und der menschlichen Erkenntnis nicht zugänglich ist. Das Phänomenon ist die Erscheinung, die nur im Bewußtsein des Menschen existiert und Gegenstand der menschlichen Erkenntnis ist. *6*

12 Das auf dem II. Parteitag der SDAPR 1903 angenommene Parteiprogramm wurde von der Redaktion der Leninschen „Iskra" Ende 1901 und in der ersten Hälfte des Jahres 1902 ausgearbeitet. Einen außerordentlich großen Anteil an der Ausarbeitung des Programmentwurfs hat W. I. Lenin. Die in diesem Band

enthaltenen vorbereitenden Materialien zur Ausarbeitung des Programms der SDAPR stammen aus den Monaten Januar und Februar 1902; sie widerspiegeln die wichtigsten Etappen der Ausarbeitung des Programmentwurfs: W. I. Lenins Studium des ersten, von G. W. Plechanow geschriebenen, Programmentwurfs, seine Arbeit an dem eigenen Entwurf des theoretischen Programmteils und seine Mitarbeit am kollektiven Entwurf des praktischen Teils des Programms der SDAPR. Alle Materialien werden nach dem Manuskript gedruckt; Varianten des einen oder anderen Absatzes (bzw. Teils eines Absatzes) sind der besseren Übersicht wegen nebeneinander gedruckt. Weitere Materialien zur Ausarbeitung des Programms der SDAPR siehe Werke, Bd. 6, S. 1–65. *7*

[13] G. W. Plechanows und P. B. Axelrods Bemerkungen zu W. I. Lenins Artikel „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie" wurden zwischen dem 20. April und dem 1. Mai (3. und 14. Mai) 1902 geschrieben, und zwar auf die Rückseiten des Leninschen Manuskripts. Lenin schrieb seine Antworten auf diese Bemerkungen am 1. (14.) Mai 1902 (ebenfalls auf die Rückseiten des Manuskripts). Gleichzeitig schrieb er einen Brief an G. W. Plechanow (siehe Werke, Bd. 34, S. 89). Den abschließenden Teil zu seinen Antworten (vorliegender Band, S. 41/42) schrieb Lenin auf zusätzliche Blätter, die dem Manuskript des Artikels beigefügt wurden. Jeder „Antwort" wird der Abschnitt des Artikels vorangestellt, auf den sich die jeweiligen Bemerkungen Plechanows oder Axelrods beziehen. Unterstreichungen Lenins in Plechanows Text sind mit feinen Linien wiedergegeben. *24*

[14] W. I. Lenin meint die Arbeit von Karl Marx „Kritik des Gothaer Programms" (siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 11–32) und die Arbeit von Friedrich Engels „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891" (siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 225–240). *27*

[15] *Walujew-Kommission* – „Kommission zur Untersuchung der Lage der Landwirtschaft in Rußland", an deren Spitze der zaristische Minister P. A. Walujew stand. Die Kommission sammelte in den Jahren 1872/1873 umfangreiches Material über die Lage in der Landwirtschaft Rußlands nach der Reform. Dieses Material erschien in dem Buch „Bericht der von höchster Stelle gebildeten Kommission zur Untersuchung der gegenwärtigen Lage in der Landwirtschaft Rußlands und ihrer Produktivität", Petersburg 1873. *29*

[16] Im April 1902 wurde in Belgien der Generalstreik ausgerufen, um die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht zu unterstützen, die im Parlament von den Vertretern der Arbeiterpartei, der liberalen und der demokratischen Partei erhoben worden war. An dem Streik beteiligten sich mehr als 300 000 Arbeiter; im ganzen Land fanden Arbeiterdemonstrationen statt. Nachdem jedoch der

Gesetzentwurf über eine Wahlrechtsreform im Parlament abgelehnt worden war und das Militär auf die Demonstranten schoß, kapitulierte die opportunistische Führung der Arbeiterpartei (Vandervelde u. a.) und brach unter dem Druck ihrer „Verbündeten" aus dem Lager der liberalen Bourgeoisie den Generalstreik ab. Die Niederlage der belgischen Arbeiterklasse im April 1902 war für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt eine Lehre. *33*

[17] *„Westnik Russkoi Rewoluzii. Sozialno-polititscheskoje Obosrenije"* (Bote der Russischen Revolution. Sozialpolitische Rundschau) – illegale Zeitschrift, die von 1901 bis 1905 in Paris und Genf herausgegeben wurde. Es erschienen vier Nummern. Nr. 1 wurde von der „Gruppe der alten Narodowolzen" unter der Redaktion von N. S. Russanow (K. Tarassow) herausgegeben; ab Nr. 2 war der „Westnik Russkoi Rewoluzii" das theoretische Organ der Partei der Sozialrevolutionäre. *34*

[18] G. W. Plechanow meint folgende Bemerkung, die L. Martow auf einer Redaktionsbesprechung der „Iskra" am 2. (15.) April 1902 in Zürich gemacht hatte: „Man muß den reaktionären Charakter der Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens zum jetzigen Zeitpunkt in Rußland stärker und anschaulicher hervorheben."

Nach der Züricher Besprechung nahm W. I. Lenin einige Änderungen an Kapitel VII vor, in dem die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens behandelt wird. (Siehe Werke, Bd. 6, S. 129–131.) *35*

[19] G. W. Plechanow meint folgende Bemerkung L. Martows: „Statt dessen muß gesagt werden, daß wir die Nationalisierung des Grund und Bodens nur als unmittelbares Vorspiel zur Sozialisierung aller Produktionsmittel auffassen." *36*

[20] Es handelt sich um die von der Regierung König Karls X. von Frankreich vorgenommene Entschädigung der ehemaligen Emigranten, deren Ländereien während der französischen bürgerlichen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts beschlagnahmt und als Nationaleigentum verkauft worden waren. Das am 27. März 1825 verabschiedete sogenannte „Entschädigungsgesetz" sah eine finanzielle Abfindung in Höhe von 1 091 360 000 Francs (die „Emigrantenmilliarde") vor. *38*

[21] P. B. Axelrod meint Plechanows Bemerkung zu folgender Stelle des Artikels: „Warum sich aber auf diese Quelle beschränken? Warum nicht versuchen, dem Volke außerdem wenigstens einen Teil jenes Tributs zurückzugeben, den die gestrigen Sklavenhalter mit Hilfe des Polizeistaates von den Bauern erhoben haben und bis heute erheben?" (Werke, Bd. 6, S. 134.) Hierzu hatte Plechanow geschrieben: „Das ist es eben, was man vorschlagen muß – und nicht Wohltätigkeit. Und zurückzahlen können die Summen nur diejenigen, die sie erhalten haben: *die Adligen*." *38*

[22] G. W. Plechanow meint folgende Bemerkung Martows: „Diese These ist falsch. Die Freiheit der Forderung nach Abtrennung eines Grundstücks ergibt sich *gerade* aus dem freien Verfügungsrecht über den Grund und Boden. Statt dessen genügt der Hinweis, daß die Umwandlung der Macht der Dorfgemeinde über die Persönlichkeit in die Macht der genossenschaftlichen Vereinigung über das frei eingetretene Mitglied durch unsere Forderungen nicht ausgeschlossen wird."

Nach der Züricher Besprechung strich W. I. Lenin die beiden Sätze im Manuskript und ersetzte sie durch folgende Formulierungen: „Ein solcher Einwand wäre unbegründet..." und weiter bis zum Schluß des Absatzes: „... den von ihrem Kollegen zum Verkauf angebotenen Boden bevorzugt zu kaufen." (Siehe weiter unten.) *40*

[23] Die Proklamation des Donkomitees der SDAPR *„An die russischen Bürger"*, veröffentlicht am 9. (22.) Mai 1902, wurde in 2000 Exemplaren unter den Arbeitern verbreitet. Das Blut Balmaschows, der vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war, weil er den Minister Sipjagin getötet hatte, wird, so hieß es in der Proklamation, „die blinden Kleinbürger sehend machen – sollen sie das unbeschreibliche Grauen der russischen Selbstherrschaft sehen. Sollen sie sehen, daß unser Kampf gegen die Selbstherrschaft immer mehr Menschen erfaßt und sich immer mehr verstärkt. Die Bauern kommen den Arbeitern und dem kleinen Häuflein ehrlicher Intellektueller bereits in Scharen zu Hilfe. Die ersten Schwalben sind schon da: In Tula haben sich die Soldaten geweigert, auf Streikende zu schießen; in den Gouvernements Poltawa und Charkow ist ein Bauernaufstand ausgebrochen. Jahrhundertelang hat dort der Bauer für seinen Herrn gearbeitet, jahrhundertelang hat er das Joch und das Elend ertragen. Aber schließlich war seine Geduld zu Ende." Die zaristische Regierung eilte den Gutsbesitzern zu Hilfe und begann ihr grausames Strafgericht. „Aber genug des schmählichen sklavischen Duldens, genug der Opfer", hieß es in der Proklamation. „... Bürger! Bringt diesen endlosen, entsetzlichen Strom von Blut zum Versiegen; stürzt die Selbstherrschaft!" *42*

[24] *Sozialrevolutionäre* – kleinbürgerliche Partei in Rußland; sie entstand Ende 1901–Anfang 1902 durch Zusammenschluß verschiedener volkstümlerischer Gruppen und Zirkel. Die Anschauungen der Sozialrevolutionäre waren ein eklektisches Gemisch von volkstümlerischen und revisionistischen Ideen. Als Hauptmethode im Kampf gegen die Selbstherrschaft propagierten sie die Taktik des individuellen Terrors. Sie fügten damit der revolutionären Bewegung großen Schaden zu und erschwerten die Organisierung der Massen für den revolutionären Kampf. *42*

[25] Die Proklamation *„An die Bürger ganz Rußlands"* wurde im November 1902 vom Donkomitee der SDAPR herausgegeben und war dem Rostower Streik gewidmet, der vom 2. bis 25. November (15. November bis 8. Dezember) 1902 stattfand.

In der Proklamation wurde der offiziellen Mitteilung des „Prawitelstwenny Westnik" (Regierungsbote) über die Rostower Ereignisse entgegengetreten, in der die Arbeiter als eine „wilde Horde" hingestellt worden waren, deren Forderungen angeblich rein ökonomischen Charakter trugen. In der Proklamation wurde ein wahres Bild des Streiks vermittelt, der einen scharf ausgeprägten politischen Charakter trug, wurde die bestialische Abrechnung der zaristischen Truppen mit den Arbeitern und ihren Familien geschildert. Die Proklamation enthielt einen Aufruf an die Arbeiter, die Gewalttaten der zaristischen Regierung mit revolutionären Aktionen zu beantworten. Sie schloß mit folgenden Worten:

„Möge der Brand, der am Don aufgelodert ist, zu einer gewaltigen Flamme werden, mögen Demonstrationen als mächtiges Echo die Gewehrsalven beantworten, möge ein Proteststurm das Stöhnen der Opfer übertönen, möge das Todesurteil über die Selbstherrschaft, die das Land unterdrückt, überall so einmütig gefällt werden wie in Rostow!

Nieder mit der Selbstherrschaft!

Es lebe die kommende Revolution!"

Die Proklamation „An die Bürger ganz Rußlands" wurde mit der redaktionellen Einleitung W. I. Lenins am 1. Januar 1903 in Nr. 31 der „Iskra" veröffentlicht und als Sonderabdruck aus dieser Nummer herausgegeben.

Auf dem Exemplar der Proklamation, das der „Iskra"-Redaktion zugeschickt worden war, findet sich außer der redaktionellen Einleitung folgende Bemerkung Lenins: *„Sofort in Petit* setzen und als Sonderabdruck herausgeben: *Sonderabdruck aus Nr. 31 der ‚Iskra'."* Ferner befinden sich auf diesem Exemplar eine Berechnung über die Anzahl der Druckzeichen sowie Hinweise für die Setzer. *43*

[26] Diese Broschüre wurde von W. I. Lenin nicht geschrieben. *44*

[27] *„Sozialistische Monatshefte"* – Zeitschrift, erschien von 1897 bis 1933 in Berlin. Wurde zum wichtigsten Organ des deutschen und internationalen Revisionismus. *44*

[28] *„Rewoluzionnaja Rossija"* (Das revolutionäre Rußland) – illegale Zeitung der Sozialrevolutionäre. Sie wurde ab Ende 1900 vom „Bund der Sozialrevolutionäre" herausgegeben (Nr. 1, datiert 1900, erschien im Januar 1901). Von Januar 1902 bis Dezember 1905 wurde die Zeitung als offizielles Organ der Partei der Sozialrevolutionäre in Genf herausgegeben. *45*

[29] Gemeint ist der programmatische Aufruf „Der Bauernbund der Partei der Sozialrevolutionäre an alle revolutionären Sozialisten in Rußland", der am 25. Juni 1902 in der „Rewoluzionnaja Rossija" Nr. 8 veröffentlicht worden war. Weiter unten, im Abschnitt C, Punkt 3, meint Lenin ebenfalls diesen Aufruf. *45*

[30] *„Ökonomismus"* – opportunistische Strömung in der russischen Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende.

Die „Ökonomisten" beschränkten die Aufgaben der Arbeiterklasse auf den ökonomischen Kampf um Erhöhung der Löhne, Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw. und behaupteten, der politische Kampf sei Sache der liberalen Bourgeoisie.

Lenin unterzog die Ansichten der „Ökonomisten" in mehreren Arbeiten einer eingehenden Kritik. (Siehe Werke, Bd. 4, S. 159–175, 249–279, 280–290; Bd. 5, S. 319–327.) Der endgültigen ideologischen Zerschlagung des „Ökonomismus" diente Lenins Buch „Was tun?". (Siehe Werke, Bd. 5, S. 355–551.) Eine große Rolle im Kampf gegen den „Ökonomismus" spielte die Leninsche „Iskra". *46*

[31] Gemeint ist A. N. Potressows Artikel „Eine moderne Vestalin (Aus Skizzen über die moderne Journalistik)", der mit der Unterschrift „St." im Dezember 1901 in Nr. 2–3 der Zeitschrift „Sarja" erschienen war. *47*

[32] *„Narodnoje Delo"* (Die Volkssache) – populäres Organ der Partei der Sozialrevolutionäre; wurde in Form von Sammelbänden (Nr. 1 als Zeitung) von 1902 bis 1904 in Genf herausgegeben. Insgesamt erschienen 5 Nummern. *49*

[33] Gemeint ist der Artikel „Zu einer Polemik der ‚Iskra'", der im September 1902 in der „Rewoluzionnaja Rossija" Nr. 11 erschienen war. *49*

[34] Lenin meint einen mit „S.-r." unterzeichneten Artikel (ohne Überschrift) aus dem hektographierten periodisch erscheinenden Blatt „Wperjod" (Vorwärts) Nr. 5 vom 15. September 1902, das in Petersburg von dem volkstümlerischen Zirkel „Wperjod" herausgegeben wurde. *49*

[35] Lenin zitiert hier den Artikel „Das terroristische Element in unserem Programm", der im Juni 1902 in der „Rewoluzionnaja Rossija" Nr. 7 erschienen war. *50*

[36] Gemeint ist der Artikel „Wie soll man die Greueltaten der Regierung beantworten?", der im Oktober 1902 in der „Rewoluzionnaja Rossija" Nr. 12 erschienen war. *50*

[37] Der *II. Parteitag der SDAPR* tagte vom 17. (30.) Juli bis 10. (23.) August 1903. Die ersten 13 Sitzungen des Parteitags fanden in Brüssel statt. Die weiteren Sitzungen wurden wegen polizeilicher Verfolgungen nach London verlegt.

Vorbereitet hatte den Parteitag die Leninsche „Iskra". Zahlreiche Dokumente

für den Parteitag wurden von W. I. Lenin geschrieben. (Siehe auch Werke, Bd. 6, S. 456–508.) Mit den von Lenin verfaßten Entwürfen des Parteistatuts und der Tagesordnung des Parteitags wurden die Redaktionsmitglieder der „Iskra" und die Parteitagsdelegierten bereits vor Beginn des Parteitags bekannt gemacht.

Auf dem Parteitag waren 26 Organisationen durch 43 Delegierte mit 51 beschließenden Stimmen vertreten (8 Delegierte hatten doppeltes Stimmrecht). Von den 20 Tagesordnungspunkten waren die wichtigsten die Bestätigung des Programms und des Statuts der Partei sowie die Wahlen der zentralen Parteikörperschaften. Der Parteitag bestätigte einstimmig (bei einer Stimmenthaltung) das Parteiprogramm. Zum erstenmal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung nach dem Tode von Marx und Engels wurde ein revolutionäres Programm angenommen, in dem dank der Beharrlichkeit Lenins der Kampf um die Diktatur des Proletariats zur Hauptaufgabe der Partei der Arbeiterklasse erklärt wurde.

Bei der Erörterung des Parteistatuts, besonders des § 1, entbrannte ein heftiger Kampf zwischen Lenin und Martow. Der Parteitag bestätigte im wesentlichen das von Lenin ausgearbeitete Parteistatut, nur der § 1 wurde vom Parteitag mit knapper Stimmenmehrheit in der Martowschen Fassung angenommen.

Bei den Wahlen in die zentralen Parteikörperschaften erhielten die Anhänger Lenins, die konsequenten Iskristen, die Mehrheit. Hierher stammt die Bezeichnung Bolschewiki (von russ. bolschinstwo = Mehrheit).

Die welthistorische Bedeutung des Parteitags besteht in der Schaffung einer revolutionären marxistischen Kampfpartei in Rußland, der Partei der Bolschewiki, die sich unter Führung Lenins zum Vorbild aller Parteien in der internationalen Arbeiterbewegung entwickelt.

Eine grundlegende Analyse des Verlaufs und der Ereignisse auf dem II. Parteitag gibt Lenin in seiner Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" (Werke, Bd. 7, S. 197–430). *52*

[38] Das vorliegende Dokument ist ein ausführlicher Entwurf der Geschäftsordnung und der Tagesordnung des Parteitags. Der erste Teil des Dokuments (Abschnitt A) wurde der vom Parteitag angenommenen Geschäftsordnung zugrunde gelegt. Der zweite Teil des Dokuments (Abschnitt B) ist der Entwurf der Tagesordnung mit Lenins Kommentar, der, wie Lenin schrieb, „*allen Iskristen lange vor dem Parteitag* und *allen Teilnehmern* des Parteitags bekannt war". (Werke, Bd. 7, S. 17.)

Den ursprünglichen Text des hier veröffentlichten Dokuments hat Lenin ergänzt, wobei er Bemerkungen Martows und möglicherweise anderer Iskristen

berücksichtigte, die sich mit dem Dokument bekannt gemacht hatten. Das Dokument wird hier vollständig, mit den nachträglichen Ergänzungen und Änderungen, gebracht. *52*

[39] Das *Organisationskomitee (OK) für die Einberufung des II. Parteitags der SDAPR* war auf einer Besprechung am 2. und 3. (15. und 16.) November 1902 in Pskow gebildet worden.

Der erste Versuch, ein Organisationskomitee zu bilden, war auf der Bialystoker Konferenz der Komitees und Organisationen der SDAPR (23.–28. März [5.–10. April] 1902) unternommen worden, die auf Initiative der „Ökonomisten" und Bundisten einberufen worden war. Das auf dieser Konferenz gewählte Organisationskomitee aus Vertretern der „Iskra", des „Bundes der Komitees und Organisationen (der SDAPR) des Südens" und des ZK des „Bund" konnte die Arbeit jedoch nicht aufnehmen, da bald nach der Konferenz zwei seiner Mitglieder verhaftet wurden.

Am 2. (15.) August 1902 wurde in London auf einer von Lenin geleiteten Beratung der Iskristen (siehe Anm. 47) der Kern des russischen Organisationskomitees geschaffen. Es wurde beschlossen, in das OK Vertreter des „Bund" und der Gruppe „Jushny Rabotschi" (siehe Anm. 48), bei der sich zu dieser Zeit die Tendenz zu einer Annäherung an die „Iskra" bemerkbar machte, aufzunehmen, sowie dem OK das Recht einzuräumen, neue Mitglieder zu kooptieren.

Am 2. und 3. (15. und 16.) November fand in Pskow die Besprechung von Vertretern sozialdemokratischer Organisationen statt, auf der sich das OK konstituierte. Auf der Besprechung wurde die „Mitteilung über die Bildung des ‚Organisationskomitees'" bestätigt, die im Dezember 1902 als Flugblatt in Rußland herausgegeben wurde.

In den ersten Februartagen des Jahres 1903 fand in Orjol die zweite Beratung des OK statt, auf der der Entwurf des Statuts des Parteitags und die Liste der Organisationen, die zur Teilnahme am Parteitag berechtigt waren, ausgearbeitet und bestätigt wurden. Der Entwurf des Statuts des Parteitags wurde den örtlichen Komitees zugesandt, und danach suchten die Mitglieder des OK diese Komitees auf. Das Statut des Parteitags wurde von den örtlichen Organisationen bestätigt. Auf der Grundlage dieses Statuts entfaltete das OK seine weitere Arbeit zur Vorbereitung des II. Parteitags.

Die erfolgreiche Tätigkeit des Organisationskomitees, die mit der Einberufung des Parteitags ihren Abschluß fand, war nur möglich dank der umfangreichen Arbeit zur Vereinigung der russischen revolutionären Sozialdemokraten, die Redaktion und Organisation der „Iskra" unter Leitung W. I. Lenins geleistet hatten. *52*

[40] *Gemeint sind die Mitglieder der revolutionären Partei der polnischen Arbeiterklasse*, der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPuL).

Das Verdienst der Partei bestand darin, daß sie die polnische Arbeiterbewegung auf das Bündnis mit der russischen Arbeiterbewegung hinlenkte und gegen den Nationalismus kämpfte. Gleichzeitig machte die SDKPuL jedoch eine Reihe Fehler. Sie begriff nicht die Leninsche Theorie von der sozialistischen Revolution, verstand nicht die führende Rolle der Partei in der demokratischen Revolution, unterschätzte die Rolle der Bauernschaft als Verbündeten der Arbeiterklasse und die Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung. *53*

[41] Der *„Bund"* („Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband in Litauen, Polen und Rußland") vereinigte vorwiegend halbproletarische jüdische Handwerker der Westgebiete Rußlands. Innerhalb der SDAPR unterstützten die Bundisten stets den opportunistischen Flügel der Partei („Ökonomisten", Menschewiki, Liquidatoren) und kämpften gegen die Bolschewiki und den Bolschewismus. *54*

[42] Der *I. Parteitag der SDAPR* fand vom 1. bis 3. (13. bis 15.) März 1898 in Minsk statt. An dem Parteitag nahmen 9 Delegierte von 6 Organisationen teil: vom Petersburger, Moskauer, Jekaterinoslawer und Kiewer „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse", von der Gruppe der Kiewer „Rabotschaja Gaseta" (Arbeiterzeitung) und vom „Bund". Der Parteitag wählte ein Zentralkomitee der Partei, bestätigte die „Rabotschaja Gaseta" als offizielles Organ der Partei, veröffentlichte ein „Manifest" und erklärte den 1894 von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" gegründeten „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" zum Vertreter der Partei im Ausland. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 11–15, russ.)

Der I. Parteitag der SDAPR proklamierte in seinen Beschlüssen und im „Manifest" die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, was von großer revolutionär-propagandistischer Bedeutung war. Der Parteitag nahm jedoch kein Programm an und arbeitete kein Parteistatut aus; das auf dem Parteitag gewählte ZK wurde bald verhaftet und die Druckerei der „Rabotschaja Gaseta" ausgehoben. Deshalb gelang es dem Parteitag nicht, die Verbindung zwischen den einzelnen marxistischen Zirkeln und Organisationen herzustellen und sie zu vereinigen. *54*

[43] *„Borba"* (Kampf) – sozialdemokratische Auslandsgruppe, der D. B. Rjasanow, J. M. Steklow (Newsorow) und E. L. Gurewitsch (W. Danewitsch) angehörten. Die Gruppe hatte sich im Sommer 1900 in Paris gebildet und 1901 den Namen „Borba" angenommen. In ihren Publikationen („Materialien zur Ausarbeitung des Parteiprogramms", I.–III. Folge, „Flugblatt der Gruppe ‚Borba'" u. a.) entstellte die Gruppe die revolutionäre Theorie des Marxismus, sie lehnte die

revolutionäre Taktik der „Iskra" und die Leninschen Prinzipien des Parteiaufbaus ab. Die Gruppe wurde zum II. Parteitag der SDAPR nicht zugelassen, weil sie von den Anschauungen und der Taktik der Sozialdemokratie abwich, sich desorganisierend betätigte und mit den sozialdemokratischen Organisationen in Rußland keine Verbindung hatte. Auf Beschluß des II. Parteitags wurde die Gruppe „Borba" aufgelöst. (Siehe „Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 438, russ.) *55*

44 *„Shisn"* (Das Leben) – Zeitschrift für Literatur, Wissenschaft und Politik, die von 1897 bis 1901 in Petersburg erschien. Mitarbeiter der Zeitschrift waren „legale Marxisten" (M. I. Tugan-Baranowski, P. B. Struve u. a.) sowie fortschrittliche Schriftsteller und Kritiker (Maxim Gorki, A. P. Tschechow u. a.). In der „Shisn" wurde Marx' Schrift „Lohn, Preis und Profit" sowie W. I. Lenins Artikel „Der Kapitalismus in der Landwirtschaft (Über das Buch Kautskys und einen Artikel des Herrn Bulgakow)" und „Antwort an Herrn P. Neshdanow" veröffentlicht. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 16, S. 101–152, und W. I. Lenin, Werke, Bd. 4, S. 95–150 und 151–157.)

Die „Shisn" wurde im Juni 1901 von der Regierung verboten; ab April 1902 wurde sie von der sozialdemokratischen Gruppe „Shisn" im Ausland neu herausgegeben. Es erschienen sechs Hefte der Zeitschrift, zwölf Nummern des „Listok ‚Shisni'" (Blatt der „Shisn") und eine Schriftenreihe „Bibliothek der ‚Shisn'". Die Gruppe „Shisn" hatte in einigen Fragen Abweichungen nach der Seite des christlichen Sozialismus und des Anarchismus. Im Dezember 1902 stellte die Gruppe „Shisn" ihre Tätigkeit ein, und der Verlag wurde aufgelöst. *55*

45 *„Wolja"* (Freiheit) – Auslandsgruppe, die sich als „revolutionäre sozialdemokratische Organisation" bezeichnete. Im Februar 1903 gab die Gruppe ein Flugblatt „Die revolutionäre sozialdemokratische Organisation ‚Wolja' an die Revolutionäre" heraus, in dem die Aufgaben der politischen Agitation unter allen Schichten der Bevölkerung und der Vereinigung der Sozialdemokraten mit den Sozialrevolutionären gestellt wurden. Der SDAPR gehörte die Gruppe „Wolja" nicht an. Der II. Parteitag der SDAPR nahm eine Resolution „Über die Gruppe des Kuklin-Verlages und die Gruppe ‚Wolja'" an, in der es heißt: „... stellt der Parteitag fest, daß die beiden genannten Organisationen der Partei nicht angehören und mit der organisierten Sozialdemokratie Rußlands nichts gemein haben. Die Frage nach dem weiteren Verhältnis dieser Gruppen zur Partei unterliegt der Kompetenz des ZK der Partei, falls sich diese Gruppen an das ZK wenden." („Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 439, russ.) Bald nach dem II. Parteitag der SDAPR erklärte die Gruppe, daß sie

ihre Tätigkeit einstellt und daß ihre Mitglieder sich der SDAPR anschließen; eine Mitteilung darüber erschien am 7. November 1903 in Nr. 52 der „Iskra". *57*

46 Gruppe *„Befreiung der Arbeit"* – erste russische marxistische Gruppe. Sie wurde 1883 von G. W. Plechanow in der Schweiz gegründet. Außer Plechanow gehörten der Gruppe P. B. Axelrod, L. G. Deutsch, W. N. Ignatow und W. I. Sassulitsch an.

Die Gruppe „Befreiung der Arbeit" leistete eine umfangreiche Arbeit zur Propagierung des Marxismus in Rußland und versetzte der Volkstümlerrichtung, dem ideologischen Haupthindernis bei der Verbreitung des Marxismus und der Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland, einen ernsten Schlag. Die beiden von Plechanow verfaßten und von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" veröffentlichten Programmentwürfe der russischen Sozialdemokraten (1883 und 1885) waren ein wichtiger Schritt zur Vorbereitung und Schaffung der sozialdemokratischen Partei in Rußland.

Zugleich aber gab es in der Tätigkeit der Gruppe auch ernste Fehler: Ihre Mitglieder überschätzten die Rolle der liberalen Bourgeoisie und unterschätzten die revolutionäre Rolle der Bauernschaft als Verbündeten der Arbeiterklasse in der proletarischen Revolution. Diese Fehler waren der Keim für die späteren menschewistischen Auffassungen Plechanows und anderer Mitglieder der Gruppe.

Die Mitglieder der Gruppe G. W. Plechanow, P. B. Axelrod und W. I. Sassulitsch gehörten der Redaktion der „Iskra" und der „Sarja" an. Auf dem II. Parteitag der SDAPR im August 1903 erklärte die Gruppe „Befreiung der Arbeit" sich für aufgelöst. *57*

47 Die *russische „Iskra"-Organisation* vereinigte die in Rußland arbeitenden Iskristen. Bereits in den Jahren 1900/1901 wurde ein Netz von Agenten der „Iskra" (siehe Anm. 8) geschaffen, die in verschiedenen Städten Rußlands arbeiteten: P. N. Lepeschinski und O. B. Lepeschinskaja, P. A. Krassikow, A. M. Stopani, G. M. Krshishanowski und S. P. Krshishanowskaja, S. I. und L. N. Radtschenko, A. D. Zjurupa, N. E. Bauman, I. W. Babuschkin u. a. In mehreren Städten (Petersburg, Pskow, Samara, Poltawa u. a.) wurden Gruppen zur Unterstützung der „Iskra" geschaffen.

Die Iskristen sammelten Geld für die Herausgabe der „Iskra", versorgten die Redaktion der „Iskra" mit Korrespondenzen, in ihren Händen lag der Transport sowie die Verbreitung der Zeitung, sie organisierten den Druck der „Iskra" in Rußland. In dieser Periode hatten die iskristischen Gruppen wie auch die einzelnen Agenten noch keine festen Kontakte zueinander, sie standen zumeist unmittelbar mit der Redaktion der „Iskra" in Verbindung.

Aus dem Anwachsen der revolutionären Bewegung und der zunehmenden praktischen Arbeit ergab sich die dringende Notwendigkeit, die Kräfte der Iskristen zu vereinigen, ihre Arbeit planmäßig und organisiert zu gestalten. Nur so konnte die Hauptaufgabe gelöst werden, die darin bestand, die durch die „Ökonomisten" verbreitete Handwerklerei zu überwinden und die sozialdemokratischen Komitees für die „Iskra" zu gewinnen. In seinem Artikel „Womit beginnen?" (Mai 1901) entwickelte W. I. Lenin erstmalig den Plan zur Schaffung einer gesamtrussischen iskristischen Organisation, die die Vereinigung der sozialdemokratischen Organisationen Rußlands zu einer einheitlichen zentralisierten marxistischen Partei vorbereiten sollte. Diesen Plan arbeitete er dann in der Broschüre „Was tun?" (Herbst 1901–Februar 1902) detaillierter aus. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 1–13 und 355–551.)

Die russische „Iskra"-Organisation hatte große Erfolge bei der Herstellung der faktischen Einheit der Parteiorganisationen auf der Grundlage der Prinzipien des revolutionären Marxismus. Ende 1902 erklärten sich fast alle wichtigen sozialdemokratischen Komitees mit der „Iskra" solidarisch.

Die russische „Iskra"-Organisation, die bis zum II. Parteitag bestand, spielte eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung und Einberufung des Parteitags, auf dem die revolutionäre marxistische Partei in Rußland geschaffen wurde. *57*

48 Gruppe *„Jushny Rabotschi"* (Der Arbeiter des Südens) – sozialdemokratische Gruppe, die sich im Herbst 1900 im Süden Rußlands um die Zeitung gleichen Namens formiert hatte. Die Zeitung wurde von 1900 bis 1903 illegal herausgegeben, insgesamt erschienen zwölf Nummern; die erste Nummer wurde im Januar 1900 vom Jekaterinoslawer Komitee der SDAPR herausgegeben.

Als wichtigste Aufgabe betrachtete die Gruppe „Jushny Rabotschi" den politischen Kampf des Proletariats und den Sturz der Selbstherrschaft. Sie wandte sich gegen den Terrorismus, trat für die Entfaltung einer revolutionären Massenbewegung ein und leistete im Süden Rußlands eine umfangreiche revolutionäre Arbeit. Dabei überschätzte die Gruppe jedoch die Rolle der liberalen Bourgeoisie und maß der Bauernbewegung keine Bedeutung bei. Dem Plan der „Iskra", durch den Zusammenschluß der revolutionären Sozialdemokraten um die „Iskra" eine zentralisierte marxistische Partei zu schaffen, stellte die Gruppe „Jushny Rabotschi" den Plan der Wiederherstellung der SDAPR durch die Bildung von sozialdemokratischen Gebietsvereinigungen entgegen. Auf dem II. Parteitag der SDAPR nahmen die Delegierten der Gruppe „Jushny Rabotschi" die Position des Zentrums ein („mittlere Opportunisten", wie Lenin die Vertreter des Zentrums nannte).

Auf Beschluß des II. Parteitags wurde die Gruppe „Jushny Rabotschi" ebenso wie alle übrigen sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen, die vorher

selbständig existiert hatten, aufgelöst. (Siehe „Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 439, russ.) *57*

[49] *PPS (Polska Partia Socjalistyczna)* (Polnische Sozialistische Partei) – reformistische nationalistische Partei, die im Jahre 1892 gegründet wurde. Die PPS, die unter der Losung des Kampfes für ein unabhängiges Polen auftrat, betrieb unter Führung Pilsudskis und seiner Anhänger eine separatistische, nationalistische Propaganda unter den polnischen Arbeitern und war bestrebt, sie vom gemeinsamen Kampf mit den russischen Arbeitern gegen Selbstherrschaft und Kapitalismus abzulenken. *57*

[50] Gemeint ist der *Internationale Sozialistenkongreß der II. Internationale*, der vom 14. bis 20. August 1904 in Amsterdam stattfand. Auf der Tagesordnung standen u. a. folgende Fragen: Internationale Regeln der sozialistischen Taktik; Kolonialpolitik; Generalstreik; Sozialpolitik und Arbeiterversicherung; Trusts und Arbeitslosigkeit. *57*

[51] Der *Rat der Partei* (1903–1905) wurde entsprechend dem vom II. Parteitag der SDAPR angenommenen Parteistatut als höchste Körperschaft der Partei geschaffen. Er sollte die Tätigkeit des ZK und der Redaktion des ZO koordinieren, das ZK und die Redaktion des ZO wiederherstellen, falls eine dieser Körperschaften völlig ausfallen sollte, und die Partei im Verkehr mit anderen Parteien vertreten. Der Rat war verpflichtet, in den im Statut festgelegten Abständen Parteitage einzuberufen, oder auch vorfristig, wenn dies von den Parteiorganisationen verlangt wurde, die insgesamt ein Anrecht auf die Hälfte der Stimmen auf dem Parteitag hatten. Der Rat der Partei bestand aus fünf Mitgliedern. Davon wurde ein Mitglied vom Parteitag ernannt, die anderen vom Zentralkomitee und von der Redaktion des Zentralorgans, die je zwei Mitglieder in den Rat entsandten. Der II. Parteitag der SDAPR wählte als fünftes Mitglied des Rats G. W. Plechanow. W. I. Lenin gehörte dem Rat ursprünglich als Vertreter der Redaktion des ZO und nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion der „Iskra" als Vertreter des ZK an. Nachdem Plechanow auf die Seite des Opportunismus übergegangen war und die Menschewiki sich der Redaktion des ZO bemächtigt hatten, wurde der Rat der Partei zu einem Werkzeug der Menschewiki in ihrem Kampf gegen die Bolschewiki. W. I. Lenin kämpfte im Rat konsequent für die Geschlossenheit der Partei, indem er die desorganisierende, spalterische Tätigkeit der Menschewiki entlarvte. Gemäß dem vom III. Parteitag der SDAPR angenommenen Statut wurde der Rat der Partei aufgelöst. *59*

[52] Der erste Beitrag ist die Antwort auf die Frage M. I. Libers: „Was ist unter dem Punkt ‚nationale Frage' zu verstehen? Warum wurde diese Frage aus dem Punkt ‚Entwurf des Programms' herausgenommen? Wie ist es zu ver-

stehen, daß die nationale Frage eine Frage der Taktik ist? Warum wurde diese Frage nicht unter die Kardinalfragen eingeordnet?"

Der zweite Beitrag ist die Antwort auf eine weitere Frage Libers: „Was ist mit dem Punkt ‚nationale Organisationen' gemeint? Diese Frage ist so gestellt, als hätte sie nichts mit der Stellung des ‚Bund' in der Partei zu tun." („Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 17, 18, russ.)

Der von W. I. Lenin genannte erste Punkt der Liste der vom Parteitag zu erörternden Fragen („Über die Stellung des ‚Bund' in der SDAPR") wurde in der vom Parteitag angenommenen Tagesordnung Punkt 2, und Punkt 6 („Die Bezirks- und nationalen Organisationen") wurde Punkt 7. *59*

53 Zu dieser Frage sprach W. I. Lenin zweimal. Den ersten Beitrag siehe Werke, Bd. 6, S. 483 und Anm. 97. Der Parteitag nahm folgende Resolution an:

„Mit der Wahl der Kommission, die die Zusammensetzung des Parteitags festzustellen hat, erlischt das Recht des Organisationskomitees, als Kollegium die Zusammensetzung des Parteitags zu beeinflussen, und seine Tätigkeit als Kollegium gilt in diesem Punkt als abgeschlossen." („Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 37, 38, russ.) *60*

54 Die Frage der Teilnahme von Vertretern der SDKPuL (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens) am II. Parteitag der SDAPR war zum erstenmal auf Initiative der „Iskra"-Redaktion in einem Brief des Organisationskomitees für die Einberufung des II. Parteitags der SDAPR an das Auslandskomitee der SDKPuL vom 7. Februar 1903 aufgeworfen worden.

Der IV. Parteitag der SDKPuL, der vom 11. bis 16. (24. bis 29.) Juli 1903 stattfand, behandelte die Frage einer Vereinigung der polnischen Sozialdemokratie mit der SDAPR und formulierte eine Reihe von Bedingungen für eine eventuelle Vereinigung. Eine dieser Bedingungen bestand darin, den Punkt über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen im Programm der SDAPR neu zu formulieren.

In der Programmkommission des II. Parteitags erhoben die polnischen Sozialdemokraten Einspruch gegen den Punkt über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und schlugen vor, in das Programm die Forderung nach Gründung von Institutionen aufzunehmen, die allen dem Staatsverband angehörenden Nationen volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren. Später schrieb Lenin, daß sie „*statt* der Selbstbestimmung im Grunde genommen nichts anderes vorschlugen als ein Pseudonym für die berüchtigte ‚national-kulturelle Autonomie'" (Werke, Bd. 20, S. 450). Die Kommission lehnte die Vorschläge der polnischen Sozialdemokraten ab, und diese verließen den Parteitag.

Die vorliegenden Ausführungen sind der zweite Beitrag W. I. Lenins zu dieser Frage. Die erste Rede siehe Werke, Bd. 6, S. 484. *60*

[55] Es handelt sich um eine Änderung an einem Absatz des allgemeinen Teils des Programmentwurfs, in dem es hieß: „Aber in dem Maße, wie alle diese, der bürgerlichen Gesellschaft eigenen Widersprüche wachsen und sich entwickeln, wächst auch die Unzufriedenheit der werktätigen und ausgebeuteten Masse mit den bestehenden Zuständen, wächst die Zahl und die Geschlossenheit der Proletarier und verschärft sich ihr Kampf gegen ihre Ausbeuter." Bei der Erörterung dieses Absatzes in der Programmkommission (Lenin war in der Sitzung nicht anwesend) war nach den Worten „die Zahl und die Geschlossenheit" „das Klassenbewußtsein" eingefügt worden.

Die Änderung wurde vom Parteitag abgelehnt, und der Absatz wurde mit Stimmenmehrheit in seiner ursprünglichen Fassung angenommen. *61*

[56] Es handelt sich um § 1 der allgemeinpolitischen Forderungen des Programmentwurfs, der in der Fassung der Programmkommission lautete: „Die Selbstherrschaft des Volkes, d. h. die Konzentrierung der gesamten obersten Staatsgewalt *in den Händen einer gesetzgebenden Versammlung, die aus Vertretern* des Volkes besteht und *eine* Kammer bildet." („Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 179, russ.) K. M. Tachtarew (Strachow) hatte vorgeschlagen, „Selbstherrschaft des Volkes" durch „Oberhoheit des Volkes" zu ersetzen. Der Abänderungsvorschlag Tachtarews wurde vom Parteitag abgelehnt. *61*

[57] Es handelt sich um die von der Programmkommission vorgelegte Fassung des § 3 der allgemeinpolitischen Forderungen des Programmentwurfs, die die Forderung nach einer breiten örtlichen und provinzialen Selbstverwaltung enthielt. *62*

[58] Es handelt sich um § 9 der allgemeinpolitischen Forderungen des Programmentwurfs (§ 8 des Entwurfs der „Iskra"), in dem es hieß: „Das Recht eines jeden Bürgers, jeden beliebigen Beamten gerichtlich zu belangen, ohne den dienstlichen Beschwerdeweg beschreiten zu müssen." W. N. Krochmal (Fomin) hatte beantragt, nach dem Wort „Bürgers" einzufügen: „wie auch jedes Ausländers". Dieser Antrag wurde vom Parteitag abgelehnt. *62*

[59] Bei der Diskussion über § 12 der allgemeinpolitischen Forderungen des Programmentwurfs (§ 9 des Entwurfs der „Iskra"), der die Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung behandelte, hatte Liber beantragt, die Worte „allgemeine Volksbewaffnung" durch „Miliz" zu ersetzen. Der Vorschlag Libers wurde vom Parteitag abgelehnt. *62*

[60] Diese Anträge wurden von Lenin in einer Sitzung der Programmkommission eingebracht, in der die Formulierung des § 7 der allgemeinpolitischen Forderungen des Parteiprogramms (§ 6 des Entwurfs der „Iskra") erneut zur Diskussion stand.

Im Programmentwurf der „Iskra" enthielt dieser Paragraph die Forderung nach Abschaffung der Stände und voller Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von Geschlecht, Religion und Rasse. Bei der ersten Diskussion in der Kommission war der Schluß des Paragraphen wie folgt abgeändert worden: „... Religion, Rasse, Nationalität und Sprache". In dieser Form hatte der Paragraph der 16. Sitzung des Parteitags am 30. Juli (12. August) vorgelegen. In der Diskussion auf dem Parteitag forderten die Bundisten die Aufnahme eines speziellen Punktes über die „Gleichberechtigung der Sprachen" in das Parteiprogramm. Es gelang ihnen, einen Teil der schwankenden Iskristen auf ihre Seite zu ziehen. Bei der Abstimmung auf dem Parteitag kam es zu einer Spaltung der Stimmen.

Die Frage der Formulierung des § 7 wurde erneut an die Programmkommission überwiesen. Lenins Anträge wurden mit geringfügigen redaktionellen Änderungen von der Kommission angenommen und in ihrem Namen auf der 21. Sitzung des Parteitags am 1. (14.) August eingebracht: Punkt 1 der Anträge wurde vom Parteitag abgelehnt, Punkt 2 mit einigen Abänderungen angenommen (§ 8 des vom Parteitag angenommenen Programms), Punkt 3 wurde angenommen.

§ 11, von dem in Punkt 3 der Anträge Lenins die Rede ist, war im Entwurf der „Iskra" so formuliert: „Unentgeltliche und obligatorische allgemeine und berufliche Bildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 16. Lebensjahr. Versorgung der armen Kinder mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten." Dieser Paragraph war von der Programmkommission zunächst ohne Änderung angenommen worden (§ 14), aber bei der Diskussion auf der 18. Sitzung des Parteitags am 31. Juli (13. August) wurde eine Ergänzung angenommen: „Unterricht in der Muttersprache, auf Forderung der Bevölkerung". („Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 198, russ.) Durch die Annahme eines besonderen Punktes über die Sprache erübrigte sich diese Ergänzung. *63*

61 Es handelt sich um § 2 des Programmteils über den Arbeiterschutz. Dieser Paragraph enthielt die Forderung nach gesetzlicher Festlegung einer wöchentlichen ununterbrochenen Ruhepause von mindestens 36 Stunden für Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts in sämtlichen Zweigen der Volkswirtschaft. Ljadow hatte beantragt, eine ununterbrochene Ruhepause von 42 Stunden zu fordern.

Liber hatte darauf hingewiesen, daß im Programm nichts über die Aufsicht in der Kleinindustrie gesagt ist.

Der Antrag Ljadows wurde vom Parteitag angenommen, der Abänderungsantrag Libers abgelehnt. *63*

[62] Es handelt sich um § 12 des Programmteils über den Arbeiterschutz (§ 11 des Entwurfs der „Iskra"). Dieser Paragraph enthielt die Forderung: „Aufsicht der örtlichen Selbstverwaltungsorgane unter Hinzuziehung von gewählten Arbeitervertretern über den sanitären Zustand der den Arbeitern von den Unternehmern zugewiesenen Wohnräume wie auch über die Hausordnung in diesen Räumlichkeiten und die Vermietungsbedingungen, um die Lohnarbeiter vor der Einmischung der Unternehmer in ihr Privatleben und in ihre staatsbürgerliche Betätigung zu schützen." Ljadow hatte zu diesem Paragraphen folgende Ergänzungen vorgeschlagen: 1. Gründung einer Agrarinspektion zur Aufsicht über alle landwirtschaftlichen Betriebe, die Lohnarbeiter beschäftigen; 2. die Punkte 1–13 des Programmteils über den Arbeiterschutz werden auf die gesamte Landwirtschaft mit Lohnarbeit ausgedehnt; 3. die Pächter, die Boden in Halbpacht genommen haben oder für die Nutzung des Bodens Gutsbesitzerland bearbeiten müssen, gelten als Lohnarbeiter, für die die Agrarinspektion zuständig ist. Die ersten beiden Ergänzungen wurden vom Parteitag abgelehnt, die dritte nahm Ljadow zurück. *63*

[63] Diese Abänderung beantragte Lenin bei der Erörterung des einleitenden Satzes des Programmentwurfs zur Agrarfrage, in dem es hieß: „Um andererseits die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die als ein schweres Joch auf den Bauern lasten, und die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern, strebt die Partei an..." Der Abänderungsantrag wurde vom Parteitag angenommen. *64*

[64] Es handelt sich um § 1 des Programmentwurfs zur Agrarfrage, der die Forderung enthielt: „Aufhebung der Ablöse- und Fronzinszahlungen wie auch aller übrigen Lasten, die heute der Bauernschaft als abgabenpflichtigem Stand auferlegt sind." Ljadow hatte vorgeschlagen einzufügen: „oder anderen Dorfbewohnern als abgabenpflichtigen Ständen". Der Antrag wurde vom Parteitag abgelehnt. *64*

[65] Bei der Erörterung des § 2 des Programmentwurfs zur Agrarfrage, in dem von der Aufhebung der solidarischen Haftung und aller Gesetze, die den Bauern in der freien Verfügung über sein Land beschränken, die Rede war, hatte Martynow die Frage gestellt: „Wie soll man die Worte ‚sein Land' verstehen?" Nach seiner Auffassung waren zwei Auslegungen dieses Punktes möglich: „1. Jeder Bauer hat das Recht des Loskaufs; dann werden die Interessen der Dorfgemeinde nicht verletzt; 2. jeder Bauer hat das Recht, sich Land ohne Loskauf anzueignen." Nachdem Lenin diese Stelle erläutert hatte, trat Martynow erneut auf und erklärte, daß es ihm nicht um Einzelheiten gehe, sondern um das allgemeine Prinzip: Wer ist der Eigentümer des Bodens – die Dorfgemeinde oder der Bauer? „Ist es die Dorfgemeinde", sagte Martynow,

„so treten wir für das Recht des Loskaufs ein, da wir in der Dorfgemeinde ein Hemmnis für die ökonomische Entwicklung sehen. Ist es der Bauer, so ist der Loskauf überflüssig." („Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 235, russ.) *65*

66 In § 4 des Programmentwurfs zur Agrarfrage war die Forderung enthalten: „Gründung von Bauernkomitees: a) um den Dorfgemeinschaften die Landstücke zurückzugeben (durch Enteignung oder, falls diese Landstücke von Hand zu Hand gegangen sind, durch Ablösung, die der Staat auf Kosten des adligen Großgrundbesitzes vornimmt, die bei der Aufhebung der Leibeigenschaft vom Land der Bauern abgetrennt worden sind und den Gutsbesitzern als Werkzeug zur Knechtung der Bauern dienen; b) um die Überreste der Leibeigenschaftsverhältnisse zu beseitigen, die sich im Ural, im Altai, in den Westgebieten und in anderen Teilen des Reiches erhalten haben ..."

N. N. Shordanija (Kostrow) hatte folgende Ergänzung zu diesem Punkt vorgeschlagen: „um den Bauern im Kaukasus jene Ländereien als Eigentum zu übergeben, die sie als zeitweilig Verpflichtete, Chisanen usw. in Nutzung haben". („Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 243, russ.) Der zweite Antrag war von B. M. Knunjanz (Russow) und M. N. Ljadow gestellt worden, die der Meinung waren, daß man sich im Programm mit einem allgemeinen Hinweis auf die Notwendigkeit, die Überreste der Leibeigenschaftsordnung in allen Gegenden Rußlands zu beseitigen, begnügen könne.

Der Abänderungsvorschlag von D. A. Topuridse (Karski), den Lenin in seinen Ausführungen erwähnt, ist in den Protokollen des Parteitags nicht verzeichnet.

Der Parteitag nahm die von Shordanija vorgeschlagene Ergänzung an.

Chisanen hießen in Georgien die Bauern, die sich zu besonderen vertraglichen Bedingungen auf den Ländereien der Gutsbesitzer angesiedelt hatten. Formal waren die Chisanen keine Leibeigenen, sie genossen persönliche Freiheit, blieben jedoch ewig rechtlose Pächter. Die „Bauernreform" von 1861 erstreckte sich nicht auf die Chisanen; sie blieben weiterhin in völliger Abhängigkeit von den Gutsbesitzern, die ihnen noch schwerere Lasten aufbürdeten und die bisher von den Chisanen bewirtschafteten Grundstücke an sich rissen. Das Chisanentum wurde erst nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution abgeschafft.

Als *zeitweilig verpflichtete Bauern* wurden diejenigen ehemaligen leibeigenen Bauern bezeichnet, die auch nach der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 verpflichtet waren, für die Nutzung des Bodenanteils noch Lasten (Fronzins oder Frondienst) zu tragen, und zwar so lange, bis sie mit dem Loskauf ihres Bodenanteils beim Gutsbesitzer begonnen hatten. Mit Abschluß

des Loskaufabkommens hörten die Bauern auf, „zeitweilig Verpflichtete" zu sein, und wurden zu „bäuerlichen Eigentümern". *65*

67 In § 5 des Programmentwurfs zur Agrarfrage ging es um die Notwendigkeit, die Gerichte zu bevollmächtigen, übermäßig hohe Pachtzinsen herabzusetzen und Verträge mit knechtendem Charakter für ungültig zu erklären. § 16 des Programmteils über den Arbeiterschutz enthielt die Forderung, in allen Zweigen der Volkswirtschaft Gewerbegerichte zu errichten, paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer. *66*

68 Lenins Einwand richtet sich gegen den Vorschlag Libers, in § 5 des Programmentwurfs zur Agrarfrage die Forderung aufzunehmen, die Gerichte zur Festsetzung des Pachtzinses zu bevollmächtigen. *66*

69 Bei der Erörterung des ersten Absatzes von § 4 des Statutenentwurfs – über die Verfahrensweise bei der Ernennung der Mitglieder des Rats der Partei und bei der Ersetzung ausgeschiedener Mitglieder – kam die Statutenkommission zu keiner Einigung, und dem Parteitag wurden drei Formulierungen vorgelegt.

Die erste Formulierung, die L. Martow und W. A. Noskow (Glebow) eingebracht hatten, lautete: „Der Rat der Partei wird von der Redaktion des Zentralorgans und vom ZK ernannt, die je zwei Mitglieder in den Rat entsenden; diese vier Mitglieder des Rats berufen das fünfte; ausgeschiedene Mitglieder des Rats werden von den Körperschaften ersetzt, von denen sie ernannt worden waren."

Die zweite Formulierung, die W. I. Lenin und W. N. Rosanow (Popow) eingebracht hatten, lautete: „Der Rat der Partei wird vom Parteitag aus Mitgliedern der Redaktion des Zentralorgans und des ZK ernannt, er soll aus fünf Mitgliedern bestehen, wobei jedes dieser Kollegien mindestens zwei stellt. Ausgeschiedene Mitglieder des Rats werden vom Rat selbst ersetzt."

Die dritte Formulierung, die J. J. Lewin (Jegorow) eingebracht hatte, lautete: „Der Rat der Partei wird vom Parteitag gewählt, wobei je zwei Mitglieder vom ZK und von der Redaktion des Zentralorgans gestellt werden. Die vier gewählten Mitglieder wählen einstimmig das fünfte; ausgeschiedene Mitglieder des Rats werden von den Organisationen ersetzt, denen sie angehören, mit Ausnahme des fünften, das auf die obengenannte Weise ersetzt wird."

Nach der Erörterung dieser Frage auf dem Parteitag wurden folgende Formulierungen angenommen:

„4. Der Parteitag ernennt das fünfte Mitglied des Rats, das Zentralkomitee und die Redaktion des Zentralorgans.

5. Der Rat der Partei wird von der Redaktion des Zentralorgans und dem ZK ernannt, die je zwei Mitglieder in den Rat entsenden: ausgeschiedene Mitglieder des Rats werden von den Körperschaften ersetzt, von denen sie

ernannt worden waren, das fünfte Mitglied wird vom Rat selbst ersetzt." („Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 426, russ.) *67*

[70] In ihrem Diskussionsbeitrag zum ersten Absatz von § 4 des Statutenentwurfs hatte W. I. Sassulitsch erklärt: „Der Einwand, daß die vier Mitglieder des Rats außerstande sein könnten, das fünfte Mitglied zu wählen, entbehrt jeder Grundlage: Ist eine solche Körperschaft wie der Rat außerstande, das fünfte Mitglied zu wählen, so heißt das, daß die Körperschaft überhaupt arbeitsunfähig ist." („Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 296, russ.) *67*

[71] Es handelt sich um § 10 des Entwurfs des Parteistatuts: „Alle Parteimitglieder und sämtliche Personen, die irgendwie mit der Partei zu tun haben, haben das Recht zu verlangen, daß ihre Erklärungen dem ZK, der Redaktion des Zentralorgans oder dem Parteitag im Original zugestellt werden." („Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 426, russ.) Lenins Ausführungen richten sich gegen einen Antrag Martows, aus dieser Formulierung die Worte „und sämtliche Personen, die irgendwie mit der Partei zu tun haben" zu streichen. Der Antrag Martows wurde abgelehnt. *67*

[72] Die Ausführungen beziehen sich auf § 12 des Entwurfs des Parteistatuts, in dem es um die Kooptation in die kollegialen Parteikörperschaften ging, darunter in das ZK und das ZO.

J. J. Lewin (Jegorow) hatte sich dagegen ausgesprochen, daß die für die Kooptation in die kollegialen Parteikörperschaften notwendige Mehrheit mit einer bestimmten Zahl festgelegt wird ($^2/_3$ oder $^4/_5$), und die Meinung vertreten, daß die Frage, wenn kein begründeter Protest vorliegt, durch einfache Mehrheit entschieden werden kann. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 7, S 294.) *67*

[73] Gegen den Vorschlag, die Forderung der Einstimmigkeit und der gegenseitigen Kontrolle von ZK und ZO bei der Kooptation in das Statut aufzunehmen, hatte sich Martow gewandt. *68*

[74] J. J. Lewin (Jegorow) hatte in seinen Ausführungen gesagt, daß der Entwurf des Statuts „lahmt", da er keinen Punkt enthält, der dem Rat der Partei das Recht gewährt, die Frage der Kooptation in die zentralen Parteistellen zu entscheiden. *68*

[75] Gemeint sind Einwände Trotzkis und Martows gegen Lenins Vorschlag, in § 12 des Parteistatuts einen Punkt aufzunehmen, der besagt, daß die Kooptation in das ZK und in die Redaktion des ZO nur mit Zustimmung aller Mitglieder des Rats der Partei zulässig ist. *69*

[76] Gemeint ist ein Antrag, den Martow bei der Diskussion über § 12 des Statutenentwurfs eingebracht hatte: „Wenn bei der Kooptation neuer Mitglieder

in das ZK oder in die Redaktion des Zentralorgans keine Einstimmigkeit erzielt wird, kann die Aufnahme dem Rat übertragen werden, und falls der Rat den Beschluß des betreffenden Kollegiums aufhebt, faßt dieses den endgültigen Beschluß mit einfacher Stimmenmehrheit." („Der zweite Parteitag der SDAPR", *Moskau 1959, S. 311, russ.) 69*

77 Gemeint ist der folgende Antrag Martows: „Ich schlage vor, der Mehrheit, die mit einem Beschluß der Minderheit nicht einverstanden ist, das Recht einzuräumen, sich wegen einer Entscheidung an den Rat zu wenden." („Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 311, russ.) Der Abänderungsantrag Martows wurde vom Parteitag angenommen (24 Stimmen dafür, 23 dagegen). *69*

78 Gemeint ist die *Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie,* die auf Initiative W. I. Lenins im Oktober 1901 gegründet worden war. In der Liga vereinigten sich die Auslandsorganisation der „Iskra" und die 1900 von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" gegründete revolutionäre Organisation „Sozialdemokrat". Sie schloß die Anhänger der „Iskra" unter den russischen Sozialdemokraten im Ausland zusammen, unterstützte die „Iskra" materiell, organisierte ihren Versand nach Rußland und gab populäre marxistische Literatur heraus. Der II. Parteitag der SDAPR bestätigte die Liga als einzige Auslandsorganisation der Partei mit den statutarischen Rechten eines Komitees und verpflichtete sie, unter Leitung und Kontrolle des ZK der SDAPR zu arbeiten.

Nach dem II. Parteitag der SDAPR setzten sich die Menschewiki in der Auslandsliga fest und führten von dort aus den Kampf gegen Lenin und die Bolschewiki. Auf der zweiten Konferenz der Liga im Oktober 1903 (siehe Anm. 87) nahmen die Menschewiki ein neues Statut der Liga an, das sich gegen das vom II. Parteitag der SDAPR angenommene Parteistatut richtete. Von diesem Zeitpunkt an war die Liga die Hauptstütze des Menschewismus; sie bestand bis 1905. *69*

79 Lenins Ausführungen sind eine Antwort an W. A. Noskow (Glebow) und L. G. Deutsch, die vorgeschlagen hatten, § 13 (über die Anerkennung der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie als einzige Auslandsorganisation der SDAPR und über ihre Aufgaben) nicht in das Statut aufzunehmen, sondern ihn zur Erörterung an das Zentralkomitee der Partei (Glebow) bzw. den Rat der Partei (Deutsch) zu überweisen. § 13 des Statuts wurde vom Parteitag mit 31 gegen 12 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen. *70*

80 Nachdem der Parteitag § 13 des Statuts über die Anerkennung der Auslandsliga als einzige Auslandsorganisation der SDAPR bestätigt hatte, erklärten die

Delegierten des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten" (siehe Anm. 81) Martynow und Akimow dem Büro des Parteitags, daß sie es ablehnen, sich an der Abstimmung zu beteiligen, und nur auf dem Parteitag bleiben wollen, um die Protokolle der vorangegangenen Sitzungen und die Diskussion über die Bestimmungen für ihre Veröffentlichung anzuhören. Diese Erklärung wurde am 5. (18.) August auf der 27. Sitzung des Parteitags verlesen. Der Parteitag schlug Akimow und Martynow vor, ihre Erklärung zurückzunehmen. Sie lehnten diesen Vorschlag ab und verließen den Parteitag.

Lenin brachte seinen Resolutionsentwurf auf dem Parteitag nicht ein. Im Manuskript ist der Entwurf von Lenin durchgestrichen. Möglicherweise geschah dies im Zusammenhang mit dem Beschluß des Parteitagsbüros, diese Frage dem Parteitag zur Erörterung vorzulegen. *70*

81 Der *„Auslandsbund russischer Sozialdemokraten"* wurde auf Initiative der Gruppe „Befreiung der Arbeit" 1894 in Genf gegründet, wobei alle seine Mitglieder das Programm der Gruppe anerkennen mußten.

Der I. Parteitag der SDAPR (März 1898) erkannte den „Auslandsbund" als Vertreter der Partei im Ausland an. Später bekamen im „Auslandsbund" opportunistische Elemente – die „Ökonomisten" oder sogenannten „Jungen" – die Oberhand. Die opportunistische Mehrheit der im November 1898 in Zürich abgehaltenen I. Konferenz des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten" lehnte es ab, sich mit dem „Manifest" des I. Parteitags der SDAPR solidarisch zu erklären. Daraufhin erklärte die Gruppe „Befreiung der Arbeit" der Konferenz, daß sie es ablehne, die Publikationen des „Auslandsbundes" zu redigieren, mit Ausnahme der bereits zum Druck vorbereiteten Nr. 5/6 des „Rabotnik" (Der Arbeiter) und der Broschüren W. I. Lenins „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten" und „Das neue Fabrikgesetz". Im April 1899 begann der „Auslandsbund" die Zeitschrift „Rabotscheje Delo" (Arbeitersache) herauszugeben, deren Redaktion die Ökonomisten B. N. Kritschewski, W. P. Iwanschin und P. F. Teplow angehörten. Der „Auslandsbund" richtete Sympathieerklärungen an Eduard Bernstein, die Millerandisten u. a.

Der Kampf innerhalb des „Auslandsbundes" dauerte bis zu seiner II. Konferenz (April 1900 in Genf) und wurde auch auf der Konferenz weitergeführt. Die Gruppe „Befreiung der Arbeit" und ihre Anhänger verließen die Konferenz und gründeten die selbständige Organisation „Sozialdemokrat".

Auf Beschluß des II. Parteitags der SDAPR wurde der „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" aufgelöst. (Siehe „Der zweite Parteitag der SDAPR", Moskau 1959, S. 438, russ.) *71*

82 Hier ist die iskristische Mehrheit gemeint, die sich auf dem Parteitag zum

Zeitpunkt der Wahl des ZK endgültig herausgebildet hatte, nachdem sich die „weichen" Iskristen abgespalten und die Delegierten des „Bund" sowie Akimow und Martynow vom „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten" den Parteitag verlassen hatten. 72

[83] B. M. Knunjanz (Russow) hatte den Antrag gestellt, zur Wahl des Zentralkomitees der Partei überzugehen. 72

[84] Der Parteitag nahm zwei Resolutionen über die Stellung zu den Liberalen an: die erste wurde von Potressow (Starower) eingebracht, die zweite von Plechanow, Lenin und weiteren 13 Delegierten des Parteitags. (Den Entwurf Plechanows mit einer Einfügung Lenins siehe im Lenin-Sammelband VI, S. 177/178, russ.)

Lenin schrieb später, daß „die Auffassungen der alten ,Iskra' viel besser in der Resolution Plechanows, die den antirevolutionären und antiproletarischen Charakter des liberalen ,Oswoboshdenije' betonte, zum Ausdruck gekommen sind als in der konfusen Resolution Starowers, die einerseits einem ,Abkommen' mit den Liberalen nachjagt (und zwar ganz zur unrechten Zeit nachjagt) und anderseits fiktive, für die Liberalen von vornherein unerfüllbare Bedingungen solcher Abkommen stellt" (Werke, Bd. 7, S. 506/507). 73

[85] *„Oswoboshdenije"* (Die Befreiung) – Halbmonatsschrift, die unter der Redaktion von P. B. Struve vom 18. Juni (1. Juli) 1902 bis 5. (18.) Oktober 1905 in Stuttgart und Paris erschien. Die Zeitschrift war das Organ der russischen liberalen Bourgeoisie und vertrat die Ideen eines gemäßigten monarchistischen Liberalismus. 1903 entstand um die Zeitschrift der „Bund der Befreiung", der sich im Januar 1904 konstituierte und bis Oktober 1905 existierte. Neben den Semstwo-Konstitutionalisten bildeten die „Oswoboshdenzen" den Kern der konstitutionell-demokratischen Partei (Kadetten), der führenden Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie in Rußland, die im Oktober 1905 gegründet wurde. 73

[86] *Reichsrat* – eines der höchsten Staatsorgane im vorrevolutionären Rußland. Er wurde 1810 nach einem Projekt M. M. Speranskis als gesetzesberatende Körperschaft gebildet, deren Mitglieder vom Zaren ernannt und bestätigt wurden. Durch ein Gesetz vom 20. Februar (5. März) 1906 wurde der Reichsrat reorganisiert und erhielt das Recht, Gesetzentwürfe nach ihrer Beratung in der Reichsduma zu bestätigen oder abzulehnen. Das Recht jedoch, grundlegende Gesetze zu ändern und eine Reihe besonders wichtiger Gesetze zu erlassen, blieb weiterhin dem Zaren vorbehalten.

Ab 1906 bestand der Reichsrat zur Hälfte aus gewählten Vertretern des Adels, der Geistlichkeit, der Großbourgeoisie und zur Hälfte aus vom Zaren ernannten Würdenträgern. Infolgedessen war der Reichsrat eine ausgesprochen

reaktionäre Körperschaft, die sogar von der Reichsduma bereits angenommene gemäßigte Gesetzentwürfe ablehnte. *75*

[87] Die *zweite Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie* tagte vom 13. bis 18. (26. bis 31.) Oktober 1903 in Genf. Die Konferenz war auf Drängen der Menschewiki als Gegengewicht gegen den II. Parteitag der SDAPR einberufen worden. W. I. Lenin war gegen die Einberufung der Konferenz der Auslandsliga und schrieb: „Eine Ligakonferenz würde *heute* alles für den Streit und nichts für die Sache, d. h. für die Arbeit im Ausland, ergeben." (Werke, Bd. 34, S. 167.)

Auf der Konferenz waren 15 Anhänger der Parteitagsmehrheit anwesend (von der zweiten Sitzung an 14), die 18 Stimmen besaßen, und 18 Menschewiki (von der zweiten Sitzung an 19) mit 22 Stimmen. Die Konferenz erörterte folgende Fragen: 1. Bericht des Vorstands der Auslandsliga; 2. Bericht des Delegierten der Liga auf dem II. Parteitag der SDAPR; 3. Statut der Liga; 4. Wahl des Vorstands.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt der Konferenz war der Bericht Lenins, der von der Liga zum II. Parteitag der SDAPR delegiert worden war. Lenin entlarvte in seinem Bericht den Opportunismus der Menschewiki und zeigte die Prinzipienlosigkeit ihres Verhaltens auf dem Parteitag. (Den Bericht und weitere Ausführungen W. I. Lenins auf der Konferenz siehe Werke, Bd. 7, S. 57–75.) Die Opposition nutzte ihre Mehrheit auf der Konferenz der Liga und beschloß, nach Lenin Martow das Wort zu einem Korreferat zu erteilen. Martow verteidigte in seinem Korreferat das Verhalten der Menschewiki auf dem II. Parteitag und richtete verleumderische Angriffe gegen die Bolschewiki. Lenin und die Anhänger der Parteitagsmehrheit sahen, daß eine weitere Polemik gegen die Opposition offenkundig unmöglich und zwecklos war. Sie lehnten deshalb die Beteiligung an der weiteren Diskussion zu dieser Frage ab und verließen die Sitzung der Konferenz. Die menschewistische Mehrheit der Konferenz, die die zentralen Parteikörperschaften an sich reißen wollte, nahm zum zweiten Tagesordnungspunkt drei Resolutionen an, in denen sie sich gegen Lenins Standpunkt in Organisationsfragen wandte und zum systematischen Kampf gegen die Bolschewiki aufrief.

Die Konferenz nahm auch ein Statut der Auslandsliga an, das mehrere gegen das Parteistatut gerichtete Punkte enthielt (über die Herausgabe von Parteiliteratur durch die Liga, über die Beziehungen des Vorstands der Liga zu anderen Organisationen unter Umgehung des ZK und des ZO und andere); außerdem sprachen die Menschewiki dem ZK der SDAPR das Recht ab, das Statut der Liga zu bestätigen. F. W. Lengnik, der als Vertreter des ZK der SDAPR an der Konferenz teilnahm, verlangte im Namen des Zen-

tralkomitees, das Statut der Liga mit dem Statut der Partei in Einklang zu bringen, und erklärte die Versammlung, nachdem die Opposition diese Forderung abgelehnt hatte, für rechtswidrig. Der Rat der Partei billigte die Handlungsweise des ZK-Vertreters. (Siehe den vorliegenden Band, S. 85/86.)

W. I. Lenin bezeichnete die Konferenz der Auslandsliga als „Höhepunkt der Kriegshandlungen der Opposition gegen die Zentralstellen" (Werke, Bd. 7, S. 114). Nach der zweiten Konferenz bauten die Menschewiki die Liga zu einem Stützpunkt in ihrem Kampf gegen die Partei aus. *82*

88 Diese Bemerkung W. I. Lenins ist die Antwort auf den Vorschlag L. G. Deutschs zu Punkt 3 der Tagesordnung, statt „Ausarbeitung des Statuts" „Änderung des Statuts" zu schreiben. Die Ausarbeitung eines *neuen* Statuts der Liga war von prinzipieller Bedeutung. Das alte Statut der Liga (von 1901), das zu einer Zeit verfaßt worden war, als es faktisch noch keine einheitliche Partei gab, entsprach nicht mehr den neuen Anforderungen. Das auf dem II. Parteitag der SDAPR angenommene Parteistatut stellte die Liga hinsichtlich ihrer Rechte den Parteikomitees gleich, jedoch mit der Einschränkung, daß sie der revolutionären Bewegung in Rußland ihre Unterstützung ausschließlich durch Personen und Gruppen angedeihen lassen konnte, die vom Zentralkomitee besonders hierfür bestimmt wurden. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 47, russ.) Lenin, der sich konsequent für die Verwirklichung der Beschlüsse des II. Parteitags einsetzte, forderte die Ausarbeitung eines neuen Statuts der Liga, das dem Parteistatut entsprach. *82*

89 Gemeint ist der Antrag L. Martows, ihm ein Korreferat über den II. Parteitag zu gestatten. *83*

90 Die Broschüre L. Martows „Der Kampf gegen den ‚Belagerungszustand' in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" erschien 1904 in Genf. *84*

91 Es handelt sich um Ausführungen Trotzkis, der mit Hilfe verschiedener Sophismen und einer willkürlichen Auslegung des Parteistatuts versucht hatte zu beweisen, daß die Auslandsliga berechtigt sei, den Entwurf des zur Diskussion stehenden Statuts der Liga unabhängig vom ZK der SDAPR zu bestätigen. *84*

92 Gemeint ist § 6 des auf dem II. Parteitag angenommenen Statuts der SDAPR, in dem u. a. das Recht des ZK behandelt wird, Parteikomitees und sonstige Parteikörperschaften zu organisieren. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 46, russ.) *84*

93 In der Resolution L. J. Galperins (Konjagins), für die sich die Bolschewiki ein-

gesetzt hatten, hieß es, daß das Statut der Liga erst nach seiner Bestätigung durch das ZK in Kraft tritt. Diese Resolution, die mit dem Statut der SDAPR übereinstimmte, verteidigte die Prinzipien des demokratischen Zentralismus in der Partei.

Die von der opportunistischen Mehrheit der Ligakonferenz angenommene Resolution Martows ging davon aus, daß die Auslandsliga das Recht hat, das Statut ihrer Organisation ohne vorherige Bestätigung durch das ZK der Partei anzunehmen. *85*

94 Es handelt sich um F. W. Lengnik, der in der Sitzung der Konferenz der Auslandsliga am 18. (31.) Oktober 1903 im Namen des Zentralkomitees gefordert hatte, das von der Konferenz angenommene Statut der Liga mit dem Statut der SDAPR in Einklang zu bringen. Da sich die Opposition weigerte, dieser Forderung nachzukommen, erklärte Lengnik die Versammlung für rechtswidrig und verließ zusammen mit den übrigen bolschewistischen Mitgliedern der Liga die Konferenz. *86*

95 Die Tagung des *Rats der SDAPR* (siehe Anm. 51), die vom 15. bis 17. (28. bis 30.) Januar 1904 in Genf stattfand, war auf Initiative der Vertreter des ZO einberufen worden, um Maßnahmen zur Koordinierung der Tätigkeit des ZK und des ZO bei der Herausgabe von Parteiliteratur zu erörtern. (Lenin-Sammelband X, S. 181, russ., Protokolle der Sitzungen des Rats.) An den Sitzungen des Rats nahmen W. I. Lenin, F. W. Lengnik, G. W. Plechanow, P. B. Axelrod und L. Martow teil.

Auf Vorschlag Lenins beschloß der Rat der Partei, die Frage der Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens in der Partei in die Tagesordnung aufzunehmen und sie zuerst zu beraten. Im Namen des Zentralkomitees brachte Lenin am 15. (28.) Januar einen Resolutionsentwurf zu dieser Frage ein. (Siehe Werke, Bd. 7, S. 139–141.) Als sich in der Diskussion die ablehnende Haltung der Menschewiki gegenüber dieser Resolution zeigte, brachten Lenin und Lengnik am 16. (29.) Januar einen anderen Resolutionsentwurf zur Wiederherstellung des Friedens in der Partei ein (siehe den vorliegenden Band, S. 87), der vom Rat mit drei Stimmen (Lenin, Lengnik, Plechanow) gegen zwei (Martow, Axelrod) angenommen wurde. Statt jedoch die Wiederherstellung des Friedens in der Partei konkret zu erörtern, stimmte der Rat trotz Lenins Protest über eine Resolution Plechanows ab, die die Kooptation von Menschewiki in das ZK forderte. Diese Resolution wurde mit den Stimmen Plechanows, Martows und Axelrods angenommen. Im Zusammenhang mit dieser Abstimmung reichten die Vertreter des ZK (Lenin und Lengnik) am 17. (30.) Januar eine besondere Meinung ein, in der die Resolution Plechanows verurteilt wurde, da sie den Willen der Mehrheit des II. Partei-

tags ignorierte. Der Wortlaut der besonderen Meinung stammt von W. I. Lenin. (Siehe Werke, Bd. 7, S. 142–145.)

Nachdem die Menschewiki alle Versuche, den Frieden in der Partei wiederherzustellen, vereitelt hatten, brachte Lenin einen Resolutionsentwurf über die Einberufung des III. Parteitags ein, in dem er den einzigen Ausweg aus der entstandenen Lage sah. (Siehe Werke, Bd. 7, S. 146.) Mit den Stimmen Plechanows, Martows und Axelrods wurde diese Resolution abgelehnt und eine Resolution Martows gegen die Einberufung eines Parteitags angenommen.

Über die Herausgabe von Parteiliteratur konnte zwischen den Vertretern des ZK und den Menschewiki ebenfalls keine Einigung erzielt werden. Der Rat der Partei lehnte die von W. I. Lenin zu dieser Frage eingebrachten Resolutionen ab und nahm Resolutionen an, die die fraktionelle, desorganisierende Tätigkeit der menschewistischen „Iskra" billigten.

Die Sitzungen des Rats im Januar 1904 zeigten, daß mit dem Übergang Plechanows auf die Seite der Menschewiki der Rat der SDAPR zu einem Instrument des Kampfes der Menschewiki gegen die Partei geworden war. *86*

96 Gemeint ist der Resolutionsentwurf über Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens in der Partei. Lenin bestand darauf, daß seine Resolution vor der Resolution G. W. Plechanows über die Kooptation von Menschewiki in das ZK der SDAPR zur Abstimmung gelangt. *87*

97 Es handelt sich um L. Martows Ausführungen zur Frage der Abstimmung über die Resolutionen W. I. Lenins und G. W. Plechanows. Martow erkannte zwar das legitime Recht Lenins an, zu verlangen, daß seine Resolution als erste zur Abstimmung gelangt, schlug jedoch gleichzeitig vor, die Fragestellung folgendermaßen zu ändern: 1. Ist es notwendig, einen Aufruf an alle Parteimitglieder zu veröffentlichen? 2. Der konkrete Vorschlag Plechanows. *87*

98 Die Resolution L. Martows war gegen die besondere Meinung gerichtet, die die Vertreter des ZK W. I. Lenin und F. W. Lengnik am 17. (30.) Januar 1904 im Rat der Partei eingereicht hatten. (Siehe Werke, Bd. 7, S. 142–145.) Martow hatte beantragt, Lenin und Lengnik wegen der von ihnen eingereichten besonderen Meinung eine Rüge zu erteilen. Im weiteren Verlauf der Diskussion war Martow gezwungen, seine Resolution zurückzunehmen. Er schloß sich einer etwas anders formulierten Resolution Plechanows an, die auch mit den Stimmen der Menschewiki angenommen wurde. *89*

99 Das Dokument *„Vom Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands"* schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit dem Beschluß der „Initiatorengruppe", in Genf eine Bibliothek und ein Archiv beim ZK der SDAPR zu schaffen. Das Dokument erschien zusammen mit einem Aufruf der „Initiatorengruppe", bei der Organisierung der Parteibibliothek und des Partei-

archivs zu helfen, in einem Flugblatt „An alle" (als Veröffentlichung der Parteidruckerei in Genf).

Am 7. (20.) Februar 1904 unterzeichnete Lenin als Mitglied des ZK der SDAPR die von W. D. Bontsch-Brujewitsch geschriebenen „Bestimmungen über die Bibliothek und das Archiv beim ZK der SDAPR".

Später (Ende 1904–Anfang 1905) verfaßte W. I. Lenin die „Erklärung der Initiatorengruppe, die die Bibliothek der SDAPR in Genf gegründet hat", betreffs Übergabe der Bibliothek der SDAPR an das Büro der Komitees der Mehrheit. (Siehe den vorliegenden Band, S. 116.) Auf der nächsten Sitzung des Büros der Komitees der Mehrheit wurden auf Vorschlag Lenins die Mitglieder der ehemaligen „Initiatorengruppe" als Aufsichtskomitee für die Bibliothek und das Archiv der SDAPR bestätigt. Ein Bericht über die Tätigkeit dieses Komitees wurde dem Parteitag vorgelegt. (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 533–537, russ.) Die Bibliothek bestand 13 Jahre, bis zur Februarrevolution 1917. Gegenwärtig befinden sich die Bestände der Bibliothek und des Archivs im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU. *90*

100 Das Flugblatt des ZK der SDAPR *„An das russische Proletariat"* schrieb W. I. Lenin eine Woche nach Beginn des Russisch-Japanischen Krieges; es wurde an die Parteikomitees mehrerer Städte Rußlands versandt mit der Weisung, es unverzüglich zu drucken und zu verbreiten. Über die Absendung dieses Flugblatts informierte N. K. Krupskaja am 3. (16.) und 4. (17.) Februar 1904 brieflich I. Ch. Lalajanz, L. B. Krassin und L. M. Knipowitsch. (Zentrales Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und Lenin-Sammelband X, S. 323, 324, russ.) Am 16. (29.) Februar 1904 schrieb N. K. Krupskaja an R. S. Semljatschka und L. J. Galperin: „Der Alte (W. I. Lenin. *Die Red.*) hat ein Flugblatt über den Krieg geschrieben, hier wurde es nicht verbreitet, es wurde zum Druck nach Tomsk, Moskau, Odessa, Petersburg, Samara, Saratow, Nishni-Nowgorod und Jekaterinoslaw geschickt." (Zentrales Staatliches Archiv für Geschichte in Moskau.) In der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befinden sich zahlreiche Exemplare dieses Flugblatts, darunter solche mit einem Vermerk des ZK der SDAPR, mit Vermerken des Moskauer bzw. des Jekaterinoslawer Komitees der SDAPR. Das Flugblatt wurde von den Komitees von Nishni-Nowgorod (7700 Exemplare), Twer und Saratow sowie von Studenten in Kiew nachgedruckt und verbreitet. Außerdem wurde es am 5. (18.) März 1904 in Nr. 61 der „Iskra" abgedruckt. *90*

101 Nach dem Chinesisch-Japanischen Krieg (1894/1895) wurde 1895 der Vertrag von Schimonoseki unterzeichnet, dem zufolge China die Halbinsel Liao-

tung, die Penghuinseln und Taiwan an Japan abtreten und eine Kontribution von 200 Millionen Liang (später wurde die Kontribution auf 230 Millionen Liang erhöht) zahlen mußte; außerdem räumte es Japan eine Reihe ökonomischer Privilegien ein. Rußland, Frankreich und Deutschland, die ein Erstarken Japans fürchteten, protestierten gegen den Vertrag von Schimonoseki. Daraufhin mußte Japan auf die Annexion der Halbinsel Liaotung verzichten. *92*

102 Die hier veröffentlichten Dispositionen bildeten die Grundlage für einen Vortrag über die Pariser Kommune, den W. I. Lenin am 9. (22.) März 1904 in Genf hielt. Die Dispositionen basieren auf einem sorgfältigen Studium von Marx' Arbeit „Der Bürgerkrieg in Frankreich". (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, S. 313–365.) Alle von Lenin angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf die Berliner Ausgabe dieser Arbeit vom Jahre 1891. Die Dispositionen enthalten auch Fakten aus Lissagarays „Histoire de la Commune de 1871" (Geschichte der Kommune von 1871) und G. Weills „Histoire du mouvement social en France 1852–1902" (Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich 1852–1902).

An Hand seiner Dispositionen arbeitete Lenin im Jahre 1905 den „Plan einer Vorlesung über die Kommune" aus. (Siehe Werke, Bd. 8, S. 195–198.) Mit der Pariser Kommune beschäftigte sich Lenin auch später immer wieder. Siehe z. B. die Artikel „Die Lehren der Kommune" und „Dem Andenken der Kommune" sowie das III. Kapitel von „Staat und Revolution" (Werke, Bd. 13, S. 483–486; Bd. 17, S. 122–126; Bd. 25, S. 426–445). *93*

103 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 190. *93*

104 *IAA* (Internationale Arbeiterassoziation, I. Internationale) – erste internationale revolutionäre Massenorganisation des Proletariats, gegründet am 28. September 1864 auf einer von englischen und französischen Arbeitern einberufenen internationalen Arbeiterversammlung in London. Die Gründung der I. Internationale war das Ergebnis des beharrlichen, langjährigen Kampfes von Karl Marx und Friedrich Engels für eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Karl Marx war Organisator und Führer der I. Internationale, er verfaßte ihr Gründungsmanifest, die „Inauguraladresse", sowie die Statuten und andere programmatische und taktische Dokumente.

Das zentrale leitende Organ der I. Internationale war der Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation, dessen ständiges Mitglied Karl Marx war. Im Kampf gegen kleinbürgerliche Einflüsse und sektiererische Tendenzen, die damals in der Arbeiterbewegung vorherrschten (Trade-Unionismus in England, Proudhonismus und Anarchismus [Blanquismus] in den romanischen Ländern, Lassalleanismus in Deutschland), vereinigte Marx die fortschrittlichen

Arbeiter Europas und Amerikas auf dem Boden des wissenschaftlichen Kommunismus. Die I. Internationale leitete den ökonomischen und politischen Kampf der Arbeiter in den verschiedenen Ländern und festigte ihre internationale Solidarität. In bedeutendem Maße trug die I. Internationale zur Verbreitung des Marxismus und zur Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung bei.

Nach der Niederlage der Pariser Kommune stand vor der Arbeiterklasse die Aufgabe, auf der Grundlage der von der I. Internationale aufgestellten Prinzipien proletarische Massenparteien in den einzelnen Ländern zu schaffen. Im Jahre 1873 schrieb Karl Marx: „Nach meiner Ansicht von den europäischen Verhältnissen ist es durchaus nützlich, die formelle Organisation der Internationalen einstweilen in den Hintergrund treten zu lassen ..." (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 33, S. 606.) Im Jahre 1876 wurde die I. Internationale auf der Konferenz in Philadelphia offiziell aufgelöst. *93*

105 Gemeint ist die *Londoner Weltausstellung* von 1862, auf der ein Treffen einer französischen Arbeiterdelegation mit englischen Arbeitern stattfand. *93*

106 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 191. *93*

107 Es handelt sich um das Manifest des Ausschusses der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom 5. September 1870. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, S. 276.) *94*

108 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, S. 277/278. *95*

109 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, S. 320. *95*

110 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, S. 320/321. *95*

111 Gemeint ist Leo Frankel (1844–1896), einer der Führer des Vereins der deutschen sozialistischen Arbeiter in Frankreich, hervorragender Vertreter der ungarischen und der internationalen Arbeiterbewegung, 1871/1872 Mitglied des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation. In der Pariser Kommune leitete er die Kommission für Arbeit und Handel. *97*

112 Karl Marx schrieb in seinem Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich" über die Minister der Regierung Thiers: „Diese Männer nun konnten ihre tickets-of-leave nur in den Ruinen von Paris finden; sie waren gerade die Leute, die Bismarck brauchte." Friedrich Engels erläuterte den Ausdruck „tickets-of-leave" folgendermaßen: „In England gibt man gemeinen Verbrechern nach Verbüßung des größern Teils ihrer Haft häufig Urlaubsscheine, mit denen sie entlassen und unter Polizeiaufsicht gestellt werden. Diese Scheine heißen tickets-of-leave und ihre Inhaber ticket-of-leave-men." (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, S. 322.) *101*

113 Gemeint ist *Eugène Dupont*, Mitglied des Generalrats der IAA und Korrespondierender Sekretär für Frankreich. Briefe von ihm sind in dem Buch von

G. Weill „Histoire du mouvement social en France 1852–1902" erwähnt. In seinem „Plan einer Vorlesung über die Kommune" erwähnt W. I. Lenin einen Brief Duponts vom 7. September 1870. (Siehe Werke, Bd. 8, S. 196.) *101*

[114] Die Zahlen über die von Gerichten verurteilten Kommunarden stammen aus Lissagarays „Histoire de la Commune de 1871". (Siehe Prosper Lissagaray, „Geschichte der Kommune von 1871", Berlin 1953, S. 486.) *102*

[115] Die Tagung des *Rats der SDAPR* fand am 31. Mai und 5. Juni (13. und 18. Juni) 1904 in Genf in folgender Zusammensetzung statt: W. I. Lenin, G. W. Plechanow (Vorsitzender), W. A. Noskow, P. B. Axelrod und L. Martow. In der ersten Sitzung erörterte der Rat Fragen der Einberufung einer gemeinsamen Konferenz revolutionärer und oppositioneller Parteien in Rußland und des bevorstehenden internationalen Kongresses in Amsterdam. In der zweiten Sitzung wurden innerparteiliche Fragen erörtert: 1. das Recht der zentralen Parteikörperschaften (ZO und ZK), ihre Vertreter aus dem Rat der Partei abzuberufen; 2. die Kooptation in die Komitees und das Recht des ZK, neue Mitglieder der Komitees einzusetzen; 3. der Abstimmungsmodus der Parteiorganisationen betreffend die Einberufung des III. Parteitags; 4. die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle des Rats und andere Fragen.

Da drei der fünf Mitglieder des Rats (Plechanow, Axelrod und Martow) Vertreter der menschewistischen Opposition waren und Noskow eine versöhnlerische Haltung einnahm, faßte der Rat der Partei zu den wichtigsten innerparteilichen Fragen menschewistische Beschlüsse. (Die Reden W. I. Lenins auf dieser Ratstagung siehe Werke, Bd. 7, S. 439–448.) *102*

[116] Die *gemeinsame Konferenz oppositioneller und revolutionärer Organisationen Rußlands*, deren Einberufung von der „Finnischen Partei des aktiven Widerstands" angeregt worden war, fand Ende 1904 statt. Die Vertreter der SDAPR und einiger anderer sozialdemokratischer Parteien und Organisationen Rußlands, die im August 1904 in Amsterdam vor der Eröffnung des Internationalen Sozialistenkongresses zusammenkamen, beschlossen, an dieser gemeinsamen Konferenz nicht teilzunehmen. Seitens der SDAPR wurde dieser Beschluß in der Sitzung des Rats der Partei am 21. August (3. September) 1904 bestätigt. *102*

[117] Gemeint sind folgende Organisationen:

Die *„Lettische Sozialdemokratische Arbeiterorganisation des Baltikums"* entstand im April 1902 durch die Vereinigung mehrerer sozialdemokratischer Organisationen. Aus ihr ging die auf dem I. Kongreß sozialdemokratischer Organisationen Lettlands vom 7. bis 9. (20. bis 22.) Juni 1904 gegründete „Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei" hervor, die 1906 auf dem IV. (Vereinigungs-)Parteitag in die SDAPR aufgenommen wurde.

Der *„Lettische Sozialdemokratische Verband“*, der im Herbst 1900 im Ausland gegründet worden war, vertrat ähnliche Forderungen wie die russischen Sozialrevolutionäre und wies starke nationalistische Tendenzen auf. Im Jahre 1905 konnte der „Verband“ vorübergehend einen gewissen Einfluß auf einen Teil der Bauern gewinnen, wurde aber bald von der „Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ verdrängt. Danach trat der „Verband“ kaum noch in Erscheinung. *102*

[118] Gemeint ist die *„Armenische Sozialdemokratische Arbeiterorganisation“* (die sogenannten „Spezifiker“), die kurz nach dem II. Parteitag der SDAPR von armenischen national-föderalistischen Elementen geschaffen worden war. Ähnlich wie die Bundisten forderte die Organisation das föderative Prinzip des Parteiaufbaus, d. h. die getrennte Organisierung des Proletariats nach nationalen Gesichtspunkten, und gab sich als einzige Vertreterin des armenischen Proletariats aus. Um ihren Nationalismus zu rechtfertigen, berief sie sich auf die „spezifischen Bedingungen jeder Nation“. *102*

[119] Gemeint ist L. Martows Vorschlag in der ersten Sitzung des Rats der Partei, man müsse vorher beschließen, daß prinzipielle Beschlüsse auf der gemeinsamen Konferenz nur einstimmig gefaßt werden können. *103*

[120] Diese Bemerkung W. I. Lenins bezieht sich auf eine von L. Martow eingebrachte Resolution, in der alle Parteiorganisationen aufgefordert wurden, ihre Mandate für den Amsterdamer Kongreß der II. Internationale an den Rat der Partei zu senden, desgleichen die Berichte über die Tätigkeit der örtlichen Organisationen, damit der Gesamtbericht abgefaßt werden könne. Nach Martow hatte G. W. Plechanow gesprochen, der darauf hinwies, daß man auf die örtlichen Berichte nicht mehr warten könne, und beantragte, sofort jemanden mit der Ausarbeitung des Berichts zu beauftragen. *104*

[121] Es handelt sich um die Zeitung „Weraznutjun“ (Wiedergeburt), das Organ der armenischen kleinbürgerlichen nationalistischen Partei „Gntschak“, das von 1903 bis 1904 in Russe (Bulgarien) erschien.

Martow hatte vorgeschlagen, man solle dem Wunsch der „Gntschakisten“, sich der SDAPR anzuschließen, entsprechen und das ZK beauftragen, die Frage ihres Organs zu entscheiden. *104*

[122] Gemeint ist L. Martows Behauptung, daß die Minderheit des Moskauer Komitees ihrerseits nicht ein, sondern zwei Mitglieder zur Kooptation vorgeschlagen habe. *105*

[123] Nach dem vom II. Parteitag der SDAPR angenommenen Parteistatut besaßen nur diejenigen Organisationen das Recht der Vertretung auf dem Parteitag, die mindestens ein Jahr vor dem Parteitag bestätigt wurden. Auf Grund dessen hatte W. A. Noskow (Glebow) in der zweiten Sitzung des Rats der Partei dar-

auf hingewiesen, daß die Stimmen der Komitees von Twer und Riga bei der Entscheidung über die Einberufung des III. Parteitags nicht rechtskräftig sind. *106*

[124] Der *Kaukasische Bund der SDAPR* wurde auf dem I. Kongreß der sozialdemokratischen Organisationen des Kaukasus im März 1903 in Tiflis auf Initiative des Tifliser und des Bakuer Komitees der SDAPR gegründet. Auf dem Kongreß waren 15 Delegierte der sozialdemokratischen Organisationen aus Tiflis, Baku, Batum, Kutaïs und anderen Orten Transkaukasiens anwesend. Der Kongreß wählte das leitende Organ des Bundes, das Kaukasische Bundeskomitee der SDAPR, dem 9 Mitglieder angehörten. Der Kongreß billigte die politische Linie der Leninschen „Iskra" und nahm den von der „Iskra"-Redaktion ausgearbeiteten Entwurf des Parteiprogramms als Grundlage für die Tätigkeit der sozialdemokratischen Organisationen Transkaukasiens an.

Zum II. Parteitag der SDAPR hatte der Kaukasische Bund 3 Delegierte entsandt. Die Delegierten hatten den Auftrag, auf dem Parteitag für die programmatischen, organisatorischen und taktischen Prinzipien der Leninschen „Iskra" einzutreten. Das Kaukasische Bundeskomitee der SDAPR hatte von Anfang an enge Verbindung zu W. I. Lenin und war eine feste Stütze der Bolschewiki im Kampf gegen die Menschewiki. Der Bund beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung des III. Parteitags der SDAPR. Vertreter des Kaukasischen Bundes gehörten dem Büro der Komitees der Mehrheit (siehe Anm. 139) an, in dessen Händen die praktische Vorbereitung des III. Parteitags lag. Der Bund spielte eine wichtige Rolle bei der Organisierung der Arbeiterbewegung in Transkaukasien am Vorabend und während der ersten russischen Revolution. Er erzog die Arbeiter des Kaukasus, die zahlreichen Nationalitäten angehörten, im Geiste des proletarischen Internationalismus. Der Kaukasische Bund der SDAPR existierte bis zur Gründung der vereinigten Komitees der bolschewistischen und der menschewistischen Fraktion im Februar 1906. *106*

[125] Gemeint ist der Vorschlag L. Martows in der zweiten Sitzung des Rats der Partei, die Komitees von Samara, Smolensk, Brjansk und Astrachan den Komitees gleichzustellen, die am Parteitag teilgenommen hatten, d. h. ihnen bei der Entscheidung über die Einberufung des Parteitags Stimmrecht zu gewähren. *106*

[126] L. Martow hatte vorgeschlagen, dem Kaukasischen Bund das Recht der Abstimmung für den Parteitag ab 1903, d. h. vom Zeitpunkt der Bestätigung seines Statuts, zuzuerkennen. *107*

[127] Gemeint ist der Beschluß der Januartagung des Rats der Partei (1904) über die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle des Rats. *107*

[128] Mit den Stimmen der Menschewiki, G. W. Plechanow, L. Martow, P. B. Axel-

rod, und des Versöhnlers W. A. Noskow (Glebow) sprach sich der Rat der Partei in seiner Sitzung am 5. (18.) Juni 1904 gegen die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle des Rats aus. *108*

129 Mit *Rigaer Deklaration* meint Lenin den von der Beratung der 22 Bolschewiki angenommenen Aufruf „An die Partei", der im August 1904 vom Rigaer Komitee der SDAPR als Sonderdruck veröffentlicht worden war. (Siehe Werke, Bd. 7, S. 459–467.) *109*

130 Gemeint ist die *„Julideklaration"* des ZK – Beschluß, der von den versöhnlerischen Mitgliedern des Zentralkomitees – L. B. Krassin, W. A. Noskow und L. J. Galperin – im Juli 1904 gefaßt wurde. Die Deklaration bestand aus 26 Punkten, von denen 9 in Nr. 72 der „Iskra" vom 25. August (7. September) 1904 unter der Überschrift „Deklaration des Zentralkomitees" veröffentlicht wurden. Der Beschluß war rechtswidrig, da er ohne Wissen zweier ZK-Mitglieder gefaßt wurde: W. I. Lenins, der sich in der Schweiz befand, und R. S. Semljatschkas. Damit war ihnen die Möglichkeit genommen, im ZK die Ansichten der Parteimehrheit zu vertreten. In diesem Beschluß erkannten die Versöhnler die von Plechanow kooptierte menschewistische Redaktion der neuen „Iskra" an. In das ZK wurden weitere drei Versöhnler kooptiert: A. I. Ljubimow, L. J. Karpow und J. F. Dubrowinski. Die Versöhnler wandten sich gegen die Einberufung des III. Parteitags und lösten das Südbüro des ZK auf, das für die Einberufung des Parteitags agitiert hatte. Sie entzogen Lenin das Recht, das Zentralkomitee der Partei im Ausland zu vertreten, und verboten, seine Schriften ohne Erlaubnis des Kollegiums des ZK zu veröffentlichen. Mit der Annahme der „Julideklaration" sagten sich die versöhnlerischen Mitglieder des ZK von den Beschlüssen des II. Parteitags der SDAPR völlig los und gingen offen auf die Seite der Menschewiki über.

W. I. Lenin protestierte energisch gegen die „Julideklaration". In seinem Brief „An die fünf Mitglieder des Zentralkomitees" und in seiner Broschüre „Erklärung und Dokumente über den Bruch der zentralen Körperschaften mit der Partei" entlarvte Lenin die rechtswidrige Handlungsweise der drei Mitglieder des Zentralkomitees. (Siehe Werke, Bd. 7, S. 468/469 und 537–547.) Die Komitees der Partei von Petersburg, Moskau, Riga, Baku, Tiflis, Imeretien-Mingrelien, Nikolajew, Odessa und Jekaterinoslaw unterstützten W. I. Lenin und verurteilten entschieden die „Julideklaration". *109*

131 Gemeint ist die menschewistische „Iskra". Auf dem II. Parteitag war die Redaktion des Zentralorgans der Partei in folgender Zusammensetzung bestätigt worden: W. I. Lenin, G.W. Plechanow und L. Martow. Entgegen dem Parteitagsbeschluß weigerte sich jedoch der Menschewik Martow, ohne die alten, menschewistischen Redakteure (P. B. Axelrod, A. N. Potressow und W. I. Sassu-

litsch), die auf dem II. Parteitag nicht wiedergewählt worden waren, in die Redaktion einzutreten. So erschienen die Nummern 46–51 der „Iskra" unter der Redaktion Lenins und Plechanows. Später ging Plechanow auf die Positionen des Menschewismus über und verlangte die Aufnahme der vom Parteitag abgelehnten alten, menschewistischen Redakteure in die Redaktion. Lenin konnte sich damit nicht einverstanden erklären und trat am 19. Oktober (1. November) 1903 aus der Redaktion der „Iskra" aus; er wurde in das ZK kooptiert und führte von dort den Kampf gegen die Menschewiki. Nr. 52 der „Iskra" erschien unter der alleinigen Redaktion Plechanows, und am 13. (26.) November 1903 kooptierte Plechanow eigenmächtig, unter Verletzung des Willens des II. Parteitags, die ehemaligen menschewistischen Redakteure Axelrod, Potressow und Sassulitsch in die Redaktion der „Iskra". Ab Nr. 52 hörte die „Iskra" auf, das Kampforgan des revolutionären Marxismus zu sein. *109*

132 Der *Verlag für sozialdemokratische Parteiliteratur von W. Bontsch-Brujewitsch und N. Lenin* wurde im Spätsommer 1904 von den Bolschewiki gegründet, nachdem die menschewistische Redaktion der „Iskra" es abgelehnt hatte, Erklärungen von Organisationen und Parteimitgliedern zu veröffentlichen, die für die Beschlüsse des II. Parteitags eintraten und die Einberufung des III. Parteitags forderten. Von den örtlichen Parteikomitees der Mehrheit wurde der Verlag unterstützt. *110*

133 Im Herbst 1904 wurde in der Genfer Gruppe der Bolschewiki auf Initiative W. I. Lenins ein Propagandistenzirkel gebildet. Die meisten Hörer waren einfache Parteifunktionäre – Arbeiter und Jugendliche, die keine theoretischen Kenntnisse besaßen. Ziel des Zirkels war es, diese Menschen für die Arbeit in Rußland vorzubereiten. Der Unterricht erfolgte in Form von Vorträgen und Referaten. W. I. Lenin erteilte Unterricht zu Fragen des Parteiprogramms. Wegen des Beginns der Revolution und der Abreise eines Teils der Genossen nach Rußland stellte der Zirkel seine Arbeit bald ein. Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befinden sich eine Reihe von Dokumenten, die über die Arbeit dieses Zirkels Aufschluß geben. Lenins Bemerkungen, Pläne für Zirkelabende und Aufzeichnungen der Diskussionen zu den Referaten sind im Lenin-Sammelband XV, S. 283–285 und 287, russ., veröffentlicht. *110*

134 Das von Lenin erwähnte Meeting fand am 14. August 1889 im Londoner Hafen zu Beginn des Streiks der Dockarbeiter statt. Der Streik, der vom 12. August bis 14. September 1889 andauerte, erfaßte 30 000 Dockarbeiter und über 30 000 Arbeiter anderer Berufe; die meisten von ihnen waren ungelernte, nichtorganisierte Arbeiter. In diesem Streik kämpften organisierte und nichtorganisierte Arbeiter sowie Arbeitslose Seite an Seite und erreichten durch

ihre Beharrlichkeit und Organisiertheit die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiter Englands, Australiens und vieler Häfen europäischer Länder unterstützten die Streikenden. Der Streik trug zur besseren Organisation der Arbeiterklasse bei; es bildete sich der Verband der Dockarbeiter und anderer Berufe, der eine große Zahl ungelernter Arbeiter vereinigte. *111*

135 Bei dem vorliegenden Dokument handelt es sich um die ursprüngliche Variante und den endgültigen Text einer Anmerkung der Redaktion des „Wperjod". Der Brief des Petersburger Korrespondenten, zu dem diese Anmerkung geschrieben wurde, ist nicht aufgefunden worden. Wahrscheinlich sollte er in Nr. 4 oder Nr. 5 des „Wperjod" erscheinen, aber die Ereignisse des 9. Januar 1905 füllten die Spalten der Zeitung, und für spätere Nummern war das Material des Briefes offenbar schon überholt.

„*Wperjod*" (Vorwärts) – illegale bolschewistische Wochenzeitung, die vom 4. Januar 1905 (22. Dezember 1904) bis zum 18. (5.) Mai 1905 in Genf herausgegeben wurde. Es erschienen 18 Nummern; die Höhe der Auflage betrug 7000–10 000 Exemplare. Die unmittelbare organisatorische und ideologische Leitung der Zeitung lag in den Händen W. I. Lenins. Lenin hatte auch den Namen der Zeitung vorgeschlagen. Dem Redaktionskollegium gehörten ferner W. W. Worowski, M. S. Olminski und A. W. Lunatscharski an. Den gesamten Briefwechsel der Zeitung mit den örtlichen Komitees in Rußland und den Korrespondenten führte N. K. Krupskaja. W. I. Lenin schrieb über die Linie der Zeitung: „Die Richtung der Zeitung ‚Wperjod' ist die *Richtung der alten ‚Iskra'*. Im Namen der alten ‚Iskra' kämpft der ‚Wperjod' entschieden gegen die neue ‚Iskra'." (Siehe Werke, Bd. 8, S. 118.)

Im „Wperjod" wurden über 60 Artikel und kleinere Beiträge W. I. Lenins veröffentlicht. Einige Nummern der Zeitung, zum Beispiel die Nummern 4 und 5, die den Ereignissen vom 9. Januar 1905 und dem Beginn der Revolution in Rußland gewidmet waren, wurden fast vollständig von Lenin verfaßt.

Auf Beschluß des III. Parteitags wurde anstelle des „Wperjod" die Zeitung „Proletari" (Der Proletarier) als Zentralorgan der Partei gegründet, die eine unmittelbare Fortsetzung des „Wperjod" darstellte. *113*

136 Die *Vorläufigen Thesen zu einem Artikel „Wie verteidigen sie sich?"* verfaßte Lenin etwa im Januar 1905. Der geplante Artikel war als Antwort auf Plechanows Artikel „Über unsere Taktik hinsichtlich des Kampfes der liberalen Bourgeoisie gegen den Zarismus" gedacht, in dem Plechanow Lenins Broschüre „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'" kritisiert. Ein solcher Artikel Lenins ist jedoch nicht in der Presse erschienen, wahrscheinlich ist er nicht geschrieben worden. *114*

137 In seinem Artikel „Über unsere Taktik hinsichtlich des Kampfes der liberalen

Bourgeoisie gegen den Zarismus" stellt Plechanow Lenins Arbeit „Was tun?", die angeblich von dem „alten" Lenin stammt, und die Broschüre „Die Semstwokampagne und der Plan der ‚Iskra'", die angeblich die Ansichten des „neuen" Lenin widerspiegelt, einander gegenüber. Die angeblichen Widersprüche sollen sich auf Lenins Stellung zu der liberalen Semstwobewegung beziehen. *114*

[138] Gemeint ist der Umstand, daß der Vorsitzende der Semstwoversammlung des Gouvernements Tambow, Petrowo-Solowowo, am 14. und 15. Dezember 1904 die Polizei für eine Versammlung um Schutz vor der „Öffentlichkeit" ersucht hatte. In Plechanows Artikel heißt es hierzu: „Noch ein Wort zur Panik. Die jüngsten Tambower Ereignisse könnten gewisse Gegner des Absolutismus auf den Gedanken bringen, daß die ‚Moskowskije Wedomosti' (Moskauer Nachrichten) recht haben, wenn sie den Liberalen mit einem allgemeinen Volksaufstand *gegen* den Konstitutionalismus drohen." (G. W. Plechanow: Werke, Bd. XIII, S. 178, russ.) *115*

[139] *Büro der Komitees der Mehrheit* – organisatorisches Zentrum der Bolschewiki zur Vorbereitung des III. Parteitags der SDAPR, das Ende 1904 auf Initiative W. I. Lenins gegründet worden war. Die Partei durchlebte in dieser Zeit eine schwere Krise. Die Menschewiki, die die Zentralstellen der Partei an sich gerissen hatten, betrieben eine desorganisierende, spalterische Tätigkeit in den örtlichen Parteiorganisationen und untergruben die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Gleichzeitig erforderte die revolutionäre Situation im Lande jedoch den Zusammenschluß der Parteikräfte und eine einheitliche Kampffront des Proletariats. Diese Situation machte die unverzügliche Einberufung eines neuen, des III. Parteitags dringend notwendig. Hierbei spielte die im August 1904 in Genf einberufene Beratung der 22 Bolschewiki eine große Rolle. Auf der Beratung wurde der von Lenin verfaßte Aufruf „An die Partei" angenommen, der zum Kampfprogramm der Bolschewiki für die Einberufung des III. Parteitags wurde. Von September bis Dezember 1904 fanden in Rußland drei Gebietskonferenzen bolschewistischer Komitees statt – des Südens, des Kaukasus und des Nordens. Auf diesen Konferenzen bildete sich das Büro der Komitees der Mehrheit heraus. Ihm gehörten unter anderen an: W. I. Lenin, R. S. Semljatschka, S. I. Gussew, M. N. Ljadow, M. M. Litwinow. *116*

[140] W. I. Lenin hat den geplanten Artikel nicht geschrieben. *117*

[141] *Volksrechtler* – Mitglieder der Partei „Narodnoje Prawo" (Volksrecht), einer illegalen Organisation der russischen demokratischen Intelligenz, die im Sommer 1893 unter Beteiligung ehemaliger Narodowolzen gegründet wurde. Die Volksrechtler stellten sich die Aufgabe, alle oppositionellen Kräfte zum Kampf um politische Reformen zusammenzuschließen. Die Organisation gab zwei programmatische Dokumente heraus: „Manifest" und „Eine dringende Frage",

Im Frühjahr 1894 wurde sie von der zaristischen Regierung zerschlagen. Eine Einschätzung der Volksrechtler als politische Partei gibt W. I. Lenin in seinen Arbeiten „Was sind die ‚Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?" und „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten". (Siehe Werke, Bd. 1, S. 335–338, und Bd. 2, S. 347/348.) Die meisten Volksrechtler traten später der Partei der Sozialrevolutionäre bei. *117*

142 Der vorliegende Plan hat inhaltlich Ähnlichkeit mit dem Artikel W. I. Lenins „Über ein Kampfabkommen für den Aufstand". (Siehe Werke, Bd. 8, S. 146 bis 154.) Der Plan wurde offenbar später als der erwähnte Artikel niedergeschrieben, da Lenin in dem Plan bereits konkret die Frage eines Kampfkomitees stellt, die im Artikel nicht enthalten ist. *118*

143 Der *Genfer Klub der Bolschewiki* wurde auf der Konferenz der Auslandsgruppen zur Unterstützung der SDAPR am 13. Januar 1905 gebildet. Es wurden 4 Sektionen zur Ausarbeitung folgender Fragen des Parteilebens geschaffen: 1. Organisation, 2. Propaganda, 3. Agitation und 4. technische Fragen.

Am 5. März 1905 wurde in einer Sitzung der Sektion für Organisationsfragen ein Referat von A. M. Essen (Stepanow) über die Organisation der Arbeit hauptsächlich unter den nichtproletarischen Bevölkerungsschichten (Studenten, Soldaten, Bauern) erörtert. W. I. Lenin sprach dreimal in der Diskussion: zuerst nach dem Referat von Stepanow, dann nach einem Beitrag von Robert (um wen es sich handelt, konnte nicht ermittelt werden) und zuletzt in Verbindung mit einem Beitrag von Olga (S. N. Rawitsch), die vorgeschlagen hatte, Lenin zu bitten, sich an der Ausarbeitung eines „Fragebogens" zu beteiligen, da Lenin in der praktischen Arbeit in Rußland große Erfahrungen habe.

Mit der Bemerkung: „Ich hatte einen Fragebogen verfaßt, aber er ist zu allgemein", meint Lenin seine „Umfrage". (Siehe Werke, Bd. 8, S. 189/190.) *119*

144 In der im „Wperjod" Nr. 14 vom 12. April (30. März) 1905 veröffentlichten Resolution verurteilten die Arbeiter die Spaltung in der Partei und forderten die unverzügliche Vereinigung. *121*

145 Gemeint sind die in Nr. 14 des „Wperjod" veröffentlichten Resolutionen des Charkower menschewistischen Komitees über die Wahl eines Delegierten zum III. Parteitag der SDAPR und der Charkower bolschewistischen Gruppe über die Notwendigkeit der Vereinigung der Partei „auf dem Boden einer einheitlichen, streng prinzipiellen Taktik und einer zentralisierten Organisation". *121*

146 Es handelt sich um die Vereinbarung zwischen dem Büro der Komitees der Mehrheit und dem Zentralkomitee der SDAPR über die Einberufung des III. Parteitags. Die Grundlagen dieser Vereinbarung wurden in dem im Namen

des ZK und des Büros der Komitees der Mehrheit erlassenen Aufruf „An die Partei" vom 12. (25.) März 1905 dargelegt, der in Nr. 13 des „Wperjod" vom 5. April (23. März) 1905, in W. I. Lenins Artikel „Der zweite Schritt", veröffentlicht wurde. In der Vereinbarung wurde darauf hingewiesen, daß „die weitere Arbeit zur Einberufung des Parteitags gemeinsam vom Büro der Komitees der Mehrheit und vom ZK durchgeführt wird, die ein Organisationskomitee bilden". Eine Einschätzung der Vereinbarung gab Lenin in den Artikeln „Der zweite Schritt" und „Der entlarvte Rat der Partei". (Siehe Werke, Bd. 8, S. 253–258, 325–329.) *122*

147 Der *III. Parteitag der SDAPR* fand vom 12. bis 27. April (25. April bis 10. Mai) 1905 in London statt. Er wurde von den Bolschewiki vorbereitet und stand unter der Leitung Lenins. Die Menschewiki weigerten sich, am Parteitag teilzunehmen, und hielten in Genf eine eigene Konferenz ab.

Auf dem Parteitag waren 38 Delegierte anwesend: 24 mit beschließender und 14 mit beratender Stimme. Beschließende Stimme besaßen die Delegierten von 21 Komitees der SDAPR. Lenin war Delegierter des Odessaer Komitees. Zu den Delegierten gehörten: A. A. Bogdanow, N. K. Krupskaja, M. M. Litwinow, A. W. Lunatscharski, R. S. Semljatschka, W. W. Worowski, M. G. Zchakaja und andere. Zum Vorsitzenden des Parteitags wurde Lenin gewählt.

Der Parteitag behandelte die Grundfragen der sich entfaltenden Revolution in Rußland und bestimmte die Aufgaben des Proletariats und seiner Partei. Lenin sprach zu allen wichtigen Fragen und verfaßte zahlreiche Resolutionsentwürfe. (Siehe Werke, Bd. 8, S. 355–421.) Der Parteitag umriß den strategischen Plan der Partei in der bürgerlich-demokratischen Revolution und bestimmte die taktische Linie der Partei. Als wichtigste und unaufschiebbare Aufgabe der Partei bezeichnete er die Organisierung des bewaffneten Aufstands. Der Parteitag erklärte, daß nach dem Sieg des bewaffneten Volksaufstands eine provisorische revolutionäre Regierung geschaffen werden muß, deren Aufgabe es ist, den Widerstand der Konterrevolution niederzuhalten, das Minimalprogramm der SDAPR zu verwirklichen und die Bedingungen für den Übergang zur sozialistischen Revolution vorzubereiten.

Der Parteitag revidierte das Parteistatut: er nahm den ersten Paragraphen des Statuts über die Mitgliedschaft in der Leninschen Formulierung an; er beseitigte das System der Zweizentrigkeit (ZK und ZO) in der Partei und schuf ein einheitliches leitendes Parteizentrum – das Zentralkomitee; er legte die Rechte des ZK und dessen Beziehungen zu den örtlichen Komitees genau fest.

Der Parteitag verurteilte die Handlungsweise der Menschewiki, ihren

Opportunismus in den Fragen der Organisation und der Taktik. In Anbetracht dessen, daß die „Iskra" in die Hände der Menschewiki geraten war und eine opportunistische Linie verfolgte, beauftragte der III. Parteitag der SDAPR das ZK, ein neues Zentralorgan zu schaffen, die Zeitung „Proletari". Zum Redakteur des „Proletari" wurde auf der Plenartagung des ZK vom 27. April (10. Mai) 1905 W. I. Lenin ernannt.

Der III. Parteitag der SDAPR war von großer historischer Bedeutung. Er war der erste bolschewistische Parteitag. Der Parteitag rüstete die Partei und die Arbeiterklasse mit einem Kampfprogramm für den Sieg der demokratischen Revolution aus. Über die Arbeit und die Bedeutung des III. Parteitags siehe Lenins Artikel „Der dritte Parteitag" (Werke, Bd. 8, S. 440–447) und die Arbeit „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" (Werke, Bd. 9, S. 1–130). *122*

148 Diese von W. I. Lenin verfaßten Bestimmungen wurden auf der letzten Sitzung des Organisationskomitees für die Einberufung des III. Parteitags der SDAPR am 11. (24.) April 1905 angenommen und von L. B. Krassin, der dem OK als Vertreter des ZK angehörte, im Rahmen des Rechenschaftsberichts des OK auf der ersten Sitzung des III. Parteitags am 12. (25.) April 1905 verlesen. (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 30/31, russ.) *122*

149 Das vorliegende Dokument ist der Entwurf des fünften Punktes der vom Organisationskomitee für die Einberufung des III. Parteitags der SDAPR am 11. (24.) April 1905 angenommenen Bestimmungen. (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 31/32, russ.) Die wichtigsten Thesen dieses Dokuments gingen auch in die Resolution über die Konstituierung des Parteitags ein, die von P. A. Krassikow (Belski), M. S. Leschtschinski (Sharkow) und M. M. Litwinow (Kusnezow) in der dritten Sitzung des Parteitags am 13. (26.) April vorgeschlagen und in der fünften Sitzung des Parteitags am 14. (27.) April 1905 angenommen wurde. (Siehe ebenda, S. 96.) *125*

150 Vom Kasaner Komitee war bis zur achtzehnten Sitzung kein Delegierter auf dem Parteitag anwesend, da es dem Organisationskomitee nicht gelungen war, rechtzeitig mit dem Komitee in Verbindung zu treten. Das Mitglied des Kasaner Komitees W. W. Adoratski befand sich zu diesem Zeitpunkt im Ausland. Um die Teilnahme der Kasaner Organisation am Parteitag zu gewährleisten, hatte Lenin in einem Antrag „An die Kommission zur Überprüfung der Zusammensetzung des Parteitags" vorgeschlagen, W. W. Adoratski als Mitglied des Kasaner Komitees mit beratender Stimme zum Parteitag einzuladen. Die Mandatsprüfungskommission schlug vor, Gen. Adoratski „einfach als

Parteimitglied..." einzuladen. Diese Formulierung der Kommission bezeichnete Lenin als sonderbar.

Der Parteitag beschloß mit Stimmenmehrheit bei zwei Gegenstimmen, Gen. Adoratski „als Mitglied des Komitees" einzuladen. Es gelang jedoch nicht, Adoratski von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen, so daß er auf dem Parteitag nicht anwesend war. Erst zur achtzehnten Sitzung des Parteitags erschien vom Kasaner Komitee der Delegierte I. A. Sammer (Sawitsch). Er erhielt eine beratende Stimme. *126*

[151] N. A. Alexejew (Andrejew) hatte als Resolution vorgeschlagen, „den Bericht des OK von der faktischen Seite her zu diskutieren und nicht von der prinzipiellen oder moralischen Seite". Im Verlauf der Diskussion über diese Frage schloß sich Andrejew der von W. I. Lenin vorgeschlagenen Resolution an (siehe das folgende Dokument), die vom Parteitag angenommen wurde. *127*

[152] Der Entwurf der Tagesordnung wurde in der dritten Sitzung des Parteitags, in der Nachmittagssitzung am 13. (26.) April 1905, beraten.

In Band 10 der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins sind in dem Abschnitt „Vorbereitende Materialien" (S. 375–378) Varianten des Entwurfs der Tagesordnung des Parteitags veröffentlicht.

Der vorliegende Entwurf wurde an die Delegierten verteilt, damit sie ihre Bemerkungen machen konnten, danach wurde er mit geringfügigen redaktionellen Änderungen auf dem Parteitag als der von W. I. Lenin, M. M. Litwinow (Kusnezow) und A. A. Bogdanow (Maximow) unterzeichnete Entwurf verlesen. *128*

[153] Der Vorschlag D. S. Postolowskis (Michailows), A. W. Lunatscharskis (Woinows) und L. B. Krassins (Simins) bestand darin, die Tagesordnung des Parteitags in vier Hauptpunkte zu gliedern: Fragen der Organisation, taktische Fragen, Verhältnis zu den anderen Parteien, Berichte der Delegierten. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Im weiteren Verlauf der Diskussion und nach Ergänzungsvorschlägen wurde die Tagesordnung mit folgenden Hauptpunkten angenommen: 1. Taktische Fragen; 2. Fragen der Organisation; 3. Verhältnis zu den anderen Parteien; 4. Arbeit innerhalb der Partei; 5. Berichte der Delegierten; 6. Wahlen. *129*

[154] Der von W. I. Lenin erwähnte Entwurf Iwanows (A. A. Bogdanows) war der Entwurf eines neuen Statuts der SDAPR, der dem Parteitag vom Büro der Komitees der Mehrheit vorgelegt wurde. Dieser Entwurf war in Nr. 13 des „Wperjod" vom 5. April (23. März) 1905 unter der Überschrift „Die Organisationsfrage" veröffentlicht worden. Er wurde mit einigen Änderungen, die sich bei Vorbesprechungen der Delegierten ergeben hatten, von Bogdanow (Maximow) in der 15. Sitzung des Parteitags, in der Nachmittagssitzung am 20. April

(3. Mai), verlesen. Nach der Diskussion und einigen Änderungen wurde das Statut in der 17. Sitzung des Parteitags, in der Nachmittagssitzung am 21. April (4. Mai), bestätigt.

Die Bemerkungen von N. F. (E. E. Essen) zum Entwurf Iwanows waren unter der Überschrift „Zum Entwurf des Parteistatuts" in der „Sonderbeilage zu Nr. 15 des ‚Wperjod'" vom 20. (7.) April 1905 veröffentlicht worden. *130*

155 Lenin nennt W. W. Adoratski irrtümlich Arnatski. *131*

156 Bei der Erörterung dieser Frage wies Lenin in der vierten Sitzung des Parteitags am 14. (27.) April 1905 darauf hin, daß er nicht vorgeschlagen habe, W. W. Filatow (NN) einzuladen, sondern dem Parteitag nur Filatows Antrag übergeben habe. (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 80, russ.)

Der Antrag, Filatow mit beratender Stimme zum Parteitag einzuladen, wurde abgelehnt. *132*

157 In der vierten Sitzung (Vormittagssitzung am 14. [27.] April) sprach Lenin zweimal (den zweiten Beitrag siehe Werke, Bd. 8, S. 361–363). Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission kam es zu einer Debatte über die Frage, ob man den bolschewistischen Organisationen, die parallel zu den menschewistischen Komitees existierten und arbeiteten (die Charkower und Jekaterinoslawer Gruppe und das Komitee der Auslandsorganisation), sowie dem Archangelsker Komitee, das nicht bestätigt war, beschließende Stimmen zuerkennen sollte.

W. M. Obuchow (Kamski) hatte dazu in seinem Diskussionsbeitrag erklärt, daß die Zuerkennung beschließender Stimmen „für das Komitee der Auslandsorganisation und die parallelen Gruppen sowohl dem Wesen als auch der Form nach einem Coup d'état (Staatsstreich) gleichkäme".

Auf Beschluß des Parteitags erhielten alle erwähnten Organisationen beratende Stimmen. *133*

158 Gemäß dem auf dem II. Parteitag der SDAPR angenommenen Parteistatut hatten diejenigen Organisationen das Recht, auf dem Parteitag vertreten zu sein, die mindestens ein Jahr vor dem Parteitag bestätigt worden waren. Nach dem Parteistatut galten die Komitees von Kasan und vom Kubangebiet auf dem III. Parteitag nicht als vollberechtigt, da sie in der Liste der vollberechtigten Komitees bis zum 1. September 1904, die in den Protokollen des Rats der Partei enthalten ist, nicht aufgeführt waren. In der fünften Sitzung des III. Parteitags am 14. (27.) April brachte W. W. Worowski (Orlowski) einen von Lenin verfaßten Resolutionsentwurf ein, dem zufolge diese Komitees für die Zukunft als vollberechtigte Komitees bestätigt werden sollten. Die Resolution wurde in derselben Sitzung angenommen. *133*

[159] In der fünften Sitzung des Parteitags am 14. (27.) April, als die Komitees von Kasan und vom Kubangebiet für die Zukunft als vollberechtigte Komitees bestätigt wurden, erklärten einige Delegierte, daß die Beteiligung der Delegierten mit beratender Stimme an der Abstimmung nicht wünschenswert sei, da das die Ergebnisse dieses entscheidenden Beschlusses beeinflussen könne.

In diesem Zusammenhang schrieb W. I. Lenin auch den Resolutionsentwurf über die Verfahrensweise bei Abstimmungen auf dem Parteitag, der in derselben Sitzung angenommen wurde. *134*

[160] Gemeint sind die Ausführungen A. I. Rykows (Sergejews) in der 13. Sitzung des Parteitags gegen einen von W. I. Lenin und P. P. Rumjanzew (Filippow) eingebrachten Resolutionsentwurf. Rykow hatte erklärt, daß „die Resolution nicht zu diesem Tagesordnungspunkt gehöre", daß die Punkte 1–3 der Resolution „zur Frage der Liberalen und der Agitation gehören", und schlug vor, sie bei der Diskussion über diese Fragen zu behandeln. Der Parteitag lehnte Rykows Vorschlag ab. Die von Lenin und Rumjanzew eingebrachte Resolution wurde vom Parteitag einstimmig angenommen. *138*

[161] In der 13. Sitzung des Parteitags entwickelte sich bei der Erörterung des Resolutionsentwurfs über das Verhalten zur Taktik der Regierung unmittelbar vor der Revolution eine umfangreiche Diskussion zu Punkt „c" des Beschlußteils. Dieser Punkt lautete: „das Proletariat für die sofortige Einführung des Achtstundentags auf revolutionärem Wege und für die Verwirklichung aller Hauptforderungen unseres Minimalprogramms zu organisieren". P. A. Krassikow (Belski) trat gegen die Worte „revolutionärer Weg" auf und schlug vor, sie durch „tatsächliche Eroberung" zu ersetzen.

Im Ergebnis der Diskussion wurde Punkt „c" vom Parteitag in folgender Fassung angenommen: „das Proletariat für die sofortige Verwirklichung des Achtstundentags und der anderen auf der Tagesordnung stehenden Forderungen der Arbeiterklasse auf revolutionärem Wege zu organisieren". (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 222, russ.) *138*

[162] In der 15. Sitzung am 20. April (3. Mai) behaupteten einige Delegierte des Parteitags bei der Erörterung des Berichts und des Resolutionsentwurfs von A. A. Bogdanow (Maximow) über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den sozialdemokratischen Organisationen, daß es in der Partei eine derartige Frage nicht gebe und daß es nicht notwendig sei, dazu eine Resolution anzunehmen.

Der Parteitag beschloß, die Entscheidung dieser Frage bis zur Annahme des Parteistatuts zurückzustellen.

In der 19. Sitzung am 22. April (5. Mai) kam der Parteitag auf die Erörterung dieser Frage zurück. Es wurden mehrere Resolutionen eingebracht.

Der Diskussion wurde ein von Lenin verfaßter Entwurf zugrunde gelegt (siehe Werke, Bd. 8, S. 406/407), den er gemeinsam mit A. A. Bogdanow eingebracht hatte. Lenin sprach mehrere Male zu dieser Frage. (Siehe ebenda, S. 408, 409.) Durch namentliche Abstimmung beschloß der Parteitag, zu der betreffenden Frage keine spezielle Resolution anzunehmen. Die Vorschläge W. I. Lenins wurden in der Resolution über Propaganda und Agitation berücksichtigt. *141*

[163] Die Ausführungen wurden nicht stenografisch festgehalten, und nach der Geschäftsordnung war jeder Redner verpflichtet, dem Büro des Parteitags spätestens zwei Stunden nach Beendigung der Sitzung eine Disposition seiner Rede zur Verfügung zu stellen. (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 11, russ.) *141*

[164] Bei der Diskussion über den Entwurf des Parteistatuts wurden die Normen der Organisation der Partei grundlegend überarbeitet. Im wesentlichen handelte es sich um drei Hauptfragen: 1. Änderung des § 1 des Statuts; 2. genaue Festlegung der Rechte des ZK und der Autonomie der örtlichen Komitees und Erweiterung dieser Autonomie; 3. Schaffung einer einheitlichen Zentralstelle. Der Parteitag nahm den § 1 des Statuts in der Leninschen Formulierung an. Er lehnte mit Stimmenmehrheit die Zweizentrigkeit (ZK und ZO) ab, die vom II. Parteitag der SDAPR eingeführt worden war. Es wurde nur eine Zentralstelle – das ZK – belassen. Viel Zeit widmete der III. Parteitag dem Problem der Abgrenzung der Rechte des ZK und der örtlichen Komitees, dem Verhältnis der Komitees zur Peripherie und der Erweiterung der Rechte der Peripherie. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, § 8 aus dem Entwurf des Statuts herauszunehmen und zu dieser Frage eine spezielle Resolution anzunehmen. Lenin stimmte für die Beibehaltung des § 8. In der 19. Sitzung am 22. April (5. Mai) wurde eine Resolution W. W. Worowskis (Orlowskis) angenommen über die Pflicht der Zentralstellen, die Peripherie über die Parteiangelegenheiten zu informieren und deren beratende Stimme zu berücksichtigen. Die Resolution ersetzte § 8 des Statuts. (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 325, 327/328, russ.)

Um einen Mißbrauch der Autonomie seitens der Komitees auszuschließen und um Komitees, die sich nicht bewährt hatten, ablösen zu können, wurde § 9 des neuen Statuts wie folgt formuliert: „Ein Lokalkomitee muß vom ZK aufgelöst werden, wenn sich das ZK mit zwei Dritteln der Stimmen und zwei Drittel der Arbeiter des betreffenden Orts, die den Organisationen der Partei angehören, gleichzeitig für die Auflösung aussprechen." Zwei Reden W. I. Lenins auf dem III. Parteitag bei der Erörterung des Parteistatuts am 21. April (4. Mai) siehe Werke, Bd. 8, S. 410–412. *142*

[165] § 6 des Entwurfs des Statuts, veröffentlicht in Nr. 13 des „Wperjod" vom 5. April (23. März) 1905, lautete: „Alle Organisationen, die zur Partei gehören, leiten autonom alle Angelegenheiten, die sich speziell und ausschließlich auf dasjenige Gebiet der Parteiarbeit beziehen, zu dessen Leitung sie geschaffen wurden." Auf dem III. Parteitag wurde § 6 in einer anderen Fassung angenommen. (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 461, russ.) *142*

[166] Gemäß § 7 des Entwurfs des Parteistatuts wurde jeder Parteiorganisation, die auf dem Parteitag mit beschließender Stimme vertreten war, das Recht eingeräumt, auf eigene Kosten und in ihrem eigenen Namen Parteiliteratur herauszugeben. O. A. Kwitkin (Petrow) hatte sich für § 7 mit folgendem Abänderungsvorschlag A. A. Bogdanows (Maximows) ausgesprochen: „Alle Periodika der Partei sind verpflichtet, auf Verlangen des ZK dessen Erklärungen zu veröffentlichen."

P. A. Krassikow (Belski) hatte vorgeschlagen, die Herausgabe von Parteiliteratur nur zu gestatten, wenn die in ihr gegebenen praktischen Losungen voll und ganz mit den Beschlüssen der internationalen sozialdemokratischen Kongresse und der Parteitage übereinstimmen. § 7 des Parteistatuts wurde in der Fassung D. S. Postolowskis (Michailows) mit dem Abänderungsvorschlag A. A. Bogdanows angenommen. (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 461, russ.) Der Abänderungsantrag P. A. Krassikows wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. *142*

[167] Bei der Diskussion über § 11 des Entwurfs des Parteistatuts, in dem es hieß, daß „jede Parteiorganisation verpflichtet ist, sowohl dem ZK als auch der Redaktion des ZO alle Materialien zur Information über ihre gesamte Tätigkeit und ihren gesamten Mitgliederbestand zur Verfügung zu stellen", schlug A. M. Essen (Kitajew) folgende Ergänzung vor: „und dem ZK mindestens alle 2 Wochen ausführlich über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten". Nach den Ausführungen W. I. Lenins wurde diese Ergänzung mit Stimmenmehrheit angenommen. *143*

[168] Es handelt sich um § 12 des Entwurfs des Statuts, in dem es hieß: „Die Kooptation von Mitgliedern in das ZK wird einstimmig beschlossen." Der Vorschlag über die einstimmige Kooptation von Mitgliedern in das ZK wurde angenommen. *143*

[169] § 13 des Entwurfs des Statuts lautete: „Das Komitee der Auslandsorganisation der Partei hat die Propaganda und Agitation im Ausland wie auch die Unterstützung der Bewegung in Rußland zum Ziel. Das Komitee läßt der Bewegung in Rußland seine Unterstüzung ausschließlich durch Personen und Gruppen angedeihen, die vom ZK besonders hierfür bestimmt werden."

In der Resolution P. A. Krassikows (Belskis) hieß es: „Der III. Parteitag der SDAPR beauftragt das ZK, das Statut der Auslandsorganisation zu überprüfen und zu bestätigen, und zwar als das Statut einer Organisation mit den Rechten eines vollberechtigten Parteikomitees, das Propaganda und Agitation im Ausland betreibt, wobei es der Bewegung in Rußland seine Unterstützung und Hilfe ausschließlich durch Personen und Gruppen angedeihen läßt, die vom ZK besonders hierfür bestimmt werden."

Der Parteitag strich § 13 aus dem Statut und nahm die von P. A. Krassikow vorgeschlagene Resolution an. *143*

170 In dem Resolutionsentwurf von A. A. Bogdanow (Maximow) über die Vollsitzungen des ZK hieß es: „der Parteitag macht es dem ZK zur Pflicht, regelmäßig, mindestens einmal in drei Monaten, Tagungen des einen oder des anderen Teils des ZK abzuhalten", d. h. des ausländischen Teils und des russischen Teils.

Die Resolution wurde mit der Änderung angenommen, daß die erwähnten Sitzungen „mindestens einmal in vier Monaten" durchgeführt werden müssen. („Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 466, russ.) *143*

171 In der 18. Sitzung des Parteitags am 22. April (5. Mai) stand erneut die Frage der Vertretung des Kasaner Komitees, da zu diesem Zeitpunkt der Delegierte dieses Komitees I. A. Sammer (Sawitsch) auf dem Parteitag erschienen war. Die Mandatsprüfungskommission schlug dem Parteitag vor, „bei seinem früheren Beschluß zu bleiben und den Delegierten des Kasaner Komitees mit beratender Stimme zuzulassen". (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 314, russ.)

Der Delegierte des Komitees I. A. Sammer wandte sich mit der Bitte an den Parteitag, dem Komitee das Recht auf beschließende Stimme zu gewähren.

Nach Erörterung dieser Frage lehnte der Parteitag den Resolutionsentwurf B. W. Awilows (Tigrows) ab, dem zufolge dem Delegierten des Kasaner Komitees das Recht auf beschließende Stimme gewährt werden sollte, und bestätigte die Resolution der Kommission. *144*

172 In dem Resolutionsentwurf hieß es: „Der III. Parteitag ist der Meinung, daß die Koordinierung der Parteiarbeit eine unaufschiebbare Forderung im Leben der Partei ist und daß diese Koordinierung am besten im Prozeß der Arbeit und mittels der gemeinsamen Erörterung der allgemeinen Parteilosungen durch eine möglichst große Zahl von Parteiarbeitern erreicht werden kann. Er hält es deshalb für wünschenswert, daß das ZK zu diesem Zweck Konferenzen von Vertretern der örtlichen Komitees organisiert."

W. I. Lenin brachte Abänderungsanträge zu dieser Resolution ein und unter-

stützte L. B. Krassin (Simin) und D. S. Postolowski (Michailow), die gegen die von G. L. Schklowski (Deduschkin) und A. I. Rykow (Sergejew) vorgeschlagenen Ergänzungen auftraten. (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 342, russ.) Die Abänderungsanträge W. I. Lenins zur Resolution wurden angenommen. *145*

173 Der von W. I. Lenin geschriebene Resolutionsentwurf wurde auf der 20. Sitzung des Parteitags im Namen von A. M. Essen (Kitajew) und R. S. Semljatschka (Ossipow) eingebracht. Die Resolution wurde vom Parteitag angenommen, sie war nicht zur Veröffentlichung bestimmt. *146*

174 In dem von P. P. Rumjanzew (Filippow) eingebrachten Resolutionsentwurf hieß es, daß in bezug auf die menschewistischen Organisationen, die es ablehnen, sich den Parteitagsbeschlüssen unterzuordnen, an der Peripherie und unter den Arbeitermassen keine Agitation gegen ganze Organisationen und gegen einzelne Personen geführt werden soll, und daß die Auflösung menschewistischer Komitees und die Bestätigung bolschewistischer Komitees dort, wo parallele Organisationen existieren, äußerst vorsichtig durchgeführt werden muß und nur dann, wenn sich klar herausgestellt hat, daß sich die Mehrheit der Mitglieder eines örtlichen Komitees nicht den Beschlüssen des III. Parteitags der SDAPR unterordnet. Der erste Teil der Resolution wurde vom Parteitag abgelehnt, der zweite Teil in der Formulierung Lenins und Bogdanows (Maximows) angenommen. Er sollte nicht veröffentlicht werden. (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 363, russ.) *147*

175 In der 21. Sitzung am 23. April (6. Mai) wurde ein von W. W. Worowski (Orlowski) eingebrachter Resolutionsentwurf über das Verhältnis zu den nationalen sozialdemokratischen Organisationen erörtert. In dem Entwurf hieß es: „... bekräftigt der III. Parteitag der SDAPR die Stellung des II. Parteitags zur Frage des Föderalismus und beauftragt sowohl das ZK als auch die örtlichen Komitees, alles zu tun, um mit den nationalen sozialdemokratischen Organisationen eine Vereinbarung zu treffen mit dem Ziel, die örtliche Arbeit zu koordinieren und damit die Möglichkeit für die Vereinigung aller sozialdemokratischen Parteien in einer einheitlichen SDAPR vorzubereiten." („Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 365, russ.)

D. S. Postolowski (Michailow) schlug vor, diesen Text folgendermaßen zu ändern: „beauftragt der III. Parteitag der SDAPR das ZK wie auch die örtlichen Organisationen, *gemeinsam* alles zu tun" (ebenda). Er begründete seinen Vorschlag damit, daß man eine Vereinbarung nur dann erzielen kann, „wenn sie nicht nur vom ZK, sondern auch von den örtlichen Komitees herbeigeführt wird" (ebenda, S. 371). Lenin trat gegen diesen Abänderungsantrag auf. Der Antrag wurde vom Parteitag abgelehnt. *147*

[176] W. I. Lenin zitierte, die Mitteilung A. W. Lunatscharskis (Woinows) ergänzend, eine in der Zeitung „The Times" Nr. 37700 vom 6. Mai 1905 unter der Überschrift „Semstwo congress at Moscow. Purposes and prospects" (Die Semstwotagung in Moskau. Aufgaben und Ziele) veröffentlichte Korrespondenz aus Moskau. (Die Übersetzung der Korrespondenz siehe im Lenin-Sammelband XXVI, 1934, S. 229–231, russ.)

Über die Semstwotagung in Moskau siehe W. I. Lenins Artikel „Die Ratschläge der konservativen Bourgeoisie" (Werke, Bd. 8, S. 455–458).

„The Times" – 1785 in London gegründete Zeitung; eines der einflußreichsten Blätter der konservativen englischen Bourgeoisie. *148*

[177] Auf der 23. Sitzung nahm der Parteitag den Rechenschaftsbericht des ZK entgegen, den L. B. Krassin (Simin) vortrug.

Im Verlauf der Diskussion bemerkten einige Delegierte, daß in dem Bericht die politische Tätigkeit des ZK nicht behandelt worden war, sie forderten, daß der Vertreter des ZK dem Parteitag eine Erklärung gibt, aus welchen Gründen es dem ZK nicht gelungen ist, die Rolle des politischen Führers wahrzunehmen und die Partei zu führen. Wenn Lenin in seinen zweiten Ausführungen zum Bericht des ZK von einem „Urteil" spricht, meint er diese Erklärungen zum Rechenschaftsbericht. *149*

[178] Die Resolution wurde vom Parteitag einstimmig angenommen. *150*

[179] Der Resolutionsentwurf über Propaganda und Agitation wurde auf der 22. Sitzung des Parteitags am 25. April (8. Mai) beraten und angenommen. Die Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge W. I. Lenins wurden bestätigt und in die Resolution aufgenommen. (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 457, russ.)

Der Abänderungsvorschlag zu Punkt „a" wurde von W. I. Lenin geschrieben und von A. A. Aristarchow (Ossetrow) und W. M. Obuchow (Kamski) eingebracht. *151*

[180] In dem Resolutionsentwurf war Punkt „c" folgendermaßen formuliert: „sind Maßnahmen zu treffen zur Bildung von beweglichen Agitatorengruppen unter der Leitung der verantwortlichen Bezirksagitatoren in allen wichtigen Bezirken Rußlands, die die örtlichen Zentralstellen unterstützen". Dieser Text wurde durch die von W. I. Lenin vorgeschlagene Formulierung ersetzt. *151*

[181] O. A. Kwitkin (Petrow) hatte beantragt, die Worte „mit bewaffneten Kräften" am Ende des Resolutionsentwurfs zu den Ereignissen im Kaukasus durch die Worte „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln" zu ersetzen. („Der dritte Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 442, russ.) Der Abänderungsantrag Kwitkins wurde vom Parteitag angenommen. *152*

[182] Ein Referat zu dem genannten Thema hielt Lenin am 1. oder 2. Juni in Genf

und bald darauf in Paris. In einem Brief an L. A. Fotijewa, die sich in Paris befand, schrieb Lenin am 1. oder 2. Juni, daß er beabsichtige, nach Paris zu kommen, und bat, alles für sein Referat zu dem Thema „Der dritte Parteitag und seine Beschlüsse" vorzubereiten. Der Inhalt dieses Referats, schreibt Lenin, ist eine „parallele Analyse unserer und der menschewistischen Beschlüsse. Sie haben soeben die Mitteilung über ihre Konferenz veröffentlicht, und die werde ich analysieren" (Briefe, Bd. II, S. 34). Mit der „Mitteilung" meint Lenin die Broschüre der Menschewiki „Die erste gesamtrussische Konferenz der Parteifunktionäre", die als Sonderbeilage zu Nr. 100 der „Iskra" vom 15. Mai 1905 erschienen war. In dem Plan des Referats verweist Lenin auf die Seiten dieser Broschüre.

Einige Punkte des Plans entwickelte W. I. Lenin in dem später veröffentlichten Artikel „Ein dritter Schritt zurück". (Siehe Werke, Bd. 8, S. 547–557.) *153*

[183] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 8, S. 459–480. *155*

[184] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 7, S. 244–254. *155*

[185] In dem „Abriß der Parteispaltung" sind die wichtigsten Marksteine in der Entwicklung des Kampfes zwischen der revolutionären und der opportunistischen Richtung innerhalb der russischen Sozialdemokratie skizziert. Einen Artikel, der dem vorliegenden Plan völlig entspricht, gibt es nicht.

Lenin charakterisierte die Etappen des innerparteilichen Kampfes bis zum III. Parteitag der SDAPR in dem Dokument „Kurze Darstellung der Spaltung in der SDAPR. Der Brief an Greulich" vom Februar 1905. (Siehe Werke, Bd. 8, S. 113–119.) Etwa die gleichen Etappen des Kampfes innerhalb der Partei wie in dem „Abriß der Parteispaltung" sind auch in Lenins Entwurf „Plechanow und die neue ‚Iskra'" vom August 1905 aufgeführt. (Siehe Lenin-Sammelband V, 1926, S. 360–366, russ.) *155*

[186] Gemeint sind die Resolutionen der „Vereinigungs"konferenz der Auslandsorganisationen der SDAPR, die am 4. und 5. Oktober 1901 in Zürich stattfand. An der Konferenz nahmen teil: 6 Mitglieder der Auslandsorganisation „Iskra" und „Sarja" (W. I. Lenin, N. K. Krupskaja, L. Martow u. a.), 8 Mitglieder der Organisation „Sozialdemokrat" (darunter 3 Mitglieder der Gruppe „Befreiung der *Arbeit*": G. W. Plechanow, P. B. Axelrod, W. I. Sassulitsch), 16 Mitglieder des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten" (darunter 5 Mitglieder des Auslandskomitees des „Bund") und 3 Mitglieder der Gruppe „Borba". W. I. Lenin, der unter dem Decknamen „Frey" teilnahm, hielt eine Rede, in der er die opportunistische Handlungsweise des „Auslandsbundes" entlarvte. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 225–229.) Nachdem auf der

Konferenz die opportunistischen Abänderungen und Zusätze des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten" zu einer Resolution verlesen worden waren, die den Opportunismus verurteilte und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller sozialdemokratischen Kräfte Rußlands auf der Grundlage der revolutionären Prinzipien der „Iskra" betonte, gaben die revolutionären Teilnehmer der Konferenz (die Mitglieder der Organisation „Iskra" und „Sarja" und der Organisation „Sozialdemokrat") eine Erklärung ab, daß eine Vereinigung unmöglich sei, und verließen die Konferenz. Auf Initiative W. I. Lenins vereinigten sich diese Organisationen im Oktober 1901 zur „Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie". *155*

187 Gemeint ist die Gruppierung der Stimmen auf dem II. Parteitag der SDAPR, der vom 17. (30.) Juli bis 10. (23.) August 1903 stattfand. Auf dem Parteitag waren insgesamt 43 Delegierte mit 51 Stimmen anwesend. 24 Stimmen hatten davon die Iskristen der Mehrheit, 9 die Iskristen der Minderheit, 10 der „Sumpf" und 8 die Antiiskristen (3 Rabotschedelzen und 5 Bundisten). Eine ausführliche Schilderung des Kampfes auf dem Parteitag siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 7, S. 336–351. *156*

188 Am 10. (23.) August 1903 wurde der II. Parteitag der SDAPR beendet. Am 15. (28.) August erschien Nr. 46 der „Iskra" unter der Redaktion W. I. Lenins und G. W. Plechanows. Was W. I. Lenin mit dem Hinweis auf den 13. (26.) August meinte, konnte nicht ermittelt werden. Am 13. (26.) November kooptierte Plechanow die Menschewiki Axelrod, Martow, Sassulitsch und Potressow in die Redaktion der „Iskra". *156*

189 W. I. Lenin meint einen Ausspruch Martows auf der zweiten Konferenz der „Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie" (13. [26.] bis 18. [31.] Oktober 1903), daß er, Martow, nicht damit einverstanden sei, mit Martynow in einer Redaktion zu arbeiten. *156*

190 Am 25./26. September (8./9. Oktober) 1903 lehnten die ehemaligen Redakteure der „Iskra" in einem Brief an W. I. Lenin und G. W. Plechanow den Vorschlag ab, an der „Iskra" mitzuarbeiten. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 7, S. 356–358.) Wahrscheinlich meint W. I. Lenin diesen Brief. *156*

191 Es handelt sich um die Deklaration der 22 Bolschewiki und die Deklaration der 19 Bolschewiki.

Die *Deklaration der 22* – der von Lenin verfaßte Aufruf „An die Partei", der auf einer Beratung der Bolschewiki in der ersten Augusthälfte 1904 in Genf angenommen wurde. (Siehe Werke, Bd. 7, S. 459–467.) Auf der Beratung waren 19 Mitglieder der SDAPR anwesend: W. I. Lenin, N. K. Krupskaja, M. S. Olminski, M. N. Ljadow, P. N. Lepeschinski und andere. Den Beschlüssen dieser Beratung schlossen sich kurz darauf noch drei Bolschewiki an,

so daß der Aufruf „An die Partei" im Namen von 22 Bolschewiki erschien. Die im August 1904 als Sonderdruck veröffentlichte Deklaration der 22 wurde für die Bolschewiki zum Kampfprogramm für die Einberufung des III. Parteitags.

Die *Deklaration der 19* wurde im Oktober 1904 vom Moskauer Komitee der SDAPR unter der Überschrift „Appell an die Mitglieder der SDAPR" veröffentlicht. Sie war die Antwort auf den Aufruf „An die Partei". (Siehe „Der dritte Parteitag der SDAPR. Dokumente und Materialien", Moskau 1955, S. 99–106, russ.) *156*

192 Die angeführten Daten bezeichnen den Zeitraum von der Beratung der 22 Bolschewiki (erste Augusthälfte 1904) bis zum III. Parteitag der SDAPR, der vom 12. (25.) April bis 27. April (10. Mai) 1905 stattfand. *156*

193 Es handelt sich um den Aufstand auf dem Panzerkreuzer „Potjomkin", der am 14. (27.) Juni 1905 begann. Der aufständische Panzerkreuzer traf in Odessa ein, als dort gerade ein Generalstreik stattfand. Doch die günstigen Bedingungen, die für eine gemeinsame Aktion der Odessaer Arbeiter und der Matrosen entstanden, wurden nicht genutzt. Die bolschewistische Organisation von Odessa war infolge zahlreicher Verhaftungen geschwächt, und in ihr herrschte keine Einigkeit. Die Menschewiki aber waren gegen einen bewaffneten Aufstand und hielten die Arbeiter und Matrosen vom offenen Kampf zurück. Die zaristische Regierung bot zur Unterdrückung des Aufstands auf dem Panzerkreuzer „Potjomkin" die ganze Schwarzmeerflotte auf, doch die Matrosen weigerten sich, das aufständische Schiff unter Beschuß zu nehmen, und die Kommandeure waren gezwungen, das Geschwader wieder abzuziehen. Nach elftägiger Fahrt waren die Lebensmittel- und Kohlenvorräte des Panzerkreuzers erschöpft, er mußte die Küste Rumäniens anlaufen und sich den rumänischen Behörden ausliefern. Die meisten Matrosen blieben im Ausland. Diejenigen, die nach Rußland zurückkehrten, wurden verhaftet und vor Gericht gestellt.

Der Aufstand auf dem Panzerkreuzer „Potjomkin" endete mit einem Mißerfolg, doch der Übertritt der Besatzung eines der größten Kriegsschiffe auf die Seite der Revolution war ein großer Schritt vorwärts in der Entwicklung des Kampfes gegen die Selbstherrschaft. Bei einer Einschätzung der Bedeutung dieses Aufstandes wies Lenin darauf hin, daß der Aufstand der „Versuch zur Bildung des *Kerns einer revolutionären Armee*" war. (Werke, Bd. 8, S. 565.) *157*

194 Ob W. I. Lenin ein entsprechendes Flugblatt (eine Proklamation) verfaßt und veröffentlicht hat, konnte nicht ermittelt werden. *158*

195 „*Moskowskije Wedomosti*" (Moskauer Nachrichten) – eine der ältesten russischen Zeitungen, die ab 1756 (ursprünglich in Gestalt eines kleinen Blattes)

von der Moskauer Universität herausgegeben wurde. Von 1863 bis 1887 war M. N. Katkow, ein extremer Reaktionär und Chauvinist, Herausgeber und Redakteur der „Moskowskije Wedomosti". In diesen Jahren wurde die Zeitung zum Organ der Monarchisten und Nationalisten und vertrat die Ansichten der reaktionärsten Kreise der Gutsbesitzer und des Klerus; ab 1905 war sie eines der wichtigsten Presseorgane der Schwarzhunderter. Sie erschien bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. *161*

196 „*Westnik Jewropy*" (Europäischer Bote) – historisch-politische und literarische Monatsschrift bürgerlich-liberaler Richtung, die von 1866 bis 1918 in Petersburg erschien.

In der Zeitschrift wurden gegen die revolutionären Marxisten gerichtete Artikel veröffentlicht. *161*

197 „*Rus*" (Rußland) – bürgerlich-liberale Tageszeitung; erschien ab Dezember 1903 in Petersburg. Herausgeber und Redakteur der Zeitung war A. A. Suworin. Während der Revolution von 1905 stand die „Rus" den Kadetten nahe, nahm jedoch eine noch gemäßigtere Stellung ein. Die „Rus" wurde am 2. (15.) Dezember 1905 verboten. Danach erschien sie mit Unterbrechungen unter verschiedenen Namen: „Rus", „Molwa" (Die Kunde), „XX. Wek" (20. Jahrhundert), „Oko" (Das Auge) und „Nowaja Rus" (Das neue Rußland). *161*

198 „*Proletari*" (Der Proletarier) – illegale bolschewistische Wochenzeitung, Zentralorgan der SDAPR, gegründet auf Beschluß des III. Parteitags. Das Plenum des Zentralkomitees der Partei vom 27. April (10. Mai) 1905 ernannte W. I. Lenin zum verantwortlichen Redakteur des ZO. Der „Proletari" wurde vom 14. (27.) Mai bis 12. (25.) November 1905 in Genf herausgegeben; es erschienen 26 Nummern. Der „Proletari" setzte die Linie der alten, Leninschen „Iskra" und des bolschewistischen „Wperjod" fort.

Lenin schrieb für die Zeitung etwa 90 Artikel und Notizen.

Ständige Mitarbeiter der Redaktion waren A. W. Lunatscharski, M. S. Olminski und W. W. Worowski. Eine umfangreiche Arbeit in der Redaktion leisteten N. K. Krupskaja, W. A. Karpinski und W. M. Welitschkina.

Der „Proletari" führte einen schonungslosen Kampf gegen die Menschewiki und andere opportunistische und revisionistische Elemente. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Propagierung der Beschlüsse des III. Parteitags und beim organisatorischen und ideologischen Zusammenschluß der Bolschewiki.

Bald nachdem Lenin Anfang November 1905 nach Rußland abgereist war, stellte der „Proletari" sein Erscheinen ein. Die letzten beiden Nummern (Nr. 25 und Nr. 26) erschienen unter der Redaktion von W. W. Worowski, aber auch für diese Nummern hatte Lenin einige Artikel geschrieben, die erst nach seiner Abreise aus Genf veröffentlicht wurden. *161*

[199] Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser von der menschewistischen „Iskra" und vom „Bund" aufgestellten Theorie enthält Lenins Artikel „Die Theorie der Selbstentstehung". (Siehe Werke, Bd. 9, S. 241–246.) *161*

[200] Den Artikel hat Lenin nicht geschrieben. *162*

[201] *Kadetten* – Mitglieder der Konstitutionell-Demokratischen Partei, der führenden Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie in Rußland. Die Partei der Kadetten wurde im Oktober 1905 gegründet; ihr gehörten Vertreter der Bourgeoisie, Semstwopolitiker aus den Kreisen der Gutsbesitzer und bürgerliche Intellektuelle an. Führende Vertreter der Kadetten waren P. N. Miljukow, S. A. Muromzew, W. A. Maklakow, A. I. Schingarjow, P. B. Struve, F. I. Roditschew u. a. Um die werktätigen Massen zu täuschen, nannten sich die Kadetten heuchlerisch „Partei der Volksfreiheit", in Wirklichkeit gingen sie jedoch nicht über die Forderung der konstitutionellen Monarchie hinaus. Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution traten die Kadetten als unversöhnliche Feinde der Sowjetmacht auf und beteiligten sich an allen bewaffneten konterrevolutionären Aktionen und Feldzügen der Interventen. Nach der Zerschlagung der Interventen und Weißgardisten setzten die Kadetten in der Emigration ihre sowjetfeindliche, konterrevolutionäre Tätigkeit fort. *162*

[202] *„Nascha Shisn"* (Unser Leben) – Tageszeitung liberaler Richtung; sie erschien mit Unterbrechungen vom 6. (19.) November 1904 bis 11. (24.) Juli 1906 in Petersburg. *162*

[203] *„Birshewyje Wedomosti"* (Börsennachrichten) – bürgerliche Zeitung, die ab 1880 in Petersburg erschien. Der Kurzname „Birshowka" wurde zum Gattungsnamen und kennzeichnete die Prinzipienlosigkeit und Feilheit der bürgerlichen Presse. Ende Oktober 1917 wurde die Zeitung vom Revolutionären Militärkomitee verboten. *162*

[204] Gemeint sind die Äußerungen von Karl Marx über Ledru-Rollin in der Arbeit „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850". (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 7, S. 9–107.) *163*

[205] In dem Dokument *„Gespräch eines Oswoboshdenzen mit einem Sozialdemokraten"*, das in Form eines Dialogs gehalten ist, kritisiert W. I. Lenin die taktische Linie der bürgerlichen Liberalen. In der Zeitschrift „Oswoboshdenije" und in anderen Presseorganen traten sie scharf gegen den bewaffneten Aufstand auf, wiesen den Gedanken des Boykotts der Bulyginschen Duma entschieden zurück und riefen zur Teilnahme an der Duma auf.

Die Stellung Kautskys zur Frage einer provisorischen revolutionären Regierung (Punkt 3 der „Notiz") kritisiert Lenin in seinem Artikel „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution". (Siehe Werke, Bd. 9, S. 99.)

Die Frage der Ausnutzung der „älteren" Arbeiter (Punkt 5 der „Notiz") behandelt W. I. Lenin in einem Brief an S. I. Gussew vom 30. September (13. Oktober) 1905. (Siehe Werke, Bd. 34, S. 347.)

Die Frage des Verhältnisses der Sozialdemokraten zum Parlament (Punkt 6 der „Notiz") entwickelte W. I. Lenin in seinem Brief an A. W. Lunatscharski vom 28. September (11. Oktober) 1905. (Siehe Werke, Bd. 34, S. 340–342.) *163*

206 *„The Economist"* (Der Ökonom) – Wochenschrift für Wirtschaft und Politik; Organ der industriellen Großbourgeoisie; erscheint seit 1843 in London. *165*

207 Der Artikel „Der Bauernkongreß" von W. A. Karpinski (W. Kalinin) erschien in Nr. 25 des „Proletari" vom 16. (3.) November 1905. Bei der Redaktion des Artikels machte W. I. Lenin diese beiden Einfügungen. *166*

208 *„Schwarze Umteilung"* – eine populäre Losung der Bauern im zaristischen Rußland, die das Streben der Bauern nach einer allgemeinen Aufteilung des Bodens und nach Liquidierung des gutsherrlichen Grundbesitzes zum Ausdruck brachte.

W. I. Lenin wies in dem Artikel „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie" darauf hin, daß die Forderung der „schwarzen Umteilung" neben der reaktionären Utopie, den bäuerlichen Kleinbetrieb zu verewigen, auch eine revolutionäre Seite hat: den „Wunsch, durch einen Bauernaufstand alle Überreste des Leibeigenschaftssystems hinwegzufegen" (Werke, Bd. 6, S. 128/129).

Auf dem II. Parteitag der SDAPR sagte W. I. Lenin: „Man sagt uns, die Bauernschaft würde sich mit unserem Programm nicht begnügen, sie würde weiter gehen; aber das fürchten wir nicht, dafür haben wir unser sozialistisches Programm, und deshalb fürchten wir auch nicht die Umteilung des Bodens ..." (Ebenda, S. 496.) *166*

209 Die *Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR* war vom Petersburger Komitee für den 11. (24.) Februar 1906 einberufen worden, um die Frage der Stellung zur Reichsduma zu klären. W. I. Lenin leitete die Konferenz, auf der 65 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend waren. Die Wahlen zur Konferenz hatten stattgefunden, nachdem über die taktischen Plattformen der Bolschewiki und der Menschewiki diskutiert und abgestimmt worden war; auf 30 Parteimitglieder, die abgestimmt hatten, kam ein Delegierter. Bei den Wahlen hatten die Bolschewiki eine beträchtliche Mehrheit erhalten. Die Menschewiki forderten, die Stimmen der Landbezirksorganisation der SDAPR, die fast durchweg bolschewistisch war, für ungültig zu erklären. Im Verlauf der Diskussion über die Landbezirksorganisation der SDAPR machte W. I. Lenin verschiedene Ausführungen. (Siehe Werke, Bd. 10, S. 109–111.) Die Konferenz bestätigte die

Vertretung der Landbezirksorganisation. Sie nahm den Rechenschaftsbericht des Petersburger Komitees entgegen und stimmte der Resolution Lenins zu, welche die Vertretung auf der Konferenz als rechtmäßig anerkannte, die Konferenz für gültig und ihre Beschlüsse für bindend erklärte. Das Referat über die Stellung zur Reichsduma hielt Lenin (in den Aufzeichnungen der Sekretäre der Konferenz fehlt Lenins Referat). Am Schluß des Referats verlas Lenin eine Resolution über die Taktik des aktiven Boykotts. Eine Resolution der Menschewiki wurde von Martow verlesen. Mit 36 Stimmen gegen 29 sprach sich die Konferenz für die Taktik des aktiven Boykotts der Duma aus. Es gelang auf der Konferenz jedoch nicht, eine Resolution mit einer ausführlichen Begründung der Taktik des aktiven Boykotts anzunehmen.

Zur Erörterung und endgültigen Bestätigung einer Resolution über die Taktik des aktiven Boykotts wurde Ende Februar–Anfang März 1906 eine zweite Stadtkonferenz der Petersburger Organisation einberufen. Auf dieser Konferenz waren 62 Delegierte anwesend. Sie erörterten die Resolutionen Lenins und Martows sowie eine von den Menschewiki zusätzlich eingebrachte Resolution des Bezirks Ochta. Nach langer und heftiger Auseinandersetzung nahm die Konferenz mit 35 Stimmen gegen 24, bei einer Stimmenthaltung, die von Lenin vorgeschlagene Resolution über die Taktik des aktiven Boykotts der Duma als Grundlage an. Zur endgültigen Überarbeitung der Resolution über die Reichsduma wählte die Konferenz eine Redaktionskommission, der Lenin angehörte. Die Menschewiki lehnten die Mitarbeit in der Kommission ab und verließen die Konferenz. *167*

210 Gemeint ist ein Antrag I. A. Konowalows (Nikolais) auf der Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR am 11. (24.) Februar 1906, die Diskussionen über die Landbezirks- und die Wiborger Stadtbezirksorganisation einzustellen, die Abstimmung für gültig und die Vertretung für rechtmäßig zu erklären und zur Tagesordnung der Konferenz überzugehen. *168*

211 Der *IV. (Vereinigungs-)Parteitag der SDAPR* fand vom 10. bis 25. April (23. April bis 8. Mai) 1906 in Stockholm statt.

Auf dem Parteitag waren 112 Delegierte mit beschließender Stimme, die 57 örtliche Organisationen der SDAPR vertraten, und 22 Delegierte mit beratender Stimme anwesend. Vertreten waren auch die nationalen Organisationen: die Sozialdemokratie Polens und Litauens, der „Bund" und die Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Finnische Arbeiterpartei. Am Parteitag nahm ferner ein Vertreter der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei teil.

Unter den Delegierten der Bolschewiki waren: W. I. Lenin, M. W. Frunse, J. M. Jaroslawski, M. I. Kalinin, N. K. Krupskaja, A. W. Lunatscharski, S. G.

Schaumian, F. A. Sergejew (Artjom), I. I. Skworzow-Stepanow, J. W. Stalin, K. J. Woroschilow und W. W. Worowski.

Die Mehrheit auf dem Parteitag hatten die Menschewiki. Das erklärte sich daraus, daß viele bolschewistische Parteiorganisationen, die an der Spitze der bewaffneten Massenaktionen gestanden hatten, zerschlagen worden waren und keine Delegierten entsenden konnten. Die Zentralgebiete, der Ural, Sibirien, der Norden – die Bollwerke der Bolschewiki – waren nur durch einige wenige Delegierte vertreten. Den Menschewiki aber, die besonders viele Organisationen in den Gebieten ohne große Industrie besaßen, wo es keine revolutionären Massenaktionen gegeben hatte, war es möglich gewesen, mehr Delegierte zu entsenden.

Lenin sprach zu allen wichtigen Tagesordnungspunkten (siehe Werke, Bd. 10, S. 277–310) und arbeitete in der Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs des Statuts der SDAPR mit. Das zahlenmäßige Übergewicht der Menschewiki auf dem Parteitag bestimmte den Charakter seiner Beschlüsse. Nach hartnäckigem Kampf bestätigte der Parteitag menschewistische Resolutionen über die Reichsduma, über den bewaffneten Aufstand und nahm das Agrarprogramm der Menschewiki an.

In bezug auf die Stellung zu den bürgerlichen Parteien beschränkte sich der Parteitag auf die Bestätigung der Resolution des Amsterdamer Kongresses der II. Internationale. Ohne Diskussion nahm der Parteitag eine Kompromißresolution über die Gewerkschaften und eine Resolution über das Verhältnis zur Bauernbewegung an.

Der Parteitag bestätigte ein neues Statut der Partei, dem das Prinzip des demokratischen Zentralismus zugrunde lag. Der erste Paragraph des Statuts wies die Leninsche Formulierung auf.

Der Parteitag beschloß die Vereinigung der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens und der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit der SDAPR. Sie wurden als territoriale Organisationen, die unter dem Proletariat aller Nationalitäten des jeweiligen Territoriums arbeiten, in die SDAPR aufgenommen.

Dem vom Parteitag gewählten Zentralkomitee gehörten 3 Bolschewiki und 7 Menschewiki an. Die Redaktion des Zentralorgans, der Zeitung „Sozial-Demokrat", bestand nur aus Menschewiki.

Der Parteitag ging in die Geschichte der Partei als „Vereinigungsparteitag" ein. Jedoch wurde auf dem Parteitag nur die formale Vereinigung der SDAPR vollzogen. In Wirklichkeit hatten die Menschewiki und die Bolschewiki ihre eigenen Anschauungen, ihre eigene Plattform zu den wichtigsten Fragen der Revolution und bildeten faktisch zwei Parteien. Lenin analysierte die Arbeit

des Parteitags in der Broschüre „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR (Brief an die Petersburger Arbeiter)". (Siehe Werke, Bd. 10, S. 317 bis 386.) *168*

212 In der zweiten Sitzung des IV. (Vereinigungs-)Parteitags der SDAPR wurde die Geschäftsordnung des Parteitags an Hand des Entwurfs des Vereinigten ZK diskutiert. Um die Frage der namentlichen Abstimmnug über die beim Büro des Parteitags eingegangenen Erklärungen entwickelte sich eine Diskussion. Es wurde je ein Antrag von dem Bolschewik P. P. Rumjanzew (Schmidt) und von dem Menschewik M. A. Lurje (Larin) eingebracht. Mit Stimmenmehrheit nahm der Parteitag Rumjanzews Antrag an. (Siehe „Der vierte (Vereinigungs-)Parteitag der SDAPR. Protokolle", Moskau 1959, S. 11–16, russ.) *168*

213 In der dritten Sitzung des IV. (Vereinigungs-)Parteitags der SDAPR sprach sich der Menschewik Th. Dan bei der Diskussion über die Tagesordnung dagegen aus, die Einschätzung der gegenwärtigen Lage in die Tagesordnung aufzunehmen. *169*

214 Gemeint ist der zweite Punkt des Resolutionsentwurfs der Bolschewiki „Die Klassenaufgaben des Proletariats im gegenwärtigen Abschnitt der demokratischen Revolution", den die Bolschewiki dem IV. (Vereinigungs-)Parteitag der SDAPR unterbreitet hatten. *170*

215 In der 24. Sitzung des IV. (Vereinigungs-)Parteitags der SDAPR wurde die Vereinigung der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens mit der SDAPR beschlossen. *170*

216 *„Retsch"* (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab 23. Februar (8. März) 1906, faktisch redigiert von P. N. Miljukow und J. W. Hessen, unter engster Mitwirkung von P. D. Dolgorukow, P. B. Struve, M. M. Winawer u. a. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde die Zeitung vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. Erschien in der Folgezeit (bis August 1918) weiter unter anderen Namen. *170*

217 Die *I. Reichsduma* (die sogenannte Wittesche Duma) wurde am 27. April (10. Mai) 1906 auf Grund einer Verordnung einberufen, die der Vorsitzende des Ministerrats, S. J. Witte, ausgearbeitet hatte.

In die Duma waren 478 Abgeordnete gewählt worden, von denen mehr als ein Drittel der Partei der Kadetten angehörte. Am 8. (21.) Juli 1906 wurde die I. Reichsduma aufgelöst.

Trudowikigruppe, Trudowiki (von russ. trud = Arbeit) – eine Gruppe kleinbürgerlicher Demokraten in der Reichsduma, die sich aus Bauern und Intellektuellen volkstümlerischer Richtung zusammensetzte. Die Fraktion der

Trudowiki wurde im April 1906 von Bauernabgeordneten der I. Reichsduma gebildet.

In der Duma schwankten die Trudowiki zwischen den Kadetten und den revolutionären Sozialdemokraten. Diese Schwankungen waren durch die Klassennatur der bäuerlichen Kleinbesitzer bedingt. Da die Trudowiki aber Vertreter der bäuerlichen Massen waren, verfolgten die Bolschewiki in der Duma die Taktik, mit den Trudowiki in einzelnen Fragen Abkommen einzugehen zum gemeinsamen Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft und die Kadetten. 1917 verschmolz die Trudowikigruppe mit der Partei der „Volkssozialisten" und unterstützte aktiv die bürgerliche Provisorische Regierung. Nach der Sozialistischen Oktoberrevolution gingen die Trudowiki auf die Seite der bürgerlichen Konterrevolution über. *172*

218 *„Nowoje Wremja"* (Neue Zeit) – Tageszeitung; erschien von 1868 bis 1917 in Petersburg. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie, nachdem im Jahre 1876 A. S. Suworin Verleger der Zeitung geworden war, zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der Beamtenbürokratie. Ab 1905 war sie das Organ der Schwarzhunderter. Nach der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 unterstützte die Zeitung die konterrevolutionäre Politik der bürgerlichen Provisorischen Regierung und betrieb eine wüste Hetze gegen die Bolschewiki. Sie wurde vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet am 26. Oktober (8. November) 1917 verboten. *173*

219 *„Mysl"* (Der Gedanke) – Tageszeitung für Politik und Literatur, legales Organ der Partei der Sozialrevolutionäre; wurde vom 20. Juni (3. Juli) bis 6. (19.) Juli 1906 anstelle der verbotenen Zeitung „Golos" (Die Stimme) in Petersburg herausgegeben. Es erschienen 15 Nummern. *174*

220 Die *Zweite Konferenz der SDAPR („Erste Gesamtrussische Konferenz")* fand vom 3. bis 7. (16. bis 20.) November 1906 in Tammerfors statt. Anwesend waren 32 Delegierte mit beschließender Stimme: 11 Menschewiki, 7 Bundisten, 6 Bolschewiki, 5 Vertreter der Sozialdemokratie Polens und Litauens und 3 Vertreter der Sozialdemokratie Lettlands. Die Mitglieder des ZK und der Redaktion des ZO nahmen mit beratender Stimme teil.

Die Konferenz beschloß folgende Tagesordnung: 1. Wahlkampagne zur II. Reichsduma; 2. Parteitag; 3. Arbeiterkongreß; 4. Kampf gegen die Schwarzhunderter und die Pogrome; 5. Partisanenaktionen.

Das menschewistische ZK hatte dafür gesorgt, daß eine Reihe fiktiver Organisationen auf der Konferenz vertreten war, und den Menschewiki somit die Mehrheit gesichert. Dadurch konnten der Konferenz zu mehreren Fragen menschewistische Resolutionen aufgezwungen werden. Die Konferenz nahm mit 18 Stimmen (Menschewiki und Bundisten) gegen 14 eine menschewistische

Resolution „Über die Taktik der SDAPR in der Wahlkampagne" an, die Blocks mit den Kadetten zuließ. Als Gegengewicht zu dieser opportunistischen Resolution brachte Lenin im Namen von 14 Delegierten eine „Besondere Meinung" ein, in der die Notwendigkeit der organisatorischen und ideologischen Selbständigkeit der Partei der Arbeiterklasse betont wurde. Die „Besondere Meinung" räumte die Möglichkeit zeitweiliger Abkommen nur mit den Trudowiki und den Sozialrevolutionären als Vertretern der kleinbürgerlichen Demokratie ein. (Siehe den vorliegenden Band, S. 178–181.) Lenin setzte sich auf der Konferenz kritisch mit dem menschewistischen Entwurf der Wahlplattform auseinander, den das ZK der Konferenz zur Bestätigung vorgelegt hatte, und beantragte dazu eine Reihe von Änderungen. Unter dem Druck der Bolschewiki beschloß die Konferenz Abänderungen zum Entwurf der Wahlplattform.

Die Konferenz bestätigte die Resolution „Über die örtliche Einheit der Wahlkampagne" mit Lenins Abänderungsantrag. Diese Abänderung erlegte dem menschewistischen ZK in bezug auf seine Taktik der örtlichen Blocks mit den Kadetten gewisse Beschränkungen auf. (Siehe Werke, Bd. 11, S. 317.)

Lenin verteidigte auf der Konferenz die Notwendigkeit eines außerordentlichen Parteitags. Die Konferenz beschloß, einen ordentlichen Parteitag nicht später als zum 15. (28.) März 1907 einzuberufen. Obwohl die Bolschewiki gefordert hatten, die Frage eines „Arbeiterkongresses" zu beraten, weil sie die Agitation für einen „Arbeiterkongreß" als Verletzung der Parteidisziplin betrachteten, behandelte die Konferenz diese Frage nicht und begnügte sich mit einer Kompromißresolution „Zur Frage der Grenzen der Agitation für einen Arbeiterkongreß".

Die Fragen des Kampfes gegen die Schwarzhunderter und die Pogrome wie auch die Fragen der Partisanenaktionen wurden aus Zeitmangel nicht erörtert. Die Konferenz beauftragte das ZK, in einem kurzen Bericht über die Konferenz sämtliche Resolutionsentwürfe und besonderen Meinungen zu veröffentlichen. Das menschewistische ZK jedoch veröffentlichte in seinem Organ „Sozial-Demokrat" nur die Resolutionen der Konferenz, nicht aber die „Besondere Meinung" der Bolschewiki.

Eine Analyse und eine kritische Einschätzung der Arbeit der Konferenz enthalten Lenins Artikel „Über Blocks mit den Kadetten" und „Der Kampf gegen die kadettisierenden Sozialdemokraten und die Parteidisziplin". (Siehe Werke, Bd. 11, S. 301–313 und 314–318.) *175*

221 Dieser Rede Lenins lag die bolschewistische Resolution zugrunde, die dann auf der Konferenz als „Besondere Meinung" der Delegierten der Sozialdemokratie Polens, Lettlands, St. Petersburgs, Moskaus, des Zentralen Industriegebiets und

des Wolgagebiets eingebracht wurde. (Siehe den vorliegenden Band, S. 178 bis 181.)

Die *Sozialdemokratie Lettlands* (bis 1906 Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei) wurde im Juni 1904 auf ihrem I. Parteitag gegründet. Auf dem II. Parteitag der LSDAP im Juni 1905 wurde das Parteiprogramm angenommen. In den Jahren 1905–1907 leitete die Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei die revolutionären Aktionen der Arbeiter. W. I. Lenin schrieb dazu: „Während der Revolution nahmen das lettische Proletariat und die lettische Sozialdemokratie einen der vordersten und wichtigsten Plätze ein im Kampf gegen die Selbstherrschaft und alle Kräfte der alten Ordnung." (Werke, Bd. 16, S. 262.)

Auf dem IV. (Vereinigungs-)Parteitag der SDAPR im Jahre 1906 wurde die Lettische SDAP in die SDAPR als territoriale Organisation aufgenommen. Nach dem Parteitag nannte sie sich Sozialdemokratie Lettlands. *175*

222 Es handelt sich um den von Lenin verfaßten bolschewistischen Entwurf der Deklaration der sozialdemokratischen Dumafraktion. Diesen Entwurf zitiert Lenin mit unbedeutenden Kürzungen in dem Artikel „Zur Deklaration unserer Dumafraktion". (Siehe Werke, Bd. 11, S. 18–23.) *177*

223 Lenin meint die Resolution „Über die Taktik", die vom VII. Kongreß des „Bund" (Ende August bis Anfang September 1906) angenommen worden war. *179*

224 Gemeint ist die *II. Reichsduma*, die am 20. Februar (5. März) 1907 zusammentrat. Sie war aus indirekten, ungleichen Wahlen hervorgegangen in einer Situation, in der Standgerichte und Repressalien an der Tagesordnung waren. Dessenungeachtet waren in der zweiten Duma mehr linke Kräfte vertreten als in der ersten. Der Grund dafür war eine klarere und schärfere Abgrenzung der Parteien als in der Periode der ersten Duma, das wachsende Klassenbewußtsein der Massen und die Teilnahme der Bolschewiki an den Wahlen.

Die Bolschewiki benutzten die Duma als Tribüne, um den Zarismus und die verräterische Rolle der konterrevolutionären Bourgeoisie zu entlarven, das revolutionäre Parteiprogramm zu verkünden und zu propagieren, die Bauernschaft dem Einfluß der Liberalen zu entziehen und in der Duma einen revolutionären Block der Vertreter der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu schaffen. Die Linie der Bolschewiki war eine neue, revolutionär-marxistische Linie in bezug auf die Haltung der Vertreter des Proletariats in parlamentarischen Körperschaften. Die Menschewiki hingegen betrieben in der Duma eine opportunistische Taktik der Unterstützung der Kadetten.

Mitte 1907, als sich zeigte, daß die Kraft der Arbeiter und Bauern nicht ausreichte, um den Zarismus zu besiegen, beschloß die zaristische Regierung,

die Duma auseinanderzujagen. In der Nacht zum 3. (16.) Juni 1907 wurde die sozialdemokratische Dumafraktion verhaftet und am 3. (16.) Juni die II. Reichsduma durch einen Erlaß des Zaren aufgelöst. *179*

225 *Zionistische Sozialisten* – Mitglieder der Zionistisch-Sozialistischen Arbeiterpartei, einer kleinbürgerlichen jüdischen nationalistischen Organisation, die im Jahre 1904 entstand. Als Hauptaufgabe des jüdischen Proletariats betrachteten die zionistischen Sozialisten den Kampf um ein eigenes Territorium und die Schaffung eines eigenen Nationalstaates. Das nationalistische Auftreten der zionistischen Sozialisten trübte das Klassenbewußtsein der jüdischen Arbeiter und fügte der Arbeiterbewegung großen Schaden zu.

Nach der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 vereinigte sich die Zionistisch-Sozialistische Arbeiterpartei mit der Sozialistischen Jüdischen Arbeiterpartei zur Vereinigten Jüdischen Sozialistischen Arbeiterpartei. *181*

226 *Volkssozialisten* – Mitglieder der kleinbürgerlichen Volkssozialistischen Arbeitspartei, die 1906 aus dem rechten Flügel der Partei der Sozialrevolutionäre hervorgegangen war. Die Volkssozialisten traten für einen Block mit den Kadetten ein. An der Spitze standen A. W. Peschechonow, N. F. Annenski, W. A. Mjakotin u. a. Während des ersten Weltkriegs bezogen sie eine sozialchauvinistische Position. *181*

227 Lenin meint seinen Artikel „Die Krise des Menschewismus", der im „Proletari" Nr. 9 vom 7. (20.) Dezember 1906 erschienen war. (Siehe Werke, Bd. 11, S. 338–362.)

„Proletari" (Der Proletarier) – illegale bolschewistische Zeitung, die vom 21. August (3. September) 1906 bis 28. November (11. Dezember) 1909 unter der Redaktion W. I. Lenins herausgegeben wurde. Insgesamt erschienen 50 Nummern. Die ersten 20 Nummern der Zeitung wurden in Wiborg für den Druck vorbereitet und gesetzt. Später verlegte die Redaktion des „Proletari" auf Beschluß des Petersburger und des Moskauer Komitees der SDAPR die Herausgabe der Zeitung ins Ausland, da sich die Bedingungen für die Herausgabe eines illegalen Organs in Rußland außerordentlich verschlechtert hatten. (Die Nummern 21–40 erschienen in Genf, die Nummern 41–50 in Paris.)

Faktisch war der „Proletari" das Zentralorgan der Bolschewiki. Im „Proletari" wurden über 100 Artikel und Notizen von Lenin zu grundlegenden Fragen des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse veröffentlicht. Die Zeitung hatte enge Verbindung zu den örtlichen Parteiorganisationen.

In den Jahren der Stolypinschen Reaktion spielte der „Proletari" eine hervorragende Rolle bei der Erhaltung und Festigung der bolschewistischen Organisationen, im Kampf gegen Liquidatoren, Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildner.

Auf dem Plenum des ZK der SDAPR im Januar 1910 erreichten die Menschewiki mit Hilfe der Versöhnler, daß ein Beschluß über die Einstellung des „Proletari" gefaßt wurde. *181*

228 Lenin meint den Aufruf des ZK „An alle Parteiorganisationen und an alle sozialdemokratischen Arbeiter" über die Einberufung des IV. Parteitags der SDAPR. Der Aufruf war auf Vorschlag Lenins angenommen und in Nr. 9 der „Nowaja Shisn" vom 10. (23.) November 1905 veröffentlicht worden. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 96–98, russ.)

„Nowaja Shisn" (Neues Leben) – erste legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 27. Oktober (9. November) bis 3. (16.) Dezember 1905 in Petersburg erschien. Offiziell galt als verantwortlicher Redakteur der „Nowaja Shisn" der Dichter N. M. Minski und als Herausgeberin M. F. Andrejewa. Nachdem W. I. Lenin Anfang November 1905 aus der Emigration nach Petersburg zurückgekehrt war, erschien die Zeitung unter seiner unmittelbaren Leitung. Die „Nowaja Shisn" war faktisch das Zentralorgan der SDAPR. Die engsten Mitarbeiter der Zeitung waren W. D. Bontsch-Brujewitsch, A. W. Lunatscharski, M. S. Olminski, W. W. Worowski und andere. Maxim Gorki arbeitete aktiv an der Zeitung mit und erwies ihr auch große materielle Unterstützung. In der Zeitung wurden 14 Artikel W. I. Lenins veröffentlicht.

Die „Nowaja Shisn" war häufig Repressalien ausgesetzt. Nach Erscheinen der Nummer 27 vom 2. Dezember wurde die Zeitung von der zaristischen Regierung verboten. Die letzte Ausgabe, Nr. 28, erschien illegal. *182*

229 Gemeint ist die Erste Konferenz der SDAPR, die vom 12. bis 17. (25. bis 30.) Dezember 1905 in Tammerfors (Finnland) stattfand. An der Konferenz nahmen Vertreter von 26 Organisationen teil. Lenin wurde zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt.

Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Berichte der örtlichen Organisationen; 2. Bericht über die gegenwärtige Lage; 3. Organisationsbericht des ZK; 4. Über die Vereinigung beider Teile der SDAPR; 5. Über die Reorganisation der Partei; 6. Die Agrarfrage; 7. Über die Reichsduma.

Lenin hielt Referate über die gegenwärtige Lage und über die Agrarfrage. Die Konferenz sprach sich dafür aus, die Einheit der Partei wiederherzustellen, die Zentralleitungen der Bolschewiki und der Menschewiki sowie ihre zentralen Presseorgane auf paritätischer Grundlage zu verschmelzen und ebenso die örtlichen parallelen Organisationen zusammenzuschließen; sie beauftragte das vereinigte ZK, den Vereinigungsparteitag einzuberufen. In der Resolution „Die Reorganisation der Partei" empfahl die Konferenz, das Prinzip der Wähl-

barkeit und das Prinzip des demokratischen Zentralismus in breitem Maße durchzusetzen. Abweichungen von diesem Prinzip wurden nur im Falle unüberwindlicher praktischer Hindernisse als zulässig anerkannt. In der „Agrarresolution" (zu Lenins Referat) schlug die Konferenz vor, den Punkt des auf dem II. Parteitag angenommenen Agrarprogramms über die Bodenabschnitte durch die Forderung nach Konfiskation aller Staats-, Gutsbesitzer- und Kirchenländereien zu ersetzen. Die Konferenz nahm eine Resolution über den aktiven Boykott der I. Reichsduma an. Da in Moskau bereits der bewaffnete Aufstand im Gange war, beendete die Konferenz auf Lenins Antrag schnellstens ihre Arbeit, und die Delegierten fuhren zu ihren örtlichen Organisationen zurück, um persönlich am Aufstand teilzunehmen. *182*

230 *„l'Humanité"* – Tageszeitung, 1904 von J. Jaurès als Organ der Französischen Sozialistischen Partei gegründet. Im Jahre 1905 begrüßte die Zeitung die beginnende Revolution in Rußland. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 befand sich die Zeitung in Händen des extremen rechten Flügels der Sozialistischen Partei und vertrat einen sozialchauvinistischen Standpunkt.

Im Jahre 1918 wurde Marcel Cachin politischer Direktor der Zeitung. In den Jahren 1918–1920 trat die Zeitung gegen die imperialistische Politik der französischen Regierung auf, die ihre Streitkräfte zum Kampf gegen die Sowjetrepublik entsandt hatte. Ab Dezember 1920, nach der Spaltung der Sozialistischen Partei und der Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs, wurde die Zeitung deren Zentralorgan; auch jetzt erscheint sie in Paris als Zentralorgan der Kommunistischen Partei. *182*

231 *„La Tribune Russe"* (Die Russische Tribüne) – Auslandsbulletin der Partei der Sozialrevolutionäre, das von Januar 1904 bis Dezember 1909 und von Oktober 1912 bis Juli 1913 in französischer Sprache in Paris herausgegeben wurde. *182*

232 Die *Stadt- und Gouvernementskonferenz der Petersburger Organisation der SDAPR* trat am 6. (19.) Januar 1907 in Terijoki zusammen. Auf der Konferenz waren 70 Delegierte mit beschließender Stimme vertreten (42 Bolschewiki und 28 Menschewiki). Mit beratender Stimme nahmen 4 Vertreter des menschewistischen ZK und des menschewistischen ZO teil, ferner je ein Vertreter des Petersburger Komitees der SDAPR und der Redaktion der bolschewistischen Zeitung „Proletari" und andere. Bei der Überprüfung der Mandate stellte sich heraus, daß man in einigen Unterbezirken, in denen vor allem Menschewiki gewählt worden waren, den Beschluß des Petersburger Komitees verletzt hatte, die Delegierten zur Konferenz erst zu wählen, nachdem die Parteimitglieder darüber beraten hatten, ob man ein Abkommen mit den Kadetten eingehen sollte. Solche Mandate erklärte die Konferenz für ungültig. Sie lehnte mit Stimmenmehrheit den Vorschlag des ZK-Vertreters ab, die Konferenz entsprechend

den bestehenden Wahlkreisen in eine Stadt- und eine Gouvernementskonferenz zu teilen, da dieser Vorschlag darauf abzielte, ein künstliches Übergewicht der Menschewiki zu schaffen. Diese Beschlüsse benutzten die Menschewiki als Vorwand, um mit der revolutionären Sozialdemokratie zu brechen und mit den Kadetten zu paktieren. Sie verließen die Konferenz und spalteten damit die Petersburger Organisation am Vorabend der Wahlen.

Die übrigen Delegierten beschlossen, die Konferenz fortzusetzen. Nach der Diskussion über Lenins Referat zur Frage der Wahlabkommen bei den Wahlen zur Duma bestätigte die Konferenz die von den Bolschewiki auf der Zweiten Konferenz der SDAPR (der „Ersten Gesamtrussischen Konferenz") eingebrachte „Besondere Meinung". (Siehe den vorliegenden Band, S. 178–181.) Die Konferenz lehnte Blocks mit den Kadetten ab und beschloß, den Sozialrevolutionären und den Trudowiki für die Zeit der Wahlen ein Abkommen vorzuschlagen unter der Bedingung, daß sie ihrerseits auf jede Vereinigung mit den Kadetten verzichten.

Eine eingehende Charakteristik der Petersburger Konferenz enthalten Lenins Broschüren „Sozialdemokratie und Dumawahlen" und „Der Narr als Richter (Aus den Notizen eines sozialdemokratischen Publizisten)" sowie die Artikel „Die Wahlkampagne der Arbeiterpartei in Petersburg", „Die Wahlkampagne der Sozialdemokratie in Petersburg", „Der Protest der 31 Menschewiki" u. a. (Siehe Werke, Bd. 11, S. 435–460, 461–480, 429–433; Bd. 12, S. 1–9, 15 bis 18.) *183*

233 Die vorliegende am 27. Februar 1907 im „Pressespiegel" von Nr. 7 des „Nowy Lutsch" (Neuer Strahl) veröffentlichte Notiz ist die Antwort auf L. Martows Feuilleton „Weiter geht's nimmer", das in Nr. 48 der „Russkaja Shisn" vom 25. Februar (10. März) 1907 veröffentlicht worden war. *186*

234 *„Russkaja Shisn"* (Russisches Leben) – legale Tageszeitung linkskadettischer Richtung; erschien ab 1. (14.) Januar 1907 in Petersburg. Ab 14. (27.) Februar, mit der Nummer 38, ging die Zeitung in die Hände der Menschewiki über; Mitarbeiter waren P. B. Axelrod, Th. Dan, L. Martow, G. W. Plechanow, W. I. Sassulitsch u. a. Am 2. (15.) März wurde die Zeitung verboten. *186*

235 Der *V. Parteitag der SDAPR* fand vom 30. April bis 19. Mai (13. Mai bis 1. Juni) 1907 in London statt. An dem Parteitag nahmen 336 Delegierte teil, die mehr als 147 000 Parteimitglieder vertraten. 105 Delegierte waren Bolschewiki, 97 Menschewiki, 57 Bundisten, 44 polnische Sozialdemokraten, 29 Vertreter der Sozialdemokratie Lettlands und 4 „Fraktionslose". Die großen Industriezentren hatten Bolschewiki zum Parteitag delegiert. W. I. Lenin hatte ein Mandat der Organisation von Werchne-Kamskaja (Ural). Auf dem Parteitag trat unter Führung W. I. Lenins eine geschlossene Gruppe bolschewistischer

Delegierter auf. Nach langen, erbitterten Diskussionen wurde folgende Tagesordnung angenommen: 1. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees; 2. Rechenschaftsbericht der Dumafraktion und ihre Organisation; 3. Stellung zu den bürgerlichen Parteien; 4. Reichsduma; 5. „Arbeiterkongreß" und parteilose Arbeiterorganisationen; 6. Gewerkschaften und Partei; 7. Partisanenaktionen; 8. Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und Aussperrungen; 9. Organisationsfragen; 10. Der Internationale Kongreß in Stuttgart (1. Mai, Militarismus); 11. Die Arbeit in der Armee; 12. Verschiedenes. Da sich die Arbeit des Parteitags sehr in die Länge zog, wurden die Diskussionen über die Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftskrise und die Aussperrungen sowie über den Internationalen Kongreß in Stuttgart von der Tagesordnung abgesetzt.

Lenin wurde in das Präsidium des Parteitags gewählt und führte in mehreren Sitzungen den Vorsitz. Er sprach zu den wichtigsten Fragen der Tagesordnung. (Siehe Werke, Bd. 12, S. 439–491.)

Die Bolschewiki wurden auf dem Parteitag von den Delegierten der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens und der Sozialdemokratie Lettlands unterstützt und erhielten die Mehrheit. Zu allen grundlegenden Fragen nahm der Parteitag bolschewistische Resolutionen an; er änderte das Parteistatut, indem er die Zweizentrigkeit (Wahl des ZK und des ZO auf dem Parteitag) beseitigte. Nach dem geänderten Statut wurde auf dem Parteitag nur das ZK gewählt, die Redaktion des ZO jedoch sollte vom ZK ernannt werden und unter seiner Kontrolle arbeiten. Das Statut sah die Einberufung periodischer Parteiberatungen vor, um die wichtigsten Fragen des Parteilebens zu erörtern.

In das ZK wurden außer Bolschewiki auch Menschewiki und Vertreter nationaler sozialdemokratischer Organisationen gewählt, die zwischen Bolschewiki und Menschewiki schwankten. Aus diesem Grunde wählten die bolschewistischen Delegierten in ihrer letzten Sitzung (bereits nach Beendigung des Parteitags) das Bolschewistische Zentrum als oberstes Organ der bolschewistischen Fraktion, das von W. I. Lenin geleitet wurde. In seiner personellen Zusammensetzung war es identisch mit der erweiterten Redaktion des „Proletari". *187*

236 Diesen Einwand machte Lenin in der dritten Sitzung des Parteitags. Nach Bestätigung der ersten beiden Punkte der Tagesordnung (1. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees und 2. Rechenschaftsbericht der Dumafraktion und ihre Organisation) ging es um die Frage, ob man die allgemein theoretischen, prinzipiellen Fragen (die Punkte 3, 4 und 5 des bolschewistischen Entwurfs der Tagesordnung: über die Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes und die gegenwärtige Lage, über die Klassenaufgaben des Proletariats im gegenwärtigen

Abschnitt der bürgerlich-demokratischen Revolution und über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien) in die Tagesordnung aufnehmen solle. Der Bundist Selzer (B. N. Grosser) schlug vor, die Erörterung dieser Fragen von der Tagesordnung abzusetzen. Der den Vorsitz führende Bundist Winizki (W. D. Medem) machte daraufhin den Vorschlag, diese Frage nicht zu behandeln, sondern über den Abbruch der Diskussion abzustimmen.

Nach Lenins Einwand wurde die Diskussion über die Aufnahme der allgemein theoretischen Fragen in die Tagesordnung in der vierten Sitzung fortgesetzt. In der fünften Sitzung des Parteitags am 2. (15.) Mai wurde der Punkt „Über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien" in die Tagesordnung aufgenommen. *187*

[237] Punkt 4 der vom Parteitag angenommenen Geschäftsordnung sah vor, daß eine namentliche Abstimmung nur dann erfolgt, wenn sie von mindestens 20 Delegierten verlangt wird. Die namentliche Abstimmung wurde mit Stimmzetteln durchgeführt. Lenin ergriff das Wort, weil beim Präsidium des Parteitags der Vorschlag eingegangen war, durch Aufruf der Namen abzustimmen und nicht durch die Abgabe von Stimmzetteln. Das Präsidium des Parteitags hatte sich mit 3 gegen 2 Stimmen für die Abschaffung der Stimmzettel ausgesprochen. Angesichts der entstandenen Meinungsverschiedenheiten wurde diese Frage jedoch dem Parteitag zur Diskussion vorgelegt. Die Mehrheit des Parteitags (144 Delegierte) sprach sich für die Beibehaltung der namentlichen Abstimmung mit Stimmzetteln aus. *188*

[238] Mit dem Abänderungsantrag Libers begann der Angriff des opportunistischen menschewistisch-bundistischen Teils des Parteitags auf die als Grundlage angenommene Resolution der Bolschewiki über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien. Liber hatte vorgeschlagen, den ersten Teil der theoretischen Resolution wegzulassen: „daß der Sozialdemokratie gegenwärtig die besonders dringende Aufgabe ersteht, den Klasseninhalt der verschiedenen nichtproletarischen Parteien zu bestimmen, den Wechselbeziehungen der Klassen im gegebenen Augenblick Rechnung zu tragen und dementsprechend ihr Verhältnis zu den anderen Parteien zu bestimmen". Der Abänderungsantrag Libers wurde vom Parteitag abgelehnt. Zu den Abänderungsanträgen zu der Resolution „Über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien" siehe auch Werke, Bd. 12, S. 504–509. *189*

[239] Lenin antwortet Th. Dan, der sich, angeblich in dem Bestreben, die Fraktionszwistigkeiten nicht zu verstärken, dagegen ausgesprochen hatte, den Parteitag als fünften Parteitag zu bezeichnen, wie es die Bolschewiki vorschlugen. In Wirklichkeit ignorierten die Menschewiki und die Bundisten den bolschewistischen III. Parteitag. Es wurde der Vorschlag des Bundisten Schanin (L. G. Scha-

piro) angenommen, den Parteitag „Londoner Parteitag der SDAPR" zu nennen. *190*

240 Der von Lenin verfaßte Resolutionsentwurf des II. Parteitags der Sozialdemokratie Lettlands *„Über die Aufgaben des Proletariats im gegenwärtigen Abschnitt der bürgerlich-demokratischen Revolution"* wurde ohne Diskussion den Parteitagsprotokollen beigefügt und in Nr. 78 der Zeitung „Zihņa" vom 7. Juli 1907 veröffentlicht. Die Protokolle des Parteitags sind nicht erhalten geblieben.

Der *II. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands* fand unmittelbar nach Beendigung des V. (Londoner) Parteitags der SDAPR vom 21. bis 25. Mai (3. bis 7. Juni) 1907 in London statt. Zur Zeit des Parteitags zählte die Sozialdemokratie Lettlands etwa 13 000 organisierte Parteimitglieder. Am Parteitag nahmen 26 Delegierte mit beschließender und 10 mit beratender Stimme teil. Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen: 1. Die Rechenschaftsberichte des ZK, der Revisionskommission und der örtlichen Organisationen; 2. Krisen, Aussperrungen und Arbeitslosigkeit; 3. Über die Aufgaben des Proletariats im gegenwärtigen Abschnitt der bürgerlich-demokratischen Revolution; 4. Über die Agitation in der Armee; 5. Über die Gewerkschaften; 6. Über Propaganda und Agitation; 7. Organisationsfragen u. a.

Auf dem Parteitag kam es zu harten Auseinandersetzungen zwischen den revolutionären Sozialdemokraten und den Opportunisten, vor allem über den Rechenschaftsbericht des ZK.

W. I. Lenin nahm aktiv an der Arbeit des Parteitags teil. Er hielt am 24. Mai (6. Juni) 1907 in der Nachmittagssitzung ein Referat über die Aufgaben des Proletariats im gegenwärtigen Abschnitt der bürgerlich-demokratischen Revolution (es ist nur eine sehr schlechte Aufzeichnung des Referats erhalten geblieben – eine Rückübersetzung aus dem Lettischen ins Russische, die vom Polizeidepartement angefertigt wurde). Der Parteitag zeigte, daß sich der Bolschewismus in Lettland feste Positionen erkämpft hatte: zu den Fragen der Gewerkschaften, der Arbeitslosigkeit sowie der demokratischen und militärischen Organisationen wurden bolschewistische Beschlüsse gefaßt.

Der Parteitag wählte ein neues Zentralkomitee, das sich im wesentlichen aus revolutionären Sozialdemokraten zusammensetzte.

„Zihņa" („Ciņa") (Der Kampf) – Zeitung, Zentralorgan der lettischen Sozialdemokratie, gegründet im März 1904. Erschien illegal mit großen Unterbrechungen bis August 1909 in Riga und später im Ausland.

Ab April 1917 wurde die „Zihņa" legal als Zentralorgan der Bolschewiki Lettlands in Petrograd, später in Riga und in anderen Städten herausgegeben. Von August 1919 an, nach dem zeitweiligen Sieg der Konterrevolution in Lett-

land, erschien sie wieder illegal in Riga. Mit dem Sieg der Sowjetmacht in Lettland im Juni 1940 wurde sie das Organ des ZK der Kommunistischen Partei Lettlands und des Obersten Sowjets der Lettischen SSR. *190*

241 Der *Stuttgarter Kongreß der II. Internationale* tagte vom 18. bis 24. August 1907. An dem Kongreß nahmen 884 Delegierte, Vertreter von sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, teil. Die SDAPR war durch 37 Delegierte vertreten. Von den Bolschewiki nahmen W. I. Lenin, M. M. Litwinow, A. W. Lunatscharski u. a. teil.

Der Kongreß beschäftigte sich mit folgenden Fragen: 1. Der Militarismus und die internationalen Konflikte; 2. Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften; 3. Die Kolonialfrage; 4. Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter und 5. Frauenstimmrecht.

W. I. Lenin nahm zum erstenmal an einem internationalen Sozialistenkongreß teil. Er arbeitete in der Kommission zur Frage „Der Militarismus und die internationalen Konflikte" mit und führte während des Kongresses Beratungen mit den hervorragendsten Vertretern der revolutionären Kräfte (Clara Zetkin, Rosa Luxemburg u. a.) über die Grundsätze und die Taktik für ihre Haltung auf dem Kongreß durch.

Das bedeutendste Ergebnis des Stuttgarter Kongresses für die Strategie und Taktik der sozialistischen Parteien im Kampf gegen den imperialistischen Krieg war die Resolution zum Tagesordnungspunkt: Der Militarismus und die internationalen Konflikte. Der Kongreß nahm den von August Bebel verfaßten Resolutionsentwurf an, der durch Zusatzanträge von Lenin, Rosa Luxemburg und Martow im Geiste des revolutionären Marxismus konkretisiert worden war. Die Sozialisten wurden durch diese Resolution verpflichtet, nicht nur gegen den Ausbruch von Kriegen bzw. für deren rasche Beendigung zu kämpfen, sondern auch „die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen".

Über den Stuttgarter Kongreß siehe W. I. Lenin: Werke, Bd. 13, S. 66–85. *192*

242 Auf dem Stuttgarter Kongreß traf W. I. Lenin zum erstenmal mit Clara Zetkin zusammen. Clara Zetkin verteidigte gemeinsam mit anderen deutschen linken Sozialdemokraten die Taktik des revolutionären Marxismus und trat gegen die Opportunisten und Revisionisten auf.

Lenin redigierte die Übersetzung von Clara Zetkins Artikel „Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Stuttgart", der in Nr. 18 der „Gleichheit" vom 2. September 1907 veröffentlicht worden war. Er versah die Übersetzung mit erläuternden Anmerkungen.

Clara Zetkins Artikel wurde in dem bolschewistischen Sammelband „Wetterleuchten" veröffentlicht. *193*

[243] *„Die Gleichheit"* – sozialdemokratische Frauenzeitschrift, die von 1891 bis 1923 halbmonatlich in Stuttgart erschien, zunächst unter dem Titel „Die Arbeiterin", seit 1892 als „Die Gleichheit". Von 1892 bis 1917 wurde sie von Clara Zetkin redigiert. Ab 1907 war die Zeitschrift Publikationsorgan des Internationalen Frauensekretariats, der Zentralstelle der deutschen und internationalen sozialistischen Frauenbewegung. Bis 1917 war sie einer der Sammelpunkte der revolutionären Kräfte in Deutschland. *193*

[244] *„Towarischtsch"* (Der Gefährte) – bürgerliche Tageszeitung, erschien vom 15. (28.) März 1906 bis 30. Dezember 1907 (12. Januar 1908) in Petersburg; formell kein Parteiorgan, war sie jedoch faktisch Sprachrohr der linken Kadetten. Ihre engsten Mitarbeiter waren S. N. Prokopowitsch und J. D. Kuskowa. Auch Menschewiki arbeiteten an der Zeitung mit. *193*

[245] *„Snamja Truda"* (Banner der Arbeit) – Zentralorgan der Partei der Sozialrevolutionäre, erschien von Juli 1907 bis April 1914 in Paris. *199*

[246] Das *Internationale Sozialistische Büro* (ISB) war das ständige ausführende und informierende Organ der II. Internationale, das auf Beschluß des Pariser Kongresses der II. Internationale (September 1900) aus Vertretern der sozialistischen Parteien aller Länder gegründet worden war. Der Sitz des ISB war in Brüssel. Als Vertreter der russischen Sozialdemokraten wurden G. W. Plechanow und B. N. Kritschewski in das ISB gewählt. Ab 1905 gehörte W. I. Lenin als Vertreter der SDAPR dem ISB an. Lenin führte im ISB einen entschiedenen Kampf gegen das opportunistische Auftreten der Führer der II. Internationale. Das ISB stellte 1914 seine Tätigkeit ein. *199*

[247] *Französische Radikale und Radikalsozialisten* – bürgerliche Partei Frankreichs, die sich im Jahre 1901 organisatorisch formiert hatte, sie existiert faktisch seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Bis zum ersten Weltkrieg (1914 bis 1918) vertrat sie im wesentlichen die Interessen der kleinen und mittleren Bourgeoisie; in der Zeit zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg verstärkte sich in der Partei der Einfluß der Großbourgeoisie. Die Führer der Partei standen wiederholt an der Spitze der französischen Regierung. *201*

[248] Die *III. Reichsduma* (offizielle Bezeichnung: Reichsduma der dritten Wahlperiode) bestand vom 1. (14.) November 1907 bis 9. (22.) Juni 1912 (sie umfaßte insgesamt fünf Sitzungsperioden). *201*

[249] Das *Wahlgesetz vom 11. (24.) Dezember 1905* über die Einberufung der I. Reichsduma hatte die zaristische Regierung als ein gewisses Zugeständnis an die Arbeiter erlassen, als der bewaffnete Aufstand in Moskau seinen Höhepunkt erreicht hatte.

Zum Unterschied von der alten, „beratenden" Bulyginschen Duma (Erlaß vom 6. August 1905) sah das Gesetz die Schaffung einer „gesetzgebenden" Duma vor. Zu den früheren drei Kurien: Grundbesitzerkurie (Gutsherren), Städtekurie (Bourgeoisie) und Bauernkurie kam jetzt eine vierte, die Arbeiterkurie, hinzu. Die Wahlen waren jedoch nicht allgemein, gleich und direkt; die Stimme eines Gutsbesitzers entsprach den Stimmen von drei Angehörigen der städtischen Bourgeoisie, den Stimmen von 15 Bauern und den Stimmen von 45 Arbeitern. Das Gesetz sicherte den Gutsbesitzern und Kapitalisten in der Duma ein gewaltiges Übergewicht. *202*

250 *Oktobristen, Partei der Oktobristen* (auch *„Verband vom 17. Oktober"*) – entstand in Rußland nach der Veröffentlichung des Zarenmanifests vom 17. (30.) Oktober 1905, in dem der Zar unter dem Druck der revolutionären Bewegung einige bürgerliche Freiheiten versprach. Die Oktobristen waren eine konterrevolutionäre Partei, die die Interessen der Großbourgeoisie und der kapitalistisch wirtschaftenden Gutsbesitzer vertrat. An der Spitze der Partei standen der Großindustrielle A. I. Gutschkow und der Großgrundbesitzer M. W. Rodsjanko. Die Oktobristen unterstützten die Innen- und Außenpolitik der zaristischen Regierung. *202*

251 *„Bund des russischen Volkes"* – extrem reaktionäre, monarchistische Schwarzhunderterorganisation; bildete sich im Oktober 1905 in Petersburg zum Kampf gegen die revolutionäre Bewegung. In vielen Städten Rußlands hatte der „Bund des russischen Volkes" Zweigorganisationen.

Die Organisation verteidigte die Unerschütterlichkeit der zaristischen Selbstherrschaft, den Fortbestand der halbfeudalen Gutsbesitzerwirtschaft und die Erhaltung der Adelsprivilegien; ihre Programmlosung war die monarchistische, nationalistische Losung aus der Zeit der Leibeigenschaft: „Rechtgläubigkeit, Selbstherrschaft, Volkstum". Ihre Hauptmethoden im Kampf gegen die Revolution waren Pogrome und Mord.

Nach der Auseinanderjagung der II. Duma zerfiel der „Bund des russischen Volkes" in zwei Organisationen: den unter Leitung von Purischkewitsch stehenden „Erzengel-Michael-Bund", der dafür eintrat, die III. Duma zu konterrevolutionären Zwecken auszunutzen, und den eigentlichen „Bund des russischen Volkes" unter Leitung von Dubrowin, der die Taktik des offenen Terrors fortsetzte. Beide reaktionäre Organisationen wurden während der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 aufgelöst. *204*

252 Das *Plenum des ZK der SDAPR* fand vom 11. bis 13. (24. bis 26.) August 1908 in Genf statt. Auf dem Plenum waren 12 Genossen anwesend: 5 Bolschewiki (darunter W. I. Lenin), 3 Menschewiki, 1 lettischer Sozialdemokrat, 1 polnischer Sozialdemokrat und 2 Bundisten. Auf der Tagesordnung des Plenums

standen folgende Punkte: 1. Bericht über die Einberufung des Plenums; 2. Die Gesamtrussische Konferenz; 3. Zentrales Auslandsbüro und die Gruppen zur Unterstützung der SDAPR; 4. Organisation des Zentralkomitees; 5. Finanzangelegenheiten; 6. Bericht des ZK an den Stuttgarter Kongreß; 7. Verschiedenes.

Auf dem Plenum erteilten die Bolschewiki den Menschewiki, die versuchten, das Zentralkomitee der Partei zu liquidieren und die Einberufung einer Parteikonferenz zu vereiteln, eine entschiedene Abfuhr. Zu den grundlegenden Fragen der Tagesordnung nahm das Plenum die von den Bolschewiki eingebrachten Beschlüsse an. Auf Vorschlag Lenins wurde der Beschluß gefaßt, unverzüglich die Arbeit zur Einberufung einer Konferenz aufzunehmen. Es wurde eine Tagesordnung für die bevorstehende Konferenz entworfen. Das Plenum nahm bolschewistische Resolutionen über die Organisation des Zentralkomitees und über die Bildung des Zentralen Auslandsbüros an. Der letzteren lag der Leninsche „Entwurf des Beschlusses über die Bildung des Zentralen Auslandsbüros" zugrunde. (Siehe den vorliegenden Band, S. 210/211.) Von den Bolschewiki wurde W. I. Lenin in die Redaktion des ZO gewählt.

Der Bericht über die Einberufung des Plenums wurde zusammen mit der Frage der Organisation des Zentralkomitees erörtert, da während der Diskussion ein Briefwechsel der Menschewiki mit dem „Bund" bekannt geworden war, in dem unter dem Vorwand einer „Reorganisierung" des ZK faktisch vorgeschlagen wurde, das Zentralkomitee als leitendes Organ der Partei zu liquidieren. Auf dem Plenum gaben sich die Menschewiki und die Bundisten alle Mühe, diese Fakten zu vertuschen. In diesem Zusammenhang gab W. I. Lenin eine spezielle „Erklärung zur Einberufung des ZK-Plenums" ab und brachte den „Entwurf eines Beschlusses zu dem Vorfall im Zusammenhang mit der Einberufung des ZK-Plenums" ein, der vom Plenum angenommen wurde. *209*

253 Das *Auslandsbüro des Zentralkomitees der* SDAPR wurde im August 1908 vom Plenum des ZK der SDAPR als Vertretung der gesamten Partei im Ausland (bestehend aus drei Personen) geschaffen; es war dem Russischen Büro des ZK untergeordnet. Zu den Pflichten des Auslandsbüros gehörten: ständige Verbindung zu dem in Rußland arbeitenden Zentralkomitee und den im Ausland arbeitenden ZK-Mitgliedern zu unterhalten, die Tätigkeit der Auslandsgruppen zur Unterstützung der SDAPR und ihres Zentralen Büros zu verfolgen, Geldanweisungen der Auslandsorganisationen an die Kasse des ZK entgegenzunehmen und Geldsammlungen für das Zentralkomitee zu organisieren. Um alle Auslandsgruppen zur Unterstützung der SDAPR zu vereinigen und sie einer einheitlichen Parteiführung unterzuordnen, beauftragte das

Augustplenum das Auslandsbüro des ZK, eine spezielle Konferenz dieser Gruppen durchzuführen. Jedoch gelang es dem Auslandsbüro nicht, eine solche Konferenz im Laufe des Jahres 1909 einzuberufen, da die menschewistischen Liquidatoren, die sich des Zentralen Büros der Auslandsgruppen bemächtigten, hartnäckigen Widerstand leisteten. Das ZK-Plenum vom Januar 1910 reorganisierte das Auslandsbüro und schränkte dessen Einfluß auf die Leitung der allgemeinen Parteiangelegenheiten ein, während es die Vollmachten des Russischen Büros des ZK entsprechend erweiterte. Die Mitgliederzahl des Auslandsbüros wurde auf 5 festgelegt, davon waren drei Vertreter der Zentralkomitees der nationalen Organisationen. So ergab sich im Auslandsbüro des ZK eine ständige Mehrheit der Liquidatoren, die auf jede erdenkliche Weise versuchte, die Tätigkeit der zentralen Parteikörperschaften zu desorganisieren.

Im Januar 1912 löste sich das Auslandsbüro auf. *209*

254 Die *Fünfte Gesamtrussische Konferenz der SDAPR* fand vom 21. bis 27. Dezember 1908 (3. bis 9. Januar 1909) in Paris statt. Auf der Konferenz waren 16 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend: 5 Bolschewiki, 3 Menschewiki, 5 polnische Sozialdemokraten und 3 Bundisten. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen folgende Fragen: 1. Die Berichte des ZK der SDAPR, des ZK der polnischen Sozialdemokratie, des ZK des „Bund", der Organisationen von Petersburg, Moskau, dem zentralen Industriegebiet, dem Ural und dem Kaukasus; 2. die gegenwärtige politische Lage und die Aufgaben der Partei; 3. die sozialdemokratische Dumafraktion; 4. Organisationsfragen im Zusammenhang mit den veränderten politischen Bedingungen; 5. die Vereinigung mit den nationalen Organisationen auf örtlicher Ebene; 6. Auslandsangelegenheiten. Bei der Behandlung aller Fragen führten die Bolschewiki auf der Konferenz einen unversöhnlichen Kampf gegen die menschewistischen Liquidatoren und ihre Anhänger.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Konferenz stand Lenins Referat „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei". Die Konferenz nahm die von Lenin vorgeschlagene Resolution mit geringfügigen Änderungen an. (Siehe Werke, Bd. 15, S. 319–322.)

In der von den Bolschewiki eingebrachten Resolution „Über die sozialdemokratische Dumafraktion" wurde die Tätigkeit der Fraktion kritisiert und auf ihre konkreten Aufgaben hingewiesen. Die Menschewiki wandten sich dagegen, daß in den Konferenzbeschlüssen auf die Fehler der Dumafraktion hingewiesen wurde, und traten gegen das Vetorecht des Zentralkomitees der Partei gegenüber der Fraktion auf. Gegen die Leninsche Linie in bezug auf die Dumafraktion traten auch die Otsowisten auf. Die Konferenz nahm die bolschewistische Resolution an. Bei der Diskussion über die Organisationsfrage wiesen

die Bolschewiki in ihrem Resolutionsentwurf darauf hin, daß die Partei dem Aufbau und der Konsolidierung illegaler Parteiorganisationen besondere Aufmerksamkeit widmen und für die Arbeit unter den Massen das weitverzweigte Netz der verschiedenen legalen Vereinigungen ausnutzen muß. In seiner Rede zur Organisationsfrage kritisierte Lenin aufs schärfste die Resolution der menschewistischen Liquidatoren und deren Versuche, mit allen Mitteln diejenigen zu rechtfertigen, die in den Jahren der Reaktion aus der Partei desertierten. Die Konferenz nahm die von Lenin eingebrachten „Direktiven für die Kommission zur Organisationsfrage" (Werke, Bd. 15, S. 323) und den bolschewistischen Resolutionsentwurf an. In der von der Fünften Konferenz der SDAPR angenommenen Resolution über die Vereinigung der nationalen Organisationen auf örtlicher Ebene wurde das Prinzip des Föderalismus entschieden abgelehnt. Bei der Erörterung der Arbeit des Zentralkomitees schlugen die Menschewiki vor, das ZK nach Rußland zu verlegen und das Auslandsbüro des ZK aufzulösen. Die liquidatorischen Resolutionsentwürfe wurden abgelehnt. Die Konferenz nahm eine Resolution über die Arbeit des ZK an, in der „die Existenz einer Vertretung der Gesamtpartei im Ausland in Form des Auslandsbüros des Zentralkomitees als nützlich und notwendig" anerkannt wurde. Zur Frage des Zentralorgans wurde eine Resolution der Bolschewiki angenommen; der Vorschlag der Menschewiki, die Herausgabe des ZO nach Rußland zu verlegen, wurde abgelehnt.

Die Bolschewiki errangen auf der Konferenz einen großen Sieg im Kampf gegen die menschewistischen Liquidatoren. Zugleich waren die Beschlüsse der Konferenz auch ein Schlag gegen die Otsowisten. Die Partei ließ sich in den Jahren der Reaktion von den auf der Konferenz angenommenen Beschlüssen leiten. Über die Konferenz siehe auch W. I. Lenins Artikel „Auf den Weg" (Werke, Bd. 15, S. 344–355). *211*

255 An Hand der erhalten gebliebenen kurzen protokollarischen Niederschrift der Rede Lenins vom 24. Dezember 1908 (6. Januar 1909) zur Organisationsfrage ist nicht festzustellen, ob diese Rede alle im vorliegenden Konzept aufgezählten Fragen enthielt. Der im Konzept angeführte Themenkreis gibt Grund zu der Annahme, daß es während der Diskussion zur Organisationsfrage niedergeschrieben wurde. *211*

256 Gemeint ist die Zusammensetzung des auf dem V. (Londoner) Parteitag der SDAPR gewählten Zentralkomitees der Partei, dem 12 Personen angehörten. Unter den „fünf" ist das engere ZK zu verstehen, das in Rußland arbeitete. Die ironische Bemerkung Lenins über die fünf „im Range von Engeln" bezieht sich wahrscheinlich auf einen Resolutionsentwurf der menschewistischen Liquidatoren, in dem diese vorgeschlagen hatten, das Auslandsbüro des ZK

aufzulösen und die gesamte Leitung der Parteiarbeit in den Händen der russischen fünf ZK-Mitglieder zu konzentrieren. *211*

[257] Diese Erklärung gab W. I. Lenin auf der Konferenz am 24. Dezember 1908 (6. Januar 1909) ab nach dem verleumderischen Auftreten des Menschewiks N. Ramischwili (Pjotr), eines Mitglieds der kaukasischen Delegation. Auf dem Plenum des Zentralkomitees im August 1908 war aufgedeckt worden, daß die menschewistischen Liquidatoren noch bis zur Einberufung des Plenums die Liquidierung des ZK als führendes Parteiorgan und die Beschränkung seiner Tätigkeit auf informatorische Funktionen angestrebt hatten. Der Plan zur Liquidierung des ZK war in einem Brief dargelegt worden, in dem sich das Mitglied des ZK B. Gorew und das Redaktionsmitglied des „Golos Sozial-Demokrata" A. Martynow im Juni 1908 „An alle menschewistischen Organisationen" gewandt hatten. *212*

[258] *„Golos Sozial-Demokrata"* (Die Stimme des Sozialdemokraten) – Auslandsorgan der Menschewiki; erschien von Februar 1908 bis Dezember 1911, zunächst in Genf, später in Paris. Da der „Golos Sozial-Demokrata" offen die Liquidatoren verteidigte, trat G. W. Plechanow im Mai 1909 aus der Redaktion aus; von diesem Zeitpunkt an wurde die Zeitung endgültig zum ideologischen Zentrum der Liquidatoren. *212*

[259] Die De-facto-Erklärung gab W. I. Lenin in der neunten und letzten Sitzung der Konferenz am 26. Dezember 1908 (8. Januar 1909) ab. Wie aus der protokollarischen Niederschrift ersichtlich ist, wurde in dieser Sitzung die Diskussion zur Resolution über die sozialdemokratische Dumafraktion fortgesetzt. Bei der Erörterung des Punktes über die Budgetabstimmungen hatte Lenin eine eigene Formulierung dieses Teils der Resolution vorgeschlagen. (Siehe Werke, Bd. 15, S. 324/325.) In den Protokollen befindet sich ein Abänderungsantrag M. N. Ljadows, in dem dieser vorschlug, die abschließenden Worte der Resolution „und Gewerkschaftsorganisationen empfohlen" in der Fassung „nach Informierung der Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen empfohlen" zu bringen. Ljadow begründete seinen Abänderungsantrag damit, daß der zur Beratung stehende Resolutionsentwurf die Rechte des Zentralkomitees einschränke. Lenin wandte sich gegen Ljadows Abänderungsantrag und wies darauf hin, daß das ZK gegenüber der sozialdemokratischen Dumafraktion Vetorecht hat. Der Abänderungsantrag Ljadows wurde abgelehnt. Der Beschluß zur Frage des Vetorechts des ZK gegenüber der Dumafraktion wurde auf der gleichen Sitzung angenommen. In dem Beschluß wurde darauf hingewiesen, daß das ZK in Anbetracht seiner Verantwortung für die Arbeit der Fraktion von seinem Vetorecht Gebrauch machen muß, „wenn Beschlüsse der Fraktion die Gefahr in sich bergen, der Partei zu schaden". *213*

[260] Die *„Erklärung zu dem Projekt der Menschewiki, das ZK zu liquidieren"*, gab Lenin in der Sitzung der Konferenz am 26. Dezember 1908 (8. Januar 1909) bei der Erörterung der Resolution über die Arbeit des Zentralkomitees ab. Die menschewistischen Liquidatoren hatten noch bis zum Augustplenum des ZK im Jahre 1908 Versuche unternommen, das Zentralkomitee als führendes Parteiorgan zu liquidieren. In diesem Zusammenhang reichte Lenin auf dem Plenum am 12. (25.) August 1908 die „Erklärung zur Einberufung des ZK-Plenums" ein. (Siehe den vorliegenden Band, S. 209.) Auf Lenins Vorschlag wurde der Beschluß „Zu dem Vorfall im Zusammenhang mit der Einberufung des ZK-Plenums" angenommen. (Siehe den vorliegenden Band, S. 209/210.) *214*

[261] Der *„Plan für Lektionen über Marxismus"* wurde 1908 oder 1909 geschrieben. Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU besitzt keine direkten Angaben über diese Lektionen W. I. Lenins. Aus Erinnerungen ist lediglich bekannt, daß Lenin Anfang 1909 in einem Zirkel der Bolschewiki in Paris Lektionen über Philosophie gehalten hat. Ein Hinweis im Manuskript auf die Industrie von 1907 zeugt davon, daß der Plan nach 1907 geschrieben worden ist.

Im Punkt 6 des Abschnitts „Philosophischer Materialismus" begründen die Worte „heutige Opportunisten (Bogdanow)" die Annahme, daß der Plan nicht vor der zweiten Märzhälfte 1908 geschrieben wurde. In dieser Zeit beendete Lenin den Artikel „Marxismus und Revisionismus" und gab ihn (nicht später als am 3. [16.] April) in Druck. In diesem Artikel trat Lenin zum erstenmal in der Presse den opportunistischen und revisionistischen Ansichten Bogdanows auf dem Gebiet der Philosophie entgegen. Fast alle Punkte des Abschnitts „Philosophischer Materialismus" spiegeln sich auch in dem Buch „Materialismus und Empiriokritizismus" wider. Einige Punkte des Abschnitts „Agrarfrage" sind in den Arbeiten zur Agrarfrage behandelt, die Lenin im Jahre 1908 geschrieben hat. *214*

[262] Die *Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari"*, die vom 8. bis 17. (21. bis 30.) Juni 1909 in Paris stattfand, war auf Initiative W. I. Lenins einberufen worden. An der Beratung nahmen 9 Mitglieder des Bolschewistischen Zentrums, der von den bolschewistischen Delegierten auf dem V. (Londoner) Parteitag der SDAPR gewählten höchsten Körperschaft der bolschewistischen Fraktion, teil; ferner Vertreter der Petersburger Organisation, der Moskauer Gebietsorganisation und der Organisation des Urals. Die Beratung wurde von W. I. Lenin geleitet; seine Beiträge zu allen grundlegenden Fragen der Tagesordnung bestimmten den Charakter der Beratung. A. Bogdanow (Maximow) und W. L. Schanzer (Marat) vertraten auf der Beratung die Otsowisten, Ulti-

matisten und Gottbildner, sie wurden von dem Vertreter der Moskauer Gebietsorganisation W. M. Schuljatikow (Donat) unterstützt. G. J. Sinowjew, L. B. Kamenew, A. I. Rykow und M. P. Tomski nahmen in einer ganzen Reihe von Fragen eine versöhnlerische Haltung ein.

Die Beratung erörterte folgende Fragen: über Otsowismus und Ultimatismus; über die Gottbildnertendenzen innerhalb der Sozialdemokratie; über die Stellung zur Dumatätigkeit als einem Zweig der Parteiarbeit; die Aufgaben der Bolschewiki in der Partei; über die Parteischule, die auf der Insel Capri eingerichtet worden war; über die Einheit der Fraktion; über die Agitation für einen von der Partei getrennten Parteitag (oder eine Konferenz) der Bolschewiki; über die Abspaltung A. Bogdanows, und anderes. Lenin gab eine ausführliche Information über die Lage in der Partei und in der bolschewistischen Fraktion. Den von der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" angenommenen Beschlüssen lagen die von Lenin vorgelegten Thesen zugrunde.

Die Beratung verurteilte entschieden den Otsowismus und Ultimatismus als schädliche und gefährliche Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung, insbesondere die philosophischen Ansichten der Otsowisten und Ultimatisten, die vor allem in der Propagierung des Gottbildnertums ihren Ausdruck fanden. Bogdanow, der Führer und Inspirator der Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildner, wurde aus der bolschewistischen Fraktion ausgeschlossen.

Die Beschlüsse der Beratung hatten große Bedeutung für die gesamte Partei. Über die Beratung siehe auch Werke, Bd. 15, S. 427–454. *216*

263 Die Resolution von Stanislaw (S. Wolski), die im Moskauer Komitee eingebracht worden war, enthielt ein Mißtrauensvotum gegen die Redaktion des „Proletari" und forderte die Einberufung einer Konferenz der Bolschewiki zur Wahl eines neuen ideologischen Zentrums der Bolschewiki. Das Moskauer Komitee der SDAPR lehnte die Resolution von Stanislaw „mit allen Stimmen gegen seine eigene" ab. (Siehe Werke, Bd. 16, S. 41/42.) Der Text der Resolution wurde nicht aufgefunden. *217*

264 *Otsowismus* – opportunistische Strömung, die nach der Niederlage der ersten russischen Revolution (1905–1907) unter den Bolschewiki entstanden war. Die Otsowisten (A. Bogdanow, G. A. Alexinski, A. W. Sokolow [S. Wolski], A. W. Lunatscharski, M. N. Ljadow u. a.) versteckten sich hinter revolutionären Phrasen, forderten die Abberufung der sozialdemokratischen Abgeordneten aus der III. Reichsduma und die Einstellung der Arbeit in den legalen Organisationen. Sie erklärten, daß die Partei unter den Bedingungen der Reaktion nur illegal arbeiten dürfe, und lehnten die Teilnahme an der Duma, die Arbeit in den Gewerkschaften der Arbeiter, in den Genossenschaften und anderen legalen

und halblegalen Massenorganisationen ab. Sie hielten es für notwendig, die gesamte Parteiarbeit in der illegalen Organisation zu konzentrieren.

Eine Spielart des Otsowismus war der *Ultimatismus*. Die Ultimatisten begriffen nicht die Notwendigkeit, mit den sozialdemokratischen Abgeordneten eine beharrliche Kleinarbeit zu leisten, sie zu konsequenten revolutionären Parlamentariern zu erziehen. Sie schlugen vor, der sozialdemokratischen Dumafraktion ein Ultimatum über die unbedingte Unterordnung unter die Beschlüsse des Zentralkomitees der Partei zu stellen und bei Nichterfüllung dieses Ultimatums die sozialdemokratischen Abgeordneten aus der Duma abzuberufen. Der Ultimatismus war faktisch ein verschleierter, getarnter Otsowismus. Lenin nannte die Ultimatisten „verschämte Otsowisten".

Die Otsowisten fügten der Partei großen Schaden zu. Ihre Politik lief darauf hinaus, die Partei von den Massen zu lösen und sie in eine sektiererische Organisation zu verwandeln, die nicht imstande ist, die Kräfte für einen neuen revolutionären Aufschwung zu sammeln. Lenin entlarvte den Otsowismus als „Menschewismus mit umgekehrten Vorzeichen". „Der Otsowismus ist *kein* Bolschewismus, sondern die übelste politische Karikatur auf ihn, die sich sein schlimmster politischer Gegner nur ausdenken könnte." (Werke, Bd. 15, S. 358.) *218*

265 Die *Dritte Konferenz der SDAPR* („Zweite Gesamtrussische Konferenz") fand vom 21. bis 23. Juli (3. bis 5. August) 1907 in Kotka (Finnland) statt. An der Konferenz nahmen 26 Delegierte teil: 9 Bolschewiki, 5 Menschewiki, 5 polnische und 2 lettische Sozialdemokraten und 5 Bundisten. Zu den Delegierten gehörten W. I. Lenin, F. E. Dzierzynski, A. W. Lunatscharski, Rosa Luxemburg und andere. Außer den Delegierten nahmen auch Mitglieder und Kandidaten des vom V. (Londoner) Parteitag gewählten ZK der Partei an der Konferenz teil. Die im Zusammenhang mit dem konterrevolutionären Staatsstreich vom 3. Juni und den Wahlen zur III. Duma veränderte politische Lage machte es notwendig, (zwei Monate nach dem V. Parteitag) eine außerordentliche Konferenz einzuberufen. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen folgende Fragen: Teilnahme an den Wahlen zur III. Reichsduma, Wahlabkommen mit anderen Parteien, Wahlplattform und Gesamtrussischer Gewerkschaftskongreß. Zur ersten Frage nahm die Konferenz drei Referate entgegen: von den Bolschewiki ein Referat Lenins (gegen den Boykott) und ein Referat A. Bogdanows (für den Boykott), von den Menschewiki und vom „Bund" ein Referat Th. Dans. Die Konferenz nahm als Grundlage den Leninschen Resolutionsentwurf an, der die Partei aufrief, an der Wahlkampagne teilzunehmen und den Kampf sowohl gegen die rechten Parteien als auch gegen die Kadetten zu führen. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen

und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 173/174, russ.) Diejenigen Bolschewiki, die den Boykott vertraten, stimmten, nachdem ihre Resolution abgelehnt worden war, für die Leninsche Resolution.

Zur Frage der Wahlabkommen mit anderen Parteien beschloß die Konferenz, daß die Sozialdemokraten im ersten Stadium der Wahlen keinerlei Abkommen mit anderen Parteien schließen sollten. Bei Stichwahlen wurden Abkommen mit allen Parteien, die links von den Kadetten standen, für zulässig erklärt. Im zweiten und in den weiteren Stadien der Wahlen waren Abkommen mit allen revolutionären und oppositionellen Parteien zum Kampf gegen die Rechten erlaubt. In der Arbeiterkurie jedoch sollten die Sozialdemokraten keine Abkommen mit anderen Parteien eingehen, mit Ausnahme der nationalen sozialdemokratischen Parteien, die nicht der SDAPR angehörten, und der PPS. Zur Frage der Wahlplattform schlug die Konferenz dem ZK vor, sie auf der Grundlage der angenommenen Resolution über die Beteiligung an den Wahlen zur III. Reichsduma auszuarbeiten. Zum Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß nahm die Konferenz zwei Referate entgegen: in dem einen wurde das Prinzip der Parteilichkeit der Gewerkschaften verteidigt, das andere vertrat die Neutralität der Gewerkschaften. Die Konferenz beschloß, die eingebrachten Resolutionsentwürfe zu dieser Frage als Material dem ZK der SDAPR zu übergeben. Dem bolschewistischen Entwurf lag ein von W. I. Lenin vorgeschlagener Text zugrunde. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 180, russ.)

Die Bedeutung der Dritten Konferenz der SDAPR besteht darin, daß sie die Grundlinie der Taktik der Partei in der neuen historischen Situation, unter den Bedingungen der Stolypinschen Reaktion, umriß. *218*

266 ZO – *Zentralorgan der SDAPR* – die illegale Zeitung „Sozial-Demokrat"; erschien von Februar 1908 bis Januar 1917. Die erste Nummer, die von den Bolschewiki vorbereitet und bereits teilweise in einer privaten Druckerei in Wilna gedruckt worden war, wurde von der zaristischen Geheimpolizei beschlagnahmt. Bald darauf wurde in Petersburg ein zweiter Versuch unternommen, die Zeitung herauszugeben. Ein großer Teil der Auflage fiel in die Hände der Polizei. Danach wurde die Herausgabe der Zeitung ins Ausland verlegt: Die Nummern 2–32 (Februar 1909 bis Dezember 1913) erschienen in Paris, die Nummern 33–58 (November 1914 bis Januar 1917) in Genf. Insgesamt kamen 58 Nummern heraus. Faktisch wurde die Zeitung von W. I. Lenin geleitet. Sie veröffentlichte über 80 Artikel und Notizen W. I. Lenins. *218*

267 Die *parteitreuen Menschewiki* mit G. W. Plechanow an der Spitze traten in den Jahren der Reaktion gegen die Liquidatoren auf. Die Plechanowleute

blieben weiterhin auf den Positionen des Menschewismus, setzten sich aber für die Erhaltung und Festigung der illegalen Parteiorganisation ein und bildeten zu diesem Zweck einen Block mit den Bolschewiki. Lenin verfocht eine Linie der Annäherung zwischen den Bolschewiki und den parteitreuen Menschewiki und erklärte, daß ein Übereinkommen mit ihnen auf der Grundlage des Kampfes für die Partei, gegen das Liquidatorentum, „ohne jede ideologischen Kompromisse, ohne jede Vertuschung der taktischen und anderen Meinungsverschiedenheiten *im Rahmen* der Parteilinie" möglich sei. (Werke, Bd. 16, S. 94.) Die parteitreuen Menschewiki arbeiteten gemeinsam mit den Bolschewiki in den örtlichen Parteikomitees. Sie beteiligten sich an den bolschewistischen Publikationen. Ende 1911 löste Plechanow den Block mit den Bolschewiki. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen „Fraktionsmacherei" und Spaltung der SDAPR versuchte er, die Bolschewiki mit den Opportunisten auszusöhnen. Im Jahre 1912 wandten sich die Plechanowleute zusammen mit den Trotzkisten, den Bundisten und den Liquidatoren gegen die Beschlüsse der Prager Konferenz der SDAPR. *219*

268 W. I. Lenin meint die Ausführungen A. Bogdanows in der Diskussion zum Referat über den Otsowismus und Ultimatismus, in dem festgestellt wurde, daß Rosa Luxemburg den Otsowismus und Ultimatismus entschieden verurteilt hatte. Bogdanow versuchte die Bedeutung dieser Kritik herabzusetzen, indem er darauf hinwies, daß Rosa Luxemburg in den Jahren 1904/1905 gegen die Bolschewiki aufgetreten war. *219*

269 Die *Schule auf Capri* wurde 1909 von Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildnern organisiert. Die Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari" deckte den fraktionellen, antibolschewistischen Charakter der Schule auf und wies darauf hin, daß ihre Organisatoren „nicht die Ziele der bolschewistischen Fraktion als einer ideologischen Strömung in der Partei, sondern ihre besonderen ideologisch-politischen Ziele als eine bestimmte Gruppe verfolgen". Die Schule auf Capri wurde als „das neue Zentrum einer sich von den Bolschewiki abspaltenden Fraktion" entschieden verurteilt. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 15, S. 454 und 453.)

Die Schule begann ihre Tätigkeit im August 1909. Die Lektionen wurden von A. Bogdanow, G. A. Alexinski, A. W. Lunatscharski, Maxim Gorki, M. N. Ljadow, M. N. Pokrowski und W. A. Desnizki gehalten.

In seinen Artikeln „Über die Fraktion der Anhänger des Otsowismus und des Gottbildnertums" und „Ein schmähliches Fiasko" geht W. I. Lenin ausführlich auf die Geschichte und den Charakter der Schule ein. (Siehe Werke, Bd. 16, S. 16–50 und 76–78.) *219*

270 Lenin meint den Umstand, daß zur Fünften Gesamtrussischen Konferenz der

SDAPR (siehe Anm. 254) kein Vertreter der sozialdemokratischen Dumafraktion erschienen war. Der Referent Wischnewski (J. P. Goldenberg) erklärte dieses Fernbleiben mit privaten, zufälligen Gründen. *221*

271 Die *„Sachverständigen“* waren eine Gruppe von Intellektuellen, die als Berater der sozialdemokratischen Fraktion der III. Reichsduma fungierten. Die meisten waren Liquidatoren und Revisionisten: A. N. Potressow, S. N. Prokopowitsch u. a. Die „Sachverständigen“ nutzten den Umstand, daß sich die führenden Funktionäre der bolschewistischen Partei in der Illegalität befanden und nicht legal an der Arbeit der Dumafraktion mitwirken konnten, und versuchten, die Tätigkeit der Dumafraktion auf einen parteifeindlichen Weg zu lenken. Deshalb wurde die Frage aufgeworfen, ob man nicht auf die Dienste der „Sachverständigen“ verzichten solle. *222*

272 Es handelt sich um die Bildung einer Gruppe zur Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion der III. Reichsduma. Die Beratung beschloß, eine Kommission zur Unterstützung der Dumafraktion zu schaffen. W. I. Lenin, der in die Kommission gewählt wurde, leistete in ihr eine umfangreiche Arbeit. Unter anderem schrieb er für die Fraktion die „Schriftliche Erläuterung zum Entwurf der grundlegenden Bestimmungen des Gesetzes über den Achtstundentag“. (Siehe Werke, Bd. 16, S. 102–109.) *222*

273 W. I. Lenin meint eine Zeitung, die von der Dumafraktion der SDAPR herausgegeben werden sollte. Später, von 1910 bis 1912, wurde mit Beteiligung der Dumafraktion die legale bolschewistische Zeitung „Swesda“ (siehe Anm. 291) herausgegeben. *223*

274 Diese Ergänzung wurde in den dritten Punkt des ersten Abschnitts der Resolution aufgenommen. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 223, russ.) *223*

275 *„Dal“* (Die Ferne) – literarische und politische Zeitschrift, die von den Liquidatoren in Petersburg herausgegeben wurde. Es erschienen drei Nummern: die erste 1908, die zweite und dritte 1909. *224*

276 W. I. Lenins Vorschlag wurde in die Resolution „Über die legale Verlagstätigkeit“ aufgenommen. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 232, russ.) *225*

277 Gemeint ist der *Internationale Arbeiterkongreß*, der vom 14. bis 20. Juli 1889 in Paris stattfand und faktisch zum Gründungskongreß der II. Internationale wurde. Die Vorbereitung des Kongresses erfolgte unter unmittelbarer Leitung von Engels in hartnäckigem Kampf gegen die französischen und englischen Opportunisten, die sich an die Spitze der neu zu gründenden Internationale zu

setzen suchten. Der Kongreß, an dem über 400 Delegierte aus 22 Ländern teilnahmen, hatte mit opportunistischen und anarchistischen Auffassungen zu kämpfen, setzte jedoch in allen wesentlichen Fragen marxistische Auffassungen durch.

Der Kongreß nahm Berichte über die Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern entgegen und erarbeitete die Grundlagen einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. Er unterstrich die Notwendigkeit der Schaffung politischer Arbeiterparteien in allen Ländern und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Er sprach sich in einem Beschluß für die Abschaffung der stehenden Heere und die allgemeine Volksbewaffnung aus. Der Aufruf an die Arbeiter aller Länder, am 1. Mai 1890 für den Achtstundentag und die internationale proletarische Solidarität zu demonstrieren, wurde zum Ausgangspunkt für den internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeiter. *226*

278 Der *Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen* (VIII. Kongreß der II. Internationale) fand vom 28. August bis 3. September 1910 statt. An dem Kongreß nahmen 896 Delegierte teil. Die SDAPR war durch W. I. Lenin, G. W. Plechanow, A. M. Kollontai, A. W. Lunatscharski u. a. vertreten.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen der Kampf gegen die Kriegsgefahr, Fragen der Gewerkschaftsbewegung und des Genossenschaftswesens.

Zur Vorbereitung der Plenartagungen wurden fünf Kommissionen eingesetzt. Lenin arbeitete in der Kommission für Genossenschaftswesen mit. (Siehe Werke, Bd. 16, S. 267/268 und S. 278–287.)

Die auf dem Kongreß angenommene Resolution zum Kampf gegen Militarismus und Krieg bekräftigte die Resolution des Stuttgarter Kongresses (1907) „Der Militarismus und die internationalen Konflikte" (siehe Anm. 241).

In der Frage der gewerkschaftlichen Einheit in Österreich sprach sich der Kongreß nach langer Debatte über nationale Absplitterungsbestrebungen mit überwältigender Stimmenmehrheit für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung aus.

Um die revolutionären Marxisten auf internationaler Ebene zusammenzuschließen, führte Lenin während des Kongresses eine Beratung mit den auf dem Kongreß anwesenden linken Sozialdemokraten in der II. Internationale durch. *226*

279 Angaben über die Beschränkung des Arbeitstages in den verschiedenen Ländern sind in Kautskys Arbeiten „Karl Marx' Ökonomische Lehren" und „Der Arbeiterschutz, besonders die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung und der Achtstundentag" enthalten. *228*

280 Die *Beratung der im Ausland lebenden Mitglieder des ZK der SDAPR* fand vom 28. Mai bis 4. Juni (10. bis 17. Juni) 1911 in Paris statt. Sie war auf

Initiative W. I. Lenins unter Umgehung des Auslandsbüros des ZK vorbereitet und einberufen worden, da dessen liquidatorische Mehrheit die Einberufung eines ZK-Plenums systematisch hintertrieb. Die Beratung sollte Maßnahmen ergreifen zur Einberufung eines ZK-Plenums und zur Überwindung der schweren Krise, in der sich die Partei befand, weil sie faktisch keine leitenden zentralen Körperschaften hatte. An der Beratung nahmen Bolschewiki, Vertreter der polnischen und lettischen Sozialdemokratie, ein „Golos"-Anhänger und ein Bundist teil. Der Vertreter der lettischen Sozialdemokratie M. W. Osolin erklärte, daß er auf Beschluß seines ZK mit beratender Stimme teilnehmen werde. Der Bundist M. I. Liber erklärte, daß er keine Vollmachten vom ZK des „Bund" habe, diesen auf der Beratung zu vertreten.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen zur IV. Reichsduma umriß die Beratung Maßnahmen zur Ausarbeitung der Taktik der Partei in der Wahlkampagne und zur Ausarbeitung eines Entwurfs der Wahlplattform. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Einberufung einer Parteikonferenz. Die Beratung ergriff die Initiative zur Einberufung der Konferenz und bildete eine Organisationskommission zu ihrer Vorbereitung. Die Beratung nahm Lenins Vorschlag an, ein russisches Kollegium zu bilden, das die praktische Arbeit zur Vorbereitung der Konferenz übernehmen sollte. (Siehe den vorliegenden Band, S. 237.) Der Beschluß über die Einberufung der Konferenz sah vor, die Parteiorganisationen im Ausland zur Zusammenarbeit in der Organisationskommission aufzufordern. Lenin, der für die Resolution als Ganzes stimmte, protestierte in diesem Zusammenhang in einer Erklärung gegen die Einladung von Vertretern der parteifeindlichen Gruppen – der „Golos"- und „Wperjod"-Leute – in die Organisationskommission. (Siehe den vorliegenden Band, S. 237.)

Die Beratung verurteilte die parteifeindliche Fraktionspolitik des Auslandsbüros des ZK und beschloß, dem ZK-Plenum die Frage vorzulegen, ob das Auslandsbüro weiterhin bestehen solle. Bei der Abstimmung über den letzten Teil der Resolution enthielt sich Lenin der Stimme, weil er auf einer unverzüglichen Reorganisation des Auslandsbüros des ZK bestand. Für die technischen Funktionen (Verlagstätigkeit der Partei, Literaturtransport usw.) bildete die Beratung eine Technische Kommission.

In der Mitteilung, die nach der Beratung als Flugschrift erschien, wurden die Umstände der Einberufung der Beratung, ihre Zusammensetzung und ihre Ziele dargelegt. In dieser Flugschrift wurden auch die Resolutionen der Beratung abgedruckt.

Die Juniberatung der Mitglieder des ZK im Jahre 1911 war ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Sammlung der Kräfte der Partei und ihrer Ver-

einigung zum Kampf gegen die liquidatorischen „Golos"-Leute, „Wperjod"-Leute und Trotzkisten, für die Festigung der Partei. Materialien zur Beratung der Mitglieder des ZK der SDAPR siehe auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 17, S. 181–190. *229*

[281] Dieses Dokument ist nach einer von F. E. Dzierzynski angefertigten Abschrift veröffentlicht. Das von Lenin geschriebene Original wurde nicht aufgefunden.

In den Protokollen der Juniberatung der Mitglieder des ZK gibt es keine Hinweise dafür, daß Lenin den Bericht auf der Beratung gegeben hat. Wahrscheinlich hat der Bericht den Teilnehmern vor der Eröffnung der Beratung vorgelegen. *229*

[282] Gemeint ist das als „Vereinigungsplenum" bekannte *Plenum des ZK der SDAPR*, das vom 2. bis 23. Januar (15. Januar bis 5. Februar) 1910 in Paris stattfand.

An dem Plenum nahmen Vertreter aller Fraktionen und Gruppierungen der SDAPR sowie Vertreter der nationalen sozialdemokratischen Organisationen teil. Die Versöhnler hatten auf dem Plenum die Mehrheit. Lenin führte einen beharrlichen Kampf gegen die Opportunisten und Versöhnler, erreichte, daß das Liquidatorentum und der Otsowismus entschieden verurteilt wurden, und verfocht eine Linie der Annäherung zwischen den Bolschewiki und den parteitreuen Menschewiki. Auf der Tagesordnung des Plenums standen folgende Fragen: 1. Bericht des Russischen Büros des ZK; 2. Bericht des Auslandsbüros des ZK; 3. Bericht der Redaktion des Zentralorgans; 4. Berichte der Zentralkomitees der nationalen sozialdemokratischen Parteien; 5. Die Lage in der Partei; 6. Über die Einberufung einer ordentlichen Parteikonferenz; 7. Das Statut des ZK der SDAPR, und andere Fragen.

Das Plenum nahm die Resolution „Die Lage in der Partei" an, die das Liquidatorentum und den Otsowismus verurteilte und auf die Gefährlichkeit dieser Strömungen und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung hinwies. Bei der Einschätzung des Januarplenums stellte Lenin fest, daß es endgültig die taktische Linie der Partei in der Periode der Konterrevolution festlegte, als es in Weiterentwicklung der Resolutionen der Fünften Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR (1908) konstatierte, daß das Liquidatorentum und der Otsowismus Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat sind. Das Plenum wies ferner auf die Notwendigkeit hin, in Verbindung mit den ideologisch-politischen Aufgaben der Partei in der gegebenen historischen Periode die wirkliche Einheit der Partei zu schaffen. Gleichzeitig verurteilte Lenin entschieden die versöhnlerischen Beschlüsse des Plenums.

Die Arbeit des Plenums, der Kampf gegen die Liquidatoren, „Wperjod"-Leute, Trotzkisten und Versöhnler sind in W. I. Lenins Artikel „Notizen eines Publizisten" ausführlich dargelegt. (Siehe Werke, Bd. 16, S. 193–261.) *229*

[283] Gemeint sind die Mitglieder und Kandidaten des ZK der SDAPR, die auf dem V. (Londoner) Parteitag der SDAPR (30. April–19. Mai [13. Mai–1. Juni] 1907) gewählt worden waren. *230*

[284] Im Statut des Zentralkomitees, das vom Januarplenum des ZK der SDAPR 1910 angenommen wurde, hieß es: „Zum Plenum (15 Mitglieder) werden herangezogen: 1. die Mitglieder des in Rußland arbeitenden Kollegiums; 2. die Mitglieder des Auslandsbüros des ZK, mit Ausnahme derer, die nicht Mitglieder des ZK sind; 3. wenn diese zusammen keine 15 Personen ergeben, dann werden zu den Arbeiten des Plenums auch die übrigen Kandidaten in folgender Reihenfolge herangezogen: a) die Kandidaten des Londoner Parteitags, die Parteiarbeit irgendwelcher Art in Rußland leisten; b) die Mitglieder und Kandidaten des ZK, die im Ausland leben und eine Arbeit ausführen, mit der sie vom Zentralkomitee beauftragt wurden." („Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 239, russ.) *230*

[285] *„Wperjod"-Leute, Gruppe „Wperjod"* (Vorwärts) – parteifeindliche Gruppe von Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildnern; entstand im Dezember 1909 auf Initiative A. Bogdanows und G. A. Alexinskis nach der Auflösung der Schule auf Capri, des Fraktionszentrums der Otsowisten und Ultimatisten. Sie besaß ein Presseorgan gleichen Namens.

Da die Gruppe in der Arbeiterbewegung keine Unterstützung fand, zerfiel sie faktisch in den Jahren 1913/1914. Formell löste sie sich 1917 nach der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution auf. *231*

[286] *„Diskussionny Listok"* (Diskussionsblatt) – Beilage zum „Sozial-Demokrat", dem Zentralorgan der SDAPR; wurde auf Beschluß des Januarplenums des ZK der SDAPR (1910) in Paris herausgegeben, und zwar vom 6. (19.) März 1910 bis 29. April (12. Mai) 1911. Es erschienen drei Nummern. Der Redaktion gehörten Vertreter der Bolschewiki, der Menschewiki, der Ultimatisten, der Bundisten, der Plechanowleute, der polnischen Sozialdemokratie und der Sozialdemokratie Lettlands an. *231*

[287] Gemeint ist die Schulkommission (Schulkomitee), die auf Beschluß des Januarplenums des ZK der SDAPR 1910 zur Organisierung einer Parteischule im Ausland vom Zentralkomitee ernannt worden war. Sie setzte sich zusammen aus je zwei Vertretern der Bolschewiki, der Menschewiki und der „Wperjod"-Leute sowie je einem Vertreter des „Bund", der Sozialdemokratie Polens und Litauens und der Lettischen Sozialdemokratie. *231*

[288] Die *IV. Reichsduma* begann ihre Tätigkeit am 15. (28.) November 1912. Die Wahlen zur Duma fanden im Herbst 1912 auf der Grundlage des reaktionären Wahlgesetzes vom 3. (16.) Juni 1907 statt. Sie waren von einer ganzen

Reihe von Regierungsmaßnahmen begleitet, die auf die Schaffung einer der Regierung genehmen Schwarzhundertermehrheit in der Duma abzielten. W. I. Lenin charakterisierte die Wahlkampagne zur IV. Reichsduma sowie die klassen- und parteimäßige Zusammensetzung der gewählten Duma in seinem Artikel „Die Ergebnisse der Wahlen". (Siehe Werke, Bd. 18, S. 485–511.)

Der sozialdemokratischen Fraktion der IV. Duma gehörten an: 6 Bolschewiki – A. J. Badajew, M. K. Muranow, G. I. Petrowski, F. N. Samoilow, N. R. Schagow und R. W. Malinowski (der, wie sich später herausstellte, ein Spitzel war); 7 Menschewiki und ein nichtvollberechtigtes Fraktionsmitglied, der Abgeordnete der Stadt Warschau E. J. Jagiello, der sich den Menschewiki anschloß. Die Menschewiki nutzten ihr geringes zahlenmäßiges Übergewicht, erschwerten die Arbeit der Fraktion und verhinderten die Durchführung einer Reihe von Beschlüssen, die die Bolschewiki vorgeschlagen hatten. Im Oktober 1913 traten die bolschewistischen Abgeordneten auf Weisung des ZK der Partei aus der vereinigten sozialdemokratischen Fraktion aus und bildeten eine selbständige bolschewistische Fraktion. Lenin leitete die Arbeit der bolschewistischen Abgeordneten ständig an und lehrte sie, die Dumatribüne für die revolutionäre Arbeit auszunutzen.

Die Reichsduma erwies sich als unfähig, die großen Probleme zu lösen, die die objektive Entwicklung des Landes auf die Tagesordnung setzte, ihre Arbeit beschränkte sich immer mehr auf leere Wortgefechte. Die gesetzgeberische Tätigkeit der IV. Duma war in bedeutendem Maße auf die Festigung solcher Grundlagen der Selbstherrschaft wie Gericht, Kirche und Polizei gerichtet.

Die Reichsduma billigte den Eintritt Rußlands in den ersten Weltkrieg. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre stellten sich auf die Positionen der Vaterlandsverteidigung. Nur die Partei der Bolschewiki trat entschieden gegen den Krieg auf. Die bolschewistische Fraktion weigerte sich, für die Kriegskredite zu stimmen, und trieb unter den Massen revolutionäre Propaganda. Im November 1914 wurden die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma verhaftet und vor Gericht gestellt.

Im August 1915 schufen die bürgerlich-gutsherrlichen Fraktionen der IV. Reichsduma den sogenannten „Progressiven Block", dem mehr als die Hälfte aller Abgeordneten angehörten.

Am 26. Februar (11. März) 1917 erklärte der Zar die IV. Reichsduma für aufgelöst. Die Mitglieder der Duma wagten nicht, offen zu protestieren, sie beschlossen jedoch, die Sitzungen inoffiziell fortzusetzen. Am 27. Februar (12. März) bildeten sie zum Kampf gegen die Revolution und zur Rettung der Monarchie ein Provisorisches Komitee der Reichsduma, das nach Übereinkunft mit den sozialrevolutionären und menschewistischen Vertretern des Petro-

grader Sowjets die Bildung einer bürgerlichen Provisorischen Regierung beschloß. Die Mitglieder des Provisorischen Komitees der Reichsduma waren aktive Feinde der Revolution, auf ihren „privaten" Beratungen forderten sie die Proklamierung einer Militärdiktatur und die Beseitigung der Sowjets. Am 6. (19.) Oktober 1917 mußte die bürgerliche Provisorische Regierung unter dem Druck der revolutionären Massen die Auflösung der Reichsduma verfügen. *231*

289 „*Nascha Sarja*" (Unsere Morgenröte) – legale Monatsschrift der menschewistischen Liquidatoren; erschien von Januar 1910 bis September 1914 in Petersburg. Die Zeitschrift wurde von A. N. Potressow geleitet, Mitarbeiter waren Th. Dan, S. O. Zederbaum (W. Jeshow) und andere. Um die „Nascha Sarja" gruppierte sich das Zentrum der Liquidatoren in Rußland. *231*

290 „*Delo Shisni*" (Sache des Lebens) – legale Zeitschrift, Organ der menschewistischen Liquidatoren; erschien in Petersburg von Januar bis Oktober 1911. Es kamen 9 Nummern heraus. *232*

291 „*Swesda*" (Der Stern) – legale bolschewistische Zeitung; erschien in Petersburg vom 16. (29.) Dezember 1910 bis 22. April (5. Mai) 1912 (anfangs wöchentlich, ab 21. Januar [3. Februar] 1912 zweimal und ab 8. [21.] März 1912 dreimal wöchentlich).

Die ideologische Leitung der „Swesda" lag in den Händen W. I. Lenins; er führte den Briefwechsel mit den Redaktionsmitgliedern, leitete ihre Arbeit, kritisierte Fehler, besonders in der ersten Periode des Erscheinens der „Swesda", und kämpfte für eine konsequente marxistische Linie der Zeitung. Eine umfangreiche redaktionelle und organisatorische Arbeit leisteten in der „Swesda" N. N. Baturin, N. G. Poletajew, K. S. Jeremejew und M. S. Olminski. Aktive Mitarbeiter waren W. D. Bontsch-Brujewitsch, Demjan Bedny u. a. In der „Swesda" erschienen mehrere Artikel G. W. Plechanows. Zur Mitarbeit an der „Swesda" gewann Lenin auch Maxim Gorki. Die „Swesda" erfreute sich unter der Arbeiterklasse und unter den Werktätigen Rußlands großer Autorität. *232*

292 Diese Ausführungen machte Lenin in folgendem Zusammenhang: Der Menschewik und „Golos"-Anhänger B. I. Gorew (Goldman) hatte sich auf der Beratung gegen die Anwesenheit der Vertreter der nationalen Organisationen – M. I. Liber vom „Bund" und M. W. Osolin von der Sozialdemokratie Lettlands – gewandt, die keine Vollmachten ihrer Zentralkomitees besaßen. Liber hatte erklärt, daß sich die Vertreter der nationalen Organisationen nicht mit ihren Zentralstellen in Verbindung setzen konnten, und daß er zwar an der Beratung teilnimmt, jedoch nicht den „Bund" vertritt. *233*

293 W. I. Lenin meint die Ausführungen Gorews (Goldmans) und Libers, die behauptet hatten, daß es in Rußland Mitglieder des Russischen Büros gebe, mit

denen man sich in Verbindung setzen müsse, bevor man ein ZK-Plenum im Ausland einberuft. *234*

[294] Das *Russische Büro des ZK* war auf einer Vollversammlung des seit 1908 in Rußland arbeitenden Kollegiums der ZK-Mitglieder gewählt worden. Das Büro erledigte alle Angelegenheiten des Russischen Kollegiums zwischen den Vollversammlungen des ZK. In den Jahren 1910/1911, nach dem Januarplenum des ZK von 1910, bestand das Russische Büro aus folgenden Mitgliedern und Kandidaten des ZK: von den Bolschewiki – J. P. Goldenberg (Meschkowski), J. P. Dubrowinski (Innokenti) und nach deren Verhaftung W. P. Nogin (Makar) und G. D. Leiteisen (Lindow). Die menschewistisch-liquidatorischen Mitglieder und Kandidaten des ZK hielten sich von der Arbeit des Büros fern; J. A. Issuw (Michail), P. A. Bronstein (Juri) und K. M. Jermolajew (Roman) lehnten nicht nur die Mitarbeit ab, sondern erklärten auch, daß sie selbst die Existenz des ZK für schädlich halten. Alle Versuche des Büros, das Russische Kollegium einzuberufen, blieben ohne Erfolg.

Im März 1911, nach der Verhaftung Nogins und Leiteisens, hörte das Russische Büro des ZK auf zu bestehen. Lenin, der die Versuche des Russischen Büros, die Arbeit in Rußland in Gang zu bringen und das Russische Kollegium des ZK einzuberufen, positiv bewertete, kritisierte jedoch entschieden die versöhnlerische Haltung der Büromitglieder.

Auf der Sechsten (Prager) Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR wurde das Russische Büro neu gebildet, ihm gehörten die ZK-Mitglieder G. K. Ordshonikidse, J. M. Swerdlow, S. S. Spandarian, J. W. Stalin und die Kandidaten des ZK M. I. Kalinin, J. D. Stassowa u. a. an. In der Folgezeit änderte sich die Zusammensetzung des Russischen Büros mehrmals infolge der häufigen Verhaftungen der Parteifunktionäre in Rußland, an Stelle der ausgefallenen Mitglieder wurden neue kooptiert. Nach der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 stellte das Russische Büro seine Tätigkeit ein. *234*

[295] In der Erklärung des Bundisten Jonow (F. M. Koigen) hieß es, daß er ohne Vollmachten vom ZK des „Bund" nicht zu der Beratung kommen könne und daß er die ihm zugegangene Einladung zu der Beratung bei erster Gelegenheit dem Zentralkomitee des „Bund" zustellen werde. *234*

[296] Lenin meint einen Beitrag Libers (Bers), der erklärt hatte, daß keine Notwendigkeit bestehe, die Frage des ZK-Plenums durch die Einberufung einer außerordentlichen Beratung der ZK-Mitglieder zu entscheiden, sondern daß man einen „legalen Ausweg" über das Auslandsbüro des ZK suchen müsse. *235*

[297] Diese Ausführungen sind die Antwort auf die Erklärung Libers, daß sich die Mehrheit des Auslandsbüros des ZK für die Einberufung eines Plenums ausspreche und bereit sei, einen offiziellen Beschluß zu dieser Frage zu fassen. *235*

298 Gemeint ist der Vorschlag der liquidatorischen Mehrheit des Auslandsbüros des ZK, ein Plenum des ZK in Rußland einzuberufen. *235*

299 Diese und die folgenden Ausführungen machte Lenin bei der Diskussion über die Frage, welche Personen berechtigt sind, an dem ZK-Plenum teilzunehmen. *236*

300 Die *Organisationskommission* (Auslands-Organisationskommission, AOK) für die Einberufung einer allgemeinen Parteikonferenz wurde von der Juniberatung der Mitglieder des ZK am 1. (14.) Juni 1911 aus Vertretern der Bolschewiki, der Versöhnler und der polnischen Sozialdemokraten gebildet. Andere Auslandsorganisationen und -gruppen, die aufgefordert waren, in der Kommission mitzuarbeiten, entsandten keine Vertreter. Die Organisationskommission schickte G. K. Ordshonikidse als ihren Bevollmächtigten zur Vorbereitung der Parteikonferenz nach Rußland und erließ einen Aufruf „An alle sozialdemokratischen Parteiorganisationen, Gruppen und Zirkel", in dem diese aufgefordert wurden, mit der Wahl der Russischen Organisationskommission (ROK) zu beginnen.

Im Ergebnis der von den Bolschewiki geleisteten Arbeit wurde die Russische Organisationskommission gebildet. Ende Oktober erörterte die AOK die von der ROK angenommene „Mitteilung" über ihre Konstituierung und die ebenfalls von ihr angenommenen Resolutionen, denen zufolge die ROK alle Vollmachten zur Einberufung der Konferenz übernahm, wobei sowohl die AOK als auch die Technische Kommission der ROK unterstehen sollten. Nachdem die versöhnlerische Mehrheit der AOK es abgelehnt hatte, sich diesen Beschlüssen unterzuordnen, traten die Vertreter der Bolschewiki aus der AOK aus. Am 30. Oktober (12. November) gab Ordshonikidse, der nach Paris gekommen war, auf einer Sitzung der AOK einen Bericht über die Tätigkeit der ROK. Danach war die AOK gezwungen, die führende Rolle der ROK anzuerkennen. Aber bald begann die AOK den offenen Kampf gegen die ROK. Am 20. November (3. Dezember) gab sie ein Flugblatt unter dem Titel „Offener Brief an die Russische Organisationskommission" heraus, in dem sie die ROK der Fraktionsmacherei beschuldigte. Ordshonikidse entlarvte in einem „Brief an die Redaktion", veröffentlicht am 8. (21.) Dezember 1911 in Nr. 25 des „Sozial-Demokrat", die parteifeindliche Handlungsweise der AOK. Die gesamte Arbeit zur Einberufung der Parteikonferenz, die im Januar 1912 stattfand, wurde von der Russischen Organisationskommission geleistet, die die illegalen Parteiorganisationen in Rußland um sich zusammenschloß. *237*

301 Diese Erklärung ist außer von W. I. Lenin von G. J. Sinowjew unterzeichnet. *237*

[302] Es handelt sich um die Resolution der Juniberatung der Mitglieder des ZK „Über die Einberufung einer Parteikonferenz". *237*

[303] Diese Erklärung ist außer von W. I. Lenin von G. J. Sinowjew unterzeichnet. *238*

[304] Die *Technische Kommission* (Technische Kommission im Ausland) war von der Juniberatung der Mitglieder des ZK am 1. (14.) Juni 1911 als provisorisches Organ (bis zur Einberufung eines ZK-Plenums) gebildet worden, um die technischen Funktionen im Zusammenhang mit der Verlagstätigkeit der Partei, dem Literaturtransport usw. auszuüben. Sie wurde einer Gruppe von ZK-Mitgliedern unterstellt, die an der Juniberatung 1911 teilgenommen hatten. Der Kommission gehörten je ein Vertreter der Bolschewiki, der Versöhnler und der polnischen Sozialdemokratie an. Mit Unterstützung von Leder hielt M. K. Wladimirow die Gelder für die Auslands-Organisationskommission, die für die Einberufung der Parteikonferenz bestimmt waren, sowie die Mittel für die Herausgabe der bolschewistischen Zeitung „Swesda" zurück und versuchte, auch die Herausgabe des „Sozial-Demokrat", des Zentralorgans der Partei, aufzuhalten. In ihrem *„Informazionny Bjulleten"* (*Informationsbulletin*) griff die Technische Kommission Lenin und die Bolschewiki an. In der Sitzung der Kommission am 19. Oktober (1. November) beantragte der Vertreter der Bolschewiki M. F. Wladimirski bei der Diskussion über die „Mitteilung" und die Resolutionen der Russischen Organisationskommission, sich den Beschlüssen der ROK zu fügen. Der Antrag wurde abgelehnt; daraufhin trat Wladimirski aus der Kommission aus, und die Bolschewiki brachen jede Verbindung mit ihr ab. *238*

[305] Gemeint ist die *Parteischule in Longjumeau* (einem kleinen Ort unweit von Paris), die von den Bolschewiki unter Führung W. I. Lenins im Frühjahr 1911 für Funktionäre aus Parteiorganisationen der großen Arbeiterzentren Rußlands organisiert worden war. Die Schule hatte insgesamt 13 Hörer aus Moskau, Petersburg, Baku, Iwanowo-Wosnessensk, Nikolajew, Tiflis, Sormowo und aus dem Gouvernement Jekaterinoslaw und dem Bezirk Dąbrowa (Polen), die von ihren Parteiorganisationen delegiert worden waren, sowie 5 Gasthörer. Die Mehrzahl der Hörer waren Bolschewiki, aber es gab auch einige parteitreue Menschewiki und einen „Wperjod"-Anhänger unter ihnen. Einladungen, Lektionen an der Schule zu halten, ergingen an Vertreter verschiedener Strömungen in der SDAPR. Die Menschewiki L. Martow, Th. Dan u. a. lehnten jedoch ab. So wurden die Lektionen, Seminare usw. hauptsächlich von Bolschewiki gehalten.

Die ideologische Leitung der Schule lag in Lenins Hand, der auch ihr Hauptlektor war. Er hielt Lektionen zur politischen Ökonomie, zur Agrarfrage,

zur Theorie und Praxis des Sozialismus in Rußland, über materialistische Geschichtsauffassung und andere Fragen. Weitere Lektionen wurden von N. A. Semaschko, D. B. Rjasanow, Ch. Rappoport, I. F. Armand, Z. Leder und A. W. Lunatscharski gehalten. Nach Beendigung der Schule kehrten die Teilnehmer wieder zur illegalen Arbeit nach Rußland zurück. Sie nahmen aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Prager Konferenz der SDAPR teil. Viele von ihnen waren in der Folgezeit an verantwortlicher Stelle im Partei- und Staatsapparat tätig. *238*

[306] Der vorliegende Plan bildete die Grundlage für das Referat „Manifest einer liberalen Arbeiterpartei", das W. I. Lenin am 14. (27.) November 1911 in Paris hielt.

Es handelt sich um N. A. Roshkows Artikel „Die gegenwärtige Lage Rußlands und die Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung in der jetzigen Periode". *239*

[307] Den *Antrag zum Statut der Auslandsorganisation der SDAPR* unterbreitete W. I. Lenin am 16. (29.) Dezember 1911 in Paris auf der Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland, als die Frage behandelt wurde, ob der Entwurf des Statuts der Auslandsorganisation auf der Beratung selbst ausführlich diskutiert oder zur Abstimmung mit den Gruppen und zur endgültigen Bestätigung an das Komitee der Auslandsorganisation überwiesen werden solle. Lenins Antrag wurde mit 8 gegen 1 Stimme angenommen.

Die *Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland* fand unter W. I. Lenins Leitung vom 14. bis 17. (27. bis 30.) Dezember 1911 in Paris statt. Sie war auf Initiative des Pariser Zirkels zur Unterstützung der bolschewistischen „Rabotschaja Gaseta" (Arbeiterzeitung) einberufen worden. Die Beratung hatte das Ziel, die bolschewistischen Kräfte im Ausland zusammenzuschließen und die Einberufung der Gesamtrussischen Parteikonferenz zu unterstützen. An der Beratung nahmen mit beschließender Stimme 11 Delegierte der bolschewistischen Gruppen von Paris, Nancy, Zürich, Davos, Genf, Lüttich, Bern, Bremen und Berlin teil. Die Bolschewiki von Toulouse, Lausanne, London, Brüssel, Antwerpen, Kopenhagen, Nizza und anderen Städten konnten ihre Vertreter wegen technischer und materieller Schwierigkeiten nicht entsenden. Einige Gruppen konnten der Beratung ausführliche schriftliche Berichte schikken. Auf der Tagesordnung der Beratung standen folgende Fragen: 1. Bericht des Organisationsbüros und der Delegierten der örtlichen Organisationen; 2. Die Lage in der Partei; 3. Die Lage im Ausland und die Stellung zu den verschiedenen Strömungen; 4. Organisationsfragen; 5. Die Aufgaben im Ausland; 6. Die Stellung zur Konferenz; 7. Verschiedenes.

Die Beratung konstatierte den vollständigen Bankrott der „Golos"- und

„Wperjod"-Leute und ihre endgültige Abspaltung von der Partei und billigte die Maßnahmen der Juniberatung der Mitglieder des ZK zur Einberufung der Parteikonferenz. Die Beratung nahm die von Lenin vorgeschlagene Resolution über die Unterstützung der Russischen Organisationskommission und der von ihr einberufenen Konferenz an. Sie beschloß, die Auslandsorganisation der SDAPR (mit lokalen Sektionen) auf einer wirklich parteimäßigen Grundlage zu schaffen, ohne Abkommen mit den Liquidatoren zuzulassen, und wählte das Komitee der Auslandsorganisation.

Die Beratung vereinte die bolschewistischen Gruppen im Ausland zu einer einheitlichen Organisation, begrüßte die Bildung der ROK und erklärte, daß „es die Pflicht jedes Parteimitglieds ist, sie mit allen Kräften zu unterstützen". *240*

308 Das *Komitee der Auslandsorganisation der SDAPR* wurde auf der Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland im Dezember 1911 in Paris gewählt. Ihm gehörten N. A. Semaschko, M. F. Wladimirski, I. F. Armand u. a. an. Die Arbeit des Komitees wurde von W. I. Lenin geleitet. Das Komitee der Auslandsorganisation spielte eine wichtige Rolle beim Zusammenschluß der Kräfte der Partei, im Kampf gegen die menschewistischen Liquidatoren, die Versöhnler, Trotzkisten und andere Opportunisten. Es bestand bis 1917. *240*

309 Der genaue Zeitpunkt und die Umstände, unter denen W. I. Lenin das Referat über die politische Lage hielt, konnten nicht ermittelt werden. *241*

310 *„Lidvalliade"* – die Skandalaffäre um E. Lidvall, einen großen Betrüger und Spekulanten, und um den stellvertretenden Innenminister W. J. Gurko. Lidvall hatte 1906 durch Vermittlung Gurkos mit der Regierung einen Vertrag über Getreidelieferungen in die von der Hungersnot betroffenen Gouvernements Rußlands abgeschlossen. Lidvall, der von Gurko eine beträchtliche Summe staatlicher Gelder als Vorschuß erhalten hatte, kam seinen Verpflichtungen nicht nach. Die Enthüllungen über diese Unterschlagung und die Spekulation mit dem Hunger drangen an die Öffentlichkeit und zwangen die zaristische Regierung, die Angelegenheit vor Gericht zu bringen. Für Gurko aber zog das Verfahren außer seiner Amtsenthebung keinerlei Folgen nach sich. *241*

311 Gemeint ist die Resolution der Fünften Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR (1908) „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei". (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 195–197, russ.) *241*

312 *Kasso, L. A.* (1865–1914) – Großgrundbesitzer, von 1910 bis 1914 Minister für Volksbildung. Er betrieb eine äußerst reaktionäre Politik, verhinderte die

Eröffnung neuer Universitäten, verbot Studentenverbände und -versammlungen und rechnete grausam mit der revolutionären Studentenschaft und den fortschrittlichen Professoren ab. *241*

313 Die *Sechste (Prager) Gesamtrussische Konferenz der SDAPR* fand vom 5. bis 17. (18. bis 30.) Januar 1912 statt. Die Konferenz hatte faktisch die Bedeutung eines Parteitags. W. I. Lenin leitete die Konferenz. Er hielt die Referate über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, über die Arbeit des Internationalen Sozialistischen Büros und zu anderen Fragen. Auch die Resolutionsentwürfe zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten der Konferenz stammen von Lenin.

Eine große prinzipielle und praktische Bedeutung hatten die auf der Konferenz angenommenen Resolutionen „Über das Liquidatorentum und über die Gruppe der Liquidatoren" und „Über die Parteiorganisation im Ausland". Die Konferenz erklärte, daß sich die Liquidatoren durch ihr Verhalten endgültig außerhalb der Partei gestellt haben, und schloß sie aus der SDAPR aus. Die Konferenz verurteilte die Tätigkeit der parteifeindlichen Gruppen im Ausland: der menschewistischen „Golos"-Leute, der „Wperjod"-Leute und der Trotzkisten. Sie hielt das Bestehen einer einheitlichen Parteiorganisation im Ausland, die unter Kontrolle und Leitung des ZK die Arbeit zur Förderung der Partei leistet, für eine unbedingte Notwendigkeit und wies darauf hin, daß die Auslandsgruppen, „die sich dem russischen Zentrum für die sozialdemokratische Arbeit, d. h. dem ZK, nicht unterordnen und auf dem Wege besonderer Verbindungen mit Rußland unter Umgehung des ZK desorganisierend wirken, nicht berechtigt sind, sich des Namens der SDAPR zu bedienen". Die Konferenz nahm die Resolution „Über den Charakter und die Organisationsformen der Parteiarbeit" an und bestätigte die von W. I. Lenin vorgeschlagenen Änderungen des Organisationsstatuts der Partei. Weiterhin bestätigte sie den „Sozial-Demokrat" als Zentralorgan der SDAPR, wählte das Zentralkomitee der Partei und bildete das Russische Büro des ZK neu.

Die Prager Konferenz spielte eine hervorragende Rolle beim Aufbau der Partei der Bolschewiki – der Partei neuen Typus, bei der Festigung ihrer Einheit. Sie zog die Bilanz einer ganzen historischen Epoche des Kampfes der Bolschewiki gegen die Menschewiki und festigte durch den Ausschluß der menschewistischen Liquidatoren aus der Partei den Sieg der Bolschewiki. Die Konferenz bestimmte die politische Linie und die Taktik der Partei unter den Bedingungen des neuen revolutionären Aufschwungs.

Die Prager Konferenz war von großer internationaler Bedeutung. Sie gab den revolutionären Kräften in den Parteien der II. Internationale ein Beispiel für den entschiedenen Kampf gegen den Opportunismus bis zum vollständigen

organisatorischen Bruch mit den Opportunisten. Über die Prager Konferenz siehe auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 17, S. 441–478. *243*

[314] Die vorliegende Bemerkung machte W. I. Lenin im Zusammenhang mit dem Vorschlag, der Russischen Organisationskommission für die geleistete Arbeit beim Zusammenschluß aller Parteiorganisationen Rußlands und bei der Einberufung der Sechsten (Prager) Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR zu danken und ihrem Vertreter auf der Konferenz beschließende Stimme zu gewähren. (Siehe Werke, Bd. 17, S. 453.) *243*

[315] Die *Russische Organisationskommission* (ROK) für die Einberufung einer gesamtrussischen Parteikonferenz wurde auf Beschluß der Juniberatung der Mitglieder des ZK der SDAPR im Jahre 1911 geschaffen. Sie konstituierte sich Ende September desselben Jahres auf einer Beratung der Vertreter der örtlichen Parteiorganisationen und bestand bis zum Beginn der Sechsten (Prager) Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR. *244*

[316] Gemeint ist die Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros, die am 23. und 24. September 1911 in Zürich stattgefunden hatte. *245*

[317] Während des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen (28. August bis 3. September 1910) protestierten die Mitglieder der russischen Delegation W. I. Lenin und G. W. Plechanow sowie der Vertreter der polnischen Sozialdemokratie A. Warski (Warszawski) beim Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dagegen, daß der „Vorwärts" einen anonymen Artikel Trotzkis mit verleumderischen Behauptungen über die SDAPR veröffentlicht hatte. Ein Artikel gleichen Inhalts von Trotzki war auch in der „Neuen Zeit" erschienen. (Das Protestschreiben siehe in W. I. Lenin, Briefe, Bd. II, S. 292/293.)

Gegen Trotzkis Verleumdungskampagne wandte sich Lenin auch im „Sozial-Demokrat" Nr. 17 vom 25. September (8. Oktober) 1910 mit dem Artikel „Wie manche Sozialdemokraten die Internationale über die Lage in der SDAPR informieren" sowie im „Diskussionny Listok" Nr. 3 vom 29. April (12. Mai) 1911 mit dem Artikel „Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland". (Siehe Werke, Bd. 16, S. 288–290 und 381–399.) *245*

[318] Auf dem *Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (18.–24. September 1910) kam es anläßlich der Budgetbewilligung durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags zu heftigen Auseinandersetzungen und zur Annahme einer Resolution, die die Budgetbewilligung durch die Sozialdemokraten grundsätzlich verurteilte, den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Baden die allerschärfste Mißbilligung aussprach und im Wiederholungsfalle mit dem Ausschluß drohte. Deshalb verließ ein Teil der süddeutschen Delegierten demonstrativ den Parteitag.

Über den Magdeburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie siehe auch W. I. Lenins Artikel „Zwei Welten". (Werke, Bd 16, S. 309–317.) *245*

[319] Gemeint sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen tschechischen und österreichischen Sozialdemokraten in der Frage der Einheit der Gewerkschaften. Auf dem außerordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Österreichs im Dezember 1905 hatten die tschechischen Sozialdemokraten die Frage der Schaffung nationaler Gewerkschaften gestellt. Der Antrag der Tschechen wurde mit überwältigender Stimmenmehrheit abgelehnt. Die Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie weigerten sich jedoch, sich dem Beschluß des Kongresses zu fügen. Die österreichischen Sozialdemokraten brachten diese Frage im Jahre 1910 vor den Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen, der den separatistischen Antrag der Tschechen ablehnte und sich einmütig für die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen aussprach. *245*

[320] Es handelt sich um einen Brief, den Hermann Molkenbuhr, Mitglied des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie, am 8. Juli 1911 an das Internationale Sozialistische Büro geschickt hatte mit dem Vorschlag, die Kolonialpolitik der deutschen Regierung angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen nicht zu kritisieren und mit einer Besprechung vorläufig noch zu warten. *246*

[321] Gemeint ist die Resolution der Fünften Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR (1908) zur Organisationsfrage. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 201–203, russ.) *248*

[322] Gemeint ist die illegale Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den Jahren des Sozialistengesetzes (1878–1890). *251*

[323] Der vorliegende Plan wurde in einer von der Pariser Sektion der Auslandsorganisation der SDAPR herausgegebenen Ankündigung veröffentlicht. In dieser Ankündigung hieß es:

„Am Donnerstag, dem 13. Juni 1912, hält
Gen. **Lenin**
in der Salle Alcazar, 190, Avenue de Choisy, 190
ein Referat zum Thema
‚Der revolutionäre Aufschwung des russischen Proletariats'".

Die im Plan aufgezählten Punkte spiegeln sich in einer Reihe Leninscher Arbeiten aus dem Jahre 1912 wider, besonders in seinem Artikel „Der revolutionäre Aufschwung". (Siehe Werke, Bd. 18, S. 91–99.)

Die Ankündigung wurde 1955 in der Zeitschrift „Istoritscheski Archiw" (Geschichtsarchiv) Nr. 2 nachgedruckt. *253*

[324] Gemeint ist das Blutbad unter den unbewaffneten Arbeitern auf den Lena-Goldfeldern in Sibirien am 4. (17.) April 1912. Die Nachricht von dem Blut-

bad an der Lena erfüllte die Arbeiterklasse mit Empörung. Im ganzen Land fanden Demonstrationen, Kundgebungen und Proteststreiks statt. Die sozialdemokratische Dumafraktion richtete eine Interpellation an die zaristische Regierung. Die unverschämte Antwort des zaristischen Ministers Makarow „So war es und so wird es bleiben!" steigerte die Empörung der Massen noch mehr. An den Proteststreiks gegen das Blutbad an der Lena nahmen nahezu 300000 Arbeiter teil. Diese Streiks verschmolzen mit den Streiks anläßlich des 1. Mai, an denen nahezu 400000 Arbeiter teilnahmen. *253*

[325] Im vorliegenden Artikel befaßt sich W. I. Lenin mit Rosa Luxemburgs Artikel „Blinder Eifer", der am 14. September 1912 in Nr. 215 des „Vorwärts" in der Rubrik „Aus der Partei" unter dem Gesamttitel „Zum Fall Radek" erschienen war.

Obwohl W. I. Lenin hier und in anderen Arbeiten, die sich mit der Lage in der polnischen Sozialdemokratie beschäftigen (siehe auch Werke, Bd. 18, S. 472–476), die ernsten Fehler Rosa Luxemburgs und Jan Tyszkas in dieser Zeit kritisierte, schätzte er ihr Wirken insgesamt hoch ein und war bemüht, ihnen zu helfen, eine richtige Position einzunehmen.

Den hier veröffentlichten Artikel schrieb W. I. Lenin für die „Bremer Bürger-Zeitung", die unter dem Einfluß der Bremer Linken stand. Der Artikel wurde von Malecki ins Deutsche übersetzt, ist jedoch in der „Bremer Bürger-Zeitung" nicht erschienen. *254*

[326] Der Hauptvorstand der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens hatte ein Parteigericht einberufen, das gegen Karl Radek Anklage wegen unmoralischen Verhaltens in länger zurückliegender Zeit erhob und ihn aus der SDKPuL ausschloß.

Anfang September 1913 wurde in Paris auf Initiative des Büros der Auslandssektionen der SDKPuL (der „Rozłamowcy") eine Kommission zur Überprüfung dieses Beschlusses gebildet. Lenin befürwortete die Überprüfung der Angelegenheit, denn er war der Meinung, daß der Anklage des Hauptvorstands gegen Radek politische Motive zugrunde lagen, daß sie mit dem scharfen Kampf zusammenhing, den der Hauptvorstand gegen die „Rozłamowcy" führte. Die Kommission kam zu dem Schluß, daß kein Grund vorgelegen habe, Radek dem Parteigericht zu überantworten und ihn aus der Partei auszuschließen. Sie beantragte die Aufhebung des Urteils. *254*

[327] Gemeint ist Martows verleumderische Broschüre „Retter oder Zerstörer? (Von wem und wie die SDAPR zugrunde gerichtet wurde.)", Ausgabe des „Golos Sozial-Demokrata", Paris 1911. *254*

[328] Gemeint ist die Resolution „Die Lage in der Partei", angenommen auf dem Plenum des ZK der SDAPR im Januar 1910. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen

und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 234–236, russ.) *254*

329 Gemeint sind die Mitglieder des Auslandsbüros des ZK J. Tyszka (von der polnischen Sozialdemokratie), M. Liber (vom „Bund") und Schwarz (J. Elias) (von der lettischen Sozialdemokratie). *257*

330 Siehe die Resolution der Sechsten (Prager) Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR „Über das Liquidatorentum und über die Gruppe der Liquidatoren" (W. I. Lenin, Werke, Bd. 17, S. 472/473). *257*

331 Gemeint ist die Sechste (Prager) Gesamtrussische Konferenz der SDAPR. (Siehe Anm. 313.) *258*

332 Der vorliegende Artikel ist die Antwort auf eine in der „Leipziger Volkszeitung" vom 28. September 1912 veröffentlichte Notiz über die Konferenz der Liquidatoren, die im August 1912 in Wien stattfand und auf der der parteifeindliche Augustblock gebildet wurde.

Nach der Veröffentlichung seines Artikels in der „Leipziger Volkszeitung" schickte W. I. Lenin ihn an den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, C. Huysmans. Dieser Artikel, schrieb Lenin an Huysmans, „wird Ihnen eine Vorstellung von dieser angeblich sozialdemokratischen Konferenz geben". (Siehe Briefe, Bd. III, Dokument 77.)

„Leipziger Volkszeitung" – sozialdemokratische Tageszeitung, die von 1894 bis 1933 erschien. Unter dem Einfluß besonders Franz Mehrings, Julian Marchlewskis und Rosa Luxemburgs, die ab 1902 Redakteure bzw. feste Mitarbeiter der Zeitung waren, entwickelte sich die „Leipziger Volkszeitung" zu einem international geachteten Sprachrohr der linken Strömung in der deutschen Sozialdemokratie. 1913 wurden die Linken von den Opportunisten aus der Redaktion verdrängt. Von 1917 bis 1922 war die Zeitung ein Organ der USPD. *259*

333 Die „Initiativgruppen sozialdemokratischer Funktionäre der legalen Arbeiterbewegung" wurden ab Ende 1910 von den menschewistischen Liquidatoren als Gegengewicht zu den illegalen Parteiorganisationen gebildet. Es waren einige kleine Intellektuellengruppen, die keine Verbindung mit der Arbeiterklasse hatten. *259*

334 Gemeint sind die legalen Organe der menschewistischen Liquidatoren: die Zeitschrift „Nascha Sarja", die von 1910 bis 1914 in Petersburg herausgegeben wurde, und die Zeitung „Newski Golos" (Die Newastimme), die von Mai bis August 1912 erschien. *259*

335 *„Lutsch"* (Der Strahl) – legale Tageszeitung der menschewistischen Liquidatoren; wurde vom 16. (29.) September 1912 bis 5. (18.) Juli 1913 in Petersburg herausgegeben. Es erschienen 237 Nummern. Die Zeitung existierte in der

Hauptsache von Spenden Liberaler. Die ideologische Leitung der Zeitung lag in den Händen P. B. Axelrods, Th. Dans, L. Martows und A. S. Martynows. *260*

336 Der Aufruf des ZK der SDAPR *„An alle Bürger Rußlands"*, den W. I. Lenin Anfang Oktober 1912 schrieb, wurde vom ZK der SDAPR als Flugblatt herausgegeben. Am 10. (23.) Oktober schickte W. I. Lenin den Aufruf an den Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, C. Huysmans, mit der Bitte, dieses Dokument den Sekretären der sozialdemokratischen Parteien und der Presse zur Kenntnis zu bringen. Bald darauf erschien der Aufruf „An alle Bürger Rußlands" in deutscher Sprache in der „Leipziger Volkszeitung" und im „Vorwärts", in französischer Sprache in der belgischen Zeitung „Le Peuple" (Das Volk) und in französischer, deutscher und englischer Sprache im Periodischen Bulletin des Internationalen Sozialistischen Büros. Er wurde auch vom Komitee der Auslandsorganisation der SDAPR und als Sonderbeilage zum „Sozial-Demokrat" Nr. 28/29 vom 5. (18.) November 1912 herausgegeben. *261*

337 Gemeint ist der erste *Balkankrieg*, der von Oktober 1912 bis Mai 1913 zwischen der Türkei und den Ländern des Balkanbundes: Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland geführt wurde. Der Krieg endete mit einer Niederlage der Türkei, die nach dem Londoner Friedensvertrag fast alle ihre Besitzungen auf dem Balkan verlor. Die slawischen Gebiete Mazedonien und Thrazien wurden befreit. Das albanische Volk erhielt die staatliche Unabhängigkeit. Obgleich die Monarchen und die Bourgeoisie der Balkanländer in diesem Krieg ihre dynastischen und aggressiven Ziele verfolgten, hatte der Krieg insgesamt gesehen einen progressiven Charakter. Er brachte die endgültige Befreiung der Balkanvölker vom Türkenjoch und war ein Schlag gegen die Überreste der Leibeigenschaft. *261*

338 *„Golos Moskwy"* (Die Stimme Moskaus) – Tageszeitung, Organ der Oktobristen; erschien von 1906 bis 1915 in Moskau. *263*

339 *„Russkoje Slowo"* (Das russische Wort) – Tageszeitung, die ab 1895 (eine erste Probenummer erschien 1894) von I. D. Sytin in Moskau herausgegeben wurde. Formell an keine Partei gebunden, vertrat sie von einem gemäßigt liberalen Standpunkt aus die Interessen der russischen Bourgeoisie. In der Zeitung wurde der Information breiter Raum gegeben. Es war die erste Zeitung in Rußland, die eigene Korrespondenten in alle Großstädte des Landes und in viele Hauptstädte der Welt entsandte.

Im November 1917 wurde die Zeitung wegen verleumderischer antisowjetischer Meldungen verboten. Von Januar 1918 bis zu ihrem endgültigen Verbot im Juli 1918 erschien sie vorübergehend unter den Namen „Nowoje Slowo" (Neues Wort) und „Nasche Slowo" (Unser Wort). *264*

340 *„Prawda"* (Die Wahrheit) – legale bolschewistische Tageszeitung, deren erste

Nummer am 22. April (5. Mai) 1912 in Petersburg erschien. Der Beschluß über die Herausgabe einer Massenzeitung für die Arbeiter wurde auf der Sechsten (Prager) Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR angenommen.

Die „Prawda" begann unter den Bedingungen eines neuen revolutionären Aufschwungs zu erscheinen, als die Schüsse an der Lena im ganzen Land eine Welle politischer Massenstreiks ausgelöst hatten.

Die Zeitung wurde aus Mitteln finanziert, die von den Arbeitern selbst gesammelt wurden. Die Tagesauflage der „Prawda" betrug im Durchschnitt 40000 Exemplare und erreichte bei manchen Nummern eine Höhe von 60000 Exemplaren. Die ideologische Leitung der „Prawda" lag in den Händen W. I. Lenins, der auch fast täglich für die Zeitung schrieb.

Die „Prawda" war unablässigen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt, sie wurde achtmal von der zaristischen Regierung verboten, erschien aber jedesmal unter einem anderen Namen. So gelang es den Bolschewiki, in reichlich zwei Jahren 636 Nummern der „Prawda" herauszugeben. Am 8. (21.) Juli 1914 wurde die Zeitung erneut verboten und konnte erst nach der Februarrevolution 1917 wieder erscheinen. Vom 5. (18.) März 1917 an erschien die „Prawda" als das Organ des Zentralkomitees und des Petersburger Komitees der SDAPR. Am 5. (18.) April übernahm W. I. Lenin, aus dem Ausland zurückgekehrt, die Leitung der „Prawda". Von Juli bis Oktober 1917 wechselte die „Prawda", den Verfolgungen seitens der konterrevolutionären bürgerlichen Provisorischen Regierung ausgesetzt, mehrmals ihren Namen und erschien als „Listok ‚Prawdy' " (Blatt der „Prawda"), „Proletari" (Der Proletarier), „Rabotschi" (Der Arbeiter), „Rabotschi Put" (Weg des Arbeiters). Seit dem 27. Oktober (9. November) 1917 erscheint das Zentralorgan der Partei wieder unter seinem alten Namen „Prawda". *265*

341 W. I. Lenins *Bericht an das Internationale Sozialistische Büro „Die Wahlen zur IV. Duma"* erschien in der Zeitung „Le Peuple" Nr. 325 vom 20. November 1912. Dem Bericht wurde folgende einleitende Bemerkung der Redaktion vorangestellt: „Der Bürger Lenin, Delegierter des ISB, sandte dem Sekretariat (des ISB. *Die Red.*) folgenden Bericht über die bereits vorliegenden Ergebnisse der neuen Wahlen in Rußland."

1963 wurde W. I. Lenins Bericht in dem Buch „Correspondance entre Lénine et Camille Huysmans. 1905–1914", Paris, abgedruckt. *267*

342 *„Chambre introuvable"* (eine Kammer, wie sie besser nicht zu finden ist) – so nannte Ludwig XVIII. die nach der Restauration der Bourbonen im August 1815 gewählte konterrevolutionäre, extrem reaktionäre französische Deputiertenkammer. *267*

343 *„Progressisten"* – politische Gruppierung der russischen liberalmonarchistischen

Bourgeoisie, die bei den Wahlen zu den Reichsdumas und in den Dumas selbst bestrebt war, unter der Flagge der „Parteilosigkeit" Kräfte aus verschiedenen bürgerlich-gutsherrlichen Parteien und Gruppen zu vereinigen.

Im November 1912 formierten sich die Progressisten zu einer selbständigen politischen Partei mit folgendem Programm: eine gemäßigte enge Zensusverfassung, kleine Reformen, ein verantwortliches Kabinett, d. h. eine der Duma verantwortliche Regierung, Unterdrückung der revolutionären Bewegung.

Während des ersten Weltkriegs wurden die Progressisten aktiver und forderten die Ablösung der militärischen Führung, die Mobilisierung der Industrie für die Belange der Front und ein „verantwortliches Kabinett" unter Beteiligung von Vertretern der russischen Bourgeoisie. Nach der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution beteiligten sich einige Führer der Partei an der bürgerlichen provisorischen Regierung. Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution kämpfte die Partei der Progressisten aktiv gegen die Sowjetmacht. Die Progressisten gaben zu verschiedenen Zeiten eigene Presseorgane heraus: die Zeitschrift „Moskowski Jeshenedelnik" (Moskauer Wochenblatt), die Zeitungen „Slowo" (Das Wort), „Russkaja Molwa" (Russische Stimme) und „Utro Rossii" (Der Morgen Rußlands). *269*

344 *Jagiello, E. J.* – Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) – wurde von der Stadt Warschau als Abgeordneter in die IV. Reichsduma gewählt. Die Bolschewiki lehnten kategorisch die Aufnahme Jagiellos in die sozialdemokratische Fraktion ab, da Jagiello durch die Unterstützung der Bourgeoisie sowie auf Grund eines Blocks zwischen der PPS und dem „Bund" in die Duma gelangt war. Bei der ersten Abstimmung spaltete sich die sozialdemokratische Fraktion: 6 Abgeordnete (Menschewiki) stimmten für die Aufnahme Jagiellos und 6 (Bolschewiki) dagegen. Mit der Ankunft des Abgeordneten aus Irkutsk – des rechten Menschewiks I. N. Mankow – erhielten die Menschewiki das Übergewicht, und Jagiello wurde in die sozialdemokratische Fraktion aufgenommen. Unter dem Druck der bolschewistischen Abgeordneten wurden seine Rechte innerhalb der Fraktion jedoch eingeschränkt; in allen innerparteilichen Fragen erhielt Jagiello nur beratende Stimme. *270*

345 Die *Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären*, die aus konspirativen Gründen als „Februar"beratung bezeichnet wurde, fand vom 26. Dezember 1912 bis 1. Januar 1913 (8. bis 14. Januar 1913) in Kraków statt. An der Beratung nahmen W. I. Lenin, N. K. Krupskaja, J. W. Stalin, die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma A. J. Badajew, G. I. Petrowski, N. R. Schagow u. a. teil. Auf der Beratung waren die illegalen Parteiorganisationen Petersburgs, des Moskauer Gebiets, des Südens, des Urals und des Kaukasus vertreten. Die Beratung wurde unter W. I. Lenins Vorsitz durchgeführt. Er

hielt die Referate „Der revolutionäre Aufschwung, die Streiks und die Aufgaben der Partei", „Über das Verhältnis zum Liquidatorentum und über die Einheit" (der Text der Referate ist nicht erhalten geblieben), verfaßte und redigierte alle Resolutionen der Beratung und schrieb die „Mitteilung" des ZK der SDAPR über die Beratung. (Siehe Werke, Bd. 18, S. 441–447.)

Die Beratung nahm Beschlüsse zu den wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung an: über die Aufgaben der Partei unter den Bedingungen des neuen revolutionären Aufschwungs und des Anwachsens der Streikbewegung, über den Aufbau der illegalen Organisation, über die Arbeit der sozialdemokratischen Dumafraktion, über die Versicherungskampagne, über die Parteipresse, über die nationalen sozialdemokratischen Organisationen, über den Kampf gegen das Liquidatorentum und über die Einheit der Partei des Proletariats. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 18, S. 448–459.) Die Beschlüsse der Beratung spielten eine große Rolle bei der Festigung der Partei und ihrer Einheit, bei der Erweiterung und Festigung der Verbindungen der Partei zu den breiten Massen der Werktätigen, bei der Ausarbeitung neuer Formen der Parteiarbeit unter den Bedingungen des wachsenden Aufschwungs der Arbeiterbewegung. Die Resolutionen der Krakauer Beratung wurden vom ZK der SDAPR bestätigt. *272*

[346] Gemeint sind die sechs bolschewistischen Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion der IV. Reichsduma (siehe Anm. 288). *272*

[347] Die vereinbarte Unterschrift für Artikel, die unbedingt in der „Prawda" veröffentlicht werden sollten, war „KKK". Im Dezember 1913 bestätigte das ZK der SDAPR auf seiner Sitzung erneut diesen Beschluß: „Der frühere Beschluß, wonach die eingesandten Artikel mit den drei verabredeten Buchstaben umgehend und ohne Änderungen veröffentlicht werden, bleibt in Kraft." („Istoritscheski Archiw", 1959, Nr. 4, S. 42.) *273*

[348] Gemeint ist die theoretische Monatsschrift der Bolschewiki *„Prosweschtschenije"* (Die Aufklärung), die von Dezember 1911 bis Juni 1914 legal in Petersburg erschien. Die Zeitschrift, die auf Anregung W. I. Lenins gegründet worden war, trat an die Stelle der von der zaristischen Regierung verbotenen Moskauer bolschewistischen Zeitschrift „Mysl" (Der Gedanke). Die Auflage der Zeitschrift betrug bis zu 5000 Exemplaren. Lenin leitete die Zeitschrift zunächst von Paris, später von Kraków und Poronin aus.

Kurz vor dem ersten Weltkrieg wurde die Zeitschrift von der zaristischen Regierung verboten. Im Herbst 1917 wurde sie erneut herausgegeben; es erschien nur eine Doppelnummer. *273*

[349] Den *„Brief an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands"* schrieb W. I. Lenin im Auftrag der Krakauer Beratung des ZK der SDAPR mit

Parteifunktionären in einer Periode des erbitterten Kampfes der Bolschewiki gegen die Liquidatoren. Der Brief war die Antwort auf den Vorschlag der Führer der deutschen Sozialdemokratie, gemeinsame Beratungen der Bolschewiki und der Liquidatoren einzuberufen, um diese zu vereinigen. *273*

350 *„Vorwärts"* – Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; wurde seit dem 1. Oktober 1876 in Leipzig herausgegeben, dann durch das Sozialistengesetz verboten; erschien 1890–1933 (aus dem 1884 gegründeten „Berliner Volksblatt" neu hervorgegangen) in Berlin. Zu seinen Redakteuren gehörte u. a. Wilhelm Liebknecht. Friedrich Engels führte in der Zeitung einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Anfang des 20. Jahrhunderts gelangte die Redaktion immer mehr unter den Einfluß revisionistischer Kräfte, die jedoch 1905 aus der Redaktion entfernt wurden („Vorwärts"-Konflikt). Mit dem Entstehen des Zentrismus in der deutschen Arbeiterbewegung nahm auch der Einfluß der zentristischen Kräfte auf den „Vorwärts" zu. Während des imperialistischen Krieges 1914–1918 vertrat der „Vorwärts" zunächst einen sozialpazifistischen Standpunkt. Im Oktober 1916 wurde unter Bruch der Statuten die Redaktion durch Sozialchauvinisten ersetzt und der „Vorwärts" zum Sprachrohr des Sozialchauvinismus; nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde er zu einem Zentrum der Antisowjetpropaganda. *276*

351 Das *Transkaukasische (Kaukasische) Gebietskomitee* war das Fraktionszentrum der kaukasischen menschewistischen Liquidatoren. Es war im Februar 1908 auf der V. Konferenz der sozialdemokratischen Organisationen Transkaukasiens gewählt worden. Auf der Konferenz waren 15 Menschewiki und ein Bolschewik anwesend. Das Gebietskomitee betrieb eine verräterische, gegen die Partei gerichtete Arbeit. Ohne jegliche Wahlen und ohne den Willen der Parteiorganisationen zu berücksichtigen bestimmte das Komitee als Delegierte für die Fünfte Gesamtrussische Konferenz der SDAPR (1908) P. B. Axelrod, Th. Dan und N. W. Ramischwili. Diese liquidatorische Organisation, die sich als Vertreter der Arbeiter ausgab, war in Wirklichkeit eine Stütze des Auslandszentrums der Liquidatoren und Trotzkis. 1912 schloß sich das Komitee dem von Trotzki organisierten parteifeindlichen Augustblock an. *276*

352 *OK (Organisationskomitee)* – leitendes Zentrum der Menschewiki, das 1912 auf der Augustkonferenz der menschewistischen Liquidatoren, Trotzkisten und anderer parteifeindlicher Gruppen und Strömungen gebildet worden war; es bestand bis zur Wahl des ZK der menschewistischen Partei im August 1917. *276*

353 *PPS* und *PSD* siehe Anm. 49 und 40. *277*

354 Es handelt sich um die Zeitung *„Nasch Put"* (Unser Weg), die vom 25. August (7. September) bis zum 12. (25.) September 1913 in Moskau herausgegeben

wurde. W. I. Lenin arbeitete aktiv an der Zeitung mit; seine Artikel schickte er gleichzeitig sowohl an die „Prawda" als auch an den „Nasch Put".

Zu den Mitarbeitern der Zeitung gehörten Maxim Gorki, Demjan Bedny, M. S. Olminski, I. I. Skworzow-Stepanow, J. W. Stalin sowie die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma A. J. Badajew, F. N. Samoilow, N. R. Schagow. Die Zeitung erfreute sich großer Popularität unter den Arbeitern. 395 Arbeitergruppen unterstützten sie durch ihre Geldsammlungen. *279*

355 *„Russkaja Molwa"* (Russische Stimme) – Tageszeitung, Organ der Progressisten (siehe Anm. 343); erschien vom 9. (22.) Dezember 1912 bis 20. August (2. September) 1913 in Petersburg. *284*

356 Die *Genfer Konferenz der Menschewiki* fand zur selben Zeit wie der III. Parteitag der SDAPR, im April 1905, statt. In Anbetracht der geringen Teilnehmerzahl (es waren Delegierte von nur 9 Komitees anwesend) deklarierten die Menschewiki ihre Versammlung als Konferenz der Parteifunktionäre.

Die Beschlüsse der Konferenz zeigten, daß sich die Menschewiki nicht die weitere Entfaltung der Revolution zur Aufgabe gestellt hatten. Sie verneinten die Hegemonie des Proletariats in der Revolution und die Bündnispolitik des Proletariats mit der Bauernschaft. Als Führer der bürgerlich-demokratischen Revolution betrachteten sie die liberale Bourgeoisie, in deren Hände nach dem Sieg der Revolution die Macht übergehen sollte. Die Menschewiki verneinten die Notwendigkeit der Bildung einer revolutionären provisorischen Regierung und lehnten die Teilnahme von Vertretern der Sozialdemokratie an einer solchen Regierung ab. In ihren Beschlüssen legte die Konferenz nicht die praktischen Aufgaben fest, die im Zusammenhang mit dem bewaffneten Aufstand vor dem Proletariat standen, denn sie war der Meinung, daß sich die Partei des Proletariats nicht mit der Vorbereitung des Aufstands zu befassen habe, da das die Bourgeoisie abschrecken könne. Die Konferenz stellte nicht die Aufgabe, revolutionäre Bauernkomitees zur Konfiskation der Gutsbesitzerländereien zu organisieren. Die Lösung der Bodenfrage wurde einer künftigen konstituierenden Versammlung überlassen. Die Beschlüsse der Konferenz zur Organisationsfrage, zusammengefaßt im „Organisationsstatut", suchten die Partei zurückzuzerren zur organisatorischen Zersplitterung und zum Zirkelwesen, wie sie vor dem II. Parteitag bestanden hatten. In dem Artikel „Ein dritter Schritt zurück", in der Arbeit „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", im „Vorwort zur Broschüre ‚Arbeiter über die Spaltung der Partei'" (siehe Werke, Bd. 8, S. 547–557; Bd. 9, S. 1–130 und 155–161) und in anderen Arbeiten deckte W. I. Lenin den opportunistischen Charakter der Beschlüsse der Genfer Konferenz auf und unterzog sie einer vernichtenden Kritik. *288*

[357] Gemeint ist die nationalistische und chauvinistische Position der Oktobristen, Progressisten und Kadetten bei der Beratung der Haushaltsvorlage des Innenministeriums in der IV. Reichsduma im Mai 1913. Zu dieser Frage siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 36, S. 223–225 und 226–228. *290*

[358] Der legale bolschewistische Verlag *„Priboi"* (Die Brandung) wurde Anfang 1913 in Petersburg gegründet und arbeitete unter Leitung des ZK der Partei. Der Verlag „Priboi" gab Literatur zu verschiedenen Fragen der Arbeiterbewegung heraus. Da er in der Periode der sogenannten „Versicherungskampagne" entstanden war, edierte er viel Literatur zu Fragen der Sozialversicherung der Arbeiter. Später schenkte der Verlag auf Weisung des ZK der Herausgabe populärer Agitations- und Propagandaschriften über sozialpolitische und Parteifragen große Aufmerksamkeit. Zu Beginn des imperialistischen Weltkriegs mußte der Verlag „Priboi" auf Grund der verstärkten Verfolgung der Arbeiterpresse durch die zaristische Regierung seine Tätigkeit einstellen und konnte sie erst im März 1917 wieder aufnehmen. 1918 wurde der Verlag „Priboi" mit dem Verlag „Kommunist" zusammengelegt, der durch die Verschmelzung mehrerer Verlage („Wolna" [Die Woge], „Shisn i Snanije" [Leben und Wissen] u. a.) entstanden war. *293*

[359] *„Russkije Wedomosti"* (Russische Nachrichten) – Zeitung, die ab 1863 in Moskau erschien; sie vertrat die Anschauungen der gemäßigten liberalen Intelligenz. In den achtziger und neunziger Jahren arbeiteten an der Zeitung Schriftsteller des demokratischen Lagers mit (W. G. Korolenko, M. J. Saltykow-Schtschedrin, G. I. Uspenski u. a.).

Ab 1905 wurde sie zu einem Organ des rechten Flügels der Kadettenpartei. 1918 wurde sie zusammen mit anderen konterrevolutionären Zeitungen verboten. *296*

[360] Es handelt sich um K. A. Komarowski (B. G. Danski), Mitglied der SDAPR seit 1911. Er war Mitarbeiter der „Swesda" und der „Prawda" und nahm an der Versicherungsbewegung teil. Von 1913 bis 1914 gehörte er der Redaktion der bolschewistischen Zeitschrift „Woprossy Strachowanija" an. Um die Bolschewiki zu diskreditieren, beschuldigten die Liquidatoren Danski der Mitarbeit in der bürgerlichen Presse. Eine Parteikommission, der Vertreter der Redaktionen der Zeitung „Sa Prawdu", der Zeitschriften „Prosweschtschenije" und „Woprossy Strachowanija", der Sozialdemokratischen Arbeiterfraktion Rußlands in der Reichsduma und des Verlags „Priboi" angehörten, untersuchte diese Angelegenheit und stellte fest, daß Danski, seit er Mitglied der bolschewistischen Partei war, nicht mehr für die bürgerliche Presse gearbeitet hatte. Sie betrachtete ihn deshalb als ehrliches Parteimitglied und wies die Beschuldigungen der Liquidatoren als verleumderisch zurück. Zu der Verleumdungskampagne der Liqui-

datoren gegen Danski äußerte sich W. I. Lenin auch in dem Bericht des ZK der SDAPR an die Brüsseler Konferenz. (Siehe Werke, Bd. 20, S. 536.) *298*

361 *„Nowaja Rabotschaja Gaseta"* (Neue Arbeiterzeitung) – Tageszeitung der menschewistischen Liquidatoren; erschien vom 8. (21.) August 1913 bis 23. Januar (5. Februar) 1914 an Stelle der „Shiwaja Shisn" (Lebendiges Leben) in Petersburg. Lenin nannte die Zeitung wiederholt „Neue Liquidatorenzeitung". *298*

362 Da die Menschewiki unter Ausnutzung ihres geringen zahlenmäßigen Übergewichts in der sozialdemokratischen Dumafraktion deren Arbeit immer mehr hemmten, waren die bolschewistischen Abgeordneten aus der vereinigten sozialdemokratischen Dumafraktion ausgetreten und hatten eine selbständige bolschewistische Fraktion gebildet: die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands. Siehe auch Anm. 288. *299*

363 Die *Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären* (aus konspirativen Gründen „Sommer"beratung genannt) fand vom 23. September bis 1. Oktober (6. bis 14. Oktober) 1913 in Poronin (unweit von Kraków) statt, wo W. I. Lenin zu dieser Zeit lebte.

Die Beratung erörterte folgende Fragen: 1. Berichte der örtlichen Organisationen, Bericht über die Arbeit der Sozialdemokratie Polens und Litauens, Bericht über die Tätigkeit des auf der Prager Konferenz gewählten ZK; 2. Die Aufgaben der Agitation im gegenwärtigen Zeitpunkt; 3. Die Organisationsfrage und der Parteitag; 4. Die Streikbewegung; 5. Die Parteipresse; 6. Die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Duma; 7. Die sozialdemokratische Dumafraktion; 8. Die Tätigkeit in legalen Vereinigungen; 9. Die nationale Frage; 10. Die Volkstümler; 11. Der bevorstehende Internationale Sozialistenkongreß (in Wien). Die Beratung wurde von W. I. Lenin geleitet. Er eröffnete sie mit einer einführenden Rede, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees, hielt das Referat zur nationalen Frage und über die geplante Einberufung des Internationalen Sozialistenkongresses in Wien. Außerdem sprach Lenin in der Diskussion zu fast allen Fragen der Tagesordnung, machte Notizen über Diskussionsbeiträge der Delegierten aus den örtlichen Parteiorganisationen, brachte seine Vorschläge ein, verfaßte und redigierte die Resolutionsentwürfe. Lenins Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees wurde nicht aufgefunden. Eine kurze Wiedergabe einzelner Stellen aus diesem Bericht findet sich in den Erinnerungen A. J. Badajews.

Zum Bericht des ZK und zu den Berichten der örtlichen Organisationen nahm die Beratung zwei von Lenin verfaßte Resolutionen an: „Über die Aufgaben der Agitation im gegenwärtigen Zeitpunkt" und „Über die Organisationsfrage und den Parteitag", in denen die Aufgaben der Partei und die wich-

tigsten Formen der Parteiarbeit unter den neuen historischen Bedingungen festgelegt waren. Eine der Hauptfragen auf der Beratung war die nationale Frage, die zu dieser Zeit im öffentlichen Leben Rußlands in den Vordergrund gerückt war. In seinem Referat zur nationalen Frage unterstrich Lenin, daß der Kampf gegen nationale Unterdrückung unlösbar verbunden ist mit dem Kampf gegen den Zarismus, für Freiheit und Demokratie. Gestützt auf das Parteiprogramm, lehnte die Beratung die opportunistische Forderung der Menschewiki und der Bundisten nach „national-kultureller Autonomie" entschieden ab und nahm die von Lenin ausgearbeiteten programmatischen Leitsätze zur nationalen Frage an. Lenin betrachtete die von der Beratung angenommene Resolution zur nationalen Frage als Programmerklärung der Partei. Die Beratung faßte den Beschluß, in die Tagesordnung des nächsten Parteitags die Frage des nationalen Programms aufzunehmen.

In der Resolution über die sozialdemokratische Dumafraktion forderte die Beratung Gleichberechtigung für den bolschewistischen und den menschewistischen Teil der Fraktion und verurteilte entschieden die Handlungsweise des menschewistischen Teils, der unter Ausnutzung einer zufälligen Majorität von einer Stimme die elementarsten Rechte der bolschewistischen Abgeordneten verletzte, die die gewaltige Mehrheit der Arbeiter Rußlands vertraten. Auf Weisung Lenins und des ZK traten die bolschewistischen Abgeordneten im Oktober 1913 aus der vereinigten sozialdemokratischen Fraktion aus und bildeten eine selbständige bolschewistische Fraktion, die Sozialdemokratische Arbeiterfraktion Rußlands.

In dem Referat über den für 1914 vorgesehenen Internationalen Sozialistenkongreß in Wien machte Lenin den Vorschlag, möglichst viele Delegierte aus den illegalen und legalen Organisationen zu dem Kongreß zu entsenden und die Durchführung des Parteitags für den gleichen Zeitpunkt vorzusehen, zu dem der Kongreß stattfindet.

Die Beratung fand mit dem von Lenin gehaltenen Schlußwort ihren Abschluß. Angesichts der Wichtigkeit der erörterten Fragen und der dazu angenommenen Beschlüsse hatte die Poroniner Beratung die Bedeutung einer Parteikonferenz. Die Protokolle der Beratung wurden nicht aufgefunden. Eine Mitteilung über die Beratung und die angenommenen Resolutionen wurden in der Broschüre „Mitteilung und Resolutionen der Sommerberatung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären 1913" veröffentlicht, die im Ausland vom Zentralkomitee herausgegeben wurde. Aus konspirativen Gründen wurden einige Resolutionen nicht vollständig veröffentlicht: weggelassen wurden der Punkt 6 aus der Resolution über die Streikbewegung und die Punkte 1–5 aus der Resolution über die Parteipresse. Der vollständige Text der Re-

solutionen wurde in einer illegalen hektographierten Ausgabe veröffentlicht. Über die Beratung des ZK in Poronin existieren Materialien des Polizeidepartements, das von den Spitzeln Malinowski und Lobow ausführlich über die Beratung informiert wurde. Über die Beratung siehe auch W. I. Lenin, Werke, Bd. 19, S. 409–423.

Das Konzept für einen Bericht in den örtlichen Parteiorganisationen sandte Lenin am 29. November (12. Dezember) 1913 nach Petersburg. Es sollte den bolschewistischen Dumaabgeordneten, wenn sie während der Weihnachtsferien der Duma in den örtlichen Organisationen über die Poroniner Beratung berichteten, als Leitfaden dienen. *300*

364 *„Woprossy Strachowanija"* (Fragen des Versicherungswesens) – legale bolschewistische Zeitschrift; erschien mit Unterbrechungen von Oktober 1913 bis März 1918 in Petersburg. Sie kämpfte nicht nur für die Verwirklichung der Arbeiterversicherung, sondern auch für die bolschewistischen „uneingeschränkten Losungen" – Achtstundentag, Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und demokratische Republik. An der Zeitschrift arbeiteten die Bolschewiki N. M. Schwernik, N. A. Skrypnik, P. I. Stutschka, A. N. Winokurow u. a. mit. *300*

365 Die *Dezembersitzung des Internationalen Sozialistischen Büros* fand am 13. und 14. Dezember 1913 in London statt. Auf der Sitzung wurde über die Vereinigung der englischen sozialistischen und Arbeiterparteien, den Wiener Kongreß, die russischen Angelegenheiten u. a. beraten. Die Frage der Vereinigung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wurde erst ganz am Schluß der Sitzung zur Diskussion gestellt. Angesichts der späten Stunde wurde diese Frage nicht im einzelnen erörtert, vielmehr beschränkte sich das Büro auf die Annahme einer von Kautsky im Namen der deutschen Delegation vorgeschlagenen Resolution. In der Resolution wurde das Exekutivkomitee des ISB beauftragt, eine Beratung einzuberufen aus Vertretern „sämtlicher Fraktionen der Arbeiterbewegung innerhalb des Russischen Reiches, Russisch-Polen inbegriffen, die das Programm der Sozialdemokratie Rußlands anerkennen oder deren Programm mit dem der Sozialdemokratie Rußlands im Einklang steht, um eine gemeinsame Aussprache über die trennenden Punkte herbeizuführen". Bei der Begründung dieser Resolution erklärte Kautsky in seiner Rede am 14. Dezember, daß die alte sozialdemokratische Partei in Rußland „verschwunden" sei. Es sei notwendig, sie wiederherzustellen und sich dabei auf das Streben der russischen Arbeiter nach Einheit zu stützen. In seinen Artikeln „Eine gute Resolution und eine schlechte Rede" und „Über einen unzulässigen Fehler Kautskys" schätzte Lenin den Inhalt der Resolution ein und bezeichnete die Rede Kautskys als ungeheuerlich. (Siehe Werke, Bd. 19, S. 524–526 und 542/543.)

In einem Brief, in dem Lenin Inès Armand mitteilte, in welcher Nummer des „Vorwärts" Kautskys Erklärung veröffentlicht war, heißt es dazu: „Man muß sie beschaffen ... *und eine Protestkampagne organisieren. Wir sind für* eine Aussprache, *für* die Resolution des ISB – *dies NB* –, aber absolut gegen Kautskys *niederträchtigen* Ausspruch. Man muß ihn dafür unbarmherzig verprügeln ..." (Briefe, Bd. III, S. 243/244.) In einem späteren Brief an Inès Armand schrieb Lenin: „Es wäre sehr zu wünschen, daß die *Sektion* gegen Kautsky eine *handfeste* Resolution annimmt (in der seine Erklärung, die Partei sei tot, als *unverschämt, frech, ungeheuerlich, ignorantenhaft* bezeichnet wird)." (Ebenda, S. 259/260).

Auf der gleichen Sitzung des ISB am 14. Dezember wurde ein Brief Plechanows verlesen, in dem er betonte, daß die von den Liquidatoren verschuldete Spaltung der Dumafraktion ein Schlag gegen die Einheit der Arbeiterbewegung sei und er als Vertreter der gesamten Partei im ISB deshalb seinen Rücktritt erklärt. An Stelle Plechanows wurde der Vertreter des liquidatorischen Organisationskomitees P. B. Axelrod in das ISB aufgenommen.

Auf der gemäß dem Beschluß des ISB im Juli 1914 in Brüssel abgehaltenen Beratung verlangten die Führer der II. Internationale unter dem Vorwand der „Aussöhnung" der Bolschewiki mit den Liquidatoren von den Bolschewiki die Einstellung der Kritik an den Liquidatoren. Die Bolschewiki lehnten es ab, dieser Forderung Folge zu leisten, und setzten ihren unversöhnlichen Kampf gegen die Liquidatoren, die Feinde der Arbeiterbewegung, fort. *301*

366 Den Artikel *„Das Elend der Volksschullehrer"* schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit dem Gesamtrussischen Kongreß für Volksbildung, der Ende Dezember 1913 in Petersburg stattfinden sollte. Die Bolschewiki wollten den Lehrerkongreß als eine der legalen Möglichkeiten für die Verbreitung bolschewistischer Ideen und revolutionärer Forderungen ausnutzen. Inhaltlich steht der Artikel in engem Zusammenhang mit W. I. Lenins Arbeit „Zur Politik des Ministeriums für Volksbildung". (Siehe Werke, Bd. 19, S. 122–132.) *303*

367 Die Frage des Wiener Kongresses wurde auf der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros im Dezember 1913 beraten. Es wurde beschlossen, den Kongreß für August 1914 einzuberufen und ihn mit den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der I. Internationale zu verbinden. Auf die Tagesordnung des Kongresses wurden folgende Fragen gesetzt: 1. Die steigenden Lebenshaltungskosten; 2. Imperialismus und der Kampf gegen den Militarismus, mit folgenden Unterpunkten: a) Orientfrage, b) verbindliche internationale Schiedsgerichte, c) Vereinigte Staaten von Europa; 3. Alkoholismus; 4. Arbeitslosigkeit; 5. Die Lage der politischen Gefangenen und der Verbannten in Rußland; 6. Verschiedenes. Die Zahl der Delegierten sollte nicht größer sein als das Sechsfache der

Stimmenzahl des jeweiligen Landes. Rußland hatte 20 Stimmen, folglich durfte es von beiden Untersektionen der Sozialdemokraten, von den linken Volkstümlern und den Gewerkschaften zusammen nicht mehr als 120 Delegierte entsenden.

Die Frage des Internationalen Sozialistenkongresses in Wien wurde auf der Poroniner Beratung des ZK mit Parteifunktionären erörtert. In seinem Referat zu dieser Frage schlug Lenin vor, alles zu tun, damit als Delegierte zum Wiener Kongreß in der Mehrzahl sozialdemokratische Arbeiter gewählt würden. Ende Juli 1914 waren die Wahlen der Delegierten für den Internationalen Sozialistenkongreß fast abgeschlossen, als der Weltkrieg ausbrach und die Durchführung des Wiener Kongresses verhinderte. *308*

368 W. I. Lenin meint den Artikel I. Wetrows (M. A. Saweljews) „Die Internationale und die Frage der Einheit", der in Nr. 1 der „Proletarskaja Prawda" vom 7. (20.) Dezember 1913 veröffentlicht war und in dem es hieß: „Zum Schluß können wir nicht umhin, auf die Lüge der Liquidatoren zu verweisen, die behaupten, das Büro habe mit der Ablehnung einer gesonderten Vertretung für die Sechs das Prinzip der ‚Föderation' verurteilt, welches von den 6 Arbeiterabgeordneten in der sozialdemokratischen Fraktion aufgestellt wurde. Die Forderung nach einer gesonderten Vertretung für die Sechs wurde im Büro aus rein formalen Gründen überhaupt nicht erhoben. Und deshalb sind auch die Erklärungen der ‚Nowaja Rabotschaja Gaseta', daß das Büro die Sechs verurteilt habe, eine gewissenlose Lüge der Liquidatoren, mit der sie das Bewußtsein der Arbeiterklasse systematisch zu trüben versuchen." *309*

369 Die *Thesen für ein Referat zur nationalen Frage* schrieb Lenin offenbar nach dem Referat, das er am 10. (23.) Januar 1914 in Paris gehalten hatte. (Siehe Lenin-Sammelband XXX, S. 51–57, russ.) Aus einer Notiz auf dem Umschlag des Hefts „Die nationale Frage III" ist zu entnehmen, daß Lenin sein in Paris gehaltenes Referat am 20. Januar (2. Februar) 1914 in Lüttich wiederholte. *317*

370 Diese Bemerkungen beziehen sich auf Karl Kautskys Broschüre „Nationalität und Internationalität", mit der sich W. I. Lenin auch in seiner Arbeit „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen befaßt. (Siehe Werke, Bd. 20, S. 399–403.) *318*

371 Siehe Lenins Auszug aus Bd. IV des „Briefwechsels zwischen Friedrich Engels und Karl Marx", Stuttgart 1913, S. 292, im Lenin-Sammelband XVII, S. 290. (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 32, S. 520–522.) *323*

372 Worum es sich handelt, konnte nicht ermittelt werden. *323*

373 In der dritten Sitzung der Programmkommission des II. Parteitags der SDAPR hatte ein Delegierter der Sozialdemokratie Polens und Litauens beantragt, dem

Punkt folgende Fassung zu geben: „Institutionen, die allen dem Staatsverband angehörenden Nationen volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren." (Siehe die Notiz Lenins auf dieser Sitzung im Lenin-Sammelband VI, S. 105, russ.) *323*

[374] *Diaspora* (griech., Zerstreuung) – Bezeichnung für die außerhalb Palästinas lebenden Juden. Im weiteren Sinne versteht man unter Diaspora eine konfessionelle Minderheit, die unter einer Mehrheit Andersgläubiger lebt. *326*

[375] Als *„Föderation schlimmsten Typs"* charakterisierten die Beschlüsse der Prager Parteikonferenz 1912 die in der SDAPR seit dem IV. (Vereinigungs-)Parteitag bestehenden Beziehungen zwischen den russischen und den nationalen Organisationen. Die „Nationalen" arbeiteten zu jener Zeit „völlig isoliert von den russischen Organisationen", was sich äußerst negativ auf die gesamte Arbeit der SDAPR auswirkte. Ungeachtet dessen, daß die sozialdemokratischen Organisationen Polens und Litauens, Lettlands und der „Bund" zur SDAPR gehörten, hielten sich ihre führenden Organe gesondert und beteiligten sich nicht an der Leitung der gesamtrussischen Parteiarbeit, wodurch sie direkt oder indirekt die parteifeindliche Tätigkeit der Liquidatoren unterstützten. (Vgl. Werke, Bd. 17, S. 455/456, und Bd. 18, S. 404/405.) *327*

[376] Der *IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands* fand vom 13. bis 26. Januar (26. Januar bis 8. Februar) 1914 in Brüssel statt.

W. I. Lenin beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Parteitags. Auf dem Parteitag hielt Lenin eine Rede über die Stellung der Sozialdemokratie Lettlands zur SDAPR und zur Spaltung in der Dumafraktion, nahm an den Beratungen der bolschewistischen Delegierten teil und half ihnen die Resolutionsentwürfe vorzubereiten. Am Vorabend des Parteitags, am Abend des 12. (25.) Januar 1914, hielt Lenin in Brüssel vor den Delegierten ein Referat über die Theorie und Taktik des Bolschewismus in der nationalen Frage. Auf dem Parteitag wurden zu fast allen Fragen bolschewistische Resolutionen angenommen. W. I. Lenin nutzte die Resolutionen in breitem Maße für den Kampf gegen Liquidatoren und Trotzkisten. Siehe die Artikel „Die lettischen Arbeiter über die Spaltung in der sozialdemokratischen Dumafraktion", „Die Entlarvung der ‚August'fiktion", „Die Liquidatoren und die lettische Arbeiterbewegung" (Werke, Bd. 20, S. 172–176, 177–180 und 236–238) u. a.

Der erbitterte Kampf zwischen Bolschewiki einerseits und Menschewiki und Versöhnlern anderseits endete auf dem Parteitag mit dem offiziellen Austritt der lettischen Sozialdemokraten aus dem liquidatorischen Augustblock und ihrer Hinwendung zu den revolutionären Prinzipien der Arbeiterpartei. Der größte Erfolg des Parteitags war die Wahl eines auf bolschewistischen Positionen

stehenden Zentralkomitees und der Übergang des Zentralorgans der Sozialdemokratie Lettlands „Zihņa" in die Hände von Anhängern der Bolschewiki.

Die Protokolle des IV. Parteitags der Sozialdemokratie Lettlands wurden nicht aufgefunden. Es ist bekannt, daß sie von Janson (Braun) zum Druck vorbereitet wurden und in Brüssel verblieben sind. Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befinden sich unter den Materialien des Archivs Krakau-Poronin Lenin-Dokumente, die sich auf den IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands beziehen und den Kampf Lenins und des bolschewistischen Teils des Parteitags gegen die Liquidatoren charakterisieren. Es handelt sich dabei u. a. um Aufzeichnungen Lenins zur Tagesordnung, um Notizen über den Sitzungsverlauf und einzelne Reden, um den „Entwurf einer Resolution über die Stellung der Sozialdemokratie Lettlands zur SDAPR", das Konzept des Berichts und des Schlußworts. *328*

377 Gemeint ist die Konferenz der Liquidatoren, die im August 1912 in Wien stattfand und auf der sich der parteifeindliche, von Trotzki organisierte Augustblock formierte. An der Konferenz nahmen teil: Vertreter des „Bund", des Transkaukasischen Gebietskomitees, der Sozialdemokratie Lettlands sowie liquidatorischer, trotzkistischer und otsowistischer Grüppchen im Ausland (der Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata", der Wiener „Prawda" Trotzkis und der Gruppe „Wperjod"). Aus Rußland entsandten Delegierte: die Petersburger und die Moskauer „Initiativgruppe" der Liquidatoren, die Krasnojarsker Organisation, die „Sewastopoler sozialdemokratische Militärorganisation" sowie die Redaktionen der liquidatorischen Publikationsorgane „Nascha Sarja" und „Newski Golos"; auch ein Vertreter des Auslandskomitees der ukrainischen Organisation „Spilka" war anwesend. Die übergroße Mehrheit der Delegierten bestand aus Personen, die, losgelöst von der Arbeiterklasse Rußlands, im Ausland lebten und keine unmittelbare Verbindung mit der Parteiarbeit im Lande hatten.

Die Konferenz nahm zu allen Fragen der sozialdemokratischen Taktik parteifeindliche, liquidatorische Beschlüsse an und sprach sich gegen das Bestehen einer illegalen Partei aus. Der Versuch der Liquidatoren, eine eigene zentristische Partei in Rußland zu schaffen, wurde von den Arbeitern nicht unterstützt. Die Liquidatoren vermochten kein ZK zu wählen und beschränkten sich auf die Bildung eines Organisationskomitees. Der aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengezimmerte antibolschewistische Block begann bereits auf der Konferenz selbst auseinanderzufallen. Siehe dazu W. I. Lenins Artikel „Der Zerfall des ‚August'blocks", „Die Entlarvung der ‚August'fiktion", „Über die Verletzung der Einheit, bemäntelt durch Geschrei über die Einheit" (Werke, Bd. 20, S. 151–154, 177–180 und 325–348). *330*

[378] Die vorliegende Resolution wurde vom Zentralkomitee auf seinen Sitzungen vom 2. bis 4. (15. bis 17.) April 1914 in Kraków angenommen. Die Sitzungen wurden von W. I. Lenin geleitet. Als Vertreter der bolschewistischen Dumafraktion nahm G. I. Petrowski an ihnen teil. Das ZK behandelte die Vorbereitung eines ordentlichen Parteitags der SDAPR, die Durchführung eines Tages der Arbeiterpresse, die Arbeit unter den Bauern, Dumaangelegenheiten und den Bericht der bolschewistischen Dumafraktion, die Internationale Frauenkonferenz, den Wiener Kongreß der II. Internationale, die Vorbereitung von Flugblättern zum 1. Mai und andere Fragen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Schaffung einer Organisationsabteilung des ZK zur Leitung der illegalen Arbeit und mit der Annahme der Resolution zu dieser Frage machte Lenin den Vorschlag, in die Organisationsabteilung des ZK so hervorragende Parteifunktionäre aufzunehmen wie M. I. Kalinin, A. S. Kisseljow u. a., ferner Arbeiterfunktionäre der Versicherungsbewegung. Außer der hier veröffentlichten Resolution ist ein von Lenin ausgearbeiteter Entwurf der Tagesordnung für die Sitzungen des ZK erhalten geblieben. Zur Frage des Berichts des ZK der SDAPR an den Wiener Kongreß der II. Internationale beschloß das ZK, „die im Ausland lebenden ZK-Mitglieder zu beauftragen, für die Ausarbeitung des Berichts zu sorgen". Diesen Auftrag übernahm Lenin. Im April–Mai 1914 schrieb er „Plan und Konzeptionsentwurf für den Bericht des ZK der SDAPR an den Wiener Kongreß der II. Internationale". (Siehe 5. russische Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Bd. 25, S. 441–444.) *335*

[379] Der Parteitag sollte, ebenso wie der Internationale Sozialistenkongreß, für August 1914 nach Wien einberufen werden. Zur Vorbereitung des Parteitags war beim russischen Kollegium des ZK eine Organisationskommission zur Einberufung des Parteitags gebildet worden. Es wurde beschlossen, analoge Kommissionen auch in Moskau, im Kaukasus, im Süden und im Ural zu schaffen. Auf dem Parteitag sollten folgende Fragen behandelt werden: die Berichte des ZK und der örtlichen Organisationen, die politische Lage, die organisatorischen Aufgaben der Partei, die Aufgaben der Streikbewegung, die Taktik der Versicherungsbewegung, einige Ergänzungen zum Minimalprogramm, die nationale Frage, die Frage der Liquidatoren im Zusammenhang mit der Beratung beim ISB, die Beteiligung an der bürgerlichen Presse und andere aktuelle Fragen. Ende Juli 1914 war die Arbeit zur Vorbereitung des Parteitags fast abgeschlossen. Aber der Ausbruch des Krieges verhinderte die Durchführung des Parteitags. Dennoch hatte die Vorbereitung des Parteitags große Bedeutung für die Festigung der Parteiorganisationen. *335*

[380] Mit den statistischen Untersuchungen von I. M. Kosminych-Lanin beschäftigte

sich W. I. Lenin wiederholt. So schrieb er zwei Rezensionen zu Kosminych-Lanins Buch „Arbeitstag und Arbeitsjahr im Gouvernement Moskau". (Siehe Werke, Bd. 18, S. 249/250 und 251–259.) Die von Kosminych-Lanin gesammelten statistischen Angaben wertete Lenin auch in seinem Artikel „Die Sprache der Zahlen" aus. (Siehe Werke, Bd. 19, S. 348–354.) *336*

381 Die *Brüsseler „Vereinigungs"konferenz* (16.–18. Juli 1914) war vom Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros einberufen worden „zwecks gemeinsamer Aussprache" über die Möglichkeit, die Einheit in der SDAPR wiederherzustellen. Auf der Konferenz waren vertreten: das ZK der SDAPR (Bolschewiki); das Organisationskomitee (Menschewiki) mit den ihm angeschlossenen Organisationen (dem Kaukasischen Gebietskomitee und der trotzkistischen Gruppe „Borba"); die menschewistische Dumafraktion; die Plechanowsche Gruppe „Jedinstwo" (Die Einheit); die Gruppe „Wperjod"; der „Bund"; die Sozialdemokratie Lettlands; die Sozialdemokratie Litauens; der Hauptvorstand der Polnischen Sozialdemokratie; die polnische sozialdemokratische Opposition (Rozłamowcy); die PPS („Lewica"). Als Vertreter des ZK der SDAPR nahmen Inès Armand (Petrowa), M. F. Wladimirski (Kamski) und I. F. Popow (Pawlow) teil.

Von Anfang an stand die Konferenz im Zeichen des erbitterten Kampfes zwischen den Bolschewiki und den russischen und westeuropäischen Opportunisten. Trotz aller Versuche der Opportunisten, die entscheidenden Fragen zu umgehen, standen die von den Bolschewiki aufgeworfenen Fragen, besonders die 14 Bedingungen für die Einheit in dem von Lenin ausgearbeiteten und von Inès Armand vorgetragenen Bericht, im Mittelpunkt der Verhandlungen. Die lettischen und die litauischen Vertreter sowie die Vertreter der polnischen Opposition stellten sich in den Hauptfragen auf die Seite der Bolschewiki.

Obwohl sich die Konferenz nur auf einen Meinungsaustausch beschränken sollte, wurde zum Abschluß eine von Kautsky ausgearbeitete Resolution zur Abstimmung gebracht, nach welcher es angeblich in der Sozialdemokratie Rußlands keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten gab, die der Einheit im Wege standen. Die Vertreter der Bolschewiki und der lettischen Sozialdemokratie lehnten es ab, an der Abstimmung teilzunehmen, die Vertreter der polnischen Opposition stimmten für die Resolution. Siehe hierzu W. I. Lenins Artikel „Die polnische sozialdemokratische Opposition am Scheidewege" (Werke, Bd. 20, S. 571/572).

Auf einer nach der Brüsseler Konferenz durchgeführten gesonderten Beratung der Liquidatoren, Trotzkisten, Anhänger des „Wperjod", Plechanowleute, Bundisten und Vertreter der Kaukasischen Gebietsorganisation bildete

sich ein gegen die Bolschewiki gerichteter Block dieser Gruppen, der sogenannte Brüsseler Block („Block vom 3. Juli"), der jedoch bald wieder zerfiel. *338*

[382] Die Notiz *„Die polnische Opposition auf der Brüsseler Konferenz"* war für die „Trudowaja Prawda" (Prawda der Werktätigen) bestimmt. Auf den Rand des Blattes, auf dem diese Notiz steht, schrieb Lenin folgenden Zusatz für die Redaktion: „Bringen Sie diese Sache in Petit, und keine Antwort auf ihre Briefe, nichts veröffentlichen: sollen sie zu ihren neuen ‚Blockbrüdern' gehen."

Da die Zeitung am 8. (21.) Juli 1914 verboten wurde, ist die Notiz nicht erschienen. *339*

[383] Den Artikel *„Revolution und Krieg"* wollte W. I. Lenin für Nr. 33 des „Sozial-Demokrat" schreiben. Die Pläne schrieb er im Juli 1914, nach Ausbruch des Krieges Österreichs gegen Serbien.

Aus den Plänen ist ersichtlich, daß W. I. Lenin das mächtige Anwachsen der revolutionären Bewegung in Rußland in untrennbarem Zuammenhang mit der internationalen Situation betrachtete und daß er in dem Artikel „Revolution und Krieg" die Aufgaben des russischen Proletariats in Verbindung mit der Weltlage behandeln wollte. *339*

[384] *„Drei Grundpfeiler"* – in der legalen bolschewistischen Presse und in legalen Versammlungen aus Zensurgründen gewählte Bezeichnung für die drei grundlegenden („uneingeschränkten") revolutionären Losungen: demokratische Republik, Konfiskation der gesamten Gutsbesitzerländereien, Achtstundentag. *340*

[385] *„Kiewskaja Mysl"* (Kiewer Gedanke) – bürgerlich-demokratische Tageszeitung; erschien von 1906 bis 1918. *340*

[386] Das vorliegende Dokument steht auf einem besonderen Blatt und ist mit einem Einfügungszeichen versehen. Zu welcher Arbeit die Einfügung gehört, konnte nicht festgestellt werden. *341*

[387] Es handelt sich um den *Außerordentlichen Internationalen Sozialistenkongreß der II. Internationale*, der am 24. und 25. November 1912 in Basel stattfand. Auf dem Kongreß waren 555 Delegierte aus 23 Ländern anwesend. Das Zentralkomitee der SDAPR entsandte 6 Delegierte. Lenin nahm nicht am Kongreß teil. Der Kongreß war wegen der drohenden Gefahr eines imperialistischen Weltkriegs, die nach dem Beginn des ersten Balkankriegs zugenommen hatte, einberufen worden.

Am 25. November nahm der Kongreß einstimmig ein „Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage" an, das die räuberischen Ziele des drohenden imperialistischen Krieges entlarvte. Das Manifest bekräftigte die Beschlüsse der Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen und forderte das Proletariat auf, im Sinne dieser Beschlüsse den Antikriegskampf zu führen.

Als 1914 der Weltkrieg ausbrach, gaben die Führer der II. Internationale,

die auf dem Kongreß für das Manifest gestimmt hatten, das Baseler Manifest der Vergessenheit preis und stellten sich auf die Seite ihrer imperialistischen Regierungen. *341*

388 An der Broschüre „*Der europäische Krieg und der europäische Sozialismus*" begann W. I. Lenin bald nach seiner Ankunft in Bern zu arbeiten. Die geplante Broschüre wurde jedoch nicht geschrieben. Die vorbereitenden Materialien, die im Lenin-Sammelband XIV, S. 14–123, russ., veröffentlicht sind, verwendete er in Referaten, Artikeln für den „Sozial-Demokrat" und in der Broschüre „Sozialismus und Krieg". *341*

389 Gemeint ist eine Rede Victor Adlers in der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros am 29. Juli 1914 in Brüssel. Diese Rede erwähnt W. I. Lenin auch in seinem Artikel „Der tote Chauvinismus und der lebendige Sozialismus" (Werke, Bd. 21, S. 89/90). *342*

390 Es handelt sich um das 1911 in Paris erschienene Buch von J. Jaurès „L'organisation socialiste de la France. L'Armée nouvelle" (Die sozialistische Organisation Frankreichs. Die neue Armee). *342*

391 W. I. Lenin meint den in Nr. 19 der „Neuen Zeit" vom 21. August 1914 veröffentlichten Artikel von H. Wendel „Jaurès". *343*

392 W. I. Lenin zitiert aus dem in Nr. 1 der „Neuen Zeit" vom 2. Oktober 1914 veröffentlichten Artikel Kautskys „Die Sozialdemokratie im Kriege". Mit diesem Artikel setzt sich Lenin in seiner Arbeit „Der tote Chauvinismus und der lebendige Sozialismus" auseinander. (Siehe Werke, Bd. 21, S. 83–90.) *343*

393 Es handelt sich um den in Nr. 18 der „Neuen Zeit" vom 31. Juli 1914 veröffentlichten Artikel von H. Wendel „Europa in Feuersgefahr". Auszüge aus dem Artikel mit Bemerkungen W. I. Lenins siehe im Lenin-Sammelband XIV, S. 46–49. *343*

394 Es handelt sich um die Artikel „Ultimatum", veröffentlicht im „Vorwärts" Nr. 200 vom 25. Juli 1914, „Verdächtige Tyrannentöter!", veröffentlicht in der 1. Beilage zu Nr. 174 der „Leipziger Volkszeitung" vom 31. Juli 1914, und „Der Kampf gegen den Zarismus", veröffentlicht im „Vorwärts" Nr. 209 vom 3. August 1914. *343*

395 Gemeint ist Richard Fischers Artikel „Vandalen", veröffentlicht in Nr. 206 des „Volksrecht" vom 5. September 1914. Auszüge W. I. Lenins aus diesem Artikel sind im Lenin-Sammelband XIV, S. 50–59, veröffentlicht. *343*

396 Zu Beginn des Krieges nahm ein Teil der in Paris lebenden Mitglieder des Komitees der Auslandsorganisation der SDAPR sowie ein Teil der Pariser Sektion der Bolschewiki – N. I. Saposhkow (Kusnezow), A. W. Britman (Antonow) u. a. – gemeinsam mit Menschewiki und Sozialrevolutionären im Namen „russischer Republikaner" eine Deklaration an, die sie in der französischen

Presse veröffentlichten, bevor sie an die Front gingen. In der „Humanité" wurde auch eine Erklärung polnischer sozialdemokratischer Freiwilliger veröffentlicht. *343*

[397] In Nr. 9 des „Golos" vom 22. September 1914 war eine von Leder, Kon u. a. unterzeichnete sozialchauvinistische Deklaration polnischer Sozialisten veröffentlicht worden. *344*

[398] *„Sowremennoje Slowo"* (Das Wort der Gegenwart) – Tageszeitung der Kadetten, die von 1907 bis 1918 in Petersburg erschien. Lenin verweist hier auf seine Auszüge aus einer in Nr. 2374 des „Sowremennoje Slowo" vom 23. August (5. September) 1914 veröffentlichten Notiz „G. W. Plechanow über den Krieg". (Siehe Lenin-Sammelband XIV, S. 114/115, russ.) *344*

[399] Gemeint ist ein in Nr. 3 des „Golos" vom 15. September 1914 in der Rubrik „Presserundschau" abgedruckter Auszug aus dem in Nr. 3802 der „Humanité" vom 14. September 1914 veröffentlichten sozialchauvinistischen Artikel von H. Ghesquière „Notre devoir" (Unsere Pflicht). In diesem Artikel wurde die sozialchauvinistische Politik der Führung der französischen Sozialistischen Partei im imperialistischen Krieg und ihr Verzicht auf den Klassenkampf gerechtfertigt und erklärt, daß die französischen Sozialisten ihre sozialistische Pflicht erfüllen werden, wenn der Krieg beendet ist. Zusammen mit dem Auszug hatte der „Golos" eine Notiz der Redaktion gebracht, in der betont wurde, daß der „Vorwärts" und G. W. Plechanow denselben Standpunkt vertreten. *344*

[400] W. I. Lenin meint den Artikel J. Smirnows (Gurewitschs) „Der Krieg und die europäische Demokratie" in Nr. 202 der „Russkije Wedomosti" vom 3. (16.) September 1914 sowie einen Brief P. Maslows an die Redaktion dieser Zeitung, der unter der Überschrift „Der Krieg und die Handelsverträge" in Nr. 207 vom 10. (23.) September 1914 erschienen war. *344*

[401] Es handelt sich um den Leitartikel E. Vaillants „Formalistes doctrinaires" (Formalistische Doktrinäre) in Nr. 3827 der „Humanité" vom 9. Oktober 1914, in dem Vaillant, der bei Kriegsausbruch auf eine sozialchauvinistische Position übergegangen war, zugeben mußte, daß er Briefe von französischen Sozialisten erhält, die gegen die Politik der Führer der französischen Sozialistischen Partei protestieren. Auszüge aus dem Artikel Vaillants siehe im Lenin-Sammelband XIV, S. 96/97, russ. *344*

[402] Gemeint ist ein Artikel von Compère-Morel in Nr. 3788 der „Humanité" vom 31. August 1914. Auszüge W. I. Lenins aus diesem Artikel siehe im Lenin-Sammelband XIV, S. 66/67, russ. *344*

[403] Gemeint sind Artikel von G. Hervé, in denen er das Bündnis des republikanischen Frankreichs mit dem zaristischen Rußland verteidigte und behauptete, daß Frankreich im Kriege das Bündnis mit dem Zaren brauche und daß der

Zarismus mit Hilfe des demokratischen Englands und des demokratischen Italiens besser würde. *344*

404 H. M. Hyndman hatte schon vor dem Kriege den Imperialismus offen verteidigt und war von der deutschen Sozialdemokratie und ihrem Organ „Die Neue Zeit" scharf kritisiert worden. *344*

405 Es handelt sich um die sozialchauvinistische Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Hugo Haase am 4. August 1914 anläßlich der Abstimmung über die Kriegskredite im Deutschen Reichstag verlesen hatte. *344*

406 Es handelt sich um den in Nr. 232 des „Vorwärts" vom 26. August 1914 veröffentlichten Artikel von Eduard Bernstein „Abrechnung mit Rußland". In diesem Artikel hatte Bernstein versucht, mit willkürlich herausgegriffenen Zitaten aus Friedrich Engels' Arbeit „Savoyen, Nizza und der Rhein", in denen Engels auf die Gefahr der Allianz Frankreichs und Rußlands hinweist, die opportunistische Politik der Führung der deutschen Sozialdemokratie im imperialistischen Krieg zu rechtfertigen. Auszüge W. I. Lenins aus Engels' Arbeit siehe im Lenin-Sammelband XIV, S. 40–45. *344*

407 Gemeint ist Friedrich Engels' Artikel „Der Sozialismus in Deutschland", veröffentlicht in Nr. 19 der „Neuen Zeit", Jg. X, 1891/1892, Bd. I, S. 580–589, den die deutschen Sozialchauvinisten zur Rechtfertigung ihrer opportunistischen Position im imperialistischen Krieg auszunutzen suchten. *345*

408 Gemeint ist der unter der Überschrift „Ein Protest" in Nr. 214 der „Bremer Bürger-Zeitung" vom 14. September 1914 veröffentlichte Artikel Franz Mehrings, der die Versuche der deutschen Sozialchauvinisten entlarvte, ihre opportunistische Politik in der Periode des imperialistischen Krieges durch Hinweise auf Friedrich Engels zu rechtfertigen.

„Bremer Bürger-Zeitung" – Tageszeitung, Bremer Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; erschien von 1890 bis 1919. Bis 1916 stand sie unter dem Einfluß der Bremer Linken, später ging sie in die Hände der Sozialchauvinisten über. *345*

409 In Nr. 211 des „Hamburger Echo" vom 10. September 1914 war der Leitartikel „Eine notwendige Erklärung" veröffentlicht, in dem Friedrich Engels' Artikel „Der Sozialismus in Deutschland" entstellt wurde, um die sozialchauvinistische Position der Führung der deutschen Sozialdemokratie zu rechtfertigen. Auszüge W. I. Lenins aus dieser Zeitung siehe im Lenin-Sammelband XIV, S. 66/67, russ.

In der Bezirksbeilage für Norden-Osten zu Nr. 249 des „Vorwärts" vom 12. September 1914 war der Artikel „Die Auffassung der italienischen Sozialisten" veröffentlicht.

„Hamburger Echo" – Tageszeitung, Hamburger Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. *345*

410 Es handelt sich um Richard Fischers Artikel „Vandalen" in Nr. 206 des „Volksrecht" vom 5. September 1914 sowie den „Brief eines deutschen Sozialisten", der eine Antwort auf diesen Artikel darstellt. Der Brief sollte offenbar in der „Berner Tagwacht" veröffentlicht werden. Auszüge W. I. Lenins aus dem Brief mit dem Vermerk am Rande „((Seite 1–7)) (mit Schreibmaschine an die Redaktion der ‚Berner Tagwacht')" siehe im Lenin-Sammelband XIV, S. 60–63, russ. Der Brief ist jedoch in dieser Zeitung nicht erschienen. Auszüge daraus wurden in dem Leitartikel „Die Sozialdemokratie und der Krieg" in den Nummern 213 und 214 des „Grütlianer" vom 13. und 14. September 1914 veröffentlicht. *345*

411 W. I. Lenin zitiert aus Joseph Blochs Artikel „Der Krieg und die Sozialdemokratie" in „Sozialistische Monatshefte", 1914, 2. Band, 16. Heft vom 13. August 1914, S. 1025. *345*

412 In Nr. 12 des „Golos" vom 25. September 1914 war über einen Brief Karl Liebknechts vom 3. September 1914 an die Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung" berichtet worden, in dem Liebknecht darauf hinwies, daß der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Bewilligung der Kriegskredite nicht einstimmig gefaßt worden war. *345*

413 Gemeint ist Franz Mehrings Artikel „Ein Protest" in Nr. 214 der „Bremer Bürger-Zeitung" vom 14. September 1914 sowie der Artikel „Parteipflichten!" in Nr. 220 des Halleschen „Volksblatt" vom 19. September 1914, in denen erklärt wurde, daß nicht alle Sozialdemokraten den sozialchauvinistischen Standpunkt der Führung der deutschen Sozialdemokratie teilen, und in denen das Streben nach internationaler Solidarität betont wurde. *345*

414 Gemeint ist der Artikel „Die zertrümmerte Internationale" in Nr. 211 der „Bremer Bürger-Zeitung" vom 10. September 1914. Einen Auszug W. I. Lenins aus dieser Zeitung siehe im Lenin-Sammelband XIV, S. 82/83, russ. *345*

415 *„Volksrecht"* – Tageszeitung; offizielles Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Kantons Zürich; erscheint seit 1898 in Zürich. Im ersten Weltkrieg veröffentlichte die Zeitung Artikel der linken Zimmerwalder sowie u. a. Lenins Artikel „Zwölf kurze Thesen über H. Greulichs Verteidigung der Landesverteidigung", „Über die Aufgaben der SDAPR in der russischen Revolution", „Die Machenschaften der republikanischen Chauvinisten".

W. I. Lenin meint den Artikel „Zwei Internationalen", der in Nr. 211 des „Volksrecht" vom 11. September 1914 erschienen war. Auszüge W. I. Lenins aus diesem Artikel siehe im Lenin-Sammelband XIV, S. 58–61. *345*

416 Es handelt sich um den von der französischen und der belgischen Delegation

im Internationalen Sozialistischen Büro verfaßten und am 6. September 1914 in Nr. 3794 der „Humanité" veröffentlichten Aufruf an das deutsche Volk. Die belgischen und französischen Sozialisten klagten darin die deutsche Regierung wegen ihrer annexionistischen Bestrebungen und die deutschen Soldaten wegen der von ihnen in den besetzten Gebieten begangenen Greueltaten an. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands protestierte am 10. September im „Vorwärts" Nr. 247 gegen diesen Aufruf. In diesem Zusammenhang entspann sich zwischen den französischen und den deutschen Sozialchauvinisten eine Pressepolemik, in der sich beide Seiten bemühten, die Teilnahme der Regierung des eigenen Landes am Kriege zu rechtfertigen und die Schuld auf die Regierungen der anderen Länder abzuwälzen. *345*

417 Gemeint ist ein in Nr. 12 des „Golos" vom 25. September 1914 veröffentlichter Brief L. Martows an G. Hervé. *345*

418 Es handelt sich um eine Reise, die einer der Führer der SPD, der Sozialchauvinist Albert Südekum, im Auftrag des Parteivorstands nach Italien unternommen hatte. Der „Avanti!" veröffentlichte eine Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Südekum und den italienischen Sozialisten, die dann von verschiedenen sozialistischen Zeitungen übernommen wurde. In russischer Sprache erschien die Aufzeichnung 1914 in Nr. 7–8–9 der menschewistischen Zeitschrift „Nascha Sarja". *345*

419 Es handelt sich um die Beratung linker Sozialdemokraten, die auf Initiative W. I. Lenins während des Kopenhagener Sozialistenkongresses stattfand. In seinen vorbereitenden Materialien zu der Broschüre „Der europäische Krieg und der europäische Sozialismus" nennt Lenin als Teilnehmer der Beratung aus Frankreich Jules Guesde und Charles Rappoport, aus Belgien Louis de Brouckère, aus Deutschland Rosa Luxemburg und Emanuel Wurm, aus Polen Julian Marchlewski (Karski), aus Spanien P. Iglesias, aus Österreich Adolf Braun, aus Rußland W. I. Lenin, G. W. Plechanow u. a. (Siehe Lenin-Sammelband XIV, S. 22, russ.) *345*

420 *„Dänische Resolution"* nennt W. I. Lenin die Resolution „Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg", die zu Lenins Referat über die Stellung zum Krieg auf der Beratung der Bolschewiki in Bern am 6. September 1914 angenommen wurde. Diese Resolution ging unter der Bezeichnung „Thesen über den Krieg" in die Geschichte ein; sie war das erste Dokument, das die Stellung der bolschewistischen Partei und der internationalen revolutionären Sozialdemokratie zum imperialistischen Weltkrieg definierte.

Die Leninschen Thesen wurden eingehend erörtert und als Resolution der Beratung angenommen. Mit der Unterschrift „Eine Gruppe von Sozialdemokraten, Mitgliedern der SDAPR" wurden sie den anderen Auslandssektionen

der Bolschewiki zugeschickt. Aus konspirativen Gründen machte W. I. Lenin auf einer von N. K. Krupskaja angefertigten Kopie den Vermerk: „Kopie eines in Dänemark veröffentlichten Aufrufs." *346*

421 Der Unterstaatssekretär im britischen Unterrichtsministerium Ch. Ph. Trevelyan hatte in einem offenen Brief an seine Wähler erklärt, im imperialistischen Krieg stünden die Interessen der eigenen Nation über allem, und diese Interessen seien der Frieden. 346

422 In Nr. 254 der „Frankfurter Zeitung" vom 13. September 1914 war ein Artikel von Franz Oppenheimer „Neu-Rom und Neu-Karthago" erschienen. Auszüge W. I. Lenins aus diesem Artikel siehe im Lenin-Sammelband XIV, S. 84–87.

„Frankfurter Zeitung" – bürgerliche Tageszeitung, die 1856 als „Frankfurter Handelszeitung" in Frankfurt a. M. gegründet und in der Folge mehrmals umbenannt wurde. Von 1866 bis 1943 erschien sie unter dem Titel „Frankfurter Zeitung und Handelsblatt". 1958 gingen die Verlagsrechte an die 1949 als Organ des westdeutschen Monopolkapitals gegründete „Frankfurter Allgemeine Zeitung" über. *346*

423 *„Russkoje Snamja"* (Reußenfahne) – Zeitung der Schwarzhunderter, Organ des „Bundes des russischen Volkes"; erschien in Petersburg von November 1905 bis zum Jahre 1917.

Lenin meint den Leitartikel in Nr. 105 des „Russkoje Snamja" vom 30. August 1914, in dem von Proklamationen des Petersburger Komitees der SDAPR die Rede war. *346*

424 W. I. Lenin meint Karl Kautskys Artikel „Die Vorbereitung des Friedens", der auszugsweise in den Nummern 18 und 19 des „Golos" vom 2. und 3. Oktober 1914 abgedruckt war. *347*

425 Es handelt sich um die Notiz „W. C. Modell 70" in Nr. 227 des „Vorwärts" vom 21. August 1914. *347*

426 Offensichtlich sind hier die bei Krupp hergestellten 42-cm-Geschütze gemeint, die im Krieg 1914–1918 erstmals zum Einsatz kamen. *347*

427 Gemeint ist die extrem reaktionäre „Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung", die unter verschiedenen Namen von 1848 bis 1938 in Berlin erschien; Organ des preußischen Junkertums, in der Bismarck-Ära führendes Organ der Konservativen. *347*

428 W. I. Lenin meint die „Presserundschau" in Nr. 14 des „Golos" vom 27. September 1914, in der die Position der englischen Sozialisten beleuchtet und Auszüge aus Artikeln von Keir Hardie und MacDonald gebracht wurden. In einer Notiz hieß es, MacDonald „lege in der Einschätzung aller Folgen des jetzigen Krieges einen zu großen Pessimismus an den Tag". *347*

[429] Gemeint ist der Leitartikel „Schweigt, Eunuchen!" in Nr. 21 des „Golos" vom 6. Oktober 1914, in dem es hieß, daß sich die deutsche Sozialdemokratie kompromittieren würde, wenn sie angesichts der Bedrängung Deutschlands durch die russischen Truppen „die Losung der revolutionären Kommune" ausgäbe, daß sie sich dadurch von den breiten Massen isolieren würde. *348*

[430] Gemeint ist der im Geiste bürgerlichen Patriotismus verfaßte Aufruf „Von Schriftstellern, Malern und Schauspielern", der den vom zaristischen Rußland gegen Deutschland geführten Krieg rechtfertigte. Diesen Aufruf hatte neben anderen bekannten Schriftstellern und Künstlern auch Maxim Gorki unterzeichnet. Er wurde am 28. September (11. Oktober) 1914 in Nr. 223 des „Russkoje Slowo" und in anderen bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht. *348*

[431] *„Dswin"* (Die Glocke) – legale nationalistische Monatsschrift menschewistischer Richtung, erschien in ukrainischer Sprache von Januar 1913 bis Mitte 1914 in Kiew. Insgesamt kamen 18 Nummern heraus. Mit Beginn des imperialistischen Weltkrieges stellte die Zeitschrift ihr Erscheinen ein.

Der Autor des Artikels „Die Ukraine und der Krieg" war W. Lewinski. *349*

[432] *„Bund zur Befreiung der Ukraine"* – bürgerlich-nationalistische Organisation, die 1914 zu Beginn des imperialistischen Weltkriegs entstand. Mit der Zerschlagung des zaristischen Rußlands im Krieg rechnend, stellte sich der Bund als Aufgabe die Lostrennung der Ukraine von Rußland und die Bildung einer bürgerlich-gutsherrlichen ukrainischen Monarchie unter deutschem Protektorat. *350*

[433] Die Frage „Das ZO und die neue Zeitung" wurde auf der Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR in Bern (14.–19. Februar [27. Februar bis 4. März] 1915) gestellt, da einige Auslandsorganisationen der SDAPR (die Baugy-Gruppe, die Pariser Sektion) versucht hatten, neben dem Zentralorgan eigene lokale Zeitungen herauszugeben. Lenin hielt die Herausgabe solcher Zwergzeitungen unter den Bedingungen der Kriegszeit, angesichts des außerordentlichen Mangels an Mitteln und Publizisten sowie der Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Bolschewiki für unzweckmäßig. Punkt drei der Resolution wurde in der von Lenin vorgeschlagenen Fassung von der Konferenz angenommen. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 331, russ.) *350*

[434] Die *Internationale Sozialistische Frauenkonferenz* fand vom 26. bis 28. März 1915 in Bern statt. Sie wurde auf Anregung der Auslandsvertreterinnen der bolschewistischen Frauenorganisationen von Clara Zetkin, der Sekretärin des Internationalen Sozialistischen Frauenbüros, einberufen. An der Konferenz nahmen 25 Delegierte aus Deutschland, England, Frankreich, Holland, Italien,

Polen, Rußland und der Schweiz teil. Der russischen Delegation gehörten u. a. N. K. Krupskaja und I. F. Armand an.

In einem einstimmig angenommenen Manifest appellierte die Konferenz an die Frauen der kriegführenden Länder, sich zum Kampf um Frieden und Sozialismus zusammenzuschließen.

Die bolschewistischen Delegierten brachten den von W. I. Lenin verfaßten Resolutionsentwurf ein, in dem der Sozialchauvinismus konsequent verurteilt und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gefordert wurde. Dieser Entwurf wurde gegen die Stimmen der Bolschewiki und einiger polnischer Delegierter abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis nahm die Konferenz eine zentristisch beeinflußte Resolution an, die darauf verzichtete, den Sozialchauvinisten den schärfsten Kampf anzusagen.

Ungeachtet der Halbheiten ihrer Beschlüsse war die Frauenkonferenz ein bedeutender Versuch, die internationalen Verbindungen der revolutionären Sozialdemokraten wiederherzustellen und die proletarischen Frauen zum Klassenkampf gegen den Krieg zu mobilisieren. *351*

435 Die *erste Internationale Sozialistische Konferenz* fand vom 5. bis 8. September 1915 in Zimmerwald statt.

Auf der Konferenz waren 38 Delegierte aus 11 europäischen Ländern anwesend. Die Konferenz erörterte folgende Fragen: 1. Berichte der Vertreter aus den einzelnen Ländern; 2. gemeinsame Erklärung der deutschen und der französischen Delegation; 3. Vorschlag der Zimmerwalder Linken über die Annahme einer Prinzipienerklärung; 4. Annahme eines Manifests; 5. Wahl der Internationalen Sozialistischen Kommission; 6. Verabschiedung einer Sympathieerklärung für die Kriegsopfer und Verfolgten.

Lenin hatte bereits vor der Konferenz eine umfangreiche Arbeit geleistet, um die linken internationalistischen Kräfte auf einer revolutionären Plattform zu einigen. Auf einer Sonderberatung der linken Delegierten am Vorabend der Konferenz wurde die Zimmerwalder Linke gebildet, der Lenin und Sinowjew für die Bolschewiki, Borchardt (Deutschland), Radek für die Sozialdemokratie Polens und Litauens (Landesvorstand), Bersin für die lettische Sozialdemokratie, die linken Sozialisten Höglund und Nerman (Skandinavien) sowie Platten (Schweiz) angehörten.

Auch an der Arbeit der Konferenz hatte Lenin großen Anteil: Er trat viele Male in den Plenarsitzungen und in der Kommission für die Ausarbeitung des Manifests auf, verteidigte die revolutionären Kampfmethoden und forderte den Bruch mit dem Sozialchauvinismus. Auf der Konferenz wurde auch die Broschüre von W. I. Lenin und G. J. Sinowjew „Sozialismus und Krieg" in russischer und deutscher Sprache an die Delegierten verteilt.

Auf der Konferenz entbrannte ein scharfer Kampf zwischen der von Lenin geführten Zimmerwalder Linken und der zentristisch beeinflußten Mehrheit der Delegierten. Der Resolutionsentwurf der Linken sowie ihr Entwurf eines Manifests wurden nicht angenommen. Von der Kommission, der Lenin als einziger Linker angehörte, wurde ein Manifest ausgearbeitet, dem die Zimmerwalder Linken im Interesse der internationalen Aktionseinheit schließlich zustimmten, wobei sie in einer Erklärung ihren eigenen, konsequent revolutionären Standpunkt zum Ausdruck brachten.

Das wichtigste Resultat der Konferenz war die Bildung der Zimmerwalder Linken, die auch das Büro der Zimmerwalder Linken mit W. I. Lenin an der Spitze gründete. Sie leistete eine immense Arbeit, um die internationalistischen Kräfte in den Ländern Europas und Amerikas zu organisieren.

Eine andere Variante von Lenins „Resolutionsentwurf der Zimmerwalder Linken" sowie die Artikel „Ein erster Schritt" und „Die revolutionären Marxisten auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz vom 5.–8. September 1915", in denen Lenin eine Einschätzung der Zimmerwalder Konferenz gab, siehe Werke, Bd. 21, S. 348–351, 389–395 und 396–400.

Die Protokolle der Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, nach denen im vorliegenden Band die Ausführungen W. I. Lenins gebracht werden, erhielt das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU 1964 vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. Einige kurze Bemerkungen Lenins wurden in den Band nicht aufgenommen. 353

436 Vorliegendes Dokument sind die Thesen zu dem Referat über den Charakter des ersten Weltkriegs und über die Taktik der revolutionären Internationalisten, das Lenin am 4. September 1915, dem Vorabend der Eröffnung der Zimmerwalder Konferenz, auf einer Beratung linker sozialdemokratischer Delegierter hielt. Die Beratung nahm den Entwurf des Manifests und den Resolutionsentwurf, die die Linken auf der Zimmerwalder Konferenz einbringen wollten, an. 356

437 Lenin meint die Vorkonferenz zur Einberufung der Internationalen Sozialistischen Konferenz, die am 11. Juli 1915 in Bern stattgefunden hatte. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage der Zusammensetzung der bevorstehenden ersten Internationalen Sozialistischen Konferenz. Die zentristische Mehrheit beabsichtigte, Kautsky und andere Zentristen sowie solche offenen Sozialchauvinisten wie Troelstra und Branting zur Konferenz einzuladen. Der Vertreter des ZK der SDAPR schlug vor, zur nächsten Vorkonferenz Vertreter der linken Kräfte in der internationalen Arbeiterbewegung, die sich zu dieser Zeit in den meisten Ländern innerhalb der offiziellen Parteien herausgebildet hatten, einzuladen. Die Mehrheit der Konferenz lehnte jedoch diesen Vorschlag

ab. Es wurde beschlossen, eine zweite Vorkonferenz durchzuführen, auf der endgültige Entscheidungen bezüglich der Konferenz getroffen werden sollten. Eine zweite Vorkonferenz wurde jedoch nicht einberufen, sondern gleich die Zimmerwalder Konferenz. *356*

438 Bei der Erörterung des von Karl Radek im Namen der Zimmerwalder Linken eingebrachten Entwurfs des Manifests und des Resolutionsentwurfs traten Ledebour sowie Grimm gegen diese Dokumente auf und behaupteten, daß die von den Linken vorgeschlagenen Entwürfe, die konkrete Forderungen nach revolutionären Aktionen enthielten, dem Gegner die taktischen Maßnahmen der revolutionären Sozialdemokratie enthüllen. Sie waren der Meinung, daß diejenigen, die diese Dokumente unterzeichnen und propagieren, in den kriegführenden Ländern Repressalien ausgesetzt sein könnten. *359*

439 Es handelt sich um das *„Manifest der Kommunistischen Partei"*. Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 459–493. *359*

440 Gemeint sind die *Tribunisten*, Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Hollands, die sich um die Zeitung „De Tribune" (siehe Anm. 471) gruppierten. Die Führer der Tribunisten waren: D. Wijnkoop, H. Gorter, A. Pannekoek, H. Roland-Holst. Die Tribunisten bildeten den linken Flügel der holländischen Arbeiterbewegung und standen während des ersten Weltkriegs im wesentlichen auf den Positionen des Internationalismus.

1918 gründeten sie die Kommunistische Partei Hollands. *360*

441 Lenin meint den an die Internationale Sozialistische Konferenz in Zimmerwald gerichteten Brief Karl Liebknechts vom 2. September 1915. Liebknecht konnte an der Konferenz nicht teilnehmen, da er Anfang 1915 zur Armee eingezogen worden war. In seinem Brief vertrat er die Losung „Burgkrieg, nicht Burgfriede!" und rief zur internationalen Solidarität der Sozialisten aller kriegführenden Länder, zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und zum Bruch mit den Sozialchauvinisten auf. *360*

442 In seiner Rede hatte der Delegierte der Italienischen Sozialistischen Partei G. M. Serrati erklärt, daß die von den Linken eingebrachte Resolution über den Krieg und die Aufgaben der Sozialdemokratie entweder zu spät komme, da der Krieg bereits begonnen habe und es nicht möglich gewesen sei, seinen Ausbruch zu verhindern, oder zu früh, da die Bedingungen für die Revolution noch nicht vorhanden seien. *360*

443 Die *„Ergänzungen"* wurden nicht in den endgültigen Text der auf der Konferenz verlesenen Erklärung, in der die Zimmerwalder Linke ihre Zustimmung zum offiziellen Manifest begründete, aufgenommen. *361*

444 Das vorliegende Dokument ist offenbar der Anfang eines unvollendeten Artikels. *361*

[445] Das Referat *„Zwei Internationalen"* hielt W. I. Lenin am 17. Februar 1916 in Zürich. Das gleiche Referat mit der etwas veränderten Überschrift „Zwei Strömungen in der internationalen Arbeiterbewegung" hielt er zwischen dem 1. und 3. Juni in Lausanne und am 2. Juni in Genf.

Das Manuskript des Plans zu dem Referat, das sich im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befindet, widerspiegelt auch die Vorbereitung Lenins auf das zweite Referat in Lausanne und Genf. Nach der zweiten Internationalen Sozialistischen Konferenz in Kienthal hatte Lenin den Plan zu dem Referat auf Grund neuer Fakten ergänzt, einige Punkte gestrichen und ihre Numerierung geändert. Alle von Lenin an dem Plan vorgenommenen Änderungen wurden in Fußnoten kenntlich gemacht. *365*

[446] W. I. Lenin meint eine Korrespondenz von Henriette Roland-Holst in der Beilage zur „Berner Tagwacht" Nr. 18 vom 22. Januar 1916 über das Auftreten des Sekretärs des ISB Camille Huysmans auf dem außerordentlichen Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Hollands (8. und 9. Januar 1916). Huysmans hatte auch am 2. Februar in Rotterdam gesprochen. Gegen ihn war der linke Internationalist D. Wijnkoop aufgetreten und hatte erklärt, daß die Sozialisten Huysmans nicht mehr als Sekretär des ISB betrachten können, nachdem er für die Kriegskredite gestimmt hat.

Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befindet sich ein Ausschnitt aus der Beilage zur „Berner Tagwacht" Nr. 18 vom 22. Januar 1916 mit Bemerkungen W. I. Lenins. Einen Auszug aus der Rede Camille Huysmans' in Rotterdam machte W. I. Lenin aus der „Humanité" vom 9. Februar 1916. Siehe Lenin-Sammelband XVII, S. 258–263, russ.

„Berner Tagwacht" – Tageszeitung, Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, erscheint seit 1893 in Bern. Von 1909 bis 1918 wurde sie von Robert Grimm redigiert. Zu Beginn des ersten Weltkriegs wurden in der Zeitung Artikel von Karl Liebknecht, Franz Mehring und anderen linken Sozialdemokraten veröffentlicht. Ab 1917 begann sie offen die Sozialchauvinisten zu unterstützen. *364*

[447] Lenin meint einen redaktionellen Artikel in Nr. 43 des „Avanti!" vom 12. Februar 1916 „Intorno all'organizzazione socialista internazionale" (Um die internationale sozialistische Organisation). Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befinden sich Auszüge W. I. Lenins aus diesem Artikel mit seinen Bemerkungen.

„Avanti!" (Vorwärts!) – Tageszeitung, Zentralorgan der Italienischen Sozialistischen Partei; gegründet im Dezember 1896 in Rom. Während des ersten

Weltkriegs vertrat die Zeitung einen inkonsequent internationalistischen Standpunkt; sie brach nicht mit den Reformisten. *364*

448 Es handelt sich offenbar um Korrespondenzen aus Paris über den Parteitag der französischen Sozialistischen Partei (25.–29. Dezember 1915), die in der Zeitung „The Labour Leader" Nr. 52 vom 30. Dezember 1915 und in den Nummern 2 und 4 vom 13. und 27. Januar 1916 veröffentlicht waren.

„The Labour Leader" (Der Arbeiterführer) – Wochenzeitung, die seit 1889 herausgegeben wird; ab 1893 Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands. Ab 1922 erschien die Zeitung unter dem Namen „New Leader", seit 1946 erscheint sie unter dem Namen „Socialist Leader". *365*

449 *Labour Party (Arbeiterpartei)* – Vereinigung von Trade-Unions, sozialistischen Organisationen und Gruppen, die 1900 mit dem Ziel gegründet wurde, Arbeitervertreter in das Parlament zu bringen. Die Vereinigung nannte sich zunächst „Komitee für Arbeitervertretung" und nahm 1906 den Namen Labour Party an. Obwohl sie ursprünglich ihrer Zusammensetzung nach eine Arbeiterpartei darstellte (später traten ihr viele kleinbürgerliche Elemente bei), war sie ihrer Ideologie und Taktik nach eine opportunistische Organisation, und ihre Politik war die der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Während des ersten Weltkriegs bezogen die Führer der Labour Party eine sozialchauvinistische Position und beteiligten sich an der Regierung. Mit ihrer aktiven Unterstützung wurde eine Reihe von Gesetzen angenommen, die gegen die Arbeiter gerichtet waren (über die Militarisierung des Landes u. a.). *364*

450 *„Forward"* (Vorwärts) – Zeitung, die seit 1906 in Glasgow erscheint. In den Jahren des ersten Weltkriegs unterstützte sie die Politik der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

Die Behörden hatten die Zeitung verboten, weil sie einen Bericht über die sogenannten „Weihnachtsereignisse" des Jahres 1915 in Glasgow veröffentlicht hatte. Lloyd George, damals Munitionsminister, war in Glasgow von den Arbeitern ausgepfiffen worden. Dann hatten die Arbeiter im Stadtzentrum eine eindrucksvolle Demonstration gegen den Krieg und gegen die Regierung organisiert.

Als Antwort auf das Verbot der Zeitung drohten die Arbeiter mit Streik. Daraufhin wurde das Verbot aufgehoben. *365*

451 *Merthyr* (Merthyr Tydfil) – Stadt in Südwales. Lenin meint offenbar die dortigen Ergänzungswahlen, bei denen der Vertreter der Britischen Sozialistischen Partei die Stimmen der Liberalen und Konservativen gegen den Kandidaten der Unabhängigen Arbeiterpartei organisiert hatte. In Nr. 46 der Zeitung „The Labour Leader" vom 18. November 1915 war eine Korrespondenz über den Wahlkampf in Merthyr erschienen. *365*

[452] Gemeint ist wahrscheinlich die Zeitung „The Socialist" – offizielles Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Englands, erschien in den Jahren 1904, 1909/1910, 1916 und 1918–1923 in Glasgow. *365*

[453] *„Nasche Slowo"* (Unser Wort) – menschewistische Tageszeitung; erschien in Paris von Januar 1915 bis September 1916 unter engster Mitarbeit Trotzkis. Sie löste die Zeitung „Golos" ab. *365*

[454] Gemeint ist wahrscheinlich der Aufruf „Die Internationalen in Österreich an die Internationalen aller Länder!", der am 3. und 4. Dezember 1915 in den Beilagen zu Nr. 283 und Nr. 284 der „Berner Tagwacht" veröffentlicht war. *367*

[455] Lenin meint mehrere Artikel des revolutionären amerikanischen Arbeiterführers Eugene Debs, die in den Nummern 1030, 1032, 1045 und 1047 der Zeitung „Appeal to Reason" (siehe Anm. 476) vom 28. August, 11. September, 11. und 25. Dezember 1915 veröffentlicht waren.

Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befinden sich Ausschnitte aus der Zeitung „Appeal to Reason" mit Bemerkungen W. I. Lenins. *367*

[456] *„Nasche Delo"* (Unsere Sache) – Monatsschrift der menschewistischen Liquidatoren, die ab Januar 1915 an Stelle der im Oktober 1914 verbotenen Zeitschrift „Nascha Sarja" in Petrograd erschien. „Nasche Delo" war das Hauptorgan der Sozialchauvinisten in Rußland. An der Zeitschrift arbeiteten J. Majewski, P. P. Maslow, A. N. Potressow, N. Tscherewanin u. a. mit. Es kamen insgesamt 6 Nummern heraus. *366*

[457] *„Nasch Golos"* (Unsere Stimme) – legale menschewistische Zeitung; erschien 1915 und 1916 in Samara; sie nahm eine sozialchauvinistische Haltung ein. *366*

[458] *„Rabotscheje Utro"* (Der Arbeitermorgen) – legale menschewistische Zeitung, die von Oktober bis Dezember 1915 in Petrograd erschien. „Rabotscheje Utro" war der Nachfolger der im August 1915 herausgegebenen Zeitung „Utro" (Der Morgen). Sie bemäntelte Sozialchauvinismus und Vaterlandsverteidigung mit internationalistischen Phrasen. *366*

[459] *„Chwostowsche Arbeiterpartei"* – nach A. N. Chwostow, 1915/1916 Innenminister und Gendarmeriechef. Im Manuskript schrieb Lenin „Stolypinsche" über das Wort „Chwostowsche". *367*

[460] Unter dem Titel *„Europa und die Revolution"* war in Nr. 35 des „Volksrecht" vom 11. Februar 1916 eine Notiz der Redaktion zu einem in der Luzerner chauvinistischen Zeitung „Vaterland" mit der Unterschrift I. S. veröffentlichten Artikel erschienen, wo es hieß, daß die Fortsetzung des Krieges eine Revolution auslösen könne, was „für Thron und Altar" gefährlicher sei als der Krieg.

Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befindet sich ein Auszug Lenins aus dem „Volksrecht" mit seinen Bemerkungen. *367*

461 Lenin vergleicht hier die Abstimmung über die Kriegskredite in der Reichstagssitzung am 20. März 1915, bei der nur Karl Liebknecht und Otto Rühle gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hatten, mit der Abstimmung am 21. Dezember 1915, bei der außer Karl Liebknecht und Otto Rühle auch 18 zentristische Abgeordnete gegen die Kredite stimmten.

Mit der Inkonsequenz der 20 meint Lenin die Erklärung, die Friedrich Geyer im Namen der sozialdemokratischen Abgeordneten abgab, die am 21. Dezember gegen die Kriegskredite gestimmt hatten. Die Erklärung enthielt keine prinzipielle Kampfansage gegen den imperialistischen Krieg, sondern begründete die Ablehnung der Kriegskredite lediglich mit dem Hinweis darauf, daß die deutschen Grenzen gesichert seien. Liebknecht verwahrte sich in einem Schreiben an die übrigen 19 Abgeordneten dagegen, daß diese Erklärung auch in seinem Namen abgegeben wurde. *366*

462 *„Lichtstrahlen"* – Monatsschrift, Organ der „Internationalen Sozialisten Deutschlands", herausgegeben unter der Redaktion von Julian Borchardt. Die Zeitschrift erschien unregelmäßig von 1913 bis 1921 in Berlin. *368*

463 In Nr. 11 des „Vorwärts" vom 12. Januar 1916 war eine Erklärung Otto Rühles „Zur Parteispaltung" erschienen, in der es hieß, daß die Spaltung in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unvermeidlich sei. Die Redaktion des „Vorwärts" schrieb zu dieser Erklärung Rühles, daß sie sich für verpflichtet gehalten habe, sie im vollen Wortlaut wiederzugeben, obwohl sie die aufgeworfene Streitfrage nicht nur für verfrüht, sondern sogar für völlig gegenstandslos hält. *368*

464 Gemeint ist die Maidemonstration und der Streik der Braunschweiger Arbeiterjugend Anfang Mai 1916 gegen den Sparzwangerlaß der Militärbehörden, demzufolge den jungen Arbeitern ein beträchtlicher Teil ihres Lohns vorenthalten werden sollte. An der Demonstration und an dem Streik nahmen mehr als 1500 Personen teil. Am 5. Mai waren die Militärbehörden gezwungen, den Erlaß zurückzuziehen. *369*

465 Lenin meint den von Louise Saumoneau unterzeichneten Appell des französischen Aktionskomitees der sozialistischen Frauen „An die Frauen des Proletariats", der zum Kampf für den Frieden, gegen den Chauvinismus aufrief. Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befindet sich ein Exemplar dieses Appells mit Bemerkungen Lenins. *369*

466 *„The New Statesman"* (Der neue Staatsmann) – 1913 in London gegründete Wochenschrift der Gesellschaft der Fabier; seit 1931 erscheint die Zeitschrift

unter dem Namen „The New Statesman and Nation". Gegenwärtig vertritt sie die Anschauungen des linken Flügels der Labour Party. *368*

467 Wahrscheinlich meint Lenin hier die Billigung des Zimmerwalder Manifests durch das Exekutivkomitee der Britischen Sozialistischen Partei. Ende 1915 hatte das Exekutivkomitee der BSP beschlossen, die örtlichen Organisationen über den Anschluß an Zimmerwald zu befragen. Die überwiegende Mehrheit der Grundorganisationen sprach sich für den Anschluß aus. In Nr. 3 des Bulletins der ISK vom 29. Februar 1916 war ein Bericht über diese Umfrage veröffentlicht. *368*

468 H. Hyndman und seine Anhänger hatten die Jahreskonferenz der Britischen Sozialistischen Partei verlassen, die am 23. und 24. April 1916 in Salford stattfand. Auf der Konferenz wurde der Bruch der BSP mit den Sozialchauvinisten vollzogen. Die Konferenz nahm mehrere Antikriegsresolutionen allgemein-demokratischen Charakters an, ferner eine Resolution, in der dazu aufgerufen wurde, den ganzen Einfluß der Partei geltend zu machen, um den Krieg zu beenden. Mit überwältigender Mehrheit wurde auf der Konferenz eine Resolution angenommen, in der zum Ausdruck kam, daß die Sozialisten nur den Klassenkrieg anerkennen.

Hyndman gründete Anfang Juni 1916 die „Nationale Sozialistische Partei", die 1918 in Sozialdemokratische Föderation umbenannt wurde. *369*

469 Lenin meint eine Rede von C. Treves in der italienischen Abgeordnetenkammer am 2. Dezember 1915. Ein Bericht über die Rede war in Nr. 335 des „Avanti!" vom 3. Dezember 1915 veröffentlicht. *368*

470 *„Engherzige"* („Tesnjaki") – revolutionäre Strömung in der Sozialdemokratischen Partei Bulgariens, die sich 1903 zur selbständigen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens formierte. Begründer und Führer der „Tesnjaki" war D. Blagojeff; später traten seine Schüler, G. Dimitroff, W. Kolaroff u. a., an ihre Spitze. In den Jahren 1914–1918 kämpften die „Tesnjaki" gegen den imperialistischen Krieg. 1919 traten sie der Kommunistischen Internationale bei und gründeten die Kommunistische Partei Bulgariens. *368*

471 *„De Tribune"* – Zeitung, die 1907 vom linken Flügel der holländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegründet wurde. 1909 wurden die Linken aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ausgeschlossen und gründeten die Sozialdemokratische Partei Hollands; damit wurde „De Tribune" zum Organ der neuen Partei. Ab 1918 Organ der Kommunistischen Partei Hollands. *368*

472 Lenin meint offenbar die Notizen von E. Pernerstorfer „Rußland und wir" und „Nochmals Rußland und wir", veröffentlicht in Nr. 13 und Nr. 20 der „Neuen Zeit" vom 24. Dezember 1915 und 11. Februar 1916. Diese Notizen beziehen

sich auf eine mit Sp. unterzeichnete Besprechung der Schrift „Rußland und wir" von P. Rohrbach. *370*

[473] Es handelt sich um den Artikel „Die Stellung der Sozialdemokraten Australiens zum Krieg", der mit der Unterschrift I. K. am 8. Februar 1916 in der Beilage zu Nr. 32 und am 10. Februar 1916 in Nr. 34 der „Berner Tagwacht" veröffentlicht war. *370*

[474] *„IK", „Internationale Korrespondenz"* – Wochenschrift der deutschen Sozialchauvinisten für internationale Politik und Arbeiterbewegung; erschien von Ende September 1914 bis 1. Oktober 1918 in Berlin. Es handelt sich wahrscheinlich um den Artikel „Hughes und die australischen Gewerkschaften", der in der „Internationalen Korrespondenz" Nr. 15 vom 23. Mai 1916 veröffentlicht war. Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befindet sich diese Nummer der Zeitschrift mit Bemerkungen Lenins zu dem Artikel von Hughes. *370*

[475] Gemeint ist Karl Kautskys Artikel „Gefährliche Reformisten" in Nr. 27 der von Rudolf Breitscheid herausgegebenen Korrespondenz „Sozialistische Auslandspolitik" vom 10. November 1915. *370*

[476] *„Appeal to Reason"* (Appell an die Vernunft) – Zeitung amerikanischer Sozialisten; wurde im Jahre 1895 in der Stadt Girard, Staat Kansas (USA) gegründet. Sie erfreute sich großer Beliebtheit unter den Arbeitern. An der Zeitung arbeitete der amerikanische Sozialist E. Debs mit.

Während des ersten Weltkriegs verfocht die Zeitung den Standpunkt der Internationalisten. *370*

[477] Die Zeitschrift *„Kommunist"* wurde von W. I. Lenin organisiert und von der Redaktion des „Sozial-Demokrat" zusammen mit G. L. Pjatakow und J. B. Bosch, die sie auch finanzierten, herausgegeben. Zur Redaktion der Zeitschrift gehörte auch N. I. Bucharin. Es erschien nur eine Doppelnummer (September 1915), die drei Artikel von W. I. Lenin enthielt: „Der Zusammenbruch der II. Internationale", „Die ehrliche Stimme eines französischen Sozialisten" und „Imperialismus und Sozialismus in Italien". (Siehe Werke, Bd. 21, S. 197–256, 352–360 und 361–371.)

Lenin beabsichtigte, den „Kommunist" zu einem internationalen Organ der linken Sozialdemokraten zu machen. Doch bald traten ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen der Redaktion des „Sozial-Demokrat" und Bucharin, Pjatakow und Bosch zutage, die sich nach Erscheinen von Nr. 1/2 zuspitzten und zur Einstellung der Zeitschrift führten. *373*

[478] Der folgende Text ist ein an G. J. Sinowjew gerichteter Zusatz zu dem „Beschlußentwurf des ZK der SDAPR über die Einstellung der Zeitschrift ‚Kommunist' ". *374*

[479] Der *„Sbornik ‚Sozial-Demokrata'"* (Sammelband des „Sozial-Demokrat") wurde von W. I. Lenin gegründet und von der Redaktion des „Sozial-Demokrat" in Genf herausgegeben. Insgesamt erschienen 2 Nummern: Nr. 1 im Oktober und Nr. 2 im Dezember 1916. Es wurde Material für den Sammelband Nr. 3 vorbereitet. Da es jedoch an Mitteln fehlte, konnte dieser Sammelband nicht herausgegeben werden. *375*

[480] *„Japaner"* wurden G. L. Pjatakow und J. B. Bosch genannt, die aus Rußland über Japan nach der Schweiz emigriert waren. *375*

[481] Die *zweite Internationale Sozialistische Konferenz* tagte vom 24. bis 30. April 1916 in Kienthal (Schweiz). Auf der Konferenz waren 43 Delegierte aus 10 Ländern anwesend.

Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren: Kampf für die Beendigung des Krieges; Stellung des Proletariats zum Frieden, zur parlamentarischen Tätigkeit und zum Massenkampf; Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros.

Infolge der von Lenin und den Bolschewiki vor der Konferenz geleisteten Arbeit war der linke Flügel auf dieser Konferenz stärker als in Zimmerwald. So zählte die Zimmerwalder Linke auf der Kienthaler Konferenz 12 Delegierte, und in einigen Fragen vereinigte sie fast die Hälfte der Stimmen auf sich, darunter auch die der „Spartakusgruppe". Das brachte das veränderte Kräfteverhältnis in der internationalen Arbeiterbewegung zugunsten des Internationalismus zum Ausdruck. Während der Konferenz führte Lenin eine Reihe von Beratungen der Linken durch, auf denen die „Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz" erörtert wurden.

Lenin nahm an der Arbeit der Konferenz aktiven Anteil: Er gehörte der Kommission an, die die Stellungnahme zur Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros ausarbeiten sollte, sprach einige Male auf der Konferenz, führte Gespräche mit den Delegierten und korrespondierte während der Sitzungen mit ihnen.

Obwohl die wichtigsten Losungen der Bolschewiki – Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, Eintreten für die Niederlage der „eigenen" Regierung und Organisierung der III. Internationale – wiederum nicht angenommen wurden, gelang es W. I. Lenin, die unter dem verstärkten Druck des Kampfwillens der Massen stehenden Zentristen zu bewegen, einer Resolution zuzustimmen, in der Kritik am Sozialpazifismus und am ISB geübt wurde. Der stärkere Einfluß der linken Kräfte äußerte sich auch im Manifest der Konferenz „An die Völker, die man zugrunde richtet und tötet". Darin wird die Eroberung der politischen Macht und die Abschaffung des kapitalisti-

schen Eigentums durch die arbeitenden Klassen als das einzig wirksame Mittel bezeichnet, Kriege künftig zu verhindern.

Lenin bezeichnete die Konferenz als einen Schritt vorwärts. Die Kienthaler Konferenz trug zur Herausschälung der internationalistischen Kräfte und zu ihrem Zusammenschluß auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus bei.

Die von W. I. Lenin verfaßten Dokumente „Entwurf eines Beschlusses über die Einberufung der zweiten Sozialistischen Konferenz", „Zur Konferenz am 24. April 1916. Delegations-Antrag" und die endgültige Fassung der „Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz" siehe Werke, Bd. 22, S. 120, 121 und 172–183. *376*

482 Die *Internationale Sozialistische Kommission* (ISK) zu Bern – das ausführende Organ der Zimmerwalder Vereinigung, gebildet auf der Zimmerwalder Konferenz (5.–8. September 1915). Der ISK gehörten R. Grimm, O. Morgari, Ch. Naine und als Übersetzerin A. I. Balabanowa an. Im offiziellen Bericht über die Konferenz, der in Nr. 1 des Bulletins der ISK vom 21. September 1915 veröffentlicht wurde, heißt es: „Dieses Sekretariat soll in keiner Weise das bisherige internationale Büro ersetzen, sondern aufgelöst werden, sobald dieses seiner Bestimmung gerecht zu werden vermag." In dem Exemplar, das im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU aufbewahrt wird, hat Lenin diese Stelle unterstrichen und in deutscher Sprache an den Rand geschrieben: „Kein Beschluß darüber." *376*

483 Die *Londoner Konferenz* der Sozialisten der „Tripelentente"-Länder fand am 14. Februar 1915 statt. An dieser Konferenz nahmen Vertreter der Sozialchauvinisten sowie der pazifistischen Gruppen Englands, Frankreichs, Belgiens und Rußlands teil, und zwar: der Unabhängigen Arbeiterpartei, der Britischen Sozialistischen Partei, der Labour Party, der Gesellschaft der Fabier, der französischen Sozialistischen Partei, des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT), der Belgischen Arbeiterpartei, der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen folgende Fragen: 1. Die Rechte der Nationen; 2. Die Kolonien; 3. Die Garantien für einen künftigen Frieden.

Obgleich die Bolschewiki nicht eingeladen waren, erschien M. M. Litwinow im Auftrag W. I. Lenins auf der Konferenz, um eine Deklaration des ZK der SDAPR zu verlesen, der ein von W. I. Lenin verfaßter Entwurf zugrunde lag. Die Deklaration forderte den Austritt der Sozialisten aus den bürgerlichen Regierungen, den völligen Bruch mit den Imperialisten, den Verzicht auf die Zusammenarbeit mit ihnen, einen entschiedenen Kampf gegen die eigenen imperialistischen Regierungen und eine Verurteilung der Bewilligung von

Kriegskrediten. Litwinow wurde während der Verlesung der Deklaration unterbrochen, man entzog ihm das Wort, und er verließ die Konferenz, nachdem er dem Präsidium den Text der Deklaration übergeben hatte. Siehe auch W. I. Lenins Artikel „Über die Londoner Konferenz" und „Aus Anlaß der Londoner Konferenz". (Werke, Bd. 21, S. 120–122 und 168–170.) *378*

484 Gemeint ist die Konferenz von sozialchauvinistischen Vertretern der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, Österreichs und Ungarns, die am 12. und 13. April 1915 in Wien stattfand. Diese Konferenz sollte eine Antwort auf die Londoner Konferenz sein. Ebenso wie die Londoner Konferenz billigte die Wiener Konferenz in der von ihr angenommenen Resolution die sozialchauvinistische Losung der „Vaterlandsverteidigung" im imperialistischen Krieg. *378*

485 *Possibilisten* – kleinbürgerliche, reformistische Strömung in der französischen sozialistischen Bewegung. Die Possibilisten wollten den Kampf der Arbeiter auf das im Rahmen des Kapitalismus „Mögliche" (possible – möglich) beschränken. *379*

486 Das *Rundschreiben der Internationalen Sozialistischen Kommission* – ein Appell der ISK „An alle angeschlossenen Parteien und Gruppen" – wurde auf der erweiterten Beratung der ISK in Bern (5.–9. Februar 1916) einstimmig angenommen. Die von Lenin geleitete Delegation des ZK der SDAPR gab auf dieser Beratung eine Erklärung ab, in der es hieß, daß sie in dem Appell einen Schritt vorwärts im Vergleich zu den Beschlüssen der ersten Internationalen Sozialistischen Konferenz in Zimmerwald erblicke, ihn jedoch nicht in allen Punkten als befriedigend ansehe. Das Rundschreiben wurde im Bulletin Nr. 3 der ISK vom 29. Februar 1916 und im „Sozial-Demokrat" Nr. 52 vom 25. März 1916 veröffentlicht. *382*

487 Am 27. und 28. April 1916 kam es auf der Kienthaler Konferenz zu einer scharfen Auseinandersetzung über die Stellung zur Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros. Der zentristische Teil der Konferenz brachte einige Resolutionsentwürfe ein, deren allgemeine Linie darin bestand, die Notwendigkeit der Einberufung des ISB anzuerkennen. Die von W. I. Lenin geführten Anhänger der Zimmerwalder Linken traten entschieden gegen die Einberufung des ISB und für einen endgültigen Bruch mit ihm auf. Unter dem Druck der Linken waren die rechten Delegierten gezwungen, den von einer Kommission ausgearbeiteten Entwurf einer Kompromißresolution zu unterstützen. Die Resolution kritisierte in scharfer Form das ISB, enthielt jedoch keinen Punkt über den unverzüglichen Bruch mit ihm und die Schaffung einer neuen Internationale. Sie räumte im Gegenteil den der Zimmerwalder Vereinigung angeschlossenen nationalen Sektionen das Recht ein, die Einberufung des ISB zu beantragen. *387*

[488] Gemeint ist die gemeinsame Konferenz italienischer und schweizerischer Sozialisten am 27. September 1914 in Lugano. Sie war die erste sozialistische Konferenz während des Krieges, die versuchte, die internationalen Verbindungen wiederherzustellen. *387*

[489] L. Martow hatte vorgeschlagen, die Resolutionsentwürfe über die Einberufung des ISB an die Kommission zur Ausarbeitung einer Kompromißresolution weiterzuleiten. *388*

[490] Das vorliegende Dokument schrieb W. I. Lenin auf ein besonderes Blatt; es ist offenbar eine Variante der entsprechenden Stelle in dem Artikel „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung". (Siehe Werke, Bd. 22, S. 356.) *388*

[491] Den *Plan für einen Artikel „Zur Rolle des Staates"* schrieb W. I. Lenin, als er an den Materialien über die Stellung des Marxismus zum Staat arbeitete. Aus verschiedenen Äußerungen Lenins von Ende 1916/Anfang 1917 geht hervor, daß er beabsichtigte, einen Artikel über die Stellung des Marxismus zum Staat zu schreiben. (Siehe Werke, Bd. 23, S. 166, und Bd. 35, S. 263.) Der Artikel wurde offenbar nicht geschrieben. Das Material, das Lenin dafür zusammengetragen hatte, bildet den Inhalt des Hefts „Marxismus und Staat" (5. russische Ausgabe der Werke, Bd. 33, S. 123–307; deutsche Einzelausgabe, Berlin 1960) und wurde von Lenin bei seiner Arbeit an „Staat und Revolution" benutzt. *389*

[492] Siehe Karl Marx, „Kritische Randglossen zu dem Artikel ‚Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen'" (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 1, S. 401). Lenins Quellenangabe bezieht sich auf das Buch „Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle". Hrsg. von Franz Mehring. Bd. II. Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels. Von Juli 1844 bis November 1847. Stuttgart 1902. *389*

[493] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 305–308. *389*

[494] Siehe Karl Marx, „Der politische Indifferentismus" (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 299–304). *390*

[495] Die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* (in den französischen und italienischen Kantonen Schweizerische Sozialistische Partei genannt) entstand in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts und gehörte der I. Internationale an. 1888 wurde sie neu gegründet. Großen Einfluß in der Partei hatten die Opportunisten, die während des ersten Weltkriegs eine sozialchauvinistische Position einnahmen. Im Herbst 1916 spalteten sich die Rechten von der Partei ab und bildeten eine eigene Organisation. Die Mehrheit der Partei mit Robert

Grimm an der Spitze nahm eine zentristische, sozialpazifistische Haltung ein. Der linke Flügel stand auf internationalistischen Positionen und verstärkte sich unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Im Dezember 1920 traten die Linken aus der Partei aus und gründeten 1921 die Kommunistische Partei der Schweiz (heute Partei der Arbeit). *390*

496 Es handelt sich um einen Artikel G. J. Sinowjews, der für die Zeitschrift „Kommunist" oder den „Sozial-Demokrat" bestimmt war. Der Artikel ist nicht in der Presse erschienen. *392*

497 *„Delo"* (Die Tat) – menschewistische Halbmonatsschrift, die von August 1916 bis Januar 1917 unter der Redaktion von A. N. Potressow, P. P. Maslow und L. I. Axelrod (Orthodox) in Moskau erschien. 1916 kamen 10 Nummern heraus (davon drei Doppelnummern) und 1917 eine Nummer. Die Zeitschrift nahm eine chauvinistische Haltung ein. *392*

498 W. I. Lenin meint Rudolf Hilferdings 1910 erschienenes Buch „Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus". *396*

499 W. I. Lenin meint folgende Arbeiten: Joseph Patouillet, „L'impérialisme américain" (Der amerikanische Imperialismus). Dijon 1904, und Rosa Luxemburg (Junius), „Die Krise der Sozialdemokratie". Zürich 1916. Auszüge W. I. Lenins aus diesen Arbeiten siehe Werke, Bd. 39, S. 194–200, 304–310. *396*

500 W. I. Lenin meint Paul Lenschs Artikel „Die Selbstbestimmungsflause" und „Sozialismus und Annexionen in der Vergangenheit", die in der Zeitschrift „Die Glocke" Nr. 8 von 1915 und Nr. 9 von 1916 veröffentlicht waren. Auszüge W. I. Lenins aus diesen Artikeln siehe im Lenin-Sammelband XXX, S. 118 bis 127. *396*

501 Lenin meint wahrscheinlich folgende Artikel Kautskys: 1. „Sozialdemokratische Anschauungen über den Krieg vor dem jetzigen Kriege" in der „Neuen Zeit" Nr. 13, 29. Dezember 1916; 2. „Neue sozialdemokratische Auffassungen vom Krieg" in der „Neuen Zeit" Nr. 14, 5. Januar 1917; 3. „Friedensbedingungen" in der „Leipziger Volkszeitung" Nr. 281 und Nr. 282, 15. und 16. Dezember 1916; 4. „Die Aufnahme des Friedensangebots" in der „Leipziger Volkszeitung" Nr. 286, 21. Dezember 1916; 5. „Der Heiland der Welt" in der „Leipziger Volkszeitung" Nr. 289, 24. Dezember 1916. *397*

502 Gemeint sind die *„Neuen Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels"*, veröffentlicht von Franz Mehring in der „Neuen Zeit", 1906/1907, 25. Jahrgang, 2. Band. *397*

503 Das vorliegende Dokument schrieb W. I. Lenin im Zusammenhang mit dem Artikel „Mehrheit und Minderheit in der Militärfrage" von Robert Grimm, der in den Nummern 19–23 der „Berner Tagwacht" vom 23. bis 27. Januar 1917 und in Heft 1 der Zeitschrift „Neues Leben" von Januar 1917 erschienen war.

Der Artikel verteidigte die zentristischen Positionen der Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. *399*

504 Der Artikel wurde nicht geschrieben. Zahlreiche in dem Plan enthaltene Gedanken entwickelte W. I. Lenin in seinen „Briefen aus der Ferne". (Siehe Werke, Bd. 23, S. 309–357.) *401*

505 Der *Entwurf zum fünften „Brief aus der Ferne"* ist der Revision des Parteiprogramms gewidmet. Mit diesem Thema wollte sich Lenin ursprünglich im vierten, dann im fünften Brief befassen, schrieb dann jedoch sowohl im vierten als auch in dem nicht vollendeten fünften Brief über andere Themen. (Siehe Werke, Bd. 23, S. 348–357.) Das Manuskript des im vorliegenden Band veröffentlichten Plans läßt erkennen, daß Lenin den Plan nachträglich durch neue Punkte ergänzte (2 bis, 5 bis und die Punkte, die mit dem Zeichen + versehen sind).

Dieser Plan bildete nach Lenins Rückkehr nach Rußland die Grundlage für seine Arbeit am Parteiprogramm. (Siehe Werke, Bd. 24, S. 459–464 und 467 bis 481.)

Die Bemerkung am Schluß des Dokuments (sie ist auf den Rand des Manuskripts geschrieben) war nach Aussage W. A. Karpinskis an diesen gerichtet. *403*

506 Siehe Friedrich Engels, „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891" (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 233–237). *403*

507 Es handelt sich um das Ende 1907 verfaßte Buch W. I. Lenins „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907". (Siehe Werke, Bd. 13, S. 213–437.) Das Buch war 1908 in Petersburg gedruckt, aber bereits in der Druckerei von der Polizei beschlagnahmt und vernichtet worden. Nur ein Exemplar blieb erhalten. Das Buch erschien dann 1917. *403*

508 *„Politiken"* – Zeitung der schwedischen linken Sozialdemokraten, die im Jahre 1917 die Linke Sozialdemokratische Partei Schwedens gründeten; erschien in Stockholm ab 27. April 1916. Ab November 1917 erschien sie unter dem Namen „Folkets Dagblad (Politiken)" (Volkstageblatt [Die Politik]). Redigiert wurde sie in den Jahren 1916–1918 von Ture Nerman, in den Jahren 1918/1919 von Fredrik Ström. An der Zeitung arbeiteten linke Zimmerwalder aus Deutschland, Rußland, Frankreich und anderen Ländern mit. *404*

509 *„Social-Demokraten"* (Der Sozialdemokrat) – Organ des rechten, sozialchauvinistischen Flügels der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, an dessen Spitze K. H. Branting stand. *405*

510 Das vorliegende *Kommuniqué* übergab W. I. Lenin nach der Ankunft in Stockholm am 31. März (13. April) 1917 der Redaktion der Zeitung „Politiken" und

über die Redaktion den Pressevertretern und der Öffentlichkeit. Die Zeitungen „Retsch" (Die Rede) und „Den" (Der Tag), die den Text des Kommuniqués durch die Petrograder Telegrafenagentur erhalten hatten, veröffentlichten ihn am 5. (18.) April, allerdings ohne den letzten Absatz, in dem die Reise der russischen Emigranten durch Deutschland von Vertretern der internationalen Sozialdemokratie gebilligt wurde. *405*

511 *„Natschalo"* (Der Anfang) – menschewistisch-trotzkistische Zeitung, die von September 1916 bis März 1917 an Stelle des „Nasche Slowo" in Paris erschien. Nach der Februarrevolution in Rußland erschien sie unter dem Namen „Nowaja Epocha" (Die neue Epoche). *406*

512 *„Demain"* (Morgen) – von Henri Guilbeaux gegründete Zeitschrift der französischen Internationalisten, die von Januar 1916 bis Oktober 1918 in Genf herausgegeben wurde. Die letzte Nummer, Nr. 31, erschien im September 1919 in Moskau als Organ der Moskauer Gruppe französischer Kommunisten. *406*

513 Gemeint ist Fernand Loriot. *406*

514 Die Beratung fand am Vormittag des 31. März (13. April) im Hotel „Regina" statt. Teilnehmer waren die russischen Emigranten, die durch Deutschland gereist waren, und die linken schwedischen Sozialdemokraten Carl Lindhagen, Fredrik Ström, Carl Carleson, Karl Kilbom und Ture Nerman. Den Vorsitz auf der Beratung führten der Stockholmer Bürgermeister Carl Lindhagen und W. I. Lenin. Lindhagen hielt eine Rede „Das Licht aus dem Osten". Lenin gab einen Bericht über die Reise. Es wurde ein Protokoll über die Umstände der Reise durch Deutschland verlesen, danach erklärten die schwedischen Sozialdemokraten ihre Bereitschaft, sich mit diesem Schritt der russischen Revolutionäre voll und ganz zu solidarisieren. Von den Schweden sprach auch Carl Carleson, der die Hoffnung zum Ausdruck brachte, daß die Revolution in Rußland in eine internationale Revolution hinüberwachsen möge. Zum Schluß grüßten die Schweden noch einmal begeistert die russischen Emigranten und den Organisator der Reise, Fritz Platten. *407*

515 Über die Stellung zur „Freiheitsanleihe" beriet die bolschewistische Fraktion des Sowjets am 10. und 11. (23. und 24.) April 1917. In der Fraktionssitzung wurde zuerst die Resolution einer von A. M. Kollontai geleiteten Kommission vorgelegt, in der die Unterstützung der Anleihe abgelehnt wurde, danach brachten W. I. Lenin und G. J. Sinowjew eine zweite Resolution ein, die die erste ergänzte. Beide Resolutionen wurden zu einer zusammengefaßt und am 11. (24.) April einstimmig angenommen. Ein Bericht über die Fraktionssitzung erschien in Nr. 31 der „Prawda" vom 13. (26.) April.

In der Plenarsitzung des Sowjets stimmten 2000 Deputierte für die Anleihe und 123 dagegen. *408*

516 Die *Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B)* wurde auf Beschluß des Petersburger Komitees vom 6. (19.) April einberufen und fand vom 14. bis 22. April (27. April bis 5. Mai) 1917 statt. An der Konferenz nahmen 57 Delegierte teil, darunter Delegierte der Finnischen, Estnischen, Lettischen, Polnischen und Litauischen Organisation, Vertreter der Militärorganisation und zwei Vertreter der „Zwischengruppe" (siehe Anm. 542). Auf der Tagesordnung der Konferenz standen folgende Fragen: die politische Lage; die Stellung zum Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten und die Frage seiner Reorganisierung; der Aufbau der Parteiorganisation; das Verhältnis zu den anderen Strömungen der Sozialdemokratie; die Kommunalwahlen; die Hetze gegen die „Prawda".

W. I. Lenin wurde zum Ehrenvorsitzenden der Konferenz gewählt, er hielt das grundlegende Referat über die politische Lage, gehörte der Kommission zur Ausarbeitung der Resolutionen „Über die Stellung zur Provisorischen Regierung" und „Über den Krieg" an und brachte folgende Resolutionen ein: „Über die Kommunalwahlen" und „Über die Stellung zu den Parteien der Sozialrevolutionäre, der Sozialdemokraten (Menschewiki), zur Partei der sogenannten ‚fraktionslosen' Sozialdemokraten und zu anderen verwandten politischen Strömungen".

Kamenews Versuch, in einer Rede und in Abänderungsvorschlägen zu Lenins Resolution über die Stellung zur Provisorischen Regierung die Forderung nach Kontrolle über die Provisorische Regierung zu verteidigen, wurde von Lenin als paktiererisch entlarvt. (Siehe Werke, Bd. 24, S. 138/139.)

Mit überwältigender Stimmenmehrheit nahm die Konferenz Lenins Resolution über die Stellung zur Provisorischen Regierung an, ferner den von Lenin verfaßten Aufruf „Gegen die Pogromhetzer. An die Arbeiter, die Soldaten und die gesamte Bevölkerung Petrograds".

Am 19. April (2. Mai) wurden die Sitzungen der Konferenz unterbrochen. Anlaß dazu war die Massenprotestbewegung gegen eine Note, mit der die Provisorische Regierung am 18. April (1. Mai) den Alliierten ihre Bereitschaft erklärt hatte, den imperialistischen Krieg fortzusetzen. Die Konferenz beschloß, die Arbeiter und Soldaten aufzurufen, sich geschlossen mit dem Grundgedanken der Resolution zu solidarisieren, mit der das ZK der SDAPR(B) am 20. April (3. Mai) zu der genannten Note der Provisorischen Regierung Stellung nahm. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, S. 172/173.)

Die Beschlüsse der Petrograder Stadtkonferenz zeugten davon, daß die Petrograder Bolschewiki geschlossen hinter Lenins „Aprilthesen" standen. Die Leninsche Taktik wurde von der größten Parteiorganisation, der Parteiorganisation der Hauptstadt, gebilligt. Die Resolutionen der Petrograder Stadtkonferenz bildeten im wesentlichen die Grundlage für die Resolutionen

der VII. Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz). (Siehe Werke, Bd. 24, S. 125–153 und 213–306.) *409*

517 *„Iswestija Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow"* (Nachrichten des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten) – Tageszeitung, die ab 28. Februar (13. März) 1917 erschien.

Nach der Bildung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten auf dem I. Gesamtrussischen Sowjetkongreß wurde die Zeitung zum Organ des ZEK und erschien ab 1.(14.) August (von Nr. 132 an) unter dem Namen „Iswestija Zentralnowo Ispolnitelnowo Komiteta i Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow" (Nachrichten des Zentralexekutivkomitees und des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten). Die politische Linie der Zeitung wurde von den Vertretern des sozialrevolutionär-menschewistischen Blocks, der mit der bürgerlichen Provisorischen Regierung paktierte und gegen revolutionäre Aktionen des Proletariats auftrat, bestimmt.

Nach dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß (25./26. Oktober [7./8. November] 1917) wurde die Redaktion der „Iswestija" abgelöst, und die Zeitung wurde zum offiziellen Organ der Sowjetmacht; in ihr erschienen die ersten wichtigen Dokumente der Sowjetregierung sowie Artikel und Reden W. I. Lenins. Im März 1918 wurde die Herausgabe der „Iswestija" nach Moskau verlegt.

Gegenwärtig sind die „Iswestija" Organ des Obersten Sowjets der UdSSR. *412*

518 Gemeint ist John Maclean, Führer der Britischen Sozialistischen Partei in Schottland, er gehörte dem linken Flügel der Partei an, Internationalist. *412*

519 Lenin hatte außer der Reihe ums Wort gebeten, um auf eine am 16. (29.) April in der Presse veröffentlichte Resolution der Exekutivkommission der Soldatensektion zu antworten. In dieser Resolution war die Propaganda der „sogenannten Leninisten" für „nicht minder schädlich als irgendeine konterrevolutionäre Propaganda von rechts" erklärt worden. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, S. 159.) Lenin wurde das Wort erteilt, aber während er sprach, wurde seine Redezeit auf Verlangen der menschewistisch-sozialrevolutionären Mehrheit der Sektion, trotz des Protestes der Minderheit, auf 30 Minuten begrenzt. Nach seiner Rede beantwortete Lenin Fragen aus der Versammlung und danach von Soldaten, die ihn beim Verlassen des Taurischen Palastes umringten.

Die Soldatensektion beschloß nach einer Entgegnung des Menschewiks Liber auf Lenins Rede, zur Tagesordnung überzugehen, ohne sich zum Wesen der Sache geäußert zu haben.

Lenins Rede wurde entstellt in der „Retsch" und im „Jedinstwo" wiederge-

geben. Im vorliegenden Band wird sie nach der protokollarischen Niederschrift veröffentlicht, die sich im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU befindet. *413*

520 Es handelt sich um die Abkommandierung von Truppen der Petrograder Garnison an die Front, wogegen die Arbeiter und Soldaten protestierten, da die Provisorische Regierung mit dieser Maßnahme die Kräfte der revolutionären Bevölkerung der Hauptstadt schwächte und die Bedingung verletzte, die das Exekutivkomitee bei der Bildung der Provisorischen Regierung in der Nacht zum 2. (15.) März gestellt hatte, nämlich, keine Truppenteile, die am Sturz der Selbstherrschaft teilgenommen hatten, aus Petrograd abzuziehen. *415*

521 Lenin meint die Arbeit „Sozialismus und Krieg". (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 295–341.) *416*

522 *„Russkaja Wolja"* (Russischer Wille) – bürgerliche Tageszeitung, die vom zaristischen Innenminister A. D. Protopopow gegründet und von den Großbanken finanziert wurde; sie erschien ab Dezember 1916 in Petrograd. Nach der Februarrevolution führte sie eine Verleumdungskampagne gegen die Bolschewiki. Lenin nannte sie „eine der niederträchtigsten bürgerlichen Zeitungen" (Werke, Bd. 25, S. 306). Am 25. Oktober (7. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee verboten. *417*

523 Die *Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz)* fand auf Beschluß des ZK der SDAPR(B) vom 24. bis 29. April (7. bis 12. Mai) 1917 in Petrograd statt. Es war die erste legale Konferenz der bolschewistischen Partei. An der Konferenz nahmen 133 Delegierte mit beschließender und 18 mit beratender Stimme teil, die etwa 80 000 Mitglieder von 78 großen Parteiorganisationen vertraten (darunter die Parteiorganisationen Petrograds und Umgebung, Moskaus und des Moskauer Gebiets, des Zentralen Industriegebiets, des Urals, des Donezbeckens, des Wolgagebiets und des Kaukasus), sowie Vertreter der Militärorganisationen der Front und des Hinterlandes und die nationalen Organisationen Lettlands, Litauens, Polens, Finnlands und Estlands. Die Konferenz hatte, was die Vollständigkeit der Vertretung und die von ihr bewältigten Aufgaben betrifft, die Bedeutung eines Parteitags: Sie erarbeitete den politischen Kurs für die Partei und bildete die leitenden Parteiorgane.

Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen: die politische Lage (der Krieg und die Provisorische Regierung u. a.), die Friedenskonferenz, die Stellung zu den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die Revision des Parteiprogramms, die Lage in der Internationale und die Aufgaben der Partei, die Vereinigung der sozialdemokratischen internationalistischen Organisationen, die Agrarfrage, die nationale Frage, die Konstituierende Versammlung, die Organisationsfrage, Berichte der Gebietsorganisationen, Wahl des Zentralkomitees.

Lenin eröffnete die Konferenz mit einer kurzen Begrüßungsansprache. Er wurde ins Präsidium gewählt und leitete die Arbeit der Konferenz.

Die Konferenz entlarvte und verwarf die rechtsopportunistische Linie L. B. Kamenews, der ein Korreferat über die politische Lage gehalten hatte. L. B. Kamenew und A. I. Rykow versuchten, dem Leninschen Kurs auf die sozialistische Revolution eine opportunistische Einschätzung der Februarrevolution und der Perspektive ihrer Entwicklung entgegenzustellen. Kamenew leugnete die Möglichkeit und die Notwendigkeit des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische und schlug vor, sich auf eine Kontrolle der bürgerlichen Provisorischen Regierung durch die menschewistisch-sozialrevolutionären Sowjets zu beschränken. Die Konferenz lehnte die kapitulantenhafte Position Kamenews und seiner wenigen Anhänger, die die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in Rußland leugneten, ab.

In seinem Referat über die Revision des Parteiprogramms zeigte W. I. Lenin die Richtung, in der die von der Konferenz gebildete Programmkommission das Programm von 1903 umarbeiten sollte.

Bei der Erörterung der nationalen Frage trat G. L. Pjatakow gegen die Leninsche Losung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung und Bildung selbständiger Staaten auf. Lenin verteidigte seine Resolution zur nationalen Frage und wies nach, daß nur die Anerkennung dieses Rechts die volle Solidarität der Arbeiter und aller Werktätigen der verschiedenen Nationen sichert. Die Frage des Rechts auf Lostrennung dürfe jedoch nicht verwechselt werden mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung. Diese Frage müsse die Partei in jedem einzelnen Fall vom Standpunkt der Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes des Proletariats lösen. (Siehe Werke, Bd. 24, S. 295/296.)

Lenins These über den Bruch mit der Zimmerwalder zentristischen Mehrheit und über die Schaffung einer III., der Kommunistischen Internationale stieß auf den Widerstand G. J. Sinowjews. Hier beging die Konferenz einen Fehler, indem sie für die Teilnahme der Bolschewiki an der III. Zimmerwalder Konferenz stimmte. Lenin war mit diesem Beschluß nicht einverstanden. Er erklärte sich äußerstenfalls mit der Teilnahme der Bolschewiki an der Konferenz zu Informationszwecken einverstanden. Der Fehler der Konferenz wurde bald durch die Praxis korrigiert. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, S. 385; Bd. 26, S. 208–210.)

Die Konferenz wählte das ZK der Partei mit W. I. Lenin an der Spitze.

Die historische Bedeutung der VII. Parteikonferenz besteht darin, daß sie das Leninsche Programm des Übergangs zur zweiten Etappe der Revolution in Rußland annahm, den Kampfplan für das Hinüberwachsen der bürgerlich-

demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution umriß und die Forderung des Übergangs der ganzen Macht an die Sowjets erhob. *419*

524 Die Frage der Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz der kriegführenden und der neutralen Länder wurde im April 1917 wiederholt vom Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets beraten, wobei das Exekutivkomitee vorschlug, die Initiative für die Einberufung der Konferenz zu ergreifen. In der zweiten Aprilhälfte war der dänische Sozialdemokrat Borgbjerg, der mit den Sozialchauvinisten Deutschlands in Verbindung stand, nach Petrograd gekommen und hatte den sozialistischen Parteien Rußlands im Namen des Vereinigten Komitees der Arbeiterparteien Dänemarks, Norwegens und Schwedens (der sozialpatriotischen Mehrheit dieser Parteien) vorgeschlagen, an einer Konferenz zur Frage des Friedensschlusses teilzunehmen, die für Mai 1917 nach Stockholm einberufen werden sollte.

Am 23. April (6. Mai) sprach Borgbjerg in einer Sitzung des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets und erklärte offen, daß die deutsche Regierung den Friedensbedingungen „zustimmen wird", die die deutsche Sozialdemokratie auf der sozialistischen Konferenz vorschlägt. Am 25. April (8. Mai) nahm das Exekutivkomitee Stellungnahmen der einzelnen Gruppen der Partei zu dieser Frage entgegen. Die Bolschewiki verlasen die am gleichen Tage von der Aprilkonferenz angenommene „Resolution zu dem Vorschlag von Borgbjerg". Ihnen schlossen sich die Vertreter der polnischen und der lettischen Sozialdemokratie an. Lenin hielt die Teilnahme an dieser Konferenz für Verrat am Internationalismus. Die Aprilkonferenz sprach sich entschieden gegen die Teilnahme aus und entlarvte Borgbjerg als Agenten des deutschen Imperialismus. Für die Teilnahme an der Konferenz sprachen sich die Trudowiki, die Bundisten und die Menschewiki aus. Es wurde eine menschewistische Resolution angenommen, in der das Exekutivkomitee erklärte, daß es die Initiative zur Einberufung der Konferenz ergreifen und dazu eine spezielle Kommission bilden werde. Die Plenarsitzung des Sowjets bestätigte diesen Beschluß.

Die englischen, französischen und belgischen Mehrheitssozialisten lehnten die Teilnahme an der Konferenz ab, weil die englische und französische Regierung den Krieg bis zum endgültigen Sieg über Deutschland weiterführen wollten. Die Zentristen erklärten sich bereit, an der Konferenz teilzunehmen: in Frankreich die Gruppe J. Longuet, in Deutschland die Unabhängige Sozialdemokratische Partei mit Karl Kautsky, Hugo Haase und Georg Ledebour.

Die Spartakusgruppe, die bei Wahrung ihrer politisch-ideologischen Selbständigkeit und mit dem Vorbehalt einer eigenen organisatorischen Tätigkeit in die USPD eingetreten war, lehnte die Teilnahme an einer Konferenz mit

Sozialimperialisten ab. Darüber gab Franz Mehring, zugleich auch im Namen Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die im Gefängnis saßen, eine Erklärung ab.

Die Konferenz in Stockholm fand nicht statt, weil ein Teil der Delegierten keine Pässe erhielt und ein anderer Teil es ablehnte, sich mit Vertretern der Länder zusammenzusetzen, mit denen sich ihre Staaten im Kriegszustand befanden. *419*

525 „*Rabotschaja Gaseta*" (Arbeiterzeitung) – menschewistische Tageszeitung, die vom 7. (20.) März bis 30. November (13. Dezember) 1917 in Petrograd erschien; ab 30. August (12. September) Organ des menschewistischen ZK. Die Zeitung stand auf den Positionen der Vaterlandsverteidigung und unterstützte die bürgerliche Provisorische Regierung. Der Oktoberrevolution und der Errichtung der Sowjetmacht stand sie feindlich gegenüber. *420*

526 „*Jedinstwo*" (Die Einheit) – Zeitung, Organ der extrem rechten Gruppe der menschewistischen Vaterlandsverteidiger mit G. W. Plechanow an der Spitze, erschien in Petrograd von März bis November 1917 als Tageszeitung. Im Dezember 1917 und Januar 1918 wurde sie unter dem Namen „Nasche Jedinstwo" (Unsere Einheit) herausgegeben. Die Zeitung unterstützte die Provisorische Regierung und trat für die Koalition mit der Bourgeoisie ein. In ihrem Kampf gegen die Bolschewiki griff sie nicht selten zu Methoden der Boulevardpresse, gegen die Lenin wiederholt in der Presse auftrat. (Siehe Werke, Bd. 24, S. 115 und 187/188.) 420

527 Der „Vorläufige Entwurf zur Abänderung des Parteiprogramms der SDAPR" lag dem „Entwurf zur Abänderung des theoretischen, des politischen Teils und einiger anderer Teile des Programms" zugrunde, der in W. I. Lenins Broschüre „Materialien zur Revision des Parteiprogramms" veröffentlicht ist. (Siehe Werke, Bd. 24, S. 459–464.) 430

528 Es handelt sich um den von 104 Mitgliedern der I. Reichsduma unterschriebenen Entwurf eines Agrargesetzes, den die Trudowiki am 23. Mai (5. Juni) 1906 eingebracht hatten. Das Ziel des Gesetzentwurfs war eine Bodengesetzgebung, „die danach strebt, solche Zustände herzustellen, bei denen der gesamte Grund und Boden mit seinen Bodenschätzen und Gewässern dem ganzen Volk gehört und der für die Landwirtschaft notwendige Grund und Boden nur denjenigen zur Nutzung gegeben wird, die ihn selbst bearbeiten". („Die Reichsduma in Rußland in Dokumenten und Materialien", Moskau 1957, S. 172, russ.) Die Trudowiki forderten die Schaffung eines „dem ganzen Volk gehörenden Bodenfonds" aus allen fiskalischen, Apanage-, Kabinetts-, Kloster- und Kirchenländereien; für diesen Fonds sollten die Gutsbesitzer- und andere private Ländereien zwangsenteignet werden, sofern die Größe der einzelnen Besitzungen

die für den jeweiligen Ort festgelegte Arbeitsnorm übersteigt. Für die enteigneten Privatländereien war eine gewisse Entschädigung vorgesehen. Die Besitzer von Anteilländereien und kleinen privaten Ländereien sollten diese zeitweilig behalten. Der Gesetzentwurf sah vor, in Zukunft auch diese Ländereien allmählich in Volkseigentum zu überführen. Es war vorgesehen, die Agrarreform von örtlichen Komitees durchführen zu lassen, die durch allgemeine, direkte, gleiche und geheime Abstimmung gewählt werden sollten. *437*

529 Dieses Dokument ist die unvollendete Antwort auf den Brief eines Soldatenkomitees an den Petrograder Sowjet, den dieser W. I. Lenin zugeschickt hatte. Der Brief ist datiert vom 24. April (7. Mai) 1917, d. h., er stammt aus der Zeit, als die bürgerliche und kleinbürgerliche Presse eine Verleumdungskampagne gegen W. I. Lenin und die anderen Bolschewiki führte, die aus der Schweiz über Deutschland nach Rußland zurückgekehrt waren.

In dem Brief der Soldaten hieß es: „In Anbetracht dessen, daß es unter den Soldaten der Batterie viele Meinungsverschiedenheiten über Lenin gibt, bitten wir, uns so schnell wie möglich zu antworten. Welcher Herkunft er ist, wo er gewesen ist, falls er verbannt war, dann weshalb? Wie er nach Rußland zurückgekehrt ist und welche Tätigkeit er gegenwärtig ausübt, d. h., ob sie uns nützt oder schadet? Kurz gesagt, wir bitten, uns in Ihrem Brief so zu überzeugen, daß es bei uns danach keinen Streit mehr gibt, daß wir nicht umsonst Zeit verlieren und es den anderen Genossen beweisen können." („Prawda" Nr. 86 vom 16. April 1927.) *444*

530 Das vorliegende Dokument ist eine kurze Aufzeichnung des Referats, das W. I. Lenin in einer Stadtversammlung der Petrograder Parteiorganisation in den Räumen des Marine-Kadettenkorps hielt. Anwesend waren 5000–6000 Parteimitglieder. Die von W. I. Newski angefertigte Aufzeichnung des Referats war für die Veröffentlichung in der Presse bestimmt, ist jedoch nicht erschienen. *445*

531 N. K. Krupskaja schrieb den Artikel „Eine Seite aus der Geschichte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" im Zusammenhang mit der Verleumdungskampagne, die die bürgerliche, sozialrevolutionäre und menschewistische Presse gegen W. I. Lenin und die anderen Bolschewiki führte, die über Deutschland nach Rußland zurückgekehrt waren. Der Artikel erschien in Nr. 21 der „Soldatskaja Prawda" (Soldatenprawda) vom 13. (26.) Mai 1917. *449*

532 *„Wperjod"* (Vorwärts) – bolschewistische Massenzeitung der Arbeiter, die von Lenin geleitet wurde. Sie wurde vom 10. (23.) September 1906 bis 19. Januar (1. Februar) 1908 von der Redaktion des „Proletari" illegal in Wiborg herausgegeben. Es erschienen 20 Nummern.

Im „Wperjod" wurden mehrere Artikel W. I. Lenins veröffentlicht. *450*

[533] A. W. Lunatscharski hatte vor W. I. Lenin gesprochen und vorgeschlagen, den Regierungen Frankreichs und Englands ein Ultimatum zu stellen, damit sie sich der Formel eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen anschließen, und den Waffenstillstand an allen Fronten zu proklamieren. Gleichzeitig, hatte Lunatscharski erklärt, müssen wir an die Völker der Ententeländer sowie Deutschlands und Österreichs appellieren, mit allen Mitteln einen Druck auf ihre Regierungen auszuüben. Wenn die deutsche Regierung angesichts einer solchen klaren Formulierung den Krieg fortsetzen will, wird ihre Behauptung, daß sie einen Verteidigungskrieg führt, als Lüge entlarvt. *451*

[534] *„Wolja Naroda"* (Der Volkswille) – Tageszeitung, Organ des rechten Flügels der Partei der Sozialrevolutionäre; wurde ab 29. April 1917 in Petrograd herausgegeben und im November 1917 verboten. Später erschien sie noch unter anderen Namen und wurde endgültig im Februar 1918 verboten.

Robert Grimm hatte sich anfänglich mit der Rückkehr der russischen Emigranten nach Rußland beschäftigt. (Siehe hierzu W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 378/379.) *454*

[535] *„Nowaja Shisn"* (Neues Leben) – Tageszeitung, die vom 18. April (1. Mai) 1917 bis Juli 1918 in Petrograd erschien. Die Zeitung wurde auf Initiative einer Gruppe internationalistischer Menschewiki und Schriftsteller gegründet. Der Oktoberrevolution und der Errichtung der Sowjetmacht stand die Zeitung feindlich gegenüber. Ab 1. Juni 1918 erschien sie in zwei Ausgaben: einer Petrograder und einer Moskauer. Beide Ausgaben wurden im Juli 1918 verboten. *454*

[536] Das Referat W. I. Lenins, das auf der Gesamtrussischen Konferenz der Militärorganisationen der SDAPR(B) der Front und des Hinterlands einen zentralen Platz einnahm, ist in zwei Varianten erhalten geblieben: in der Niederschrift eines Korrespondenten der „Nowaja Shisn", in der sie am 21. Juni (4. Juli) 1917 veröffentlicht wurde, und in einer Niederschrift M. S. Kedrows, Mitglied der Militärorganisation beim ZK der SDAPR. (Siehe M. S. Kedrows Erinnerungen „Die Gesamtrussische Konferenz der Militärorganisationen der SDAPR(B)" in dem Buch „Die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Sammelband mit Erinnerungen von Teilnehmern der Revolution in Petrograd und Moskau", Moskau 1957, S. 77–79, russ.)

Die *Gesamtrussische Konferenz der Militärorganisationen der SDAPR(B) der Front und des Hinterlands* fand vom 16. bis 23. Juni (29. Juni bis 6. Juli) 1917 in Petrograd statt. Es waren 107 Delegierte von 43 bolschewistischen Militärorganisationen der Front und 17 bolschewistischen Militärorganisationen des Hinterlands anwesend, die etwa 26 000 Parteimitglieder umfaßten. Die Konferenz war vom Orgbüro der Militärorganisation beim ZK einberufen worden.

Auf der Tagesordnung der Konferenz standen u. a. folgende Fragen: Berichte der örtlichen Organisationen; die Stellung zu den Resolutionen der VII. Parteikonferenz (Aprilkonferenz); die gegenwärtige Lage; die Bildung der Machtorgane und die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten; Krieg, Frieden, Offensive; die Agrarfrage. W. I. Lenin hielt die Referate über die gegenwärtige Lage und über die Agrarfrage. Die Konferenz erklärte es für notwendig, das stehende Heer durch bewaffnete Arbeiterbataillone der Roten Garde, die zur Verfügung der gewählten Arbeiterorganisationen stehen sollten, sowie die Polizei durch eine Volksmiliz zu ersetzen. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 354–367, russ.) Die Konferenz erklärte die „Soldatskaja Prawda" zum Zentralorgan der Militärorganisationen der SDAPR(B), bestätigte den Entwurf des Statuts der Militärorganisation und wählte das Gesamtrussische Zentralbüro der Militärorganisationen, dem M. S. Kedrow, N. W. Krylenko, W. I. Newski, N. I. Podwoiski und andere angehörten. Die Konferenz trug wesentlich zur Festigung der Verbindung zwischen dem Proletariat und der Masse der Soldaten bei und förderte die Arbeit der Bolschewiki unter den Soldaten. *455*

537 Die Thesen *„Die politische Lage"*, die W. I. Lenin am 10. (23.) Juli 1917 schrieb, bestimmten die neue taktische Linie der bolschewistischen Partei im Zusammenhang mit der veränderten politischen Situation, die nach der Niederschlagung der Demonstration der Arbeiter und Soldaten am 4. (17.) Juli und dem Übergang der gesamten Macht in die Hände der konterrevolutionären Provisorischen Regierung entstanden war. Die Thesen wurden auf einer Beratung des Zentralkomitees der SDAPR(B) mit Vertretern des Petersburger Komitees, der Militärorganisation beim ZK der SDAPR(B), des Moskauer Gebietsbüros, des Moskauer Komitees und des Moskauer Bezirkskomitees erörtert, die am 13. und 14. (26. und 27.) Juli 1917 stattfand.

Sie wurden in Form eines Artikels unter der Überschrift „Die politische Stimmung" am 2. August (20. Juli) 1917 im „Proletarskoje Delo" (Die proletarische Sache), dem Organ der bolschewistischen Fraktion des Kronstädter Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, veröffentlicht. Diese Zeitung erschien an Stelle der in den Julitagen von der Provisorischen Regierung verbotenen bolschewistischen Kronstädter Zeitung „Golos Prawdy" (Die Stimme der Prawda). Bei der Vorbereitung des Manuskripts zum Druck waren geringfügige technische Änderungen vorgenommen, der Schluß des Artikels ab „Sofort sind überall..." gestrichen und die Worte „bewaffneter Aufstand" durch die Worte „entschiedener Kampf" ersetzt worden. *456*

538 Die Macht war nach den Ereignissen vom 3. bis 5. Juli vollständig in die Hände

der konterrevolutionären Provisorischen Regierung übergegangen. Diese Ereignisse waren Ausdruck einer tiefen politischen Krise im Lande. Das Scheitern der von Kerenski am 18. Juni (1. Juli) begonnenen Offensive der russischen Truppen an der Front, die neuen Opfer, die nur den Imperialisten nützten, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Schließung von Betrieben durch die Kapitalisten, die zunehmende Teuerung und der ungeheure Lebensmittelmangel riefen unter den breiten Massen der Arbeiter und Soldaten einen Ausbruch der Empörung gegen die konterrevolutionäre Politik der Provisorischen Regierung hervor. Am 3. (16.) Juli begannen spontane Demonstrationen, die in eine bewaffnete Aktion gegen die Provisorische Regierung hinüberzuwachsen drohten.

Die Partei der Bolschewiki war zu diesem Zeitpunkt gegen eine bewaffnete Aktion, weil sie davon ausging, daß die revolutionäre Krise noch nicht herangereift war und Armee und Provinz noch nicht bereit waren, den Aufstand in der Hauptstadt zu unterstützen. In einer gemeinsamen Sitzung des ZK, des Petersburger Komitees und der Militärorganisation beim ZK der SDAPR(B) am 3. (16.) Juli wurde beschlossen, sich nicht an einer Aktion zu beteiligen. Einen ebensolchen Beschluß nahm auch die zu dieser Zeit tagende zweite Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki an. Die Konferenzdelegierten begaben sich in die einzelnen Stadtbezirke, um die Massen von einer Aktion zurückzuhalten. Aber die Aktion begann trotzdem, und sie aufzuhalten war bereits unmöglich.

Der Stimmung der Massen Rechnung tragend, beschloß das Zentralkomitee gemeinsam mit dem Petersburger Komitee und der Militärorganisation am späten Abend des 3. (16.) Juli, an der Demonstration am 4. (17.) Juli teilzunehmen, um ihr einen friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen. Lenin war zu dieser Zeit aus gesundheitlichen Gründen nicht in Petrograd. Nachdem er über die Ereignisse informiert worden war, fuhr er am Morgen des 4. (17.) Juli nach Petrograd zurück.

An der Demonstration am 4. (17.) Juli nahmen mehr als 500 000 Menschen teil. Sie fand unter den Losungen der Bolschewiki „Alle Macht den Sowjets!" und anderen statt. Die Demonstranten benannten 90 Vertreter, die dem Zentralexekutivkomitee der Sowjets ihre Forderung nach Übergabe der gesamten Macht in die Hände der Sowjets unterbreiteten. Die sozialrevolutionären und menschewistischen Führer lehnten es jedoch ab, die Macht zu übernehmen.

Die Provisorische Regierung beschloß mit Wissen und Zustimmung des menschewistisch-sozialrevolutionären ZEK, die Demonstration mit Waffengewalt zu unterdrücken. Gegen die friedliche Demonstration der Arbeiter und Soldaten wurden Regimenter von Offiziersschülern und konterrevolutionären

Kosaken eingesetzt. Sie eröffneten das Feuer auf die Demonstranten. Von der Front waren reaktionär gesinnte Truppen herbeigerufen worden.

Auf der Beratung der Mitglieder des ZK und des PK, die in der Nacht vom 4. zum 5. (17. zum 18.) Juli unter Vorsitz W. I. Lenins stattfand, wurde der organisierte Abbruch der Demonstration beschlossen. Dies war ein richtiger Schritt der Partei, die es verstand, sich rechtzeitig zurückzuziehen und die Hauptkräfte der Revolution vor der Zerschlagung zu bewahren.

Die bürgerliche Provisorische Regierung setzte nach der Niederschlagung der Demonstration die Repressalien fort. Mit besonderem Haß stürzte sie sich auf die bolschewistische Partei. Die bolschewistischen Zeitungen „Prawda", „Soldatskaja Prawda" u. a. wurden verboten. Die Arbeiter wurden entwaffnet, es begannen Massenverhaftungen, Haussuchungen und Pogrome. Die revolutionären Truppenteile der Petrograder Garnison, die an der Demonstration teilgenommen hatten, wurden reorganisiert und an die Front geschickt. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre erwiesen sich faktisch als Komplicen und Helfershelfer der konterrevolutionären Henker. *456*

539 Das vorliegende Dokument steht unter dem Text des Flugblatts und war, nach dem Inhalt zu urteilen, für das Zentralkomitee der Partei bestimmt. Das Flugblatt, dessen Verfasser möglicherweise W. I. Lenin war, wurde nicht veröffentlicht. *459*

540 Der vorliegende Auszug bildet den Teil der *„Thesen"*, der zum erstenmal in Band 34 der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins veröffentlicht war. (Siehe auch Werke, Bd. 26, S. 127–129.)

Die *III. Petrograder Stadtkonferenz* fand vom 7. bis 11. (20. bis 24.) Oktober 1917 statt. An ihr nahmen 92 Delegierte mit beschließender und 40 Delegierte mit beratender Stimme teil. Die Konferenz wählte W. I. Lenin zum Ehrenvorsitzenden. Lenins Thesen bildeten die Grundlage für die von der Konferenz angenommenen Beschlüsse. In der Resolution zur politischen Lage konstatierte die Konferenz die Notwendigkeit der Ablösung der Kerenskiregierung durch eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung, denn nur eine solche Regierung könne den Bauern den Boden geben und das Land aus Zerrüttung und Krieg herausführen. In den Konferenzbeschlüssen wurde betont, daß der Aufstand auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse, und die feste Überzeugung vom Sieg dieses Aufstands zum Ausdruck gebracht. Die Konferenz erörterte die Frage der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung. Als einer der ersten Kandidaten Petrograds wurde W. I. Lenin aufgestellt. In der Sitzung am 11. (24.) Oktober wurde Lenins „Brief an die Petrograder Stadtkonferenz" verlesen. (Siehe Werke, Bd. 26, S. 130–133.) Die Konferenz war von großer Bedeutung für die Vorbereitung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. *463*

541 Die Einberufung der Konstituierenden Versammlung war von der Provisorischen Regierung in ihrer Deklaration vom 2. (15.) März 1917 angekündigt worden. Am 14. (27.) Juni beschloß die Provisorische Regierung, die Wahlen auf den 17. (30.) September anzuberaumen. Im August verschob sie sie jedoch auf den 12. (25.) November.

Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung fanden dann, schon nach dem Sieg der Oktoberrevolution, zum festgesetzten Termin, am 12. (25.) November 1917, statt. Sie wurden nach Listen durchgeführt, die vor der Oktoberrevolution nach einem von der Provisorischen Regierung bestätigten Erlaß aufgestellt worden waren, und fanden in einer Situation statt, in der ein großer Teil des Volkes die Bedeutung der sozialistischen Revolution noch nicht voll erkannt hatte. Das nutzten die rechten Sozialrevolutionäre aus, um in den von der Hauptstadt und den Industriezentren weiter entfernt liegenden Gouvernements und Gebieten die Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinigen. Die Konstituierende Versammlung wurde von der Sowjetregierung einberufen und am 5. (18.) Januar 1918 in Petrograd eröffnet. Die konterrevolutionäre Mehrheit der Konstituierenden Versammlung lehnte die ihr vom Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee vorgelegte „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" ab und weigerte sich, die Sowjetmacht anzuerkennen. Durch ein Dekret des Gesamtrussischen ZEK vom 6. (19.) Januar wurde die bürgerliche Konstituierende Versammlung aufgelöst. *463*

542 *Zwischengruppe* – sozialdemokratische Organisation, die im November 1913 in Petersburg entstand. Während des ersten Weltkriegs gehörten ihr internationalistische Menschewiki und versöhnlerisch eingestellte ehemalige Bolschewiki an. Die Mitglieder der Zwischengruppe nahmen eine zentristische Position ein: sie erkannten den imperialistischen Charakter des Krieges an, traten gegen die „Vaterlandsverteidigung" auf, waren jedoch gegen den völligen Bruch mit den Menschewiki. 1917 erklärte sich die Zwischengruppe, der u. a. A. Joffe, I. Jurenew, A. Lunatscharski, D. Manuilski, L. Trotzki, M. Urizki und W. Wolodarski angehörten, mit der Linie der bolschewistischen Partei einverstanden und wurde auf dem VI. Parteitag der SDAPR(B) mit etwa 4000 Mitgliedern in die Partei der Bolschewiki aufgenommen. Die weiteren Ereignisse zeigten, daß einige Mitglieder der Zwischengruppe (Lunatscharski, Manuilski, Wolodarski, Urizki u. a.) tatsächlich mit ihrer zentristischen Vergangenheit gebrochen hatten, während Trotzki auch in den Reihen der bolschewistischen Partei seinen verdeckten und offenen Kampf gegen den Leninismus und die Politik der Partei weiterführte und schließlich zu einem der wütendsten Gegner des Leninismus, des Sowjetstaates und der ganzen internationalen kommunistischen Bewegung wurde.

Die Zwischengruppe hatte ein eigenes Presseorgan – die Zeitschrift „Wperjod" (Vorwärts) (1915 erschien eine Nummer, die illegal herausgegeben wurde). Von Juni bis August 1917 erschienen legal 8 Nummern der Zeitschrift. Nach dem VI. Parteitag wurde die Zusammensetzung der Redaktion verändert, und Nr. 9 der Zeitschrift erschien als Organ des ZK der SDAPR(B). Im September wurde das Erscheinen der Zeitschrift auf Beschluß des ZK eingestellt. *464*

543 „*Delo Naroda*" (Die Sache des Volkes) – Tageszeitung, Organ der Partei der Sozialrevolutionäre; erschien unter verschiedenen Namen von März 1917 bis Juli 1918 in Petrograd. Die Zeitung stand auf den Positionen der Vaterlandsverteidigung und des Paktierens mit der bürgerlichen Provisorischen Regierung. Sie wurde im Oktober 1918 in Samara (vier Nummern) und im März 1919 in Moskau (zehn Nummern) erneut herausgegeben. Dann wurde sie wegen konterrevolutionärer Tätigkeit verboten. *465*

544 Es handelt sich um Ausführungen, die J. M. Swerdlow, J. W. Stalin, F. E. Dzierzynski und G. J. Sokolnikow in einer Sitzung des Zentralkomitees der Partei am 20. Oktober (2. November) 1917 gemacht hatten, als ein Brief Lenins an das Zentralkomitee der SDAPR(B) (siehe Werke, Bd. 26, S. 211 bis 215) erörtert wurde. Dieser Brief bezog sich auf eine Notiz, die unter der Überschrift „J. Kamenew über die ‚Aktion'" in der „Nowaja Shisn" erschienen war und in der Kamenew, gleichzeitig auch im Namen Sinowjews, sich gegen den bewaffneten Aufstand gewandt hatte. (Siehe „Protokolle des Zentralkomitees der SDAPR(B). August 1917–Februar 1918", Moskau 1958, S. 106–108, russ.) *468*

545 Die Kosakendemonstration (Kosaken„kreuzzug") in Petrograd war für den 22. Oktober (4. November) 1917 angesetzt worden. Die Konterrevolution wollte sie als Heerschau ihrer Kräfte im Kampf gegen die sich entfaltende Revolution durchführen. Die Bolschewiki leisteten eine große Arbeit unter den Kosaken, um sie zu veranlassen, die Teilnahme an dieser Demonstration abzulehnen. Der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten wandte sich mit einem Aufruf an die Kosaken. Vertreter der Kosakenregimenter wurden zu einer Beratung der Regimentskomitees eingeladen, die der Petrograder Sowjet am 21. Oktober (3. November) im Smolny durchführte. Auf der Beratung erklärten die Kosaken, daß sie nicht gegen die Arbeiter und Soldaten vorgehen werden. Die Provisorische Regierung sah sich in der Nacht zum 22. Oktober (4. November) gezwungen, die Kosakendemonstration abzusagen. *468*

NAMENVERZEICHNIS

A

Adler, Victor 195 200 246 342 367 370
Adoratski, W. W. (Arnatski) 126 131 132
Adrianow 234
Akimow (**Machnowez***), W. P. 70 71
Alexander – siehe Schljapnikow, A. G.
Alexander III. (**Romanow**) 444
Alexejew, N. A. (Andrejew) 127
Alexinski, G. A. 260 301 339 464
An – siehe Shordanija, N. N.
Andrejew – siehe Alexejew, N. A.
Arnatski – siehe Adoratski, W. W.
Ascher – siehe Birnbaum, Nathan
Askew, John B. 365 371
Asquith, Herbert Henry 290
Aurelle de Paladines, Louis-Jean-Baptiste de 95 101
Axelrod, P. B. 6 8 24–42 183 218 371 379 381

B

Badajew, A. J. 269
Balmaschow, S. W. 42 49
Bauer, Otto 318 319 320 326 394
Bebel, August 200 201 246 343
Belski – siehe Krassikow, P. A.
Ber – siehe Liber, M. I.
Berg – siehe Martow, L.
Berger, Victor 370
Bernstein, Eduard 344 372
Bethmann Hollweg, Theobald von 420
Birnbaum (Ascher), Nathan 326
Bismarck, Otto von 96 97 99 100 101 398
Bissolati, Leonida 366 368
Blanqui, Louis-Auguste 95 447
Bogdanow, A. A. (**Malinowski, A. A.**, Iwanow, Maximow) 130 143 216 217 218 219 220 221 236 450
Bontsch-Brujewitsch, W. D. 108 109
Borchardt, Julian 359 368
Borezki – siehe Urizki, M. S.
Borgbjerg, Frederik 419–421 422
Bosch, J. B. 375
Bourderon, Albert 365 368 384
Bracke, Wilhelm 94
Brandenburgski, J. N. (Jewgeni) 123

* In Klammern sind die richtigen Familiennamen halbfett gedruckt zum Unterschied von den literarischen Pseudonymen und Parteinamen, die in Grundschrift wiedergegeben sind.

Branting, Karl Hjalmar 368 405
Braun – siehe Janson, J. E.
Brizon, Pierre 369
Bronski, M. 406
Bronstein, P. A. (Juri) 229 230 236
Bucharin, N. I. 375 394
Bukwojed – siehe Rjasanow, D. B.
Bunin, J. A. 296
Burjanow, A. F. 270 333

C

Cavaignac, Louis-Eugène 457
Chaustow, W. I. 270
Chomjakow, N. A. 220
Clemenceau, Georges-Benjamin 201
Compère-Morel, A.-C.-A. 344

D

Dan, Theodor (**Gurwitsch, F. I.**) 167 169 216 218 221 222 232
Danielson, N. F. (N.-on) 6
Danski, B. G. (**Komarowski, K. A.,** X) 293 298
David, Eduard 360
Debs, Eugene Victor 367 370 385
Denissow, W. P. (Wsewolod) 217
Desnizki, W. A. (Sosnowski) 127
Deutsch, L. G. 68 69
Dietz, Johann Heinrich Wilhelm 4
Dombrowski (Dąbrowski), J. 97
Donald, George 290
Dshaparidse, P. A. (Golubin) 158
Dubrowinski, J. F. (Innokenti, Inok) 229 230 235 236
Dupont, Eugène 101
Durnowo, P. N. 173
Dürr, Karl 400
Dzierzynski (Dzierżyński), F. E. 468

E

Eisenstadt, I. L. (Judin) 229 230
Engels, Friedrich 27 216 344 345 359 389 396 397 399 403
Esra – siehe Rosen, M. M.
Essen, A. M. (Kitajew, Stepanow) 119 120 142 143 145
Essen, E. E. (N. F.) 130

F

Favre, Jules 94 95 99 101
Ferry, Jules 94
Feuerbach, Ludwig 216
Filatow, W. W. (W. S.) 132
Findlay, Neil 290
Firsow, K. K. 270
Fischer, Richard 343 345 346
Fortunatow, K. A. 324
Frank, Ludwig 347
Frankel, Leo 97
Fridolin, W. J. (Warin) 375
Fritsch 290

G

Galperin, L. J. (Konjagin, Ru) 85 86
Gapon, G. A. 340
Gelman 428
Glebow – siehe Noskow, W. A.
Glenconner 290
Goldenberg, J. P. (Meschkowski, Wischnewski) 221 225 230
Golubin – siehe Dshaparidse, P. A.
Goremykin, I. L. 4
Gorew, B. I. (**Goldman, B. I.,** Igorew) 214
Gorki, Maxim (**Peschkow, A. M.**) 348/349
Gredeskul, N. A. 173
Grigori – siehe Sinowjew, G. J.

Grimm, Robert 375 387 399–401 454
Guesde, Jules 340 344 346 381
Guilbeaux, Henri 406
Guiod, Alphonse-Simon 95
Gurewitsch, E. L. (Smirnow, J.) 344 347
Gutschkow, A. I. 413 418 456
Gwosdew, K. A. 366

H

Haase, Hugo 309 344 371 379 381
Habsburger 262 263
Hanecki (**Fürstenberg**), J. 255
Hardie, James Keir 344 346
Hartstein – siehe Levi, Paul
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 216
Hertz, Friedrich Otto 44 48
Hervé, Gustave 194 344
Hilferding, Rudolf 392 394 396
Hillquit, Morris 366 370 371
Hoffmann, Arthur Hermann 454
Höglund, Zeth 368
Huysmans, Camille 309 364 371 378 387
Hyndman, Henry Mayers 344 365 369 381

I

Igorew – siehe Gorew, B. I.
Iljin – siehe Lenin, W. I.
Innokenti – siehe Dubrowinski, J. F.
Inok – siehe Dubrowinski, J. F.
Issuw, J. A. (Michail) 229 230 236
Itschas, M. M. 270
Iwanow – siehe Bogdanow, A. A.

J

Jagiello (Jagiełło), E. J. 270 277 299 307 308 312
Jakowenko, W. I. 6
Janson, J. E. (Braun) 328 329 330 333
Jansson, Wilhelm 404
Jaurès, Jean 340 342 343
Jefimow – siehe Noskow, W. A.
Jegorow – siehe Lewin, J. J.
Jermolajew, K. M. (Roman) 229 230 236
Jewgeni – siehe Brandenburgski, J. N.
Jewsejew, I. T. 270
Jonow (**Koigen, F. M.**) 234
Jouhaux, Léon 368
Judin – siehe Eisenstadt, I. L.
Junius – siehe Luxemburg, Rosa
Juri – siehe Bronstein, P. A.
Juri – siehe Kamenew, L. B.
Jusow (**Kabliz, J. I.**) 6

K

Kablukow, N. A. 466
Kalinin, W. – siehe Karpinski, W. A.
Kamenew, L. B. (**Rosenfeld, L. B.,** Juri) 123 222 238 468
Kamski – siehe Obuchow, W. M.
Karaulow, M. A. 270 271
Karpinski, W. A. (Kalinin, W.) 166
Karski – siehe Topuridse, D. A.
Kasso, L. A. 241
Katkow, M. N. 454
Kautsky, Karl 66 164 199 228 255 318 319 320 323 325 326 343 345 346 364 370 371 378 379 381 392 394 397 402
Keir Hardie – siehe Hardie, James Keir
Kerenski, A. F. 452 456 457
Kitajew – siehe Essen, A. M.
Knunjanz, B. M. (Russow) 72
Kollontai, A. M. 375

Konjagin – siehe Galperin, L. J.
Konowalow, A. I. 284 285
Konowalow, I. A. (Nikolai) 168
Kosminych-Lanin, I. M. 336–338
Kostrow – siehe Shordanija, N. N.
Kowalewski, M. M. 296
Kramolnikow, G. I. 141
Krassikow, P. A. (Belski) 132 138 142 143
Krassin, L. B. (Nikita, Simin) 129 236
Kritschewski, B. N. 219
Krupskaja, N. K. 327 449
Kruschewan, P. A. 176
Krylenko, N. W. 464
Krymow, M. D. 416
Kusnezow – siehe Litwinow, M. M.
Kwitkin, O. A. (Petrow) 142 152

L

L. M. – siehe Martow, L.
L. W. – siehe Wladimirow, M. K.
Laffargue, François 290
Lange – siehe Stopani, A. M.
Larin, J. (**Lurje, M. A.**) 168 181–183 240 366 464
Laschewitsch, M. M. 416
Latyschew – siehe Litwinow, M. M.
Lecomte, Claude-Martin 96 101
Ledebour, Georg 359
Leder, Z. 344
Ledru-Rollin, Alexandre-Auguste 163
Leiteisen, G. D. (Lindow, Wjasemski) 229 230 234
Lengnik, F. W. (Wassiljew) 85 86 89
Lenin, W. I. (**Uljanow, W. I.**, Iljin) 38 42 81 82–84 85 86 87 88 104 106 108 114 117 121 124 126 132 141 144 151 170 209 212 214 217 218 220 245 254 255 265 328 329 331 332 358 375 404 405 406 407/408 412 413/414 416 429 440 441 443 444 450 451 454 467 468
Lensch, Paul 396 397
Leonow – siehe Zchakaja, M. G.
Lepeschinski, P. N. (Olin) 108
Leschtschinski, M. S. (Morosow) 123
Levi (Hartstein), Paul 426
Lewin, J. J. (Jegorow) 68
Lewinski, W. 349 350
Liber, M. I. (**Goldman, M. I.**, Ber) 62 63 189 234 235
Liebknecht, Karl 345 352 360 362 366 367 384 391 400 452
Liebknecht, Wilhelm 289
Lindow – siehe Leiteisen, G. D.
Lissagaray, Prosper-Olivier 97
Litwinow, M. M. (Kusnezow, Latyschew) 141 143
Ljadow (**Mandelstam**), M. N. 63 64 108 141 213 217 220
Ljubimow, A. I. (Mark) 123 124
Ljubitsch – siehe Sammer, I. A.
Lloyd George, David 369
Lomtatidse, W. B. 315
Longuet, Jean 364 371 379
Lopatin, G. A. 323
Louis-Philippe 94
Lunatscharski, A. W. (Woinow) 129 132 148 194 219 451
Luxemburg, Rosa (Junius) 219 246 254–258 301 395 396 398
Luzzatti, Luigi 342

M

MacDonald, James Ramsay 344 347
Maclean, John 412
Makar – siehe Nogin, W. P.
Malecki, A. 255 339

Malinowski, R. W. 269 277
Manuilow, A. A. 296
Marat – siehe Schanzer, W. L.
Mark – siehe Ljubimow, A. I.
Markow, N. J. (Markow II) 247
Martow, L. (**Zederbaum, J. O.**, Berg, L. M.) 8 35 36 48 69 72 83 84 85 87 88/89 103 104–107 162 168 178 186 187 216 218 219 232 254 256 309 331 332 348 366 367 371 379 388 449
Martynow, A. (**Piker, A. S.**) 26 31 33 38 65 70 71 156 214 236
Marx, Karl 5 27 101 155 163 215 323 359 389 390 397 425
Maslow, P. P. 344 392
Maslow, S. L. 467
Mawrin, I. F. 416
Maximow – siehe Bogdanow, A. A.
Medem (**Grinberg**), W. D. 324 325 327
Mehring, Franz 345
Menschikow, M. O. 454
Merrheim, Alphonse 368
Merschtschi, P. F. 270
Meschkowski – siehe Goldenberg, J. P.
Micha – siehe Zchakaja, M. G.
Michail – siehe Issuw, J. A.
Michailow – siehe Postolowski, D. S.
Michailow, N. N. 1/2
Michailowski, N. K. 5 6
Miljukow, P. N. 284 285 296 418 427
Molkenbuhr, Hermann 246
Morgari, Odino 379 400
Morosow – siehe Leschtschinski, M. S.
Morosow, T. S. 111
Mühlburg 290
Muranow, M. K. 269 277

N

N. F. – siehe Essen, E. E.
N.-on – siehe Danielson, N. F.
Napoleon III. (**Bonaparte, Louis**) 93 94 97 98 101
Natanson, M. A. 449
Nikita – siehe Krassin, L. B.
Nikolai – siehe Konowalow, I. A.
Nikolaus II. (**Romanow**) 263 268 445
Nobel, Alfred 289
Nogin, W. P. (Makar) 229 230 234 235 422 423
North 290
Noskow, W. A. (Glebow, Jefimow) 69 86 106 108 122 124

O

Obuchow, W. M. (Kamski) 133
Olga – siehe Rawitsch, S. N.
Olin – siehe Lepeschinski, P. N.
Ornatski – siehe Tschitscherin, G. W.

P

Paladines – siehe Aurelle de Paladines, Louis-Jean-Baptiste de
Pannekoek, Antonie 319 392 393 402
Parvus (**Helphand, A. L.**) 125 162
Patouillet, Joseph 396 397 398
Pawlenkow, F. F. 328
Pernerstorfer, Engelbert 366 370
Petrow – siehe Kwitkin, O. A.
Petrowski, G. I. 269 464
Petrunkewitsch, I. I. 162
Picard, Louis-Joseph-Ernest 94
Pissarew, D. I. 5 6
Pjatakow, G. L. 375
Pjotr – siehe Ramischwili, N. W.
Platten, Fritz 404 406 412
Plechanow, G. W. (Walentinow) 8 9 11

24–42 81 85 88 103 104 114 115 178 183 194 218 219 222 245 246 257 259 260 275 288 289 302 307 312 339 340 344 359 364 370 381 419 420 443
Pokrowski, M. N. 464
Pokrowski, W. I. 303
Poletajew, N. G. 221
Postolowski, D. S. (Wadim, Michailow) 129 147 222
Potressow, A. N. (Starower) 73 114 115 219 288 289 392 393 394 404
Pressemane, Adrien 371 379
Proudhon, Pierre-Joseph 319
Purischkewitsch, W. M. 284 285 297

Q

Quelch, Harry 246

R

R. N. S. – siehe Struve, P. B.
Rabinowitsch 327
Radek, Karl 254–258 359 375 392 393
Ramischwili, N. W. (Pjotr) 210 212 230 236
Rappoport, Charles 301
Rasputin (**Nowych**), G. J. 340
Rawitsch, S. N. (Olga) 121
Remy, Léon 182 183
Renaudel, Pierre 381
Rjasanow, D. B. (**Goldendach, D. B.**, Bukwojed) 5/6 370
Rodsjanko, M. W. 284
Roland-Holst, Henriette 364
Rolland, Romain 402
Roman – siehe Jermolajew, K. M.
Romanows 262
Rosen, M. M. (Esra) 209
Roshkow, N. A. 230 239 240
Ru – siehe Galperin, L. J.
Rubanowitsch, I. A. 201
Ruge, Arnold 389
Rühle, Otto 362 365 366 368 384
Rumjanzew, P. P. (Schmidt) 134 147 168
Russanow, A. N. 270
Russel, Charles Edward 366 370
Russow – siehe Knunjanz, B. M.
Rybkin 152
Rykow, A. I. (Sergejew, Wlassow) 138 141 224
Ryslew, A. I. 270

S

Safarow, G. I. 375
Sammer, I. A. (Ljubitsch) 230 236
Samoilow, F. N. 269
Sasonow, S. D. 264
Sassulitsch, W. I. 67
Saumoneau, Louise 369
Schagow, N. R. 269
Schaljapin, F. I. 348
Schanzer, W. L. (Marat) 219 220 221 224
Scheidemann, Philipp 420
Schingarjow, A. I. 414 427 438
Schljapnikow, A. G. (Alexander) 375
Schmidt – siehe Rumjanzew, P. P.
Schneeberger, Oskar 400
Sergejew – siehe Rykow, A. I.
Serrati, Giacinto Menotti 360
Shitlowski, Ch. J. 44
Shordanija, N. N. (An, Kostrow) 65 178 229 230 236 332
Sijemelis 333
Simin – siehe Krassin, L. B.
Sinowjew, G. J. (**Radomyslski, G. J.**, Grigori) 209 406 412 416 450 468

Skobelew, M. I. 270 452
Skworzow, A. I. 40 41
Smirnow, J. – siehe Gurewitsch, E. L.
Sokolnikow, G. J. 429 468
Solowjow 438 441
Sosnowski – siehe Desnizki, W. A.
Stalin (**Dshugaschwili**), J. W. 468
Stanislaw – siehe Wolski, S.
Starower – siehe Potressow, A. N.
Stauning, Thorvald 422
Steklow, J. M. 222
Stepanow – siehe Essen, A. M.
Stolypin, P. A. 205 234 241
Stopani, A. M. (Lange) 65
Strachow – siehe Tachtarew, K. M.
Ström, Otto Fredrik 405
Struve, P. B. (R. N. S.) 3/4 47 73 148 317 348 349 396
Suchanow, N. (**Himmer, N. N.**) 375
Sudakow, P. I. 265/266
Südekum, Albert 345 381
Sun Yat-sen 281–283
Surabow, A. G. 412
Susane, Louis 95
Swerdlow, J. M. 468

T

Tachtarew, K. M. (Strachow) 61
Talalajew, W. T. 1
Taratuta, W. K. (Wiktor) 236
Tennant, Harold 290
Thiers, Adolphe 94 95 97 101
Thomas, Albert 387
Thomas, Clément 96 101
Tkatschow, P. N. 6
Tomski, M. P. 450
Topuridse, D. A. (Karski) 65
Trepow, D. F. 172
Trevelyan, Charles Philips 346
Treves, Claudio 368 379 381
Trier, Gerson 422
Trochu, Louis-Jules 94 95 99 101
Troelstra, Pieter Jelles 368
Trotzki (**Bronstein**), L. D. 238 245 246 333 356 364 366 412 464
Tschcheïdse, N. S. 270 366 379 381 404 406 429
Tschchenkeli, A. I. 270
Tscherewanin, N. (**Lipkin, F. A.**) 161 162
Tschernow, W. M. 34 289 455 457 465 466
Tschernyschewski, N. G. 216
Tschitscherin, G. W. (Ornatski) 365
Tuljakow, I. N. 270
Turgenjew, I. S. 256
Tyszka, Jan (**Jogiches, Leo**) 256 257

U

Uljanow, A. I. 444
Uljanow, W. I. – siehe Lenin, W. I.
Urizki, M. S. (Borezki) 366 367

V

Vaillant, Edouard 344 368
Valentin, Louis-Ernest 95 101
Vandervelde, Emile 194 344 345 346 360 381
Vinoy, Joseph 95 96 101
Vollmar, Georg Heinrich von 194 195

W

W. S. – siehe Filatow, W. W.
W. W. – siehe Woronzow, W. P.
Wadim – siehe Postolowski, D. S.
Walentinow – siehe Plechanow, G. W.
Warin – siehe Fridolin, W. J.
Warski, A. (**Warszawski, A. S.**) 323

Wassiljew – siehe Lengnik, F. W.
Wedernikow, A. S. 429
Wendel, Hermann 343
Wijnkoop, David 364
Wiktor – siehe Taratuta, W. K.
Wilhelm I. (**Hohenzollern**) 93 101
Wilhelm II. (**Hohenzollern**) 397 413 415 419 420 445
Williams, T. Russell 385
Winnig, August 365 368
Winogradow, P. G. 297
Wirth, Albrecht 397
Wischnewski – siehe Goldenberg, J. P.
Witte, S. J. 4 39 40 173
Wjasemski – siehe Leiteisen, G. D.
Wladimirow, M. K. (**Scheinfinkel, M. K.,** L. W.) 340
Wlassow – siehe Rykow, A. I.
Woinow – siehe Lunatscharski, A. W.
Wolski, S. (**Sokolow, A. W.,** Jer, Stanislaw) 217 454 455
Woronin, I. A. 1
Woronzow, W. P. (W. W.) 5 47
Wrublewski (Wróblewski), W. 97
Wsewolod – siehe Denissow, W. P.

X

X – siehe Danski, B. G.

Y

Yüan Schi-kai 281 282

Z

Zchakaja, M. G. (Leonow, Micha) 123 218 406
Zereteli, I. G. 429 457
Zetkin, Clara 193–195 360

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung .. .. VII–VIII

1896–1904

Mitteilung im Namen der „Alten" an die Mitglieder des Petersburger „Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse" 1–2

Zum Entwurf der Vereinbarung mit Struve 3–4

Ein Geheimdokument 4

Bemerkungen zu Rjasanows Artikel „Zwei Wahrheiten" 5–6

Materialien zur Ausarbeitung des Programms der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands 7–24

1. Konzept einzelner Punkte des praktischen Teils des Programmentwurfs 7
2. Konspekt des ersten Programmentwurfs von Plechanow mit einigen Korrekturen dazu 8
3. Wortlaut der Absätze I und II des ersten Programmentwurfs von Plechanow und Konzept des ersten Absatzes des theoretischen Teils des Programms 11
4. Ursprüngliche Variante des theoretischen Teils des Programmentwurfs 12
5. Dispositionen für den Plan des Programmentwurfs 17
6. Ursprüngliche Variante des Agrarteils und des Schlußteils des Programmentwurfs 18
7. Konzepte für den Programmentwurf 20
8. Ergänzungen zum Agrarteil und zum Fabrikteil des Programmentwurfs 23

Antworten auf Plechanows und Axelrods Bemerkungen zu dem Artikel „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie" 24–42

Einleitung zu der Proklamation des Donkomitees der SDAPR „An die russischen Bürger" 42–43

Einleitung zu der Proklamation „An die Bürger ganz Rußlands" .. 43

Plan einer Broschüre gegen die Sozialrevolutionäre 44–51

II. Parteitag der SDAPR. 17. (30.) Juli–10. (23.) August 1903 52–73
1. Programm des II. ordentlichen Parteitags der SDAPR 52
2. Ausführungen bei der Prüfung der Liste der vom Parteitag zu erörternden Fragen. 17. (30.) Juli 59
1 59
2 59
3. Ausführungen über die Handlungsweise des Organisationskomitees. 18. (31.) Juli 60
4. Ausführungen über die Teilnahme der polnischen Sozialdemokraten am Parteitag. 18. (31.) Juli 60
5. Ausführungen bei der Erörterung des allgemeinen Teils des Parteiprogramms. 29. Juli (11. August) 61
6. Ausführungen bei der Erörterung der allgemeinpolitischen Forderungen des Parteiprogramms. 30. Juli (12. August) 61
1 61
2 62
3 62
7. Ausführungen bei der Erörterung der allgemeinpolitischen Forderungen des Parteiprogramms. 31. Juli (13. August) 62
8. Anträge zu einzelnen Punkten der allgemeinpolitischen Forderungen des Parteiprogramms 63
9. Ausführungen bei der Erörterung des Teils des Parteiprogramms, der den Arbeitsschutz betrifft. 31. Juli (13. August) 63
1 63
2 63
10. Ausführungen bei der Erörterung des Agrarprogramms. 1. (14.) August 64
1 64
2 64
3 65
4 65
5 65

6 66
7 66
11. Ausführungen bei der Erörterung des Parteistatuts. 2. (15.) August 66
12. Ausführungen bei der Erörterung des Parteistatuts. 4. (17.) August 67
1 67
2 67
3 67
4 67
5 68
13. Ergänzung zu § 12 des Entwurfs des Parteistatuts 68
14. Ausführungen bei der Erörterung des Parteistatuts. 5. (18.) August 69
1 69
2 69
3 69
4 69
15. Resolutionsentwurf zur Erklärung Martynows und Akimows .. 70
16. Ausführungen bei der Erörterung der Erklärung Martynows und Akimows. 5. (18.) August 70
1 70
2 71
17. Ergänzung zu der Resolution Martows über den Austritt des „Bund" aus der SDAPR 72
18. Ausführungen bei den Wahlen des Zentralkomitees der Partei. 7. (20.) August 72
19. Ausführungen bei der Erörterung der Resolution Potressows (Starowers) über die Stellung zu den Liberalen. 10. (23.) August 73

Das Gesetz über die Entschädigung von Arbeitern, die Unfälle erlitten haben 73–81

An die Protokollkommission des II. Parteitags der SDAPR 81

An die Protokollkommission des II. Parteitags der SDAPR 82

II. Konferenz der Auslandsliga der russischen revolutionären Sozialdemokratie. 13.–18. (26.–31.) Oktober 1903 82–85
1. Bemerkungen zur Tagesordnung. 13. (26.) Oktober 82
1 82
2 82
3 83
2. Vorbemerkung zum Bericht über den II. Parteitag der SDAPR. 13. (26.) Oktober 83

3. Erklärung zum Referat von Martow. 16. (29.) Oktober 84
4. Ausführungen bei der Erörterung des Statuts der Liga. 17. (30.) Oktober 84
1 84
2 84
5. Ausführungen zu den Ergebnissen der Abstimmung über die Resolutionen zum Statut der Liga. 17. (30.) Oktober 85
Beschluß des Rats der Partei. Genf, 1. November 1903 85–86
Im Rat der SDAPR. 15.–17. (28.–30.) Januar 1904 86–89
1. Bemerkung zur Tagesordnung. 15. (28.) Januar 86
2. Bemerkungen zur Tagesordnung. 16. (29.) Januar 87
1 87
2 87
3. Resolutionsentwurf über die Herstellung des Friedens in der Partei. 16. (29.) Januar 87
4. Ausführungen zur Darlegung einer besonderen Meinung durch Vertreter des ZK. 17. (30.) Januar 88
5. Ausführungen zur Verteidigung der besonderen Meinung der Vertreter des ZK. 17. (30.) Januar 88
6. Bemerkung zur Tagesordnung. 17. (30.) Januar 89
7. Resolutionsentwurf, eingebracht am 17. (30.) Januar 89
Vom Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands 90
An das russische Proletariat 90–92
Drei Dispositionen zu einem Vortrag über die Pariser Kommune .. 93–102
1 93
2 98
3 101
Im Rat der SDAPR. 31. Mai und 5. Juni (13. und 18. Juni) 1904 .. 102–108
1. Bemerkung zur Tagesordnung. 31. Mai (13. Juni) 102
2. Ausführungen über eine gemeinsame Konferenz mehrerer Parteien. 31. Mai (13. Juni) 102
1 102
2 103
3. Ausführungen über die Vertretung der SDAPR auf dem Internationalen Sozialistenkongreß. 31. Mai (13. Juni) 103
1 103
2 104
3 104

4. Bemerkung zur Notwendigkeit der Kontrolle über die Zeitung der „Gntschakisten". 31. Mai (13. Juni) 104
5. Abänderungsvorschlag zur Resolution Martows über das Recht des ZO und des ZK, ihre Vertreter aus dem Rat der Partei abzuberufen. 5. (18.) Juni 105
6. Ausführungen über die Kooptation in die Komitees und über das Recht des ZK, neue Mitglieder der Komitees einzusetzen. 5. (18.) Juni 105
7. Ausführungen über die Abstimmungsordnung bei der Entscheidung über die Einberufung des III. Parteitags der SDAPR. 5. (18.) Juni 106
1 106
2 106
3 106
4 107
8. Ausführungen zur Frage der Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle des Rats der Partei. 5. (18.) Juni 107
1 107
2 108
3 108

Erklärung zur Übergabe der Vollmachten der Auslandsvertreter des ZK der SDAPR 108
Entwurf einer Resolution der Genfer Gruppe der Mehrheit 109–110
Plan eines Zirkelabends für Propagandisten über die Krisen 110–111
Plan für drei Zirkelabende über das sozialdemokratische Programm .. 111–112
Anmerkung der Redaktion des „Wperjod" zu dem Brief eines Petersburger Korrespondenten 113
Vorläufige Thesen zu einem Artikel „Wie verteidigen sie sich?" 114–115
Erklärung der Initiatorengruppe, die die Bibliothek der SDAPR in Genf gegründet hat 116

1905–1910

Plan zu einem Artikel „1895 und 1905 (Eine kleine Parallele)" 117–118
Ein Kampfabkommen für den Aufstand und die Bildung eines Kampfkomitees 118–119
Aufzeichnungen von Reden im Genfer Klub der Bolschewiki. Protokoll vom 5. März 1905 119–121

I 119
II 120
III 121

Anmerkung der Redaktion des „Wperjod" zur Resolution einer Gruppe von Arbeitern der Sankt-Petersburger Metallwerke 121–122

III. Parteitag der SDAPR. 12.–27. April (25. April–10. Mai) 1905 . . 122–152

1. Entwurf der Bestimmungen des Organisationskomitees für die Einberufung des III. Parteitags über die Vertretung einiger Organisationen 122
2. Resolutionsentwurf des Organisationskomitees über die Konstituierung des Parteitags 125
3. *Ausführungen zum Bericht der Mandatsprüfungskommission* über die Vertretung des Kasaner Komitees auf dem Parteitag. 13. (26.) April 126
4. Abänderungsantrag zum Vorschlag der Mandatsprüfungskommission zur Vertretung des Kasaner Komitees auf dem Parteitag. 13. (26.) April 126
5. Ausführungen zur Frage der Diskussion über den Bericht des OK. 13. (26.) April 127
6. Resolutionsentwurf zur Diskussion über den Bericht des OK . . 127
7. Entwurf der Tagesordnung des III. Parteitags 128
8. Ausführungen bei der Erörterung der Tagesordnung des Parteitags. 13. (26.) April 129
9. Ausführungen bei der Erörterung der Arbeitsweise des Parteitags. 13. (26.) April 130
10. Unterbreitung eines Resolutionsentwurfs über die Wahl von Kommissionen für die Durchsicht der Delegiertenberichte und für die Vorbereitung der Resolutionsentwürfe. 13. (26.) April . . 130
11. Anträge an die Mandatsprüfungskommission des Parteitags . . 131
    1 131
    2 132
12. Ausführungen bei der Diskussion über den Bericht der Mandatsprüfungskommission. 14. (27.) April 133
13. Resolutionsentwurf über die Bestätigung der Komitees von Kasan und vom Kubangebiet 133
14. Resolutionsentwurf über die Verfahrensweise bei Abstimmungen auf dem Parteitag 134

15. Bemerkungen zum Resolutionsentwurf Rumjanzews zur Frage des offenen politischen Auftretens der SDAPR 134
16. Thesen zur Resolution über die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung 136
17. Ausführungen bei der Diskussion über die Resolution zur Frage des offenen politischen Auftretens der SDAPR. 19. April (2. Mai) 138
18. Ausführungen bei der Erörterung des Resolutionsentwurfs über das Verhalten zur Taktik der Regierung unmittelbar vor der Revolution. 19. April (2. Mai) 138
1 138
2 138
19. Resolution über die Stellung zur Bauernbewegung 139
20. An das Präsidium des Parteitags 141
21. Disposition der Rede über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den sozialdemokratischen Organisationen .. 141
22. Ausführungen bei der Erörterung des Parteistatuts. 21. April (4. Mai) 142
1 142
2 142
3 142
4 142
5 142
6 143
7 143
8 143
23. Ausführungen bei der Erörterung des Resolutionsentwurfs über die Vollsitzungen des ZK. 21. April (4. Mai) 143
24. Ausführungen zum Bericht der Mandatsprüfungskommission über die Vertretung des Kasaner Komitees. 22. April (5. Mai) 144
25. Ausführungen bei der Erörterung der Resolutionsentwürfe über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen in den sozialdemokratischen Organisationen. 22. April (5. Mai) 145
26. Ausführungen bei der Erörterung einer Zusatzresolution zum Parteistatut über regelmäßige Konferenzen von Vertretern der verschiedenen Parteiorganisationen. 22. April (5. Mai) 145
1 145
2 146
27. Entwurf einer Resolution über den abgespaltenen Teil der Partei 146

28. Ausführungen zur Resolution Rumjanzews über den abgespaltenen Teil der Partei. 23. April (6. Mai) 147
29. Ausführungen bei der Erörterung einer Resolution über das Verhältnis zu den nationalen sozialdemokratischen Organisationen. 23. April (6. Mai) 147
30. Ausführungen zur Frage des Verhältnisses zu den Liberalen. 23. April (6. Mai) 148
31. Ausführungen zum Tätigkeitsbericht des ZK. 25. April (8. Mai) 149
32. Vorschlag zur Wahlordnung für die Wahlen zum ZK. 25. April (8. Mai) 149
33. Resolutionsentwurf über den Zeitpunkt für den Funktionsantritt des ZK 150
34. Ausführungen über die Herausgabe der Protokolle des III. Parteitags der SDAPR. 25. April (8. Mai) 150
35. Abänderungsvorschläge zum Resolutionsentwurf über Propaganda und Agitation 151
36. Ausführungen bei der Erörterung der Resolution zu den Ereignissen im Kaukasus. 26. April (9. Mai) 152
1 152
2 152

Plan eines Referats über den III. Parteitag der SDAPR und seine Beschlüsse 153–154
Notizen zu dem Artikel „Über die provisorische revolutionäre Regierung" 155
Abriß der Parteispaltung 155–156
Letzte Nachrichten 157
Anmerkung der Kommission für die Herausgabe der Protokolle des III. Parteitags der SDAPR zum Text der Protokolle 158
Entwurf eines Flugblatts 158–159
Skizze über den Unterschied zwischen der Taktik der Bolschewiki und der Menschewiki gegenüber der Bulyginschen Duma 160
Notizen zur Frage der Wahlen in die Bulyginsche Duma 161
Plan zu einem Artikel „Die Hauptaufgabe der sozialistischen Politik" .. 162–163
Notiz 163–164
Die Finanzen Rußlands 164–165
Einfügungen in W. Kalinins Artikel „Der Bauernkongreß" 166–167
1 166
2 166

Ausführungen bei der Diskussion über die Rechtmäßigkeit der Vertretung der Landbezirks- und der Wiborger Stadtbezirksorganisation auf der Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR. 11. (24.) Februar 1906 167–168
1 167
2 167
3 167
4 168
5 168

Vereinigungsparteitag der SDAPR. 10.–25. April (23. April–8. Mai) 1906 168–170
1. Ausführungen in der 2. Sitzung des Parteitags bei der namentlichen Abstimmung über die beim Büro des Parteitags eingegangenen schriftlichen Erklärungen 168
1 168
2 168
2. Ausführungen in der 3. Sitzung des Parteitags 169
3. Antrag zur Formulierung von Punkt VIII des Entwurfs der Tagesordnung des Parteitags 169
4. Schriftliche Erklärung in der 15. Sitzung des Parteitags 170
5. Ausführungen in der 24. Sitzung des Parteitags 170

Aus Zeitungen und Zeitschriften 170–171

Aus Zeitungen und Zeitschriften 171–172

Aus Zeitungen und Zeitschriften 172–174

Aus Zeitungen und Zeitschriften 174–175

Zweite Konferenz der SDAPR („Erste Gesamtrussische Konferenz"). 3.–7. (16.–20.) November 1906 175–181
1. Rede über die Wahlkampagne zur II. Reichsduma. 4. (17.) November 175
2. Schlußwort zur Rede über die Wahlkampagne zur II. Reichsduma. 4. (17.) November 176
3. Ausführungen bei der Diskussion über die menschewistische Wahlplattform. 6. (19.) November 177
4. Ausführungen zur Frage der Einberufung eines „Arbeiterkongresses". 7. (20.) November 178
1 178
2 178

5. Besondere Meinung der Delegierten der Sozialdemokratie Polens, Lettlands, St. Petersburgs, Moskaus, des Zentralen Industriegebiets und des Wolgagebiets, eingebracht auf der Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR 178

Arbeiterkongreß und Verschmelzung mit den Sozialrevolutionären (Notiz) 181–183

Referat auf der Konferenz der Petersburger Organisation der SDAPR zur Frage der Wahlabkommen bei den Wahlen zur II. Reichsduma. 6. (19.) Januar 1907. Kurzer Zeitungsbericht 183–184

Haben die Menschewiki das Recht, eine Politik der Unterstützung der Kadetten zu betreiben? 184–186

Antwort an L. Martow 186–187

V. Parteitag der SDAPR. 30. April–19. Mai (13. Mai–1. Juni) 1907 187–190

1. *Einwand gegen den Antrag auf Abbruch der Diskussion über die* Tagesordnung des Parteitags. 1. (14.) Mai 187

2. Ausführungen zur Verteidigung der namentlichen Abstimmung mit Stimmzetteln. 2. (15.) Mai 188

3. Ausführungen als Vorsitzender in der 6. Sitzung des Parteitags. 3. (16.) Mai 188

1 188

2 188

4. *Einwand gegen den Abänderungsantrag Libers zu der vom Partei-*tag angenommenen Resolution der Bolschewiki über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien. 15. (28.) Mai 189

5. Ausführungen zur Frage der Bezeichnung des Parteitags. 19. Mai (1. Juni) 190

Über die Aufgaben des Proletariats im gegenwärtigen Abschnitt der bürgerlich-demokratischen Revolution 190–191

Bemerkungen zur Resolution des Stuttgarter Kongresses „Der Militarismus und die internationalen Konflikte“ 192–193

Anmerkungen zu dem Artikel Clara Zetkins „Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Stuttgart“ 193–195

Die antimilitaristische Propaganda und die Verbände der sozialistischen Arbeiterjugend 196–199

Wie die „Sozialrevolutionäre“ Geschichte schreiben 199–201

Die dritte Reichsduma und die Sozialdemokratie 201–208

Plenum des ZK der SDAPR. 11.–13. (24.–26.) August 1908 209–211
1. Erklärung zur Einberufung des ZK-Plenums 209
2. Entwurf eines Beschlusses zu dem Vorfall im Zusammenhang mit der Einberufung des ZK-Plenums 209
3. Entwurf des Beschlusses über die Bildung des Zentralen Auslandsbüros 210

V. Gesamtrussische Konferenz der SDAPR. 21.–27. Dezember 1908 (3.–9. Januar 1909) 211–214
1. Konzept einer Rede zur Organisationsfrage 211
2. Erläuterung zur Rede über die Organisationsfrage 212
3. Antrag zur Verfahrensweise bei der Abstimmung über Resolutionen 213
4. Entwurf einer Resolution über die Veröffentlichung der Konferenzbeschlüsse 213
5. De-facto-Erklärung 213
6. Erklärung zu dem Projekt der Menschewiki, das ZK zu liquidieren 214

Plan für Lektionen über Marxismus 214–216

Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari". 8.–17. (21.–30.) Juni 1909 216–226
1. Reden bei der Erörterung der Resolution über die Agitation für einen von der Partei getrennten Parteitag (oder eine Konferenz) der Bolschewiki. 8. (21.) Juni 216
1 216
2 217
2. Rede bei der Diskussion über Otsowismus und Ultimatismus. 9. (22.) Juni 218
3. Rede bei der Diskussion über die Parteischule auf Capri 10. (23.) Juni 219
4. Rede bei der Diskussion über die Einheit der Fraktion. 12. (25.) Juni 221
5. Erste Rede bei der Diskussion über die Aufgaben der Bolschewiki hinsichtlich der Dumatätigkeit. 12. (25.) Juni 221
6. Ergänzung zu der Resolution „Über die Stellung zur Dumatätigkeit als einem Zweig der Parteiarbeit" 223
7. Ausführungen bei der Diskussion über die Parteipresse. 15. (28.) Juni 224
8. Ausführungen bei der Diskussion über die Veröffentlichung philosophischer Artikel im Zentralorgan. 15. (28.) Juni 224

9. Vorschlag über die Bereitstellung von Mitteln für eine Zeitung der Dumafraktion. 16. (29.) Juni 225
10. Ausführungen und Vorschläge bei der Diskussion über die Reorganisation des Bolschewistischen Zentrums. 17. (30.) Juni .. 225
1 225
2 225
3 226
4 226

Plan eines Referats „Der Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen und seine Bedeutung" 226–227

1911–1914

Plan einer Lektion für einen Lehrgang „Grundlagen der politischen Ökonomie" 228

Beratung der Mitglieder des ZK der SDAPR. 28. Mai–4. Juni (10.–17. Juni) 1911 229–237
1. Bericht über die Lage in der Partei 229
2. Ausführungen bei der Diskussion über die Konstituierung der Beratung. 28. Mai (10. Juni) 233
1 233
2 234
3 234
4 235
3. Ausführungen bei der Diskussion über die Einberufung des ZK-Plenums. 30. Mai (12. Juni) 235
1 235
2 235
3 236
4 236
4. Antrag zur Resolution über die Einberufung einer Parteikonferenz 237
5. Erklärung 237

Erklärung 238

Zusatz zu der Broschüre L. B. Kamenews „Zwei Parteien" 238–239

Plan zu dem Referat „Manifest einer liberalen Arbeiterpartei" 239–240

Antrag zum Statut der Auslandsorganisation auf der Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland 240–241

Konzept zu einem Referat über die politische Lage 241–242

VI. (Prager) Gesamtrussische Konferenz der SDAPR. 5.–17. (18.–30.) Januar 1912 .. 243–253

1. Zum Entwurf der Resolution „Über die Russische Organisationskommission für die Einberufung der Konferenz" .. 243
2. Konzept zur Rede über die Konstituierung der Konferenz .. 243
3. Bericht über die Arbeit des Internationalen Sozialistischen Büros. 7. (20.) Januar 1912 .. 245
4. Ausführungen anläßlich der Annahme der Resolution über den Kampf gegen den Hunger. 8. (21.) Januar 1912 .. 247
5. Entwurf für Änderungen des Organisationsstatuts der Partei .. 248
6. Rede zur Organisationsfrage. 11. (24.) Januar 1912 .. 248
7. Zum Entwurf der Resolution „Über den Charakter und die Organisationsformen der Parteiarbeit" .. 250
8. Materialien zur Resolution über die „Petitionskampagne" .. 251

Plan zum Referat „Der revolutionäre Aufschwung des russischen Proletariats" .. 253–254

Rosa Luxemburg und der polnische „Partei"vorstand in Martows Fußtapfen .. 254–258

Erwiderung auf einen Artikel der Liquidatoren in der „Leipziger Volkszeitung" .. 259–261

An alle Bürger Rußlands .. 261–265

Über politische Charakterlosigkeit (Brief an die Redaktion) .. 265–266

Bericht an das Internationale Sozialistische Büro „Die Wahlen zur IV. Duma" .. 267–270

Noch einmal über die Bauernabgeordneten in der IV. Duma .. 270–271

Resolution der Krakauer Beratung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären über die Reorganisierung und die Arbeit der Redaktion der „Prawda" .. 272–273

Brief an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands .. 273–277

Zum Jahrestag der „Prawda" (Die Unterstützung der Arbeiter für die Arbeiterzeitung) .. 278–281

Der Kampf der Parteien in China .. 281–283

Aus Anlaß eines Leitartikels im „Lutsch" Nr. 189 .. 283–286

Die Gutsbesitzer über die landwirtschaftlichen Wanderarbeiter .. 286–287

Die Arbeiterpartei und die liberalen Kunstreiter (Über Potressow) .. 288–289

Die Kapitalisten und die Aufrüstung .. 289–290

Billiges Fleisch – fürs „Volk" 290–292
Entwurf einer Vereinbarung des ZK der SDAPR mit der Gruppe „Priboi" über ihre Anerkennung als Verlag des ZK der SDAPR 293
Die Oktobristen und die Arbeiterbewegung 294–296
Über ein „Jubiläum der russischen Intelligenz" 296–298
Entwurf einer Resolution der Arbeiterorganisationen anläßlich der verleumderischen Beschuldigung des Versicherungsfunktionärs X durch die Liquidatoren 298
Einschätzung der Spaltung in der sozialdemokratischen Dumafraktion durch die Arbeiter 299
Konzept für einen Bericht in den örtlichen Parteiorganisationen über die Poroniner Beratung des ZK der SDAPR mit Parteifunktionären (1913) 300–301
Zu den nächsten Schritten des Büros 301–302
Das Elend der Volksschullehrer 303–305
Die russischen Arbeiter und die Internationale 305–308
Wie die Liquidatoren die Arbeiter betrügen 308–311
Resolution über den Beschluß des Sozialistischen Büros 311–313
Über unsere Schulen 313–315
Die Dumafraktion und die Mehrheit außerhalb der Duma 315–316
Thesen für ein Referat zur nationalen Frage 317–327
Einfügung in N. K. Krupskajas Artikel „Zur Politik des Ministeriums für Volksbildung" 327–328
IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands. 13.–26. Januar (26. Januar–8. Februar) 1914 328–334
1. Bericht des ZK der SDAPR auf dem IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands 328
2. Schlußwort auf dem IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands 332
3. Entwurf einer Resolution über die Stellung der Sozialdemokratie Lettlands zur SDAPR 333
Resolution des ZK der SDAPR über die Schaffung einer Organisationsabteilung des ZK zur Leitung der illegalen Arbeit 335
Rezension. I. M. Kosminych-Lanin: Überstundenarbeit in den Fabriken und Werken des Gouvernements Moskau, Moskau 1914. Preis 1 Rbl. 336–338
Beschluß des ZK der SDAPR 338–339
Die polnische Opposition auf der Brüsseler Konferenz 339

Pläne zu einem Artikel „Revolution und Krieg" 339–340
1 339
2 340

1914–1917

Über die Losung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg 341

Plan zu der Broschüre „Der europäische Krieg und der europäische Sozialismus" 341–348

An den Autor des „Liedes vom Falken" 348–349

Anmerkung „Von der Redaktion" zu dem Artikel „Die Ukraine und der Krieg" 349–350

Entwurf des dritten Punktes der von der Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR angenommenen Resolution „Das ZO und die neue Zeitung" 350

Entwurf einer Resolution für die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz 351–353

Erste Internationale Sozialistische Konferenz in Zimmerwald. 23.–26. August (5.–8. September) 1915 353–361

1. Variante des Resolutionsentwurfs der linken Sozialdemokraten für die erste Internationale Sozialistische Konferenz 353
2. Thesen zum Referat auf einer Beratung linker Sozialdemokraten 356
3. Plan einer Rede auf der Zimmerwalder Konferenz 357
4. Ausführungen bei der Erörterung des Manifests und des Resolutionsentwurfs über den Krieg und die Aufgaben der Sozialdemokratie. 25. August (7. September) 359
   1 359
   2 360
5. Ergänzungen zu einer Erklärung der Zimmerwalder Linken .. 361

Die deutsche Sozialdemokratie und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung 361–362

Abänderungsvorschläge und Ergänzungen zu dem von der Beratung der erweiterten Internationalen Sozialistischen Kommission angenommenen „Rundschreiben an alle angeschlossenen Parteien und Gruppen" 362–363

Plan zu dem Referat „Zwei Internationalen" 364–372

Notiz zu den Thesen „Die sozialistische Revolution und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung" 373

Beschlußentwurf des ZK der SDAPR über die Einstellung der Zeitschrift „Kommunist" 373–375

Zweite Internationale Sozialistische Konferenz in Kienthal. 11.–17. (24.–30.) April 1916 376–388

1. Ursprüngliche Variante der Vorschläge des ZK der SDAPR .. 376
2. Ausführungen bei der Erörterung der Resolution über die Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros. 15. (28.) April 387
   1 387
   2 387
   3 388

Über die Erklärung der polnischen Sozialdemokraten auf der Zimmerwalder Konferenz 388

Plan für einen Artikel „Zur Rolle des Staates" 389–390

Thesen über das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zum Krieg 390–392

Bemerkungen zu dem Artikel über den Maximalismus 392–395

Pläne zu der Broschüre „Statistik und Soziologie" 395–399
   1 395
   2 397
   3 398

Die Merkmale des „Zentrums" als einer Strömung in der internationalen Sozialdemokratie 399–401

Plan zu einem Artikel „Die Lehren des Krieges" 401–402

Entwurf zum fünften „Brief aus der Ferne" 403–404

Antworten an den Korrespondenten der Zeitung „Politiken". 31. März (13. April) 1917 404

Antwort an den Vertreter der schwedischen linken Sozialdemokraten F. Ström. 31. März (13. April) 1917 405

Die Durchreise der russischen Revolutionäre durch Deutschland. Kommuniqué der Gruppe 405–407

Rede auf einer Beratung mit schwedischen linken Sozialdemokraten. 31. März (13. April) 1917. Zeitungsbericht 407

Rede auf dem Vorplatz des Finnländischen Bahnhofs vor Arbeitern, Soldaten und Matrosen. 3. (16.) April 1917. Zeitungsbericht 407–408

Die „Freiheitsanleihe" (Resolutionsentwurf, ausgearbeitet von der bolschewistischen Fraktion des Sowjets der Arbeiterdeputierten) 408–409

Petrograder Stadtkonferenz der SDAPR(B). 14.–22. April (27. April bis 5. Mai) 1917 409–411
1. Referat über die politische Lage und die Stellung zur Provisorischen Regierung. 14. (27.) April. Zeitungsbericht 409
2. Rede zur Resolution über den Krieg. 22. April (5. Mai) 411

Rede auf einem Meeting der Soldaten einer Panzerwagenabteilung in der Michail-Manege. 15. (28.) April 1917. Zeitungsbericht 411–413

Sitzung der Soldatensektion des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. 17. (30.) April 1917 413–416
1. Rede anläßlich einer Resolution der Exekutivkommission des Sowjets der Soldatendeputierten 413
2. Antworten auf Fragen 415

Den Genossen zur Beachtung! 416–417

Die Pogromagitation einer Regierungszeitung 417–418

Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz). 24.–29. April (7.–12. Mai) 1917 419–442
1. Rede über den Plan der Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz. 25. April (8. Mai) 419
   1. Variante der protokollarischen Niederschrift 419
   2. Zeitungsbericht 422
2. Vorschlag betreffend die Diskussion zum Referat W. P. Nogins „Die Stellung zu den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten". 25. April (8. Mai) 423
3. Rede über die Stellung zu den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. 25. April (8. Mai) 423
   1. Protokollarische Niederschrift 423
   2. Zeitungsbericht 427
4. Rede zur Resolution über den Krieg. 27. April (10. Mai). Zeitungsbericht 428
5. Erwiderungen während der Diskussion zur Resolution über den Krieg. 27. April (10. Mai) 428
   1 428
   2 429
   3 429

6. Vorläufiger Entwurf zur Abänderung des Parteiprogramms der SDAPR .. 430
Zum Programm. Verbesserte Variante .. 435
7. Referat zur Frage der Revision des Parteiprogramms. 28. April (11. Mai). Zeitungsbericht .. 436
8. Referat zur Agrarfrage. 28. April (11. Mai). Zeitungsbericht .. 437
9. Erwiderung während der Diskussion über die Resolution zur Agrarfrage. 28. April (11. Mai) .. 438
10. Rede zur nationalen Frage. 29. April (12. Mai). Zeitungsbericht 439
11. Rede zur Lage in der Internationale und zu den Aufgaben der SDAPR(B). 29. April (12. Mai). Zeitungsbericht .. 440
12. Erwiderungen während der Diskussion zur Resolution über die gegenwärtige Lage. 29. April (12. Mai) .. 441
1 .. 441
2 .. 441

Konzept einer nicht nachgewiesenen Rede auf einem Meeting .. 442

Eine allzu plumpe Lüge .. 443

Eine unvollendete Autobiographie .. 444

Referat über die Ergebnisse der VII. Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz) in einer Versammlung der Petrograder Organisation. 8. (21.) Mai 1917 .. 445–448

Plan einer Resolution über ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zerrüttung .. 448–449

Einfügung in N. K. Krupskajas Artikel „Eine Seite aus der Geschichte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" .. 449–450

De-facto-Erklärung zur Frage der Kommission bei der Zeitung „Wperjod" in einer Sitzung des Petersburger Komitees der SDAPR(B). 30. Mai (12. Juni) 1917 .. 450

Rede in einer Sitzung der bolschewistischen Fraktion des I. Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. 31. Mai (13. Juni) 1917. Kurzer Zeitungsbericht .. 451–452

Entwurf einer Resolution für eine Beratung von Vertretern der Stadtbezirkskomitees und der Truppenteile Petrograds mit Vertretern des ZK und des Petersburger Komitees. 10. (23.) Juni 1917 .. 453

Zum Fall Grimm .. 454

Eine Schande! .. 454–455

Referat über die gegenwärtige Lage auf der Gesamtrussischen Konferenz der Militärorganisationen der SDAPR(B) der Front und des Hinterlands. 20. Juni (3. Juli) 1917. Kurzer Zeitungsbericht 455–456

Die politische Lage. (Vier Thesen) 456–459

Brief im Zusammenhang mit der Herausgabe des „Flugblatts anläßlich der Einnahme Rigas" 459–463

Aus den Thesen zum Referat in der Konferenz der Petersburger Organisation am 8. Oktober, zur Resolution und zur Direktive für die Parteitagsdelegierten 463–465

Über die Kandidatenliste für die Konstituierende Versammlung .. 463

Bemerkung zur These „Über die Kandidatenliste für die Konstituierende Versammlung" 464

„Die Gutsbesitzer stecken mit den Kadetten unter einer Decke" 465–467

Brief an J. M. Swerdlow 468

Anmerkungen 469–623

Namenverzeichnis 624–631